Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

(nachstehend „Emittentin“, die „Bank“ oder „Helaba“ oder zusammen mit ihren Tochtergesellschaften auch „Konzern“ genannt)

Registrierungsformular

vom 13. Mai 2014

gemäß § 12 Abs. 1 Satz 2 und 3 Wertpapierprospektgesetz(„WpPG“) in Verbindung mit Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 („EU-Prospektverordnung“)

Inhaltsverzeichnis

Risikofaktoren der Emittentin 3
Verantwortliche Personen 6
Wichtige Hinweise 6
Rating 7
Gesetzlicher Abschlussprüfer 9
Geschäftsgeschichte und Geschäftsentwicklung der Emittentin 9
Geschäftsüberblick 10
Organisationsstruktur 11
Trendinformationen 11
Organe der Bank 13
Anteilsverhältnisse 20
Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin 21
Informationen von Seiten Dritter 21
Einsehbare Dokumente 22

Anhang A – Historische Finanzinformationen Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale 2013
Anhang AA*: Finanzangaben der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale auf Konzernebene
- Konzernlagebericht AA-1
- Gewinn- und Verlustrechnung AA-66
- Gesamtergebnisrechnung AA-67
- Bilanz AA-68
- Eigenkapitalveränderungsrechnung AA-70
- Kapitalflussrechnung AA-71
- Anhang AA-73
- Bestätigungsvermerk AA-191

Anhang AB*: Finanzangaben der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
- Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale AB-1
- Jahresbilanz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale AB-59
- Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale AB-63
- Anhang der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale AB-65
- Wiedergabe des Bestätigungsvermerks AB-109

Anhang B* – Historische Finanzinformationen der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale 2012 Finanzangaben der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale auf Konzernebene
- Konzernlagebericht B-1
- Gewinn- und Verlustrechnung B-60
- Gesamtergebnisrechnung B-61
- Bilanz B-62
- Eigenkapitalveränderungsrechnung B-64
- Kapitalflussrechnung B-65
- Anhang B-67
- Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers B-173

Unterzeichner für die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale C1

* Maßgebend im Zusammenhang mit dem Registrierungsformular sind die Seitenzahlen oben in der Mitte.

Risikofaktoren der Emittentin

Potenzielle Anleger sollten die nachfolgend beschriebenen Risikofaktoren sorgfältig prüfen, bevor sie sich zu einem Kauf von Schuldverschreibungen der Emittentin (nachstehend auch „Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale“, die „Bank“ oder „Helaba“ oder zusammen mit ihren Tochtergesellschaften auch „Konzern“ genannt) entschließen. Diese Anlageentscheidung sollte jeder Anleger nur auf der Grundlage des gesamten Registrierungsformulars, des entsprechenden Wertpapierprospekts (z.B. eines Basisprospekts), gegebenenfalls der Zusammenfassung und der Endgültigen Bedingungen sowie der etwaigen Nachträge zum jeweiligen Wertpapierprospekt oder Registrierungsformular treffen.

Anleger sind durch den Erwerb der Schuldverschreibungen den emittentenbezogenen Risikofaktoren ausgesetzt, deren Verwirklichung zu einem teilweisen oder vollständigen Verlust des für den Erwerb der Schuldverschreibungen eingesetzten Kapitals führen kann.

Alleiniger Schuldner der Schuldverschreibungen ist die Emittentin. Schuldverschreibungsgläubiger können daher sämtliche Zahlungen, die ihnen nach Maßgabe der jeweiligen Emissionsbedingungen zustehen, ausschließlich von der Emittentin verlangen.

Die nachfolgenden Texte enthalten Informationen über Risiken, die die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen hinsichtlich der Wertpapiere beeinträchtigen könnten. Diese Risikohinweise ersetzen nicht diein einem individuellen Fall vor der Kaufentscheidung gegebenenfalls notwendige Beratung durch den Anlageberater. Potenzielle Investoren sollten vor der Entscheidung für einen Kauf alle in diesem Registrierungsformular, im entsprechenden Wertpapierprospekt (z.B. in einem Basisprospekt), gegebenenfalls in der Zusammenfassung und in den Endgültigen Bedingungen sowie in den etwaigen Nachträgen zum jeweiligen Wertpapierprospekt oder Registrierungsformular enthaltenen Informationen sorgfältig prüfen und berücksichtigen. Eine Anlageentscheidung sollte nicht allein aufgrund dieser Risikohinweise gefällt werden, da die hierin enthaltenen Informationen eine auf die Bedürfnisse, Ziele, Erfahrungen bzw. Kenntnisse und Verhältnisse des Anlegers zugeschnittene Beratung und Aufklärung nicht ersetzen können. Darüber hinaus sollten sich potenzielle Anleger bewusst sein, dass die hier beschriebenen Risikofaktoren gemeinsam auftreten können und sich somit gegenseitig beeinflussen und verstärken können.

Die Helaba hat folgende Risikokategorien identifiziert und definiert:

Adressenausfallrisiko
Das Adressenausfallrisiko beziehungsweise Kreditrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern (klassisches Kreditgeschäft), Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Länderrisiko). Die Bestimmung des wirtschaftlichen Verlustpotenzials erfolgt auf Basis interner oder externer Bonitätsbeurteilungen sowie von der Helaba selbst geschätzter beziehungsweise aufsichtsrechtlich vorgegebener Risikoparameter.

Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko (Residualrisikoart) als wirtschaftliches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht in den sonstigen genannten Risikokategorien eingebunden ist. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteilswerts, ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.

Marktpreisrisiko
Das Marktpreisrisiko besteht in der Möglichkeit der negativen Wertveränderung von bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften aufgrund von nachteiligen Veränderungen der zugrunde liegenden Marktparameter wie Zinssätze, Aktien- und Devisenkurse, Rohstoffpreise sowie deren Volatilitäten einschließlich zugehöriger Optionsrisiken.

Liquiditätsrisiko
Liquiditätsrisiken können bei bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften auftreten.
Das Liquiditätsrisiko wird in drei Kategorien unterteilt:

i) Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können.
ii) Generell ergeben sich strukturelle Liquiditätsrisiken aus einem unausgewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Strukturelle Liquiditätsrisiken entstehen unter anderem, wenn aufgrund einer nicht adäquaten Steuerung der Kostenrisiken der Mittelbeschaffung und der Ertragsrisiken der Geldanlage ein unausgewogenes Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur entsteht.
iii) Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können.

Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.

Operationelles Risiko
Das operationelle Risiko wird nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) definiert als die Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder in Folge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken und Auslagerungsrisiken ein.

Rechtsrisiken sind Risiken von Verlusten aufgrund der Verletzung geltender rechtlicher Bestimmungen sowie rechtlich nicht durchsetzbarer Ansprüche. Hierzu gehört auch das Risiko, aufgrund einer Änderung der Rechtslage (geänderte Rechtsprechung oder Gesetzesänderung) für in der Vergangenheit abgeschlossene Geschäfte Verluste zu erleiden.

Auslagerungsrisiken entstehen, wenn ein anderes Unternehmen mit der Wahrnehmung von Aktivitäten und Prozessen im Zusammenhang mit der Durchführung von Bankgeschäften, Finanzdienstleistungen oder sonstigen institutstypischen Dienstleistungen beauftragt wird, die ansonsten von der Helaba selbst erbracht würden.

Geschäftsrisiko
Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann.

Ebenfalls dem Geschäftsrisiko zugeordnet sind steuerliche Risiken, das strategische Risiko und das Reputationsrisiko.

Steuerliche Risiken ergeben sich durch Veränderungen des Steuerrechts durch Gesetzgebung oder geänderte Rechtsprechung.

Das strategische Risiko stellt das Risiko dar, dass bezüglich des Geschäftsmodells und der wesentlichen Entwicklungen und Trends im Bankensektor unternehmensstrategische Entscheidungen getroffen werden, die sich nachhaltig negativ auf die Ertragskraft und die Zukunftsfähigkeit der Bank auswirken.

Das Reputationsrisiko ist das Risiko, dass durch Belastungen und Veränderungen der Reputation Handlungen der Stakeholder[1] ausgelöst werden, die Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Helaba haben.

Immobilienrisiko
Unter dem Immobilienrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst.

Risiken im Zusammenhang mit gesetzlichen Verfahren und bankaufsichtsrechtlichen Befugnissen in Fällen der Krise eines Kreditinstituts

Die Bankenaufsicht ist berechtigt, einem Kreditinstitut einschränkende Auflagen für seinen Geschäftsbetrieb zu erteilen und sonstige Maßnahmen (bis hin zur Schließung des Kreditinstituts für den Geschäftsverkehr) zu ergreifen, wenn die finanzielle Situation dieses Kreditinstituts Zweifel an der dauerhaften Einhaltung der Kapital- und Liquiditätsanforderungen aufkommen lässt. Wenngleich derartige bankaufsichtliche Maßnahmen nicht direkt in die Rechte der Gläubiger eingreifen, kann doch die Tatsache der Anwendung einer solchen Maßnahme durch die Bankenaufsicht erhebliche negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Gläubiger des betroffenen Kreditinstituts nach sich ziehen, insbesondere aufgrund eines negativen Einflusses auf die Preise (Kurse) der durch dieses Kreditinstitut begebenen Finanzinstrumente oder auf die Möglichkeit des Kreditinstitut zur eigenen Refinanzierung.

Auf der Grundlage des „Gesetzes zur Restrukturierung und geordneten Abwicklung von Kreditinstituten, zur Errichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute und zur Verlängerung der Verjährungsfrist der aktienrechtlichen Organhaftung“ (Restrukturierungsgesetz) kann im Falle einer existenzgefährdenden Krise der Emittentin ein Reorganisationsverfahren durchgeführt werden, um Gefahren für die Stabilität des Finanzsystems abzuwenden. Ein solches Reorganisationsverfahren kann – außerhalb eines förmlichen Insolvenzverfahrens – zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Rechte der Schuldverschreibungsgläubiger führen, bis hin zu einem überwiegenden oder vollständigen Verlust des eingesetzten Kapitals. Die Rechte der Inhaber von Pfandbriefen entsprechen denjenigen im Falle der Eröffnung eines förmlichen Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin. Die EU-Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD)) wird nach ihrer Umsetzung in deutsches Recht der Bankenaufsicht noch weitergehende Eingriffsbefugnisse gewähren, als sie derzeit schon bestehen.

Die Schuldverschreibungsgläubiger sollten sich daher jedenfalls bewusst sein, dass ihre Rechte als Gläubiger der Schuldverschreibungen auch außerhalb eines förmlichen Abwicklungs- oder Insolvenzverfahrens durch bankaufsichtliche Maßnahmen erheblich beeinträchtigen werden können, bis hin zu einem überwiegenden oder vollständigen Verlust des eingesetzten Kapitals.

Anleger in nachrangige Schuldverschreibungen sind von derartigen Maßnahmen und Verfahren in besonders starkem Maße betroffen. Die mit nachrangigen Schuldverschreibungen aufgenommenen Gelder stellen Ergänzungskapital der Emittentin im Sinne der bankaufsichtlichen Eigenkapitalvorschriften dar und werden als solche in der Abwicklung (Liquidation) oder Insolvenz sowie im Rahmen eines Reorganisationsverfahrens vor einer Heranziehung sämtlicher nicht-nachrangiger Gläubiger der Emittentin zur Verlustdeckung herangezogen. Nach Umsetzung der EU-Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD)) in deutsches Recht werden der Bankenaufsicht sogar noch erheblich weiterreichende Befugnisse zu Eingriffen in die Rechte der Gläubiger nachrangige Schuldverschreibungen zustehen. Unter anderem kann die Bankenaufsicht unter bestimmten Voraussetzungen berechtigt sein zu verlangen, dass etwaige Zinsen entfallen und/oder der Nennbetrag der nachrangigen Schuldverschreibungen bis auf Null herabgesetzt wird. Potentielle Anleger in nachrangige Schuldverschreibungen sollten deshalb beachten, dass sie im

[1] Anspruchsgruppen der Helaba.

Fall einer Krise der Emittentin und damit bereits (weit) vor einer Liquidation oder Insolvenz in besonders starkem Maße einem Ausfallrisiko ausgesetzt sein werden und damit rechnen müssen, einen teilweisen oder vollständigen Verlust ihres eingesetzten Kapitals zu erleiden. Es ist zudem auch zu erwarten, dass die Preise (Kurse) nachrangiger Schuldverschreibungen besonders sensitiv auf Änderungen der Bonität beziehungsweise der Ratings im Fall einer Krise der Emittentin reagieren.

Verantwortliche Personen

Die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale ("Helaba") mit Sitz in Frankfurt am Main und Erfurt übernimmt die Verantwortung für den Inhalt des Registrierungsformulars.

Die Helaba erklärt, dass die in diesem Registrierungsformular enthaltenen Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

Es wurden keine Personen befugt, Angaben bereitzustellen oder Darstellungen zu machen, die nicht in diesem Dokument enthalten oder mit den Angaben im Registrierungsformular beziehungsweise den entsprechenden Wertpapierprospekten (z.B. Basisprospekten) einschließlich etwaiger Nachträge zum jeweiligen Wertpapierprospekt sowie gegebenenfalls der Zusammenfassung und Endgültiger Bedingungen vereinbar sind. Soweit solche Angaben bereitgestellt bzw. Darstellungen gemacht werden, darf auf diese nicht als von der Emittentin genehmigte Information oder Darstellung vertraut werden.

Wichtige Hinweise

Dieses Dokument stellt in einer Rechtsordnung, in der solch ein Angebot oder solch eine Aufforderung nicht erlaubt ist oder in der ein solches Angebot oder eine solche Aufforderung rechtswidrig ist, weder ein Angebot noch eine Aufforderung zur Abgabe von Angeboten dar und darf für solche Zwecke nicht verwendet werden; und es werden keinerlei Maßnahmen ergriffen, um ein Angebot oder die Verteilung dieses Dokuments in einer Rechtsordnung zu ermöglichen, in der entsprechende Maßnahmen erforderlich sind.

Dieses Registrierungsformular einschließlich etwaiger Nachträge sowie die entsprechenden Wertpapierprospekte (z.B. Basisprospekte) einschließlich etwaiger Nachträge zum jeweiligen Wertpapierprospekt stellen keine Kaufempfehlung der Emittentin für Wertpapiere dar. Interessierte Anleger sollten eine unabhängige Prüfung der beschriebenen Finanz- und Ertragslage sowie eine eigene unabhängige Bewertung der Kreditwürdigkeit der Emittentin vornehmen.

Dieses Registrierungsformular einschließlich etwaiger Nachträge sowie die entsprechenden Basisprospekte, in die dieses Registrierungsformular einbezogen wurde einschließlich etwaiger Nachträge zum jeweiligen Basisprospekt stellen kein Angebot oder eine Aufforderung seitens oder namens der Emittentin oder einer sonstigen Person zum Bezug oder Kauf von Wertpapieren dar. Die Aushändigung dieses Registrierungsformulars bedeutet zu keiner Zeit, dass die darin enthaltenen Angaben bezüglich der Emittentin zu einem späteren Zeitpunkt als zu dem Datum dieses Registrierungsformulars zutreffend sind. Unter den Voraussetzungen des § 16 WpPG wird die Emittentin etwaige Nachträge zum Wertpapierprospekt oder diesem Registrierungsformular veröffentlichen.

Dieses Registrierungsformular wurde von der BaFin gebilligt (die Prüfung des Registrierungsformulars durch die BaFin erfolgt gemäß § 13 Absatz 1 Wertpapierprospektgesetz auf Vollständigkeit einschließlich Kohärenz und Verständlichkeit) und wird unverzüglich nach der Billigung durch Bereithaltung zur kostenlosen Ausgabe bei der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Neue Mainzer Straße 52 – 58, 60311 Frankfurt am Main sowie auf www.helaba.de bzw. www.helaba-zertifikate.de veröffentlicht.

Rating

Das Risiko in Bezug auf die Emittentin wird durch die der Emittentin erteilten Ratings, welche sich im Laufe der Zeit ändern können, beschrieben. Anleger sollten jedoch beachten, dass ein Rating keine Empfehlung darstellt, von der Emittentin begebene Schuldverschreibungen zu kaufen, zu verkaufen oder zu halten.

Zudem können die Ratings von den Ratingagenturen jederzeit suspendiert, herabgesetzt oder zurückgezogen werden. Eine solche Suspendierung, Herabsetzung oder Zurückziehung des Ratings in Bezug auf die Emittentin kann den Marktpreis der unter dem Basisprospekt begebenen Schuldverschreibungen nachteilig beeinflussen.

Aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 in der derzeit geltenden Fassung (die **Ratingagentur-Verordnung**) bestehen für regulierte Investoren[2], die in der Gemeinschaft ansässig sind, bestimmte Beschränkungen hinsichtlich der Verwendung von Ratings für aufsichtliche Zwecke, es sei denn, das betreffende Rating wurde von einer in der Gemeinschaft ansässigen Ratingagentur abgegeben, welche nach der Ratingagentur-Verordnung ordnungsgemäß registriert ist und deren Registrierung nicht widerrufen wurde.

Gemäß Artikel 4 (1) Unterabsatz 2 der Ratingagentur-Verordnung müssen klare und unmissverständliche Informationen im Basisprospekt darüber enthalten sein, ob diese Ratings von einer Ratingagentur mit Sitz in der Gemeinschaft abgegeben wurden, die im Einklang mit der Ratingagentur-Verordnung registriert wurde. Die Ratings der Helaba wurden von den Ratingagenturen Moody's Deutschland GmbH (nachstehend **Moody's**), Fitch Deutschland GmbH (nachstehend **Fitch**) und Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited (nachstehend **Standard & Poor's**) abgegeben, die ihren Sitz in der Gemeinschaft haben und gemäß der Ratingagentur-Verordnung registriert wurden.[3]

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Bewertungen der Helaba durch die Ratingagenturen Moody's, Fitch und Standard & Poor's zum Stand vom 13. Mai 2014. Die jeweils aktuellen Ratings der Helaba sind auf der Internetseite der Helaba abrufbar: www.helaba.de/Ratings.

Bonitäts-, Pfandbriefrating
Die Ratingskala für langfristige Verbindlichkeiten und Pfandbriefe reicht bei Moody's von Aaa (Beste Qualität, geringstes Ausfallrisiko) bis C (höchstes Ausfallrisiko) und bei Fitch und Standard & Poor's von AAA/Aaa (Beste Qualität, geringstes Ausfallrisiko) bis D (höchstes Ausfallrisiko).

Die Ratingskala für kurzfristige Verbindlichkeiten reicht bei Moody's von P-1 (Prime-1) bis NP (Not Prime), bei Fitch von F1+ (Höchste Kreditqualität) bis D (höchstes Ausfallrisiko) und bei Standard & Poor's von A-1+ (besonders hoher Sicherheitsgrad) bis D (höchstes Ausfallrisiko).

---

[2] Zu den regulierten Investoren gehören gemäß Artikel 4.1 der Ratingagentur-Verordnung derzeit die folgenden Unternehmen: (i) Kreditinstitute, (ii) Wertpapierfirmen, (iii) Versicherungsunternehmen, (iv) Rückversicherungsunternehmen, (v) Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) und (vi) Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung.

[3] Die aktuelle Fassung des Verzeichnisses der gemäß der Ratingagentur-Verordnung registrierten Ratingagenturen ist auf der Webseite der Europäischen Kommission unter http://ec.europa.eu/internal_market/securities/agencies/index_de.htm abrufbar. Dieses Verzeichnis wird gemäß Artikel 18 Absatz 3 der Ratingagentur-Verordnung innerhalb von 30 Tagen aktualisiert, sobald die zuständige Behörde eines Herkunftsmitgliedstaats der Kommission eine Änderung im Hinblick auf die registrierten Ratingagenturen mitgeteilt hat.

Es gelten folgende Ratings für die Helaba (Stand: 13. Mai 2014):

	Moody's	Fitch	Standard & Poor's
Langfristige Verbindlichkeiten	A2	A+*	A*
Kurzfristige Verbindlichkeiten	P-1	F1+*	A-1*
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa	AAA	-
Hypothekenpfandbriefe	-	AAA	-
Finanzkraft-/ Viability-Rating	D+	a+*	-

* Gemeinsames Verbundrating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen

Finanzkraft/ bzw. Viability-Rating
Das Finanzkraft- bzw. Viability-Rating beurteilt ausschließlich die eigene, fundamentale Finanzkraft der Helaba bzw. des S-Verbundes Hessen-Thüringen als selbstständige Einheit. Die externe Unterstützung einer Bank durch ihre Eigentümer sowie sonstige externe Bonitätsfaktoren und Haftungsmechanismen bleiben unberücksichtigt. Das Finanzkraft-/ bzw. Viability-Rating wird von den Ratingagenturen Moody's und Fitch vergeben. Die Ratingskala reicht von A (hervorragende eigene Finanzkraft) bis E (schwach ausgeprägte eigene Finanzkraft) bei Moody's bzw. von aaa (höchste fundamentale Kreditqualität) bis f (Ausfall bzw. Ausfall nur verhindert durch außergewöhnliche externe Stützungsmaßnahmen) bei Fitch.

Verbundrating S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen

Die S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen verfügt über ein Verbundrating von Fitch. Auf Basis des Geschäftsmodells der wirtschaftlichen Einheit wurde der Helaba und den 50 Sparkassen in Hessen und Thüringen ein einheitliches Bonitätsrating erteilt. Auch das Viability-Rating von Fitch wird nicht für die Helaba als Einzelinstitut angegeben, sondern bezieht sich aufgrund des Geschäftsmodells der wirtschaftlichen Einheit auf den S-Finanzverbund Hessen-Thüringen.

Des Weiteren hat Standard & Poor's den 50 Sparkassen der S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen und der Helaba gleichlautende Ratings erteilt. Die Ratings von Standard & Poor's spiegeln die Finanzkraft der Gruppe als Ganzes wider. Für die Ratinganalyse wurden die Sparkassen und die Helaba als eine miteinander verbundene, wirtschaftliche Einheit betrachtet.

Rating der Öffentlichen Pfandbriefe durch Standard & Poor's
Die Emittentin hat ihren Vertrag mit Standard & Poor´s über das Rating Öffentlicher Pfandbriefe in 2012 gekündigt. Das Rating Öffentlicher Pfandbriefe durch Standard & Poor's entfiel zum 4. Dezember 2012.

Die vorstehenden Rating-Informationen wurden von der Emittentin nach bestem Wissen zusammengestellt. Soweit der Emittentin bekannt und soweit sie dies aus den von Dritten veröffentlichten Informationen ableiten konnte, wurden keine Tatsachen ausgelassen, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Gesetzlicher Abschlussprüfer

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrich-Ebert-Anlage 35 - 37, 60327 Frankfurt am Main, ist gesetzlicher Abschlussprüfer der Helaba.

PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist Mitglied der Wirtschaftsprüferkammer.

Geschäftsgeschichte und Geschäftsentwicklung der Emittentin

Historische Wurzeln / Datum der Gründung
Die Hessische Landesbank Girozentrale entstand 1953 durch den Zusammenschluss der Hessischen Landesbank Darmstadt (gegründet 1940), der Nassauischen Landesbank Wiesbaden (gegründet 1840) sowie der Landeskreditkasse zu Kassel (gegründet 1832). Unter dem Namen „Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale“ firmiert die Bank seit dem 1. Juli 1992. An diesem Tag trat der Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation in Kraft (der „Staatsvertrag“).

Juristischer und kommerzieller Name der Emittentin
Die Emittentin führt die handelsrechtliche Bezeichnung Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Helaba ist der für kommerzielle Zwecke genutzte Name.

Ort der Registrierung der Emittentin und ihre Registrierungsnummer
Die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale ist im Handelsregister Frankfurt am Main (HRA 29821) und im Handelsregister Jena (HRA 102181) eingetragen.

Sitz und Rechtsform
Die Helaba wurde in Deutschland gegründet und ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts in Deutschland. Die Bank hat ihren Sitz in Frankfurt am Main und Erfurt:

Neue Mainzer Straße 52 – 58
60311 Frankfurt am Main
Telefon +49 (0) 69 91 32 – 01
Telefax +49 (0) 69 29 15 17;

Bonifaciusstraße 16
99084 Erfurt
Telefon +49 (0) 361/217 – 71 00
Telefax +49 (0) 361 217 – 71 01

Die Helaba unterliegt - wie andere Kreditinstitute in Deutschland auch - der staatlichen Überwachung und Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“), einer unabhängigen Behörde mit Aufsichtsbefugnissen, die sie gemeinsam mit der Deutschen Bundesbank gemäß den Vorschriften des Gesetzes über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961 (in seiner jeweiligen Fassung) ausübt.

Darüberhinaus unterliegt die Helaba der gesetzlichen Aufsicht durch die Bundesländer Hessen und Thüringen (Artikel 2 Abs. 1 und 12 Abs. 1 des Staatsvertrages).

Sicherungseinrichtungen

Die Helaba ist als Mitglied der Sicherungsreserve der Landesbanken/Girozentralen dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe (das „Sicherungssystem“) angeschlossen. Dieses System zielt darauf ab, dass die angeschlossenen Institute selbst geschützt, insbesondere deren Liquidität und Solvenz gewährleistet werden. Dem Sicherungssystem sind die Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen angeschlossen. Das Sicherungssystem besteht aus den satzungsrechtlich in einer Haftungsgemeinschaft miteinander verbundenen Fonds: den elf Sparkassenstützungsfonds der regionalen Sparkassenverbände, der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen. Im Krisenfall können Liquidität und Solvenz eines Instituts durch entsprechende Stützungsmaßnahmen geschützt werden. Betroffene Institute können so in die Lage versetzt werden, ihre Verbindlichkeiten weiterhin uneingeschränkt zu erfüllen. Hierdurch sind auch Einlagen von Kunden ohne betragliche Begrenzung geschützt.

Daneben besteht der Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, dem die Helaba beigetreten ist. Ergänzend hierzu haben der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband (SVWL) im Zuge ihrer 2012 eingegangenen Beteiligung am Stammkapital der Helaba (je 4,75%) jeweils einen zusätzlichen Reservefonds zugunsten der Helaba errichtet.

Geschäftsüberblick

Die Helaba besitzt die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften aller Art und zum Erbringen von Finanzdienstleistungen aller Art mit Ausnahme des Betriebs eines multilateralen Handelssystems.

Das strategische Geschäftsmodell der Helaba basiert auf den drei Unternehmenssparten „Großkundengeschäft“, „Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft“ sowie „öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft“.

Die Geschäftsaktivitäten erfolgen aus den beiden Bankzentralen in Frankfurt am Main und Erfurt sowie den Niederlassungen in Düsseldorf und Kassel sowie Paris, London und New York. Hinzu kommen Repräsentanzen und Vertriebsbüros sowie Tochter- und Beteiligungsgesellschaften.

Die Helaba konzentriert ihre Geschäftsaktivitäten in der Unternehmenssparte „Großkundengeschäft“ auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften, Global Markets, Asset Management und das Transaktionsgeschäft. Im Vertrieb verfolgt die Helaba zwei verschiedene Ansätze, zum einen gegenüber Produktkunden aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend durch Ausrichtung des Kundenvertriebs auf Zielkunden im Bereich von Großunternehmen und des gehobenen Mittelstands, institutionellen Kunden sowie inländischen öffentlichen Gebietskörperschaften und kommunalnahen Unternehmen.

In der Unternehmenssparte „Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft“ ist die Helaba als Sparkassenzentralbank zentraler Produktlieferant und Dienstleistungsplattform für die Sparkassen in Hessen und Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg. In Hessen-Thüringen bilden die Helaba und die Verbundsparkassen die Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen mit dem Geschäftsmodell der „wirtschaftlichen Einheit“ und einem gemeinsamen Verbundrating. In Nordrhein-Westfalen wurden mit den Sparkassen und ihren Verbänden im Sommer 2012 umfangreiche Kooperations- und Geschäftsvereinbarungen getroffen. Mit den Sparkassen in Brandenburg bestehen ebenfalls Kooperationsvereinbarungen zur vertrieblichen Zusammenarbeit. Die Kooperationsvereinbarungen mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg ergänzen das Verbundkonzept der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen, das unverändert fortbesteht. Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen betreibt die Helaba Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, eine hundertprozentige und vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Helaba in öffentlicher Rechtsform, ist eine bedeutende Retailbank in der Region Frankfurt/Main. Mit der 1822direkt ist die Frankfurter Sparkasse im

nationalen Direktbankgeschäft tätig. Durch die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und deren 100 %-Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG deckt die Helaba ihr Angebot für Sparkassen im Segment Private Banking, Wealth Management und Vermögensverwaltung ab.

In der Unternehmenssparte „öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft“ ist die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen („WIBank“) - als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba - mit der Verwaltung öffentlicher Förderprogramme des Landes Hessen betraut. Für die "WIBank", die von der Körperschafts- und Gewerbesteuer befreit ist, besteht in Übereinstimmung mit EU-Recht eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Die Helaba ist darüber hinaus an zahlreichen anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen, insbesondere an Bürgschaftsbanken und mittelständischen Beteiligungsgesellschaften beteiligt.

Organisationsstruktur

Die Helaba ist national wie international aktiv.

Zusätzlich zu ihrem Sitz in Frankfurt am Main und Erfurt hat die Emittentin Niederlassungen in Düsseldorf, Kassel, Dublin, London, Paris und New York. Hinzu kommen Repräsentanzen in Madrid, Moskau, Shanghai, Berlin, München und Stuttgart.

Zum Helaba-Konzern zählen neben der Helaba als Muttergesellschaft über 200 Beteiligungen, die sie in Ausübung oder Unterstützung ihrer Geschäftstätigkeiten gegründet, mitgegründet oder erworben hat. Abgesehen von wenigen Ausnahmen (kleinere Landesbanken-typische Beteiligungen, Mitgliedschaften, allgemeine Dienstleistungsunternehmen und Firmenmäntel zur späteren Verwendung) werden alle Beteiligungen der Bank aus den entsprechenden Geschäftsbereichen gesteuert.

Zum Beteiligungsportfolio der Bank gehören zum einen sogenannte operative Beteiligungen, d.h. Beteiligungen, die in enger Beziehung zum Kreditgeschäft stehen (kreditersetzende oder kreditähnliche Beteiligungen), zum anderen strategische Beteiligungen. Hierzu zählen alle finanzierungsfernen Beteiligungen, die primär geschäftspolitischen bzw. geschäftsfeldbezogenen Zwecken dienen.

Die wichtigsten Beteiligungen mit strategischer Bedeutung sind die Frankfurter Sparkasse (Retail-Geschäft in der Region Frankfurt/Main) mit der 1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH (Direktbankaktivitäten) und die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG (Private Banking und damit verbundene Aktivitäten). Des weiteren sind dies die Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH (Verwaltung und Verwahrung von Spezialfonds und Finanzinstrumenten für institutionelle Investoren) und die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG (Vermögensmanagement und Vertrieb von Anlageprodukten), die GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH Hessen sowie die OFB Projektentwicklung GmbH.

Ein wesentlicher Teil des operativen Geschäftes wird in der Helaba getätigt. Die operative Abhängigkeit der Emittentin im Konzern ist beschränkt auf Dienstleistungs- und Liefervereinbarungen mit einigen Konzerngesellschaften.

Weitere Informationen zum Anteilsbesitz der Emittentin sind dem Anhang zu dem Konzernabschluss der Emittentin für das Jahr 2013 auf den Seiten AA-182 bis AA-189 dieses Registrierungsformulars zu entnehmen.

Trendinformationen

Das Wettbewerbsumfeld der deutschen Kreditwirtschaft ist durch ein anhaltendes historisches Niedrigzinsniveau und ein sich weiterhin signifikant veränderndes regulatorisches Umfeld geprägt. Hinzu kommen die erforderlichen Harmonisierungs- und Anpassungsprozesse auf dem Weg zur

europäischen Bankenunion. Während sich in einzelnen Geschäftsfeldern, insbesondere im Retail Banking sowie im Mittelstandsgeschäft, der Wettbewerbsdruck deutlich verschärft, haben sich insbesondere im langfristigen Kredit- und Projektfinanzierungsgeschäft Wettbewerber, auch aus dem Ausland, zurückgezogen. Hierdurch ergeben sich für Kreditinstitute mit stabilen Refinanzierungsstrukturen und Fokussierung auf einzelne Kerngeschäftsfelder Möglichkeiten zur Stärkung und zum Ausbau von Marktpositionen. Die Veränderungen in den regulatorischen Rahmenbedingungen führen strukturell zu einer Absenkung der Rentabilität des gesamten Bankensektors und damit der Rücknahme von Rentabilitätszielen.

Zu den wesentlichen Herausforderungen der Bankenregulierung gehören:

Eigenkapital und Liquidität (Basel III/CRD IV/CRR)
Die seit 2010 vorliegenden Vorschläge des Baseler Ausschusses zu künftigen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen („Basel III“) wurden 2013 in der EU durch ein Änderungspaket zur Banken- und Kapitaladäquanz-Richtlinie (CRD IV) und eine entsprechende Verordnung (CRR) mit Inkrafttreten zum 1. Januar 2014 umgesetzt. Mit dem CRD IV-Umsetzungsgesetz vom 28. August 2013 hat der Gesetzgeber die Vorgaben der EU-Richtlinie in deutsches Recht übertragen.

Inhaltlich verschärfen sich die Anforderungen an die zukünftige Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten qualitativ und quantitativ deutlich. Die neuen Eigenmittelquoten werden stufenweise bis zum Jahr 2019 eingeführt. Insgesamt erfüllt die Helaba bereits heute die zukünftigen aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Für Kapitalinstrumente, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an „hartes“ oder sonstiges Kernkapital (CET 1-Kapital oder AT1-Kapital) aber nicht mehr erfüllen, sieht die CRR eine Übergangsfrist bis Ende 2021 vor. Dies betrifft bei der Helaba stille Einlagen in Höhe von EUR 953 Mio. Inwieweit seitens der Aufsichtsbehörden in Deutschland zusätzliche Kapitalaufschläge für einen antizyklischen Kapitalpuffer sowie Puffer für systemische Risiken (z.B. für national systemrelevante Kreditinstitute) in den nächsten Jahren eingeführt werden, ist zurzeit noch offen.

Bereits im Jahr 2010 hat der Baseler Ausschuss die Einführung einer kurzfristigen Liquiditätskennziffer (Liquidity Coverage Ratio – LCR) ab 2015 beschlossen. Die Vorgaben wurden im Laufe des Jahres konkretisiert. Die Kennziffer wird jetzt bis 2019 stufenweise eingeführt. Gleichzeitig wurde der Kreis der als Liquiditätspuffer ansetzbaren Vermögensgegenstände erweitert und die Bedingungen des anzunehmenden Krisenszenarios modifiziert. Die Offenlegungsvorschriften zur LCR sind ab 2015 einzuhalten.

Für die zweite Liquiditätskennziffer (Net Stable Funding Ratio – NSFR), deren Einführung frühestens ab 2018 vorgesehen ist, wurde im Januar 2014 ein überarbeitetes Konsultationspapier veröffentlicht. Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf wurde die Zuordnung zu den verschiedenen Anrechnungskategorien verändert und die Möglichkeit geschaffen, auch Anleihen mit einer Laufzeit von unter 12 Monaten in Anrechnung zu bringen. Beide Kennziffern werden grundsätzlich zu einer Erhöhung der Kosten für das Liquiditätsmanagement und damit zu Rentabilitätsbelastungen führen. Die Helaba hat sich frühzeitig auf die sich mit Basel III ändernden Anforderungen an das Liquiditätsmanagement eingestellt und sieht sich gut gerüstet, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechend zu erfüllen.

Vorgesehen ist ferner die aufsichtsrechtliche Einführung einer Höchstverschuldungsquote („Leverage Ratio“) im Sinne eines Mindestverhältnisses des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den nicht risikogewichteten bilanziellen und außerbilanziellen Positionen. Im Januar 2014 hat der Baseler Ausschuss Änderungen am Regelwerk vorgenommen, wonach bestimmte außerbilanzielle Geschäfte, z.B. Handelsfinanzierungen nur noch zum Teil berücksichtigt werden müssen und im Derivategeschäft bestimmte Verrechnungen („Netting“) zugelassen werden. Frühestens 2018 soll die Leverage Ratio verbindlich gelten und vorerst als zusätzliches, nach dem Ermessen der Aufsichtsbehörde anzuwendendes Entscheidungsmerkmal eingeführt werden. Negative Auswirkungen dieses Instruments auf das mittel- und langfristige Kreditgeschäft sind

nicht auszuschließen. Die Bank wird sich im Rahmen der weiteren Optimierung ihrer Geschäftsportfolios und ihrer Margenanforderungen frühzeitig auf die entsprechenden Marktveränderungen einstellen.

Europäische Bankenaufsicht
Im November 2013 ist der Single Supervisory Mechanism (SSM) zur Errichtung einer Europäischen Bankaufsichtsbehörde in Kraft getreten. Danach wird die Europäische Zentralbank („EZB“) die Aufsicht über die 128 größten Banken der Euro-Zone übernehmen. Betroffen sind Banken mit einer Bilanzsumme von mehr als 30 Mrd. € oder deren Bilanzsumme 20 % des Bruttoinlandsproduktes des jeweiligen Landes übersteigt. Der Helaba-Konzern gehört aufgrund seiner Größe zu den von der EZB beaufsichtigten Instituten. Das neue Aufsichtsregime soll im vierten Quartal 2014 greifen.

Aktuell führt die EZB einen dreistufigen Überprüfungsprozess (Comprehensive Assessment) der zukünftig von ihr beaufsichtigten Banken durch. Der erste Schritt war eine Risikoanalyse. Darauf aufbauend folgt als zweiter Schritt die Bilanzprüfung ausgewählter Portfolien, die institutsspezifisch von der EZB festgelegt wurden. Nach Vorliegen der Ergebnisse der zweiten Stufe wird als drittes Element ein Stresstest angeschlossen, dessen Ergebnisse im Herbst 2014 vorliegen sollen.

Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten
Auf europäischer Ebene hat die EU-Kommission bereits im Jahr 2012 in der EU-Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD)) ihre Pläne zur Sanierung und Abwicklung von Banken veröffentlicht. Die Trilogabstimmung zur BRRD wurde durch Beschluss des EU-Parlaments am 15. April 2014 finalisiert. Zur Umsetzung der BRRD bedarf es nationaler Umsetzungsgesetze. Im Juli 2013 hat die EU-Kommission einen Verordnungsvorschlag für einen EU-weit einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism; SRM) vorgelegt, wonach eine zentrale EU-Abwicklungsbehörde und ein einheitlicher Abwicklungsfonds eingeführt werden sollen. Bei Inkrafttreten erhält die Verordnung unmittelbare Wirkung in den EU-Ländern. Auch der SRM-Verordnungsentwurf wurde durch die Abstimmung im EU-Parlament am 15. April 2014 finalisiert..

Seit dem Datum des letzten veröffentlichten, geprüften Jahresabschlusses 2013 haben sich keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin ergeben.

Organe der Bank

Trägerversammlung
Die Trägerversammlung repräsentiert die Träger der Helaba (vgl. Angaben auf Seite 20, „Eigentümerstruktur“). Alle wesentlichen Veränderungen in Bezug auf u.a. Geschäftspolitik, Eigenkapital oder Konzernstruktur bedürfen der Genehmigung der Trägerversammlung. Sie ist unter anderem zuständig für Änderungen der Satzung der Bank und für die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes. Die Rechte der Mitglieder der Trägerversammlung ergeben sich aus der Satzung und den jeweiligen Geschäftsordnungen.

Die Trägerversammlung besteht aus 16 Mitgliedern (§8(1) der Satzung der Helaba). Vorsitzender der Trägerversammlung ist Andreas Bausewein, Oberbürgermeister Erfurt. Stellvertreter sind Georg Sellner, Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Darmstadt, Claus Kaminsky, Oberbürgermeister Hanau, Hanau, Dr. Wolfgang Voß, Minister, Thüringer Finanzministerium, Erfurt, Helmut Schleweis, Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Heidelberg, Heidelberg und Dr. Rolf Gerlach, Präsident, Sparkassenverband Westfalen-Lippe, Münster.

Die Trägerversammlung setzt sich gegenwärtig wie folgt zusammen:

Andreas Bausewein
Oberbürgermeister, Erfurt,
Vorsitzender

Georg Sellner
Vorsitzender des Vorstandes,
Sparkasse Darmstadt, Darmstadt
Stellvertretender Vorsitzender

Claus Kaminsky
Oberbürgermeister, Hanau
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Wolfgang Voß
Minister
Thüringer Finanzministerium, Erfurt
Stellvertretender Vorsitzender

Helmut Schleweis
Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Heidelberg, Heidelberg
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Rolf Gerlach
Präsident
Sparkassenverband Westfalen-Lippe, Münster
Stellvertretender Vorsitzender

Dieter Bauhaus
Vorsitzender des Vorstandes,
Sparkasse Mittelthüringen, Erfurt

Volker Bouffier
Ministerpräsident des Landes Hessen, Wiesbaden

Michael Breuer
Präsident,
Rheinischer Sparkassen und Giroverband, Düsseldorf

Sigrid Erfurth
Mitglied des Hessischen Landtages,
Hessischer Landtag,
Wiesbaden

Georg Fahrenschon
Präsident,
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin

Alois Früchtl
Vorsitzender des Vorstandes,
Sparkasse Fulda, Fulda

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident des
Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main/Erfurt

Bernd Heßler
Bürgermeister, Borken

Frank-Martin Neupärtl
Landrat
Schwalm-Eder-Kreis, Homberg

Günther Sedlak
Vorsitzender des Vorstandes,
Sparkasse Oberhessen,
Friedberg

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat hat die Geschäftsführung des Vorstandes zu überwachen und besteht gemäß §11(1) der Satzung der Helaba aus sechsunddreißig Mitgliedern. Zwei Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrates werden von den Trägern der Helaba berufen. Ein Drittel wird von den Arbeitnehmern der Bank entsandt. Im Zuge der Aufnahme neuer Stammkapitalinhaber und Träger im Jahr 2012 wurde der Verwaltungsrat für eine bis 30.06.2015 dauernde Übergangszeit um sechs auf 42 Mitglieder, darunter 14 von den Arbeitnehmern entsandte Mitglieder, aufgestockt. (§ 29(1) der Satzung der Helaba). Die Rechte der Mitglieder des Verwaltungsrates ergeben sich aus der Satzung und den jeweiligen Geschäftsordnungen.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind gegenwärtig:

Mitglieder

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen,
Frankfurt am Main/Erfurt
Vorsitzender

Dr. Werner Henning
Landrat
Landkreis Eichsfeld,
Heiligenstadt
1. stellvertretender Vorsitzender

Prof. Dr. h.c. Ludwig G. Braun
Vorsitzender des Aufsichtsrats
B. Braun Melsungen AG,
Melsungen

Ingo Buchholz
Vorsitzender des Vorstandes
Kasseler Sparkasse,
Kassel

Peter Feldmann
Oberbürgermeister
Stadt Frankfurt am Main,
Frankfurt am Main

Ulrich Heilmann
Vorsitzender des Vorstandes
Kyffhäusersparkasse Artern-Sondershausen,
Sonderhausen

Stefan Lauer
Idstein

	Bertram Hilgen Oberbürgermeister, Kassel	**Christoph Matschie** Thüringer Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Erfurt
	Gerhard Möller Oberbürgermeister, Fulda	**Frank Nickel** Vorsitzender des Vorstandes Sparkasse Werra-Meißner, Eschwege
	Stefan Reuß Landrat, Werra-Meißner-Kreis, Eschwege	**Thorsten Schäfer-Gümbel** Mitglied des Hessischen Landtages, Wiesbaden
	Wolfgang Schuster Landrat, Lahn-Dill-Kreis, Wetzlar	**Dr. Eric Tjarks** Vorsitzender des Vorstandes Sparkasse Bensheim, Bensheim
	Alfred Weber Vorsitzender des Vorstandes Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt, Saalfeld	**Stephan Ziegler** Vorsitzender des Vorstandes der Nassauischen Sparkasse, Wiesbaden
	Ulrich Zinn Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Grünberg, Grünberg	**Arndt Zinnhardt** Mitglied des Vorstands Software AG, Darmstadt
vom Land Hessen berufen	**Dr. Thomas Schäfer** Staatsminister Hessisches Ministerium der Finanzen, Wiesbaden, 2. stellvertretender Vorsitzender	**Clemens Reif** Mitglied des Hessischen Landtages, Wiesbaden
vom Freistaat Thüringen berufen	**Dirk Diedrichs** Staatssekretär Thüringer Finanzministerium, Erfurt	
vom Rheinischen Sparkassen- und Giroverband berufen	**Hans Martz** Vorsitzender des Vorstandes Sparkasse Essen, Essen 3. stellvertretender Vorsitzender	
vom Sparkassenverband Westfalen-Lippe berufen	**Volker Goldmann** Vorsitzender des Vorstandes Sparkasse Bochum, Bochum	

von Fides Beta GmbH berufen	**Georg Fahrenschon** Präsident Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin	
von Fides Alpha GmbH berufen	**Dr. Alfons Lauer** Präsident Sparkassenverband Saar, Saarbrücken 5. stellvertretender Vorsitzender	
von der Belegschaft entsandt	**Thorsten Derlitzki** Bankangestellter, Frankfurt am Main 4. stellvertretender Vorsitzender	**Frank Beck** Bankprokurist, Frankfurt am Main
	Brigitte Berle Bankangestellte, Frankfurt am Main	**Isolde Burhenne** Stv. Abteilungsdirektorin, Frankfurt am Main
	Gabriele Fuchs Bankangestellte, Frankfurt am Main	**Thorsten Kiwitz** stv. Abteilungsdirektor, Frankfurt am Main
	Christiane Kutil-Bleibaum Abteilungsdirektorin, Düsseldorf	**Annette Langer** Bankangestellte, Frankfurt am Main
	Susanne Lorra Bankprokuristin, Düsseldorf	**Susanne Noll** Bankangestellte, Frankfurt am Main
	Hans Peschka Stv. Abteilungsdirektor, Frankfurt am Main	**Erich Roth** Bankangestellter, Frankfurt am Main
	Birgit Sahliger-Rasper Bankangestellte Frankfurt am Main	**Wolf-Dieter Tesch** Stv. Bankdirektor, Frankfurt am Main

Zwei Mitgliederpositionen im Verwaltungsrat sind derzeit unbesetzt.
Für jedes Mitglied wurde ein Stellvertreter benannt.

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstandes werden von der Trägerversammlung bestellt; die Bestellung bedarf der Zustimmung des Verwaltungsrates. Derzeit setzt sich der Vorstand wie folgt zusammen:

Hans Dieter-Brenner (Vorstandsvorsitzender)
Dezernent für Vorstandsstab und Konzernstrategie, Personal, Revision, Recht, Volkswirtschaft/Research, Verbundbank sowie Frankfurter Sparkasse und WIBank

Jürgen Fenk
Dezernent für Immobilienkreditgeschäft, Vertriebsmanagement Immobilien, Immobilienmanagement, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften, Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, Verwaltung, Repräsentanz Madrid

Thomas Groß
Dezernent für Credit Risk Management Corporates/CF/FI, Credit Risk Management Real Estate, Credit Risk Management Restructuring/Workout, Risikocontrolling, Cash Management

Dr. Detlef Hosemann
Dezernent für Bilanzen & Steuern, Konzerncontrolling, Organisation und Informatik, Handelsabwicklung/Depotservice, Compliance-Funktionen und Datenschutz

Rainer Krick
Dezernent für Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung, Sales Öffentliche Hand, Asset Management, Zielkundenmanagement öffentliche Hand/KNU und Zielkundenmanagement Institutionelle

Dr. Norbert Schraad
Dezernent für Corporate Finance, Zielkundenmanagement Großunternehmen und Vertriebsservice.

Die Mitglieder der Trägerversammlung, des Verwaltungsrates und des Vorstands sind unter der Adresse:
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
Neue Mainzer Straße 52 – 58
60311 Frankfurt am Main
zu erreichen.

Klaus-Jörg Mulfinger wurde am 22. März 2013 von der Trägerversammlung und dem Verwaltungsrat der Helaba zum Generalbevollmächtigten und designierten Vorstandsmitglied der Helaba bestellt.

Mandate der Vorstandsmitglieder

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Hans-Dieter Brenner	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Präsident des Verwaltungsrats
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Vorsitzender des Verwaltungsrats
Jürgen Fenk	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender des Aufsichtsrats
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied des Aufsichtsrats
Thomas Groß	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied des Verwaltungsrats
Dr. Detlef Hosemann	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Mitglied des Aufsichtsrats

	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Erster stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
Rainer Krick	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied des Verwaltungsrats
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats

Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Herbert Hans Grüntker	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied des Verwaltungsrats
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Jörg Hartmann	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied des Aufsichtsrats
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied des Aufsichtsrats
Holger Mai	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Dirk Mewesen	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied im Board of Directors
Klaus-Jörg Mulfinger	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied des Verwaltungsrats
	Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied des Verwaltungsrats
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Vorsitzender im Board of Directors
Dr. Michael Reckhard	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied des Aufsichtsrats
Klaus Georg Schmidbauer	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied des Verwaltungsrats
Lothar Steinborn-Reetz	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied im Board of Directors
Erich Vettiger	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Mitglied des Aufsichtsrats

Zum Zeitpunkt dieses Registrierungsformulars bestehen keine potenziellen Interessenkonflikte der Mitglieder der Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane zwischen deren Verpflichtungen gegenüber der Emittentin und ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen.

Anteilsverhältnisse

Eigentümerstruktur

Die Helaba ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main und Erfurt. Seit Mitte 2012 sind neben dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und den beiden Ländern Hessen und Thüringen mit dem Rheinischen Sparkassen- und Giroverband, dem Sparkassenverband Westfalen-Lippe sowie zwei Treuhandgesellschaften der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen beziehungsweise der regionalen Sparkassenstützungsfonds der deutschen Sparkassen vier weitere Träger im Trägerkreis der Helaba. Das Stammkapital der Helaba in Höhe von 589 Mio. € wird mehrheitlich von Trägern aus der Sparkassenorganisation gehalten (rund 88 %). Die beiden Bundesländer Hessen und Thüringen halten Anteile von zusammen rund 12 %.

Trägerstruktur der Helaba

Zusammensetzung Stammkapital	**Betrag in Mio. €**	**Anteil in %**
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	405	68,85
Land Hessen	48	8,10
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	28	4,75
Sparkassenverband Westfalen-Lippe	28	4,75
Fides Beta GmbH	28	4,75
Fides Alpha GmbH	28	4,75
Freistaat Thüringen	24	4,05
Gesamt	**589**	**100,00**

Organe der Bank sind neben dem Vorstand die Trägerversammlung, in der die Eigentümer vertreten sind, und der Verwaltungsrat, der die Aufsichtsfunktion ausübt.

Der Emittentin liegen keine Vereinbarungen vor, die zu einem späteren Zeitpunkt zu einer Veränderung bei der Kontrolle des Emittenten führen könnten.

Aufsicht

Die Helaba unterliegt - wie andere Kreditinstitute in Deutschland auch - der staatlichen Überwachung und Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) (weitere Informationen befinden sich im Abschnitt „Sitz und Rechtsform“ auf Seite 9).

Neben dieser allgemeinen Bankaufsicht unterliegt die Helaba der gesetzlichen Aufsicht durch die Bundesländer Hessen und Thüringen (Artikel 2 Abs. 1 und Artikel 12 Abs. 1 des Staatsvertrages). Sie wird durch das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung und das Thüringer Finanzministerium ausgeübt („Aufsichtsbehörde“). Die Zuständigkeit als Aufsichtsbehörde wechselt alle vier Jahre zwischen den beiden Ministerien.

Die Aufsichtsbehörde kann alle erforderlichen Anordnungen treffen, um den Geschäftsbetrieb der Bank im Einklang mit den Gesetzen, der Satzung und den sonstigen Vorschriften zu halten. Sie kann sich jederzeit über die Angelegenheiten der Bank unterrichten, an Ort und Stelle prüfen, mündliche und schriftliche Berichte anfordern sowie Akten und sonstige Unterlagen einsehen. Die Aufsichtsbehörde kann auch verlangen, dass der Verwaltungsrat und die Trägerversammlung zur Behandlung bestimmter Angelegenheiten einberufen werden. Die Aufsichtsbehörde und das jeweils andere Ministerium können an den Sitzungen dieser Organe teilnehmen. Änderungen der Satzung der Helaba bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde und sind unter Hinweis auf die erteilte Genehmigung in den Staatsanzeigern für die Länder Hessen und Thüringen zu veröffentlichen. Darüber hinaus bedürfen bestimmte wesentliche strukturelle Änderungen der Bank der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin

Historische Finanzinformationen

Für die Geschäftsjahre 2013 und 2012 der Emittentin sind im Anhang dieses Registrierungsformulars Finanzangaben des Konzerns nach den Grundsätzen der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und Konzernlageberichte nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches („HGB“) sowie die Wiedergabe der entsprechenden Bestätigungsvermerke des Abschlussprüfers aufgenommen und sind Bestandteil dieses Registrierungsformulars.

Darüber hinaus sind für das Geschäftsjahr 2013 Finanzangaben und der Lagebericht der Bank nach dem Handelsgesetzbuch sowie die Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers aufgenommen und sind Bestandteil dieses Registrierungsformulars.

Prüfung der historischen Finanzinformationen
Die Konzernabschlüsse sowie die Konzernlageberichte 2013 und 2012 und der Jahresabschluss sowie der Lagebericht 2013 der Emittentin wurden von PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und erhielten jeweils uneingeschränkte Bestätigungsvermerke.

Zwischenberichte und sonstige Finanzinformationen
Seit dem Datum des letzten geprüften Konzern- und Jahresabschlusses 2013 bis zum Datum dieses Registrierungsformulars sind keine Zwischenabschlüsse der Emittentin veröffentlicht worden.

Rechtsstreitigkeiten und Schiedsgerichtsverfahren
Rund 1.500 Anleger in Fonds der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG nehmen die Helaba gerichtlich im Zusammenhang mit dem Vertrieb und der Bereitstellung von Finanzierungen für den Erwerb von Fondsbeteiligungen in Anspruch (Gesamtbeteiligungswert rund EUR 210 Mio.). Es ist davon auszugehen, dass sich die Anzahl der gerichtlichen Verfahren erhöht. Die bisherigen Entscheidungen der Gerichte sind im Ergebnis und in der Begründung uneinheitlich. Die Helaba prüft unter Berücksichtigung der Umstände im Einzelfall alle gerichtlichen und außergerichtlichen Möglichkeiten zur Erledigung der Rechtsstreitigkeiten. Die Risikovorsorge liegt im Rahmen der allgemeinen Planungen für das erste Halbjahr 2014.

Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage
Seit dem Datum der jüngsten veröffentlichten, geprüften Konzern- und Jahresabschlüsse der Helaba (31.12.2013) hat es keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der Helaba-Gruppe gegeben.

Informationen von Seiten Dritter

Sofern Angaben von Seiten Dritter übernommen wurden, bestätigt die Helaba, dass diese Angaben korrekt wiedergegeben wurden und dass, soweit es der Helaba bekannt ist, und sie aus den von dieser dritten Partei veröffentlichten Informationen ableiten konnte, keine Tatsachen fehlen, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Einsehbare Dokumente

Während der Gültigkeitsdauer dieses Registrierungsformulars werden das Registrierungsformular sowie die folgenden Dokumente bei der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Neue Mainzer Straße 52 – 58, 60311 Frankfurt am Main, zur Einsicht bereitgehalten:

- Die gültige Satzung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale.
- Der gültige Staatsvertrag über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen.
- Geschäftsberichte der Jahre 2013 und 2012 sowie der Jahresfinanzbericht 2013 inkl. der Konzernabschlüsse der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale der Jahre 2013 und 2012 sowie des Jahresabschlusses des Jahres 2013.

Anhang AA

Finanzangaben der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale 2013 auf Konzernebene

Konzernlagebericht

2 Grundlagen des Konzerns
6 Wirtschaftsbericht
12 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
23 Nachtragsbericht
23 Risikobericht
57 Prognose- und Chancenbericht

Konzernlagebericht

Grundlagen des Konzerns

Geschäftsmodell des Konzerns
Die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) weist in den letzten Jahren eine sehr stabile Geschäfts- und Ertragsentwicklung auf. Als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut verfügt die Helaba über das langfristig angelegte strategische Geschäftsmodell einer integrierten Universalbank mit starkem regionalem Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die Sparkassenorganisation. Neben dem Geschäftsmodell sind die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba:

- ein konservatives Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement und einer soliden Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung,
- eine starke Verankerung im Kundengeschäft und eine enge Verzahnung mit der Realwirtschaft,
- ein langfristig angelegtes Liquiditätsmanagement sowie
- ein hoher Stellenwert des Sparkassenverbund- und des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts.

Von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell der Helaba sind ihre öffentlich-rechtliche Rechtsform, der hohe Trägeranteil der Sparkassenorganisation sowie die Beibehaltung und der Ausbau ihrer Aktivitäten im Verbund- und öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäft. Das strategische Geschäftsmodell der Helaba basiert auf den drei Unternehmenssparten Großkundengeschäft, Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft sowie öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft. Die Geschäftsaktivitäten erfolgen aus den beiden Bankzentralen in Frankfurt am Main und Erfurt sowie den Niederlassungen in Düsseldorf und Kassel sowie Paris, London und New York. Hinzu kommen Repräsentanzen und Vertriebsbüros sowie Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Aufbauorganisatorisch und in der Geschäftssteuerung gilt mit Ausnahme des Tochterinstituts Frankfurter Sparkasse das Prinzip der konzernweiten Divisionalisierung, das heißt, es erfolgt konzernweit eine einheitliche Steuerung aller Produkt-, Kunden- und Servicebereiche.

Die Helaba konzentriert ihre Geschäftsaktivitäten in der Unternehmenssparte Großkundengeschäft auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften, Global Markets, Asset Management und das Transaktionsgeschäft. Im Vertrieb verfolgt die Helaba zwei verschiedene Ansätze, zum einen gegenüber Produktkunden aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend durch Ausrichtung des Kundenvertriebs auf Zielkunden im Bereich von Großunternehmen und des gehobenen Mittelstands, institutionellen Kunden sowie inländischen öffentlichen Gebietskörperschaften und kommunalnahen Unternehmen.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba das strategische Ziel, ihre Position als führende Sparkassenverbundbank in Deutschland zu stärken. In Hessen-Thüringen bilden die Helaba und die Verbundsparkassen die Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen mit dem Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit und einem gemeinsamen Verbund-Rating. In Nordrhein-Westfalen wurden mit den Sparkassen und ihren Verbänden im Sommer 2012 umfangreiche Kooperations- und Geschäftsvereinbarungen getroffen. Mit den Sparkassen in Brandenburg bestehen ebenfalls Kooperationsvereinbarungen zur vertrieblichen Zusammenarbeit. Die Kooperationsvereinbarungen mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen

und Brandenburg ergänzen das Verbundkonzept der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen, das unverändert fortbesteht. Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen ist die Helaba in beiden Bundesländern einer der Marktführer im Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, eine 100 %ige und vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Helaba in öffentlicher Rechtsform, ist mit über 800.000 Kunden die führende Retail-Bank in der Region Frankfurt am Main und mit der 1822direkt im nationalen Direktbankgeschäft tätig. Durch die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und deren 100 %-Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG deckt die Helaba ihr Angebot für Sparkassen im Segment Private Banking, Wealth Management und Vermögensverwaltung ab.

In der Unternehmenssparte öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft ist die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) – als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba – mit der Verwaltung öffentlicher Förderprogramme des Landes Hessen betraut. Für die WIBank, die von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit ist, besteht in Übereinstimmung mit EU-Recht eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Die Helaba ist darüber hinaus an zahlreichen anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen, insbesondere an Bürgschaftsbanken und mittelständischen Beteiligungsgesellschaften, beteiligt. Der Thüringer Aufbaubank hat die Helaba ein Nachrangdarlehen in Höhe von 40 Mio. € gewährt.

Eigentümer, Kapitalausstattung und Organe der Bank

Seit Mitte 2012 sind neben dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und den beiden Ländern Hessen und Thüringen mit dem Rheinischen Sparkassen- und Giroverband, dem Sparkassenverband Westfalen-Lippe sowie zwei Treuhandgesellschaften der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen beziehungsweise der regionalen Sparkassenstützungsfonds der deutschen Sparkassen vier weitere Träger im Trägerkreis der Helaba. Das Stammkapital der Helaba in Höhe von 589 Mio. € wird mehrheitlich von Trägern aus der Sparkassenorganisation gehalten (88 %). Die beiden Bundesländer Hessen und Thüringen halten Anteile von zusammen 12 %.

Trägerstruktur der Helaba zum 31. Dezember 2013

Zusammensetzung Stammkapital	Betrag in Mio. €	Anteil in %
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	405	68,85
Land Hessen	48	8,10
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	28	4,75
Sparkassenverband Westfalen-Lippe	28	4,75
Fides Beta GmbH	28	4,75
Fides Alpha GmbH	28	4,75
Freistaat Thüringen	24	4,05
Gesamt	**589**	**100,00**

Die Helaba ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main und Erfurt. Die Organe der Bank sind neben dem Vorstand die Trägerversammlung, in der die Eigentümer vertreten sind, und der Verwaltungsrat, der die Aufsichtsfunktion ausübt.

Seitens der drei führenden Rating-Agenturen Moody's Investors Service (Moody's), Fitch Ratings (Fitch) und Standard & Poor's (S&P) verfügt die Helaba über folgende Ratings für nicht der Gewährträgerhaftung unterliegende Verbindlichkeiten (Stand: 15. März 2014):

	Moody's	Fitch	S&P
Langfristig (unbesichert)	A2	A+*	A*
Kurzfristig (unbesichert)	P-1	F1+*	A-1*
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa	AAA	–
Hypothekenpfandbriefe	–	AAA	–
Finanzkraft- / Viability-Rating	D+	a+*	–

* Gemeinsames Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Die für die Helaba und die Sparkassen in Hessen und Thüringen von Fitch und S&P vergebenen Verbund-Ratings basieren auf dem gemeinsamen Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen sowie den satzungsrechtlich verankerten institutionellen, haftungsmäßigen und wirtschaftlichen Regelungen. Die Helaba gehört im Marktvergleich bei den drei Rating-Agenturen unverändert zu den deutschen Kreditinstituten mit den höchsten Bonitätseinstufungen.

Die teilrechtsfähige, im öffentlichen Fördergeschäft tätige WIBank, für die gesetzlich die Gewährträgerhaftung des Landes Hessen gilt, verfügt bei S&P über ein „AA"-Rating für langfristige unbesicherte Verbindlichkeiten.

Steuerungsinstrumentarium und nicht finanzielle Leistungsindikatoren
Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäfts- und Produktivitätssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung. Die Steuerung beinhaltet dabei sowohl die Steuerung der absoluten Erträge und Kosten als auch die integrierte Steuerung der Deckungsbeiträge. Zielsetzung ist das Erreichen eines Kosten-Ertrag-Verhältnisses von 60 %. In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Bilanz- und GuV-Planung abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitragsschema werden regelmäßige Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt. Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Eine wesentliche Kennzahl zur Steuerung der Bestände ist das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (größer ein Jahr). Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Das Eigenkapital wird über die Allokation regulatorischer und ökonomischer Limite sowie über die Eigenmittelquote gesteuert (bis 2013 Solvabilitätsverordnung (SolvV)/ab 2014 Capital Requirements Regulation (CRR)). Die Rentabilitätsziele werden über die bilanzielle und regulatorische Eigenkapitalrentabilität gesteuert.

Die Geschäftsaktivitäten der Helaba sind auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtet. Die Bank ist Produkt- und Dienstleistungslieferant für ein breites Spektrum unterschiedlicher Kundengruppen. Die Geschäftsaktivitäten der Bank sind eng mit der Realwirtschaft verzahnt. Den Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft zeigt der Anteil der Kundengeschäfte an der Gesamtbilanz.

Bei ihrer Refinanzierung nutzt die Helaba unterschiedliche Refinanzierungsquellen und -produkte. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den sich durch die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund ergebenden Anker-Refinanzierungsquellen durch direktes und indirektes Sparkassengeschäft (Depot A und Depot B). Hinzu kommen die über die WIBank aufgenommenen Fördermittel sowie die Pfandbriefemissionen als kosteneffizienter Bestandteil der stabilen Funding-Basis.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba die Stoßrichtung, ihre Position als führende Verbundbank der deutschen Sparkassenorganisation weiter auszubauen. Mit den Sparkassen in Hessen-Thüringen ist die Helaba über das satzungsrechtlich verankerte Verbundkonzept verbunden. Mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen bestehen umfangreiche vertragliche Kooperationsvereinbarungen. Ziel beider Vereinbarungen ist insbesondere die Intensivierung der Zusammenarbeit der angeschlossenen Sparkassen mit der Helaba-Verbundbank. Angestrebt wird eine durchgängige **Verbundquote** im Zielkorridor von 60 % bis 80 %. Als Verbundquote wird dabei der Anteil des mit der Helaba und ihren Tochtergesellschaften getätigten Geschäfts am Gesamtbezug von Produkten und Dienstleistungen der jeweiligen Sparkassen angesehen.

Siehe Glossar S. 206

Motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Helaba. Ein breites Spektrum von Maßnahmen zur Mitarbeiterförderung trägt wesentlich zur Attraktivität der Helaba als Arbeitgeber bei. Aufgrund eines qualifizierten Personalmanagementsystems werden Potenziale der Mitarbeiter erkannt sowie zielgerichtet entwickelt und gefördert. Individuelle Weiterbildungsmaßnahmen stellen sicher, dass die Mitarbeiter den sich wandelnden Herausforderungen gewachsen sind. Auch die Nachwuchsförderung trägt dazu bei, dass rund die Hälfte der offenen Stellen durch interne Mitarbeiter besetzt werden kann. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger Krankenstand bestätigen die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiter.

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie definieren die Handlungsspielräume für die Beschäftigten. Daran ausgerichtet ist das Vergütungssystem für die außertariflich Beschäftigten. Die Vergütungsstrategie berücksichtigt die Erfüllung der Zielvorgaben aus der operativen Planung bei der Zuordnung des Budgets für die variable Vergütung. Der Bezug zwischen Vergütungsstrategie und strategischen Zielen der Geschäftsbereiche ist somit sichergestellt. Bei den Corporate-Center-Bereichen orientiert sich die Zuordnung von Bereichsbudgets am Ergebnis der Gesamtbank und an der Erreichung qualitativer Ziele. Durch dieses Vorgehen wird ausgeschlossen, dass bei einzelnen Beschäftigten Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken entstehen. Die Festgehälter orientieren sich an den Markterfordernissen.

Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag übernimmt die Helaba – über ihre kreditwirtschaftlichen Aufgaben und Zielsetzungen hinaus – gesellschaftliche und ökologische Verantwortung. Diese Verantwortung hat die Helaba in verbindliche Vorgaben im Rahmen ihrer Geschäftsstrategie umgesetzt. Danach ist die Identifizierung von Umweltrisiken und

sozialen Risiken Bestandteil der Risikobeurteilungs- und Risikomanagementprozesse. Die Helaba wird einen Regelprozess zur angemessenen Berücksichtigung entsprechender Risiken bei der Kreditvergabeentscheidung installieren. Herstellung und Handel kontroverser Waffenarten werden von der Helaba nicht finanziert. Auf Spekulationsgeschäfte mit Agrarrohstoffen verzichtet die Helaba ebenso wie auf die Entwicklung von Investment-Produkten mit Bezug zu Agrarrohstoffen. Einen Beitrag zum Klimaschutz leistet die Helaba durch Maßnahmen zur betrieblichen Energieeinsparung. Dem MAIN TOWER, dem Hauptgebäude der Helaba am Standort Frankfurt am Main, wurde nach den Standards von „Leadership in Energy and Environmental Design (LEED)“ im Jahr 2011 die Auszeichnung „LEED Gold“ als umweltfreundliches, ressourcenschonendes und nachhaltiges Gebäude verliehen. Die Frankfurter Sparkasse verfügt über ein validiertes Umweltmanagementsystem gemäß Verordnung (EG) Nr. 76/2001 (EMAS II) und nach DIN EN ISO 14001. Ihr gemeinsames Engagement auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit bringen Helaba und Frankfurter Sparkasse durch den Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien zum Ausdruck. Durch die jährliche Ermittlung von Umweltkennzahlen und deren Veröffentlichung im Internet macht die Helaba wesentliche Elemente ihres ökologischen Profils transparent und schafft Anreize für die weitere Verringerung von Verbrauchs- und Emissionswerten. Helaba und Frankfurter Sparkasse gehören zu den Unterzeichnern der „Charta der Vielfalt“, einer Selbstverpflichtungserklärung von Unternehmen zu einer vorurteils- und diskriminierungsfreien Unternehmenskultur. Die Helaba ist direkt beziehungsweise über die Frankfurter Sparkasse als Sponsor in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens engagiert und fördert zahlreiche Einrichtungen und Projekte in Kultur, Bildung, Umwelt, Sport und Sozialwesen.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen in Deutschland
Die deutsche Volkswirtschaft startete verhalten ins Jahr 2013. Im weiteren Jahresverlauf hat sich allerdings wieder Wachstum eingestellt. Aufgrund des schwachen ersten Quartals blieb das Wirtschaftswachstum für das Gesamtjahr aber mit real 0,5 % gering. Leicht negativ war der Wachstumsbeitrag des Außenhandels, da die Ausfuhren kaum zulegten und die Importe etwas schneller stiegen. Die Exporttätigkeit litt vor allem unter der schwierigen wirtschaftlichen Lage in den europäischen Krisenstaaten. Allerdings zeigten sich dort erste Besserungstendenzen. Dagegen legte der deutsche Konsum überdurchschnittlich zu. Die Verbraucher profitierten von steigenden Realeinkommen sowie einer günstigeren Beschäftigung und verringerten ihre Spartätigkeit. In der zweiten Jahreshälfte belebten sich auch die Ausrüstungsinvestitionen. Die Unternehmen haben nach dem Abklingen der europäischen Schuldenkrise wieder mehr Vertrauen in das Fortbestehen des Währungsraums. Niedrige Kapitalmarktzinsen und eine steigende Kapazitätsauslastung verbesserten zudem die Rahmenbedingungen für die Kapitalbildung. Der Wohnungsbau weist schon seit einiger Zeit eine Sonderkonjunktur auf, auch wenn der lange Winter die Aktivitäten in diesem Sektor gebremst hat. Die hohe Nachfrage nach Wohnraum in Großstädten, sehr niedrige Hypothekenzinsen, der Mangel an Anlagealternativen sowie mehr Investitionen in den Bestand ließen den Wohnungsbau expandieren.

Das Wettbewerbsumfeld der deutschen Kreditwirtschaft ist durch ein anhaltendes historisches Niedrigzinsniveau und ein sich weiterhin signifikant veränderndes regulatorisches Umfeld geprägt. Hinzu kommen die erforderlichen Harmonisierungs- und Anpassungsprozesse auf dem Weg zur europäischen Bankenunion. In einigen Geschäftsfeldern, insbesondere im Retail Banking sowie im Mittelstandsgeschäft, verschärft sich der Wettbewerbsdruck deutlich. Dennoch ergeben sich für Kreditinstitute mit stabilen Refinanzierungsstrukturen und Fokussierung auf einzelne Kerngeschäftsfelder Möglichkeiten zur Stärkung und zum Ausbau von Marktpositionen. Die Veränderungen in den regulatorischen Rahmenbedingungen führen strukturell zu einer Absenkung der Rentabilität des gesamten Bankensektors und damit der Rücknahme von Rentabilitätszielen.

Zu den wesentlichen Herausforderungen der Bankenregulierung gehören:

- Eigenkapital und Liquidität (Basel III/CRD IV/CRR)

Die seit 2010 vorliegenden Vorschläge des Baseler Ausschusses zu künftigen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen („**Basel III**“) wurden 2013 in der EU durch ein Änderungspaket zur Banken- und Kapitaladäquanz-Richtlinie (**CRD IV**) und eine entsprechende Verordnung (CRR) mit Inkrafttreten zum 1. Januar 2014 umgesetzt. Mit dem CRD IV-Umsetzungsgesetz vom 28. August 2013 hat der Gesetzgeber die Vorgaben der EU-Richtlinie in deutsches Recht übertragen.

Siehe Glossar S. 206
Siehe Glossar S. 206

Inhaltlich verschärfen sich die Anforderungen an die zukünftige Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten qualitativ und quantitativ deutlich. Die neuen Eigenmittelquoten werden stufenweise bis zum Jahr 2019 eingeführt. Insgesamt erfüllt die Helaba bereits heute die zukünftigen aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Für Kapitalinstrumente, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an „hartes“ Kernkapital (CET 1-Kapital) aber nicht mehr erfüllen, sieht die CRD IV eine Übergangsfrist bis Ende 2021 vor. Dies betrifft bei der Helaba stille Einlagen in Höhe von 953 Mio. €. Inwieweit seitens der Aufsichtsbehörden in Deutschland zusätzliche Kapitalaufschläge für national systemrelevante Kreditinstitute sowie antizyklische Kapitalpuffer in den nächsten Jahren eingeführt werden, ist zurzeit noch offen.

Bereits im Jahr 2010 hat der Baseler Ausschuss die Einführung einer kurzfristigen Liquiditätskennziffer (Liquidity Coverage Ratio – LCR) ab 2015 beschlossen. Die Vorgaben wurden im Laufe des Jahrs konkretisiert. Die Kennziffer wird jetzt bis 2019 stufenweise eingeführt. Gleichzeitig wurde der Kreis der als Liquiditätspuffer ansetzbaren Vermögensgegenstände erweitert und die Bedingungen des anzunehmenden Krisenszenarios modifiziert. Die Offenlegungsvorschriften zur LCR sind ab 2015 einzuhalten.

Für die zweite Liquiditätskennziffer (Net Stable Funding Ratio – NSFR), deren Einführung frühestens ab 2018 vorgesehen ist, wurde im Januar 2014 ein überarbeitetes Konsultationspapier veröffentlicht. Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf wurde die Zuordnung zu den verschiedenen Anrechnungskategorien verändert und die Möglichkeit geschaffen, auch Anleihen mit einer Laufzeit von unter zwölf Monaten in Anrechnung zu bringen. Beide Kennziffern werden grundsätzlich zu einer Erhöhung der Kosten für das Liquiditätsmanagement und damit zu Rentabilitätsbelastungen führen. Die Helaba hat sich frühzeitig auf die sich mit Basel III ändernden Anforderungen an das Liquiditätsmanagement eingestellt und sieht sich gut gerüstet, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechend zu erfüllen.

Siehe Glossar S. 206

Vorgesehen ist ferner die aufsichtsrechtliche Einführung einer Höchstverschuldungsquote („**Leverage Ratio**“) im Sinne eines Mindestverhältnisses des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den nicht risikogewichteten bilanziellen und außerbilanziellen Positionen. Im Januar 2014 hat der Baseler Ausschuss Änderungen am Regelwerk vorgenommen, wonach bestimmte außerbilanzielle Geschäfte, zum Beispiel Handelsfinanzierungen, nur noch zum Teil berücksichtigt werden müssen und im Derivategeschäft bestimmte Verrechnungen („Netting“) zugelassen werden. Frühestens 2018 soll die Leverage Ratio verbindlich gelten und vorerst als zusätzliches, nach dem Ermessen der Aufsichtsbehörde anzuwendendes Entscheidungsmerkmal eingeführt werden. Negative Auswirkungen dieses Instruments auf das mittel- und langfristige Kreditgeschäft sind nicht auszuschließen. Die Bank wird sich im Rahmen der weiteren Optimierung ihrer Geschäftsportfolios und ihrer Margenanforderungen frühzeitig auf die entsprechenden Marktveränderungen einstellen.

- Europäische Bankenaufsicht

Im November 2013 ist der Single Supervisory Mechanism (SSM) zur Errichtung einer europäischen Bankaufsichtsbehörde in Kraft getreten. Danach wird die Europäische Zentralbank („EZB“) die Aufsicht über die 128 größten Banken der Eurozone übernehmen. Betroffen sind Banken mit einer Bilanzsumme von mehr als 30 Mrd. € oder deren Bilanzsumme 20 % des Bruttoinlandsprodukts des jeweiligen Landes übersteigt. Der Helaba-Konzern gehört aufgrund seiner Größe zu den von der EZB beaufsichtigten Instituten. Das neue Aufsichtsregime soll im vierten Quartal 2014 greifen.

Aktuell führt die EZB einen dreistufigen Überprüfungsprozess (Comprehensive Assessment) der zukünftig von ihr beaufsichtigten Banken durch. Der erste Schritt war eine Risikoanalyse. Darauf aufbauend folgt als zweiter Schritt die Bilanzprüfung ausgewählter Portfolios, die institutsspezifisch von der EZB festgelegt wurden. Nach Vorliegen der Ergebnisse der zweiten Stufe wird als drittes Element ein Stresstest angeschlossen, dessen Ergebnisse im Herbst 2014 vorliegen sollen.

- Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten

Im Juni 2013 wurde das Gesetz zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen verabschiedet („Trennbankengesetz“). Das Gesetz besteht aus vier Artikeln. Artikel 1 behandelt die Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten. Danach sollen Kreditinstitute, die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als potenziell systemgefährdend eingestuft werden, einen Sanierungsplan erstellen, der Maßnahmen festlegt, die das Kreditinstitut ergreifen kann, um im Fall einer signifikanten Verschlechterung seiner Finanzlage seine finanzielle Stabilität wiederherzustellen. Ergänzt wird das Gesetz durch die im Entwurf vorliegenden Mindestanforderungen an die Erstellung von Sanierungsplänen (MaSan). Die BaFin hat die Helaba bereits im November 2012 aufgefordert, bis zum Ende des Jahrs 2013 einen Sanierungsplan zu erstellen. Der im Laufe des Jahrs 2013 erarbeitete Sanierungsplan wurde im November 2013 bei der BaFin eingereicht.

In den USA hat die Helaba im Jahr 2013 einen Abwicklungsplan gemäß § 165 (d) Dodd-Frank Act erstellt.

Auf europäischer Ebene hat die EU-Kommission bereits im Jahr 2012 in der Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD) ihre Pläne zur Sanierung und Abwicklung von Banken veröffentlicht. Die BRRD befindet sich aktuell in der Trilogabstimmung zwischen Europäischem Parlament, Europäischem Rat und EU-Kommission, die bis März 2014 abgeschlossen sein soll. Zur Umsetzung der BRRD bedarf es nationaler Umsetzungsgesetze. Im Juli 2013 hat die EU-Kommission einen

Verordnungsvorschlag für einen EU-weit einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism – SRM) vorgelegt, wonach eine zentrale EU-Abwicklungsbehörde und ein einheitlicher Abwicklungsfonds eingeführt werden sollen. Bei Inkrafttreten erhält die Verordnung unmittelbare Wirkung in den EU-Ländern. Auch der SRM-Verordnungsentwurf wird im ersten Quartal 2014 Gegenstand der Trilogverhandlungen von EU-Kommission, Europäischem Rat und Europäischem Parlament sein.

- Abschirmung von Risiken: Trennbankensystem

Im Artikel 2 des Trennbankengesetzes werden deutschen Banken bestimmte Geschäfte, insbesondere Eigengeschäfte sowie Kredit- und Garantiegeschäfte mit Hedgefonds, verboten, soweit bestimmte Schwellenwerte überschritten werden. Diese Geschäfte dürfen nur noch nach Überführung in rechtlich eigenständige Gesellschaften betrieben werden. Die Helaba überschreitet diese Schwellenwerte. Allerdings geht die Helaba davon aus, dass die Geschäfte, die die Bank betreibt, nicht als verboten einzustufen sind.

Die EU-Kommission hat Ende Januar 2014 den Entwurf einer EU-Trennbankenverordnung vorgelegt, der Gegenstand weiterer Verhandlungen auf EU-Ebene im laufenden Jahr sein wird. Es ist davon auszugehen, dass sich im Zuge dieser Verhandlungen noch Änderungen gegenüber der jetzt vorliegenden Entwurfsfassung ergeben werden.

- Sicherungseinrichtungen

Bei der seit Mitte 2010 auf EU-Ebene geführten Diskussion zur Einführung von europaweit einheitlichen Einlagensicherungssystemen zum Schutz von Kundeneinlagen konnten im Dezember 2013 die Trilogverhandlungen zwischen Europäischem Parlament, Europäischem Rat und EU-Kommission abgeschlossen werden, wobei die formelle Zustimmung durch Ministerrat und Europäisches Parlament noch aussteht. Demnach soll das Zielvolumen der Einlagensicherungssysteme EU-weit einheitlich 0,8 % der abgesicherten Einlagen betragen. Institutssichernde Systeme, wie zum Beispiel der bestehende Haftungsverbund in der deutschen Sparkassen- und Landesbankenorganisation, können auch in Zukunft als vollwertige Alternative zur Einlagensicherung fortbestehen. Das Dotierungsvolumen der Sicherungsreserve ist entsprechend den neuen Vorgaben anzupassen.

- Bankenabgabe in Deutschland

Seit 2011 ist die deutsche Kreditwirtschaft zur Finanzierung eines Fonds zur Restrukturierung von Kreditinstituten in wirtschaftlichen Schwierigkeiten („Bankenabgabe“) verpflichtet. Der von einem Kreditinstitut jährlich zu leistende Beitrag wird auf Grundlage seiner beitragserheblichen Passiva (Abzugsposten sind unter anderem Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Eigenkapital) und seiner beitragserheblichen Derivate ermittelt. Die Bankenabgabe belastet infolge ihrer Rentabilitätsauswirkungen die deutsche Kreditwirtschaft im Wettbewerb mit ausländischen Kreditinstituten, insbesondere in der EU. Die vom Helaba-Konzern im Jahr 2013 geleistete Abgabezahlung betrug – 48 Mio. €.

- Finanztransaktionssteuer in der EU

Am 14. Februar 2013 hat die EU-Kommission einen Richtlinienentwurf zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorgelegt. Die Umsetzung soll im Rahmen der „verstärkten Zusammenarbeit“ innerhalb der teilnehmenden elf Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, erfolgen. Wesentliche Details und der genauere Zeitplan über die Ausgestaltung der Finanztransaktionssteuer sind jedoch noch offen.

- European Market Infrastructure Regulation (EMIR)

Im Juli 2012 wurde eine EU-Verordnung zur stärkeren Regulierung des Derivatemarkts erlassen (nachfolgend EMIR-Verordnung). Im Wesentlichen fordert die EMIR-Verordnung die Clearingpflicht für OTC-Derivate für finanzielle und nicht finanzielle Gegenparteien, die Meldung aller Derivategeschäfte an ein Transaktionsregister sowie die Einführung von Risikominimierungsverfahren für nicht dem Clearing unterliegende Derivate. Bereits 2012 wurde ein Projekt zur Umsetzung der notwendigen Maßnahmen in der Helaba aufgesetzt. Darüber hinaus hat die Helaba sowohl im Clearing als auch bei der Transaktionsregistermeldung Prozesse zur Übernahme der Verpflichtungen für ihre Kunden etabliert.

Geschäftsverlauf

Die Geschäfts- und Ertragslage der Helaba war im Geschäftsjahr 2013 geprägt von dem mit 0,5 % nur geringen realen Wirtschaftswachstum in Deutschland, der weiterhin anhaltenden Niedrigzinsphase und der sich fortsetzenden Stabilisierung der Finanzmärkte in der Eurozone.

In diesem wirtschaftlichen Umfeld hat sich das operative Geschäft der Helaba weiter positiv entwickelt. Im Kreditgeschäft mit Kunden konnte das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (größer ein Jahr) um 15 % auf 17,2 Mrd. € (2012: 15,0 Mrd. €) gesteigert werden. Trotz des Anstiegs des Abschlussvolumens gelang es, die durchschnittliche Neugeschäftsmarge gegenüber dem Vorjahr weiter zu erhöhen. Durch das hohe Neugeschäftsvolumen konnten Fälligkeiten und Sondertilgungen vollständig kompensiert werden. Die Forderungen an Kunden betragen wie im Vorjahr 91 Mrd. €. Hinzu kommen 12 Mrd. € Forderungen an angeschlossene Sparkassen. Die Fokussierung der Kreditvergabe auf Kerngeschäftsfelder und die Sparkassen als Verbundpartner entspricht der kundenorientierten Ausrichtung des Geschäftsmodells der Helaba. Der Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft, das heißt der Anteil der Kundengeschäfte an der Konzernbilanz, konnte im Jahr 2013 auf 57,9 % (2012: 51,3 %) gesteigert werden. Ursächlich hierfür war neben dem hohen Neugeschäftsvolumen auch der Rückgang der Bilanzsumme durch den konsequenten Abbau des nicht kundengetriebenen Geschäfts.

Aufgrund ihres hohen Marktstandings konnte die Helaba zur fristenkongruenten Refinanzierung ihres Neugeschäftsvolumens an den Geld- und Rentenmärkten problemlos die erforderlichen Mittel beschaffen. Bei den mittel- und langfristigen Refinanzierungen sind die ungedeckten Bankschuldverschreibungen (3,9 Mrd. €) sowie die öffentlichen (2,5 Mrd. €) und die Hypothekenpfandbriefe (0,8 Mrd. €) sowie Schuldscheine und andere Darlehen (1,8 Mrd. €) die wesentlichen Mittel. Hinzu kommen Nachrangmittel (0,8 Mrd. €) und zweckgebundene Mittel der Förderinstitute. Neben in- und ausländischen institutionellen Investoren bilden bundesweit die Sparkassen und ihre Kunden einen wesentlichen Bestandteil der Investorenbasis der Helaba.

Seit Mitte 2012 ist die Helaba Verbundbank für 166 Sparkassen in vier Bundesländern und damit für rund 40 % der bundesdeutschen Sparkassen. Die Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Sparkassen in Hessen-Thüringen konnte im Jahr 2013 auf sehr hohem Niveau weiter gesteigert werden und liegt aktuell am oberen Ende des Zielkorridors. Die Erhebung einheitlich ermittelter Verbundquoten für alle Regionen, in denen die Helaba die Funktion der Sparkassenzentralbank innehat, wird mit der Errichtung einer gemeinsamen Clearingstelle angestrebt.

Aufgrund diverser Projektarbeiten und Reorganisationen änderten sich im abgelaufenen Jahr 2013 die Aufgabenschwerpunkte und Stellenanforderungen vieler Mitarbeiter. Durch ein strukturiertes Weiterbildungsmanagement wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf diese neuen Aufgaben vorbereitet.

Die Geschäfts- und Risikostrategie definiert den Handlungsspielraum für die Beschäftigten. Im Jahr 2013 hat die Helaba das Vergütungssystem für außertariflich Beschäftigte weiter geschärft und verfeinerte Leitplanken für die Zuordnung von Budgets für die variable Vergütung festgelegt.

Zur Umsetzung der in der Geschäftsstrategie festgelegten Vorgabe zur Identifizierung von Umweltrisiken und sozialen Risiken hat die Helaba konzeptionelle Überlegungen zur organisatorischen und inhaltlichen Ausgestaltung eines Regelprozesses zur angemessenen Berücksichtigung entsprechender Risiken bei der Kreditvergabeentscheidung angestellt.

Ihrer ebenfalls in der Geschäftsstrategie verankerten Verpflichtung zum Klimaschutz hat die Bank unter anderem durch Maßnahmen zur Emissionsverringerung ihrer Dienstfahrzeuge (Änderung der Dienstwagenverordnung, Anschaffung eines Elektrofahrzeugs) sowie durch die weiterhin erfolgte Ermittlung ihrer Verbrauchs- und Emissionskennzahlen Rechnung getragen.

Auch im Geschäftsjahr 2013 erzielte die Helaba ein Ergebnis, das die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte sowie stiller Einlagen, die Dotierung der Gewinnrücklage zur Stärkung des Kernkapitals sowie den Ausweis eines Bilanzgewinns erlaubt.

Mit einer Kernkapitalquote zum 31. Dezember 2013 von 12,8 % und einer gesamten Eigenmittelquote von 17,4 % (jeweils gemäß SolvV) verfügt die Helaba über eine komfortable Eigenmittelausstattung.

Das Kosten-Ertrag-Verhältnis liegt zum Stichtag 31. Dezember 2013 bei 61,6 % und damit leicht oberhalb des Zielkorridors (< 60 %). Die Eigenkapitalrentabilität reduzierte sich auf 7,4 % (2012: 8,4 %).

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Veränderung des Konsolidierungskreises
Die Veränderung des Konsolidierungskreises im Geschäftsjahr 2013 hatte keinen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage. Sie betrifft überwiegend Objektgesellschaften aus der Immobilienprojektentwicklung.

Ertragslage des Konzerns

	2013	2012	Veränderungen	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	1.205	1.155	50	4,3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–281	–238	–43	–18,1
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	**924**	**917**	**7**	**0,8**
Provisionsüberschuss	300	259	41	15,8
Handelsergebnis	339	415	–76	–18,3
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option	–20	–124	104	83,9
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	19	3	16	>100,0
Ergebnis aus Finanzanlagen und at Equity bewerteten Unternehmen	2	–13	15	>100,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	217	236	–19	–8,1
Verwaltungsaufwand	–1.271	–1.181	–90	–7,6
Ergebnis vor Steuern	**510**	**512**	**–2**	**–0,4**
Ertragsteuern	–156	–194	38	19,6
Konzernjahresergebnis	**354**	**318**	**36**	**11,3**

Durch die Einbeziehung der NRW-Verbundbank zum 1. Juli 2012 hat sich die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Helaba-Konzerns deutlich verändert. Die NRW-Verbundbank trug im Geschäftsjahr 2013 erstmals für eine vollständige Jahresperiode zum Ergebnis bei. Auf die hierdurch bedingten Veränderungen wird in der Ertragslage nach Segmenten gesondert eingegangen.

Die Helaba hat im Geschäftsjahr 2013 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 510 Mio. € erzielt und konnte damit das sehr hohe Vorjahresniveau von 512 Mio. € halten. Nach Steuern wird ein um 11,3 % gegenüber dem Vorjahr gestiegenes Konzernjahresergebnis von 354 Mio. € (2012: 318 Mio. €) ausgewiesen. Ursächlich hierfür war die positive Entwicklung des operativen Geschäfts, das sich insbesondere in steigenden Zins- und Provisionsüberschüssen niederschlug. Das Handelsergebnis ist geprägt von stabilen Kundenbeiträgen und einer erneuten Einengung der Credit Spreads. Obwohl das außerordentlich gute Handelsergebnis des Vorjahrs nicht erreicht wurde, liegt es dennoch deutlich über Plan. Der Risikovorsorgebedarf fiel höher aus als im Vorjahr und bewegt sich oberhalb der Planwerte. Belastend wirkten sich die erhöhten Verwaltungsaufwendungen auf die Ergebnisentwicklung aus. Sie sind geprägt durch hohe Einmalaufwendungen im Zusammenhang mit der Integration der NRW-Verbundbank sowie zahlreiche regulatorische Umsetzungsprojekte. Die einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung entwickelten sich wie folgt:

Der Zinsüberschuss beträgt 1.205 Mio. € und konnte damit gegenüber dem Vorjahr um 4 % gesteigert werden (2012: 1.155 Mio. €). Sowohl eine moderate Erhöhung der Zinsmarge bei Neugeschäftsabschlüssen als auch das ganzjährig enthaltene Verbundbankgeschäft führten zu diesem Anstieg. Belastend wirkte sich das niedrige Zinsniveau im Bauspargeschäft sowie bei der Frankfurter Sparkasse aus. Über ein Viertel des Zinsüberschusses entfällt auf das Retail-Geschäft der Frankfurter Sparkasse.

Der Aufwand für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft beträgt – 281 Mio. € (2012: – 238 Mio. €). Auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen entfiel eine Nettozuführung von – 271 Mio. € (2012: – 241 Mio. €). Die für nicht akut ausfallgefährdete Kreditengagements gebildete Portfoliowertberichtigung wurde gegenüber dem Vorjahr um 27 Mio. € aufgelöst (2012: 29 Mio. €). Der Saldo aus Direktabschreibungen, Zuführungen zu Rückstellungen für Risiken aus dem außerbilanziellen Kreditgeschäft und Eingängen aus abgeschriebenen Forderungen beträgt – 36 Mio. € (2012: – 26 Mio. €). Nach Risikovorsorge ist der Zinsüberschuss von 917 Mio. € auf 924 Mio. € gestiegen.

Der Provisionsüberschuss konnte mit 300 Mio. € (2012: 259 Mio. €) deutlich erhöht werden. Der Provisionsüberschuss wird im Wesentlichen von der Helaba, der Frankfurter Sparkasse und der Helaba Invest generiert. Dabei entwickelten sich insbesondere die Provisionen aus dem Zahlungsverkehr und dem Wertpapier- und Depotgeschäft der Helaba sowie der Vermögensverwaltung der Helaba Invest positiv. Die Beiträge der Frankfurter Sparkasse bewegten sich leicht über dem Vorjahresniveau.

Das Handelsergebnis beläuft sich auf 339 Mio. € (2012: 415 Mio. €). Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Reduzierung des zinsbezogenen Geschäfts auf 314 Mio. € (2012: 375 Mio. €) sowie des Ergebnisses aus Kreditderivaten auf – 6 Mio. € (2012: 27 Mio. €). Belastend wirkten hier Einmaleffekte im Geschäftsjahr im Zusammenhang mit der Anwendung des neuen Standards IFRS 13. Zum einen hat die Helaba die Parametrisierung des Bewertungsmodells zur Ermittlung von Credit Value Adjustments (CVA) verfeinert sowie ein Debit Value Adjustment eingeführt; zum anderen wurde eine Anpassung der Bewertung von OTC-Derivaten vorgenommen. Insgesamt führte dies zu einer Belastung des Handelsergebnisses in Höhe von – 63 Mio. €. Positiv wirkte sich dagegen eine erneute Einengung der Credit Spreads aus, allerdings nicht in dem sehr hohen Maße des Vorjahrs. Die Handelsaktivitäten wurden im Wesentlichen vom Einzelinstitut getätigt.

Das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option ist von – 124 Mio. € im Vorjahr auf – 20 Mio. € im Geschäftsjahr 2013 gestiegen. Die Berücksichtigung der Liquiditätskomponente von Fremdwährungen (Cross Currency Basis Spread) im Rahmen der Derivatebewertung hatte im Vorjahr zu einer signifikanten Belastung geführt. Unter Berücksichtigung dieser Liquiditätskomponente beträgt das Bewertungsergebnis der zur Zinssteuerung eingesetzten Bankbuchderivate – 41 Mio. € nach – 166 Mio. € im Jahr 2012. Positiv ausgewirkt hat sich die erstmalige Anwendung des neuen Standards IFRS 13 für zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente (28 Mio. €). Das im Vorjahr durch Wertaufholungseffekte geprägte Ergebnis aus Finanzinstrumenten der konsolidierten Spezial- und Publikumsfonds, das neben unrealisierten Bewertungseffekten auch realisierte Verkaufserlöse umfasst, entwickelte sich hingegen negativ und wird mit – 2 Mio. € (2012: 56 Mio. €) ausgewiesen. Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, in dem der ineffektive Teil von Mikro-Hedges ausgewiesen wird, beträgt 19 Mio. € (2012: 3 Mio. €).

Das Ergebnis aus Finanzanlagen hat sich auf 4 Mio. € (2012: –1 Mio. €) verbessert. Die realisierten Veräußerungsgewinne und -verluste aus Finanzinstrumenten der Kategorie Available-for-Sale liegen bei 28 Mio. € (2012: 20 Mio. €) und wurden überwiegend durch den Verkauf von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren erzielt. Ergebnismindernd wirkten sich Wertminderungen mit – 24 Mio. € (2012: – 23 Mio. €) aus. Die Abschreibungen auf Finanzanlagen betreffen mit –15 Mio. € (2012: –15 Mio. €) die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG für die Landesbank Berlin Holding AG und mit – 8 Mio. € Schuldverschreibungen der IVG Immobilien AG. Aus assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die at Equity bewertet werden, resultiert ein Ergebnisbeitrag von – 2 Mio. € (2012: –12 Mio. €).

Das sonstige betriebliche Ergebnis hat sich von 236 Mio. € auf 217 Mio. € vermindert. Dies ist im Wesentlichen auf ein im Jahr 2012 enthaltenes Ergebnis aus dem Abgang einer selbst genutzten Immobilie und auf eine Restrukturierungsrückstellung zurückzuführen. Die Restrukturierungsrückstellung hat das Ergebnis mit –18 Mio. € belastet und betrifft das im Geschäftsjahr 2013 gestartete Programm „Helaba PRO“, das eine Kostenoptimierung zum Ziel hat. Das ebenfalls im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesene Ergebnis aus Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten werden, wird überwiegend von der GWH-Gruppe erwirtschaftet und beträgt 151 Mio. € (2012: 142 Mio. €). Es setzt sich zusammen aus dem Saldo aus Mieterträgen, Abgangsergebnissen, Betriebskosten und Abschreibungen.

Der Verwaltungsaufwand ist um – 90 Mio. € auf –1.271 Mio. € angestiegen. Dieser setzt sich aus dem Personalaufwand von – 592 Mio. € (2012: – 563 Mio. €), anderen Sachaufwendungen von – 643 Mio. € (2012: – 531 Mio. €) sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte von – 36 Mio. € (2012: – 87 Mio. €) zusammen. Der Anstieg der Personalaufwendungen resultiert im Wesentlichen aus den übernommenen Mitarbeitern der NRW-Verbundbank sowie aus einer Tarifanpassung im Jahr 2013. Im Jahresdurchschnitt wurden im Konzern 6.293 Mitarbeiter beschäftigt, gegenüber 6.075 im Jahr 2012. Zum Anstieg der Sachaufwendungen haben Beratungsaufwendungen im Zusammenhang mit der Integration der NRW-Verbundbank sowie Kosten zur Bewältigung regulatorischer Vorgaben beigetragen. Die Beiträge zum Restrukturierungsfonds („Bankenabgabe“) haben mit – 48 Mio. € (2012: – 27 Mio. €) belastet. Die Aufwendungen für die Serviceleistungen der Portigon AG sind von – 31 Mio. € im Jahr 2012 auf – 69 Mio. € im laufenden Jahr gestiegen, während die Aufwendungen für Verbandsumlagen und Reservefonds nur leicht gestiegen sind. Ursächlich für die Reduktion der Abschreibungen ist die im Vorjahr erfolgte außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von – 51 Mio. € auf vier Schiffsobjekte, die im Rahmen von Operating-Leasingverhältnissen vermietet wurden.

Den Verwaltungsaufwendungen stehen operative Erträge in Höhe von 2.062 Mio. € (2012: 1.931 Mio. €) gegenüber, so dass sich eine Cost Income Ratio von 61,6 % (2012: 61,2 %) ergibt. In die operativen Erträge sind der Zinsüberschuss vor Risikovorsorge, der Provisionsüberschuss, das Handelsergebnis, das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option, das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, die Ergebnisse aus Finanzanlagen und at Equity bewerteten Unternehmen sowie das sonstige betriebliche Ergebnis einbezogen. Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern hat sich von 8,4 % auf 7,4 % vermindert.

Der Ertragsteueraufwand beträgt –156 Mio. € (2012: –194 Mio. €). Der gesunkene Steueraufwand ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr außerordentliche Effekte, im Wesentlichen die aufwandswirksame Auflösung von aktivierten latenten Steuern auf Verlustvorträge der Helaba im Inland, zu berücksichtigen waren. Im Übrigen waren im Vorjahr geringere steuerfreie Erträge zu verzeichnen. Das Ergebnis nach Steuern beziehungsweise das Konzernjahresergebnis ist deshalb – trotz eines geringfügig niedrigeren Konzernergebnisses vor Steuern – um 11 % auf 354 Mio. € gestiegen.

Von dem Konzernjahresergebnis entfallen auf konzernfremde Anteilseigner von konsolidierten Tochtergesellschaften 2 Mio. € (2012: 1 Mio. €), so dass den Gesellschaftern des Mutterunternehmens 352 Mio. € (2012: 317 Mio. €) zuzurechnen sind. Hiervon sind ein Betrag von 32 Mio. € zur Bedienung der im Eigenkapital ausgewiesenen Kapitaleinlagen des Landes Hessen und ein Betrag von 68 Mio. € zur Ausschüttung an die Anteilseigner vorgesehen.

Das Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 2013 ist von 374 Mio. € auf 359 Mio. € gesunken. Neben dem Konzernjahresergebnis, wie es in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen wird, gehen hier als sonstiges Ergebnis erfolgsneutral im Eigenkapital erfasste Ergebnisse der Periode ein. Das sonstige Ergebnis beträgt 5 Mio. € (2012: 56 Mio. €). Positiv ausgewirkt hat sich die Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen bedingt durch die leichte Erhöhung des Diskontierungszinssatzes mit 23 Mio. € vor Steuern (2012: –266 Mio. €). Zur Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurde ein Zinssatz von durchschnittlich 3,7 % (2012: 3,5 %) zugrunde gelegt. Aus Finanzinstrumenten der Kategorie AfS wurde in 2013 ein erfolgsneutrales Periodenergebnis von –24 Mio. € vor Steuern erzielt, während dies im Vorjahr bedingt durch Wertaufholungen 369 Mio. € betragen hatte.

Bilanz

Aktiva

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderungen	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Forderungen an Kreditinstitute inklusive Barreserve	23.146	32.161	–9.015	–28,0
Forderungen an Kunden	90.747	90.821	–74	–0,1
Wertberichtigungen auf Forderungen	–1.228	–1.205	–23	–1,9
Handelsaktiva	32.273	37.954	–5.681	–15,0
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	4.691	6.992	–2.301	–32,9
Finanzanlagen und Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	24.292	28.003	–3.711	–13,3
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien, Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	2.873	2.882	–9	–0,3
Ertragsteueransprüche	347	753	–406	–53,9
Sonstige Aktiva	942	940	2	0,2
Summe Aktiva	**178.083**	**199.301**	**–21.218**	**–10,6**

Passiva

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderungen	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34.106	39.275	–5.169	–13,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	43.895	47.611	–3.716	–7,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	48.245	57.168	–8.923	–15,6
Handelspassiva	33.742	36.148	–2.406	–6,7
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	3.489	4.982	–1.493	–30,0
Rückstellungen	1.630	1.644	–14	–0,9
Ertragsteuerverpflichtungen	121	637	–516	–81,0
Sonstige Passiva	695	656	39	5,9
Nachrangkapital	5.073	4.363	710	16,3
Eigenkapital	7.087	6.817	270	4,0
Summe Passiva	**178.083**	**199.301**	**–21.218**	**–10,6**

Die Konzernbilanzsumme der Helaba nahm im Geschäftsjahr 2013 um 10,6 % beziehungsweise 21,2 Mrd. € auf 178,1 Mrd. € ab. Der Rückgang der Bilanzsumme ist maßgeblich auf die Reduzierung der Forderungen an Kreditinstitute inklusive Barreserve sowie den bewertungsbedingten Abbau der Handelsaktiva zurückzuführen. Das Geschäftsvolumen, in das zusätzlich zu den Aktiva auch außerbilanzielle Verpflichtungen aus dem Bankgeschäft und Treuhandgeschäfte eingehen, nahm um 10,1 % auf 200,2 Mrd. € (2012: 222,7 Mrd. €) ab.

Die Forderungen an Kreditinstitute sind um 7,9 % auf 21,4 Mrd. € (2012: 23,2 Mrd. €) gesunken, was insbesondere auf die Reduzierung der Tages- und Termingelder um 1,1 Mrd. € auf 4,2 Mrd. € sowie der gestellten Barsicherheiten um 1,4 Mrd. € auf 4,0 Mrd. € zurückzuführen ist. Von den Forderungen an Kreditinstitute entfallen 11,9 Mrd. € (2012: 11,4 Mrd. €) auf Refinanzierungsmittel, die den

Sparkassen in Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg zur Verfügung gestellt wurden. Die Barreserve, bei der es sich im Wesentlichen um Guthaben bei der Deutschen Bundesbank handelt, beträgt zum Bilanzstichtag 1,7 Mrd. € (2012: 8,9 Mrd. €).

Die Forderungen an Kunden verringerten sich geringfügig auf 90,7 Mrd. € (2012: 90,8 Mrd. €). Damit beträgt der Anteil an der Bilanzsumme 51,0 % (2012: 45,6 %). Von den Forderungen an Kunden betreffen 0,4 Mrd. € (2012: 0,7 Mrd. €) Wertpapiere, deren Ausweis im Zuge der Umkategorisierung im Geschäftsjahr 2008 geändert wurde (siehe hierzu Anhangangabe (67)). Auf gewerbliche Immobilienkredite entfallen 31,5 Mrd. € (2012: 30,7 Mrd. €).

Der Bestand an Wertberichtigungen auf Forderungen ist mit 1,2 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr unverändert. Von diesem Betrag entfallen 266 Mio. € (2012: 292 Mio. €) auf Portfoliowertberichtigungen, die auf nicht akut ausfallgefährdete Kreditengagements gebildet wurden.

Die zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Handelsaktiva verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 5,7 Mrd. € auf 32,3 Mrd. €. Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die den Schwerpunkt der Handelsaktiva bilden, beträgt 20,3 Mrd. € (2012: 19,6 Mrd. €). Die Forderungen des Handelsbestands sind hingegen um 2,1 Mrd. € auf 3,3 Mrd. € und die positiven Marktwerte der zu Handelszwecken gehaltenen Derivate um 4,4 Mrd. € auf 8,5 Mrd. € gesunken.

Die Finanzanlagen, die zu 97 % aus Schuldverschreibungen bestehen, reduzierten sich um 3,8 Mrd. € auf 24,2 Mrd. €.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind um 5,2 Mrd. € auf 34,1 Mrd. € gesunken. Auf Verbindlichkeiten gegenüber Sparkassen in Hessen und Thüringen sowie Nordrhein-Westfalen und Brandenburg entfallen 5,9 Mrd. € (2012: 8,4 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden werden mit 43,9 Mrd. € (2012: 47,6 Mrd. €) ausgewiesen. Hier haben sich insbesondere die Tages- und Termingelder und die aufgenommenen Schuldscheindarlehen verringert. Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen unverändert gegenüber dem Vorjahr 14,5 Mrd. € auf die Frankfurter Sparkasse. Die Bauspareinlagen haben sich leicht auf 3,8 Mrd. € (2012: 3,6 Mrd. €) erhöht.

Die verbrieften Verbindlichkeiten haben sich um 8,9 Mrd. € auf 48,2 Mrd. € reduziert. Der Rückgang ist im Wesentlichen durch ungedeckte Inhaberschuldverschreibungen begründet, die zum Stichtag 31,5 Mrd. € (2012: 39,9 Mrd. €) betrugen.

Die Handelspassiva sind von 36,1 Mrd. € im Vorjahr auf 33,7 Mrd. € zurückgegangen. Der Bestand an Verbindlichkeiten des Handelsbestands, die den Schwerpunkt der Handelspassiva bilden, beträgt 21,5 Mrd. € (2012:17,9 Mrd. €). Die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten sind hingegen um 4,3 Mrd. € auf 9,5 Mrd. € und die begebenen Geldmarktpapiere um 1,6 Mrd. € auf 2,6 Mrd. € gesunken.

Das Nachrangkapital beträgt 5,1 Mrd. € (2012: 4,4 Mrd. €).

Eigenkapital
Zum 31. Dezember 2013 beträgt das Eigenkapital des Konzerns 7,1 Mrd. € (2012: 6,8 Mrd. €). Die Erhöhung beruht im Wesentlichen auf dem Gesamtergebnis von 359 Mio. € (2012: 374 Mio. €). In den Gewinnrücklagen sind kumulierte erfolgsneutral erfasste versicherungsmathematische Verluste aus Pensionsverpflichtungen nach latenten Steuern in Höhe von –152 Mio. € (2012: –169 Mio. €) enthalten. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Erhöhung des Diskontierungszinssatzes zurückzuführen. Die erfolgsneutrale Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern veränderte sich von 162 Mio. € auf 148 Mio. €. Zur Verminderung der Neubewertungsrücklage haben im Wesentlichen Bewertungsverluste beigetragen. Die Rücklage aus der Währungsumrechnung trägt mit –1 Mio. € (2012: 4 Mio. €) und die Rücklage aus Cashflow Hedges mit –17 Mio. € (2012: –23 Mio. €) zum Eigenkapital bei.

Ertragslage der Segmente
Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Zum Ergebnis vor Steuern im Geschäftsjahr 2013 in Höhe von 510 Mio. € (2012: 512 Mio. €) trugen die einzelnen Segmente wie folgt bei:

in Mio. €

	Erträge nach Risikovorsorge	
	2013	**2012**
Immobilien	261	312
Corporate Finance	160	61
Financial Markets	213	180
Asset Management	10	19
Verbundgeschäft	19	9
Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft	21	17
Frankfurter Sparkasse	120	155
Sonstige	–337	–215
Konsolidierung/Überleitung	43	–26
Konzern	**510**	**512**

Segment Immobilien
Im Segment Immobilien werden die Geschäftsbereiche Immobilienkreditgeschäft und Immobilienmanagement abgebildet. Diesem Geschäftssegment sind auch die immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen (OFB-Gruppe sowie GWH-Gruppe) zugeordnet.

Im Immobilienkreditgeschäft erhöhte sich im Geschäftsjahr 2013 das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr um rund 20 % bei zufriedenstellenden Neugeschäftsmargen. Dadurch konnte die Zinsmarge im Bestand gegenüber dem Vorjahr leicht ausgeweitet werden. Durch die höhere Neugeschäftstätigkeit konnten zudem höhere transaktionsbedingte Erträge erzielt werden. Der in diesem Segment dominierende Zinsüberschuss stieg dadurch gegenüber dem Vorjahr um 12 % auf 390 Mio. € (2012: 348 Mio. €).

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft liegt mit –165 Mio. € im Wesentlichen bedingt durch die Vorsorge für ein Einzelengagement über dem Vorjahresniveau.

Das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option ist gegenüber dem Vorjahr um 16 Mio. € gestiegen. Hierin enthalten ist ein positiver Beitrag aus Zinssicherungsmaßnahmen der Immobilientöchter. Das sonstige betriebliche Ergebnis, in dem sich wesentlich der Ergebnisbeitrag der immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen niederschlägt, sank um 44 Mio. € auf 182 Mio. €, da 2012 ein Einmaleffekt aus dem Abgang einer Immobilie enthalten war. Der Verwaltungsaufwand in Höhe von –181 Mio. € liegt leicht unter dem Vorjahresniveau.

Das Ergebnis vor Steuern des Segments beträgt 261 Mio. € und liegt durch die höhere Risikovorsorge um 16 % unter dem in 2012 (312 Mio. €).

Segment Corporate Finance
Im Segment Corporate Finance werden die Ergebnisse des Geschäftsbereichs Corporate Finance, die Ergebnisbeiträge der Gruppe HANNOVER LEASING auf Basis der At-Equity-Bilanzierung sowie weitere konsolidierte Beteiligungen gezeigt.

Der Zinsüberschuss im Segment Corporate Finance wird wesentlich durch Unternehmensfinanzierungen erzielt. Im Geschäftsbereich Corporate Finance entwickelte sich das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Neugeschäft insbesondere im vierten Quartal erfreulich, so dass gegenüber 2012 mit 4,3 Mrd. € insgesamt eine Steigerung von 6 % erreicht wurde. Der Zinsüberschuss stieg um 9 % von 279 Mio. € auf 305 Mio. €. Dazu trug auch die Übernahme von Forderungen gegenüber kommunalnahen und Firmenkunden der WestLB/Portigon bei, die aufgrund des Zugangs zum Stichtag 1. Juli 2012 im Vorjahr nur zeitanteilig ergebniswirksam waren.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft liegt mit –121 Mio. € um 11 % über dem Vorjahreswert (2012: –108 Mio. €).

Die Ergebnisse aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO, aus Finanzanlagen, aus at Equity bewerteten Unternehmen und das sonstige betriebliche Ergebnis werden von der HANNOVER LEASING sowie weiteren Beteiligungen geprägt. Der Ergebnisbeitrag dieser Positionen stieg gegenüber 2012 um 39 Mio. € an.

Der Verwaltungsaufwand sank gegenüber 2012 deutlich um 46 Mio. €. Dies lag wesentlich an dem Wegfall der in 2012 enthaltenen außerplanmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen konsolidierter Objektgesellschaften.

Das Ergebnis vor Steuern des Segments liegt mit 160 Mio. € deutlich oberhalb dem in 2012 (61 Mio. €).

Segment Financial Markets
Das Geschäftssegment Financial Markets enthält die Ergebnisse der Geschäftsbereiche Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung, Sales Öffentliche Hand, Financial Institutions and Public Finance.

Der Zinsüberschuss im Segment resultiert wesentlich aus dem Kreditgeschäft mit in- und ausländischen Gebietskörperschaften sowie dem Geldhandel mit Kunden. Das inländische Kommunalkreditgeschäft verlief im Geschäftsjahr 2013 mit einem Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft in Höhe von 1,5 Mrd. € dynamisch. Mit ausländischen Finanzinstitutionen und Gebietskörperschaften wurden in 2013 dagegen nur selektiv Neugeschäftsabschlüsse getätigt. Der Zinsüberschuss entwickelte sich daher leicht rückläufig.

Im Kapitalmarktgeschäft wurden die Kundenerträge gegenüber 2012 um rund 25 % ausgebaut. Dazu trugen unter anderem auch die Primärmarktaktivitäten mit Firmenkunden und Kommunen bei. Auch in 2013 trugen zusammenlaufende Spreads zum Ergebnis bei, allerdings in einem deutlich geringeren Ausmaß als in 2012. Das Handelsergebnis reduzierte sich gegenüber 2012 (398 Mio. €) um 86 Mio. €, liegt mit 312 Mio. € aber auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

Das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO verbesserte sich um 140 Mio. € auf –49 Mio. €. 2012 wurde das Ergebnis stark durch Marktwertveränderungen aus Cross Currency Swaps belastet. Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen beträgt 19 Mio. €.

Der Verwaltungsaufwand im Segment Financial Markets stieg um –30 Mio. € auf –165 Mio. € (2012: –135 Mio. €). Dieser relativ starke Kostenanstieg steht ebenfalls im Zusammenhang mit der Übernahme von Beständen der NRW-Verbundbank. Der Anstieg des Verwaltungsaufwands wurde getrieben durch den Zugang von Personal für die Kundenbetreuung im Kapitalmarkt- und im Kommunalkreditgeschäft, die kostenintensive IT-Integration von Handels- und bestandsführenden Systemen sowie Kosten für die Umsetzung der Anforderungen des zentralen Derivate-Clearings (**CCP**).

Siehe Glossar S. 206

Das Ergebnis vor Steuern des Segments liegt mit 213 Mio. € um rund 18 % über dem in 2012.

Segment Asset Management
Im Segment Asset Management werden die Beteiligungen Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH sowie die Frankfurter Bankgesellschaft Gruppe (FBG) abgebildet.

Der Zinsüberschuss im Segment Asset Management reduzierte sich um rund 45 % auf 13 Mio. € (2012: 24 Mio. €). Der Rückgang resultierte aus dem geplanten Abbau von Kreditfinanzierungen mit Privatkunden in der Frankfurter Bankgesellschaft sowie einem reduzierten Zinsertrag aus Passivgeschäften aufgrund des niedrigen Zinsniveaus. Der Ausbau des Kundengeschäfts im Private Banking und Wealth Management schlug sich in der Frankfurter Bankgesellschaft mit einem leichten Anstieg der Provisionen (+2 Mio. €) nieder.

Im Asset Management der Helaba Invest konnten die Assets under Control um rund 7 % ausgedehnt werden und trugen somit zu höheren Provisionsbeiträgen (+1 Mio. €) bei.

Der Verwaltungsaufwand blieb im Segment trotz erhöhter Mitarbeiterzahlen (Helaba Invest) sowie Abschreibungen auf IT-Investitionen (FBG) auf dem Vorjahresniveau (–69 Mio. €).

Das Ergebnis vor Steuern im Segment liegt aufgrund des rückläufigen Zinsergebnisses mit 10 Mio. € unterhalb des Vorjahresergebnisses (2012: 19 Mio. €).

Segment Verbundgeschäft
Im Segment Verbundgeschäft werden die Verbundbank und die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) erfasst.

Mit der Integration der NRW-Verbundbank und der Übernahme der Sparkassenzentralfunktion für alle Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg werden in der Verbundbank ab dem 1. Juli 2012 Erträge aus übernommenen sowie aus neuen Geschäften mit dieser Kundengruppe abgebildet. So stieg der Zinsüberschuss der Verbundbank wesentlich durch das Metakreditgeschäft und das Zertifikategeschäft um rund 16 % auf 41 Mio. € (2012: 35 Mio. €). Trotz Ausdehnung des Metakreditgeschäfts blieb die Risikovorsorge zum Stichtag 31. Dezember 2013 mit rund – 5 Mio. € auf dem Vorjahresniveau von – 5 Mio. €. Der Provisionsüberschuss im Segment stieg wesentlich durch die Übernahme des Zahlungsverkehrs auf 35 Mio. € (2012: 18 Mio. €). Das Handelsergebnis (Kundenergebnisse mit Sparkassen) liegt mit 23 Mio. € ebenfalls über dem Vorjahresniveau (2012: 16 Mio. €).

Der Verwaltungsaufwand der Verbundbank stieg durch die Übernahme der diesem Segment zugeordneten Mitarbeiter (+177) der NRW-Verbundbank sowie zugehöriger Sach- und Systemkosten um 15 % auf – 95 Mio. € an (2012: – 83 Mio. €).

Das Bruttoneugeschäft der LBS Hessen-Thüringen entwickelte sich im Berichtszeitraum nach der Einführung einer neuen Tarifgeneration erwartungsgemäß verhaltener. Die Bilanzsumme stieg gegenüber dem Vorjahresendwert um 6,0 % an. Der Zinsüberschuss ging aufgrund der historisch niedrigen Anlagerenditen um 9 % auf 61 Mio. € (2012: 67 Mio. €) zurück. Durch die eingeleiteten Maßnahmen zur Kostenreduzierung blieb der Verwaltungsaufwand der LBS mit – 42 Mio. € (2012: – 43 Mio. €) leicht unter Vorjahresniveau.

Das Ergebnis vor Steuern im Segment Verbundgeschäft liegt mit 19 Mio. € oberhalb des Vorjahresergebnisses (2012: 9 Mio. €).

Segment öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft
Im Segment öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft wird im Wesentlichen der Geschäftsbereich Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) dargestellt.

Der Zinsüberschuss im Segment stieg durch die Ausweitung der Infrastruktur-, Wohnraum- und Wirtschaftsförderung gegenüber dem Vorjahr um 9 % auf 47 Mio. € (2012: 43 Mio. €). Der Anstieg des Provisionsüberschusses um 2 Mio. € auf 34 Mio. € (2012: 32 Mio. €) resultierte aus der Übernahme neuer Tätigkeiten im Rahmen der Landwirtschaftsförderung und des Regionalfonds Fluglärmschutz. In 2013 unterstützte die WIBank – neben der konsequenten Fortsetzung der bestehenden Programme – das Land Hessen bei der Umsetzung des kommunalen Schutzschirms zur Sicherung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften.

Der Verwaltungsaufwand lag zum Jahresultimo leicht über dem in 2012 bei – 60 Mio. €.

Das Ergebnis vor Steuern im Segment liegt mit 21 Mio. € über dem Vorjahresergebnis (2012: 17 Mio. €).

Segment Frankfurter Sparkasse
Das Segment Frankfurter Sparkasse bildet die Ergebnisse des gleichnamigen Kreditinstituts als Teilkonzern einschließlich der zugehörigen konsolidierten Tochtergesellschaften ab.

Der Zinsüberschuss im Segment Frankfurter Sparkasse reduzierte sich um 3 % auf 293 Mio. € (2012: 303 Mio. €). Ursächlich dafür waren Ertragsrückgänge bei den Treasury-Positionen infolge des niedrigen Zinsniveaus.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Höhe von –10 Mio. € liegt deutlich unterhalb des geplanten Werts. Im Vergleichszeitraum 2012 fiel keine Risikovorsorge an.

Der Provisionsüberschuss liegt mit 70 Mio. € leicht über dem Vorjahresniveau (2012: 68 Mio. €). Das Ergebnis aus Finanzanlagen enthält Abschreibungen auf die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG für die Landesbank Berlin Holding AG. In 2013 wurden diese allerdings nahezu vollständig durch Einlösungsgewinne aus Wertpapierverkäufen kompensiert.

Der Verwaltungsaufwand stieg leicht auf – 248 Mio. € (2012: – 247 Mio. €).

Das Ergebnis vor Steuern im Segment liegt mit 120 Mio. € unterhalb des Vorjahresergebnisses (2012: 155 Mio. €).

Segment Sonstige
In dem Segment Sonstige sind die nicht den Geschäftssegmenten zurechenbaren Ergebnisbeiträge und Aufwendungen abgebildet. Insbesondere umfasst diese Spalte die Ergebnisse aus dem Transaktionsgeschäft sowie die Kosten der zentralen Bereiche, die nicht über das Verursachungsprinzip den einzelnen Segmenten zugeordnet werden können.

In der Eigenmittelanlage wurde durch das niedrige Zinsniveau ein deutlich geringerer Zinsertrag als 2012 erzielt.

Im Verwaltungsaufwand belasteten rund –11 Mio. € höhere Personalkosten aus übernommen Verbundbankmitarbeitern des Cash Managements, des Depotservices sowie der Corporate-Center-Funktionen. In diesen Bereichen fielen darüber hinaus hohe Kosten für die projekthafte Integration der Verbundbank an.

Im Segment Sonstige werden neben den Kosten der Corporate Center auch weitere zentrale Strukturkosten abgebildet, die nicht auf die Geschäftsbereiche verteilt werden. Dazu gehört die für die Übergangsphase bis Mitte 2014 vereinbarte Servicierungspauschale an die Portigon mit – 68 Mio. € (– 38 Mio. € gegenüber der zeitanteiligen Berücksichtigung im Vorjahr). Im Segment wurde ferner die Bankenabgabe mit – 47 Mio. € (2012: – 26 Mio. €) abgebildet. Ebenfalls zentral abgebildet wurde der Aufwand für regulatorisch getriebene Großprojekte (MaSan, IFRS 9).

Im sonstigen betrieblichen Ergebnis waren zum Stichtag ein Impairment auf den Goodwill der NRW-Verbundbank in Höhe von –16 Mio. € sowie eine Rückstellungsaufwendung für das laufende Kostensenkungsprogramm in Höhe von –18 Mio. € enthalten.

Das Ergebnis des Segments liegt somit bei –337 Mio. € (2012: –215 Mio. €) und wird damit gegenüber dem Vorjahr wesentlich durch das niedrige Zinsniveau, Effekte aus der Übernahme der NRW-Verbundbank zum Stichtag 1. Juli 2012 sowie zentrale Strukturkosten geprägt.

Segment Konsolidierung/Überleitung
Unter dem Segment Konsolidierung/Überleitung werden durch konzerninterne Sachverhalte entstandene Konsolidierungseffekte, die zwischen den Segmenten bestehen, ausgewiesen. Überleitungseffekte, die sich zwischen den Segmentergebnissen und der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns, insbesondere bezüglich des Zinsergebnisses, ergeben, werden ebenfalls in diesem Segment berichtet. Da die Deckungsbeitragsrechnung das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ausweist, resultieren Differenzen unter anderem aus Einmalerträgen und periodenfremden Zinsergebnissen.

Das Ergebnis des Segments liegt bei 43 Mio. € (2012: –26 Mio. €).

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2013 nicht ergeben.

Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung einer mit der Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsmäßigen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken, die Ziele der Risikosteuerung und die Maßnahmen zur Zielerreichung in der Helaba und den in das gruppenweite Risikomanagement eingebundenen Unternehmen fest. Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Die Geschäftsstrategie des Helaba-Konzerns ist eingebunden in die Geschäfts- und Risikostrategie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen und bildet den Rahmen für die Risikostrategie.

Im Mittelpunkt der Risikostrategie steht das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals bei gleichzeitiger Sicherstellung der Liquidität und eines konservativen Risikoprofils. Das Risikomanagementsystem ist daher ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausgereifte Instrumentarien und Rahmenbedingungen verfügt. Neben organisatorischen Regelungen, wie Kompetenzrichtlinien und Prozess- beziehungsweise Systemdokumentationen, wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung stetig weiterentwickelt.

Prinzipien

Verantwortung der Geschäftsleitung
Im Rahmen der Verantwortung der Geschäftsleitung trägt der Vorstand – unabhängig von der Geschäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der Einschätzung der damit verbundenen, im Rahmen der Risikoinventur festgelegten wesentlichen Risiken die Risikostrategie fest und trägt für deren Umsetzung Sorge. Gegenstand der Risikostrategie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba-Gruppe. Bei den Tochterunternehmen werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen ihrer gesellschaftsrechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert. Darüber hinaus werden die Konzern-Unternehmen unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und der gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten in das Controllinginstrumentarium der einzelnen Risikoarten eingebunden. Damit wird ein gruppenweites Risikocontrolling sichergestellt.

Vermögensschutz
Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Risikostrategie im Einklang mit der Erreichung der Unternehmensziele – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglichem Schutz des Vermögens der Helaba – eingegangen werden. Diesem Zweck dienen bestehende Risikolimitstrukturen sowie Anreizsysteme und die dafür notwendigen Kontrollmechanismen.

Reputationsschutz
Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße gegen gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften von existenzieller Bedeutung.

Klare Kompetenzen
Die Verantwortlichkeit, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass das angemessene Verhältnis laufend überwacht und bei bestehenden beziehungsweise möglichen Diskrepanzen dem entsprechenden Kompetenzträger aufgezeigt wird.

Funktionstrennung
Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind überall dort zu implementieren, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen.

Transparenz
Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachgerechte Unterrichtung der Gremien durch den Vorstand möglich.

Kosteneffizienz
Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrolleinheiten, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber auch des Risikomanagements) anfallen, stehen unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Vorgaben in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

Risikotragfähigkeit
Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen
Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Regelungen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die regulatorische Kapitalunterlegung der Helaba sowie die Ermittlung des regulatorischen Kapitals erfolgen seit 2007 nach den Regelungen der Solvabilitätsverordnung (SolvV). Ab 2014 wird die Capital Requirements Regulation (CRR) für die regulatorische Kapitalunterlegung und Kapitalermittlung maßgeblich sein.

Risikobewusstes Verhalten
Die Erreichung der Ziele sowie die Einhaltung gesetzlicher Normen hängen von der Disziplin aller Beteiligten hinsichtlich Strategie, Prozessen, Kontrollen und Compliance ab.

Prüfung
Die interne Revision prüft grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die Beurteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

Risikoklassifizierung

Risikoarten
Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus ihrer operativen Geschäftstätigkeit. Im Rahmen der strukturierten Risikoinventur wird regelmäßig (und gegebenenfalls anlassbezogen) überprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertragslage oder die Liquiditätslage der Helaba-Gruppe wesentlich beeinträchtigen können. Folgende wesentliche Risikoarten wurden identifiziert:

- Das Adressenausfallrisiko beziehungsweise Kreditrisiko ist das ökonomische Verlustpotenzial aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern (klassisches Kreditgeschäft), Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Länderrisiko). Die Bestimmung des ökonomischen Verlustpotenzials erfolgt auf Basis interner oder externer Bonitätsbeurteilungen sowie von der Helaba selbst geschätzter beziehungsweise aufsichtsrechtlich vorgegebener Risikoparameter. Bonitätsrisiken, die im Marktpreisrisiko unter dem Credit-Spread-Risiko und dem inkrementellen Risiko abgebildet werden, sind nicht Bestandteil des Adressenausfallrisikos.
- Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko (Residualrisikoart) als ökonomisches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht auf Ebene der Einzelrisikoarten gesteuert wird. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteilswerts, zu ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.
- Das Marktpreisrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial, das aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen aufgrund von Änderungen der Zinssätze, der Devisenkurse, der Aktienkurse und der Rohwarenpreise sowie ihrer Volatilitäten resultiert. Dabei führen Veränderungen des Zinsniveaus eines Marktsegments zu allgemeinen Zinsänderungsrisiken, spezifische Zinssatzveränderungen (zum Beispiel eines Emittenten) zu Credit-Spread-Risiken und Preisveränderungen bonitätsbehafteter Wertpapiere aus Rating-Veränderungen (inklusive Default) zu inkrementellen Risiken.
- Das Liquiditätsrisiko wird in drei Kategorien unterteilt. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich aus einem unausgewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können. Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.
- Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Operationelle Risiken umfassen auch Rechtsrisiken, die wie folgt definiert sind: Risiken von Verlusten aufgrund der Verletzung geltender rechtlicher Bestimmungen sowie rechtlich nicht durchsetzbarer Ansprüche. Hierzu gehört auch das Risiko, aufgrund einer Änderung der Rechtslage (geänderte Rechtsprechung oder Gesetzesänderung) für in der Vergangenheit abgeschlossene Geschäfte Verluste zu erleiden.
- Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.
- Unter dem Immobilienrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst. Hierzu gehören nicht Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt oder Risiken aus Immobilienfinanzierungen.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen können innerhalb einer und zwischen verschiedenen Risikoarten entstehen. Das Management der Risikokonzentrationen – das heißt die Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung – sowie die Berichterstattung über identifizierte Risikokonzentrationen erfolgen in der Helaba von den risikoüberwachenden Bereichen gemäß ihren Zuständigkeiten für wesentliche Risikoarten, Risikotragfähigkeit und Stresstests.

Sowohl Konzentrationen innerhalb einer Risikoart (Intra-Konzentrationen) als auch zwischen den Risikoarten (Inter-Konzentrationen) werden analysiert und sind in die Berichts- und Entscheidungsprozesse des Risikomanagements integriert. Für Risikokonzentrationen aus Adressenausfallrisiken wird, zusätzlich zur Limitsteuerung, in der Risikotragfähigkeitsrechnung ein Kapitalpuffer bereitgehalten. Zwischen den Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte in der Risikotragfähigkeitsrechnung angesetzt. Ferner werden durch die Ausgestaltung des risikoartenübergreifenden Stress-Szenarios der extremen Marktverwerfungen die für die Helaba wesentlichen Risikokonzentrationen zwischen den Risikoarten berücksichtigt.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinander folgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

1. Risikoidentifikation
Die Identifikation der für die Helaba beziehungsweise die in das Risikomanagement auf Gruppenebene eingebundenen Gesellschaften bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einführung von neuen Produkten und komplexen Geschäften sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Risikomesssysteme und die dazugehörigen Risikoüberwachungsprozesse wichtig.

2. Risikoquantifizierung
Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung für die einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfahren zum Einsatz.

3. Risikosteuerung
Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch die dezentralen Managementeinheiten. Sie umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting
Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

Risikomanagementstruktur

Gremien
Der Vorstand der Helaba trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand unter Beachtung der bestehenden bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenführung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfallrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der operationellen Risiken, der Geschäftsrisiken und der Immobilienrisiken. Zielsetzung sind die frühestmögliche Erkennung von Risiken in der Helaba-Gruppe, die Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanagement. Zudem bewilligt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikoausmaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien.

Unterhalb des Risikoausschusses operieren der Dispositionsausschuss, der Kreditmanagementausschuss (KMA) und der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA). Dem Dispositionsausschuss obliegt die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Dem KMA obliegen die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Gesamtportfolios sowie die zentrale Koordinierungsfunktion im Syndizierungs-, Strukturierungs- und Platzierungsgeschäft. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlement-Risiken sowie für Länderrisiken.

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstands beziehungsweise des Verwaltungsrats oder eines seiner Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen größer 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

Risikomanagement der Konzern-Unternehmen der Helaba-Gruppe
Die Einbindung von gruppenangehörigen Unternehmen in das Risikomanagement auf Gruppenebene erfolgt unter Berücksichtigung der Risiken, die im Rahmen der jährlichen oder auch einer anlassbezogenen Risikoinventur ermittelt werden. Die Identifikation der Risiken im Rahmen der Risikoinventur findet dabei auf Ebene der direkten Beteiligungen der Helaba statt, das heißt, diese gruppenangehörigen Unternehmen bewerten das Risiko gesamthaft, also auch für die jeweils eigenen Beteiligungen. Der Ausgangspunkt zur Bestimmung des Einbeziehungskreises sind alle handelsrechtlichen direkten Beteiligungen des Einzelinstituts sowie Zweckgesellschaften und Sondervermögen. Der Einbeziehungskreis für die Durchführung der regelmäßigen Risikoinventur ergibt sich aus gruppenangehörigen Unternehmen, für die eine wirtschaftliche, juristische oder ökonomische Notwendigkeit zur Einbeziehung besteht. Die Festlegung des Einbeziehungskreises erfolgt hierbei anhand eines Kriterienkatalogs. Nicht in die Risikoinventur einbezogene gruppenangehörige Gesellschaften werden im residualen Beteiligungsrisiko eingebunden.

Als Ergebnis der Wesentlichkeitsbewertung der Risikoinventur wird bestimmt, welche gruppenangehörigen Gesellschaften mit welchen Risikoarten in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden sind und welche gruppenangehörigen Gesellschaften über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden werden. Werden die Risikopotenziale einer gruppenangehörigen Gesellschaft als wesentlich eingestuft, ist die gruppenangehörige Gesellschaft entsprechend klaren und verbindlichen Standards und Vorgaben in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden.

Des Weiteren hat das gruppenangehörige Unternehmen für seine eigenen Risiken, die der Risikoart auf Gruppenebene zugeordnet sind, einen geeigneten Risikomanagementprozess einzurichten. Die Art und Weise der Einbindung wird durch die jeweiligen Risikoarten- und Methodenverantwortlichen festgelegt. Dabei gestaltet sich die Einbindung in die Methoden des Risikomanagementprozesses je nach Risikoart unterschiedlich.

Wesentliche Risikoüberwachungsbereiche
Während die Aufgabe der Risikosteuerung durch dezentrale Markteinheiten wahrgenommen wird, obliegen den zentralen Überwachungseinheiten die Identifikations-, Quantifizierungs- und Überwachungs-/Controllingfunktion, die die Reportingpflicht einschließen, sowie die jeweilige Methodenkompetenz. Die aufbauorganisatorische Trennung von Risikocontrolling und Risikosteuerung ist bis in die Vorstandsebene klar vollzogen.

Durch diese klare Aufgabenteilung und das enge Zusammenspiel zwischen den beteiligten Bereichen wird eine effiziente Umsetzung von risikopolitischen Steuerungsimpulsen erreicht.

Für die wesentlichen Risikoarten sind die in folgender Tabelle genannten Bereiche zentral für die Risikoüberwachung beziehungsweise das Risikocontrolling verantwortlich:

Risikoarten	Risikosteuernde Bereiche	Risikoüberwachende Bereiche
Adressenausfallrisiken inklusive Beteiligungsrisiken	Marktbereiche, Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Kreditrisikocontrolling (Portfolioebene), Credit Risk Management (Einzelengagementebene), Vorstandsstab und Konzernstrategie (residuales Beteiligungsrisiko)
Marktpreisrisiken	Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling Handel
Liquiditätsrisiken	Kapitalmärkte (Geldhandel), Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling Handel
Operationelle Risiken	Alle Bereiche	Kreditrisikocontrolling, Recht (rechtliche Risiken)
Geschäftsrisiken	Marktbereiche	Kreditrisikocontrolling, Risikocontrolling Handel
Immobilienrisiken	Immobilienmanagement, gruppenangehörige Unternehmen mit Immobilienrisiken	Kreditrisikocontrolling, Immobilienmanagement

Neben den in oben dargestellter Tabelle genannten Bereichen tragen weitere Einheiten zum Risikomanagement im Konzern bei:

Interne Revision
Die interne Revision prüft und beurteilt die Aktivitäten der Bank sowie von Tochtergesellschaften. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Prüfungstätigkeit der internen Revision erstreckt sich grundsätzlich auf alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Umfang und Risikogehalt der jeweiligen Betriebs- beziehungsweise Geschäftstätigkeit berücksichtigt werden. Die Beurteilung der Risikolage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sind besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung sind in Prüfungsdokumentationen festgehalten. Die zuständigen Vorstände sowie die Verantwortlichen für die geprüften Bereiche erhalten eine ausführliche Berichtsausfertigung. Sämtliche Vorstandsmitglieder werden grundsätzlich über das Gesamtergebnis einschließlich wesentlicher Feststellungen von Prüfungen durch einen Kurzbericht informiert. Der Vorstand berichtet dem Verwaltungsrat halbjährlich über wesentliche Feststellungen der internen Revision.

Kapitalmarkt-Compliance, Compliance Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung sowie Datenschutz
Die Bank hat die unabhängigen Funktionen der Compliance-Stelle Kapitalmarkt, des Datenschutzes und der Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung eingerichtet.

Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt berät die operativen Bereiche, überwacht und bewertet die Grundsätze, Prozesse und Verfahrensweisen insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG), der Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung (WpDVerOV) und der WpHG-Mitarbeiteranzeige-Verordnung (WpHGMaAnzV), Verlautbarungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sowie einschlägige Verlautbarungen der European Securities and Markets Authority (ESMA). Darüber hinaus bewertet die Compliance-Stelle Kapitalmarkt inhärente Risiken und kontrolliert die Einhaltung der relevanten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt führt die Überwachungshandlungen regelmäßig und risikoorientiert auf Basis eines Überwachungsplans durch, der auf einer zuvor vorgenommenen Risikoanalyse basiert. Sie überwacht dabei insbesondere das Verbot von Insidergeschäften und identifiziert und regelt konzernweit Interessenkonflikte mit Risikopotenzialen.

Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung entwickelt interne Grundsätze sowie angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Als Grundlage für die zu ergreifenden organisatorischen Vorkehrungen dienen unter anderem die Gefährdungsanalyse des Konzerns (Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Betrugsbekämpfung) sowie die Group Policy, die die allgemeinen Rahmenbedingungen des Konzerns wiedergibt, die den nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen. Mit dem Einsatz modernster Monitoring- und Research-Software erfolgt eine kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehungen.

Die Datenschutzbeauftragte wirkt auf die Einhaltung und Umsetzung der Datenschutzgesetze hin und nimmt die Überwachungs-, Beratungs-, Koordinations-, Vorschlags- und Berichtsfunktion wahr.

Diese unabhängigen Funktionen sind unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass alle wesentlichen Risiken im Helaba-Konzern jederzeit durch Risikodeckungsmasse abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. In 2013 wurden wesentliche Weiterentwicklungen der Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba vorgenommen.

In die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsrechnung fließen Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Geschäfts- sowie Immobilienrisiken ein. Dabei werden im Rahmen einer ökonomischen Betrachtung Risikopotenziale sowie der regulatorische Expected Loss (EL) und der regulatorische Kapitalbedarf unter Anwendung der regulatorischen Bewertungsvorschriften ermittelt. Ein Kapitalabzug aus dem regulatorischen EL-/Wertberichtigungsabgleich findet bei der Quantifizierung von Kern- und Gesamtkapital Berücksichtigung.

Neben der deckungsmassenbasierten Risikotragfähigkeit wird in Bezug auf die Marktpreisrisiken das Ergebnis des regulatorischen Zinsschocks sowie für die Liquiditätsrisiken der Liquiditätshorizont als weitere Ergebnisgrößen ausgewiesen.

Die Darstellung der Risikotragfähigkeit basiert auf einem Zeithorizont von einem Jahr. Sowohl Risikopotenziale als auch Risikodeckungsmassen sind für diesen Zeitraum konzipiert und quantifiziert.

Zusätzlich zu einem Basisszenario, das die Risikotragfähigkeit zum Berichtsstichtag abbildet, werden die Auswirkungen von historischen und hypothetischen Stress-Szenarien auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Dabei werden ein makroökonomisches Stress-Szenario und ein Szenario extremer Marktverwerfungen, dessen Basis beobachtete Marktverwerfungen im Rahmen einer globalen Finanzkrise bilden, betrachtet. Darüber hinaus werden inverse Stresstests durchgeführt.

In der Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba werden zwei unterschiedliche Steuerungskreise abgebildet, die der aufsichtsrechtlichen Unterscheidung in einen Fortführungsansatz (auch Going Concern-Ansatz genannt) und einen Liquidationsansatz (auch Gone Concern-Ansatz genannt) entsprechen.

Im Fortführungsansatz erfolgt der Nachweis, dass die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen auch bei schlagend werdenden erwarteten und unerwarteten Verlusten eingehalten werden können. Die Quantifizierung der Risikopotenziale erfolgt hier zu einem 95,0 %-**Konfidenzniveau**. Im Liquidationsansatz der Risikotragfähigkeit wird nachgewiesen, dass selbst im unwahrscheinlichen Fall schlagend werdender seltener und schwerer Verlustausprägungen (erwartete sowie unerwartete Verluste zu einem Konfidenzniveau von 99,9 %) das Kapital des Helaba-Konzerns ausreicht, um die Gläubiger in voller Höhe zu befriedigen.

Siehe Glossar S. 206

Im Rahmen des Fortführungsansatzes werden die gesamten ökonomischen Risikopotenziale der Risikotragfähigkeitsrechnung einem nachhaltigen Ergebnis vor Risiken, dem Aufwand zur Bedienung der nicht gehärteten stillen Einlage sowie den regulatorisch nicht gebundenen Eigenmitteln (je nach Szenario abzüglich eines intern definierten Risikopuffers) gegenübergestellt. Zur Analyse der Auswirkungen auf die regulatorischen Kapitalquoten werden im Fortführungsansatz auch die Auswirkungen der Stress-Szenarien auf den regulatorischen Kapitalbedarf sowie auf die regulatorischen Eigenmittel quantifiziert.

Der Fortführungsansatz, der als Ergebnisgröße die regulatorischen Kapitalquoten betrachtet, ist eng mit der Kapitalallokation in der Helaba verzahnt. Die Allokation des regulatorischen Kapitals auf Geschäftsbereiche und Konzerneinheiten der Helaba erfolgt unter Berücksichtigung der damit verbundenen erwarteten Entwicklungen von Gesamt- und Kernkapitalquote. Hiermit wird die Konsistenz zwischen der Kapitalallokation bei Annahme einer Vollauslastung der Limite und der sich hieraus ergebenden Ergebnisgröße der Risikotragfähigkeitsrechnung sichergestellt. Zusätzlich erfolgt eine Limitierung der ökonomischen Risikopotenziale, so dass bei gleichzeitiger Auslastung der regulatorischen Allokation und auch der ökonomischen Risikopotenziale sichergestellt ist, dass die intern vorgegebenen Mindestkapitalanforderungen selbst bei schlagenden ökonomischen Risiken nicht unterschritten werden.

Siehe Glossar S. 206

Im Liquidationsansatz wird eine auf dem **IFRS**-Rechnungslegungswerk basierende ökonomische Deckungsmasse zur Abdeckung des internen Kapitalbedarfs herangezogen. Komponenten sind das zum Berichtsstichtag aufgelaufene Konzernergebnis, das Eigenkapital sowie das Nachrangkapital nach IFRS. Zusätzlich erfolgt eine ökonomisch bedingte Korrektur von Deckungsmassenbestandteilen. Stille Reserven werden im Liquidationsansatz nicht als Deckungsmassenkomponente angesetzt.

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung für den Konzern weist zum Ende des Jahrs 2013 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale durch die bestehenden Risikodeckungsmassen aus und dokumentiert die konservative Risikoeinstellung der Helaba.

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen, nach Berücksichtigung eines internen Risikopuffers, ein Kapitalpuffer in Höhe von 3,2 Mrd. €. Im Liquidationsansatz besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen ein Kapitalpuffer in Höhe von 7,3 Mrd. € (2012: 6,8 Mrd. €).

Zum Stichtag 31. Dezember 2013 beträgt die regulatorische Gesamtkapitalquote 17,4 % (2012: 15,9 %) und die Kernkapitalquote 12,8 % (2012: 11,2 %) im Helaba-Konzern. Auch bei einem simulierten Eintritt der Stress-Szenarien liegen die von der Helaba erreichten Kapitalquoten deutlich oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen.

Darüber hinaus führt die Helaba zwei inverse Stresstests durch, um zu untersuchen, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit des Instituts gefährden könnten. Dabei werden in den Szenarien „Unterschreitung der Mindestkapitalanforderungen“ sowie „Illiquidität“ die Auswirkungen diverser wirtschaftlicher Ereignisse untersucht, die zur Nichteinhaltung der regulatorischen Gesamtkapitalquote beziehungsweise zum vollständigen Verbrauch der Liquiditätsreserven führen könnten. Derzeit bestehen keinerlei Anzeichen für einen Eintritt dieser Szenarien.

Weitere Sicherungsmechanismen

Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und ist somit einbezogen in den auf dem Prinzip der Institutssicherung basierenden bundesweiten Haftungsverbund zwischen der Sicherungsreserve, den regionalen Sparkassenstützungsfonds und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen. Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutssichernde Wirkung, das heißt der Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, insbeson-

dere von deren Liquidität und Solvenz, ein Risikomonitoring-System zur Früherkennung besonderer Risikolagen und die risikoorientierte Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge. Auch die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, ein Tochterunternehmen der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, sind direkt an diesem Sicherungssystem beteiligt.

Im Dezember 2013 haben sich Europäisches Parlament, Europäischer Rat und EU-Kommission auf die Inhalte der künftigen EU-Einlagensicherungsrichtlinie geeinigt. Die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen sowie die weiteren institutssichernden Einrichtungen des bundesweiten Haftungsverbunds können, nach Durchführung erforderlicher Änderungen, auch unter der künftigen EU-Einlagensicherungsrichtlinie erhalten bleiben.

Darüber hinaus gehören satzungsrechtlich die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende Sicherung und räumt Gläubigern der angeschlossenen Institute (Helaba, Sparkassen) ein unmittelbares, betragsmäßig unbegrenztes Forderungsrecht ein. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5 ‰ der gemäß SolvV gewichteten aufsichtsrechtlichen Risikoaktiva der angeschlossenen Institute und beträgt Ende 2013 insgesamt 514 Mio. €. Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrags zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

Im Zuge ihrer Mitte 2012 erfolgten Beteiligung am Stammkapital der Helaba (jeweils 4,75 %) haben auch der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband (SVWL) jeweils einen zusätzlichen regionalen Reservefonds einseitig für die Helaba geschaffen.

Für das Förderinstitut WIBank, das als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Landesbank Hessen-Thüringen organisiert ist, besteht gesetzlich geregelt und in Übereinstimmung mit den EU-beihilferechtlichen Anforderungen eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen.

Adressenausfallrisiken

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfelds als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie, die in Anlehnung an die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) verbindlich festgelegt wurde. In der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich überprüft und mit dem weiteren Ausbau der aktiven Kreditportfolio-Steuerung sukzessive weiterentwickelt.

Basel II/Basel III
Die Regelung zur angemessenen Eigenkapitalausstattung (Säule 1 von Basel II/EU-Capital Requirements Directive), mit der weitreichende Bankregulierungsvorschriften eingeführt und mit der Solvabilitätsverordnung (SolvV) in Deutschland umgesetzt wurden, läuft mit Ende des Jahrs 2013 aus. Ab dem 1. Januar 2014 tritt die neue EU-Verordnung der Capital Requirements Regulation (CRR) auf Basis von Basel III in Kraft. Die CRR regelt zukünftig die Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung und -unterlegung der Institute, die bislang durch die SolvV geregelt wurden. Mit der Einführung der CRR gehen ergänzende und verschärfte Regelungen von Eigenkapitalausstattung und -unterlegung einher.

Aktuell wendet die Helaba den Basisansatz für interne Ratings an. Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwertberichtigungen dient, sowie einem zentralen Risikodatenpool sind die entsprechenden aufsichtsrechtlichen Regelungen nach Basel II/SolvV beziehungsweise künftig Basel III/CRR in den Verfahren und Systemen der Helaba umgesetzt.

Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System
Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah sämtliche kontrahentenbezogenen Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch an der Risikotragfähigkeit der Bank.

Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlimite auf Konzernebene erfasst. Auf diese Gesamtlimite werden alle Arten von Krediten gemäß § 19 Abs. 1 KWG, sowohl aus Handels- als auch Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Separat zu bewilligende Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften werden unabhängig von ihrer Zuordnung zum Handels- oder Bankbuch in voller Höhe auf Limite für Settlement-Risiken angerechnet.

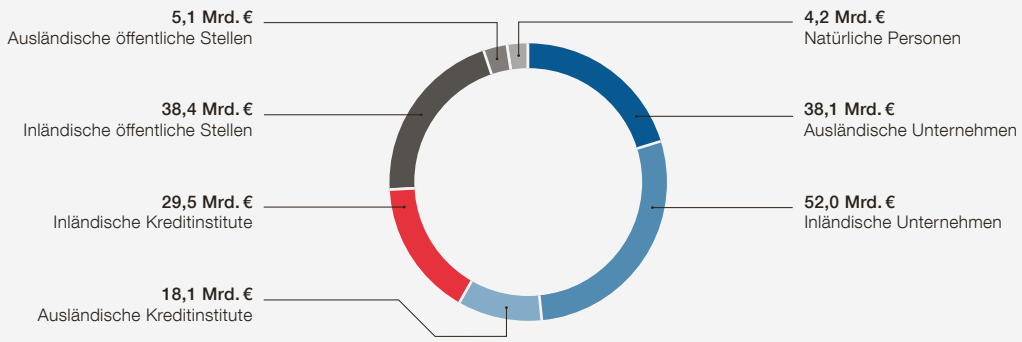
Die bewilligten Gesamtlimite werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Geschäftsbereiche alloziert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Gesamtlimit erfolgt mit den – gemäß der Groß- und Millionenkreditverordnung (GroMiKV) ermittelten – Kreditäquivalenzbeträgen. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (zum Beispiel Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

Ergänzend werden unter sonstige wirtschaftliche Risiken Sekundärrisiken, zum Beispiel aus Leasingengagements (Leasingnehmer) oder aus erhaltenen Bürgschaften und Garantien, beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

In Grafik 1 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2013, das sich aus Kreditinanspruchnahmen und nicht genutzten zugesagten Kreditlinien zusammensetzt, des engen Konzernkreises (Helaba-Einzelinstitut zuzüglich Tochtergesellschaften Helaba Asset Services[1)], Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG) in Höhe von 185,4 Mrd. € (2012: 207,4 Mrd. €), aufgeteilt nach Kundengruppen, dargestellt. Der Rückgang des Gesamtkreditvolumens in 2013 resultiert vorwiegend aus der Reduktion von Überschussliquidität der Bank.

Gesamtkreditvolumen nach Kundengruppen (enger Konzernkreis)
(Grafik 1)



Entsprechend dem Geschäftsmodell liegt der Schwerpunkt der Kreditaktivitäten der Helaba zum 31. Dezember 2013 in den Branchen Kreditgewerbe, öffentliche Stellen sowie Grundstücks- und Wohnungswesen.

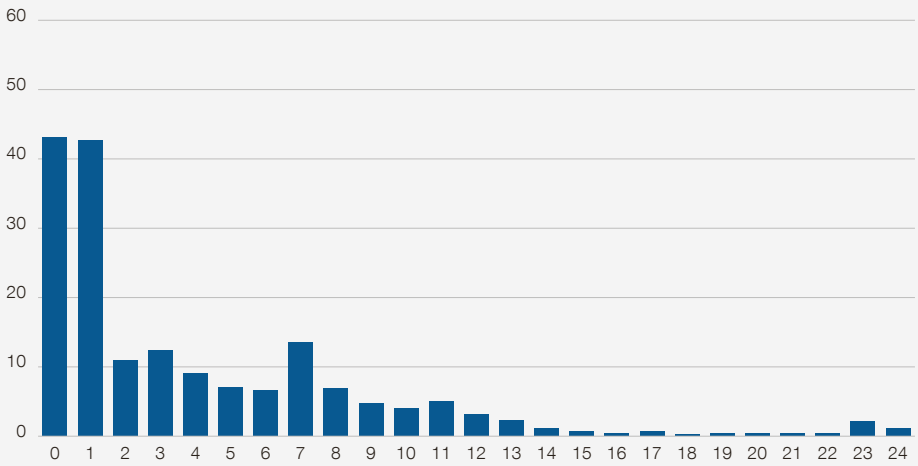
Bonitäts-/Risikobeurteilung
Die Bank verfügt über 15 in Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) beziehungsweise anderen Landesbanken entwickelte Rating-Verfahren sowie drei selbstentwickelte Rating-Verfahren. Diese Verfahren basieren auf statistischen Modellen und ordnen die Kreditengagements unabhängig von der Kunden- oder Objektgruppe kardinal über eine 25-stufige Ausfall-Rating-Skala einer festen Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default – PD) zu.

Da die Ermittlung der kunden- beziehungsweise transaktionsspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) allein noch keine Einschätzung der Verlustrisikopotenziale eines Geschäfts ermöglicht, werden danach weitere relevante risikomindernde beziehungsweise -erhöhende Faktoren des jeweiligen Kreditgeschäfts (insbesondere Restlaufzeit, Besicherung, Rangigkeit der Finanzierung) betrachtet. Die Helaba hat dafür ergänzend zum Ausfall-Rating ein Risiko-Rating entwickelt, mit dem segmentübergreifend ein Vergleich des Risikogehalts von Geschäften ermöglicht wird. Das Risiko-Rating bildet näherungsweise den erwarteten Verlust (Expected Loss – EL) ab. Dazu werden ausgehend vom Ausfall-Rating die EL-relevanten Anpassungen zur Bestimmung des Risiko-Ratings vorgenommen.

[1)] Helaba Asset Services firmierte bis zur Rückgabe der irischen Banklizenz im Dezember 2013 als Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International.

Im engen Konzernkreis (Helaba-Einzelinstitut zuzüglich Tochtergesellschaften Helaba Asset Services, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG) teilt sich das Gesamtkreditvolumen in Höhe von 185,4 Mrd. € nach Risiko-Rating-Klassen wie in Grafik 2 dargestellt auf.

Gesamtkreditvolumen nach Risiko-Rating-Klassen (enger Konzernkreis)
(Grafik 2) in Mrd. €



Sicherheiten
Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeine Risikominderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungstechniken nach Basel II/SolvV ausschöpfen zu können. Es genügt den umfangreichen und komplexen Anforderungen an die Nutzung, Abbildung und Anerkennung von „klassischen“ Kreditsicherheiten (insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften, Verpfändungen und Abtretungen von Forderungen und Wertpapierpositionen, Registerpfandrechte auf Schiffe und Flugzeuge), die im Basisansatz für interne Ratings gestellt werden. Das Sicherheitenverwaltungssystem stellt seinen Datenbestand dem zentralen Risikodatenpool bereit, der wiederum die Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen durchführt.

Länderrisiken
Das Länderrisiko besteht aus Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken (zum Beispiel Lieferrisiken). Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung, das heißt, dass das zunächst nach dem strengen Domizilprinzip dem Sitzland des Kreditnehmers zugeordnete Risiko unter bestimmten Voraussetzungen

auf das Sitzland der Konzernmutter, des Leasingnehmers oder bei Cashflow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen wird.

Das Länderrisikosystem dient als zentrales Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Handelsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesellschaften Helaba Asset Services, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG einbezogen. Das gesamte Länderrisiko – ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals der Helaba-Institutsgruppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2013 belief sich auf weniger als das Dreifache des haftenden Eigenkapitals.

Länderlimite werden für alle Länder mit Ausnahme weniger Länder der Eurozone und weiterer insbesondere unter Transferrisikogesichtspunkten erstklassiger Länder (zurzeit Schweiz, Großbritannien, USA, Dänemark, Schweden, Norwegen, Kanada) festgelegt. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Unterlimite begrenzt.

Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich von der vorstandsunmittelbaren Abteilung Volkswirtschaft überprüft (Erstvotum). Veränderungen der politischen oder wirtschaftlichen Lage eines Landes aufgrund aktueller Ereignisse führen auch unterjährig zu einer außerplanmäßigen Überprüfung der Einstufung. Auf Basis dieser Länder-Ratings werden dem Länderlimit-Ausschuss, dem mit dem Auslandsgeschäft befasste Leitungsfunktionsträger angehören, Vorschläge für Länderlimite unterbreitet. Der Länderlimit-Ausschuss führt diese vorwiegend volkswirtschaftlich fundierten Vorschläge mit bankspezifischen, geschäftspolitischen und risikomethodischen Überlegungen zu einem Gesamturteil zusammen, auf dessen Basis der Bereich Credit Risk Management das Zweitvotum als abschließenden Limitvorschlag für den VS-KA abgibt. Der VS-KA setzt – unter Berücksichtigung der Voten und der Risikogruppierung – Limite für die einzelnen Länder fest.

Die in den Länderrisikogruppen jeweils zulässigen Geschäftsarten sind in einer Matrix festgelegt. In Abhängigkeit von der jeweiligen Risikogruppe umfasst diese Matrix neben den Kredit- und Wertpapiergeschäften auch die verschiedenen Formen der Kapitalmarktfinanzierungen, Geld- und Devisenhandelsgeschäfte sowie den Handel mit Derivaten. Abgestuft nach der Risikogruppe nehmen die Geschäftsmöglichkeiten ab. Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Die Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken aus Ausleihungen der Helaba im engen Konzernkreis an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland in Höhe von 42,9 Mrd. € (2012: 44,4 Mrd. €) konzentrieren sich regional vorwiegend auf Europa (82,7 %) und Nordamerika (14,4 %). Sie sind per 31. Dezember 2013 zu 91,7 % (2012: 92,8 %) den Länder-Rating-Klassen 0 und 1 zugeordnet. Weitere 6,8 % (2012: 5,7 %) werden in den Rating-Klassen 2–9 generiert. Lediglich 0,3 % (2012: 0,1 %) sind mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet.

Engagement in ausgewählten europäischen Staaten
Per 31. Dezember 2013 betrug das Nettoexposure der Helaba im engen Konzernkreis gegenüber Kreditnehmern in den GIIPS-Staaten 5,2 Mrd. € (2012: 6,7 Mrd. €). Es teilt sich wie folgt auf:

in Mio. €

	Griechenland		Irland		Italien	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Länder-Rating intern (LCR)	**23**	**23**	**8**	**8**	**11**	**9**
Länder-Rating extern (S&P/Moody's)	**B–/ Caa3**	**SD/ C**	**BBB/ Ba1**	**BBB+/ Ba1**	**BBB/ Baa2**	**BBB+/ Baa2**
Sektor						
Staat	0	0	0	38	260	266
Banken	3	3	15	48	872	1.297
sonstige Finanzunternehmen	0	0	0	19	14	23
Corporates	177	0	275	216	213	332
Sonstige (inkl. nat. Personen)	0	0	4	7	34	44
Direktes Bruttoexposure	**180**	**3**	**294**	**328**	**1.393**	**1.962**
abzgl. Sicherheiten	–177	0	–121	–120	–71	–160
Direktes Nettoexposure	**3**	**3**	**173**	**208**	**1.322**	**1.802**

in Mio. €

	Portugal		Spanien	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Länder-Rating intern (LCR)	**14**	**14**	**11**	**9**
Länder-Rating extern (S&P/Moody's)	**BB/ Ba3**	**BB/ Ba3**	**BBB–/ Baa3**	**BBB–/ Baa3**
Sektor				
Staat	3	25	1.060	1.207
Banken	22	20	762	1.016
sonstige Finanzunternehmen	0	0	545	894
Corporates	34	31	1.256	1.434
Sonstige (inkl. nat. Personen)	4	7	111	135
Direktes Bruttoexposure	**63**	**83**	**3.734**	**4.686**
abzgl. Sicherheiten	0	17	–67	–93
Direktes Nettoexposure	**63**	**100**	**3.667**	**4.593**

Gegenüber Kreditnehmern in den Staaten Malta, Slowakei, Slowenien und Zypern betrug das Nettoexposure per 31. Dezember 2013 insgesamt 0,2 Mrd. €, davon Slowakei 0,1 Mrd. € (2012: 0,2 Mrd. €, davon Slowakei 0,1 Mrd. €).

Genehmigungsverfahren
Das Genehmigungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen werden. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Verwaltungsrats beziehungsweise eines seiner Aus-

schüsse; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risikobeurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend den MaRisk im so genannten risikorelevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Marktbereich sowie den zuständigen Credit-Risk-Management-Bereich.

Ergänzt wird das Verfahren durch aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleitete Konzentrationslimite, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klasse der wirtschaftlichen Kreditnehmereinheit die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem sind alle Kredite mindestens einmal innerhalb von zwölf Monaten zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch das Global-Limit-System gewährleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Kreditnehmereinheit zusammenführt.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken
Die Quantifizierung erwarteter und unerwarteter Adressenausfallrisiken erfolgt über den zentralen Risikodatenpool. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form des Expected Loss einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung für regulatorische Zwecke erfolgt auf Basis der internen Rating-Verfahren und regulatorisch vorgegebener LGDs (LGD – Loss-Given-Default). Zur Abdeckung unerwarteter Verluste wird das gemäß SolvV (künftig: CRR) vorzuhaltende Eigenkapital ebenfalls einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung verwendet. Darüber hinaus erfolgt in der internen Steuerung eine verfeinerte Quantifizierung unerwarteter Verluste aus Adressenausfallrisiken durch Berücksichtigung intern geschätzter LGD-Parameter. Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden verschiedenen Szenariobetrachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stresssituationen aufzuzeigen.

Adressenausfallrisiken sind per 31. Dezember 2013 im Fortführungsansatz (HGB) der Risikotragfähigkeitsrechnung mit einem ökonomischen Risikopotenzial von 806 Mio. € quantifiziert (2012: 948 Mio. €). Der Rückgang in 2013 ist Folge methodischer Anpassungen sowie des Abbaus des Portfoliovolumens.

Kreditrisikoprozesse und Organisation
Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäfts sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Überwachung und Steuerung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft hat der Vorstand in gesonderten Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft festgelegt.

Risikovorsorge
Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Erfassung und Fortschreibung der Einzelwertberichtigungen erfolgt in der Credit Loss Database, die als zentrale Datei für ausfallgefährdete Engagements dient.

Beteiligungsrisiken
Unter Beteiligungsrisiken werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden alle für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und gesellschaftsrechtlicher Möglichkeiten in das konzernweite Risikomanagement integriert, ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach SolvV der Forderungsklasse Beteiligungen zugeordnet werden.

Der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung wird im Hinblick auf die Werthaltigkeit anhand eines zweistufigen Kriterienkatalogs (Ampelverfahren) klassifiziert. Daneben erfolgt die Risikobeurteilung auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstands und den Verwaltungsrat-Risiko- und Kreditausschuss (bis 31. Dezember 2013: Verwaltungsrat-Kreditausschuss) berichtet.

Der Gesamtbuchwert des Beteiligungsportfolios ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Beteiligungsrisiken sind per 31. Dezember 2013 im Fortführungsansatz der Risikotragfähigkeitsrechnung mit einem ökonomischen Risikopotenzial von 31 Mio. € quantifiziert (2012: 34 Mio. €).

Marktpreisrisiken

Risikosteuerung
Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für ihre effektive Begrenzung und Steuerung. Auf Basis einer Risikoinventur werden in Abhängigkeit von der Geschäftstätigkeit die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen. Schwerpunkte bilden die Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG sowie die Tochtergesellschaft Helaba Asset Services. Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt nach den Methoden der Helaba.

Der strategische Schwerpunkt der Handelsaktivitäten liegt auf dem kundengetriebenen Geschäft, das durch ein bedarfsorientiertes Produktangebot unterstützt wird. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuchs liegt in der Verantwortung des Bereichs Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung der Refinanzierung sowie das Management der Zins- und Liquiditätsrisiken des Bankbuchs. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung den Rückflussbestand eigener Emissionen. Diese Zuständigkeiten gelten analog für die Mitte des Jahrs 2012 übernommenen Geschäfte der früheren WestLB.

Limitierung von Marktpreisrisiken
Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Kreditausschuss des Verwaltungsrats eingebunden. Er genehmigt das Gesamtlimit für Marktpreisrisiken, das vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit der Bank vorgeschlagen wird. Die Vorbereitung dieser Entscheidung erfolgt durch den Risikoausschuss.

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits alloziert der Risikoausschuss über den Dispositionsausschuss Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und das Bankbuch. Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. Darüber hinaus werden in den Handelsbereichen eigenständig Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch der Bank und des Konzerns sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

Risikoüberwachung
Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereichs Risikocontrolling Handel. Hierzu gehören neben der Risikomessung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktkonformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme sowie eine intensive Datenpflege tragen wesentlich zur adäquaten Erfassung der Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Im Berichtsjahr wurde die Abbildung von Credit-Spread-Risiken weiter ausgebaut. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den „Ausschuss Neue Produkte“ verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines neuen Produkts setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung, Risikomessung sowie für das Rechnungswesen und das Meldewesen voraus.

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchentlich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

Quantifizierung von Marktpreisrisiken
Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests, die Messung von Residualrisiken und Sensitivitätsanalysen für Credit-Spread-Risiken sowie durch die Betrachtung inkrementeller Risiken für das Handelsbuch ergänzt wird. Das **Money-at-Risk (MaR)** gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Siehe Glossar S. 206

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle er-

mittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraums von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

Grafik 3 enthält eine Stichtagsbetrachtung der im Rahmen der Geschäftstätigkeit eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelationseffekten zwischen den Portfolios) zum Jahresultimo 2013 sowie eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungsrisiko. Hier wurde im Rahmen der kontinuierlichen Weiterentwicklung zum Jahresanfang 2013 die Anzahl der zur Bewertung eingesetzten rating- und sektorabhängigen Zinskurven erhöht. Für das Gesamtportfolio des engen Konzernkreises entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 83 % (2012: 84 %) auf Positionen in Euro und 11 % (2012: 9 %) auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, Schweizer Franken, Japanischen Yen und Britischen Pfund. Die Credit-Spread-Sensitivität im Handelsbuch beträgt 6 Mio. € (2012: 5 Mio. €), im Bankbuch 8 Mio. € (2012: 11 Mio. €). Das neu eingeführte Residualrisiko beläuft sich für den Konzern auf 27 Mio. €. Das inkrementelle Risiko im Handelsbuch beträgt bei einem Betrachtungshorizont von einem Jahr und einem 99,9 %-Konfidenzniveau 171 Mio. € (2012: 247 Mio. €). Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Marktpreisrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 350 Mio. € (2012: 286 Mio. €). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf Modelländerungen aufgrund aufsichtsrechtlicher Anforderungen zurückzuführen.

Konzern-MaR nach Risikoarten
(Grafik 3)

in Mio. €

	Gesamtrisiko		Zinsänderungsrisiko		Währungsrisiko		Aktienrisiko	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Gesamt	**83**	**62**	**65**	**47**	**2**	**2**	**16**	**13**
Handelsbuch	28	16	26	13	0	2	1	1
Bankbuch	66	50	48	36	2	0	15	14

Für die restlichen Positionen, die im Rahmen der Übernahme der NRW-Verbundbank aktuell noch von der Portigon AG serviciert werden, kommen bis voraussichtlich im zweiten Quartal 2014 die Risikomesssysteme der Portigon AG zum Einsatz. Allen Risikomesssystemen liegen ein modifizierter **Varianz-Kovarianz-Ansatz** oder eine **Monte-Carlo-Simulation** zugrunde. Letztere ist insbesondere für die Abbildung komplexer Produkte und Optionen vorteilhaft. Nichtlineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht.

Siehe Glossar S. 206
Siehe Glossar S. 206

Internes Modell gemäß Solvabilitätsverordnung

Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfs für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes **internes Modell** gemäß SolvV, das sich aus den Risikomesssystemen MaRC² (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt. Neben Swap- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich unterschiedliche rating-abhängige Government-, Financials- und Corporate-Zinskurven zur Bewertung innerhalb der linearen Risikomessung eingesetzt.

Siehe Glossar S. 206

Marktpreisrisiken im Handelsbuch

Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangegangenen Handelstags und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 4 ist das MaR des Handelsbuchs (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Asset Services) für das Geschäftsjahr 2013 dargestellt. Im Gesamtjahr 2013 betrug das durchschnittliche MaR 33 Mio. € (2012: 17 Mio. €), der maximale Wert 44 Mio. € (2012: 22 Mio. €) und der minimale Wert 26 Mio. € (2012: 13 Mio. €). Der Risikoanstieg gegenüber 2012 ist im Wesentlichen auf die Erweiterung des Zinskurvenspektrums (Einführung zusätzlicher rating- und sektorabhängiger Risikofaktoren) in der Risikobemessung zum Jahresanfang 2013 zurückzuführen.

Tägliches MaR des Handelsbuchs im Geschäftsjahr 2013
(Grafik 4)

Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Tochtergesellschaft Helaba Asset Services, die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitgestellt. Dies ermöglicht neben der Risikomessung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikomessung in den Standorten.

Grafik 5 zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch (Helaba-Einzelinstitut zuzüglich Tochtergesellschaft Helaba Asset Services).

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2013
(Grafik 5)

ø MaR in Mio. €

	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamt	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Zinsänderungsrisiko	29	15	28	18	36	13	27	13	30	15
Währungsrisiko	1	1	2	1	1	2	0	2	1	2
Aktienrisiko	2	1	2	1	1	1	1	2	2	1
Gesamtrisiko	**32**	**16**	**32**	**19**	**38**	**16**	**28**	**16**	**33**	**17**

Anzahl der Handelstage: 249 (2012: 250)

Für die Frankfurter Sparkasse ergibt sich im Handelsbuch im Jahresdurchschnitt ein MaR von 0 Mio. € (2012: 0 Mio. €). Das durchschnittliche MaR des Handelsbuchs der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG beläuft sich auf 0 Mio. € (2012: 0 Mio. €).

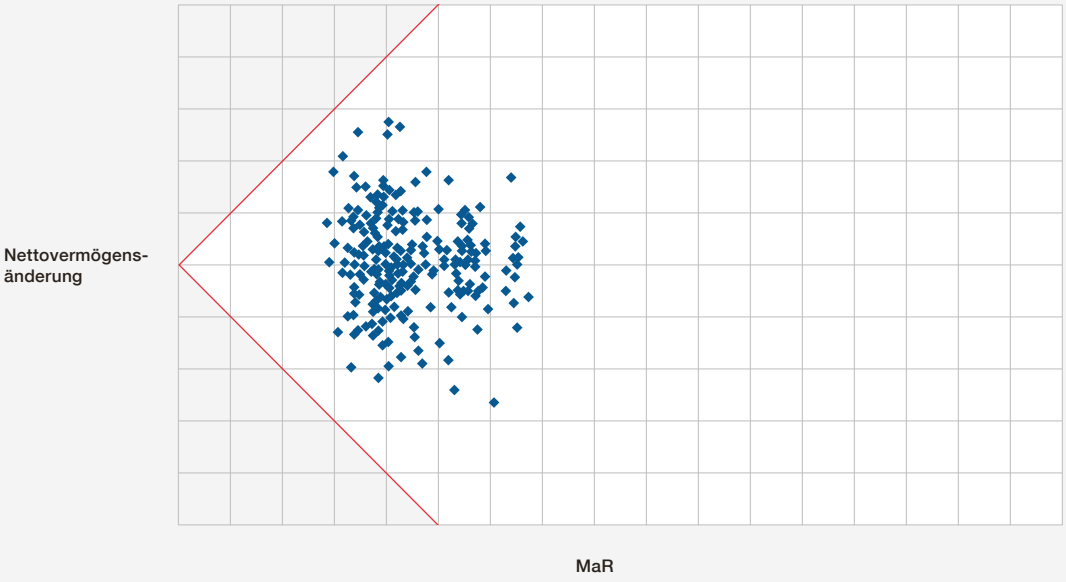
Backtesting

Siehe Glossar S. 206

Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Marktpreisrisikoarten ein Clean **Backtesting** durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Haltedauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99 %-Konfidenzniveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag wird der hypothetischen Nettovermögensänderung gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.

In Grafik 6 ist das Backtesting der Helaba-Risikomodelle für das Handelsbuch (Helaba-Einzelinstitut zuzüglich Tochtergesellschaft Helaba Asset Services) über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2013 dargestellt. Es traten keine negativen Ausreißer auf (2012: keine negativen Ausreißer).

Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2013
(Grafik 6)



Im internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko, das aus den Modellkomponenten MaRC² und ELLI besteht, traten im Jahr 2013 keine negativen Ausreißer auf (2012: keine negativen Ausreißer). Für das ebenfalls täglich durchgeführte Dirty Backtesting, bei dem der prognostizierte Risikobetrag der tatsächlichen Wertänderung gegenübergestellt wird, traten ebenso keine Ausreißer auf (2012: keine Ausreißer).

Stresstestprogramm
Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber realistischer Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikomessung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposures (Materialität) und etwaiger Risikokonzentrationen. Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limitallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter anderem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spread-Änderungen durch. Wie bereits in den Vorjahren beteiligte sich die Helaba an einer Erhebung der Deutschen Bundesbank zur Analyse von Auswirkungen extremer Marktwertänderungen auf das Handels- und Bankbuch. Diese Stresstests orientieren sich an den Szenarien des Financial Sector Assessment Program (FSAP) des Internationalen

Währungsfonds (IWF). Risikoartenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba und inverse Stresstests ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiken im Bankbuch
Zur Abbildung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikozahlen werden durch täglich erstellte Fristenablaufbilanzen ergänzt, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionsnahmen erkennbar ist. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil regulatorischer Anforderungen. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks gefordert. Dabei werden gemäß den Festlegungen der Bankenaufsicht ein Zinsanstieg und eine Zinssenkung um 200 Basispunkte untersucht. Ein derartiger Zinsschock würde für den Helaba-Konzern zum Jahresultimo 2013 im ungünstigen Fall zu einer negativen Wertveränderung im Bankbuch von 252 Mio. € führen (2012: 96 Mio. €). Dabei entfallen auf die Heimatwährung 233 Mio. € (2012: 79 Mio. €) und auf Fremdwährungen 19 Mio. € (2012: 17 Mio. €). Die Untersuchungen eines Zinsschocks führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

Performance-Messung
Zur Beurteilung des Erfolgs einzelner Organisationseinheiten führt die Bank regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durch. Dabei wird die erzielte Performance zum durchschnittlichen MaR in Beziehung gesetzt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

Liquiditätsrisiken

Die Sicherung der Liquidität besitzt für die Helaba höchste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung, Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditätsrisiken haben sich auch in den vergangenen Jahren im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise und der daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2013 jederzeit vollumfänglich gesichert.

Im Helaba-Konzern existiert ein dezentrales Steuerungs- und Überwachungskonzept für Liquiditätsrisiken, das heißt, jede Gesellschaft ist selbst für die Sicherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit verantwortlich. Die Rahmenbedingungen hierfür werden mit der Helaba abgestimmt. Im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements berichten die Tochtergesellschaften des engen Konzernkreises regelmäßig ihre Liquiditätsrisiken an die Helaba. Die dabei angewendeten Methoden sind an das Helaba-Verfahren angelehnt.

Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko
Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liquiditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Während der Geldhandel die tägliche Zahlungsfähigkeit steuert, ist der Bereich

Aktiv-/Passivsteuerung im Rahmen der strukturellen Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäfts unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur verantwortlich. Die zentrale Steuerung der liquiden Sicherheiten sowohl für die Zwecke des aufsichtsrechtlichen Liquiditätspuffers zur Erfüllung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) als auch für das Collateral Management erfolgt ebenfalls durch den Bereich Aktiv-/Passivsteuerung.

Der Bereich Risikocontrolling Handel berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktionsträger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stress-Szenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, keine Verfügbarkeit von Interbankenliquidität an den Finanzmärkten und die Auswirkung einer signifikanten Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stress-Szenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Zudem werden inverse Stresstests durchgeführt. Für extreme Marktsituationen sind Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko
Zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität unterhält die Helaba einen hochliquiden Bestand an Wertpapieren, der bei Bedarf zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt werden kann. Die aktuelle Liquiditätssituation wird anhand eines kurzfristigen Liquiditätsstatus gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität aus dem liquiden Wertpapierbestand gegenübergestellt. Die verfügbare Liquidität wird konservativ unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Wertpapiere, die zu Sicherungszwecken im Collateral Management verwendet werden und damit belegt sind, werden dem liquiden Wertpapierbestand nicht zugerechnet. Maßgebliche Währungen im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität sind für die Helaba in erster Linie Euro, gefolgt vom US-Dollar.

Seit Februar 2011 verfügt die Helaba über die Zulassung für ein institutseigenes Liquiditätsrisikomess- und -steuerungsverfahren gemäß § 10 der Liquiditätsverordnung (LiqV) durch die BaFin. Damit darf die Helaba anstelle der monatlichen Meldung nach dem LiqV-Standardverfahren ihr eigenes Verfahren zur Ermittlung des kurzfristigen Liquiditätsstatus für die aufsichtsrechtliche Meldung verwenden. Für Rest-Positionen, die im Rahmen der Übernahme der NRW-Verbundbank aktuell noch von der Portigon AG serviciert werden, kommt bis zum Übergang auf die IT-Systeme der Helaba das Standardverfahren der Liquiditätsverordnung, ergänzt um zusätzliche Stresstests, zum Einsatz. Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich der Liquidität hat die Helaba im Geschäftsjahr 2013 immer voll erfüllt.

Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist so gewählt, dass verschiedene Stress-Szenarien abgebildet werden. Dabei wird der kumulierte Liquiditätssaldo (Liquiditätsbedarf) der verfügbaren Liquidität gegenübergestellt. Je nach Szenario erfolgt die Limitierung von 30 Tagen bis hin zu einem Jahr. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling Handel. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz (Zahlungsfähigkeit) beträgt zum Bilanzstichtag 30 % (2012: 41 %). Bei Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse ergeben sich 37 % (2012: 50 %). Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2013 bei 41 % (2012: 16 %). Die Liquiditätsrisikokennziffer des NRW-Verbundbank-Portfolios beträgt 3,56 zum 31. Dezember 2013 (2012: 8,53).

Die operative Gelddisposition zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Paper) und Fazilitäten bei der Europäischen Zentralbank (EZB).

Parallel zur internen Steuerung der Liquidität hat die Bank im Geschäftsjahr 2013 ein Projekt zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach Basel III beziehungsweise CRR an die Liquidität durchgeführt. Die Ermittlung der Kennzahlen (Liquidity Coverage Ratio und Net Stable Funding Ratio) erfolgt im Rahmen des Liquiditätsmanagements.

Die zentral in einer Datenbank erfassten außerbilanziellen Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht und in das Liquiditätsmanagement integriert. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. In Abhängigkeit von der internen Risikoklassifikation werden Liquiditätskosten berechnet und den verantwortlichen Fachbereichen zugewiesen. Die zu bevorratende Liquidität wird seit dem Jahr 2002 mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert. Backtesting-Untersuchungen haben gezeigt, dass während der letzten Jahre der Finanzmarktkrise jederzeit mehr Liquidität bevorratet als tatsächlich gezogen wurde.

Für die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform waren zum Bilanzstichtag 1,8 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist ein Anstieg um 0,5 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr, der durch selektiv vergebene neue Liquiditätszusagen begründet ist. Im US-Public-Finance-Geschäft lag zum Bilanzstichtag (unverändert zum Jahresende 2012) kein Liquiditätsabruf aus Stand-by-Linien vor.

In Kreditverträgen, insbesondere von konsolidierten Immobilienobjektgesellschaften, können Kreditklauseln enthalten sein, die zu Ausschüttungsbeschränkungen bis hin zur Kündigung führen können. Selbst wenn in Einzelfällen eine solche Kündigung drohen sollte, besteht für den Konzern kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

Strukturelles Liquiditätsrisiko
Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das zentrale Dispositionssystem die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäfts der Helaba. Es umfasst im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsanlagebestands sowie die mittel- und langfristige Finanzierung. Die Steuerung erfolgt auf Basis Cashflow-orientierter Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätskongruenzen limitiert sind. Die Überwachung obliegt dem Bereich Risikocontrolling Handel. Zum Jahresende zeigt die Liquiditätsablaufbilanz über alle Währungen und Lokationen einen kumulierten Refinanzierungsbedarf von 0,9 Mrd. € bei einem Limit von 10 Mrd. € (2012: 2,6 Mrd. €). Wesentliches Ziel der Liquiditätsdisposition ist die Sicherung der kalkulierten betriebswirtschaftlichen Erfolge aus dem Aktivgeschäft.

Das Refinanzierungsmanagement (Mittelbeschaffung) verfolgt als wesentliche Zielsetzung die Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung mittel- und langfristiger Passivmittel sowie die Begrenzung der Abhängigkeit von kurzfristigen Refinanzierungsmitteln. Strukturelle Liquiditätsengpässe werden durch möglichst fristenkongruente Refinanzierungen sowie eine Diversifikation der Refinanzierungsquellen (Produkte, Märkte, Investoren) vermieden. Ergeben sich Liquiditätsunterdeckungen oder -überhänge, werden diese temporär kurzfristig refinanziert beziehungsweise angelegt.

Marktliquiditätsrisiko
Die Messung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird bereits modellmäßig das Liquiditätsrisiko durch die Annahme einer Haltedauer von zehn Tagen konservativ berücksichtigt. Zusätzlich werden unter Variation der Haltedauer monatlich Szenariorechnungen für das Risiko unzureichender Marktliquidität durchgeführt. Das skalierte MaR impliziert zum 31. Dezember 2013 kein signifikantes Marktliquiditätsrisiko. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet.

Festlegung der Risikotoleranz
Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditätsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos, die Liquiditätsbevorratung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten.

Operationelle Risiken

Steuerungsgrundsätze
Im Einklang mit dem Baseler Ausschuss und den nationalen Eigenkapitalvorschriften wird in der Helaba das operationelle Risiko definiert als die „Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden“. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind nicht Teil des operationellen Risikos. Basierend auf den nationalen Anforderungen der Bankenaufsicht an die regulatorische Eigenkapitalunterlegung und auf den MaRisk verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management operationeller Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken auf Basis der Komponenten Schadensfälle und Risiken identifiziert, bewertet und gesteuert.

Das Management und das Controlling operationeller Risiken werden im Ansatz der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Bereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Das Controlling operationeller Risiken ist zentral im Bereich Kreditrisikocontrolling angesiedelt.

Zum Thema operationelle Risiken ist die Helaba in verschiedene Arbeitskreise des Bundesverbands öffentlicher Banken (VöB) eingebunden. Zielsetzung der Zusammenarbeit sind die Abstimmung in fachlichen Umsetzungsfragen und der Aufbau einer technischen Standardlösung. So wird das EDV-System zum Management operationeller Risiken regelmäßig mit Vertretern anderer Banken gemeinsam weiterentwickelt und um neue Funktionalitäten ergänzt. In einem weiteren Arbeitskreis wurde mit anderen Banken, im Wesentlichen Landesbanken, ein gemeinsames Datenkonsortium aufgebaut, über das seit 2006 Informationen über Schadensfälle aus operationellen Risiken ausgetauscht werden.

Instrumentarium
Seit 2007 wendet die Helaba den Standardansatz für die Eigenmittelunterlegung und das Risikomanagement operationeller Risiken an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung operationeller Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch ist ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten möglich.

Die systematische Klassifizierung operationeller Risiken erfolgt auf Basis des Risikomodells der Helaba. Das Risikomodell der Helaba basiert ausschließlich auf den Baseler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird.

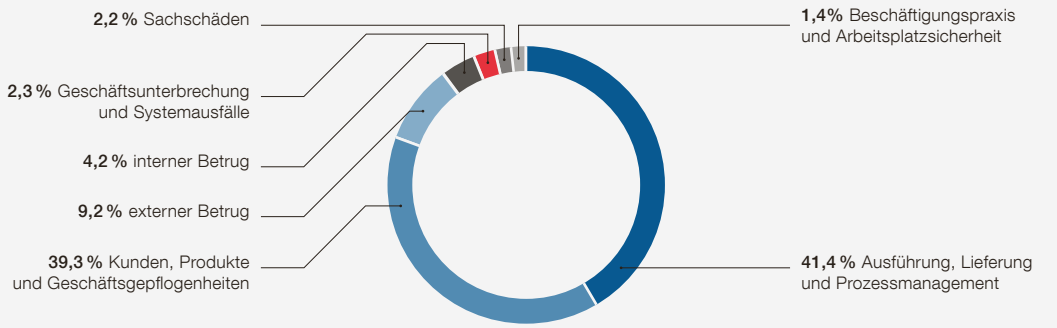
Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank. Diese Anwendung wird in regelmäßigen Abständen durch fachliche Vorgaben weiterentwickelt.

Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

Risikoüberwachung
In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Bereiche über die Risikosituation und eingetretene Schadensfälle informiert.

Die nachfolgende Grafik 7 enthält das Risikoprofil des engen Konzernkreises zuzüglich weiterer Tochtergesellschaften des Jahrs 2013:

Erwarteter Verlust per 31. Dezember 2013 nach Verlustereignissen
(Grafik 7)



Der erwartete Verlust betrug per 31. Dezember 2013 28 Mio. € (2012: 37 Mio. €). Risiken aus der Integration der NRW-Verbundbank sind darin enthalten.

Das Gesamtrisikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt. Die Integration der Verbundbank wurde sowohl hinsichtlich der Risiken aus der Übernahme des Geschäfts als auch hinsichtlich der Migrations- und Servicierungsrisiken untersucht. Im Rahmen der Steuerung operationeller Risiken sind Risikoszenarien bezüglich der Migration, der Servicierung durch die Portigon AG, des Bestandsgeschäfts und der Übernahme neuer Produkte gebildet worden. Die quantifizierten Risiken sind in die Risikotragfähigkeit per 31. Dezember 2013 und die Risikoberichterstattung eingeflossen.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Meldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VöB-Datenkonsortium ergänzt.

Quantifizierung
Für die interne Steuerung erfolgt eine Quantifizierung operationeller Risiken auf Basis der quantitativen Risikoeinschätzung der Bereiche. Neben der Schätzung erwarteter Verluste wird über die separate Modellierung von Eintrittshäufigkeit und Schadenshöhe eine Quantifizierung für die unerwarteten Verluste vorgenommen. Der unerwartete Verlust im Fortführungsansatz betrug per 31. Dezember 2013 138 Mio. € (2012: 137 Mio. €).

Dokumentationswesen
Das Dokumentationswesen der Helaba entspricht den nach den MaRisk vorgeschriebenen Organisationsrichtlinien. Darin werden die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen Kontrollverfahren und Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung geregelt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Abteilung Bankorganisation unterstützt.

Recht
Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereichs Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Wesentliche Vorhaben werden unter rechtlichen Gesichtspunkten mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereichs Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls beim Bereich Recht.

In seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank die Verträge, allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo rechtliche Texte von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt insbesondere für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen.

Die Berichterstattung des Bereichs Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch Vorstandsvorlagen, die Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie durch institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

Auslagerungen
Risiken aus wesentlichen Auslagerungen leiten sich aus den für die Geschäftsbereiche geltenden Zielen ab und können in jedem Bereich, der eine Auslagerung vorgenommen hat, auftreten. Je nach Wesentlichkeit der Auslagerung ist zur Begrenzung der Risiken aus Auslagerungen die für die Auslagerung verantwortliche Stelle auf Basis von Reports für eine kontinuierliche Überwachung der Leistungserbringung des Auslagerungsunternehmens und die Berichterstattung an den zuständigen Dezernenten verantwortlich. Der Bereich Vorstandsstab und Konzernstrategie hält als zentrale Stelle ein Verzeichnis aller durchgeführten Ein- und Auslagerungen vor und führt im Rahmen einer jährlichen Qualitätssicherung die Veränderungen hinsichtlich bestehender Ein- und Auslagerungen zusammen.

Im Umkehrschluss dazu werden Risiken aus Einlagerungen, die im Rahmen einer Tätigkeitsübernahme durch die Helaba von einem Dritten entstehen, analog behandelt.

IT-Sicherheit und Business Continuity Management
Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der IT-Sicherheit sind die Basis für ein aufsichtsrechtlich angemessenes internes Kontrollverfahren und den sicheren Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Um das Niveau der IT-Sicherheit kontinuierlich zu verbessern, werden durch ein IT-Security-Audit rechtliche und interne Anforderungen zur IT-Sicherheit regelmäßig an ausgewählten Auditobjekten sowie bei Auslagerungsunternehmen überwacht.

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebs verbindlich einzuhaltende IT-Sicherheitskonzepte und IT-Standards haben zum Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominderung definiert und umgesetzt werden. Diese Konzepte und Standards werden kontinuierlich weiterentwickelt. Damit sind die vier Säulen der IT-Sicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Verbindlichkeit – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden.

Die Bereiche und Niederlassungen der Helaba haben für die kritischen Geschäftsprozesse im Rahmen der Notfallvorsorge Ausfall- und Geschäftsfortführungspläne erstellt. Diese Notfallvorsorge wird regelmäßig aktualisiert und weiterentwickelt sowie ihre Wirksamkeit mittels Tests und Übungen überprüft. Die Aufrechterhaltung des notwendigen und geordneten Geschäftsbetriebs bei Geschäftsunterbrechungen wird hierdurch sichergestellt.

Für die an externe Dienstleister (Finanz Informatik und Finanz Informatik Technologie Service für Anwendungs- und Rechenzentrumsbetrieb sowie HP für Desktop Services) ausgelagerten IT-Dienstleistungen bestehen Vereinbarungen in den Service Level Agreements zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung des Betriebs beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam mit Fachbereichen der Helaba getestet.

Rechnungslegungsprozess
Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Beteiligt am Rechnungslegungsprozess des Helaba-Konzerns sind einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt werden und lokale (Teil-)Abschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS, die WIBank sowie alle konsolidierten und at Equity bewerteten Gesellschaften oder Teilkonzerne. Eine zusätzliche Meldestelle besteht übergangsweise für die Bestände und den Buchungskreis des übernommenen NRW-Verbundbank-Portfolios. Diese wird durch einen externen Dienstleister serviciert. Die Bestände des NRW-Verbundbank-Portfolios werden sukzessive bis Mitte 2014 auf die Systeme der Helaba migriert.

Im Bereich Bilanzen und Steuern der Helaba wird aus den Teilabschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung der Konzernabschluss nach IFRS erstellt. Hier werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind

- Kontrollumfeld,
- Risikoeinschätzung,
- Kontrollen und Abstimmungen,
- Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen,
- Verfahrensdokumentation und
- Ergebniskommunikation.

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess umfasst unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereichs Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine regelmäßige Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeitern die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden im Rahmen eines definierten Prozesses angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) beziehungsweise der Grundsätze ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS) gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Helaba primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlussaussagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis etc.).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen im Rechnungslegungsprozess sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt wird, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Damit werden unter anderem Nebenbuch-/Hauptbuchabstimmungen oder HGB/IFRS-Konsistenzprüfungen durchgeführt. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich interne Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren, sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. Auch konzernrechnungslegungsbezogene Vorgaben, die insbesondere von der Konzernmutter und den einbezogenen Teilkonzernen zu beachten sind, sind hier geregelt. Der Regelungsumfang umfasst neben den konzerneinheitlichen Vorschriften zu Ansatz, Bewertung, Ausweis und Angabepflichten auch organisatorische Aspekte und den Erstellungsprozess. Von den einzelnen Meldestellen werden in eigener Verantwortung und in abgestuftem Detaillierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen bei der eigenen Erstellung der Abschlüsse in den einzelnen Prozessen und Teilprozessen gemacht. Bilanzierungshandbücher und Arbeitsanweisungen sind für die Mitarbeiter über das Intranet der Bank jederzeit verfügbar.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahrs auf Plausibilität geprüft. Darüber hinaus werden die Abschlusszahlen mit Planungen, Erwartungen sowie Hochrechnungen auf Basis des Geschäftsverlaufs abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf ihre Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Hierzu sind für jede Meldestelle und für jede Notes-Angabe auf Konzernebene Verantwortliche und deren Stellvertreter festgelegt. Nach dieser Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

Geschäftsrisiken

Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.

Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäfts- oder sonstigen Verhältnis zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Helaba bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet. Die materiellen Auswirkungen von Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder, weshalb sie in diesen beiden Risikoarten berücksichtigt werden. Über das Geschäftsrisiko werden die notwendigen Kapitalbedarfe für die Risikotragfähigkeitsrechnung vorgehalten. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko berücksichtigt etwaige Liquiditätsengpässe aus Reputationsverlusten.

Die operative und strategische Risikosteuerung wird durch die Marktbereiche der Bank und die Geschäftsführung der jeweiligen Beteiligungen vorgenommen. Die Bereiche Kreditrisikocontrolling sowie Risikocontrolling Handel analysieren die Entwicklung der Geschäftsrisiken und übernehmen die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstands.

Zum Stichtag 31. Dezember 2013 haben sich die Geschäftsrisiken gegenüber dem Jahresende 2012 um 48 Mio. € auf 143 Mio. € erhöht. Die Erhöhung resultiert aus Modellanpassungen und der Einbindung gruppenangehöriger Unternehmen (38 Mio. €) sowie dem Aufsatz auf der operativen Planung 2013 (10 Mio. €).

Steuern
Aufgaben im Zusammenhang mit der Besteuerung der Bank im Inland und ausgewählter Tochtergesellschaften werden von der dem Bereich Bilanzen und Steuern angehörenden Steuerabteilung wahrgenommen. Soweit Steuern in dezentralen Einheiten betreut werden, finden die wesentlichen steuerlichen Fragen und Entwicklungen Eingang in die Meldungen an die Steuerabteilung. Im Bedarfsfall sowie grundsätzlich für die Steuerdeklaration der ausländischen Einheiten werden externe Steuerberatungsleistungen in Anspruch genommen. Entwicklungen des Steuerrechts im In- und Ausland werden durch die Verantwortlichen laufend beobachtet und in ihrer Wirkung auf die Bank und Tochtergesellschaften analysiert. Erforderliche Maßnahmen werden durch die Steuerabteilung beziehungsweise in Abstimmung mit ihr eingeleitet und steuerliche Risiken dadurch entweder vermieden oder bilanziell versorgt.

Immobilienrisiken

Unter den Immobilienrisiken werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst. Hierzu gehören nicht Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt oder Risiken aus Immobilienfinanzierungen.

Risiken aus Wertschwankungen des Marktwerts treten derzeit vorrangig bei den Bestandsimmobilien der GWH-Gruppe (GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen) und den eigenen Immobilien der Helaba auf. Risiken aus dem Projektentwicklungsgeschäft ergeben sich aus Termin-, Qualitäts-, Kosten- und Vermarktungsrisiken und treten vorrangig in den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften der OFB-Gruppe (OFB Projektentwicklung GmbH) und der GWH-Gruppe (im Rahmen des Bauträgergeschäfts) sowie in direkt oder mittelbar von der Helaba gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften auf.

Bei den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften obliegt die unmittelbare Steuerung der jeweiligen Geschäftsführung der Beteiligung. Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt hier auf zwei Stufen:

- operativ – dezentral in den jeweiligen Beteiligungen durch die Geschäftsführung
- strategisch – zentral durch die Aufsichtsgremien der Beteiligungsgesellschaften und den Bereich Immobilienmanagement

Bei den direkt oder mittelbar gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften liegt die Risikosteuerung im Bereich Immobilienmanagement. Darüber hinaus übernimmt der Bereich Immobilienmanagement die Risikosteuerung bankeigener Bestandsimmobilien. Die Risikoüberwachung wird durch die Bereiche Immobilienmanagement (für Tochtergesellschaften) und Kreditrisikocontrolling vorgenommen.

Als wesentliches Risikocontrolling-Instrument für die Steuerung der Projektierungsrisiken dient die quartalsweise erstellte Chancen- und Risikoübersicht zur Identifikation und Verfolgung zukünftiger, nicht budgetierter Projektchancen und -risiken. Darin werden Chancen, Kosten-, Ertrags- und sonstige Vermögensrisiken in einem strukturierten Prozess ermittelt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Budget im Sinne einer Risikotragfähigkeitsanalyse und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit anhand bestimmter Eintrittsszenarien bewertet. Der Bereich Immobilienmanagement begleitet die Erstellung der Chancen- und Risikoübersicht und plausibilisiert die Angaben. Als wesentliches Risikocontrolling-Instrument für die Steuerung der Risiken aus Bestandsimmobilien dienen regelmäßig in Auftrag gegebene Wertgutachten zu den Bestandsimmobilien sowie die laufende Beobachtung von Wertänderungsrenditen in den relevanten Märkten, abgegrenzt nach Regionen und Nutzungsarten.

Der Bereich Kreditrisikocontrolling analysiert die Entwicklung der Risiken aus dem Immobilienprojektierungsgeschäft und aus den Bestandsimmobilien und übernimmt die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstands. Parallel dazu wird die Risikolage im Rahmen der operativen Steuerung in den Sitzungen der Aufsichtsgremien der jeweiligen Beteiligung dargestellt.

Die Risiken aus Immobilienprojekten und Immobilienbeständen sind in 2013 leicht auf 19 Mio. € (2012: 23 Mio. €) zurückgegangen. Die Risiken sind unverändert vollständig durch die erwarteten Erträge aus diesem Geschäft abgedeckt.

Zusammenfassung

Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden und Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

Prognose- und Chancenbericht

Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen
Der weltwirtschaftliche Aufschwung wird sich 2014 fortsetzen. Dabei werden die maßgeblichen Impulse von den Industrieländern ausgehen. Schrittmacher bleibt die US-Wirtschaft, die spürbar an Fahrt aufnimmt. Für die Schwellenländer zeichnet sich zwar eine leichte Belebung ab, jedoch ohne größere Wirkung auf das globale Wachstum. Im Euroraum ist die konjunkturelle Wende endlich geschafft, doch mehr als eine moderate Besserung ist nicht zu erwarten. Das weltweite Wirtschaftswachstum kann sich damit 2014 insgesamt gegenüber dem Vorjahr um etwa einen halben Prozentpunkt auf preisbereinigt mehr als 3 % verstärken.

Innerhalb des Euroraums bleibt Deutschland vorne. Hier sind die Rahmenbedingungen derzeit so gut, dass 2014 ein Wirtschaftswachstum von real rund 2 % möglich ist. Dazu sollte insbesondere die Binnennachfrage beitragen: Die Investitionen gewinnen an Schwung und der Wohnungsbau profitiert von nach wie vor hohen Genehmigungszahlen. Einkommen sowie Beschäftigung werden sich weiter positiv entwickeln, so dass der Konsum einen wesentlichen Wachstumsbeitrag leisten kann. Der Außenhandel dürfte vom lebhafteren Welthandel profitieren. Nachdem das Budgetdefizit bereits 2013 abgebaut wurde, ist auch für 2014 mindestens mit einem ausgeglichenen öffentlichen Haushalt zu rechnen. Die europäischen Problemstaaten wie Italien und Spanien sollten erstmals nach einer langen Rezession für das Gesamtjahr ein positives Wirtschaftswachstum aufweisen. Frankreich dürfte 2014 im Vergleich zur Eurozone nur unterdurchschnittlich wachsen, da die Wettbewerbsfähigkeit des Landes immer noch schwach ist.

Das moderate Wachstum bei geringen Inflationsrisiken ermöglicht es den führenden Notenbanken, an ihrer expansiven Geldpolitik festzuhalten und nur sehr vorsichtig umzusteuern. Die US-Notenbank hat Anfang 2014 begonnen, die Anleihekäufe zurückzufahren, und wird diese bis Jahresende einstellen. Eine erste Leitzinserhöhung ist aber erst für 2015 zu erwarten. Im Euroraum hingegen wird die EZB den Leitzins fixieren und mit zusätzlichen Liquiditätsspritzen versuchen, die Kreditversorgung in der Peripherie anzukurbeln. Damit bleiben die langfristigen Zinsen in Deutschland zwar niedrig, unter dem Einfluss des US-Rentenmarkts dürfte es aber trotzdem bis Jahresende zu einem leichten Anstieg kommen.

Chancenbericht
Die Helaba verfügt seit Jahren über ein stabiles und zukunftsfähiges strategisches Geschäftsmodell. Die Bank konnte deshalb in den letzten Jahren die Belastungen aus der Finanz- und Wirtschafts- sowie der staatlichen Schuldenkrise in der Eurozone aus eigener Kraft bewältigen und ihre Marktposition in den Kerngeschäftsfeldern festigen. Auf der Grundlage der erzielten positiven Betriebsergebnisse wurden durchgängig alle nachrangigen Verbindlichkeiten, Genussrechte und stillen Einlagen vollumfänglich bedient sowie regelmäßige Dividendenzahlungen vorgenommen. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba sind zum einen das konservative Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement, zum anderen das konzernweit geltende strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit eigenem Retail- und öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft, einer starken Verankerung in der Region, einem engen Verbund mit den Sparkassen sowie einer soliden Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung. Trotz der lang andauernden Niedrigzinsphase in Verbindung mit deutlich gestiegenen Bankstrukturkosten infolge national und international veränderter regulatorischer Rahmenbedingungen konnte die Helaba ihr operatives Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr steigern. Aufgrund gestiegener Verwaltungsaufwendungen liegt der Jahresüberschuss jedoch unter dem Niveau des Vorjahrs.

Von den Rating-Agenturen Fitch Ratings, Standard & Poor's und Moody's Investors Service wird die Helaba bei langfristigen unbesicherten erstrangigen Verbindlichkeiten mit „A+“, „A“ und „A2“, bei den kurzfristigen Verbindlichkeiten mit „F-1+“, „A-1“ und „P-1“ eingestuft (jeweils mit stabilem Ausblick). Die Ratings von Fitch und Standard & Poor's basieren auf einem gemeinsamen Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen. Die strategisch bedeutsamen Refinanzierungsinstrumente öffentliche Pfandbriefe und Hypothekenpfandbriefe weisen „AAA“-Ratings auf. Aufgrund ihres hohen Standings bei institutionellen und privaten Investoren und ihrer diversifizierten Produktpalette stand der Helaba auch in den letzten Jahren trotz krisenbedingter Belastungen an den Finanzmärkten der Zugang zu den Refinanzierungsmärkten unmittelbar offen. Die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund stärkt die nachhaltige Refinanzierungsfähigkeit der Helaba an den Geld- und Kapitalmärkten weiter.

Im Zentrum der Eigenkapitalstrategie steht bei der Helaba infolge der mit Basel III beziehungsweise CRD IV/CRR quantitativ und qualitativ deutlich zunehmenden Kapitalanforderungen die Stärkung der Ausstattung mit hartem Kernkapital („CET 1“). Die Helaba erfüllt bereits heute die zukünftigen aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen und ist insoweit gut aufgestellt, um sich bietende Geschäftschancen zu ergreifen.

Im deutschen Bankenmarkt führen bei wesentlichen Wettbewerbern die Prozesse zur Anpassung an EU-beihilferechtliche Auflagen und die sich ändernden regulatorischen Rahmenbedingungen zu einem Rückzug aus für die Helaba wesentlichen Geschäftsfeldern. Hier sieht die Helaba unter Beibehaltung ihrer konservativen Risikostandards und in Anpassung an neue aufsichtsrechtliche Vorgaben grundsätzlich gute Chancen zur Stärkung ihres Geschäfts- und Ertragspotenzials.

Zugleich ermöglicht die Mitte 2012 vollzogene Übernahme des Verbundgeschäfts und des Zahlungsverkehrs der früheren WestLB eine deutliche Stärkung der Marktposition der Helaba in diesen Geschäftssegmenten. Im wachstumsstarken Geschäftsfeld Zahlungsverkehr ist die Helaba mittlerweile die Nummer zwei im deutschen Markt, gemessen am abgewickelten Zahlungsverkehrsvolumen. Neben Skalenvorteilen auf der Kostenseite eröffnet diese Marktposition neue Ertragspotenziale bei Händlern und Netzbetreibern, aber auch internationalen Clearinghäusern und Zahlungsdienst-

leistern. Infolge ihrer Trägerstruktur hat sich auch die institutionelle Verankerung der Bank in der deutschen Sparkassenorganisation weiter intensiviert. Dies ermöglicht es der Helaba, sich als eine der führenden Adressen in der Außenhandelsfinanzierung und im Auslandszahlungsverkehr in der Sparkassen-Finanzgruppe zu etablieren und das Geschäftsvolumen und die Erträge in diesem Segment zu steigern. Auch im Immobiliengeschäft, einem Kerngeschäftsfeld, in dem die Helaba entlang der gesamten Wertschöpfungskette hohe Expertise besitzt, ergeben sich weitere Chancen zur Steigerung der Zusammenarbeit mit den Sparkassen im gesamten Bundesgebiet.

Es ist davon auszugehen, dass sich in den nächsten Jahren der Konsolidierungsprozess im Landesbankensektor weiter fortsetzen wird. Die Helaba verfolgt strategisch das Ziel, ihre Stellung als führende Verbundbank der deutschen Sparkassen weiter auszubauen. Der durch den Wettbewerb im Retail Banking begründete und durch die Niedrigzinsphase verstärkte Rentabilitätsdruck wird zu einer weiteren Intensivierung der Arbeitsteilung im Verbund führen.

Die Helaba ist mit ihrem strategischen Geschäftsmodell für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des regionalen Privatkunden- und Mittelstandgeschäfts, des Verbundgeschäfts, des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft. Zielsetzung der Rentabilitätsstrategie der Helaba ist unter Berücksichtigung geänderter regulatorischer Rahmenbedingungen und merklich gestiegener Bankstrukturkosten die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft und die Mehrung des Unternehmenswerts unter konservativer Berücksichtigung ihrer Risikotragfähigkeit.

In ihrer mittelfristigen Geschäfts- und Ertragsplanung strebt die Helaba deshalb zur Schärfung und Fokussierung ihres strategischen Geschäftsmodells und zur Stabilisierung der Ertragsentwicklung in den nächsten Jahren Portfolioanpassungen in ihren Kerngeschäftsfeldern an. Diese sind ausgerichtet an den Zielen

- einer noch stärkeren Ausrichtung auf das Kunden- und Verbundgeschäft und damit auf die realwirtschaftliche Verankerung,
- einer starken regionalen Fokussierung auf Deutschland und angrenzende europäische Kernländer bei Aufrechterhaltung der Niederlassungen in London, New York und Paris zur Absicherung der Leistungstiefe für das Kunden- und Verbundgeschäft und zur Sicherung des Zugangs zu den Refinanzierungsmärkten, insbesondere auch für die Währungen US-Dollar und Britisches Pfund,
- einer umfassenden Prozess- und Ressourcenoptimierung zur Kompensation der unter anderem durch gestiegene Bankstrukturkosten erhöhten Kostenposition (hierzu hat die Helaba im Jahr 2013 ein internes Projekt aufgesetzt),
- eines moderaten geschäftsbedingten Anstiegs der Risikoaktiva, der jedoch teilweise durch das planmäßige Abschmelzen von übernommenen Aktiva der NRW-Verbundbank kompensiert wird, unter Einhaltung der in der Eigenkapitalstrategie formulierten Ziel-Kapitalquoten.

Zielsetzung der fortgeschriebenen Rentabilitätsstrategie sind unter Berücksichtigung veränderter aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft und die Mehrung des Unternehmenswerts unter Beachtung der risikostrategischen Vorgaben und der Vermeidung von Risiko- und Ertragskonzentrationen.

Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns
Die globale Konjunktur gewann nach einer Schwächephase Anfang 2013 in den beiden letzten Quartalen wieder an Schwung. Die Entwicklung im Euroraum und auch in Deutschland verlief vergleichbar. Für 2014 wird im Euroraum und insbesondere in Deutschland mit einer Fortsetzung dieser Belebung gerechnet. Die Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren für 2014 ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,8 % für Deutschland. Die volkswirtschaftlichen Analysen der Helaba gehen für 2014 ebenfalls von vergleichbaren Wachstumsraten für Deutschland (2,0 %) aus.

Unter diesen Rahmenbedingungen erwartet die Helaba auch 2014 aufgrund ihres bewährten und weiterentwickelten Geschäftsmodells eine Verstetigung der operativen Erträge auf dem Niveau der Vorjahre.

Im inländischen Immobilienkreditgeschäft erwartet die Helaba auch in 2014 ein stabiles Marktumfeld begleitet von einem intensiven Wettbewerb. Im Ausland fokussiert sich die Helaba weiterhin auf liquide Märkte. Das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft wird in 2014 mit 7,7 Mrd. € um rund 10 % unterhalb des Vorjahrs geplant. Bei leicht rückläufigen, aber zufriedenstellenden Margen im Neugeschäft werden die Erträge aufgrund einer Bestandsausweitung leicht oberhalb des Niveaus des Vorjahrs erwartet. Die Erträge aus den immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen werden für 2014 auf unverändertem Niveau geplant. Das Ergebnis vor Steuern des Segments wird 2014 aufgrund einer rückläufigen Risikovorsorge um rund 20 % oberhalb des Vorjahreswerts erwartet.

Im Segment Corporate Finance wird trotz der konjunkturellen Belebung für 2014 mit einer verhaltenen Kreditnachfrage gerechnet. Das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft wird in 2014 daher mit 4,1 Mrd. € auf dem Niveau des Jahrs 2013 geplant. Bei insgesamt leicht steigenden Beständen werden die Erträge leicht oberhalb des Vorjahrs geplant. Zusätzlich wird eine rückläufige Risikovorsorge erwartet, so dass das Ergebnis vor Steuern in 2014 um rund 25 % oberhalb des Vorjahreswerts erwartet wird.

Im Segment Financial Markets ist das zinsbezogene Geschäft mit in- und ausländischen Gebietskörperschaften enthalten. Das inländische Kommunalkreditgeschäft wird auch in 2014 durch die Diskussion über die Verschuldung öffentlicher Haushalte geprägt. Das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft mit dieser Kundengruppe wird für 2014 mit 1,3 Mrd. € um rund 10 % unterhalb des Vorjahrs geplant. Das Geschäft mit ausländischen Finanzinstitutionen und Gebietskörperschaften wird in 2014 weiterhin nur selektiv betrieben.

Im Kapitalmarktgeschäft wird für 2014 die Ausweitung der Marktanteile in allen Kundengruppen angestrebt. Im Primärmarktgeschäft wird eine Größenordnung von 13 Mrd. € angestrebt. Die Erträge im Kundengeschäft sollen für 2014 um rund 15 % gesteigert werden. Zu dem hohen Ergebnis in 2013 haben auch die Erträge aus sich einengenden Credit Spreads beigetragen. Eine Fortsetzung dieser Spread-Entwicklung in 2014 wird nicht erwartet. Demzufolge wird ein gegenüber dem Vorjahr deutlich niedrigeres, aber nachhaltig erzielbares Ergebnis im Kapitalmarktgeschäft erwartet.

Das Ergebnis vor Steuern im Segment Financial Markets wird 2014 aufgrund dieser Entwicklung deutlich unterhalb des Vorjahreswerts geplant.

Im Segment Asset Management werden die Beteiligungen Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH sowie die Frankfurter Bankgesellschaft Gruppe abgebildet. Im Asset Management wird eine moderate Steigerung der Erträge über die Ausweitung des volumengetriebenen Fondsmanagement- und Dienstleistungsgeschäfts erwartet. Neugeschäft konzentriert sich auf einfache Spezialfondsmandate sowie auf den Absatz eigengemanagter Publikumsfonds. Das Geschäft der Frankfurter Bankgesellschaft wird auch in 2014 durch das niedrige Zinsniveau belastet. Die Erträge sowie das Ergebnis des Segments werden in 2014 insgesamt auf dem Niveau des Vorjahrs erwartet.

Im Segment Verbundgeschäft werden die Verbundbank und die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) abgebildet. Im Verbundgeschäft wird die Zusammenarbeit mit den Sparkassen in den Kernregionen Hessen und Thüringen im Rahmen des Verbundkonzepts kontinuierlich fortgesetzt. Die Verbundzusammenarbeit erfolgt weiterhin auf hohem Niveau und wird in 2014 über entsprechende Vertriebs- und Marktinitiativen weiter gestärkt. Nachdem das Jahr 2013 insbesondere durch die Integration der Verbundbankaktivitäten in den Kernregionen Nordrhein-Westfalen und Brandenburg geprägt war, wird für 2014 mit einem deutlichen Anstieg der Erträge gerechnet. Die Verbundquote wird auch für 2014 am oberen Ende des Zielkorridors zwischen 60–80 % erwartet.

Für 2014 ist unter anderem die Intensivierung des Angebots im Auslandsgeschäft für die Sparkassen vorgesehen. Im Metakreditgeschäft mit den Sparkassen soll das bilanzielle und außerbilanzielle Neugeschäft auf Basis verbesserter Prozesse in 2014 deutlich erhöht werden. Die Vertriebsaktivitäten erfolgen unter Einbindung der Tochtergesellschaften Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG. Das geplante Ertragswachstum geht mit einer bedarfsorientierten Schärfung der Angebotspalette für das Eigengeschäft der Sparkassen einher. Im Geschäft für Privatkunden wird nach der Steigerung des Jahrs 2013 ein weiterer Anstieg des Absatzvolumens für Zertifikate in Höhe von 3,1 Mrd. € auf 3,7 Mrd. € erwartet. Die Intensivierung des Produktangebots führt in 2014 zu steigenden Kosten.

Die LBS Hessen-Thüringen geht bei dem anhaltend niedrigen Zinsniveau für 2014 von einer Seitwärtsentwicklung der Erträge aus. Insgesamt wird im Segment Verbundgeschäft ein Ergebnis vor Steuern auf dem Niveau des Vorjahrs erwartet.

Im Segment öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft nimmt die Helaba über die WIBank im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben insbesondere in den Bereichen Wohnungs- und Städtebau, Infrastruktur, Wirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt wahr. Die Entwicklung in 2014 wird geprägt durch die weitere Abwicklung und Auszahlung des kommunalen Schutzschirms sowie der neuen EU-Förderperiode 2014 bis 2020. Für das Neugeschäft im Jahr 2014 gehen wir von einer Größenordnung von 1,7 Mrd. € an Krediten nach 3,3 Mrd. € im Jahr 2013 aus. Die Erträge werden in 2014 durch das steigende Geschäftsvolumen leicht steigen. Die Ausdehnung der Förderprogramme induziert insbesondere einen erhöhten IT-Aufwand. Dieser resultiert schwerpunktmäßig aus der Optimierung bestehender und der Implementierung neuer Prozesse. Von großer Bedeutung im Jahr 2014 sind die Produktivsetzung der optimierten Landwirtschaftsförderung und die aus der neuen EU-Förderperiode resultierenden Anpassungen für die Förderprogramme, die die WIBank für das Land Hessen betreut. Das Ergebnis für 2014 wird leicht unter dem Niveau des Jahrs 2013 erwartet.

Im Segment Frankfurter Sparkasse wird aufgrund des niedrigen Zinsniveaus für 2014 keine Steigerung des Zinsergebnisses erwartet. Die Risikovorsorge wird gegenüber dem niedrigen Niveau des Vorjahrs leicht steigend geplant. Der Verwaltungsaufwand steigt tarifbedingt sowie durch einen anstehenden Austausch von Karten um rund 5 % an. Insgesamt wird das Ergebnis im Segment für 2014 daher um rund 25 % unter dem des Vorjahrs erwartet.

Im Segment Sonstige wird für 2014 von einem deutlichen Rückgang der Kosten ausgegangen. Dies resultiert aus der anstehenden erfolgreichen Beendigung der Migration der NRW-Verbundbank von den Systemen der Portigon auf die Helaba und führt zu einem Anstieg des Ergebnisses vor Steuern in diesem Segment. Belastend auf die Eigenmittelanlage wirkt in diesem Segment das niedrige Zinsniveau.

Das gesamte Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft (inklusive Frankfurter Sparkasse) wird in 2014 mit 16,6 Mrd. € geplant. Für die Entwicklung der Bilanzsumme wird in 2014 mit einem leichten Anstieg um 4 Mrd. € auf 182 Mrd. € gerechnet. Der Anteil der Kundenforderungen an der Bilanzsumme soll in 2014 weiter steigen.

Der Zinsüberschuss im Konzern wird für 2014 insgesamt um rund 2 % unter dem Vorjahreswert erwartet. Dabei stehen steigenden Kundenbeiträgen Belastungen aus dem niedrigen Zinsniveau und der Aufnahme von Ergänzungskapital gegenüber. Einmalerträge aus Vorfälligkeiten, wie in 2013 angefallen, werden für 2014 nicht eingeplant.

Für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird in 2014 ein deutlicher Rückgang erwartet.

Der Provisionsüberschuss wird, getragen durch das Kundengeschäft, um rund 10 % über dem Vorjahr geplant.

Durch die in 2014 nicht mehr erwarteten Ergebnisbeiträge aus zusammenlaufenden Spreads wird das Nettoergebnis des Handelsbestands gegenüber 2013 auf einem deutlich geringeren, aber nachhaltigen Niveau geplant.

Das sonstige betriebliche Ergebnis wird 2014 um rund 10 % unter dem Vorjahresergebnis erwartet.

Im Personalbestand der Helaba wird für 2014 nur an wenigen Stellen ein Personalaufbau geplant. Durch die Umsetzung eines Effizienzsteigerungs- und Ressourcenoptimierungsprogramms werden im Personalbestand Transformationen stattfinden, die sich insgesamt in einem Rückgang des Personalbestands niederschlagen. Die Personalkosten entwickeln sich in 2014 trotz tarifbedingter Steigerung daher leicht rückläufig.

Im Sachaufwand wirkt sich die Mitte 2014 anstehende Beendigung der Migration der NRW-Verbundbank entlastend aus, so dass der Verwaltungsaufwand insgesamt um rund 2 % sinkt.

Das für 2014 geplante Konzernergebnis liegt somit rund 50 Mio. € unter dem Vorjahreswert.

Die Cost Income Ratio wird für 2014 bei 64,7 % erwartet. Die bilanzielle Eigenkapitalrendite wird für 2014 bei 6,5 % erwartet. Die weitere Entwicklung wird durch die Eigenmittelanforderungen bestimmt.

Für 2015 wird eine kontinuierliche Entwicklung in den Geschäftsfeldern mit einem systematischen Ausbau der Kundenerträge angestrebt. Durch die Umsetzung des Kostensenkungsprogramms steht dem eine nachhaltige Kostenreduktion gegenüber. Insgesamt plant die Helaba mit einem mittelfristigen Anstieg des Ergebnisniveaus.

Risiken für die Ergebnisentwicklung der Bank resultieren aus der anhaltend hohen Verschuldung nationaler und internationaler Gebietskörperschaften. Trotz einer insgesamt robusten konjunkturellen Entwicklung sind Negativentwicklungen in einzelnen Marktsegmenten nicht auszuschließen. Auf der Aufwandsseite stellt die Umsetzung des Kostenmanagements zur Beherrschung der hohen Bankstrukturkosten die größte Herausforderung dar.

Gesamtaussage
Im Geschäftsjahr 2013 konnte die Helaba trotz eines 10%igen Abbaus von Geschäftsvolumen und Bilanzsumme mit 510 Mio. € ein Konzernergebnis vor Steuern auf dem Rekordniveau des Vorjahrs (512 Mio. €) erzielen. Das Konzernergebnis verzeichnet mit 354 Mio. € im Vorjahresvergleich einen Anstieg von 36 Mio. € (+11 %). Maßgeblich für diese Ergebnisentwicklung war der weitere Ausbau des operativen Kundengeschäfts einschließlich des Verbundgeschäfts mit Sparkassen. Hierzu beigetragen hat auch die Mitte des Vorjahrs übernommene NRW-Verbundbank, deren vollständige Integration im Berichtsjahr weitgehend abgeschlossen werden konnte. Als Sparkassenzentralbank für 40 % aller deutschen Sparkassen fungiert die Helaba mit einer breiten Produkt- und Dienstleistungspalette als führende Verbundbank in der deutschen Sparkassenorganisation.

Trotz der Vielzahl an regulatorischen Anforderungen ist die Helaba mit ihrem strategischen, an den Anforderungen der Realwirtschaft und des Sparkassenverbunds ausgerichteten Geschäftsmodell für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des Verbund- und Kundengeschäfts sowie des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts. Zielsetzung der Rentabilitätsstrategie der Helaba sind unter Berücksichtigung der regulatorisch steigenden Bankstrukturkosten die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft und die Mehrung des Unternehmenswertes bei Wahrung der Risikotragfähigkeit.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 18. März 2014

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner	Fenk	Groß
Dr. Hosemann	Krick	Dr. Schraad

Konzernabschluss

66 Gewinn- und Verlustrechnung

67 Gesamtergebnisrechnung

68 Bilanz

70 Eigenkapitalveränderungsrechnung

71 Kapitalflussrechnung

Anhang (Notes)

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

73 (1) Allgemeine Angaben

79 (2) Konsolidierungskreis

81 (3) Konsolidierungsgrundsätze

82 (4) Finanzinstrumente

85 (5) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen

87 (6) Strukturierte Produkte

87 (7) Finanzgarantien

87 (8) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

88 (9) Bilanzierung von Leasingverhältnissen

89 (10) Währungsumrechnung

90 (11) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

91 (12) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

92 (13) Sachanlagen

93 (14) Immaterielle Vermögenswerte

93 (15) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

94 (16) Sonstige Aktiva und sonstige Passiva

94 (17) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

95 (18) Andere Rückstellungen

96 (19) Ertragsteuern

96 (20) Nachrangkapital

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

97 (21) Zinsüberschuss

98 (22) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

99 (23) Provisionsüberschuss

99 (24) Handelsergebnis

100 (25) Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option

100 (26) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

101 (27) Ergebnis aus Finanzanlagen

101 (28) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

102 (29) Sonstiges betriebliches Ergebnis

103 (30) Verwaltungsaufwand

104 (31) Ertragsteuern

106 (32) Segmentberichterstattung

Erläuterungen zur Bilanz

111 (33) Barreserve

111 (34) Forderungen an Kreditinstitute

112 (35) Forderungen an Kunden

113 (36) Risikovorsorge

114 (37) Handelsaktiva

115 (38) Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

115 (39) Finanzanlagen

118 (40) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

119 (41) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

122 (42) Sachanlagen

123 (43) Immaterielle Vermögenswerte

124 (44) Ertragsteueransprüche

125 (45) Sonstige Aktiva

126 (46) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

127 (47) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

127 (48) Verbriefte Verbindlichkeiten

128 (49) Handelspassiva

128 (50) Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

129 (51) Rückstellungen

137 (52) Ertragsteuerverpflichtungen

138 (53) Sonstige Passiva

139 (54) Nachrangkapital

139 (55) Eigenkapital

Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten

141 (56) Sicherheitsleistungen

142 (57) Übertragung finanzieller Vermögenswerte ohne Ausbuchung

143 (58) Übertragung finanzieller Vermögenswerte mit Ausbuchung

143 (59) Angaben zur bilanziellen Aufrechnung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

145 (60) Nachrangige Vermögenswerte

145 (61) Fremdwährungsvolumina

146 (62) Restlaufzeitengliederung

147 (63) Derivative Geschäfte

149 (64) Buchwerte und Ergebnisse nach Bewertungskategorien

152 (65) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

158 (66) Verbriefungstransaktionen

159 (67) Umkategorisierung finanzieller Vermögenswerte

160 (68) Angaben zu Finanzinstrumenten der Fair Value-Option

161 (69) Angaben zur Emissionstätigkeit

161 (70) Angaben zum Risikomanagement

162 (71) Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten

Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen

166 (72) Eventualverpflichtungen und andere nicht bilanzierte Verpflichtungen

167 (73) Patronatserklärungen

168 (74) Volumen der verwalteten Fonds

168 (75) Treuhandgeschäfte

Sonstige Angaben

169 (76) Angaben zum Leasinggeschäft

171 (77) Angaben zum Eigenkapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennzahlen

172 (78) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

175 (79) Honorare des Abschlussprüfers

175 (80) Angaben zu Arbeitnehmern

176 (81) Mitglieder des Verwaltungsrats

178 (82) Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats

179 (83) Prüfungsausschuss des Verwaltungsrats

179 (84) Mitglieder des Vorstands

180 (85) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

182 (86) Anteilsbesitz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale gemäß § 315a i. V. m. § 313 Abs. 2 HGB

190 Versicherung der gesetzlichen Vertreter

191 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	Notes	2013 in Mio. €	2012[1] in Mio. €	Veränderungen in Mio. €	Veränderungen in %
Zinserträge		4.860	5.496	–636	–11,6
Zinsaufwendungen		–3.655	–4.341	686	15,8
Zinsüberschuss	(4), (21)	**1.205**	**1.155**	**50**	**4,3**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(11), (22)	–281	–238	–43	–18,1
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		**924**	**917**	**7**	**0,8**
Provisionserträge		496	430	66	15,3
Provisionsaufwendungen		–196	–171	–25	–14,6
Provisionsüberschuss	(23)	**300**	**259**	**41**	**15,8**
Handelsergebnis	(4), (24)	339	415	–76	–18,3
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option	(4), (5), (25)	–20	–124	104	83,9
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	(5), (26)	19	3	16	>100,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	(4), (27)	4	–1	5	>100,0
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	(3), (28)	–2	–12	10	83,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(12), (29)	217	236	–19	–8,1
Verwaltungsaufwand	(30)	–1.271	–1.181	–90	–7,6
Ergebnis vor Steuern		**510**	**512**	**–2**	**–0,4**
Ertragsteuern	(19), (31)	–156	–194	38	19,6
Konzernjahresergebnis		**354**	**318**	**36**	**11,3**
davon: konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis		2	1	1	100,0
davon: den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis		352	317	35	11,0

[1] Vorjahreszahlen angepasst, siehe Anhangangabe (1).

Gesamtergebnisrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	Notes	2013 in Mio. €	2012 in Mio. €	Veränderungen in Mio. €	Veränderungen in %
Konzernergebnis gemäß Gewinn- und Verlustrechnung		**354**	**318**	**36**	**11,3**
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:					
Neubewertungen der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	(51)	**23**	**–266**	**289**	**>100,0**
Ertragsteuern auf nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umzugliedernde Posten		**–6**	**78**	**–84**	**>–100,0**
Zwischensumme		**17**	**–188**	**205**	**>100,0**
Posten, die anschließend in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:					
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten					
Bewertungsgewinne (+)/-verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten		–34	375	–409	>–100,0
bei Abgang oder Wertminderung in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste (+)		10	–6	16	>100,0
Veränderung aus der Währungsumrechnung					
Gewinne (+)/Verluste (–) aus der Währungsumrechnung ausländischer Geschäftsbetriebe		–5	–1	–4	>–100,0
Gewinne und Verluste aus der Absicherung von Cashflows					
Bewertungsgewinne (+)/-verluste (–) aus Sicherungsinstrumenten in Cashflow Hedges		8	–7	15	>100,0
Ertragsteuern auf in die Gewinn- und Verlustrechnung umzugliedernde Posten	(31)	**9**	**–117**	**126**	**>100,0**
Zwischensumme		**–12**	**244**	**–256**	**>–100,0**
Sonstiges Ergebnis nach Steuern		**5**	**56**	**–51**	**–91,1**
Gesamtergebnis der Berichtsperiode		**359**	**374**	**–15**	**–4,0**
davon: konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis		3	–	3	–
davon: den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis		356	374	–18	–4,8

Bilanz

zum 31. Dezember 2013

Aktiva

		31.12.2013	31.12.2012	Veränderungen	
	Notes	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Barreserve	(33)	1.750	8.925	–7.175	–80,4
Forderungen an Kreditinstitute	(4), (34)	21.396	23.236	–1.840	–7,9
Forderungen an Kunden	(4), (35)	90.747	90.821	–74	–0,1
Wertberichtigungen auf Forderungen	(11), (36)	–1.228	–1.205	–23	–1,9
Handelsaktiva	(4), (37)	32.273	37.954	–5.681	–15,0
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	(4), (5), (38)	4.691	6.992	–2.301	–32,9
Finanzanlagen	(4), (39)	24.200	27.937	–3.737	–13,4
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	(3), (40)	92	66	26	39,4
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(12), (41)	2.426	2.423	3	0,1
Sachanlagen	(13), (42)	265	266	–1	–0,4
Immaterielle Vermögenswerte	(14), (43)	182	193	–11	–5,7
Ertragsteueransprüche	(19), (44)	347	753	–406	–53,9
Sonstige Aktiva	(16), (45)	942	940	2	0,2
Summe Aktiva		**178.083**	**199.301**	**–21.218**	**–10,6**

Passiva

	Notes	31.12.2013 in Mio. €	31.12.2012 in Mio. €	Veränderungen in Mio. €	Veränderungen in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(4), (46)	34.106	39.275	–5.169	–13,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(4), (47)	43.895	47.611	–3.716	–7,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	(4), (48)	48.245	57.168	–8.923	–15,6
Handelspassiva	(4), (49)	33.742	36.148	–2.406	–6,7
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	(4), (5), (50)	3.489	4.982	–1.493	–30,0
Rückstellungen	(17), (18), (51)	1.630	1.644	–14	–0,9
Ertragsteuerverpflichtungen	(19), (52)	121	637	–516	–81,0
Sonstige Passiva	(16), (53)	695	656	39	5,9
Nachrangkapital	(20), (54)	5.073	4.363	710	16,3
Eigenkapital	(55)	7.087	6.817	270	4,0
gezeichnetes Kapital		2.509	2.509	–	–
Kapitalrücklage		1.546	1.546	–	–
Gewinnrücklagen		2.921	2.642	279	10,6
Neubewertungsrücklage		148	162	–14	–8,6
Rücklage aus der Währungsumrechnung		–1	4	–5	>–100,0
Rücklage aus Cashflow Hedges		–17	–23	6	26,1
auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital		–19	–23	4	17,4
Summe Passiva		**178.083**	**199.301**	**–21.218**	**–10,6**

Eigenkapitalveränderungsrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

in Mio. €

	Den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Eigenkapital							Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital	Summe Eigenkapital
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklage	Rücklage aus der Währungsumrechnung	Rücklage für Bewertungsergebnisse aus Cashflow Hedges	Zwischensumme		
Eigenkapital zum 1.1.2012	**2.397**	**658**	**2.554**	**–88**	**5**	**–19**	**5.507**	**–13**	**5.494**
Veränderungen im Konsolidierungskreis			–3				–3	–10	–13
Kapitalerhöhung	112	888					1.000		1.000
Dividendenzahlung			–38				–38		–38
Gesamtergebnis der Berichtsperiode	–	–	129	250	–1	–4	374	–	374
Eigenkapital zum 1.1.2013	**2.509**	**1.546**	**2.642**	**162**	**4**	**–23**	**6.840**	**–23**	**6.817**
Veränderungen im Konsolidierungskreis			–				–	1	1
Kapitalerhöhung							–		–
Dividendenzahlung			–90				–90		–90
Gesamtergebnis der Berichtsperiode			369	–14	–5	6	356	3	359
Eigenkapital zum 31.12.2013	**2.509**	**1.546**	**2.921**	**148**	**–1**	**–17**	**7.106**	**–19**	**7.087**

Die Veränderung der Gewinnrücklagen in 2013 beinhaltet die Veränderungen aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen in Höhe von 17 Mio. € (2012: –188 Mio. €) nach Steuern.

Kapitalflussrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

in Mio. €

	2013	2012
Jahresüberschuss	**354**	**318**
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen und Anlagevermögen	597	302
Zuführung/Auflösung von Rückstellungen	195	244
andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	–870	–303
Ergebnis aus der Veräußerung von Anlagevermögen	–45	–74
sonstige Anpassungen	–1.053	–979
Zwischensumme	**–822**	**–492**
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:		
Forderungen an Kreditinstitute	1.813	–4.076
Forderungen an Kunden	–40	13.660
Handelsaktiva/-passiva	4.025	2.008
andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	538	303
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–5.153	–733
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–3.628	–164
verbriefte Verbindlichkeiten	–8.378	–4.523
andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	–169	–30
erhaltene Zinsen und Dividenden	4.809	5.477
gezahlte Zinsen	–4.039	–5.630
Ertragsteuerzahlungen	–265	–69
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	**–11.309**	**5.731**
Einzahlungen aus der Veräußerung von:		
Finanzanlagen	9.088	6.459
Sachanlagevermögen	1	142
als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	50	44
Auszahlungen für den Erwerb von:		
Finanzanlagen	–5.613	–4.554
Sachanlagevermögen	–18	–14
als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	–42	–63
immateriellen Vermögenswerten	–23	–25
Effekte aus Veränderungen des Konsolidierungskreises:		
Auszahlungen aus dem Erwerb von Tochter- und assoziierten Unternehmen	–12	–18
Einzahlungen aus dem Verkauf von Tochter- und assoziierten Unternehmen	–	3
Cashflow aus Investitionstätigkeit	**3.431**	**1.974**

in Mio. €

	2013	2012
Einzahlungen aus Kapitalerhöhung	–	1.000
Dividendenzahlungen	–90	–38
Bedienung stille Einlagen	–	–28
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Nachrangkapital)	757	–84
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	**667**	**850**
Zahlungsmittelbestand zum 1.1.	**8.925**	**351**
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	–11.309	5.731
Cashflow aus Investitionstätigkeit	3.431	1.974
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	667	850
Effekte aus Wechselkursänderungen, Bewertungsänderungen und Änderungen des Konsolidierungskreises	36	19
Zahlungsmittelbestand zum 31.12.	**1.750**	**8.925**
davon:		
Kassenbestand	81	78
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1.669	8.847

Die Kapitalflussrechnung zeigt Zusammensetzung und Veränderungen des Zahlungsmittelbestands des Geschäftsjahres. Die Veränderung des Zahlungsmittelbestands ergibt sich aus der operativen Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit.

Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit umfasst Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen, Verbindlichkeiten, Handelsaktiva/-passiva und anderen Aktiva beziehungsweise Passiva. Die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen werden separat ausgewiesen. Die sonstigen Anpassungen umfassen den Zinsüberschuss und den Steueraufwand vom Einkommen und Ertrag ohne latente Steuern.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge für Finanzanlagen, Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und immaterielle Vermögenswerte sowie Ein- und Auszahlungen für den Verkauf beziehungsweise Erwerb von Tochter- und assoziierten Unternehmen. Weitere Angaben zu den konsolidierten erworbenen oder verkauften Unternehmen sind der Anhangangabe (2) zu entnehmen.

Als Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen für Nachrangkapital ausgewiesen. Die im Geschäftsjahr ausgeschütteten Dividenden und die Bedienung der im Eigenkapital ausgewiesenen stillen Einlagen werden ebenfalls hier gezeigt.

Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve, die sich aus Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

Anhang (Notes)

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Allgemeine Angaben

Grundlagen der Konzernrechnungslegung
Der Konzernabschluss der Helaba zum 31. Dezember 2013 wurde gemäß § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rats vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den **International Financial Reporting Standards (IFRS)**, wie sie vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlicht und durch die Europäische Union (EU) in europäisches Recht übernommen wurden, aufgestellt.

Siehe Glossar S. 206

Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung, die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung und den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt innerhalb des Anhangs. Der Lagebericht des Konzerns gemäß § 315 HGB enthält einen separaten Bericht über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Chancen- und Risikobericht), in dem auch das Risikomanagement erläutert wird.

Die Berichtswährung des Konzernabschlusses ist Euro (€). Die Beträge sind in der Regel auf volle Mio. € gerundet.

Die zum 31. Dezember 2013 gültigen Standards und Interpretationen wurden vollumfänglich angewendet. Zusätzlich sind die nach § 315a HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften berücksichtigt.

Erstmals angewendete Rechnungslegungsvorschriften
Im Geschäftsjahr 2013 waren erstmals die folgenden Standards und Interpretationen, die von der EU übernommen sind und für die Helaba von Bedeutung sind, verpflichtend anzuwenden:

- IFRS 13: „Bemessung des beizulegenden Zeitwerts“,
- Änderungen an IAS 19: „Leistungen an Arbeitnehmer“,
- Änderungen an IFRS 7: „Finanzinstrumente: Angaben“ – Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten,
- Änderungen an IAS 12: „Ertragsteuern“ – latente Steuern: Realisierung zugrunde liegender Vermögenswerte,
- Jährliche Verbesserungen der International Financial Reporting Standards – Zyklus 2009 – 2011.

Die Änderungen an IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“ – Darstellung der Posten des sonstigen Ergebnisses, die ebenfalls im Geschäftsjahr 2013 erstmals verpflichtend anzuwenden waren, wurden von der Helaba bereits im Vorjahr freiwillig angewendet. Die Änderung erfordert von Unternehmen eine Gruppierung der Posten in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen danach, ob diese Posten zukünftig noch einmal in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden können oder nicht. Zudem wurde bestätigt, dass es weiterhin zulässig ist, die Bestandteile der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen und der Gewinn- und Verlustrechnung in einer einzelnen oder in zwei separaten Aufstellungen dazustellen.

Die Anwendung der neuen beziehungsweise geänderten Standards hatte mit Ausnahme von IFRS 13 keine oder nur unwesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Durch den neuen, prospektiv anzuwendenden IFRS 13 „Bemessung des beizulegenden Zeitwerts“ wurde die Definition des beizulegenden Zeitwerts verfeinert und es werden Hinweise gegeben, wie zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten ist, sofern ein anderer IFRS die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert vorschreibt oder erlaubt oder Angaben über die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert verlangt werden. Zudem wurden die entsprechenden Anhangangaben harmonisiert und erweitert. In den Anhangangaben (41) und (65) sind entsprechende Ergänzungen vorgenommen worden.

Der beizulegende Zeitwert ist nunmehr definiert als der Preis, den unabhängige Marktteilnehmer unter marktüblichen Bedingungen zum Bewertungsstichtag beim Verkauf eines Vermögenswerts vereinnahmen beziehungsweise bei der Übertragung einer Verbindlichkeit zahlen würden (Abgangs- oder „Exit“-Preis). Der Standard betont, dass der beizulegende Zeitwert eine markt- und keine unternehmensspezifische Bewertungsgröße ist. Für die Bewertung ist wie bisher auch die dreistufige Fair Value-Hierarchie nach IFRS 7 anzuwenden.

Im Zusammenhang mit der erstmaligen Anwendung des Standards hat die Helaba die Parametrisierung des Bewertungsmodells zur Ermittlung von Credit Value Adjustments (CVA) verfeinert sowie ein Debit Value Adjustment (DVA) eingeführt. Die Umsetzung der Bewertungsvorschriften des IFRS 13 zum 1. Januar 2013 führte zu einer Erhöhung der CVA-Abschläge um – 61 Mio. €, die aufwandswirksam im Handelsergebnis berücksichtigt wurde, sowie zur erstmaligen Feststellung eines DVA-Abschlags in Höhe von 37 Mio. €, der ertragswirksam im Handelsergebnis berücksichtigt wurde. In der Bilanz führte die Umsetzung zu einer Verringerung der Handelsaktiva um 60 Mio. €, der Positiven Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten um 1 Mio. €, der Handelspassiva um 34 Mio. € sowie der Negativen Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten um 3 Mio. €.

Sofern für einen zum Fair Value zu bewertenden Vermögenswert oder eine zum Fair Value zu bewertende Verbindlichkeit Geld- und Briefkurse vorliegen, ist nach IFRS 13 der Preis innerhalb der Geld-Brief-Spanne für die Fair Value-Ermittlung zu verwenden, der den Fair Value unter den herrschenden Rahmenbedingungen am besten widerspiegelt. Dies gilt für alle Ebenen der Fair Value-Hierarchie. Die Heranziehung von Geldkursen für Vermögenswerte und von Briefkursen für Verbindlichkeiten ist zulässig, aber nicht verpflichtend. Nicht ausgeschlossen wird auch die Verwendung von Mittelkursen der Geld-Brief-Spanne (Mid-Market Pricing), die von Marktteilnehmern aus Vereinfachungsgründen zur Fair Value-Ermittlung genutzt werden kann. Die Helaba bewertet derivative Finanzinstrumente grundsätzlich zu Mittelkursen. Wertpapierbestände (Handelsaktiva und AfS-Bestände) werden vom Handel zu Preisen angesetzt, die eine Veräußerung der Positionen gewährleisten. Dies führt grundsätzlich zu einer Bewertung zu Geldkursen. Eine handelsunabhängige Prüfung erfolgt durch das Risikocontrolling. Soweit der Bewertungskurs eines Wertpapiers oberhalb des Geldkurses lag, hat die Bank bis Ende 2012 einen Abschlag vorgenommen, der eine Bewertung aller Positionen zu Geldkursen sicherstellte. Diesen Abschlag hat die Bank im Jahr 2013 nicht mehr vorgenommen. Die Umstellung des Verfahrens führte am Tag der Umstellung zu positiven Ergebniseffekten von 28 Mio. € im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option und von 8 Mio. € im Handelsergebnis sowie zu einer Erhöhung der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital von 15 Mio. €. In der Bilanz erhöhten sich entsprechend die Handelsaktiva um 8 Mio. € und die Finanzanlagen um 15 Mio. €, während sich die Verbrieften Verbindlichkeiten um 28 Mio. € reduzierten.

Mit dem überarbeiteten, retrospektiv anzuwendenden Standard IAS 19 wurde das bisherige Wahlrecht bezüglich der Darstellung der Neubewertungen aus Pensionsverpflichtungen, die aus der Abweichung zwischen den versicherungsmathematischen Annahmen zu Jahresbeginn und der tatsächlichen Entwicklung während des Geschäftsjahres sowie der Aktualisierung der Bewertungsparameter zum Geschäftsjahresende resultieren, abgeschafft. Sie sind nunmehr zwingend vollständig und unmittelbar bei Entstehung erfolgsneutral im Eigenkapital auszuweisen. Dies entspricht der bereits angewendeten Vorgehensweise der Helaba, so dass diesbezüglich keine Anpassung erforderlich war.

Darüber hinaus ersetzt der neue Standard den Zinsaufwand aus leistungsorientierten Verpflichtungen sowie die erwarteten Erträge aus Planvermögen durch einen Nettozinsaufwand beziehungsweise -ertrag. Dieser ist durch Verzinsung der Nettoschuld beziehungsweise des Nettovermögens (leistungsorientierte Verpflichtung abzüglich Planvermögen) mit einem einheitlichen Diskontierungszins zu ermitteln. Der sich hieraus für 2012 ergebende Mehrertrag wurde aufgrund eines vorhandenen Asset Ceilings nahezu vollständig kompensiert, so dass auf eine Anpassung der Vorjahreswerte verzichtet wurde. Die im Vorjahr unter den Zinserträgen ausgewiesenen erwarteten Erträge aus Planvermögen in Höhe von 10 Mio. € wurden zwecks Nettoausweis zu den Zinsaufwendungen umgegliedert (siehe Anhangangabe (21)).

Eine weitere Änderung durch den neuen Standard betrifft die Rückstellungen für Aufstockungsleistungen im Rahmen von Altersteilzeitvereinbarungen. Diese sind nicht mehr als Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses zu klassifizieren und unmittelbar mit Abschluss der Vereinbarung vollständig zurückzustellen, sondern gemäß IAS 19 ratierlich über den Erdienungszeitraum, in der Regel bis zum Ende der Aktivphase, anzusammeln. Die Effekte aus dieser Änderung lagen unter 1 Mio. €, so dass auf eine Anpassung der Vorjahreszahlen verzichtet wurde.

Mit den Änderungen an IFRS 7: „Finanzinstrumente: Angaben“ – Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten – werden zusätzliche Anhangangaben gefordert, die Investoren einen besseren Vergleich zwischen IFRS-Abschlüssen und US GAAP-Abschlüssen ermöglichen sollen. Die zusätzlichen Angaben werden in Anhangangabe (59) bereitgestellt.

Neue Rechnungslegungsvorschriften
Folgende Standards wären nach den Vorschriften des Standardsetzers ebenfalls erstmals im Geschäftsjahr 2013 anzuwenden gewesen; die EU hat jedoch im Rahmen der Übernahme die verpflichtende Erstanwendung auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen, verschoben. Die Helaba hat diese Standards im Geschäftsjahr 2013 nicht angewendet.

- IFRS 10: „Konzernabschlüsse“,
- IFRS 11: „Gemeinsame Vereinbarungen“,
- IFRS 12: „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“,
- Änderungen an IAS 27: „Einzelabschlüsse“,
- Änderungen an IAS 28: „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“,
- Änderungen an IFRS 10: „Konzernabschlüsse“, IFRS 11: „Gemeinsame Vereinbarungen“ und IFRS 12: „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“ – Übergangsleitlinien.

Das IASB hat am 12. Mai 2011 IFRS 10 „Konzernabschlüsse“, IFRS 11 „Gemeinsame Vereinbarungen“ und IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“ herausgegeben. IFRS 10 „Konzernabschlüsse“ ist das Ergebnis des Konsolidierungsprojekts des IASB und ersetzt die Konsolidierungsleitlinien im bisherigen IAS 27 „Konzern- und Einzelabschlüsse“ und SIC 12 „Konsolidierung – Zweckgesellschaften“. Die neuen Standards waren nach den Vorschriften des Standardsetzers erstmals für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen, anzuwenden. Die EU hat jedoch im Rahmen der Übernahme die verpflichtende Erstanwendung auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen, verschoben. Nach den Vorschriften des IFRS 10 beherrscht ein Investor ein Beteiligungsunternehmen, wenn er die relevanten Tätigkeiten bestimmt, variablen Rückflüssen aus der Verbindung mit dem Beteiligungsunternehmen ausgesetzt ist und die Möglichkeit hat, diese Rückflüsse durch seine Beherrschungsmöglichkeit an dem Beteiligungsunternehmen zu beeinflussen. Die Beherrschung ist auf der Grundlage aller gegenwärtigen Tatsachen und Umstände festzustellen und bei Änderungen der Gegebenheiten zu überprüfen. Bei der Erstanwendung werden einerseits für einzelne nach dem derzeitigen SIC 12 konsolidierungspflichtige Gesellschaften, bei denen die überwiegenden Chancen und Risiken aus Finanzierungen beim Helaba-Konzern liegen, nicht mehr im Konsolidierungskreis enthalten sein. Andererseits führen bei bislang nicht nach SIC 12 konsolidierungspflichtigen Gesellschaften Einflussmöglichkeiten aus vertraglichen Regelungen und eine Beurteilung von Principal-Agent-Beziehungen zu Konsolidierungspflichten. Die Auswirkungen auf die Konzernbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung können erst nach Vorliegen der Konzernzumeldungen konkret beziffert werden. Insgesamt ist ein positiver Eigenkapitaleffekt zu erwarten. Nach derzeitigem Stand der Analyse scheiden 14 Zweckgesellschaften beziehungsweise diese vermittelnde Holdinggesellschaften aus dem Konsolidierungskreis aus und sind 22 Objektgesellschaften beziehungsweise diese vermittelnde Holdinggesellschaften sowie eine Funding-Gesellschaft eines Verbriefungsvehikels erstmalig zu konsolidieren.

Die Änderungen an IAS 36 „Wertminderung von Vermögenswerten“ – Angaben zum erzielbaren Betrag bei nicht finanziellen Vermögenswerten –, die erst für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen, verpflichtend anzuwenden sind und die von der EU bereits übernommen worden sind, wurden von der Helaba vorzeitig angewendet. Die Änderungen korrigieren die durch IFRS 13 „Bemessung des beizulegenden Zeitwerts“ eingeführte Angabevorschrift, den erzielbaren Betrag jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit anzugeben, der ein bedeutender Geschäfts- oder Firmenwert oder bedeutende immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer zugeordnet sind. Durch diese Änderungen soll zum einen klargestellt werden, dass diese Angabe nur für solche zahlungsmittelgenerierende Einheiten anzugeben ist, für die in der laufenden Berichtsperiode eine Wertminderung oder Wertaufholung erfasst wurde. Zum anderen führt der Änderungsstandard neue Abgabepflichten ein, die zu erfüllen sind, wenn eine Wertminderung oder Wertaufholung eines Vermögenswerts oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit vorliegt und der erzielbare Betrag auf Grundlage des beizulegenden Zeitwerts abzüglich der Kosten der Veräußerung bestimmt wurde.

Die übrigen vom IASB beziehungsweise IFRIC verabschiedeten Standards und Interpretationen, die erst zum Teil von der EU übernommen worden sind und erst in späteren Geschäftsjahren verpflichtend anzuwenden sind, wurden nicht vorzeitig angewendet. Eine vorzeitige Anwendung ist auch nicht beabsichtigt. Sie werden mit Ausnahme von IFRS 9 „Finanzinstrumente“ voraussichtlich keine oder nur unwesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

Das IASB hat am 12. November 2009 einen neuen International Financial Reporting Standard (IFRS 9) zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten herausgegeben und am 28. Oktober 2010 um Vorschriften zur Bilanzierung finanzieller Verbindlichkeiten ergänzt. Am 19. November 2013 hat das IASB die Vorschriften des IFRS 9 um ein neues Modell für die allgemeine Sicherungsbilanzierung ergänzt. Die Veröffentlichungen stellen den Abschluss von Phase 1 (Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten) und Phase 3 (Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen) eines dreiphasigen Projekts zur Ersetzung von IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung" durch einen neuen Standard dar. Das IASB beabsichtigt, IFRS 9 um neue Vorschriften für Wertminderungen (Phase 2) zu ergänzen. Zusätzlich sind begrenzte Änderungen der Vorschriften zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten (Phase 1) geplant. In der Sitzung des IASB im Februar 2014 wurde vorläufig entschieden, den Erstanwendungszeitpunkt auf Geschäftsjahre beginnend am oder nach dem 1. Januar 2018 festzulegen.

Ausweis- und Schätzungsänderungen, Fehlerkorrekturen
Um den aktuellen Marktentwicklungen Rechnung zu tragen, wurde die Diskontierung von OTC-Derivaten auf die Overnight-Index-Swap-Kurve (OIS) umgestellt. Für die unbesicherten Derivate wurden zudem die Finanzierungskosten (Funding) in der Bewertung berücksichtigt. Hinsichtlich der Finanzierungskosten wurde dabei die Bewertungsdifferenz zwischen einer Diskontierung auf Basis der 3er-Interbankenswapkurve und der jeweiligen OIS-Kurve angesetzt. Die Verfeinerung der Bewertung schlägt sich in einem Ergebniseffekt von –39 Mio. € im Handelsergebnis nieder sowie in einer Reduzierung der Handelsaktiva in gleicher Höhe. Technisch erfolgte die Umstellung in zwei Schritten, weshalb im Halbjahresabschluss 2013 noch kein signifikanter Umstellungseffekt aufgetreten war.

Aufgrund veränderter Volumina hat die Bank den Ausweis von Ausgleichszahlungen aus Zinsbegrenzungsvereinbarungen (Caps/Floors) einschließlich der hierauf entfallenden Zinsabgrenzungen angepasst, um den engen wirtschaftlichen Zusammenhang zwischen Grundgeschäften mit Zinsbegrenzungsvereinbarungen und korrespondierenden Sicherungsgeschäften mit Zinsbegrenzungsvereinbarungen zu dokumentieren. In Vorjahren wurde das Grundgeschäft im Zinsergebnis erfasst, während die Ausgleichszahlung sowie die Zinsabgrenzung aus dem Sicherungsgeschäft im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option gezeigt wurden. Im Geschäftsjahr 2013 werden die Ausgleichszahlungen sowie die Zinsabgrenzung aus dem Sicherungsgeschäft erstmals im Zinsergebnis ausgewiesen. Der Ausweis im Vorjahr wurde entsprechend angepasst (siehe Anhangangaben (21), (25), (32) und (64)).

Im Vorjahr wurden im Provisionsüberschuss 4 Mio. € Ertrag ausgewiesen, die in das Handelsergebnis umgegliedert wurden (siehe Anhangangaben (23), (24), (32) und (64)).

Aus den oben genannten Anpassungen von Vorjahreszahlen ergaben sich keine Auswirkungen auf das Konzernergebnis und auf das Eigenkapital. Die Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung des Vorjahres sind in der folgenden Tabelle zusammengefasst:

in Mio. €

	2012 korrigiert	Anpassung	2012 berichtet
Zinserträge	5.496	–	5.496
Zinsaufwendungen	–4.341	10	–4.351
Zinsüberschuss	**1.155**	**10**	**1.145**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–238	–	–238
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	**917**	**10**	**907**
Provisionserträge	430	–4	434
Provisionsaufwendungen	–171	–	–171
Provisionsüberschuss	**259**	**–4**	**263**
Handelsergebnis	415	4	411
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option	–124	–10	–114
Ergebnis vor Steuern	**512**	**–**	**512**

Grundlagen der Bilanzierung und Bewertung

Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going Concern). Die im Rahmen der Vollkonsolidierung und Equity-Bewertung einbezogenen Unternehmen haben grundsätzlich ebenso wie die Helaba ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2013 aufgestellt. Auch in den überwiegend Investmentvermögen betreffenden Ausnahmen erfolgte eine Einbeziehung mit den Werten vom 31. Dezember 2013. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden konzerneinheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewendet, sofern nichts anderes angegeben ist. Die Ausübung von Wahlrechten wird in den folgenden Anhangangaben erläutert.

Ein Vermögenswert wird in der Bilanz angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass der künftige wirtschaftliche Nutzen dem Unternehmen zufließen wird und wenn eine verlässliche Bewertung möglich ist. Eine Schuld wird angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass eine gegenwärtige Verpflichtung künftig zu einem Abfluss von wirtschaftlichen Ressourcen führt, und wenn der Erfüllungsbetrag verlässlich bewertet werden kann. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten, sofern nicht ein anderer Wert vorgeschrieben ist. Erträge und Aufwendungen werden abgegrenzt und somit der Periode zugerechnet, der sie wirtschaftlich zuzuordnen sind.

Die im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, wie Planungen, Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich insbesondere im Zusammenhang mit der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Wertminderungen von Vermögenswerten inklusive Geschäfts- oder Firmenwerten und sonstigen immateriellen Vermögenswerten, der Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlich-

keiten, dem Ansatz von aktiven latenten Steuern sowie den Rückstellungen und sonstigen Verpflichtungen. Diese Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden im Folgenden dargestellt.

(2) Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis des Helaba-Konzerns umfasst neben der Helaba als Mutterunternehmen insgesamt 123 (2012: 118) Unternehmen. Es werden 91 (2012: 91) Gesellschaften durch Vollkonsolidierung und 32 (2012: 27) Gesellschaften im Wege der At-Equity-Bewertung in den Konzern einbezogen. Bei den vollkonsolidierten Gesellschaften handelt es sich um Tochterunternehmen und Zweckgesellschaften, darunter auch Investmentvermögen.

Bei 51 Tochterunternehmen, 19 gemeinschaftlich geleiteten und 15 assoziierten Unternehmen, die für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Helaba-Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind, wird auf eine Einbeziehung in den Konzernabschluss verzichtet. Die Anteile an diesen Unternehmen werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen sind in Anhangangabe (86) aufgeführt. Diese Aufstellung enthält auch Erläuterungen hinsichtlich einer im Vergleich zu einer von den Stimmrechten indizierten abweichenden Klassifizierung als Tochter-, Gemeinschafts- beziehungsweise assoziiertes Unternehmen.

Die Veränderungen im Konsolidierungskreis während des Geschäftsjahres resultieren überwiegend aus neuen Tochtergesellschaften der Bank.

Veränderungen im Kreis der vollkonsolidierten Unternehmen

Zugänge	
Aeskulap Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Die im Vorjahr gegründete Gesellschaft ist nach Aufnahme der Geschäftstätigkeit im Juni 2013 nicht mehr unwesentlich.
HI-HTNW Fonds, Frankfurt am Main	Auflegung des Wertpapiersondervermögens im März 2013
HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Konsolidierung der in Vorjahren erworbenen Gesellschaft nach dem Erwerb von Anteilen an der Montindu S.A./N.V., Brüssel
Montindu S.A./N.V., Brüssel, Belgien	Anteilserwerb im Juni 2013
Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Die im Vorjahr erworbene Gesellschaft ist nach Aufnahme der Geschäftstätigkeit im Juni 2013 nicht mehr unwesentlich.
Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG, Kassel	Erwerb der Gesellschaft im Juni 2013
Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Die im Vorjahr gegründete Gesellschaft ist nach Aufnahme der Geschäftstätigkeit im September 2013 nicht mehr unwesentlich.

Die erstmaligen Konsolidierungen der Gesellschaften HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, und Montindu S.A./N.V., Brüssel, im zweiten Quartal sind durch den Erwerb der Anteile an der Immobiliengesellschaft Montindu S.A./N.V., Brüssel, durch die Bank (99,97 %) und die HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH (0,03 %) bedingt. Vor dem Anteilserwerb war die HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH wegen nur untergeordneter Bedeutung nicht in den Konsolidierungskreis einzubeziehen. Bei den übrigen Gesellschaften handelt es sich um Immobilienprojektgesellschaften.

Abgänge	
AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Frankfurt am Main	Eintritt der Unwesentlichkeit nach Abwicklung der Veräußerung der projektierten Immobilie
Arosa Finance Limited, Dublin, Irland	Verminderung des Geschäftsbetriebs im Juli 2013
BGT Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG für Citybauten, Frankfurt am Main	Anwachsung der Gesellschaft auf die Helaba im Dezember 2013
Fellnerstraße 5 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Eintritt der Unwesentlichkeit nach Abwicklung der Veräußerung der projektierten Immobilie
FMZ Fulda Verwaltung GmbH, Fulda	Eintritt der Unwesentlichkeit nach Abwicklung der Veräußerung der projektierten Immobilie
IKT Westhafen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Eintritt der Unwesentlichkeit nach Abwicklung der Veräußerung der projektierten Immobilie
Westhafenkontor GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Eintritt der Unwesentlichkeit nach Abwicklung der Veräußerung der projektierten Immobilie

Aus der Entkonsolidierung der vorgenannten Gesellschaften ergab sich ein negatives Entkonsolidierungsergebnis von weniger als 1 Mio. €.

Veränderungen im Kreis der at Equity bewerteten Unternehmen

Zugänge	
Erste ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im April 2013
Galerie Lippe GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Erwerb im August 2013
GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Siebte Rhein-Main KG, Eschborn	Zugang durch Verschmelzung der GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Vierte Rhein-Main KG im August 2013
Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im September 2013
Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im September 2013
Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im September 2013
OFB & Procom Objekt Neu-Ulm GmbH & Co. KG, Neu-Ulm	Erwerb im Juni 2013
Stresemannquartier GmbH & Co. KG, Berlin	Erwerb im Dezember 2013
Zweite ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im April 2013

Abgänge	
BS Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	Entkonsolidierung der Gesellschaft wegen Unwesentlichkeit
G & O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Entkonsolidierung der Gesellschaft wegen Unwesentlichkeit
gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	Entkonsolidierung der Gesellschaft wegen Unwesentlichkeit
GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Vierte Rhein-Main KG, Eschborn	Verschmelzung auf die GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Siebte Rhein-Main KG im August 2013

Die Abgangserfolge aus der Entkonsolidierung betragen weniger als 1 Mio. € und werden im Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen.

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Die Bilanzierung und Bewertung im Konzernabschluss der Helaba erfolgt bei allen einbezogenen Unternehmen nach konzerneinheitlichen Vorgaben. In den Konzernabschluss sind alle wesentlichen Tochterunternehmen und sonstigen Unternehmen, die von der Helaba mittel- oder unmittelbar beherrscht werden oder bei denen nach den Vorschriften des IAS 27 und SIC 12 eine Zurechnung zum Helaba-Konzern vorzunehmen war, im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen. Für die wesentlichen Gemeinschaftsunternehmen und die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen erfolgt eine Bewertung at Equity gemäß IAS 28. In Einzelfällen, die einzeln und insgesamt betrachtet im Vergleich zu den wirtschaftlichen Verhältnissen des Konzerns von nur untergeordneter Bedeutung sind, wurde von einer Konsolidierung beziehungsweise Bewertung at Equity abgesehen. In diesen Fällen erfolgt der Ausweis der Anteile unter den Finanzanlagen.

Die Jahresabschlüsse der konsolidierten beziehungsweise at Equity bewerteten Unternehmen werden grundsätzlich auf den Stichtag des Jahres- und Konzernabschlusses der Helaba aufgestellt. Nur in wenigen unbedeutenden Ausnahmefällen, die Investmentvermögen betreffen, liegen abweichende Abschlussstichtage vor. Auch in diesen Fällen erfolgte die Berücksichtigung mit Werten zum 31. Dezember 2013.

Die Erstkonsolidierungen erfolgen nach der Erwerbsmethode auf den Stichtag des Anteilserwerbs. Die Bewertung der Vermögenswerte und Schulden erfolgt mit den beizulegenden Zeitwerten auf diesen Erstkonsolidierungszeitpunkt. Verbleibende positive Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung werden als Geschäfts- oder Firmenwert in der Konzernbilanz unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen und mindestens jährlich einem Werthaltigkeitstest unterzogen (siehe Anhangangabe (14)). Aus der Erstkonsolidierung resultierende negative Unterschiedsbeträge sind nach Überprüfung der beizulegenden Zeitwerte erfolgswirksam zu vereinnahmen.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie Gesamtergebnisrechnung als auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital beziehungsweise konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis ausgewiesen. Anteile anderer Gesellschafter werden bei Zugang auf Grundlage der Zeitwerte der ihnen zugeordneten Vermögenswerte und Schulden ermittelt.

Im Fall eines sukzessiven Anteilserwerbs wird die Gesellschaft ab dem Zeitpunkt der Erlangung der Beherrschung vollkonsolidiert. Die Anteile, die vor Erlangung der Beherrschung erworben wurden (Altanteile), werden zum Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und der Kapitalkonsolidierung zugrunde gelegt. Die Differenz zwischen dem Buchwert der Altanteile und dem beizulegenden Zeitwert ist, gegebenenfalls nach Recycling erfolgsneutraler Buchwertbestandteile aus der Fortschreibung eines Equity-Werts oder der bisher erfolgsneutralen Bewertung aufgrund der Zuordnung zur Bewertungskategorie AfS, erfolgswirksam zu erfassen.

Entfällt eine Einbeziehungspflicht für bislang konsolidierte beziehungsweise at Equity bewertete Unternehmen, so erfolgt auf den Stichtag, an dem die konsolidierungspflichtigen Anteile abgehen beziehungsweise der Beherrschungstatbestand entfällt, eine erfolgswirksame Entkonsolidierung. Der Ansatz der verbliebenen Anteile nach IAS 39 oder im Rahmen einer Bewertung at Equity erfolgt dabei zum beizulegenden Zeitwert.

Sind Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- oder assoziierten Unternehmen zum kurzfristigen Verkauf bestimmt und liegen die sonstigen Voraussetzungen vor, so erfolgt eine Bewertung nach IFRS 5 und der Ausweis der Vermögenswerte, Schulden und Erfolgsbeiträge in separaten Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung.

Zwischen konsolidierten Unternehmen bestehende konzerninterne Salden sowie entstandene Erträge und Aufwendungen werden im Wege der Schulden- beziehungsweise Erfolgskonsolidierung eliminiert. Zwischenerfolge aus Transaktionen zwischen einbezogenen Unternehmen werden ebenfalls eliminiert.

Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen werden vom Zeitpunkt der Erlangung eines maßgeblichen Einflusses beziehungsweise bei Vorliegen der gemeinschaftlichen Führung zu den Anschaffungskosten des Konzerns in der Konzernbilanz angesetzt. Der bilanzierte Equity-Wert wird in den Folgejahren unter Berücksichtigung der Amortisierung von identifizierten stillen Reserven und Lasten um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen fortgeschrieben. Das anteilige Jahresergebnis des Beteiligungsunternehmens wird als Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Liegt der erzielbare Betrag der Anteile an einem at Equity bewerteten Unternehmen unter dem bisherigen Bilanzansatz, werden sie abgeschrieben. Wertaufholungen erfolgen bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung durch Zuschreibungen bis maximal zur Höhe des fortgeführten Equity-Werts (ohne Geschäfts- oder Firmenwert). Wertminderungen und Wertaufholungen werden erfolgswirksam im Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen erfasst.

(4) Finanzinstrumente

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente in der Bilanz anzusetzen. Die Erstbewertung erfolgt zu Anschaffungskosten, die dem Gegenwert der hingegebenen beziehungsweise erhaltenen Vermögenswerte zum Zeitpunkt des Erwerbs entsprechen. Transaktionskosten werden grundsätzlich als Anschaffungsnebenkosten berücksichtigt. Der Ansatz erfolgt bei Kassageschäften von nicht derivativen Finanzinstrumenten zum Erfüllungstag und bei derivativen Finanzinstrumenten zum Handelstag.

Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte aus dem Vermögenswert erloschen sind oder in der Weise übertragen wurden, dass die Chancen und Risiken im Wesentlichen übergegangen sind, beziehungsweise wenn die Kontrolle oder Verfügungsmacht übertragen wurde. Finanzielle Verpflichtungen werden bei erfolgter Tilgung ausgebucht.

Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen richtet sich danach, welchen Kategorien nach IAS 39 sie zum Zeitpunkt ihres Erwerbs zugeordnet wurden:

Kredite und Forderungen (LaR)
Als Kredite und Forderungen (LaR) werden alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte kategorisiert, die mit festen oder bestimmbaren Zahlungen ausgestattet und nicht an einem aktiven Markt notiert sind, es sei denn, sie werden bei Zugang in die Kategorie Finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (aFV), designiert. Auch Wertpapiere mit festen oder bestimmbaren Zahlungen, für die kein aktiver Markt besteht, können als LaR kategorisiert werden.

Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Bestehende Agien beziehungsweise Disagien werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit verteilt (Amortisation) und erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst. Die Buchwerte von Finanzinstrumenten der Kategorie LaR werden in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden unter den sonstigen Aktiva gezeigt.

Im Rahmen des Hedge Accounting werden die Buchwerte von Forderungen, die Grundgeschäfte von Mikro Fair Value Hedges sind, um die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte angepasst.

Bezüglich der Berücksichtigung von Risiken aus dem Kreditgeschäft wird auf Anhangangabe (11) verwiesen.

Finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (aFV)
Innerhalb dieser Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder zu Handelszwecken gehalten werden (HfT) oder für die im Zugangszeitpunkt unwiderruflich von der Fair Value-Option (FVO) Gebrauch gemacht wird. Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Transaktionskosten werden sofort erfolgswirksam erfasst. Derivative Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente designiert werden, sind immer der Bewertungskategorie HfT zugeordnet.

Bei den zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten besteht die Absicht, Gewinne aus kurzfristigen Schwankungen des Preises oder aus der Händlermarge zu erzielen. Sie werden unter den Handelsaktiva oder Handelspassiva ausgewiesen. Die Aufwendungen und Erträge aus zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten werden vollständig im Handelsergebnis ausgewiesen. Nicht zu Handelszwecken gehaltene derivative Finanzinstrumente werden als positive oder negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten ausgewiesen.

Die FVO wird überwiegend für wirtschaftliche Sicherungsbeziehungen von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Rahmen der Hedge-Management-Strategie angewendet, für die keine Mikro-Hedge-Beziehung gemäß IAS 39 dokumentiert ist. Die FVO wird auch für Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten genutzt. Darüber hinaus designiert die Helaba finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die als Einheit (Portfolio) im Rahmen einer dokumentierten Risikomanagementstrategie zum beizulegenden Zeitwert gesteuert werden. Der Ausweis nicht derivativer Finanzinstrumente, für die die FVO ausgeübt wird, erfolgt in dem jeweiligen Bilanzposten, der auch ohne Designation genutzt worden wäre. Zinsen (inklusive amortisierter Agien beziehungsweise Disagien) und Dividenden der designierten Finanzinstrumente sind im Zinsüberschuss enthalten. Das Bewertungs- und das Veräußerungsergebnis werden im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option ausgewiesen.

Bei zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten können Differenzen zwischen dem Transaktionspreis und dem beizulegenden Zeitwert (Day-One Profit or Loss) auftreten. Der Day-One Profit or Loss wird im Regelfall sofort ergebniswirksam vereinnahmt. Sofern die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts auf nicht beobachtbaren Bewertungsparametern beruht, ist der Day-One Profit or Loss über die Laufzeit in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte (HtM)
Eine Einstufung in die Kategorie HtM erfordert feste oder bestimmbare Zahlungen sowie eine feste Laufzeit der nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte. Des Weiteren müssen diese Finanzinstrumente mit der Absicht und der Fähigkeit erworben werden, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Im Helaba-Konzern sind keine Finanzinstrumente dieser Kategorie zugeordnet.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS)
Die Kategorie AfS beinhaltet alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die nicht bereits einer der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Bei der Helaba handelt es sich insbesondere um Schuldverschreibungen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie um Beteiligungen. Finanzinstrumente der Kategorie AfS werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert. Sofern dieser bei Eigenkapitalinstrumenten nicht verlässlich ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen. Dies ist dann der Fall, wenn weder Preise von aktiven Märkten vorliegen noch die für Bewertungsmodelle relevanten Faktoren zuverlässig bestimmbar sind. Bei angekauften Ansprüchen aus Kapitallebensversicherungsverträgen erfolgt eine Bewertung auf Basis des von der Versicherungsgesellschaft mitgeteilten Rückkaufswerts, der um Einzahlungen und andere Wertänderungen bis zum Bilanzstichtag fortgeschrieben wird.

Das Ergebnis aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert wird – nach Berücksichtigung latenter Steuern – erfolgsneutral in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Neubewertungsrücklage) ausgewiesen. Bei Anwendung von Hedge Accounting wird der Teil des Bewertungsergebnisses, der auf das abgesicherte Risiko entfällt, im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Bei bonitätsinduzierten Wertminderungen (Impairment), die dazu führen, dass der beizulegende Zeitwert voraussichtlich dauerhaft unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegen wird, wird die Neubewertungsrücklage um den Wertminderungsbetrag angepasst und im Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden erfolgswirksam, Wertaufholungen bei zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten hingegen

erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Zuschreibungen auf zu Anschaffungskosten bewertete Eigenkapitalinstrumente werden nicht vorgenommen. Die Kriterien für das Vorliegen einer Wertminderung bestehen aus einer Zeit- und einer Wertveränderungskomponente.

Die Zinserträge aus Wertpapieren einschließlich amortisierter Agien und Disagien sowie Dividendenerträge aus Aktien oder Beteiligungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Bei einer Veräußerung eines finanziellen Vermögenswerts wird das in der Neubewertungsrücklage bilanzierte kumulierte Bewertungsergebnis aufgelöst und im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

Finanzielle Verbindlichkeiten (OL)
Diese Kategorie beinhaltet finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht der Kategorie aFV zugeordnet sind. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien beziehungsweise Disagien werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit verteilt (Amortisation) und erfolgswirksam im Zinsergebnis berücksichtigt. Der Ausweis der Buchwerte erfolgt in den Bilanzposten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, Verbriefte Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden unter den sonstigen Passiva ausgewiesen.

Im Rahmen des Hedge Accounting werden die Buchwerte von Verbindlichkeiten, die Grundgeschäfte von Mikro Fair Value Hedges sind, um die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte angepasst.

(5) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen

IAS 39 beinhaltet umfassende Regelungen für die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen, das heißt für die Bilanzierung von Sicherungsinstrumenten (insbesondere Derivaten) und den durch sie abgesicherten Grundgeschäften.

Der Helaba-Konzern schließt Derivate sowohl zu Handelszwecken als auch zu Sicherungszwecken ab. Werden Derivate nachweislich zur Absicherung von Risiken aus Nichthandelsgeschäften, die nicht der Kategorie aFV zugeordnet sind, eingesetzt, lässt IAS 39 unter bestimmten Voraussetzungen die Anwendung spezieller Regelungen zur Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) zu.

Zu Beginn der Sicherungsbeziehung sind sowohl die Sicherungsbeziehung als auch die Risikomanagementziele und -strategien des Konzerns sowie die Methode zur prospektiven und retrospektiven Effektivitätsmessung im Hinblick auf die Sicherungsbeziehung zu dokumentieren. Insbesondere sind das abzusichernde Grundgeschäft, das abzusichernde Risiko und das Sicherungsinstrument eindeutig zu benennen.

Darüber hinaus verlangt IAS 39 einen effektiven Sicherungszusammenhang. Hierzu wird die Effektivität der Sicherungsbeziehungen regelmäßig überwacht. Eine Sicherungsbeziehung wird als effektiv betrachtet, wenn sowohl im Zeitpunkt der Designation als auch während der Laufzeit der Sicherungsbeziehung die Wertänderungen des Grundgeschäfts durch die des Sicherungsinstrumentes in hohem Maße kompensiert werden (prospektiver Effektivitätstest oder Effektivitätsvermutung) und sich die aktuellen Bewertungsergebnisse in einer Spannbreite zwischen 80 % und 125 % bewegen (retrospektiver Effektivitätstest). Ist eine Sicherungsbeziehung nicht mehr effektiv,

wird sie aufgelöst. Verbleibt nach Beendigung einer Sicherungsbeziehung das Grundgeschäft in der Bilanz, erfolgt eine Amortisation der während der Sicherung vorgenommenen Buchwertanpassungen des zinstragenden Grundgeschäfts über dessen verbleibende Restlaufzeit im Zinsergebnis.

Der Helaba-Konzern nutzt das Mikro Fair Value Hedge Accounting, um zinsinduzierte Marktpreisänderungen der gesicherten Grundgeschäfte durch Wertänderungen aus Sicherungsderivaten auszugleichen. Einem solchen zinsinduzierten Marktpreisrisiko unterliegen insbesondere die Emissions- und Kreditgeschäfte des Konzerns und die Wertpapiere des Liquiditätsanlageportfolios, sofern es sich um festverzinsliche Titel handelt. Als Sicherungsinstrumente werden ausschließlich Zinsswaps und Zinswährungsswaps genutzt, die den Anforderungen des Hedge Accounting genügen.

Gemäß den Regelungen des Fair Value Hedge Accounting werden die zur Absicherung eingesetzten derivativen Finanzinstrumente zum beizulegenden Zeitwert bilanziert und unter den Bilanzposten Positive beziehungsweise Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten ausgewiesen. Bei Grundgeschäften, die ohne Hedge Accounting zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bilanzieren wären, führen die Wertänderungen des Grundgeschäfts, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, zu einer entsprechenden Buchwertanpassung. Diese auf das gesicherte Risiko entfallende Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Grundgeschäftes wird zusammen mit der gegenläufigen Änderung des Sicherungsinstruments erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Cashflow Hedges werden nur von einer vollkonsolidierten Zweckgesellschaft und einem assoziierten Unternehmen genutzt, die beide im Immobiliensektor tätig sind. Durch den Einsatz von Zinsswaps erfolgt die Absicherung gegen Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme, die aus der Zinsanpassung von Verbindlichkeiten resultieren können. Der effektive Teil der Fair Value-Änderung des Sicherungsinstruments wird dabei erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst; der ineffektive Teil wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Die Absicherung von Fremdwährungsrisiken erfolgt mittels nicht derivativer Finanzinstrumente für Beteiligungen der Kategorie AfS und für eine Nettoinvestition in eine ausländische Teileinheit. Der Gewinn beziehungsweise Verlust aus der Währungsumrechnung des Sicherungsgeschäfts wird erfolgsneutral behandelt und in der Rücklage aus der Währungsumrechnung ausgewiesen.

Positive und negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten
Unter diesem Posten werden im Helaba-Konzern Derivate ausgewiesen, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden. Hierunter fallen auch Derivate, die als Sicherungsinstrumente für einen Mikro Fair Value Hedge designiert sind. Darüber hinaus werden in diesem Posten derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Managementes zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nach IAS 39 nicht dokumentiert ist (ökonomische Hedges). Positive Marktwerte werden auf der Aktivseite und negative Marktwerte werden auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Die Bewertungsergebnisse der Derivate, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden, werden in Abhängigkeit von ihrer Verwendung im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) oder im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option erfasst. Die laufenden Erträge und Aufwendungen aus diesen Derivaten werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

(6) Strukturierte Produkte

Als strukturierte Produkte werden Verträge bezeichnet, die sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen. Ein eingebettetes Derivat ist integraler Bestandteil des strukturierten Produkts und kann nicht separat gehandelt werden.

IAS 39 sieht unter bestimmten Voraussetzungen vor, eingebettete Derivate für Bilanzierungszwecke aus den zugehörigen Basisverträgen herauszulösen und als freistehende Derivate zu behandeln, soweit nicht das gesamte strukturierte Produkt erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird.

Im Helaba-Konzern werden trennungspflichtige Finanzinstrumente, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, jeweils separat bilanziert oder es wird die FVO für das strukturierte Produkt genutzt.

(7) Finanzgarantien

Eine Finanzgarantie ist ein Vertrag, bei dem der Garantiegeber zur Leistung einer bestimmten Zahlung verpflichtet ist, die den Garantienehmer für einen Verlust entschädigt, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seine vertraglichen Zahlungsverpflichtungen eines Schuldinstruments nicht vertragsgemäß erfüllt. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses wird die Verpflichtung aus einer Finanzgarantie erfasst. Dabei erfolgt der Ansatz einer Finanzgarantie bei der Helaba (Garantiegeber) zum beizulegenden Zeitwert, der bei Ausgeglichenheit der zu erwartenden Leistungen (Verpflichtungsbarwert) und Gegenleistungen in Form von ratierlichen, nachschüssigen und marktgerechten Prämienzahlungen (Prämienbarwert) dem Wert null entspricht. Im Rahmen der Folgebewertung wird für drohende Verluste aus einer Inanspruchnahme aus der Finanzgarantie eine Rückstellung gebildet.

Darüber hinaus werden Finanzgarantien, für die im Zugangszeitpunkt die FVO ausgeübt wurde, sowohl im Rahmen der Zugangsbewertung als auch im Rahmen der Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Die Bewertungsergebnisse werden im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO ausgewiesen.

(8) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

Der Helaba-Konzern tritt im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften sowohl als Pensionsgeber (**Repo-Geschäfte**) als auch als Pensionsnehmer (Reverse-Repo-Geschäfte) auf.

Siehe Glossar S. 206

Repo-Geschäfte sind Verträge, bei denen ein Pensionsgeber ihm gehörende Wertpapiere an einen Pensionsnehmer gegen Zahlung eines bestimmten Betrags überträgt. Gleichzeitig wird vereinbart, dass der Pensionsnehmer die an ihn übertragenen oder gleichartige Wertpapiere zu einem festgelegten späteren Zeitpunkt gegen Zahlung eines im Voraus vereinbarten Entgelts an den Pensionsgeber zurückübertragen muss.

Aufgrund der unbedingten Verpflichtung zur Rückübertragung der Wertpapiere durch den Pensionsnehmer kommt es zu keinem bilanziellen Abgang der Wertpapiere beim Pensionsgeber und die Wertpapiere werden weiterhin in der Konzernbilanz entsprechend ihrer Bewertungskategorie gemäß IAS 39 bewertet und unter den Handelsaktiva oder innerhalb des Finanzanlagebestands ausgewiesen. Entsprechend werden die im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften vom Helaba-Konzern in Pension genommenen Wertpapiere nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen, da es wirtschaftlich zu keinem Zugang kommt.

Sofern Repo-Geschäfte zu Handelszwecken abgeschlossen werden, wird die zufließende Liquidität als Verbindlichkeit unter den Handelspassiva ausgewiesen und zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Dabei wird der Unterschiedsbetrag zwischen erhaltener Zahlung und Rückzahlungsverpflichtung als Bestandteil des Bewertungsergebnisses im Handelsergebnis erfasst. Offenmarktgeschäfte, bei denen die Liquiditätssteuerung im Vordergrund steht, werden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bilanziert. Die vereinbarten Zinszahlungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Im umgekehrten Fall werden Liquiditätsabflüsse aus Reverse-Repo-Geschäften, sofern sie mit Handelsabsicht getätigt werden, als Forderungen innerhalb der Handelsaktiva bilanziert und entsprechend bewertet. Die Bewertungsergebnisse werden, wie bei den Repo-Geschäften, entsprechend der Zweckbestimmung im Handelsergebnis erfasst.

Von den echten Wertpapierpensionsgeschäften sind Wertpapierleihegeschäfte abzugrenzen, bei denen der Helaba-Konzern sowohl als Verleiher als auch als Entleiher von Wertpapieren auftritt.

Hierbei werden Wertpapiere für einen begrenzten Zeitraum verliehen, wobei sich der Entleiher verpflichtet, mit Fristablauf Wertpapiere gleicher Art, Güte und Menge an den Verleiher zurückzuübertragen. Es handelt sich mithin um ein Sachdarlehen gemäß § 607 BGB. Während verliehene Wertpapiere beim Verleiher weiterhin im Wertpapierbestand (Handelsaktiva, Finanzanlagen) ausgewiesen und gemäß der zugeordneten Bewertungskategorie bewertet werden, erfolgt keine Bilanzierung und Bewertung entliehener Wertpapiere beim Entleiher.

Für Wertpapierleihegeschäfte gestellte Barsicherheiten werden unter den Forderungen, erhaltene Barsicherheiten unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen. Vom Helaba-Konzern gestellte Wertpapiersicherheiten werden weiterhin nach der ursprünglich gewählten Bilanzierungsmethode bilanziert.

Erträge und Aufwendungen aus Wertpapierleihegeschäften werden, sofern sie zu Handelszwecken abgeschlossen werden, im Handelsergebnis ausgewiesen. Ansonsten erfolgt der Ausweis im Zinsergebnis.

Aus Leerverkäufen von entliehenen Wertpapieren resultierende Verbindlichkeiten werden unter den Handelspassiva zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen.

(9) Bilanzierung von Leasingverhältnissen

Ein Leasinggeschäft wird als Operating-Leasingverhältnis klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand bei dem Leasinggeber liegen. Demgegenüber sind solche Leasinggeschäfte, bei denen im Wesentlichen alle Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer übertragen werden, als Finanzierungsleasing einzustufen.

Der Konzern als Leasinggeber
Soweit im Helaba-Konzern Operating-Leasinggeschäfte betrieben werden, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen und, im Fall von Grundstücken und Gebäuden, unter den als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt nach den dort beschriebenen Grundsätzen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Wenn der Leasingvertrag als Finanzierungsleasing klassifiziert ist, wird eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswerts zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gegenüber dem Leasingnehmer unter den Posten Forderungen an Kunden oder Forderungen gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgespalten. Der Zinsanteil wird im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Der Konzern als Leasingnehmer
Die gezahlten Leasingraten aus Operating-Leasingverhältnissen werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Vertragliche Vereinbarungen, die als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind, bestanden im Geschäftsjahr nicht.

(10) Währungsumrechnung

Die Umrechnung von Fremdwährungsgeschäften in den Abschlüssen der einbezogenen Unternehmen sowie die Umrechnung der Abschlüsse von ausländischen Geschäftsbetrieben mit einer von der Berichtswährung abweichenden funktionalen Währung erfolgen nach den Regelungen des IAS 21.

Sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie zum beizulegenden Zeitwert bewertete Eigenkapitalinstrumente (Aktien, Beteiligungen) in Fremdwährung werden zum Stichtagskurs umgerechnet. Nicht monetäre zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Posten (zum Beispiel Sachanlagen) werden mit dem Kurs zum Zugangszeitpunkt umgerechnet. Währungsumrechnungsdifferenzen werden, mit Ausnahme der aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten resultierenden Differenzen, in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Zur Umrechnung von in Fremdwährung aufgestellten Abschlüssen einbezogener Geschäftsbetriebe (Tochterunternehmen, Niederlassungen) wird zunächst mittels der Zeitbezugsmethode von der Fremdwährung in die funktionale Währung umgerechnet, sofern diese Währungen voneinander abweichen. Anschließend erfolgt die Umrechnung in die Berichtswährung (Euro) gemäß der modifizierten Stichtagskursmethode. Hierbei werden sämtliche monetären und nicht monetären Vermögenswerte und Schulden unter Verwendung des EZB-Referenzkurses des Bilanzstichtags in die Berichtswährung umgerechnet. Erträge und Aufwendungen der Berichtsperiode werden zum Periodendurchschnittskurs umgerechnet. Alle sich hieraus ergebenden Währungsumrechnungsdifferenzen werden bis zum Abgang oder zur Einstellung des ausländischen Geschäftsbetriebs in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Rücklage aus der Währungsumrechnung) ausgewiesen.

(11) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft wird durch Bildung von Einzelwertberichtigungen, pauschalierten Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen.

Im Helaba-Konzern wird zu jedem Bilanzstichtag eine Überprüfung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten der Kategorie LaR, die unter den Forderungen ausgewiesen werden, vorgenommen. Dabei unterliegen alle signifikanten Forderungen einer Einzelfallbetrachtung. Liegt ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vor, erfolgt eine Ermittlung des Wertberichtigungsbedarfs.

Wesentliche Hinweise für das Vorliegen einer Wertminderung sind beispielsweise:

- Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen,
- ungeregelte Überziehung für mehr als 90 Tage,
- bonitätsbedingte Restrukturierung,
- Zwangsvollstreckungsmaßnahmen,
- Vorliegen der Voraussetzung auf Antrag oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens,
- Vorliegen von Stundungsmaßnahmen.

Die Bildung einer Wertberichtigung ist erforderlich, wenn es wahrscheinlich ist, dass nicht alle vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungsleistungen erbracht werden können. Die Höhe der Einzelwertberichtigung ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem erzielbaren Betrag der Forderung. Der erzielbare Betrag entspricht dem Barwert der erwarteten Cashflows, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der Verwertung von Sicherheiten. Zur Diskontierung der erwarteten Cashflows wird der ursprüngliche Effektivzinssatz der Forderung herangezogen; bei Forderungen mit variablen Zinssätzen wird der aktuelle Zinssatz verwendet.

Bei unveränderten Zahlungserwartungen ergibt sich durch Zeitablauf eine Barwertänderung (Unwinding). Das Unwinding ist Bestandteil des Zinsertrags. Eine Zuführung oder Auflösung einer Einzelwertberichtigung wird als Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Sie resultiert aus seit dem letzten Bilanzstichtag eingetretenen Cashflows, die in ihrer Höhe von den erwarteten Beträgen abweichen, veränderten Erwartungen über zukünftige Cashflows sowie der Änderung von variablen Zinssätzen. Wechselkursveränderungen werden ebenfalls erfolgswirksam berücksichtigt.

Nicht signifikante Forderungen mit Hinweis auf eine Wertminderung werden in eng abgegrenzten Portfolios mit ähnlichen Risikostrukturen zusammengeführt und nach einheitlicher Methodik bewertet. In die Berechnung der pauschalierten Einzelwertberichtigungen gehen Daten aus der Kreditrisikomessung ein, insbesondere die ausfallgefährdeten Beträge, Sicherheiten und historische Ausfallwahrscheinlichkeiten. Länderrisiken sind dabei implizit berücksichtigt. Auf Basis dieser Methodik werden auch Portfoliowertberichtigungen gebildet, und zwar für Forderungen, bei denen keine objektiven Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen oder bei denen im Rahmen der Einzelermittlung kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wurde. Die Portfoliowertberichtigung dient der Abdeckung eingetretener, aber noch nicht identifizierter Wertminderungen. Hierzu werden erwartete Verluste mit Faktoren multipliziert, die den Zeitraum zwischen Eintritt und Identifizierung einer Wertminderung widerspiegeln.

Die Risikovorsorge für bilanzielle Forderungen wird offen von den Forderungen an Kreditinstitute und den Forderungen an Kunden abgesetzt. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft (Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen) wird als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen. Die Ermittlung der Rückstellungshöhe entspricht weitgehend den Verfahren für das bilanzielle Kreditgeschäft. Zusätzlich wird jedoch die Ziehungswahrscheinlichkeit berücksichtigt.

Uneinbringliche Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigungen gebildet wurden, werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

(12) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien sind Immobilien, die der langfristigen Erzielung von Mieterträgen beziehungsweise Wertsteigerungen dienen.

Bei der Zuordnung von gemischt genutzten Immobilien, das heißt Immobilien, die zum Teil vermietet und zum Teil selbst genutzt werden, wird zunächst geprüft, ob die einzelnen Teile gesondert veräußert oder vermietet werden können beziehungsweise ob ein aktiver Markt für die Immobilienteile vorhanden ist. Für den Fall, dass eine Aufteilung der Immobilie nicht möglich ist, wird eine Klassifizierung als als Finanzinvestition gehaltene Immobilie nur dann vorgenommen, wenn der Anteil der Eigennutzung am Gesamtobjekt unwesentlich ist. Immobilien, deren selbst genutzter Anteil aus Konzernsicht wesentlich ist, werden gemäß IAS 16 bilanziert und unter den Sachanlagen ausgewiesen.

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sind zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur aktiviert, wenn daraus ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen entsteht. Kosten für die Erhaltung werden hingegen sofort aufwandswirksam erfasst. Fremdkapitalkosten werden unter den Bedingungen des IAS 23 als Bestandteil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Die Gebäude werden planmäßig linear über ihre geschätzte wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Der Komponentenansatz kommt zur Anwendung, wenn sich wesentliche Bestandteile deutlich in ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer unterscheiden.

Die Bandbreiten der zugrunde gelegten Nutzungsdauern bewegen sich in Abhängigkeit von der jeweiligen Nutzungsart der Immobilie in folgendem Rahmen:

- Wohn- und Geschäftshäuser 60 – 80 Jahre
- Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser 40 – 60 Jahre
- Spezialimmobilien 20 – 60 Jahre

Darüber hinausgehende Wertminderungen werden durch außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Zuschreibungen werden vorgenommen, wenn der Grund für die außerplanmäßige Abschreibung weggefallen ist.

Der Ausweis von Mieterträgen, Veräußerungsgewinnen und -verlusten sowie Abschreibungen und sonstigen direkt den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zurechenbaren Aufwendungen erfolgt im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Für die in Anhangangabe (41) angegebenen Marktwerte der Immobilien besteht hinsichtlich der Ermittlung eine je nach Objektgröße differenzierte Vorgehensweise. Bei mittleren und großen Immobilien erfolgt mindestens alle drei bis fünf Jahre eine Bewertung durch externe Gutachter, die in der Zwischenzeit jährlich durch interne Sachverständige überprüft und angepasst wird. Die jährliche Bewertung kleinerer Objekte wird grundsätzlich intern vorgenommen.

Die Bewertung der Immobilien erfolgt nach dem Ertragswertverfahren.

(13) Sachanlagen

Unter den Sachanlagen sind selbst genutzte Grundstücke und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien im Bau (sofern sie nicht für die zukünftige Nutzung als Finanzinvestition erstellt oder entwickelt werden) sowie Leasinggegenstände, die im Rahmen von Operating-Leasinggeschäften vermietet werden, ausgewiesen.

Sachanlagen werden zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Diese umfassen den Kaufpreis sowie alle direkt zurechenbaren Kosten, die anfallen, um den Vermögenswert in betriebsbereiten Zustand zu versetzen. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur aktiviert, wenn daraus ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen entsteht. Kosten für die Erhaltung von Sachanlagen werden hingegen sofort aufwandswirksam erfasst.

Abnutzbare Vermögenswerte des Sachanlagevermögens werden planmäßig linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer unter Berücksichtigung rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen abgeschrieben. Eine Ausnahme bilden geringwertige Wirtschaftsgüter, die bereits im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben werden.

Die Bandbreite der erwarteten Nutzungsdauern stellt sich wie folgt dar:

- Gebäude 40 – 80 Jahre
- Betriebs- und Geschäftsausstattung 2 – 25 Jahre
- Leasinggegenstände 5 – 25 Jahre

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen und der Buchwert einer Sachanlage den höheren Wert aus Nettoveräußerungspreis und Nutzungswert überschreitet. Fallen die Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung in Folgejahren weg, erfolgt eine Zuschreibung höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen sind im Verwaltungsaufwand, Gewinne und Verluste aus Anlageabgängen sind in dem sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

(14) Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten sind im Wesentlichen Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung, Software sowie im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Geschäfts- oder Firmenwerte werden mindestens jährlich und anlassbezogen bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Wertminderung auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft. Der Werthaltigkeitstest erfolgt für jede zahlungsmittelgenerierende Einheit, der ein Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet wurde. Die Zuordnung erfolgt zu den jeweils identifizierbaren Gruppen von Mittelzuflüssen erzeugenden Vermögenswerten, die weitgehend unabhängig von Mittelzuflüssen aus anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten sind und die aus den Synergien des Zusammenschlusses Nutzen ziehen sollen. Bei der Ermittlung, ob ein Vermögenswert oder eine Gruppe von Vermögenswerten größtenteils von anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten unabhängige Mittelzuflüsse erzeugen, fließen diverse Faktoren ein, einschließlich der Art der Steuerung der Unternehmenstätigkeit durch das Management. Beim Werthaltigkeitstest wird der so genannte erzielbare Betrag mit dem Nettobuchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit inklusive Buchwerten der zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerte verglichen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Wert von Nutzungswert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten. Sofern keine zeitnahen vergleichbaren Transaktionen oder beobachtbaren Marktpreise vorliegen, erfolgt im Regelfall eine Wertermittlung nach einem ertragswertorientierten Modell, das die erwarteten künftigen Ertragsüberschüsse barwertig bewertet. Die Ertragserwartungen werden aus Planungsrechnungen und individuellen Annahmen über Wachstumstrends von Erlösen und Kosten abgeleitet. Die Barwertberechnung erfolgt durch den Ansatz aktueller langfristiger lokaler Marktzinsen und die Berücksichtigung eines Risikozuschlags, der sich aus einer Marktrisikoprämie und einem Beta-Faktor ergibt. Sofern der Geschäfts- oder Firmenwert aus einer Objektgesellschaft resultiert, kann eine Zeitwertermittlung auch objektbezogen erfolgen. Eine Wertminderung liegt vor, wenn der Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit den erzielbaren Betrag übersteigt. Dann wird eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe der Differenz vorgenommen, die im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen wird.

Software wird zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und planmäßig über einen Zeitraum von überwiegend drei Jahren abgeschrieben. Die Abschreibung der erworbenen Auftragsbestände erfolgt entsprechend ihrer vertraglichen Laufzeit. Abschreibungen auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte sind im Verwaltungsaufwand enthalten. Abgangsergebnisse werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis gezeigt.

(15) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Langfristige Vermögenswerte, die zur Veräußerung gehalten werden, sowie bereits mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Tochterunternehmen werden ebenso wie Abgangsgruppen nach IFRS 5 und die mit diesen Vermögenswerten in Zusammenhang stehenden Verbindlichkeiten in gesonderten Bilanzposten ausgewiesen. In der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt für mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Tochterunternehmen ein Ausweis der Erträge und Aufwendungen einschließlich der Veränderungen latenter Steuern im Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen.

Voraussetzung für die Bilanzierung nach IFRS 5 ist eine hohe Wahrscheinlichkeit für eine tatsächliche Veräußerung innerhalb von zwölf Monaten.

Bis zum Vorliegen der Voraussetzungen werden die Vermögenswerte nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften bewertet. Sobald die Voraussetzungen nach IFRS 5 erfüllt sind, erfolgt ab diesem Zeitpunkt eine Bewertung mit dem niedrigeren Wert aus dem Vergleich des Buchwerts und des erzielbaren Nettoveräußerungswerts.

(16) Sonstige Aktiva und sonstige Passiva

Die sonstigen Aktiva enthalten Immobilien des Vorratsvermögens, die im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zum Verkauf bestimmt sind. Sie umfassen sowohl fertiggestellte Immobilien als auch im Bau befindliche Objekte, die selbst entwickelt und vermarktet werden. Die Bewertung der Immobilien erfolgt zum niedrigeren Wert aus Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten und dem Nettoveräußerungswert, das heißt dem geschätzten erzielbaren Verkaufserlös abzüglich der noch erwarteten Kosten für die Fertigstellung und den Verkauf. Fremdkapitalzinsen werden aktiviert, sofern die Bedingungen dafür erfüllt sind. Erträge und Aufwendungen aus Immobilien des Vorratsvermögens werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

In den sonstigen Aktiva beziehungsweise Passiva werden ferner Vermögenswerte beziehungsweise Schulden ausgewiesen, die für sich betrachtet von untergeordneter Bedeutung sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können.

(17) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die betriebliche Altersversorgung im Helaba-Konzern umfasst verschiedene Arten von Versorgungsplänen. Es bestehen sowohl Beitragszusagen (Defined Contribution Plans) als auch Leistungszusagen (Defined Benefit Plans).

Für Beitragszusagen werden festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger entrichtet. Da für den Konzern keine weiteren Zahlungsverpflichtungen bestehen, werden für diese Zusagen grundsätzlich keine Rückstellungen gebildet. Die laufenden Beiträge für Beitragszusagen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Im Rahmen der Leistungszusagen bestehen sowohl Gesamtversorgungszusagen als auch Endgehaltspläne und Rentenbausteinsysteme. Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögenswerte, die gemäß IAS 19 Planvermögen darstellen und mit den Pensionsverpflichtungen verrechnet werden. Ergibt sich dadurch eine Vermögensüberdeckung, ist der Ansatz des Nettovermögenswerts begrenzt auf den Barwert der damit verbundenen wirtschaftlichen Vorteile, über die der Konzern während der Laufzeit des Versorgungsplans oder nach deren Erfüllung verfügen kann (Asset Ceiling). Wirtschaftliche Vorteile können beispielsweise in Form von Rückerstattungen oder der Minderung von Beitragszahlungen bestehen.

Die Pensionsverpflichtungen aus Leistungszusagen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen

sowie ein aktueller Marktzins zugrunde gelegt werden. Dieser Diskontierungszinssatz orientiert sich an der Verzinsung währungskongruenter erstklassiger Industrieanleihen mit einer der gewichteten durchschnittlichen Laufzeit der Zahlungsverpflichtungen entsprechenden Fristigkeit. Dabei wird im Inland ein Referenzzinssatz verwendet, der eine breite Anzahl von AA-eingestuften Anleihen berücksichtigt und um statistische Ausreißer bereinigt ist. Bei der Festlegung dieses Zinssatzes orientiert sich die Helaba im Wesentlichen an der Zinsempfehlung von Mercer.

Gemäß IAS 19 wird der in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassende Pensionsaufwand für Leistungszusagen bereits maßgeblich zu Beginn eines Geschäftsjahres bestimmt. Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen die Nettozinskomponente und den laufenden Dienstzeitaufwand.

Die Nettozinskomponente umfasst sowohl den Aufwand aus der Aufzinsung des Barwerts der Pensionsverpflichtung als auch den rechnerischen Zinsertrag aus dem Planvermögen. Sie wird durch Multiplikation der Nettoschuld (Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung abzüglich Planvermögen) zu Beginn der Periode mit dem dann gültigen Diskontierungszinssatz ermittelt, wobei erwartete unterjährige Beiträge und Rentenzahlungen berücksichtigt werden. Die Nettozinskomponente umfasst im Fall einer Planüberdeckung auch das Zinsergebnis aus einer etwaigen Begrenzung des Planvermögensüberhangs. Der Nettozinsaufwand ist im Zinsüberschuss enthalten.

Der laufende Dienstzeitaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Ändert sich der Barwert einer leistungsorientierten Zusage aufgrund einer Planänderung oder einer Plankürzung, werden die daraus resultierenden Effekte als nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand in dem Zeitpunkt erfolgswirksam im Verwaltungsaufwand erfasst, in dem die Planänderung oder Plankürzung eintritt. Etwaige Gewinne oder Verluste aus einer Abgeltung von leistungsorientierten Versorgungszusagen werden ebenso behandelt.

Abweichungen zwischen den versicherungsmathematischen Annahmen zu Beginn der Periode und der tatsächlichen Entwicklung während des Geschäftsjahres sowie die Aktualisierung der Bewertungsparameter zum Geschäftsjahresende führen zu Neubewertungseffekten, die erfolgsneutral im Eigenkapital ausgewiesen werden.

Ist der Helaba-Konzern an leistungsorientierten gemeinschaftlichen Plänen mehrerer Arbeitgeber beteiligt, für die keine hinreichend verlässlichen Informationen zur Verfügung stehen, um sie als solche zu bilanzieren, werden sie wie beitragsorientierte Pläne behandelt und ergänzende Informationen bereitgestellt.

(18) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, sofern dem Helaba-Konzern aus einem vergangenen Ereignis eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung erwachsen ist, die wahrscheinlich zu einem Ressourcenabfluss führen wird und zuverlässig geschätzt werden kann. Die betragliche Höhe beziehungsweise der Fälligkeitstermin der Verpflichtung sind dabei ungewiss. Der als Rückstellung angesetzte Betrag entspricht der bestmöglichen Schätzung der Ausgabe, die

zur Begleichung der Verpflichtung am Bilanzstichtag erforderlich ist. Langfristige Rückstellungen werden mit dem Barwert ausgewiesen, sofern der Effekt der Abzinsung wesentlich ist. Die Abzinsung erfolgt mit einem marktüblichen und risikoadäquaten Zinssatz.

In den anderen Rückstellungen sind darüber hinaus Rückstellungen für den Personalbereich enthalten, die nach IAS 19 bewertet werden.

(19) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Laufende Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen werden mit den aktuellen Steuersätzen berechnet, die zum Zeitpunkt der Entstehung der jeweiligen Steuer zur Anwendung kommen.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden grundsätzlich auf Basis des bilanzorientierten Ansatzes auf temporäre Differenzen zwischen den Buchwerten von Vermögenswerten und Verpflichtungen in der Bilanz nach IFRS und dem entsprechenden Steuerwert gebildet. Sie werden mit den Steuersätzen bewertet, die zum Berichtsstichtag beschlossen und für den Zeitpunkt der Realisierung der latenten Steuern maßgeblich sind. Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern angesetzt. Sind bei Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten und ist deren Nutzbarkeit wahrscheinlich, erfolgt der Ansatz aktiver latenter Steuern. Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern nur dann angesetzt, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit von einer zukünftigen Nutzung ausgegangen werden kann. Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden unter der Voraussetzung gleicher Steuerart und Steuerbehörde saldiert. Eine Abzinsung erfolgt nicht. Latente Steuern auf erfolgsneutral entstandene temporäre Differenzen werden erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst. Die tatsächlichen und latenten Steueransprüche und -verpflichtungen werden in den Anhangangaben zu den Posten Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen gesondert ausgewiesen.

(20) Nachrangkapital

Als Nachrangkapital werden Genussrechtsemissionen, verbriefte und unverbriefte nachrangige Verbindlichkeiten sowie stille Einlagen, die aufgrund in IAS 32 definierter Abgrenzungskriterien als Fremdkapital klassifiziert werden müssen, ausgewiesen.

Die unter dem Nachrangkapital ausgewiesenen Finanzinstrumente sind grundsätzlich der Kategorie finanzielle Verbindlichkeiten (OL) zugeordnet und zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Zur Vermeidung von Bewertungsinkongruenzen werden für Teile des Nachrangkapitals Mikro Fair Value Hedges oder die FVO genutzt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(21) Zinsüberschuss

in Mio. €

	2013	2012[1)]
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	3.094	3.476
festverzinslichen Wertpapieren	328	381
Sicherungsderivaten des Hedge Accounting	261	409
nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	1.059	1.094
Finanzinstrumenten der FVO	47	61
Bauspargeschäft	38	44
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	5	4
Anteilen an verbundenen Unternehmen	4	12
Beteiligungen	24	15
Zinserträge	**4.860**	**5.496**
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	–1.531	–1.796
verbrieften Verbindlichkeiten	–450	–638
Nachrangkapital	–138	–145
Sicherungsderivaten des Hedge Accounting	–310	–434
nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	–820	–866
Finanzinstrumenten der FVO	–283	–337
Bauspargeschäft	–75	–72
Rückstellungen	–48	–53
Zinsaufwendungen	**–3.655**	**–4.341**
Gesamt	**1.205**	**1.155**

[1)] Vorjahreszahlen angepasst: Umgliederung der Planvermögenserträge gemäß IAS 19 von den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften in die Zinsaufwendungen aus Rückstellungen in Höhe von 10 Mio. €. Außerdem wurde aufgrund einer Ausweisänderung eine Umgliederung von 10 Mio. € aus dem Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten in die Zinserträge aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten vorgenommen.

Der Anteil der Zinserträge und Zinsaufwendungen aus nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten beläuft sich auf 3.488 Mio. € (2012: 3.928 Mio. €) beziehungsweise –2.194 Mio. € (2012: –2.651 Mio. €).

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften enthalten Zinsen in Höhe von 11 Mio. € (2012: 15 Mio. €) aus in die Kategorie LaR umkategorisierten finanziellen Vermögenswerten.

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind so genannte Unwinding-Effekte, die sich aus der Aufzinsung von wertgeminderten Forderungen bei sonst unveränderten Zahlungserwartungen ergeben, in Höhe von 44 Mio. € (2012: 40 Mio. €) enthalten.

Die Zinserträge aus dem Bauspargeschäft resultieren aus Baudarlehen, die von der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS Hessen-Thüringen) vergeben wurden. Die Aufwendungen der LBS Hessen-Thüringen für Bauspareinlagen finden sich entsprechend unter den Zinsaufwendungen.

In den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind Dividenden und Ausschüttungen aus Finanzinstrumenten der Fair Value-Option in Höhe von 4 Mio. € (2012: 3 Mio. €) enthalten.

In den laufenden Erträgen aus Anteilen an verbundenen Unternehmen sind neben Dividenden auch Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen ausgewiesen.

Unter den Zinsaufwendungen aus Rückstellungen sind Nettozinsaufwendungen aus Pensionsverpflichtungen in Höhe von –44 Mio. € (2012: –47 Mio. €) enthalten.

(22) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in Mio. €

	2013	2012
Zuführungen	**–367**	**–352**
Wertberichtigungen auf Forderungen	–347	–321
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	–20	–31
Auflösungen	**126**	**132**
Wertberichtigungen auf Forderungen	102	109
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	24	23
Direktabschreibungen auf Forderungen	**–47**	**–28**
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	**7**	**10**
Gesamt	**–281**	**–238**

Im aktuellen Geschäftsjahr sind in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft für im Jahr 2008 in die Bewertungskategorie LaR umkategorisierte finanzielle Vermögenswerte Direktabschreibungen in Höhe von –1 Mio. € (2012: –1 Mio. €) sowie Zuschreibungen in Höhe von 2 Mio. € (2012: 0 Mio. €) enthalten.

(23) Provisionsüberschuss

in Mio. €

	2013	2012[1)]
Kredit- und Avalgeschäft	28	26
Zahlungsverkehr und Außenhandelsgeschäft	104	82
Vermögensverwaltung und Fondskonzeption	66	58
Wertpapier- und Depotgeschäft	50	38
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	19	20
Verwaltung öffentlicher Zuschuss- und Förderprogramme	31	30
Bauspargeschäft	–11	–10
Treuhandgeschäft	4	4
Sonstiges	9	11
Gesamt	**300**	**259**

[1)] Vorjahreszahlen angepasst: Im Zahlungsverkehr und Außenhandelsgeschäft wurden 4 Mio. € Ertrag ausgewiesen, die in das Handelsergebnis umgegliedert wurden.

Provisionen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften werden innerhalb des Handelsergebnisses ausgewiesen.

(24) Handelsergebnis

in Mio. €

	2013	2012[1)]
Kursbezogenes Geschäft	**12**	**4**
Aktien	26	–70
Aktienderivate	18	16
begebene Aktien-/Indexzertifikate	–32	58
Zinsbezogenes Geschäft	**314**	**375**
originäres zinsbezogenes Geschäft	263	640
Zinsderivate	51	–265
Währungsbezogenes Geschäft	**43**	**34**
Devisen	121	124
FX-Derivate	–78	–90
Ergebnis aus Kreditderivaten	**–6**	**27**
Warenbezogenes Geschäft	**9**	**4**
Provisionsergebnis	**–33**	**–29**
Gesamt	**339**	**415**

[1)] Vorjahreszahlen angepasst: Im Provisionsüberschuss wurden Erträge in Höhe von 4 Mio. € ausgewiesen, die in das Handelsergebnis aus währungsbezogenem Geschäft (Devisen) sowie warenbezogenem Geschäft mit jeweils 2 Mio. € umgegliedert wurden. Zudem werden Erträge aus begebenen Aktien-/Indexzertifikaten jetzt separat ausgewiesen, die im Vorjahr unter den Aktien ausgewiesen wurden.

Das Handelsergebnis umfasst neben Veräußerungs- und Bewertungsergebnissen aus mit Handelsabsicht gehaltenen derivativen und nicht derivativen Finanzinstrumenten auch die aus Handelsbeständen resultierenden laufenden Zinsen und Dividenden sowie Provisionen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften.

Das Ergebnis aus dem originären zinsbezogenen Geschäft setzt sich vor allem aus den Ergebnisbeiträgen von festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Geldhandelsgeschäften sowie begebenen Geldmarktpapieren zusammen.

Das Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft enthält Fremdwährungsumrechnungsdifferenzen in Höhe von 3 Mio. € (2012: 4 Mio. €).

Das Ergebnis aus dem warenbezogenen Geschäft resultiert aus bei der Bank gebuchten Absicherungsgeschäften für die Edelmetallbestände der Verbundbank.

(25) Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option

in Mio. €

	2013	2012[1)]
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	–273	135
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der FVO	253	–259
Gesamt	**–20**	**–124**

[1)] Vorjahreszahlen angepasst: Umgliederung von 10 Mio. € aus dem Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten in die Zinserträge aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten aufgrund einer Ausweisänderung.

Dieser Posten enthält die Ergebnisse aus ökonomischen Hedges (Grundgeschäfte und Derivate). Darüber hinaus werden hier die realisierten und unrealisierten Ergebnisse weiterer freiwillig zum beizulegenden Zeitwert designierter Finanzinstrumente erfasst. Zins- und Dividendenerträge aus Finanzinstrumenten der FVO sind im Zinsüberschuss erfasst. Von dem Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten entfallen 18 Mio. € (2012: 39 Mio. €) auf Kreditderivate. Der Ergebnisanteil aus durch konsolidierte Spezial- und Publikumsfonds gehaltenen Finanzinstrumenten der FVO und Nichthandelsderivaten beläuft sich auf –2 Mio. € (2011: 56 Mio. €).

(26) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen enthält die Bewertungsergebnisse der abgesicherten Grundgeschäfte und der Sicherungsinstrumente des Hedge Accounting.

in Mio. €

	2013	2012
Bewertungsergebnis aus Sicherungsinstrumenten	–72	210
Bewertungsergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	91	–207
Gesamt	**19**	**3**

(27) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden die Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Finanzanlagen der Kategorie AfS ausgewiesen.

in Mio. €

	2013	2012
Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS	**28**	**20**
Beteiligungen	1	1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	24	18
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2	1
angekaufte Ansprüche aus Kapitallebensversicherungen	1	–
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS	**–24**	**–21**
Wertminderungen	–24	–23
Zuschreibungen	–	2
Gesamt	**4**	**–1**

Die Wertminderungen entfallen mit – 8 Mio. € (2012: – 6 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und mit –16 Mio. € (2012: –17 Mio. €) auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen.

(28) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen umfasst sämtliche ergebniswirksam erfassten Erfolgsbeiträge aus Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

in Mio. €

	2013	2012
Ergebnis aus at Equity bewerteten Gemeinschaftsunternehmen	8	9
Ergebnis aus at Equity bewerteten assoziierten Unternehmen	–10	–24
Veräußerungsgewinne aus at Equity bewerteten assoziierten Unternehmen	–	3
Gesamt	**–2**	**–12**

Neben den anteiligen Periodenergebnissen werden auch die Ergebnisbeiträge, die aus der Fortschreibung der im Rahmen der Kaufpreisallokation aufgedeckten stillen Reserven und Lasten resultieren, in diesem Posten erfasst.

Erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen bei at Equity bewerteten Unternehmen werden erfolgsneutral im Konzerneigenkapital erfasst.

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen enthält Aufwendungen aus Wertminderungen in Höhe von – 6 Mio. € (2012: 0 Mio. €).

(29) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. €

	2013	2012
Sonstige betriebliche Erträge	**522**	**503**
Miet- und Leasingerträge (Operating Lease)	379	358
Erträge aus dem Abgang von nicht finanziellen Vermögenswerten	26	62
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	13	8
Erträge aus nicht bankgeschäftlichen Dienstleistungen	31	31
Zuschreibungen zu nicht finanziellen Vermögenswerten	6	–
Erträge aus der Vereinnahmung passivischer Unterschiedsbeträge	–	1
Erträge aus der Entkonsolidierung von Tochterunternehmen	–	3
übrige sonstige betriebliche Erträge	67	40
Sonstige betriebliche Aufwendungen	**–305**	**–267**
Betriebskosten von nicht selbst genutzten Immobilien	–155	–148
Aufwendungen aus dem Abgang von nicht finanziellen Vermögenswerten	–	–1
Abschreibungen auf nicht finanzielle Vermögenswerte	–43	–44
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte	–16	–
Aufwendungen aus der Entkonsolidierung von Tochterunternehmen	–	–1
Restrukturierungsaufwendungen	–18	–
übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	–73	–73
Gesamt	**217**	**236**

Die wesentlichen Komponenten des sonstigen betrieblichen Ergebnisses sind Erträge und Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sowie Leasingerträge.

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen entfallen folgende Beträge auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien:

in Mio. €

	2013	2012
Erträge aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	**347**	**332**
Mieterträge	330	317
Erträge aus dem Abgang	17	15
Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	**–196**	**–190**
Betriebskosten von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	–153	–146
davon: aus vermieteten Immobilien	–153	–146
Abschreibungen	–42	–44
übrige Aufwendungen	–1	–
Gesamt	**151**	**142**

Auf Vorratsimmobilien waren im Geschäftsjahr keine Abschreibungen erforderlich (2012: 1 Mio. €).

(30) Verwaltungsaufwand

in Mio. €

	2013	2012[1)]
Personalaufwand	**–592**	**–563**
Löhne und Gehälter	–486	–465
soziale Abgaben	–67	–64
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	–39	–34
Andere Verwaltungsaufwendungen	**–643**	**–531**
Gebäude- und Raumaufwendungen	–79	–80
IT-Aufwendungen	–167	–134
Pflichtbeiträge, Prüfungs- und Beratungsaufwendungen	–207	–170
Aufwendungen für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	–40	–39
Aufwendungen des Geschäftsbetriebs	–150	–108
Abschreibungen und Wertberichtigungen	**–36**	**–87**
auf Sachanlagen	–19	–73
auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte	–17	–14
Gesamt	**–1.271**	**–1.181**

[1)] Vorjahreszahlen angepasst: Umgliederung von –3 Mio. € von den Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung, die den Löhnen und Gehältern zuzuordnen waren.

Die Pflichtbeiträge enthalten die Beiträge zum Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute in Höhe von –48 Mio. € (2012: –27 Mio. €).

Der Anstieg des Personalaufwands ist überwiegend auf die Übernahme der Mitarbeiter der NRW-Verbundbank zurückzuführen, die im Vorjahr nur anteilig enthalten waren, sowie auf eine Tarifanpassung. Der Zuwachs der anderen Verwaltungsaufwendungen ist in Beratungsaufwendungen im Zusammenhang mit der Integration der NRW-Verbundbank sowie in Kosten für Umsetzungsprojekte zur Bewältigung regulatorischer Vorgaben begründet.

Der Rückgang bei den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen resultiert im Wesentlichen aus den im Vorjahr enthaltenen außerplanmäßigen Abschreibungen auf Schiffsleasingobjekte von vier vollkonsolidierten Schiffsobjektgesellschaften.

(31) Ertragsteuern

in Mio. €

	2013	2012
Tatsächliche Steuern	–152	–166
Latente Steuern	–4	–28
Gesamt	**–156**	**–194**

Der im Berichtsjahr angefallene tatsächliche Steueraufwand resultiert im Wesentlichen aus der Bank Inland (52 Mio. €), der Niederlassung New York (47 Mio. €) und der Frankfurter Sparkasse (41 Mio. €). Er beinhaltet Erträge für Vorjahre von 12 Mio. € (2012: 14 Mio. €).

Der tatsächliche Steueraufwand des Berichtsjahres wurde aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste um 3 Mio. € (2012: 15 Mio. €) gemindert.

Der latente Steueraufwand des Berichtsjahres resultiert im Wesentlichen aus der Entstehung beziehungsweise Realisierung temporärer Differenzen (Steueraufwand 4 Mio. €) sowie aus der Nutzung beziehungsweise Entstehung steuerlicher Verlustvorträge (Steueraufwand saldiert 2 Mio. €). Aus Steuersatzänderungen ergaben sich im Berichtsjahr Steuererträge von 2 Mio. €.

Für Zwecke der Überleitungsrechnung stellt die Helaba auf den anzuwendenden Steuersatz des Mutterunternehmens ab und verwendet den gerundeten tariflichen Ertragsteuersatz der Helaba Bank Inland in Höhe von 32 %. Im Vorjahr wurde dieser Steuersatz pauschal mit 30 % berücksichtigt.

in Mio. €

	2013	2012
Ergebnis vor Steuern	**510**	**512**
Anzuwendender Konzernertragsteuersatz in %	32	30
Erwarteter Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr	**–163**	**–154**
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze	–	–19
Auswirkungen von Steuersatzänderungen	2	–1
Im Geschäftsjahr erfasste Steuern aus Vorjahren	4	6
Nicht anrechenbare Ertragsteuern	–1	–
Steuerfreie Erträge	14	9
Nicht abziehbare Betriebsausgaben	–22	–15
Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen/Kürzungen	2	4
Wertberichtigungen und Ansatzkorrekturen	11	–17
Sonstige Auswirkungen	–3	–7
Ertragsteueraufwand	**–156**	**–194**

Neben den erfolgswirksam erfassten Ertragsteuern werden weitere latente Steuern auf die einzelnen Bestandteile des sonstigen Ergebnisses gebildet. Die nachfolgende Tabelle enthält eine Aufgliederung der erfolgsneutral erfassten Gewinne und Verluste und der auf sie entfallenden latenten Steuern.

in Mio. €

	Vor Steuern		Steuern		Nach Steuern	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:						
Neubewertungen der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	23	–266	–6	78	17	–188
Posten, die anschließend in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:						
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	–24	369	10	–119	–14	250
Veränderung aus der Währungsumrechnung	–5	–1	–	–	–5	–1
Gewinne und Verluste aus der Absicherung von Cashflows	8	–7	–1	2	7	–5
Gesamt	**2**	**95**	**3**	**–39**	**5**	**56**

(32) Segmentberichterstattung

in Mio. €

	Immobilien		Corporate Finance		Financial Markets		Asset Management		Verbundgeschäft	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012[1)]	2013	2012	2013	2012
Zinsüberschuss	390	348	305	279	70	75	13	24	102	102
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–165	–93	–121	–108	–	–6	–1	–	–5	–5
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	**225**	**255**	**184**	**171**	**70**	**69**	**12**	**24**	**97**	**97**
Provisionsüberschuss	20	18	18	19	26	25	62	59	35	18
Handelsergebnis	–	–	3	1	312	398	2	–	22	16
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	11	–5	14	7	–49	–189	1	2	–1	1
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	–	–	–	–	19	3	–	–	–	–
Ergebnis aus Finanzanlagen	–	–	1	–2	–	9	1	–	–	–
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	4	5	–12	–23	–	–	–	–	–	–
Sonstiges betriebliches Ergebnis	182	226	49	31	–	–	1	3	3	2
Summe Erträge	**442**	**499**	**257**	**204**	**378**	**315**	**79**	**88**	**156**	**134**
Verwaltungsaufwand	–181	–187	–97	–143	–165	–135	–69	–69	–137	–125
Ergebnis vor Steuern	**261**	**312**	**160**	**61**	**213**	**180**	**10**	**19**	**19**	**9**
Vermögen (Mrd. €)	32,3	31,6	26,4	28,7	70,8	85,9	1,3	1,4	17,9	15,6
Verbindlichkeiten (Mrd. €)	2,7	2,7	4,3	5,5	80,9	125,4	1,2	1,5	47,0	23,5
Risikogewichtete Aktiva (Mrd. €)	16,9	19,0	12,8	16,6	11,5	11,6	0,6	0,7	1,5	1,8
Alloziertes Kapital (Mio. €)	2.185	1.966	1.758	1.674	1.463	1.100	74	63	189	167
Rentabilität des allozierten Kapitals (%)	11,9	15,9	9,1	3,6	14,5	17,2	14,3	30,2	10,1	5,2
Aufwand-Ertrag-Relation vor Kreditrisikovorsorge (%)	29,8	31,7	25,6	45,8	43,7	41,0	85,6	78,1	85,0	89,9

[1)] Vorjahreszahlen angepasst.

in Mio. €

	Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft		Frankfurter Sparkasse		Sonstige		Konsolidierung/ Überleitung		Konzern	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012[1)]	2013	2012[1)]	2013	2012[1)]
Zinsüberschuss	47	43	293	303	–38	24	23	–43	1.205	1.155
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–	–	–10	–	19	–29	2	3	–281	–238
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	**47**	**43**	**283**	**303**	**–19**	**–5**	**25**	**–40**	**924**	**917**
Provisionsüberschuss	34	32	70	68	36	25	–1	–5	300	259
Handelsergebnis	–	–	–	–	–	–	–	–	339	415
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	–	–	–1	21	6	27	–1	12	–20	–124
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	–	–	–	–	–	–	–	–	19	3
Ergebnis aus Finanzanlagen	–	–	–	–8	–	–	2	–	4	–1
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	–	–	6	6	–	–	–	–	–2	–12
Sonstiges betriebliches Ergebnis	–	–	10	12	–1	–4	–27	–34	217	236
Summe Erträge	**81**	**75**	**368**	**402**	**22**	**43**	**–2**	**–67**	**1.781**	**1.693**
Verwaltungsaufwand	–60	–58	–248	–247	–359	–258	45	41	–1.271	–1.181
Ergebnis vor Steuern	**21**	**17**	**120**	**155**	**–337**	**–215**	**43**	**–26**	**510**	**512**
Vermögen (Mrd. €)	13,8	10,0	18,0	18,8	12,0	21,8	–14,4	–14,5	178,1	199,3
Verbindlichkeiten (Mrd. €)	13,8	10,0	18,0	18,8	23,9	26,1	–13,7	–14,2	178,1	199,3
Risikogewichtete Aktiva (Mrd. €)	1,1	1,1	3,9	4,0	6,2	6,6	–0,4	–0,6	54,1	60,8
Alloziertes Kapital (Mio. €)	140	102	496	382	791	790	–187	–171	6.909	6.073
Rentabilität des allozierten Kapitals (%)	14,8	16,4	24,1	40,6	–	–	–	–	7,4	8,4
Aufwand-Ertrag-Relation vor Kreditrisikovorsorge (%)	74,1	77,6	65,6	61,4	–	–	–	–	61,6	61,2

[1)] Vorjahreszahlen angepasst.

Die Basis für die Erstellung des Segmentberichts stellt IFRS 8 dar. Die Geschäftssegmentdefinition orientiert sich, dem Management Approach folgend, an der internen Geschäftsfeldstruktur der Bank. Beteiligungen sind den Segmenten entsprechend ihrer Geschäftsausrichtung zugeordnet.

Der Segmentbericht ist in die sieben nachstehend erläuterten Geschäftssegmente gegliedert:

- Im Geschäftssegment Immobilien werden die Geschäftsbereiche Immobilienkreditgeschäft und Immobilienmanagement abgebildet. Damit sind die Leistungen der Helaba für Immobilienkunden in einem Geschäftssegment zusammengefasst. Die Produktpalette erstreckt sich von klassischen Immobilienfinanzierungen im In- und Ausland über wohnwirtschaftliche Beteiligungen, die Planung und Betreuung von eigenen und fremden Immobilien- sowie Public-Private-Partnership-Projekten bis hin zum Facility Management. Diesem Geschäftssegment sind die OFB-Gruppe sowie die GWH-Gruppe zugeordnet.
- Das Geschäftssegment Corporate Finance enthält den Geschäftsbereich Corporate Finance. Im Segment sind speziell auf Unternehmen abgestimmte Finanzierungslösungen zusammengefasst. Dazu gehören strukturierte Finanzierungen, Anlagefinanzierungen, Asset Backed Securities, Leasingfinanzierungen sowie Strukturierung und Vertrieb von Fondskonzepten. Die Ergebnisbeiträge der Gruppe HANNOVER LEASING sind diesem Geschäftssegment auf Basis der At-Equity-Bilanzierung zugeordnet. Bestimmte Objektgesellschaften der HANNOVER LEASING werden als Zweckgesellschaften der Helaba weiterhin vollkonsolidiert und ebenfalls im Segment Corporate Finance abgebildet.
- Das Geschäftssegment Financial Markets stellt die Ergebnisse der Geschäftsbereiche Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung, Sales Öffentliche Hand, Financial Institutions and Public Finance sowie diverser Zweckgesellschaften dar. In diesem Segment werden die Treasury- sowie die Handels- und Sales-Aktivitäten der Bank abgebildet. Im Produktportfolio befinden sich klassische Kapitalmarktprodukte, Finanzinstrumente zur Zins-, Währungs-, Kreditrisiko- und Liquiditätssteuerung sowie auf Bedürfnisse von Unternehmen und der öffentlichen Hand zugeschnittene Finanzierungslösungen.
- Unter dem Geschäftssegment Asset Management sind die Beteiligungen Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH sowie die Gruppe Frankfurter Bankgesellschaft abgebildet. Im Produktportfolio des Segments finden sich damit Leistungen zur klassischen Vermögensbetreuung und -verwaltung, des Private Bankings sowie das Management von Spezial- und Publikumsfonds für institutionelle Anleger und die Betreuung von Master-KAG-Mandaten.
- In dem Geschäftssegment Verbundgeschäft werden die Verbundbank und die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen erfasst. Im Fokus dieses Geschäftssegments steht die Betreuung der Sparkassen und ihrer Kunden, für die Produkte entwickelt und bereitgestellt werden.
- Im Geschäftssegment öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft wird im Wesentlichen der Geschäftsbereich Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen dargestellt. In diesem Segment werden somit die Ergebnisse aus Tätigkeiten der Helaba in Zusammenhang mit Förder- und Infrastrukturmaßnahmen in den Bereichen Wohnungswesen, Kommunal- und Städtebau, Landwirtschaft sowie Schutz der Umwelt zusammengefasst.

- Das Geschäftssegment Frankfurter Sparkasse bildet die Ergebnisse des gleichnamigen Kreditinstituts als Teilkonzern einschließlich der zugehörigen konsolidierten Tochtergesellschaften ab. Das Produktportfolio umfasst neben den klassischen Produkten einer Retail-Bank im Aktiv-, Passiv- und Dienstleistungsgeschäft die Kapitalmarktprodukte zur Eigenmittelanlage, Refinanzierung und Liquiditätssteuerung.

Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Das Zinsergebnis im Kreditgeschäft wird in der internen Steuerung mittels der Marktzinsmethode aus der Differenz zwischen dem Kundenzinssatz und dem Marktzinssatz eines strukturkongruenten Alternativgeschäfts berechnet. Ergebnisse aus Fristentransformation werden als Zinsergebnis in der Aktiv-/Passivsteuerung abgebildet.

Die Ergebnisse aus Handelsgeschäften, aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option, aus Sicherungszusammenhängen, aus Finanzanlagen sowie aus at Equity bewerteten Unternehmen werden entsprechend dem externen Rechnungswesen nach IFRS ermittelt.

Die direkt zurechenbaren Kosten zuzüglich der im Rahmen der internen Leistungsrechnung auf Basis von marktorientierten Preisvereinbarungen und verursachungsgerechten Mengentreibern sowie der auf dem Verursachungsprinzip basierenden Kostenumlage der Corporate-Center-Kosten gehen in den Verwaltungsaufwand ein.

Unter dem Vermögen werden die bilanziellen Aktiva, unter den Verbindlichkeiten die bilanziellen Passiva einschließlich des Eigenkapitals bei den jeweils zuständigen Einheiten ausgewiesen. Die Zurechnung auf die Geschäftssegmente erfolgt auf Basis der Deckungsbeitragsrechnung. Die Risikoposition beinhaltet die Risikoposition des Anlage- und Handelsbuchs einschließlich der Marktpreisrisikoposition gemäß Solvabilitätsverordnung. Das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital wird nach Risikopositionen und für die immobilienwirtschaftlichen und sonstigen bankfremden Aktivitäten entsprechend den bilanziellen Aktiva verteilt.

Das Ergebnis vor Risikovorsorge wird auf das allozierte Kapital bezogen, um die Rentabilitätskennziffern zu berechnen. Die Aufwand-Ertrag-Relation ergibt sich aus dem Verhältnis des Verwaltungsaufwands zu den Erträgen vor Risikovorsorge.

Für das bisherige Segment Sonstige/Überleitung erfolgt ab dem Berichtsstichtag 31. Dezember 2013 der separate Ausweis in einem Segment Sonstige sowie einem Segment Konsolidierung/Überleitung. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst. In dem Segment Sonstige sind die nicht den Geschäftssegmenten zurechenbaren Ergebnisbeiträge und Aufwendungen abgebildet. Insbesondere umfasst diese Spalte die Ergebnisse aus dem Transaktionsgeschäft sowie die Kosten der zentralen Bereiche, die nicht über das Verursachungsprinzip den einzelnen Segmenten zugeordnet werden können. Darüber hinaus werden hier die Erfolge aus der zentralen Anlage der Eigenmittel sowie aus strategischen Dispositionsentscheidungen abgebildet.

Unter dem Segment Konsolidierung/Überleitung werden durch konzerninterne Sachverhalte entstandene Konsolidierungseffekte, die zwischen den Segmenten bestehen, ausgewiesen. Überleitungseffekte, die sich zwischen den Segmentergebnissen und der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns, insbesondere bezüglich des Zinsergebnisses, ergeben, werden ebenfalls in diesem Segment berichtet. Da die Deckungsbeitragsrechnung das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ausweist, resultieren Differenzen unter anderem aus Einmalerträgen und periodenfremden Zinsergebnissen.

Die Erträge nach Risikovorsorge verteilen sich auf Produkte und Dienstleistungen wie folgt:

in Mio. €

	Erträge nach Risikovorsorge	
	2013	**2012[1)]**
Immobilienkredite	286	301
Immobilienbewirtschaftung	34	15
Immobilienwirtschaftliche Dienstleistungen	122	183
Unternehmensfinanzierung	257	204
Treasury-Produkte	7	–127
Handelsprodukte	324	393
Finanzierungen für Finanzinstitutionen	47	49
Fondsmanagement/Vermögensverwaltung	79	88
Bauspargeschäft	55	63
Sparkassenverbundgeschäft	101	71
Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft	81	75
Retail-Geschäft	368	402
Sonstige Produkte/Überleitung	20	–24
Konzern	**1.781**	**1.693**

[1)] Vorjahreszahlen angepasst.

Nach Regionen ergibt sich folgende Verteilung:

in Mio. €

	Erträge nach Risikovorsorge	
	2013	**2012**
Deutschland	1.576	1.533
Europa (ohne Deutschland)	72	164
Welt (ohne Europa)	134	135
Sonstige	–1	–139
Konzern	**1.781**	**1.693**

Erläuterungen zur Bilanz

(33) Barreserve

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Kassenbestand	81	78
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1.669	8.847
Gesamt	**1.750**	**8.925**

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 543 Mio. € (2012: 8.353 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

(34) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Angeschlossene Sparkassen	11.929	11.432
Girozentralen	479	405
Banken	8.988	11.399
Gesamt	**21.396**	**23.236**
davon:		
inländische Kreditinstitute	17.463	17.829
ausländische Kreditinstitute	3.933	5.407

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Täglich fällige Forderungen	9.238	9.163
Andere Forderungen	12.158	14.073
Gesamt	**21.396**	**23.236**
darunter:		
Tages- und Termingelder	4.211	5.294
gestellte Barsicherheiten	4.001	5.374
Weiterleitungsdarlehen	5.077	4.792
Schuldscheindarlehen	2.215	1.041

(35) Forderungen an Kunden

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Firmenkunden	62.652	65.200
Privatkunden	5.569	5.978
Öffentliche Stellen	22.526	19.643
Gesamt	**90.747**	**90.821**
davon:		
inländische Kunden	61.875	59.158
ausländische Kunden	28.872	31.663

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Täglich fällige Forderungen	3.071	1.826
Andere Forderungen	87.676	88.995
Gesamt	**90.747**	**90.821**
darunter:		
gewerbliche Immobilienkredite	31.479	30.691
Wohnungsbaukredite	3.517	3.567
Baudarlehen der Bausparkasse	898	945
Weiterleitungsdarlehen	2.517	2.565
Infrastrukturkredite	6.356	4.029
Konsumentenkredite	114	126
Schuldscheindarlehen	3.218	4.341
finanzielle Vermögenswerte aus Kreditersatzgeschäften	456	1.627
Forderungen aus dem Finanzierungsleasinggeschäft	7	7
vor Fälligkeit angekaufte Forderungen	45	50

Bei den übrigen Forderungen an Kunden in Höhe von 42.140 Mio. € (2012: 42.873 Mio. €) handelt es sich überwiegend um Tilgungs- und Rollover-Kredite im Corporate Finance-Geschäft.

(36) Risikovorsorge

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kreditinstitute	**2**	**16**
Einzelwertberichtigungen	1	1
Portfoliowertberichtigungen	1	15
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden	**1.226**	**1.189**
Einzelwertberichtigungen	868	803
pauschalierte Einzelwertberichtigungen	93	109
Portfoliowertberichtigungen	265	277
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	**77**	**89**
Gesamt	**1.305**	**1.294**

Die Wertberichtigungen auf Forderungen sind auf der Aktivseite separat ausgewiesen. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft ist als Rückstellung berücksichtigt und dort erläutert. Die Wertberichtigungen auf Forderungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Einzelwert-berichtigungen		Pauschalierte Einzelwert-berichtigungen		Portfoliowert-berichtigungen		Gesamt	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Stand zum 1.1.	**804**	**839**	**109**	**91**	**292**	**326**	**1.205**	**1.256**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	32	–	–	–	8	–	40
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–6	–2	–	–	–	–	–6	–2
Verbrauch	–158	–240	–21	–23	–	–	–179	–263
Auflösungen	–60	–79	–16	–1	–26	–29	–102	–109
Umbuchungen	7	2	–	13	–	–13	7	2
Unwinding	–44	–40	–	–	–	–	–44	–40
Zuführungen	326	292	21	29	–	–	347	321
Stand zum 31.12.	**869**	**804**	**93**	**109**	**266**	**292**	**1.228**	**1.205**

Der Bestand der Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden gliedert sich nach Kundengruppen wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Öffentliche Stellen	2	4
Finanzunternehmen	26	23
Grundstücks- und Wohnungswesen	569	551
Energie- und Wasserversorgung	36	41
Produzierendes Gewerbe	300	210
Sonstige Dienstleistungen	169	179
Natürliche Personen	81	104
Versicherungsgewerbe	4	4
Beteiligungsgesellschaften	23	35
Sonstige	16	38
Gesamt	**1.226**	**1.189**

(37) Handelsaktiva

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**20.348**	**19.573**
Geldmarktpapiere	786	1.079
von öffentlichen Emittenten	33	–
von anderen Emittenten	753	1.079
Anleihen und Schuldverschreibungen	19.562	18.494
von öffentlichen Emittenten	6.303	5.168
von anderen Emittenten	13.259	13.326
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	**172**	**79**
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	**8.469**	**12.873**
kursbezogene Derivate	116	209
zinsbezogene Derivate	7.491	11.657
währungsbezogene Derivate	811	959
Kreditderivate	43	39
warenbezogene Derivate	8	9
Forderungen des Handelsbestands	**3.284**	**5.429**
Gesamt	**32.273**	**37.954**

Die Finanzinstrumente des Postens Handelsaktiva sind ausschließlich der Kategorie aFV (Unterkategorie HfT) zugeordnet und werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Forderungen des Handelsbestands umfassen im Wesentlichen Schuldscheindarlehen sowie Wertpapierpensions- und Geldhandelsgeschäfte.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind 19.734 Mio. € (2012: 18.676 Mio. €) börsennotiert.

(38) Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Sicherungsderivate des Hedge Accounting	1.326	2.203
Andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate	3.365	4.789
Gesamt	**4.691**	**6.992**

Die Sicherungsderivate des Hedge Accounting werden im Rahmen von gemäß IAS 39 qualifizierenden Mikro Fair Value Hedges eingesetzt. Als andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate werden hier derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nicht gemäß IAS 39 dokumentiert ist (ökonomische Hedges).

(39) Finanzanlagen

Der Posten Finanzanlagen umfasst Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Kategorie AfS und der FVO. Darüber hinaus umfasst der Posten seit 2012 die durch Vollkonsolidierung einer Zweckgesellschaft einbezogenen angekauften Ansprüche aus Kapitallebensversicherungen. Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden entsprechend ihrer Zuordnung zur Kategorie AfS erfolgsneutral oder zur Kategorie FVO erfolgswirksam grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Für den Fall, dass der Zeitwert nicht zuverlässig ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen.

Die Finanzanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**23.403**	**27.154**
von öffentlichen Emittenten	9.961	13.522
von anderen Emittenten	13.442	13.632
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	**207**	**134**
Aktien	123	51
andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	84	83
Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	**29**	**35**
bewertet zum beizulegenden Zeitwert	21	27
bewertet zu Anschaffungskosten	8	8
Beteiligungen	**377**	**420**
bewertet zum beizulegenden Zeitwert	352	395
bewertet zu Anschaffungskosten	25	25
Ankauf von Forderungen aus Kapitallebensversicherungen	**184**	**194**
bewertet zum beizulegenden Zeitwert	184	194
Gesamt	**24.200**	**27.937**

Die anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere beinhalten im Wesentlichen Anteile an Investmentvermögen.

Der Buchwert der börsennotierten Finanzanlagen beläuft sich auf:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	22.473	26.177
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	134	59
Gesamt	**22.607**	**26.236**

Unter den Beteiligungen sind auch Anteile an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen ausgewiesen, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht at Equity bewertet werden. Nachfolgende Übersicht enthält zusammengefasste finanzielle Informationen dieser Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Gesamt		
Summe der Vermögenswerte	673	818
Summe der Verpflichtungen	492	588
Erträge	121	114
Jahresergebnis	25	17
Anteilig		
Summe der Vermögenswerte	255	340
Summe der Verpflichtungen	177	226
Erträge	45	42
Jahresergebnis	11	6

Die Entwicklung der Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen ist folgender Übersicht zu entnehmen:

in Mio. €

	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen		Beteiligungen		Gesamt	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Anschaffungskosten						
Stand zum 1.1.	**44**	**42**	**458**	**471**	**502**	**513**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	3	–	–1	–	2
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	–6	–3	–6	–3
Zugänge	–	1	14	31	14	32
Abgänge	–5	–2	–35	–40	–40	–42
Stand zum 31.12.	**39**	**44**	**431**	**458**	**470**	**502**
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen						
Stand zum 1.1.	**11**	**6**	**53**	**41**	**64**	**47**
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	–2	–1	–2	–1
erfolgsneutrale Wertänderungen aus der Bewertung (AfS)	–2	5	–	11	–2	16
Abgänge	–	–	–	2	–	2
Stand zum 31.12.	**9**	**11**	**51**	**53**	**60**	**64**
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen						
Stand zum 1.1.	**–20**	**–20**	**–91**	**–78**	**–111**	**–98**
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	1	–	1	–
Wertminderungen	–	–	–16	–17	–16	–17
erfolgswirksame Wertänderungen aus der Bewertung (FVO)	–	–	–1	–	–1	–
Abgänge	1	–	2	4	3	4
Stand zum 31.12.	**–19**	**–20**	**–105**	**–91**	**–124**	**–111**
Buchwerte zum 31.12.	**29**	**35**	**377**	**420**	**406**	**455**

Die in den kumulierten Ab- und Zuschreibungen dargestellten erfolgswirksamen Wertänderungen resultieren im Wesentlichen aus der Wertberichtigung der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG.

Die Abgänge bei den Beteiligungen sind überwiegend auf Abgänge im Bereich der Private-Equity-Fonds zurückzuführen.

Bei den folgenden Gesellschaften bestehen am Bilanzstichtag durch vertragliche beziehungsweise satzungsmäßige Regelungen Beschränkungen bezüglich laufender Ausschüttungen:

- Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt,
- Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden,
- Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel,
- Hessenkapital I GmbH, Frankfurt am Main,
- Hessenkapital II GmbH, Frankfurt am Main,
- MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main,
- Mittelhessenfonds GmbH, Frankfurt am Main,
- Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt,
- Palladium Praha s.r.o., Prag, Tschechien.

(40) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

In der Berichtsperiode werden insgesamt 27 (2012: 23) Gemeinschaftsunternehmen und wie im Vorjahr vier assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bewertet.

Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile gliedern sich wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen	67	50
Anteile an assoziierten Unternehmen	25	16
Gesamt	**92**	**66**

Unter den at Equity bewerteten Unternehmen befinden sich keine börsennotierten Gesellschaften.

Die nachfolgende Tabelle enthält die zusammengefassten finanziellen Informationen der at Equity bewerteten Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen auf Basis der Einzel- beziehungsweise Konzernabschlüsse der at Equity bewerteten Unternehmen und bezogen auf den Kapitalanteil des Helaba-Konzerns an den Vermögenswerten, Verpflichtungen, Erträgen und Jahresergebnissen.

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen – gesamt		
Summe der Vermögenswerte	887	837
Summe der Verpflichtungen	678	668
Erträge	114	147
Jahresergebnis	13	12
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen – anteilig		
Summe der Vermögenswerte	327	262
Summe der Verpflichtungen	260	212
Erträge	27	52
Jahresergebnis	–	4

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Anteile an assoziierten Unternehmen – gesamt		
Summe der Vermögenswerte	1.028	1.175
Summe der Verpflichtungen	984	1.158
Erträge	203	188
Jahresergebnis	6	–20
Anteile an assoziierten Unternehmen – anteilig		
Summe der Vermögenswerte	490	563
Summe der Verpflichtungen	473	559
Erträge	97	90
Jahresergebnis	–	–11

(41) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Vermietete Grundstücke und Gebäude	2.342	2.346
Unbebaute Grundstücke	61	50
Leerstehende Gebäude	4	4
Immobilien im Bau	19	23
Gesamt	**2.426**	**2.423**

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien entfallen mit 1.771 Mio. € (2012: 1.794 Mio. €) auf Wohnimmobilien der Unternehmensgruppe GWH.

Die Entwicklung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zeigt die folgende Tabelle:

in Mio. €

	2013	2012
Anschaffungskosten/Herstellungskosten		
Stand zum 1.1.	**2.729**	**2.705**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	37	–
Zugänge	42	63
Übertragungen in das Vorratsvermögen	–	–3
Abgänge	–39	–36
Stand zum 31.12.	**2.769**	**2.729**
Kumulierte Abschreibungen		
Stand zum 1.1.	**–306**	**–269**
planmäßige Abschreibungen	–39	–39
außerplanmäßige Abschreibungen	–3	–5
Abgänge	5	7
Stand zum 31.12.	**–343**	**–306**
Buchwerte zum 31.12.	**2.426**	**2.423**

Es besteht eine vertragliche Verpflichtung in Höhe von 41 Mio. € (2012: 12 Mio. €) zum Erwerb, zur Erstellung oder zur Entwicklung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien.

Die beizulegenden Zeitwerte der Immobilien betragen zum Bilanzstichtag insgesamt 3.175 Mio. € (2012: 3.047 Mio. €) und sind dem Bewertungslevel 3 zugeordnet.

Der beizulegende Zeitwert der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird nach international anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt. Für den überwiegenden Bestand des Konzerns an Wohngebäuden, Gewerbeobjekten, Garagen und Stellplätzen sowie unbebauten Grundstücken erfolgt die Bewertung durch unabhängige Sachverständige nach Marktwerten, insbesondere ermittelt auf Basis des Discounted-Cashflow-Verfahrens. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgt aufgrund der Kapitalanlagebasis des nachhaltigen erreichbaren Mieteinkommens unter Berücksichtigung der Bewirtschaftungskosten und erwarteter Leerstandsquoten.

Für die Bewertung werden die Immobilien aufgrund einer Standort- und Objektbeurteilung strukturiert und in Cluster unterteilt. Grundlage hierfür sind die Parameter Markt (Makro-Standort), Standort (Mikro-Standort), Objekt und Qualität des Cashflows. Dabei werden in sich homogene Gruppen gebildet, die sich untereinander in Bezug auf die Lage und die Qualität der Verwaltungseinheiten und damit ihr jeweiliges Risiko unterscheiden.

Auf Basis der gebildeten Cluster wurden unverändert zum Vorjahr folgende Grundsätze angewendet:

- Ableitung von jährlichen Mietsteigerungsraten;
- Ableitung von nicht umlagefähigen Betriebskosten;
- Ableitung von effektiven Leerstandsquoten;
- Ableitung von Kapitalisierungs- und Diskontierungszinssätzen.

Auf Basis der Immobilien wurden folgende Grundsätze angewendet:

- Festlegung der Marktmiete zum Bewertungsstichtag;
- Festlegung der Kosten für Instandhaltung, Verwaltung und sonstige Kosten;
- Entwicklung der Miete je m² Mietfläche aus der Fortschreibung der Marktmiete und der Ist-Miete;
- Entwicklung des Leerstands bei clusterspezifischen Annahmen zum Zielleerstand;
- Entwicklung der Kosten für Instandhaltung, Verwaltung, nicht umlagefähige Betriebskosten, sonstige Kosten sowie gegebenenfalls Erbbauzinsen.

Die Ermittlung der Cashflows erfolgt in zwei Schritten. Über einen Detailprognosezeitraum von zehn Jahren ergeben sich die Einzahlungen aus den derzeitigen Sollmieten bei unterstellter Vollvermietung vermindert durch Ertragsschmälerungen aufgrund aktueller Leerstände im ersten Jahr respektive angenommener struktureller Leerstände in den Folgejahren zwei bis zehn. Der so ermittelte Betrag vermindert um Verwaltungskosten, nicht umlagefähige Betriebskosten, Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten sowie Erbbauzinsen ergibt den freien zu diskontierenden Cashflow vor Steuern und Kapitaldienst. Im elften Jahr wird ein hypothetischer Verkauf der Immobilie unterstellt, der Verkaufswert wird als Restwert der Berechnung zugrunde gelegt. Die Summe der Barwerte der Zahlungsströme des Detailprognosezeitraums und des hypothetischen Wiederverkaufs stellt den beizulegenden Zeitwert der Immobilie dar.

Der Diskontierungssatz besteht aus einem risikolosen Zinssatz sowie Zu- und Abschlägen für bestehende Immobilien-, Lage- und Marktrisiken.

(42) Sachanlagen

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude	147	151
Betriebs- und Geschäftsausstattung	62	58
Leasinggegenstände	56	57
Gesamt	**265**	**266**

Die Sachanlagen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Leasinggegenstände		Gesamt	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Anschaffungskosten/ Herstellungskosten								
Stand zum 1.1.	**226**	**368**	**204**	**213**	**113**	**–**	**543**	**581**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	115	–	115
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–1	–	–	–	–5	–2	–6	–2
Zugänge	–	–	18	14	–	–	18	14
Abgänge	–	–142	–12	–23	–	–	–12	–165
Stand zum 31.12.	**225**	**226**	**210**	**204**	**108**	**113**	**543**	**543**
Kumulierte Abschreibungen							**–**	**–**
Stand zum 1.1.	**–75**	**–114**	**–146**	**–152**	**–56**	**–**	**–277**	**–266**
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	–	–	1	–	1	–
planmäßige Abschreibungen	–3	–5	–13	–12	–3	–5	–19	–22
außerplanmäßige Abschreibungen	–	–	–	–	–	–51	–	–51
Zuschreibungen	–	–	–	–	6	–	6	–
Abgänge	–	44	11	18	–	–	11	62
Stand zum 31.12.	**–78**	**–75**	**–148**	**–146**	**–52**	**–56**	**–278**	**–277**
Buchwerte zum 31.12.	**147**	**151**	**62**	**58**	**56**	**57**	**265**	**266**

(43) Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Geschäfts- oder Firmenwerte	136	152
Gekaufte Software	46	41
Gesamt	**182**	**193**

Die immateriellen Vermögenswerte des Helaba-Konzerns haben – mit Ausnahme der Geschäfts- oder Firmenwerte – begrenzte Nutzungsdauern und werden planmäßig abgeschrieben.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte resultieren im Wesentlichen aus dem Erwerb der Frankfurter Sparkasse im Jahr 2005 und einer seit 2009 konsolidierten ausländischen Immobiliengesellschaft.

Die immateriellen Vermögenswerte haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Geschäfts- oder Firmenwerte		Gekaufte Software		Sonstige immaterielle Vermögenswerte		Gesamt	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Anschaffungskosten/ Herstellungskosten								
Stand zum 1.1.	**266**	**250**	**153**	**129**	**1**	**1**	**420**	**380**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	16	–	–	–	–	–	16
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	–1	–	–	–	–1	–
Zugänge	–	–	23	25	–	–	23	25
Abgänge	–	–	–1	–1	–	–	–1	–1
Stand zum 31.12.	**266**	**266**	**174**	**153**	**1**	**1**	**441**	**420**
Kumulierte Abschreibungen								
Stand zum 1.1.	**–114**	**–114**	**–112**	**–98**	**–1**	**–1**	**–227**	**–213**
planmäßige Abschreibungen			–17	–14	–	–	–17	–14
außerplanmäßige Abschreibungen	–16	–	–	–	–	–	–16	–
Abgänge	–	–	1	–	–	–	1	–
Stand zum 31.12.	**–130**	**–114**	**–128**	**–112**	**–1**	**–1**	**–259**	**–227**
Buchwerte zum 31.12.	**136**	**152**	**46**	**41**	**–**	**–**	**182**	**193**

Es besteht wie im Vorjahr keine vertragliche Verpflichtung zum Erwerb immaterieller Vermögenswerte.

Der Werthaltigkeitstest für den Geschäfts- oder Firmenwert der in 2012 übernommenen NRW-Verbundbank erfolgte zum 30. Juni 2013 auf Basis einer aktualisierten Betrachtung von Planwerten der erwarteten Erträge und Aufwendungen. Die Barwertermittlung erfolgte mit einem Abzinsungssatz von 8,25 % p.a. und berücksichtigte einen Wachstumsabschlag von 1 % in der Phase der nachhaltigen Werte ab 2017. Das Verbundbankgeschäft hatte bei Erwerb einen Marktwert von null.

Zum Stichtag des Werthaltigkeitstests war der Marktwert negativ, so dass eine vollständige Abschreibung des Geschäfts- oder Firmenwerts (16 Mio. €) erforderlich war. In der Segmentberichterstattung erfolgte eine Darstellung der Abschreibung im Segment Sonstige.

Der Werthaltigkeitstest für den Firmenwert (99 Mio. €) aus dem Erwerb der Frankfurter Sparkasse erfolgt auf Basis einer Ertragswertschätzung für die aus einer aktuellen Unternehmensplanung der Sparkasse abgeleiteten Cashflows. Für besondere Vermögenswerte (Anteilsbesitz) werden gesonderte Werte berücksichtigt. Die Barwertermittlung erfolgt auf Basis des aktuellen Marktzinses von 2,75 % zuzüglich einer Marktrisikoprämie von 6,0 %. Zudem wird ein Wachstumsabschlag ab dem Ende der Detailplanungsphase von 1,0 % berücksichtigt. Zum 31. Dezember 2013 ergibt sich hiernach ein über dem Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit liegender beizulegender Wert.

Bei einer ausländischen Immobiliengesellschaft basiert der Werthaltigkeitstest des Firmenwerts (37 Mio. €) im Wesentlichen auf einer Bewertung der Immobilie in der gesellschaftsrechtlichen Struktur und den lokalen steuerlichen Verhältnissen. Der Immobilienwert wird für Zwecke des Werthaltigkeitstests auf Basis erwarteter Mieterlöse und Kosten sowie eines den lokalen Verhältnissen entsprechenden Zinssatzes ermittelt. Der sich hieraus ergebende aktuelle Wert liegt oberhalb des Buchwerts im Konzern.

(44) Ertragsteueransprüche

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	71	40
Latente Ertragsteueransprüche	276	713
Gesamt	**347**	**753**

Die latenten Ertragsteueransprüche verteilen sich auf folgende Posten:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	13	75
Handelsaktiva/-passiva und Derivate	1.005	1.728
Finanzanlagen	77	66
Sonstige Aktiva	72	70
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	207	671
Pensionsrückstellungen	195	203
Sonstige Rückstellungen	37	38
Sonstige Passiva	58	55
Steuerliche Verlustvorträge	13	15
Latente Ertragsteueransprüche brutto	**1.677**	**2.921**
Saldierung mit latenten Ertragsteuerverpflichtungen	–1.401	–2.208
Gesamt	**276**	**713**
davon: langfristig	252	686

Im Geschäftsjahr 2013 wurde die Saldierung aktiver und passiver latenter Steuern nach IAS 12.74 umfassend genutzt.

Für die Ermittlung der latenten Ertragsteueransprüche der in- und ausländischen Berichtseinheiten wurden die individuellen Steuersätze zugrunde gelegt. Im Inland ergibt sich für die Bank in 2013 bei einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von derzeit 451 % (2012: 451 %) ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,6 % (2012: 31,6 %).

Latente Steuern auf Verlustvorträge werden nur insoweit aktiviert, als ihre Realisierbarkeit hinreichend sicher ist. Die Realisierbarkeit setzt voraus, dass in einem überschaubaren zukünftigen Zeitraum ausreichende zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, um die steuerlichen Verlustvorträge zu verrechnen. Zum Bilanzstichtag wurden latente Steuern in Höhe von 13 Mio. € (2012: 15 Mio. €) auf Verlustvorträge gebildet.

Insgesamt wurden auf körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 41 Mio. € (2012: 60 Mio. €) und auf gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 52 Mio. € (2012: 74 Mio. €) keine latenten Ertragsteueransprüche angesetzt, da in absehbarer Zukunft keine steuerlichen Ergebnisse mit einer ausreichenden Wahrscheinlichkeit erwartet werden.

Die latenten Ertragsteueransprüche, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, betragen zum Bilanzstichtag 67 Mio. € (2012: 78 Mio. €).

(45) Sonstige Aktiva

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Immobilien des Vorratsvermögens	116	88
fertiggestellte Immobilien	67	46
Immobilien im Bau	49	42
Geleistete Vorauszahlungen und Anzahlungen	90	75
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	45	38
Steueransprüche aus sonstigen Steuern (außer Ertragsteuern)	3	3
Sonstige Vermögenswerte	688	736
Gesamt	**942**	**940**

(46) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Angeschlossene Sparkassen	5.922	8.382
Girozentralen	1.798	1.873
Banken	26.386	29.020
Gesamt	**34.106**	**39.275**
davon:		
inländische Kreditinstitute	29.942	34.720
ausländische Kreditinstitute	4.164	4.555

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Täglich fällige Verbindlichkeiten	7.826	7.829
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	26.280	31.446
Gesamt	**34.106**	**39.275**
darunter:		
aufgenommene Schuldscheindarlehen	7.966	9.761
Weiterleitungsdarlehen	7.805	7.570
begebene Namensschuldverschreibungen	2.890	2.824
Tages- und Termingelder	1.438	5.659
laufende Konten (Girokonten)	6.306	5.482

(47) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Firmenkunden	23.414	27.118
Privatkunden	15.936	15.714
Öffentliche Stellen	4.545	4.779
Gesamt	**43.895**	**47.611**
davon:		
inländische Kunden	41.575	44.311
ausländische Kunden	2.320	3.300

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Täglich fällige Verbindlichkeiten	18.689	18.672
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	25.206	28.939
Gesamt	**43.895**	**47.611**
darunter:		
Kundeneinlagen auf Girokonten	9.226	9.325
Tages- und Termingelder	11.981	13.571
Spareinlagen	2.184	2.368
Bauspareinlagen	3.838	3.595
begebene Namensschuldverschreibungen	11.259	11.598
aufgenommene Schuldscheindarlehen	4.539	6.281

(48) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Begebene Schuldverschreibungen	**46.856**	**56.334**
Hypothekenpfandbriefe	3.352	3.139
öffentliche Pfandbriefe	12.007	13.318
sonstige Schuldverschreibungen	31.497	39.877
Andere verbriefte Verbindlichkeiten	**1.389**	**834**
Gesamt	**48.245**	**57.168**

Die anderen verbrieften Verbindlichkeiten betreffen wie im Vorjahr ausschließlich Geldmarktpapiere. Für detaillierte Angaben zur Emissionstätigkeit siehe Anhangangabe (69).

(49) Handelspassiva

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012[1)]
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	**9.537**	**13.845**
kursbezogene Derivate	98	90
zinsbezogene Derivate	8.507	12.897
währungsbezogene Derivate	884	815
Kreditderivate	40	36
warenbezogene Derivate	8	7
Begebene Geldmarktpapiere	**2.604**	**4.230**
Begebene Aktien-/Indexzertifikate	**142**	**181**
Verbindlichkeiten des Handelsbestands	**21.459**	**17.892**
Gesamt	**33.742**	**36.148**

[1)] Vorjahreszahlen angepasst: Separater Ausweis der begebenen Aktien- und Indexzertifikate, die im Vorjahr in den Verbindlichkeiten des Handelsbestands enthalten waren.

Der Posten Handelspassiva enthält ausschließlich der Kategorie aFV (Unterkategorie HfT) zugeordnete Finanzinstrumente. Die Verbindlichkeiten des Handelsbestands umfassen im Wesentlichen Geldhandelsgeschäfte.

(50) Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Sicherungsderivate des Hedge Accounting	641	1.230
Andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate	2.848	3.752
Gesamt	**3.489**	**4.982**

Die Sicherungsderivate des Hedge Accounting werden im Rahmen von gemäß IAS 39 qualifizierenden Mikro Fair Value Hedges eingesetzt. Als andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate werden hier derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nicht gemäß IAS 39 dokumentiert ist (ökonomische Hedges).

(51) Rückstellungen

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	**1.267**	**1.268**
Andere Rückstellungen	**363**	**376**
Rückstellungen für den Personalbereich	98	101
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	77	89
Restrukturierungsrückstellungen	18	–
sonstige Rückstellungen	170	186
Gesamt	**1.630**	**1.644**

Die in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben sich in 2013 wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Aufgrund IAS 19.64 nicht angesetzter Betrag	Nettobetrag der Pensionsverpflichtungen
Stand zum 1.1.	**1.538**	**–304**	**25**	**1.259**
Summe Pensionsaufwand	**85**	**–10**	**1**	**76**
Zinsaufwand (+)/Zinsertrag (–)	53	–10	1	44
laufender Dienstzeitaufwand	29	–	–	29
Ergebnis aus Planabgeltungen	3	–	–	3
Summe Neubewertungen	**–22**	**3**	**–3**	**–22**
versicherungsmathematische Gewinne (–)/Verluste (+) aus finanziellen Annahmen	–28	–	–	–28
erfahrungsbedingte Gewinne (–)/Verluste (+)	6	–	–	6
Neubewertungen aus Planvermögen	–	3	–	3
Neubewertungen aus dem aufgrund IAS 19.64 nicht angesetzten Betrag	–	–	–3	–3
Arbeitnehmerbeiträge	4	–4	–	–
Arbeitgeberbeiträge	–	–8	–	–8
Gezahlte Versorgungsleistungen	–55	9	–	–46
Zahlungen in Zusammenhang mit Planabgeltungen	–10	10	–	–
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–2	1	–	–1
Stand zum 31.12.	**1.538**	**–303**	**23**	**1.258**

Nachfolgend die entsprechenden Werte für 2012:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Aufgrund IAS 19.64 nicht angesetzter Betrag	Nettobetrag der Pensionsverpflichtungen
Stand zum 1.1.	**1.156**	**–271**	**45**	**930**
Summe Pensionsaufwand	**80**	**–12**	**2**	**70**
Zinsaufwand (+)/Zinsertrag (–)	57	–12	2	47
laufender Dienstzeitaufwand	23	–	–	23
Summe Neubewertungen	**306**	**–18**	**–22**	**266**
versicherungsmathematische Gewinne (–)/ Verluste (+) aus finanziellen Annahmen	287	–	–	287
erfahrungsbedingte Gewinne (–)/Verluste (+)	19	–	–	19
Neubewertungen aus Planvermögen	–	–18	–	–18
Neubewertungen aus dem aufgrund IAS 19.64 nicht angesetzten Betrag	–	–	–22	–22
Arbeitnehmerbeiträge	4	–4	–	–
Arbeitgeberbeiträge	–	–7	–	–7
Gezahlte Versorgungsleistungen	–52	9	–	–43
Zahlungen in Zusammenhang mit Planabgeltungen	–		–	–
Veränderungen des Konsolidierungskreises	43		–	43
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	1	–1	–	–
Stand zum 31.12.	**1.538**	**–304**	**25**	**1.259**

Unter Berücksichtigung des Nettovermögenswerts aus einer Versorgungszusage der Frankfurter Sparkasse in Höhe von 9 Mio. € (2012: 9 Mio. €) ergeben sich Pensionsrückstellungen in Höhe von 1.267 Mio. € (2012: 1.268 Mio. €).

Bei der Landesbank Hessen-Thüringen bestehen im Wesentlichen die folgenden Leistungszusagen, die im Rahmen von Direktzusagen gewährt wurden:

Für pensionsberechtigte Mitarbeiter, die bis zum 31. Dezember 1985 in die Dienste der Bank eingetreten sind, gilt eine volldynamische Gesamtversorgungszusage, bei der jährliche Rentenleistungen bis zu einer Höhe von maximal 75 % der ruhegehaltsfähigen Bezüge zum Zeitpunkt des Renteneintritts unter Anrechnung von Fremdrentenansprüchen gezahlt werden. Während der Rentenbezugsphase werden Rentenansprüche entsprechend den Tarifanpassungen erhöht. Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus Rentnern und Hinterbliebenen zusammen, es besteht ein geringer Anteil an aktiven und unverfallbar ausgeschiedenen Anwärtern.

Die in den Jahren 1986 bis 1998 geltende Versorgungsordnung stellt eine endgehaltsabhängige Zusage mit gespaltener Rentenformel dar. Es werden jährliche Rentenleistungen zugesagt, bei denen pro Dienstjahr ein bestimmter Prozentsatz der ruhegehaltsfähigen Bezüge in Abhängigkeit von der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung (BBG) erdient wird, wobei Gehaltsteile oberhalb der BBG anders gewichtet werden als Gehaltsteile bis zur BBG. Es werden

maximal 35 Dienstjahre berücksichtigt und die Rentenansprüche in der Rentenbezugsphase analog zu den Tarifanpassungen erhöht. Der Bestand besteht überwiegend aus aktiven und unverfallbar ausgeschiedenen Anwärtern.

Bei der seit 1999 geltenden Versorgungszusage ergibt sich die Altersrente aus der Summe so genannter Rentenbausteine, die während der versorgungsfähigen Dienstzeit angesammelt werden. Die Rentenbausteine ermitteln sich anhand der mit einem altersabhängigen Faktor multiplizierten ruhegehaltsfähigen Bezüge des jeweiligen Kalenderjahres. In der Rentenbezugsphase werden die Rentenansprüche jährlich mit einem Prozent dynamisiert. Der Bestand ist für Neuzusagen offen und besteht derzeit fast ausschließlich aus aktiven und unverfallbar ausgeschiedenen Anwärtern.

Daneben bestehen Einzelzusagen auf jährliche Rentenleistungen. Zum überwiegenden Teil handelt es sich dabei um beamtenähnliche Gesamtversorgungszusagen, bei denen die Rentenansprüche in der Rentenbezugsphase gemäß den Tarifanpassungen erhöht werden. Der Bestand setzt sich überwiegend aus Rentnern, Hinterbliebenenrentnern beziehungsweise unverfallbar Ausgeschiedenen zusammen und ist für Neuzugänge weiterhin offen.

Mit der Übernahme des Verbundbankgeschäfts sind im Rahmen des Teilbetriebsübergangs gemäß § 613a BGB auch die Pensionsverpflichtungen der Portigon AG gegenüber den neuen Mitarbeitern auf die Helaba übergegangen.

Mitarbeiter, die im Zusammenhang mit der Aufspaltung der Westdeutschen Landesbank Girozentrale in die öffentlich-rechtliche Landesbank NRW (heutige NRW.Bank) und in die privatrechtliche WestLB AG (heutige Portigon AG) im Jahr 2002 der NRW.Bank zugeordnet wurden, wurden beurlaubt, um mit der Portigon AG ein zweites Arbeitsverhältnis („Doppelverträgler VBB“) zu begründen. Diese Pensionszusagen werden unverändert durch die NRW.Bank weitergeführt. Wirtschaftlich belastet wird jedoch die Helaba, da die von der NRW.Bank zu leistenden Versorgungszahlungen zu erstatten sind.

Für die Versorgungsanwartschaften der übrigen Mitarbeiter wurde zum Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs ein Besitzstand ermittelt, der auf die Helaba überging. Die extern finanzierten Versorgungsanwartschaften gegenüber der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin, wurden zum Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs beitragsfrei gestellt. Seit dem Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs sind die Mitarbeiter zur betrieblichen Altersversorgung der Helaba bei der seit 1999 geltenden Dienstvereinbarung angemeldet.

Des Weiteren besteht eine mitarbeiterfinanzierte Versorgungszusage in Form der Entgeltumwandlung, bei der einmalige Kapitalleistungen zugesagt werden. Dabei werden für jeden von dem Mitarbeiter gewandelten Betrag Fondsanteile erworben und ein altersabhängiger Kapitalbaustein berechnet. Im Versorgungsfall wird der höhere Betrag aus der Summe der Kapitalbausteine und dem Fondsvermögen ausgezahlt. Der Bestand ist für Neuzusagen offen.

Bei der Frankfurter Sparkasse haben grundsätzlich alle Mitarbeiter einen Anspruch auf eine Rente der Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse. Es handelt sich hierbei um eine regulierte Pensionskasse. Die Anpassungsverpflichtung der lebenslänglichen laufenden Leistungen der Pensionskasse

wird in Form einer Direktzusage der Frankfurter Sparkasse umgesetzt. Für Mitarbeiter der ehemaligen Stadtsparkasse Frankfurt besteht ein Rentenanspruch gegenüber der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt (ZVK), den die Helaba im Rahmen des Unternehmenserwerbs der Frankfurter Sparkasse als Verpflichtung identifiziert hat und bilanziell ausweist. Des Weiteren bestehen Einzelzusagen, im Wesentlichen in Form von Gesamtversorgungszusagen, sowie eine mitarbeiterfinanzierte Versorgungszusage.

Für Mitarbeiter der Niederlassung London besteht ein leistungsorientierter Versorgungsplan, der für Neueintritte geschlossen ist. Zur Sicherung der Versorgungsansprüche wird ein Planvermögen aufgebaut, das mit dem Verpflichtungsumfang abgeglichen und über festgelegte Zeiträume regelmäßig aktualisiert beziehungsweise gegebenenfalls mit Anpassungsszenarien unterlegt wird. Von der Möglichkeit einer befreienden Abgeltung der Versorgungsansprüche bei Dienstaustritt zugunsten einer ausfinanzierten Versorgungszusage eines externen Versorgungsträgers („pension buy-out“) wurde in der Vergangenheit Gebrauch gemacht.

Bei der Tochtergesellschaft Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG werden die gesetzlichen Anforderungen an die betriebliche Altersversorgung durch ein eigenes Vorsorgewerk dargestellt, das an eine Sammelstiftung eines externen Trägers angeschlossen ist.

Der Finanzierungsstatus der Pensionspläne stellt sich zum 31. Dezember 2013 wie folgt dar:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Aufgrund IAS 19.64 nicht angesetzter Betrag	Nettobetrag der Pensionsverpflichtungen
Inländische Pensionspläne	**1.449**	**–223**	**23**	**1.249**
Landesbank Hessen-Thüringen	**1.038**	**–23**	**–**	**1.015**
Gesamtversorgungszusagen	740	–	–	740
Versorgungszusage bis 1985	645	–	–	645
Einzelzusagen	70	–	–	70
Doppelverträgler VBB	25	–	–	25
endgehaltsabhängige Zusage (Versorgungsordnung 1986 bis 1998)	144	–	–	144
Rentenbausteinsystem (Versorgungsordnung ab 1999)	94	–	–	94
übrige Zusagen	60	–23	–	37
Frankfurter Sparkasse	**357**	**–196**	**23**	**184**
Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse	164	–196	23	–9
Anpassungsverpflichtung Pensionskasse	50	–	–	50
ZVK Frankfurt	81	–	–	81
Einzelzusagen	52	–	–	52
übrige Zusagen	10	–	–	10
übrige Konzerngesellschaften	**54**	**–4**	**–**	**50**
Ausländische Pensionspläne	**89**	**–80**	**–**	**9**
Gesamt	**1.538**	**–303**	**23**	**1.258**

Zum 31. Dezember 2012 ergaben sich folgende Werte:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Aufgrund IAS 19.64 nicht angesetzter Betrag	Nettobetrag der Pensionsverpflichtungen
Inländische Pensionspläne	**1.446**	**–220**	**25**	**1.251**
Landesbank Hessen-Thüringen	**1.036**	**–19**	**–**	**1.017**
Gesamtversorgungszusagen	756	–	–	756
Versorgungszusage bis 1985	665	–	–	665
Einzelzusagen	70	–	–	70
Doppelverträgler VBB	21	–	–	21
endgehaltsabhängige Zusage (Versorgungsordnung 1986 bis 1998)	144	–	–	144
Rentenbausteinsystem (Versorgungsordnung ab 1999)	85	–	–	85
übrige Zusagen	51	–19	–	32
Frankfurter Sparkasse	**357**	**–197**	**25**	**185**
Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse	163	–197	25	–9
Anpassungsverpflichtung Pensionskasse	50	–	–	50
ZVK Frankfurt	84	–	–	84
Einzelzusagen	50	–	–	50
übrige Zusagen	10	–	–	10
übrige Konzerngesellschaften	**53**	**–4**	**–**	**49**
Ausländische Pensionspläne	**92**	**–84**	**–**	**8**
Gesamt	**1.538**	**–304**	**25**	**1.259**

Das Planvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Planvermögen mit Marktpreisnotierungen in aktiven Märkten	**260**	**261**
Barreserve	3	1
Forderungen an Kreditinstitute	27	17
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	172	193
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	57	49
andere Vermögenswerte	1	1
Übriges Planvermögen	**43**	**43**
qualifizierte Versicherungsverträge	40	40
andere Vermögenswerte	3	3
Marktwert des Planvermögens	**303**	**304**

Von dem Planvermögen entfallen 24 Mio. € (2012: 14 Mio. €) auf konzerneigene übertragbare Finanzinstrumente, in andere selbst genutzte Vermögenswerte wurde wie im Vorjahr nicht investiert.

Der wirtschaftliche Nutzen der aus der Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse resultierenden Planüberdeckung in Höhe von 32 Mio. € (2012: 34 Mio. €) ist auf die Gewinnrücklage der Pensionskasse in Höhe von 9 Mio. € begrenzt, da nur diese im Liquidationsfall satzungsgemäß dem Arbeitgeber zusteht. Der darüber hinausgehende Überhang in Höhe von 23 Mio. € fällt unter die Asset-Ceiling-Regelung gemäß IAS 19.64.

Für das folgende Geschäftsjahr werden Einzahlungen der Helaba in das Planvermögen in Höhe von 6 Mio. € erwartet. Darüber hinaus besteht bei einem ausländischen Pensionsfonds nach lokalen Bewertungsmodalitäten eine Unterdeckung in Höhe von 7 Mio. €, die ab 2015 durch Einzahlungen in das Planvermögen zu begleichen ist. Dabei erfolgt ein regelmäßiger Abgleich zwischen den Planvermögenswerten nach Einzahlungen und den Auswirkungen aufgrund der Anpassung der lokalen Bewertungsparameter.

Die Finanzierung der Pensionsverpflichtungen, für die kein Planvermögen gemäß IAS 19 vorliegt, erfolgt überwiegend über einen langfristig ausgerichteten Spezialfonds mit Anlageschwerpunkt Rentenpapiere.

Die Pensionsverpflichtungen im Helaba-Konzern sind verschiedenen Risiken ausgesetzt. Die Risiken sind dabei sowohl auf allgemeine Marktschwankungen als auch auf besondere Risiken zurückzuführen. Es gibt dabei keine außergewöhnlichen Risiken aus den Pensionsverpflichtungen.

Die Risiken aus den allgemeinen Marktschwankungen betreffen im Wesentlichen Risiken aus Schwankungen in der Inflationsrate und den Marktzinsen, aber auch aus anderen Risiken wie dem Langlebigkeitsrisiko.

- Allgemeine Marktschwankungen:
  Die allgemeinen Marktschwankungen wirken sich vorrangig durch Änderungen im Rechnungszins auf die Höhe der Pensionsverpflichtungen aus. Durch allgemein gesunkene Rechnungszinsen haben sich die Pensionsrückstellungen in den letzten Jahren bereits spürbar erhöht; der starke Einfluss der Rechnungszinsen auf die Höhe der Pensionsverpflichtungen liegt vor allem an der langen Laufzeit der Verpflichtungen.
- Inflationsrisiko – Rentenanpassung:
  Für die Rentenzusagen des Helaba-Konzerns kommt im Rahmen der Rentenanpassungsprüfung grundsätzlich das Betriebsrentengesetz zur Anwendung. Die neueren Versorgungsordnungen, die als Rentenbausteinsysteme abgebildet werden, unterliegen dabei fest vereinbarten Anpassungssätzen und sind daher im Wesentlichen unabhängig von der Inflation beziehungsweise künftigen Tarifanpassungen.
- Inflationsrisiko – Gehalts- und Tarifsteigerungen sowie Steigerung der Beamtenbezüge:
  Für den überwiegenden Teil der älteren Versorgungsordnungen (Gesamtversorgungsordnung bis 1985 beziehungsweise Endgehaltsplan) gewährt die Helaba Anpassungen an die Entwicklung im Tarifbereich für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken. Die tarifliche Erhöhung der pensionsfähigen Gehälter hat damit Einfluss auf die Höhe der laufenden Versorgungsleistungen. Einzelne Versorgungszusagen sehen die Anpassung auf Grundlage der Beamtenbesoldung nach den Vorschriften des jeweiligen Bundeslandes (Hessen, Thüringen beziehungsweise Nordrhein-Westfalen) vor.

- Langlebigkeitsrisiko:
  Aufgrund der weit überwiegenden Leistungsform „lebenslange Renten“ wird das Risiko, dass die Rentenberechtigten länger leben als versicherungsmathematisch kalkuliert, durch die Helaba getragen. Normalerweise wird dieses Risiko durch das Kollektiv aller Rentenberechtigten ausgeglichen und kommt nur zum Tragen, wenn die allgemeine Lebenserwartung höher ausfällt als erwartet.

Im Rahmen der besonderen Risiken ist zu erwähnen, dass die Zusagen teilweise von externen Faktoren abhängig sind. Neben den bereits erwähnten Faktoren der Anpassungen durch Tarifsteigerungen beziehungsweise Erhöhung der Beamtenbezüge ist insbesondere im Rahmen von Gesamtversorgungszusagen die Anrechnung der gesetzlichen Altersrente beziehungsweise weiterer extern finanzierter Fremdrenten mit Schwankungen behaftet, die außerhalb des Einflussbereichs der Helaba liegen und von der Bank getragen werden müssen.

Die wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen, die der Bewertung der Pensionsverpflichtungen zugrunde liegen, sind der folgenden Tabelle zu entnehmen (gewichtete Durchschnittssätze):

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Zinssatz	3,7	3,5
Gehaltstrend	2,2	2,1
Rententrend	1,8	1,7
Fluktuationsrate	2,9	2,9

Die Invaliditäts- beziehungsweise die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren im Inland im aktuellen Jahr, wie auch im Vorjahr, auf den Generationentafeln 2005 von Prof. Dr. Heubeck.

Eine Veränderung der wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen hätte folgende Auswirkungen auf den Barwert des Verpflichtungsumfangs aller leistungsorientierten Verpflichtungen:

in Mio. €

	31.12.2013
Abzinsungssatz (Rückgang um 50 Basispunkte)	138
Gehaltssteigerungsrate (Anstieg um 25 Basispunkte)	57
Rentensteigerung (Anstieg um 25 Basispunkte)	62
Lebenserwartung (Verbesserung um 10 %)	65
Fluktuationsrate (Rückgang um 50 Basispunkte)	5

Die dargestellte Sensitivitätsanalyse berücksichtigt jeweils die Änderung einer Annahme, wobei die übrigen Annahmen gegenüber der ursprünglichen Berechnung unverändert bleiben, das heißt, mögliche Korrelationseffekte zwischen den einzelnen Annahmen werden dabei nicht berücksichtigt.

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Verpflichtungen beträgt 17,3 Jahre (2012: 16,9 Jahre). Die Fälligkeit der erwarteten Rentenzahlungen stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Erwartete Rentenzahlungen mit Laufzeiten von bis zu einem Jahr	54	52
Erwartete Rentenzahlungen mit Laufzeiten von über einem Jahr bis zu fünf Jahren	245	238
Erwartete Rentenzahlungen mit Laufzeiten von über fünf Jahren bis zu zehn Jahren	386	371

Der Helaba-Konzern ist an leistungsorientierten gemeinschaftlichen Plänen mehrerer Arbeitgeber (Multi-Employer-Pläne) beteiligt, die wie beitragsorientierte Pläne behandelt werden. Es handelt sich dabei um die Mitgliedschaft bei umlagefinanzierten Versorgungswerken in Form der regulierten Pensionskasse, die zum 1. Januar 2002 den Wechsel in das Kapitaldeckungsverfahren vorgenommen haben. Diese betreffen die regionalen Zusatzversorgungskassen (KVV beziehungsweise ZVK) sowie die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL), deren Satzungen inhaltlich vergleichbar sind. Die bisherigen Leistungszusagen wurden mit dem Übergang in das Kapitaldeckungsverfahren in ein beitragsbezogenes System überführt. Die Satzungen berechtigen zur Erhebung zusätzlicher Beitragsanforderungen, um zugesagte Leistungen gegebenenfalls nachzufinanzieren beziehungsweise aufgrund eines nicht ausreichenden Deckungsstocks zu reduzieren (Sanierungsgeld, -klausel). Eine verursachergerechte Zuordnung von Vermögen und Verpflichtung liegt nicht vor. Über die Geschäfts- und Risikoentwicklung informiert die Pensionskasse ausschließlich im Jahresbericht, weitergehende Informationen werden nicht ausgegeben. Für diese Pläne sind wie im Vorjahr Aufwendungen in Höhe von 1 Mio. € angefallen.

Darüber hinaus bestehen beitragsorientierte Versorgungszusagen aufgrund der Mitgliedschaft bei dem BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G. sowie weitere beitragsorientierte Leistungszusagen, die im Rahmen des Durchführungswegs der Direktversicherung bei öffentlich-rechtlichen Versicherern extern finanziert sind. Dabei handelt es sich weitestgehend um die SV Sparkassen-Versicherung sowie die Provinzial Lebensversicherung AG. Bei den ausländischen Niederlassungen London und New York bestehen ebenfalls beitragsorientierte Versorgungszusagen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 3 Mio. € (2012: 3 Mio. €) für beitragsorientierte Versorgungszusagen aufgewendet.

Der Arbeitgeberzuschuss zur Rentenversicherung im Berichtsjahr belief sich auf 33 Mio. € (2012: 31 Mio. €).

Die anderen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Rückstellungen für den Personalbereich		Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft		Restrukturierungs-rückstellungen		Sonstige Rückstellungen		Gesamt	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Stand zum 1.1.	**101**	**93**	**89**	**71**	**–**	**2**	**186**	**176**	**376**	**342**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	1	–	12	–	–	–1	11	–1	24
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–1	–	–1	–	–	–	–	–	–2	–
Verbrauch	–65	–62	–	–	–	–	–136	–102	–201	–164
Auflösungen	–1	–1	–24	–23	–	–	–12	–7	–37	–31
Umbuchungen	–	2	–7	–2	–	–2	–	–	–7	–2
Aufzinsung	1	2	–	–	–	–	3	4	4	6
Zuführung	63	66	20	31	18	–	130	104	231	201
Stand zum 31.12.	**98**	**101**	**77**	**89**	**18**	**–**	**170**	**186**	**363**	**376**

Die Rückstellungen für den Personalbereich beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Altersteilzeit und Vorruhestandsvereinbarungen, Dienstjubiläen sowie Sonderzahlungen an Mitarbeiter. Die sonstigen Rückstellungen betreffen hauptsächlich Verpflichtungen aus Immobilienprojektierungen und Mietverhältnissen sowie Prozessrisiken.

Die Restrukturierungsrückstellungen betreffen das im laufenden Geschäftsjahr gestartete Programm „Helaba PRO“, das eine Kostenoptimierung durch effizientere Prozesse und Komplexitätsreduktion zum Ziel hat.

Die Zuführungen beziehungsweise Auflösungen der Rückstellungen für den Personalbereich werden in der Regel im Personalaufwand, die der Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft in der Risikovorsorge und die der Restrukturierungsrückstellungen sowie der sonstigen Rückstellungen im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Aufzinsungsbeträge sind im Zinsüberschuss enthalten.

Von den anderen Rückstellungen sind 238 Mio. € kurzfristig (2012: 249 Mio. €).

(52) Ertragsteuerverpflichtungen

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	68	151
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	53	486
Gesamt	**121**	**637**

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen verteilen sich auf folgende Positionen:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	167	300
Handelsaktiva/-passiva und Derivate	1.101	2.041
Finanzanlagen	85	244
Sonstige Aktiva	71	85
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	7	1
Pensionsrückstellungen	1	1
Sonstige Rückstellungen	7	12
Sonstige Passiva	15	10
Latente Ertragsteuerverpflichtungen brutto	**1.454**	**2.694**
Saldierung mit latenten Ertragsteueransprüchen	–1.401	–2.208
Gesamt	**53**	**486**
davon: langfristig	43	45

Im Geschäftsjahr 2013 wurde die Saldierung aktiver und passiver latenter Steuern nach IAS 12.74 umfassend genutzt.

Für die Bewertung der temporären Differenzen, die zu latenten Ertragsteuerverpflichtungen führen, verweisen wir auf unsere Erläuterungen zu den latenten Ertragsteueransprüchen (siehe Anhangangabe (44)).

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, betrugen zum Bilanzstichtag 50 Mio. € (2012: 64 Mio. €).

(53) Sonstige Passiva

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	184	178
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern	21	23
Erhaltene Vorauszahlungen und Anzahlungen	268	251
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern (außer Ertragsteuern)	64	71
Sonstige Verbindlichkeiten	158	133
Gesamt	**695**	**656**

(54) Nachrangkapital

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Nachrangige Verbindlichkeiten	3.167	2.445
darunter: anteilige Zinsen	20	10
Genussrechtskapital	786	798
darunter: anteilige Zinsen	37	37
Stille Einlagen	1.120	1.120
darunter: anteilige Zinsen	50	50
Gesamt	**5.073**	**4.363**
darunter:		
verbrieftes Nachrangkapital	3.283	3.067

Die hier ausgewiesenen stillen Einlagen erfüllen nicht die Eigenkapitalkriterien des IAS 32.

(55) Eigenkapital

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Gezeichnetes Kapital	2.509	2.509
Kapitalrücklage	1.546	1.546
Gewinnrücklagen	2.921	2.642
Neubewertungsrücklage	148	162
Rücklage aus der Währungsumrechnung	–1	4
Rücklage aus Cashflow Hedges	–17	–23
Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital	–19	–23
Gesamt	**7.087**	**6.817**

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 2.509 Mio. € umfasst das von den Trägern nach der Satzung eingezahlte Stammkapital in Höhe von 589 Mio. € und die vom Land Hessen erbrachten Kapitaleinlagen von 1.920 Mio. €.

Zum 31. Dezember 2013 entfallen vom Stammkapital folgende Anteile auf die Träger:

	Betrag in Mio. €	Anteil in %
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	405	68,85
Land Hessen	48	8,10
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	28	4,75
Sparkassenverband Westfalen-Lippe	28	4,75
Fides Beta GmbH	28	4,75
Fides Alpha GmbH	28	4,75
Freistaat Thüringen	24	4,05
Gesamt	**589**	**100,00**

Die Kapitalrücklage enthält die Agiobeträge aus der Ausgabe von Stammkapital an die Träger.

Die Gewinnrücklagen umfassen neben den Gewinnthesaurierungen des Mutterunternehmens und der einbezogenen Tochterunternehmen auch Beträge aus den fortgeschriebenen Ergebnissen der Kapitalkonsolidierung und sonstigen Konsolidierungsmaßnahmen. Darüber hinaus sind in den Gewinnrücklagen erfolgsneutral zu behandelnde Neubewertungen aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen unter Berücksichtigung der darauf entfallenden latenten Steuern enthalten.

Die Neubewertungsrücklage enthält die erfolgsneutralen Bewertungseffekte aus Finanzinstrumenten der Kategorie AfS nach Verrechnung latenter Steuern. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder abgeschrieben wird.

In der Rücklage aus der Währungsumrechnung sind die erfolgsneutral zu erfassenden Währungsumrechnungsdifferenzen aus der Umrechnung der Abschlüsse von wirtschaftlich selbstständigen ausländischen Geschäftsbetrieben (Tochterunternehmen, Niederlassungen) in die Konzernwährung bis zu deren Abgang enthalten (siehe Anhangangabe (10)). Darüber hinaus ist das Ergebnis aus der Währungsumrechnung des Sicherungsgeschäfts einer Nettoinvestition in eine ausländische Teileinheit gemäß Anhangangabe (5) in der Rücklage aus der Währungsumrechnung erfasst.

Die Rücklage aus Cashflow Hedges enthält gemäß Anhangangabe (5) den effektiven Teil der Fair Value-Änderung aus Sicherungsinstrumenten von Cashflow-Hedge-Beziehungen.

Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten

(56) Sicherheitsleistungen

Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte
Die Sicherheitsleistungen erfolgen unter Bedingungen, die für die betreffenden Pensions-, Wertpapier- und Finanzierungsgeschäfte handelsüblich sind. Nachstehende Vermögenswerte sind zum Bilanzstichtag als Sicherheit für eigene Verbindlichkeiten verpfändet oder übertragen (Buchwerte):

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012[1)]
Handelsaktiva	663	4.112
Forderungen an Kreditinstitute	4.024	5.391
Forderungen an Kunden	304	399
Finanzanlagen	2.552	3.347
Sonstige Aktiva	4	4
Finanzielle Vermögenswerte	**7.547**	**13.253**
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	827	766
Sachanlagen	28	–
Nicht finanzielle Vermögenswerte	**855**	**766**
Gesamt	**8.402**	**14.019**

[1)] Vorjahreszahlen angepasst: In den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wurden 598 Mio. € ergänzt.

Die Stellung von finanziellen Sicherheiten erfolgt dabei für nachstehende Geschäfte:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Sicherheiten für Refinanzierungsgeschäfte mit Zentralnotenbanken	15	4.551
Sicherheiten für Geschäfte an Börsen und Clearinghäusern	1.105	1.047
Im Rahmen von Repo-Geschäften übertragene Wertpapiere	353	1
Gestellte Barsicherheiten	4.327	5.780
Sonstige gestellte Sicherheiten	1.747	1.874
Gesamt	**7.547**	**13.253**

Barsicherheiten werden im Wesentlichen als liquide Sicherheitsleistungen im Rahmen von OTC-Derivate-Geschäften und Geschäften an Terminbörsen beziehungsweise mit zentralen Kontrahenten gestellt. Die sonstigen gestellten Sicherheiten dienen im Wesentlichen der Besicherung von Geschäften mit der Europäischen Investitionsbank.

Ferner führt die Bank grundpfandrechtlich besicherte Forderungen und Kommunalforderungen sowie weitere Deckungswerte im Deckungsstock nach §§ 12 beziehungsweise 30 PfandBG. Zum 31. Dezember 2013 belief sich die Deckungsmasse auf 34.175 Mio. € (2012: 35.671 Mio. €) bei einem Umlauf an Hypotheken- und öffentlichen Pfandbriefen in Höhe von 24.314 Mio. € (2012: 26.078 Mio. €). Diese umfassen auch Namenspapiere, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen werden.

Als Sicherheit hereingenommene Vermögenswerte
Die Hereinnahme von Sicherheiten erfolgt unter Bedingungen, die für die betreffenden Pensions-, Wertpapier- und Finanzierungsgeschäfte handelsüblich sind.

Der beizulegende Zeitwert der im Rahmen von echten Pensionsgeschäften hereingenommenen Sicherheiten, bei denen es der Helaba gestattet ist, diese ohne Ausfall des Sicherungsgebers zu verwerten oder weiterzuverpfänden, beträgt 760 Mio. € (2012: 398 Mio. €). Derartige Sicherheiten mit einem beizulegenden Zeitwert von 222 Mio. € (2012: 254 Mio. €) wurden weiterverkauft beziehungsweise weiterverpfändet.

Zur Besicherung von OTC-Geschäften wurden liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 802 Mio. € (2012: 974 Mio. €) hereingenommen, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausgewiesen sind.

Bezüglich der Angaben zu erhaltenen Sicherheiten im Rahmen des klassischen Kreditgeschäfts verweisen wir auf Anhangangabe (71).

(57) Übertragung finanzieller Vermögenswerte ohne Ausbuchung

Der Helaba-Konzern überträgt im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihegeschäften finanzielle Vermögenswerte, bei denen jedoch die mit dem Eigentum dieser Vermögenswerte verbundenen wesentlichen Bonitäts-, Zinsänderungs- und Währungsrisiken sowie Chancen auf Wertsteigerungen beim Helaba-Konzern verbleiben. Somit sind die Voraussetzungen für eine Ausbuchung gemäß IAS 39 nicht erfüllt und die finanziellen Vermögenswerte werden weiterhin in der Konzernbilanz ausgewiesen und gemäß der zugeordneten Bewertungskategorie bewertet.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Buchwerte der übertragenen Vermögenswerte, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, getrennt nach den zugrunde liegenden Transaktionen, sowie die hierzu korrespondierenden Verbindlichkeiten.

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Buchwert der im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften übertragenen, nicht ausgebuchten finanziellen Vermögenswerte	**353**	**1**
Handelsaktiva	318	1
Finanzanlagen	35	–
Buchwert der Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften	**353**	**1**
Buchwert der im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften übertragenen, nicht ausgebuchten finanziellen Vermögenswerte	**103**	**255**
Handelsaktiva	6	20
Finanzanlagen	97	235
Buchwert der erhaltenen Barsicherheiten aus Wertpapierleihegeschäften	**–**	**–**

Es handelt sich bei den oben aufgeführten finanziellen Vermögenswerten ausschließlich um Wertpapiere aus dem Eigenbestand des Helaba-Konzerns. Darüber hinaus werden im Rahmen von Pensions- und Leihegeschäften auch von Dritten in Pension genommene oder entliehene Wertpapiere, die nicht in der Konzernbilanz angesetzt werden dürfen, übertragen. Die übertragenen Wertpapiere können vom Pensionsnehmer beziehungsweise Entleiher jederzeit weiterveräußert oder verpfändet werden. Die vertraglichen Zahlungsströme aus den Wertpapieren stehen in der Regel jedoch weiterhin dem Helaba-Konzern zu.

Die Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften resultieren aus dem vom Pensionsnehmer für die übertragenen Wertpapiere gezahlten Betrag. Dieser entspricht bei Geschäftsabschluss dem beizulegenden Zeitwert der übertragenen Wertpapiere abzüglich eines Sicherheitsabschlags. Bei Rückübertragung der Wertpapiere zum Ende der Laufzeit des Wertpapierpensionsgeschäfts ist dieser Betrag zuzüglich der vereinbarten Zinsen an den Pensionsnehmer zurückzuzahlen. Die Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften werden unter den Handelspassiva oder den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden ausgewiesen.

Im Zusammenhang mit Wertpapierleihegeschäften ergeben sich die korrespondierenden Verbindlichkeiten aus der Verpflichtung zur Rückzahlung erhaltener Barsicherheiten. Kontrahenten der vom Helaba-Konzern abgeschlossenen Wertpapierleihegeschäfte sind im Wesentlichen angeschlossene und gebietsfremde Sparkassen. Zusätzliche Barsicherheiten werden in der Regel nur von Kontrahenten außerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe verlangt.

Aufgrund ihrer Zuordnung zur Bewertungskategorie HfT beziehungsweise AfS entspricht der Buchwert der übertragenen Wertpapiere ihrem beizulegenden Zeitwert. Der beizulegende Zeitwert der korrespondierenden Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften beläuft sich auf 353 Mio. € (2012: 1 Mio. €) und entspricht damit dem beizulegenden Zeitwert der Wertpapiere. Der beizulegende Zeitwert der erhaltenen Barsicherheiten aus Wertpapierleihegeschäften entspricht grundsätzlich dem Buchwert. Allerdings wurden nur unbesicherte Wertpapierleihegeschäfte durchgeführt.

(58) Übertragung finanzieller Vermögenswerte mit Ausbuchung

Verträge zur Veräußerung und zum Erwerb von Anteilen an Unternehmen (Beteiligungsgeschäft) beinhalten transaktionsübliche Zusicherungen insbesondere zu den steuerlichen und rechtlichen Verhältnissen. Hierfür wurden Rückstellungen in Höhe von 5 Mio. € (2012: 7 Mio. €) gebildet.

(59) Angaben zur bilanziellen Aufrechnung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

Entsprechend den in IFRS 7 neu aufgenommenen Angaben für saldierte Finanzinstrumente wird nachfolgend eine Überleitung von der Brutto- auf die Nettorisikoposition von Finanzinstrumenten vorgenommen. Die Angaben beziehen sich sowohl auf saldierte Finanzinstrumente als auch auf solche, die einer Globalaufrechnungsvereinbarung unterliegen. Dies soll eine Vergleichbarkeit der entsprechenden Positionen zwischen US GAAP und IFRS ermöglichen, da diese Angabepflichten in beide Rechnungslegungsstandards übernommen wurden.

In der folgenden Tabelle wird die Überleitung auf die Nettobeträge der bilanzierten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2013, die bereits saldiert wurden, dargestellt.

in Mio. €

	Bruttobuchwert vor Saldierung	Bruttobuchwert saldierter Finanzinstrumente	Bilanzausweis
Vermögenswerte			
derivative Geschäfte	13.160	–	13.160
Wertpapierpensionsgeschäfte	396	–	396
sonstige Vermögenswerte	1.147	–871	276
Gesamt	**14.703**	**–871**	**13.832**
Verbindlichkeiten			
derivative Geschäfte	13.026	–	13.026
Wertpapierpensionsgeschäfte	354	–	354
sonstige Verbindlichkeiten	1.223	–871	352
Gesamt	**14.603**	**–871**	**13.732**

Des Weiteren hat die Helaba mit Kontrahenten im Derivate- und Wertpapierpensionsgeschäft Master-Netting-Agreements abgeschlossen, die bedingte Saldierungsrechte beinhalten. Bei Eintritt dieser Bedingungen, zum Beispiel einem bonitätsbedingten Ausfall des Kontrahenten, erfolgt eine Abrechnung auf saldierter Basis. Zum 31. Dezember 2013 ergeben sich folgende Beträge:

in Mio. €

		Bedingte Saldierungsrechte durch Master-Netting-Agreements		
	Bilanzausweis	Sicherheiten in Form finanzieller Verbindlichkeiten/ Vermögenswerte	Barsicherheiten[1)]	Nettobetrag nach Berücksichtigung bedingter Saldierungsrechte
Vermögenswerte				
derivative Geschäfte	13.160	–7.744	–590	4.826
Wertpapierpensionsgeschäfte	396	–388	–	8
sonstige Vermögenswerte	276	–	–	276
Gesamt	**13.832**	**–8.132**	**–590**	**5.110**
Verbindlichkeiten				
derivative Geschäfte	13.026	–7.744	–3.977	1.305
Wertpapierpensionsgeschäfte	354	–350	–	4
sonstige Verbindlichkeiten	352	–	–	352
Gesamt	**13.732**	**–8.094**	**–3.977**	**1.661**

[1)] Die Darstellung enthält keine bedingten Aufrechnungsmöglichkeiten aus grundpfandrechtlichen oder sonstigen Kreditsicherheiten außerhalb von Master-Netting-Agreements.

(60) Nachrangige Vermögenswerte

Folgende Bilanzposten enthalten nachrangige Vermögenswerte:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute	**73**	**72**
davon:		
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1	1
Forderungen an Kunden	**652**	**962**
davon:		
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	20	24
Handelsaktiva	**–**	**12**
Finanzanlagen	**26**	**42**
Gesamt	**751**	**1.088**

Vermögenswerte werden als nachrangig ausgewiesen, wenn sie im Fall der Liquidation oder Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

(61) Fremdwährungsvolumina

in Mio. €

	Fremdwährungsaktiva		Fremdwährungspassiva	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
USD	14.507	15.878	8.128	9.239
GBP	7.060	6.673	1.570	2.416
CHF	2.949	2.924	687	776
JPY	747	1.105	814	1.166
Andere Währungen	1.013	1.141	514	411
Gesamt	**26.276**	**27.721**	**11.713**	**14.008**

Die hier dargestellten Fremdwährungsaktiva und -passiva beziehen sich auf nicht derivative Finanzinstrumente. Daraus entstehende offene Fremdwährungspositionen sind weitgehend durch den Einsatz von Derivaten geschlossen.

(62) Restlaufzeitengliederung

in Mio. €

	Täglich fällig	Bis drei Monate	Drei Monate bis ein Jahr	Ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	**29.907**	**22.224**	**25.315**	**55.354**	**34.511**
Handelspassiva	3.111	11.330	9.653	7	104
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.104	1.849	3.225	13.925	9.710
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	18.692	3.515	5.725	8.525	13.638
verbriefte Verbindlichkeiten	–	5.524	5.661	29.597	9.535
Nachrangkapital	–	6	1.051	3.300	1.524
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	**9.472**	**313**	**683**	**1.835**	**936**
Handelspassiva	9.470	1	4	58	4
negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	2	312	679	1.777	932
Unwiderrufliche Kreditzusagen	**1.375**	**633**	**1.984**	**9.683**	**927**
Gesamt	**40.754**	**23.170**	**27.982**	**66.872**	**36.374**

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2012:

in Mio. €

	Täglich fällig	Bis drei Monate	Drei Monate bis ein Jahr[1)]	Ein Jahr bis fünf Jahre[1)]	Mehr als fünf Jahre
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	**28.412**	**24.371**	**30.122**	**69.569**	**34.288**
Handelspassiva	1.343	9.314	10.953	512	181
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.215	4.918	3.933	18.296	10.502
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	18.755	3.527	6.184	9.858	16.233
verbriefte Verbindlichkeiten	99	6.590	8.340	37.349	6.759
Nachrangkapital	–	22	712	3.554	613
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	**11.831**	**291**	**850**	**3.509**	**2.422**
Handelspassiva	11.830	12	48	714	1.241
negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	1	279	802	2.795	1.181
Unwiderrufliche Kreditzusagen	**2.262**	**572**	**1.858**	**8.414**	**2.259**
Gesamt	**42.505**	**25.234**	**32.830**	**81.492**	**38.969**

[1)] Vorjahreszahlen angepasst: Im Nachrangkapital wurden 250 Mio. € von dem Laufzeitband ein Jahr bis fünf Jahre in das Laufzeitband drei Monate bis ein Jahr umgegliedert. Darüber hinaus Reduzierung um 14 Mio. € im Laufzeitband ein Jahr bis fünf Jahre.

Für die Restlaufzeitengliederung der finanziellen Verbindlichkeiten wurden die undiskontierten Cashflows gemäß den vertraglich vereinbarten Fälligkeitsterminen auf die einzelnen Laufzeitbänder verteilt. Falls keine feste vertragliche Vereinbarung für den Rückzahlungszeitpunkt bestand, ist der frühestmögliche Zeitpunkt beziehungsweise die Kündigungsmöglichkeit herangezogen worden. Dies gilt insbesondere für aufgenommene Tagesgelder und Sichteinlagen sowie für Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist.

Die unter den Handelspassiva ausgewiesenen nicht derivativen finanziellen Verbindlichkeiten wurden mit Buchwerten und die unwiderruflichen Kreditzusagen mit dem Nominalwert in die Restlaufzeitengliederung einbezogen. Derivate des Handelsbestands werden mit ihrem Buchwert dem kürzesten Laufzeitband zugeordnet, die unwiderruflichen Kreditzusagen dem Band, zu dem die Inanspruchnahme frühestens möglich ist. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen gemäß Anhangangabe (72) können bis zum Garantiehöchstbetrag grundsätzlich jederzeit in Anspruch genommen werden.

(63) Derivative Geschäfte

Der Helaba-Konzern setzt derivative Finanzinstrumente sowohl für Handels- als auch für Sicherungsgeschäfte ein.

Derivate können als standardisierte Kontrakte an der Börse oder individuell ausgehandelt als OTC-Derivate außerbörslich abgeschlossen werden.

Die Nominalwerte entsprechen dem Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe. Dieser Wert dient als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, es handelt sich jedoch nicht um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Nominal- und Marktwerte derivativer Geschäfte ergeben sich zu den Stichtagen wie folgt:

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Aktien-/indexbezogene Geschäfte	**3.034**	**2.101**	**118**	**209**	**99**	**90**
OTC-Produkte	**2.105**	**1.310**	**96**	**190**	**73**	**69**
Aktienoptionen	2.105	1.298	96	189	73	68
Käufe	1.221	956	96	189	–	–
Verkäufe	884	342	–	–	73	68
sonstige Geschäfte	–	12	–	1	–	1
börsengehandelte Produkte	**929**	**791**	**22**	**19**	**26**	**21**
Aktien-/Index-Futures	304	153	6	–	2	1
Aktien-/Index-Optionen	625	638	16	19	24	20
Zinsbezogene Geschäfte	**488.275**	**495.672**	**11.965**	**18.365**	**11.815**	**17.617**
OTC-Produkte	**446.656**	**431.177**	**11.938**	**18.358**	**11.810**	**17.606**
Forward Rate Agreements	27.107	12.875	4	–	2	1
Zinsswaps	358.191	360.103	10.725	17.142	10.238	15.566
Zinsoptionen	61.076	58.194	1.209	1.216	1.570	2.039
Käufe	27.276	25.399	1.205	1.212	4	–
Verkäufe	33.800	32.795	4	4	1.566	2.039
sonstige Zinskontrakte	282	5	–	–	–	–
börsengehandelte Produkte	**41.619**	**64.495**	**27**	**7**	**5**	**11**
Zinsfutures	35.469	29.159	27	6	5	10
Zinsoptionen	6.150	35.336	–	1	–	1
Währungsbezogene Geschäfte	**49.023**	**60.513**	**1.026**	**1.238**	**1.053**	**1.040**
OTC-Produkte	**49.023**	**60.513**	**1.026**	**1.238**	**1.053**	**1.040**
Devisenkassa- und -termingeschäfte	24.969	36.926	336	417	452	378
Zins-/Währungsswaps	23.279	21.865	664	803	575	644
Devisenoptionen	775	1.722	26	18	26	18
Käufe	385	856	26	18	–	–
Verkäufe	390	866	–	–	26	18
Kreditderivate	**6.071**	**6.446**	**43**	**44**	**52**	**73**
OTC-Produkte	**6.071**	**6.446**	**43**	**44**	**52**	**73**
Warenbezogene Geschäfte	**415**	**280**	**8**	**9**	**7**	**7**
OTC-Produkte	**415**	**195**	**8**	**9**	**7**	**7**
Commodity-Swaps	233	137	6	5	5	5
Commodity-Optionen	182	58	2	4	2	2
börsengehandelte Produkte	**–**	**85**	**–**	**–**	**–**	**–**
Commodity-Optionen	–	85	–	–	–	–
Gesamt	**546.818**	**565.012**	**13.160**	**19.865**	**13.026**	**18.827**

Nominalwerte nach Restlaufzeiten:

in Mio. €

	Aktien-/indexbezogene Geschäfte		Zinsbezogene Geschäfte		Währungsbezogene Geschäfte	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Bis drei Monate	461	299	72.642	89.233	15.327	25.363
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	790	739	86.900	84.694	10.811	13.369
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.663	1.051	182.955	184.274	18.111	17.640
Mehr als fünf Jahre	120	12	145.778	137.471	4.774	4.141
Gesamt	**3.034**	**2.101**	**488.275**	**495.672**	**49.023**	**60.513**

in Mio. €

	Kreditderivate		Warenbezogene Geschäfte		Gesamt	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Bis drei Monate	200	775	53	75	88.683	115.745
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	623	1.225	172	82	99.296	100.109
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.193	4.319	125	97	208.047	207.381
Mehr als fünf Jahre	55	127	65	26	150.792	141.777
Gesamt	**6.071**	**6.446**	**415**	**280**	**546.818**	**565.012**

Die derivativen Geschäfte bestehen mit folgenden Kontrahenten:

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
OECD-Banken	271.810	350.212	7.696	11.763	9.619	14.481
Banken außerhalb der OECD	17	19	–	–	3	4
Sonstige Kontrahenten (inklusive Börsen)	204.834	137.026	2.493	3.638	1.343	1.591
Öffentliche Stellen in der OECD	70.157	77.755	2.971	4.464	2.061	2.751
Gesamt	**546.818**	**565.012**	**13.160**	**19.865**	**13.026**	**18.827**

(64) Buchwerte und Ergebnisse nach Bewertungskategorien

In der folgenden Tabelle sind die Buchwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten per 31. Dezember 2013 nach den Bewertungskategorien des IAS 39 gegliedert dargestellt. Ersichtlich ist auch der Ausweis in der Bilanz.

in Mio. €

	LaR/OL	AfS	HfT	FVO	Gesamt
Aktiva					
Barreserve	1.750				1.750
Forderungen an Kreditinstitute	21.368			28	21.396
Forderungen an Kunden	90.100			647	90.747
Handelsaktiva			32.273		32.273
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			4.691		4.691
Finanzanlagen		20.975		3.225	24.200
Gesamt	**113.218**	**20.975**	**36.964**	**3.900**	**175.057**
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	33.633			473	34.106
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	40.862			3.033	43.895
Verbriefte Verbindlichkeiten	38.324			9.921	48.245
Handelspassiva			33.742		33.742
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			3.489		3.489
Nachrangkapital	4.544			529	5.073
Gesamt	**117.363**		**37.231**	**13.956**	**168.550**

Die unter den sonstigen Aktiva beziehungsweise sonstigen Passiva ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind wie im Vorjahr der Kategorie LaR beziehungsweise OL zugeordnet.

Nachfolgend die entsprechenden Buchwerte per 31. Dezember 2012:

in Mio. €

	LaR/OL	AfS	HfT	FVO	Gesamt
Aktiva					
Barreserve	8.925				8.925
Forderungen an Kreditinstitute	22.941			295	23.236
Forderungen an Kunden	90.103			718	90.821
Handelsaktiva			37.954		37.954
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			6.992		6.992
Finanzanlagen		25.632		2.305	27.937
Gesamt	**121.969**	**25.632**	**44.946**	**3.318**	**195.865**
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	38.580			695	39.275
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	44.652			2.959	47.611
Verbriefte Verbindlichkeiten	45.799			11.369	57.168
Handelspassiva			36.148		36.148
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			4.982		4.982
Nachrangkapital	3.840			523	4.363
Gesamt	**132.871**		**41.130**	**15.546**	**189.547**

In der folgenden Tabelle sind pro Bewertungskategorie die erfassten Ergebnisbeiträge aus Finanzinstrumenten für das Geschäftsjahr 2013 dargestellt:

in Mio. €

	LaR	OL	AfS	HfT	FVO	Derivate Nicht-handel	Gesamt
Zinsüberschuss	3.132	–2.194	357		–232	190	1.253
Risikovorsorge	–281						–281
Handelsergebnis				339			339
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					253	–273	–20
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	19	72				–72	19
Ergebnis aus Finanzanlagen			4				4
Erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge			–24				–24
Gesamt	**2.870**	**–2.122**	**337**	**339**	**21**	**–155**	**1.290**

Für das Jahr 2012 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	LaR	OL	AfS	HfT[1]	FVO	Derivate Nicht-handel[2]	Gesamt
Zinsüberschuss	3.519	–2.651	409		–272	203	1.208
Risikovorsorge	–238						–238
Handelsergebnis				415			415
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					–259	135	–124
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	–48	–159				210	3
Ergebnis aus Finanzanlagen			–1				–1
Erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge			369				369
Gesamt	**3.233**	**–2.810**	**777**	**415**	**–531**	**548**	**1.632**

[1] Vorjahreszahlen angepasst: Umsetzung in Höhe von 4 Mio. € aus dem Provisionsüberschuss in das Handelsergebnis, siehe auch Anhangangaben (23) und (24).
[2] Vorjahreszahlen angepasst: Umsetzung in Höhe von 10 Mio. € aus dem Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten in den Zinsüberschuss, siehe auch Anhangangaben (21) und (25).

Der Zinsüberschuss gemäß Gewinn- und Verlustrechnung enthält neben Zinsen aus Finanzinstrumenten das Zinsergebnis aus Pensionsverpflichtungen und anderen langfristigen Rückstellungen und den Zinsüberschuss aus dem Finanzierungsleasinggeschäft.

(65) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Nachfolgende Übersicht enthält eine Gegenüberstellung der beizulegenden Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten mit ihren jeweiligen Buchwerten. Darüber hinaus sind unter den sonstigen Aktiva beziehungsweise sonstigen Passiva weitere finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ausgewiesen, deren beizulegender Zeitwert dem Buchwert entspricht.

in Mio. €

	Fair Value		Buchwert		Differenz	
	31.12.2013	31.12.2012[2)]	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012[2)]
Aktiva						
Barreserve	1.750	8.925	1.750	8.925	–	–
Forderungen an Kreditinstitute[1)]	21.639	23.483	21.394	23.220	245	263
Forderungen an Kunden[1)]	93.674	95.426	89.521	89.632	4.153	5.794
Handelsaktiva	32.273	37.954	32.273	37.954	–	–
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	4.691	6.992	4.691	6.992	–	–
Finanzanlagen	24.200	27.937	24.200	27.937	–	–
Gesamt	**178.227**	**200.717**	**173.829**	**194.660**	**4.398**	**6.057**
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35.160	39.583	34.106	39.275	1.054	308
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	45.037	49.626	43.895	47.611	1.142	2.015
Verbriefte Verbindlichkeiten	48.495	57.651	48.245	57.168	250	483
Handelspassiva	33.742	36.148	33.742	36.148	–	–
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	3.489	4.982	3.489	4.982	–	–
Nachrangkapital	5.134	4.401	5.073	4.363	61	38
Gesamt	**171.057**	**192.391**	**168.550**	**189.547**	**2.507**	**2.844**

[1)] Nettobuchwert nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft.
[2)] Vorjahreszahlen angepasst: Korrektur des Fair Values von Forderungen an Kunden um –78 Mio. €, siehe auch Anhangangabe (67).

Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Fall einer Notabwicklung) getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Der beste Indikator für den beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten ist der Marktpreis. Bei Vorliegen eines aktiven Markts werden zur Bewertung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente beobachtbare Marktpreise herangezogen. Dies sind üblicherweise Börsenkurse oder auf dem Interbankenmarkt quotierte Marktpreise (Level 1).

Für den Fall, dass für ein Finanzinstrument kein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, erfolgt die Bewertung mittels anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, wobei alle Inputdaten (zum Beispiel Zinskurven, Volatilitäten, Spreads) auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und externen Quellen entnommen werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Discounted-Cashflow-basierte Forward-Pricing- und Swap-Pricing-Modelle oder Optionspreismodelle (zum Beispiel

Black-Scholes sowie Varianten davon). Üblicherweise werden diese Bewertungsmethoden bei OTC-Derivaten (einschließlich Kreditderivaten) und nicht an einem aktiven Markt gehandelten zum beizulegenden Zeitwert angesetzten Finanzinstrumenten verwendet (Level 2).

In den Fällen, bei denen nicht alle Inputparameter direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Diese Bewertungsmethode ist insbesondere Grundlage für komplex strukturierte (derivative) Basket-Produkte, bei denen nicht direkt am Markt beobachtbare Korrelationen einen wesentlichen Bewertungsfaktor darstellen. Soweit bei nicht derivativen Finanzinstrumenten keine Marktpreise verfügbar sind, werden **Arranger**-Preise herangezogen. Auch die Bewertung von zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten nicht börsennotierten Beteiligungen beruht auf nicht beobachtbaren Inputparametern, insbesondere den aus der Unternehmensplanung abgeleiteten Ertragsüberschüssen (Level 3).

Siehe Glossar S. 206

Die Aufteilung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente nach der Hierarchie der verwendeten Inputdaten ergibt sich auf der Aktivseite wie folgt:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Nicht derivative Finanzinstrumente	**39.082**	**39.874**	**8.823**	**13.299**	**741**	**825**	**48.646**	**53.998**
Forderungen an Kreditinstitute	–	–	28	295	–	–	28	295
Forderungen an Kunden	–	–	647	718	–	–	647	718
Handelsaktiva	18.664	18.867	5.120	6.184	20	30	23.804	25.081
Finanzanlagen	20.418	21.007	3.028	6.102	721	795	24.167	27.904
Derivate	**49**	**26**	**13.046**	**19.799**	**65**	**40**	**13.160**	**19.865**
Handelsaktiva	29	25	8.411	12.810	29	38	8.469	12.873
positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	20	1	4.635	6.989	36	2	4.691	6.992
Gesamt	**39.131**	**39.900**	**21.869**	**33.098**	**806**	**865**	**61.806**	**73.863**

Auf der Passivseite ergibt sich folgende Aufteilung:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Nicht derivative Finanzinstrumente	**1.523**	**1.372**	**35.914**	**36.401**	**582**	**76**	**38.019**	**37.849**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	–	435	695	38	–	473	695
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–	–	2.996	2.940	37	19	3.033	2.959
verbriefte Verbindlichkeiten	–	28	9.414	11.297	507	44	9.921	11.369
Handelspassiva	1.523	1.344	22.540	20.946	–	13	24.063	22.303
Nachrangkapital	–	–	529	523	–	–	529	523
Derivate	**31**	**32**	**12.980**	**18.781**	**15**	**14**	**13.026**	**18.827**
Handelspassiva	28	26	9.502	13.809	7	10	9.537	13.845
negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	3	6	3.478	4.972	8	4	3.489	4.982
Gesamt	**1.554**	**1.404**	**48.894**	**55.182**	**597**	**90**	**51.045**	**56.676**

In Anwendung der im Dezember 2013 verabschiedeten Stellungnahme des Institutes der Wirtschaftsprüfer zum IFRS 13 wurden Wertpapierbestände von Level 1 nach Level 2 umgegliedert. Die im Wesentlichen auf diesen Effekt zurückzuführenden Verschiebungen von Level 1 nach Level 2 in den Handelsaktiva in Höhe von 1.291 Mio. € und in den Finanzanlagen in Höhe von 1.353 Mio. € wurden jedoch durch Abgänge von dem Level 2 zugeordneten Wertpapieren kompensiert.

Aufgrund der Übertragung von Verbindlichkeiten der FVO aus den Systemen der Portigon AG in die Systeme der Helaba finden für diese Bestände seitdem die Bewertungsmodelle der Helaba Anwendung. Da sie neben am Markt beobachtbaren Inputfaktoren auch dem Level 3 zuzuordnende Parameter verwenden, sind diese Bestände dem Level 3 zugeordnet worden. Im Vorjahr waren diese Bestände mit den Modellen der Portigon AG bewertet worden. Dabei wurden im Wesentlichen am Markt beobachtbare Inputfaktoren verwendet, so dass die ermittelten Fair Values dem Level 2 zugeordnet wurden. Betroffen waren hiervon verbriefte Verbindlichkeiten in Höhe von 411 Mio. €, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 38 Mio. € und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von 18 Mio. €.

Die übrigen Veränderungen innerhalb der drei Bewertungslevel resultieren im Wesentlichen aus Zu- und Abgängen und nicht aus Übertragungen zwischen ihnen.

Die Aktivbestände der nicht derivativen Finanzinstrumente in Level 3 verteilen sich wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**132**	**156**
Schuldverschreibungen, Anleihen	45	42
Schuldscheine	20	26
Asset Backed Securities	67	88
Nicht börsennotierte Unternehmensanteile	**377**	**424**
Investmentanteile	**48**	**51**
Ankauf von Forderungen aus Kapitallebensversicherungen	**184**	**194**
Gesamt	**741**	**825**

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Level 3 verteilt sich auf die Rating-Stufen wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
AAA	1	1
AA	14	15
A	46	50
BBB und schlechter	45	55
Ohne externes Rating	26	35
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**132**	**156**

Bei der Modellbewertung der Bestände, die Level 3 zugeordnet sind, wurden Parameter verwendet, durch die ein Preis ermittelt wird, den rational handelnde Marktteilnehmer zugrunde legen würden. Für einzelne Inputfaktoren könnten alternativ günstigere oder nachteiligere Faktoren angesetzt werden. Dies betrifft im Wesentlichen die Einschätzung und Festlegung von Credit Spreads. Dabei werden Szenariowerte auf Basis ermittelter historischer Standardabweichungen in den betroffenen Sektoren herangezogen. Für die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere wurden hierbei Preise ermittelt, die um bis zu 2 Mio. € (2012: 2 Mio. €) niedriger oder höher liegen können.

Für nicht börsennotierte Unternehmensanteile wurden Simulationen der Ertragswertberechnungen vorgenommen. Hierzu wurden im Wesentlichen die zu diskontierenden Cashflows um 10 % erhöht beziehungsweise reduziert. Auf Basis der dabei ermittelten Unternehmenswerte wurden alternativ verwendbare Werte ermittelt, die um bis zu 38 Mio. € (2012: 34 Mio. €) niedriger beziehungsweise um bis zu 38 Mio. € (2012: 32 Mio. €) höher lagen.

Die sonstigen dem Level 3 zugeordneten Bestände weisen keine wesentlichen Sensitivitäten aus.

In den folgenden Tabellen werden die Entwicklung des Bestands an zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten, die dem Level 3 zugeordnet sind, sowie das Bewertungsergebnis der zum 31. Dezember noch im Bestand befindlichen Finanzinstrumente ausgewiesen:

in Mio. €

	Handelsaktiva		Finanzanlagen		Positive Marktwerte des Handelsbestands		Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	
Aktiva	**2013**	**2012**	**2013**	**2012**	**2013**	**2012**	**2013**	**2012**
Buchwert zum 1.1.	**30**	**31**	**795**	**624**	**38**	**3**	**2**	**–**
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste								
Handelsergebnis	–	–			–4	1		
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO			4	8			–1	2
Ergebnis aus Finanzanlagen			–15	–16				
Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne oder Verluste			14	31				
Zugänge	18	–	21	43	–	–	–	–
Abgänge/Abwicklungen	–28	–1	–97	–85	–13	2	–	–
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	197	–	32	–	–
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	–11	–7	–	–	–	–
Übertragungen aus Level 2	–	–	–	–	8	–	35	–
Buchwert zum 31.12.	**20**	**30**	**721**	**795**	**29**	**38**	**36**	**2**
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus finanziellen Vermögenswerten im Bestand	–1	–	–10	–2	–2	1	–1	2

in Mio. €

	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		Verbriefte Verbindlichkeiten	
Passiva	**2013**	**2012**	**2013**	**2012**	**2013**	**2012**
Buchwert zum 1.1.	**–**	**–**	**19**	**18**	**43**	**46**
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste						
Zinsergebnis	–	–	–	–	2	–
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	–	–	–	1	4	1
Zugänge	–	–	–	–	47	–
Abgänge/Abwicklungen	–	–	–	–	–	–4
Übertragungen aus Level 2	38	–	18	–	411	–
Buchwert zum 31.12.	**38**	**–**	**37**	**19**	**507**	**43**
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus Verbindlichkeiten im Bestand	–	–	–	–	–2	–

in Mio. €

	Handelspassiva		Negative Marktwerte des Handelsbestands		Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	
Passiva	**2013**	**2012**	**2013**	**2012**	**2013**	**2012**
Buchwert zum 1.1.	**13**	**–**	**10**	**3**	**5**	**6**
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste						
Handelsergebnis	–	–	–4	1		
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					1	–1
Zugänge	–	–	–	–	1	–
Abgänge/Abwicklungen	–13	–134	–6	–6	–	–
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	147	–	12	–	–
Übertragungen aus Level 2	–	–	7	–	1	–
Buchwert zum 31.12.	**–**	**13**	**7**	**10**	**8**	**5**
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus Verbindlichkeiten im Bestand	–	–	4	–1	–1	1

Die Aufteilung der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente nach der Hierarchie der verwendeten Inputdaten ergibt sich zum 31. Dezember 2013 wie folgt:

in Mio. €

	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt
Aktiva				
Barreserve	1.750	–	–	1.750
Forderungen an Kreditinstitute	–	16.939	4.672	21.611
Forderungen an Kunden	–	79.429	13.598	93.027
Finanzanlagen	–	–	33	33
Gesamt	**1.750**	**96.368**	**18.303**	**116.421**
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	28.532	6.155	34.687
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–	37.185	4.819	42.004
verbriefte Verbindlichkeiten	996	37.578	–	38.574
Nachrangkapital	471	4.134	–	4.605
Gesamt	**1.467**	**107.429**	**10.974**	**119.870**

Die unter Level 3 ausgewiesenen Bestände betreffen Geschäftsarten, bei denen im Regelfall nicht für alle wesentlichen Inputfaktoren beobachtbare Bewertungsparameter vorliegen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um das Förder- und Retailgeschäft.

(66) Verbriefungstransaktionen

Über das von der Helaba initiierte Asset-Backed-Commercial-Paper-Programm OPUSALPHA werden Forderungen aus der Geschäftstätigkeit von und für Kunden verbrieft. Neben den Kundentransaktionen befindet sich in OPUSALPHA ein ABS-Portfolio, das nach IAS 27/SIC 12 konsolidiert wird, weil die Chancen und Risiken mehrheitlich der Helaba zustehen. Darüber hinaus haben die Helaba und Tochtergesellschaften der Helaba auch direkt in ABS-Wertpapieren investiert.

Zum 31. Dezember 2013 gliedert sich das gesamte Engagement in ABS-Wertpapieren des Konzerns nach Produktarten und Rating-Klassen wie folgt:

		Volumina nach Rating-Klassen				
	Buchwert in Mio. €	AAA	AA	A	BBB	BB und geringer
RMBS	226	–	16,8 %	40,1 %	29,3 %	13,8 %
CMBS	63	–	0,6 %	21,8 %	14,7 %	62,9 %
CDO/CLO	52	11,9 %	30,7 %	29,2 %	–	28,2 %
Sonstige ABS	136	72,7 %	3,8 %	13,3 %	6,6 %	3,7 %
ABS gesamt	**477**	**21,9 %**	**12,5 %**	**28,8 %**	**17,7 %**	**19,1 %**

Nachfolgend die entsprechende Gliederung zum 31. Dezember 2012:

		Volumina nach Rating-Klassen				
	Buchwert in Mio. €	AAA	AA	A	BBB	BB und geringer
RMBS	274	4,2 %	21,1 %	53,5 %	17,9 %	3,3 %
CMBS	241	–	–	70,2 %	29,8 %	–
CDO/CLO	177	10,2 %	31,1 %	5,7 %	28,1 %	24,9 %
Sonstige ABS	961	95,5 %	1,1 %	1,9 %	0,9 %	0,6 %
ABS gesamt	**1.653**	**57,3 %**	**7,5 %**	**20,8 %**	**10,9 %**	**3,5 %**

Die im Zuge der Übernahme der NRW-Verbundbank zugegangenen Bestände trugen mit 99 Mio. € (2012: 915 Mio. €) zum Buchwert der ABS-Wertpapiere bei. Die übrigen ABS-Wertpapiere des Helaba-Konzerns waren bis zum 30. Juni 2008 zum beizulegenden Zeitwert bewertet und unter den Handelsaktiva beziehungsweise den Finanzanlagen ausgewiesen. Anschließend wurden diese Wertpapiere weitgehend umgegliedert und sind zum Bilanzstichtag unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen.

Im Rahmen von Verbriefungstransaktionen werden Liquiditätslinien ausgereicht, die zum Teil in Anspruch genommen sind. Zum 31. Dezember 2013 bestehen für fremde Verbriefungsplattformen Liquiditätslinien in Höhe von 91 Mio. € (2012: 490 Mio. €), die mit 26 Mio. € (2012: 410 Mio. €) in Anspruch genommen wurden. Die für OPUSALPHA bereitgestellte Liquiditätslinie beträgt 2.288 Mio. € (2012: 1.840 Mio. €), davon sind am 31. Dezember 2013 1.827 Mio. € (2012: 1.292 Mio. €) in Anspruch genommen.

(67) Umkategorisierung finanzieller Vermögenswerte

In Einklang mit IAS 39 und IFRS 7 hat der Helaba-Konzern im zweiten Halbjahr 2008 bestimmte Handelsaktiva und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die Bewertungskategorie LaR umkategorisiert. Hierbei wurden Vermögenswerte umkategorisiert, bei denen am 1. Juli 2008 eindeutig keine kurzfristige Verkaufs- oder Handelsabsicht mehr bestand, sondern die stattdessen auf absehbare Zeit im Bestand gehalten werden sollten. Gemäß dem geänderten IAS 39 erfolgte die Umkategorisierung mit Wirkung zum 1. Juli 2008 zu dem an diesem Stichtag ermittelten beizulegenden Zeitwert. Seitdem wurden keine weiteren Umkategorisierungen vorgenommen.

Mit der Umkategorisierung wurde auch der Bilanzausweis geändert (Umgliederung). Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte und die beizulegenden Zeitwerte der umgegliederten Vermögenswerte:

in Mio. €

	31.12.2013 Buchwert	31.12.2013 Zeitwert	31.12.2012 Buchwert	31.12.2012[1] Zeitwert	1.7.2008 Buchwert
Handelsaktiva, umgegliedert zu Forderungen an Kunden	110	101	173	149	437
Finanzanlagen, umgegliedert zu Forderungen an Kunden	247	235	538	505	1.722
Gesamt	**357**	**336**	**711**	**654**	**2.159**

[1] Vorjahreszahlen angepasst: Der Zeitwert der aus den Handelsaktiva umkategorisierten Wertpapiere wurde um 23 Mio. € und der aus den Finanzanlagen umkategorisierten Wertpapiere wurde um 55 Mio. € zu hoch ausgewiesen.

Zum Zeitpunkt der Umkategorisierung lagen die Effektivzinssätze der umgegliederten Handelsaktiva zwischen 4,5 % und 6,5 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 452 Mio. €. Die Effektivzinssätze der umgegliederten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte lagen zwischen 3,2 % und 9,3 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 1.794 Mio. €.

Wären die Umkategorisierungen nicht vorgenommen worden, wären in 2013 für Handelsaktiva in der Gewinn- und Verlustrechnung zusätzliche unrealisierte Bewertungsgewinne von 9 Mio. € (2012: 8 Mio. €) und für Finanzanlagen im Eigenkapital zusätzliche unrealisierte Bewertungsgewinne von 16 Mio. € (2012: 50 Mio. €) entstanden.

Nach der Umgliederung trugen die Vermögenswerte wie folgt zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns (vor Steuern) bei:

in Mio. €

	2013	2012
Zinsüberschuss	10	11
Amortisierung und realisiertes Ergebnis aus Tilgung und Abgang	1	4
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–1	–1
Ergebnis vor Steuern aus umgegliederten Vermögenswerten	**10**	**14**

(68) Angaben zu Finanzinstrumenten der Fair Value-Option

Die nachfolgende Tabelle zeigt die kumulierten bonitätsinduzierten Änderungen der Buchwerte der Verbindlichkeiten, die der FVO zugeordnet sind, sowie die in der Berichtsperiode angefallenen Änderungen der zum Stichtag noch im Bestand befindlichen Finanzinstrumente:

in Mio. €

	Berichtsperiode		Kumuliert	
	2013	2012	31.12.2013	31.12.2012
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1	2	3	4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	17	23	50	33
Verbriefte Verbindlichkeiten	15	11	30	18
Nachrangkapital	8	3	–13	–20
Gesamt	**41**	**39**	**70**	**35**

Die nachfolgende Übersicht enthält eine Gegenüberstellung der Rückzahlungsbeträge der Verbindlichkeiten, die der FVO zugeordnet sind, und deren aktuellen Buchwert:

in Mio. €

	Rückzahlungsbetrag		Buchwert		Differenz	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	434	644	473	695	–39	–51
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.872	3.865	3.033	2.959	839	906
Verbriefte Verbindlichkeiten	10.047	11.237	9.921	11.369	126	–132
Nachrangkapital	493	488	529	523	–36	–35
Gesamt	**14.846**	**16.234**	**13.956**	**15.546**	**890**	**688**

Zum Bilanzstichtag sind Forderungen in Höhe von 3.900 Mio. € der FVO zugeordnet. In diesem Wert sind kumulierte bonitätsinduzierte Änderungen von –9 Mio. € enthalten.

(69) Angaben zur Emissionstätigkeit

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der verbrieften Refinanzierungsmittel des Helaba-Konzerns im Berichtszeitraum:

in Mio. €

	Verbriefte Verbindlichkeiten des Handels		Verbriefte Verbindlichkeiten		Verbrieftes Nachrangkapital		Gesamt	
	2013	2012[1)]	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Stand zum 1.1.	**4.411**	**2.848**	**57.168**	**37.243**	**3.067**	**3.139**	**64.646**	**43.230**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–15	24.753	–	–	–15	24.753
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–69	–15	–136	–24	–14	–9	–219	–48
Zugänge aus Emissionen	10.105	18.621	17.924	15.456	275	–	28.304	34.077
Abgänge durch Rückzahlung	–11.889	–16.751	–25.297	–19.216	–5	–50	–37.191	–36.017
Abgänge durch Rückkäufe	160	–350	–990	–708	–	–	–830	–1.058
Veränderung der abgegrenzten Zinsen	–1	–1	–272	34	2	–1	–271	32
Erfolgswirksame Wertänderungen	29	59	–137	–370	–42	–12	–150	–323
Stand zum 31.12.	**2.746**	**4.411**	**48.245**	**57.168**	**3.283**	**3.067**	**54.274**	**64.646**

[1)] Vorjahreszahlen angepasst: Im Vorjahr wurden die begebenen Aktien- und Indexzertifikate mit einem Anfangsbestand von 348 Mio. € und einem Endbestand von 181 Mio. € unter den Handelspassiva, Verbindlichkeiten des Handelsbestands, ausgewiesen (siehe Anhangangabe (50)). In diesem Jahr werden die begebenen Aktien- und Indexzertifikate in einer gesonderten Position unter den Handelspassiva ausgewiesen. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst. Aus diesem Sachverhalt resultieren auch Anpassungen der Vorjahreszahlen in den Anhangangaben (24) und (49).

Im Rahmen der Emissionstätigkeit des Helaba-Konzerns werden kurzfristige Geldmarktpapiere, Aktien- und Indexzertifikate, mittel- und langfristige Schuldverschreibungen und Nachrangmittel am Geld- und Kapitalmarkt platziert.

Die Zugänge aus Emissionen und Abgänge durch Rückzahlungen umfassen auch das Platzierungsvolumen von kurzfristigen Geldmarktpapieren, die zum Ende des Geschäftsjahres bereits wieder getilgt sein können. Die erfolgswirksamen Wertänderungen resultieren aus Bewertungseffekten von zum Abschlussstichtag im Bestand befindlichen finanziellen Verbindlichkeiten, die als gesicherte Grundgeschäfte in das Hedge Accounting einbezogen oder der FVO zugeordnet sind.

(70) Angaben zum Risikomanagement

Das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals steht im Mittelpunkt der Konzernrisikostrategie. Zur Risikosteuerung werden die identifizierten Risiken laufend gemessen und überwacht. Hierzu werden die Methoden stetig weiterentwickelt. Zur Organisation des Risikomanagements, zu den einzelnen Risikoarten sowie Risikokonzentrationen verweisen wir auf den Risikobericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

(71) Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Buchwerte von Forderungen der Kategorie LaR, die durch die Bildung von Einzel- beziehungsweise pauschalierten Einzelwertberichtigungen wertgemindert wurden. Darüber hinaus sind hier auch die Bruttobuchwerte vor Wertminderung von Finanzanlagen der Kategorie AfS aufgeführt.

in Mio. €

	Buchwert vor Wertberichtigung		Höhe der Wertberichtigung		Buchwert nach Wertberichtigung	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	8	8	1	1	7	7
Forderungen an Kunden (LaR)	3.009	2.551	961	912	2.048	1.639
Finanzanlagen (AfS)	236	246	147	121	89	125
Gesamt	**3.253**	**2.805**	**1.109**	**1.034**	**2.144**	**1.771**

Das maximale Kreditrisiko gemäß IFRS 7.36 (a) zum Abschlussstichtag entspricht mit Ausnahme der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte, wie unter Anhangangabe (65) dargestellt, zuzüglich der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen gemäß Anhangangabe (72). Für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden entspricht das maximale Kreditrisiko dem Buchwert abzüglich der Wertberichtigungen auf Forderungen (siehe Anhangangabe (36)). Es handelt sich hierbei um Beträge ohne Abzug von Sicherheiten oder sonstiger risikomindernder Vereinbarungen.

Für zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Forderungen mit einem Buchwert von 343 Mio. € (2012: 298 Mio. €), die zum Bilanzstichtag überfällig waren, wurden keine Wertminderungen gebildet, da nach Einschätzung der Helaba keine wesentliche Veränderung in der Bonität der Schuldner vorliegt und mit einer Tilgung der ausstehenden Beträge gerechnet wird.

Ein finanzieller Vermögenswert wird als überfällig eingestuft, wenn der Vertragspartner den vertraglich vereinbarten Zahlungen aus dem Finanzinstrument nicht fristgerecht nachgekommen ist. Es ist dabei schon ausreichend, wenn bestimmte vertraglich vereinbarte Teilzahlungen (Zinsen oder Teilrückzahlungen) in Verzug sind.

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufgliederung der zum Bilanzstichtag überfälligen nicht wertgeminderten Forderungen nach der Dauer des Zahlungsverzugs:

in Mio. €

	Bilanzausweis	Verzug bis zu einem Monat	Verzug über einen Monat bis zu drei Monaten	Verzug über drei Monaten bis zu einem Jahr	Verzug über einem Jahr	Summe Verzug
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	21.368	–	–	–	–	–
Forderungen an Kunden (LaR)	90.100	127	72	107	33	339
Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen (LaR)	45	1	2	1	–	4
Gesamt	**111.513**	**128**	**74**	**108**	**33**	**343**

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2012:

in Mio. €

	Bilanzausweis	Verzug bis zu einem Monat	Verzug über einen Monat bis zu drei Monaten	Verzug über drei Monaten bis zu einem Jahr	Verzug über einem Jahr	Summe Verzug
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	22.941	15	–	–	–	15
Forderungen an Kunden (LaR)	90.103	66	78	49	87	280
Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen (LaR)	38	1	1	1	–	3
Forderungen aus nicht abgerechneten Fertigungsaufträgen in Bearbeitung (LaR)	6	–	–	–	–	–
Gesamt	**113.088**	**82**	**79**	**50**	**87**	**298**

Die Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen, die im Bilanzposten Sonstige Aktiva ausgewiesen werden, resultieren überwiegend aus dem Immobilienprojektierungs- und Wohnungsbaugeschäft.

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufstellung über gestundete oder neuverhandelte Forderungen zum Bilanzstichtag:

in Mio. €

	Bilanzausweis		Darunter: gestundete oder neuverhandelte Forderungen	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute	21.396	23.236	–	–
Forderungen an Kunden	90.747	90.821	1.613	1.741
Gesamt	**112.143**	**114.057**	**1.613**	**1.741**

Kredite, die in der Weise restrukturiert worden sind, dass die Helaba aus wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen im Zusammenhang mit finanziellen Problemen des Kunden dem Kunden Zugeständnisse gemacht hat, die die Helaba unter anderen Umständen nicht zu gewähren bereit gewesen wäre, werden als neuverhandelte Forderungen ausgewiesen.

Aus wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen kann die Helaba mit einem Kreditnehmer, der sich in finanziellen Schwierigkeiten befindet, eine Stundung vereinbaren, um die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung für einen begrenzten Zeitraum zu erleichtern. Allerdings muss der für den Stundungszeitraum nicht gezahlte Betrag inklusive aufgelaufener Zinsen zu einem späteren Zeitpunkt wieder ausgeglichen werden.

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufstellung über Wertberichtigungen auf gestundete oder neuverhandelte Forderungen zum Bilanzstichtag:

in Mio. €

	Bilanzausweis		Darunter: auf gestundete oder neuverhandelte Forderungen	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kreditinstitute	**2**	**16**	**–**	**–**
Einzelwertberichtigungen	1	1	–	–
Portfoliowertberichtigungen	1	15	–	–
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden	**1.226**	**1.189**	**244**	**96**
Einzelwertberichtigungen	868	803	222	78
pauschalierte Einzelwertberichtigungen	93	109	12	10
Portfoliowertberichtigungen	265	277	10	8
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	**77**	**89**	**28**	**23**
Gesamt	**1.305**	**1.294**	**272**	**119**

Der Helaba-Konzern hält zur Besicherung seiner Kreditforderungen insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften sowie Wertpapiere. Zudem kommen andere branchenübliche Sicherungsvereinbarungen zur Anwendung. Die Schätzwerte für die beizulegenden Zeitwerte der Sicherheiten basieren auf der Bewertung der Sicherheiten, die abhängig von Kreditart und -volumen gemäß den Kreditrichtlinien einer laufenden Überwachung und Fortschreibung unterliegen.

Die folgende Tabelle zeigt die Schätzwerte für die beizulegenden Zeitwerte der im Rahmen des klassischen Kreditgeschäfts gehaltenen Sicherheiten zum Bilanzstichtag:

in Mio. €

	Buchwert		Fair Value der Sicherheiten	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute	21.396	23.236	187	122
Forderungen an Kunden	90.747	90.821	34.860	35.080
Eventualverbindlichkeiten	4.610	4.951	235	290
Unwiderrufliche Kreditzusagen	14.601	15.365	1.026	995
Gesamt	**131.354**	**134.373**	**36.308**	**36.487**

Für Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten nehmen wir eine Bewertungsanpassung (CVA-Adjustment) beim Ausfallrisiko vor, um erwartete Verluste im Kreditgeschäft abzudecken. Diese Bewertungsanpassung wird bestimmt durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber einem gegebenen Kontrahenten und unter Berücksichtigung gehaltener Sicherheiten, der sich aus Rahmenverträgen ergebenden Aufrechnungseffekte, des erwarteten Verlusts bei Ausfall und des Kreditrisikos basierend auf Marktdaten einschließlich CDS-Spreads. Zum 31. Dezember 2013 betrugen die Bewertungsanpassungen 118 Mio. € (31. Dezember 2012: 94 Mio. €).

Für weitere Angaben zu Kreditrisiken verweisen wir auf den Risikobericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen

(72) Eventualverpflichtungen und andere nicht bilanzierte Verpflichtungen

Bei den Eventual- und anderen Verpflichtungen des Helaba-Konzerns handelt es sich im Wesentlichen um potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten des Konzerns, die sowohl aus den gestellten Bürgschaften als auch aus den Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen Kreditlinien erwachsen. Die Betragsangaben spiegeln mögliche Verpflichtungen bei vollständiger Ausnutzung eingeräumter Kreditlinien beziehungsweise bei Inanspruchnahme der Avale wider. Die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen wurden von den Beträgen gekürzt.

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Eventualverbindlichkeiten	**4.610**	**4.951**
Verpflichtungen aus weitergegebenen Wechseln	1	–
Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	4.605	4.951
Verpflichtungen aus Gemeinschaftsunternehmen	4	–
Andere Verpflichtungen	**16.666**	**17.601**
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	1.910	2.072
unwiderrufliche Kreditzusagen	14.601	15.365
Nachschussverpflichtungen	39	39
Einzahlungsverpflichtungen	55	67
vertragliche Verpflichtungen für den Erwerb von Sachanlagen, immateriellen und sonstigen Vermögenswerten	15	12
vertragliche Verpflichtungen in Verbindung mit als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	41	12
sonstige Verpflichtungen	5	34
Gesamt	**21.276**	**22.552**

Am Bilanzstichtag entfielen von den Wieder-/Einzahlungsverpflichtungen auf 26 Personenhandelsgesellschaften 48 Mio. € und auf vier Kapitalgesellschaften 7 Mio. €. Einzahlungsverpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden nicht.

Aus der Anwachsung eines Tochterunternehmens hat die Bank als Rechtsnachfolgerin die Verpflichtungen des Tochterunternehmens übernommen. Aus dessen Teilnahme an einer Spaltungsmaßnahme resultieren zeitlich befristete Haftungen nach dem Umwandlungsgesetz (UmwG). Eine tatsächliche Belastung ist derzeit nicht zu erwarten.

An der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main, ist die Bank als unbeschränkt haftender Gesellschafter beteiligt.

Für den Fall der Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandsschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich verpflichtet.

Den Sicherungseinrichtungen der deutschen Sparkassenorganisation ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Die Frankfurter Sparkasse ist Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen. Diese Sicherungseinrichtungen haben institutssichernde Wirkung, das heißt, sie sind darauf angelegt, die angeschlossenen Institute selbst in ihrem Bestand zu schützen. Im Fall des Eintritts von Stützungsfällen bestehen Nachschussverpflichtungen.

Des Weiteren sind die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen angeschlossen. Er gewährleistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Landesbank Hessen-Thüringen und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5 ‰ der Bemessungsgrundlage (Risikoaktiva der Institute) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrags.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. angehörender Mitglieder.

Darüber hinaus haften einzelne konzernangehörige Institute als Mitglieder von Einlagensicherungseinrichtungen im Rahmen der hierfür geltenden Bestimmungen.

Bei einer Konzerngesellschaft bestehen gemeinschaftlich eingegangene Verpflichtungen in Höhe von 4 Mio. € in Form von Bürgschaften für Gemeinschaftsunternehmen.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Fall der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH beziehungsweise der OFB Projektentwicklung GmbH deren Ausgleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Für den Fall, dass Kapitaleinlagen zurückgezahlt werden, können Eventualverbindlichkeiten ebenso wie im Vorjahr in Höhe von 205 Mio. € entstehen.

(73) Patronatserklärungen

Firma	Sitz
Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	Frankfurt am Main
Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH	Frankfurt am Main
Grundstücksgesellschaft Westhafen GmbH	Frankfurt am Main

(74) Volumen der verwalteten Fonds

Die von der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH und der LB(Swiss) Investment AG verwalteten Investmentvermögen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Publikumfonds 72 (2012: 72)	2.517	4.015
Spezialfonds 265 (2012: 226)	85.985	79.582
Gesamt	**88.502**	**83.597**

(75) Treuhandgeschäfte

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Treuhandvermögen	**973**	**1.060**
Forderungen an Kreditinstitute	177	216
Forderungen an Kunden	519	560
Beteiligungen	266	272
sonstige Vermögensgegenstände	11	12
Treuhandverbindlichkeiten	**973**	**1.060**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3	4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	659	738
sonstige Verbindlichkeiten	311	318

Die Treuhandgeschäfte betreffen im Wesentlichen als Treuhandkredite gewährte Fördermittel des Bundes, des Landes Hessen und der KfW, bei anderen Kreditinstituten angelegte Treuhandgelder sowie für Privatanleger verwalteten Anteilsbesitz.

Sonstige Angaben

(76) Angaben zum Leasinggeschäft

Der Helaba-Konzern als Leasinggeber
In der folgenden Tabelle werden die Angaben zum Finanzierungsleasing dargestellt:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Bruttoinvestitionswert	**8**	**9**
bis ein Jahr	1	1
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5	5
mehr als fünf Jahre	2	3
Unrealisierter Finanzertrag	**–1**	**–2**
Nettoinvestitionswert	**7**	**7**
bis ein Jahr	1	1
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4	3
mehr als fünf Jahre	2	3

Der Bruttoinvestitionswert entspricht der Summe der Mindestleasingzahlungen aus dem Finanzierungsleasing und dem Leasinggeber zustehender nicht garantierter Restwerte. In den Mindestleasingzahlungen sind vom Leasingnehmer zu leistende garantierte Restwerte enthalten. Der unrealisierte Finanzertrag entspricht der Differenz zwischen dem Bruttoinvestitionswert und dem Nettoinvestitionswert.

Wie im Vorjahr bestehen keine kumulierten Wertberichtigungen bei Finanzierungsleasinggeschäften. Im Berichtsjahr wurden aus Finanzierungsleasingverhältnissen wie im Vorjahr keine bedingten Mietzahlungen als Ertrag erfasst.

In den kommenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu erwarten:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Bis ein Jahr	99	109
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	122	115
Mehr als fünf Jahre	69	29
Gesamt	**290**	**253**

Die Operating-Leasingverhältnisse betreffen insbesondere Untermietverträge für angemietete Gebäudeflächen sowie Mietverträge aus der Vermietung eigener Grundstücke und Gebäude. Im Berichtsjahr wurden aus Operating-Leasingverhältnissen bedingte Mietzahlungen in Höhe von 6 Mio. € (2012: 6 Mio. €) als Ertrag erfasst.

Der Helaba-Konzern als Leasingnehmer
Im Verwaltungsaufwand sind in Höhe von 58 Mio. € (2012: 49 Mio. €) Zahlungen für Operating-Leasingverhältnisse enthalten, bei denen die Helaba Leasingnehmer ist. Dies betrifft überwiegend Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Bei den angemieteten Objekten handelt es sich im Wesentlichen um im Bankbetrieb genutzte Bürogebäude, soweit sie nicht im Rahmen von Untermietverhältnissen einer anderen kommerziellen Nutzung unterliegen. Die Mietverträge haben feste Laufzeiten mit gegenwärtigen Restlaufzeiten bis zu 14 Jahren. Preisanpassungsklauseln bestehen in verschiedenen Varianten; bedingte Mietzahlungen sind nicht vereinbart.

In den kommenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu leisten:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Bis ein Jahr	55	56
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	186	182
Mehr als fünf Jahre	145	160
Gesamt	**386**	**398**

Aus unkündbaren Untermietverhältnissen werden zum Bilanzstichtag künftige Mindestmietzahlungen in Höhe von 52 Mio. € (2012: 51 Mio. €) erwartet. Im Berichtsjahr wurden aus Untermietverhältnissen 16 Mio. € (2012: 15 Mio. €) vereinnahmt, die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst sind.

Finanzierungsleasinggeschäfte mit dem Helaba-Konzern als Leasingnehmer bestanden im Geschäftsjahr nicht.

(77) Angaben zum Eigenkapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennzahlen

Das Eigenkapitalmanagement des Helaba-Konzerns umfasst die Planung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel im Rahmen des Planungsprozesses, die Allokation von Eigenmitteln, die Überwachung der Entwicklung der Risikopositionen und die Einhaltung der Kapitallimite, die Überwachung und Plausibilisierung des verbleibenden Kapitalpuffers sowie die Berücksichtigung eines kalkulatorischen Eigenkapitalkostensatzes im Rahmen der Deckungsbeitragsrechnung. Ziel des Eigenkapitalmanagements ist die Allokation der Ressource Eigenkapital unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten auf die Bereiche des Konzerns unter der Nebenbedingung der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften zur Kapitalausstattung.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Helaba-Institutsgruppe werden gemäß den §§ 10 und 10a KWG ermittelt. Danach muss die Helaba-Institutsgruppe im Interesse der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern Eigenmittel in angemessener Höhe halten.

Die Solvabilitätsverordnung verpflichtet Institute, ihre Adressenausfallrisiken, ihre Marktrisiken und das operationelle Risiko zu quantifizieren und mit Eigenmitteln zu unterlegen.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Helaba-Institutsgruppe gemäß Solvabilitätsverordnung setzen sich aus dem Kern- und Ergänzungskapital sowie den Drittrangmitteln zusammen und gliedern sich zum Meldestichtag wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Stammkapital	589	589
anderes Kapital	1.920	1.920
sonstiges Kapital	953	1.053
offene Rücklagen und Konsolidierungseffekte	3.111	2.954
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB	555	479
Abzugsposten nach § 10 Abs. 2a KWG	–78	–40
Kernkapital	**7.050**	**6.955**
Kapital gemäß § 10 Abs. 5 KWG	676	707
längerfristige nachrangige Verbindlichkeiten	2.006	2.290
übrige Bestandteile und Konsolidierungseffekte	–	4
Ergänzungskapital	**2.682**	**3.001**
Abzugsposten gemäß § 10 Abs. 6 und 6a KWG	–299	–273
Haftendes Eigenkapital	**9.433**	**9.683**
genutzte, verfügbare Drittrangmittel	–	–
Eigenmittel gesamt	**9.433**	**9.683**

Zum Bilanzstichtag ergaben sich folgende Kapitalanforderungen und Kennziffern:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Adressenausfallrisiken	3.497	4.158
Marktrisiken	519	422
Operationelle Risiken	309	284
Kapitalanforderungen	**4.325**	**4.864**
Kernkapitalquote	12,8 %	11,2 %
Gesamtkennziffer	17,4 %	15,9 %

Kern- und Eigenkapitalquoten erfüllen die von der Helaba im Rahmen der Eigenkapitalplanung formulierten Zielquoten. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Kapitalausstattung sind eingehalten.

(78) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Helaba-Konzerns werden Geschäfte mit nach IAS 24 als nahestehend anzusehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen. Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu den nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen, den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns einschließlich deren nachgeordneter Tochterunternehmen.

Bezüglich des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, des Landes Hessen sowie des Freistaates Thüringen als Gesellschafter und Träger sind die Voraussetzungen für eine Befreiung von der Berichterstattung zu nahestehenden Unternehmen als öffentliche Stellen gegeben; von der entsprechenden Regelung wird grundsätzlich Gebrauch gemacht, sofern es sich nicht um wesentliche Geschäftsvolumina handelt. Geschäftsbeziehungen zu unseren Gesellschaftern und deren nachgeordneten Tochterunternehmen nach IAS 24 bestehen aus normalen bankgeschäftlichen Dienstleistungen. Der Umfang der Geschäftsbeziehungen zu den Gesellschaftern und wesentlichen nachgeordneten Unternehmen im Berichtsjahr wird aus den nachfolgend angegebenen Salden zum Geschäftsjahresende erkennbar. Ebenso sind die Angaben zu den nach IAS 24 definierten Personen in Schlüsselpositionen des Helaba-Konzerns einschließlich ihrer nahen Familienangehörigen sowie von diesen Personen beherrschten Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2013 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute	**84**	**44**
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	4	4
Gesellschafter der Helaba	80	40
Forderungen an Kunden	**2.092**	**2.418**
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	6	6
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	749	598
Gesellschafter der Helaba	1.254	1.589
sonstige nahestehende Personen	83	225
Handelsaktiva	**880**	**884**
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	1	20
Gesellschafter der Helaba	879	864
Finanzanlagen	**301**	**580**
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	19	22
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	32	38
Gesellschafter der Helaba	250	520
Sonstige Aktiva	**199**	**170**
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	3	–
Gesellschafter der Helaba	196	170
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**245**	**311**
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	1	1
Gesellschafter der Helaba	244	310
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	**1.107**	**889**
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	17	22
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	309	82
Gesellschafter der Helaba	760	772
sonstige nahestehende Personen	21	13
Handelspassiva	**21**	**65**
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	–	5
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	2	6
Gesellschafter der Helaba	19	54
Nachrangkapital	**104**	**84**
Gesellschafter der Helaba	104	84
Sonstige Passiva	**56**	**49**
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	56	47
Gesellschafter der Helaba	–	2
Eventualverbindlichkeiten	**337**	**307**
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	201	67
Gesellschafter der Helaba	67	68
sonstige nahestehende Personen	69	172

Wertberichtigungen für bilanzierte Forderungen an nahestehende Unternehmen und Personen bestehen in Höhe von 11 Mio. € (2012: 4 Mio. €). In 2013 erfolgten keine Forderungsverzichte (2012: 9 Mio. € bei einem Gemeinschaftsunternehmen). Forderungsausbuchungen sind in 2013, ebenso wie in 2012, nicht angefallen.

Die nicht bilanziell als Forderungen beziehungsweise Einlagen oder Verbindlichkeiten ausgewiesenen Geschäfte mit nahestehenden Personen betreffen im Wesentlichen den An- und Verkauf von Wertpapieren und Investmentfondsanteilen sowie das von einer Tochterunternehmung betriebene Geschäft der Platzierung von geschlossenen Fonds. Die hieraus entstandenen Erträge beziehungsweise Aufwendungen sind, ebenso wie in 2012, von nur untergeordneter Bedeutung (insgesamt kleiner 1 Mio. €).

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder in Höhe von 1 Mio. € (2012: 1 Mio. €) und Kredite an Verwaltungsratsmitglieder in Höhe von 2 Mio. € (2012: 3 Mio. €).

Die Bezüge des Vorstands der Helaba setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	2013	2012[1)]
Kurzfristige Leistungen	4,6	4,4
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–
Andere langfristige Leistungen	1,3	0,8
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–

[1)] Vorjahreszahlen angepasst.

Darüber hinaus wurden für Mitglieder des Vorstands den Pensionsrückstellungen 0,6 Mio. € (2012: 0,6 Mio. €) zugeführt (Dienstzeitaufwand).

Dem Verwaltungsrat wurden 0,9 Mio. € (2012: 0,6 Mio. €) und den Beiräten unverändert 0,1 Mio. € vergütet. Darüber hinaus wurden an die Mitglieder des Verwaltungsrats (inklusive stellvertretender Mitglieder) als Arbeitnehmer Bezüge in Höhe von insgesamt 3 Mio. € (2012: 2 Mio. €) gezahlt. An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden unverändert 3 Mio. € geleistet. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis sind nach IAS 19 54 Mio. € (2012: 51 Mio. €) zurückgestellt.

(79) Honorare des Abschlussprüfers

Für das Geschäftsjahr wurden folgende Entgelte für Leistungen berechnet, die von Konzernunternehmen der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erbracht wurden:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Abschlussprüfung	4	4
Sonstige Leistungen	2	3
Gesamt	**6**	**7**

(80) Angaben zu Arbeitnehmern

Beschäftigte im Jahresdurchschnitt

	Weiblich		Männlich		Gesamt	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Gesamtbank	**1.572**	**1.474**	**1.938**	**1.817**	**3.510**	**3.291**
Bank	1.164	1.051	1.635	1.513	2.799	2.564
WIBank	241	244	175	174	416	418
Landesbausparkasse	167	179	128	130	295	309
Konzerntochtergesellschaften	**1.411**	**1.415**	**1.372**	**1.369**	**2.783**	**2.784**
Konzern	**2.983**	**2.889**	**3.310**	**3.186**	**6.293**	**6.075**

(81) Mitglieder des Verwaltungsrats

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning
Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– Erster stellvertretender
Vorsitzender –

Dr. Thomas Schäfer
Staatsminister
Hessisches Ministerium
der Finanzen
Wiesbaden
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –

Hans Martz
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Essen
Essen
– Dritter stellvertretender
Vorsitzender –

Franz Josef Schumann
Präsident
Sparkassenverband Saar
Saarbrücken
– Fünfter stellvertretender
Vorsitzender –
– bis 31. Dezember 2013 –

Prof. Dr. h.c. Ludwig G. Braun
Vorsitzender des Aufsichtsrats
B. Braun Melsungen AG
Melsungen

Ingo Buchholz
Vorsitzender des Vorstands
Kasseler Sparkasse
Kassel

Dirk Diedrichs
Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt

Georg Fahrenschon
Präsident
Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e. V.
Berlin

Peter Feldmann
Oberbürgermeister
Stadt Frankfurt am Main
Frankfurt am Main
– seit 13. März 2013 –

Robert Fischbach
Landrat
Kreis Marburg-Biedenkopf
Marburg
– bis 31. Januar 2014 –

Volker Goldmann
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bochum
Bochum

Ulrich Heilmann
Vorsitzender des Vorstands
Kyffhäusersparkasse
Artern-Sondershausen
Sondershausen
– seit 13. März 2013 –

Bertram Hilgen
Oberbürgermeister
Stadt Kassel
Kassel
– seit 1. Juli 2013 –

Dr. Alfons Lauer
Präsident
Sparkassenverband Saar
Saarbrücken
– seit 9. Januar 2014 –

Stefan Lauer
Idstein

Christoph Matschie
Minister
Thüringer Ministerium für Bildung,
Wissenschaft und Kultur
Erfurt

Gerhard Möller
Oberbürgermeister
Stadt Fulda
Fulda

Frank Nickel
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Clemens Reif
Mitglied des Hessischen
Landtags
Wiesbaden

Stefan Reuß
Landrat
Werra-Meißner-Kreis
Eschwege

Thorsten Schäfer-Gümbel
Mitglied des Hessischen
Landtags
Wiesbaden

Wolfgang Schuster
Landrat
Lahn-Dill-Kreis
Wetzlar

Dr. Eric Tjarks
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bensheim
Bensheim

Egon Vaupel
Oberbürgermeister
Stadt Marburg
Marburg
– bis 30. Juni 2013 –

Thomas Wagner
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Altenburger Land
Altenburg
– bis 28. Februar 2013 –

Alfred Weber
Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt
Saalfeld

Stephan Ziegler
Vorsitzender des Vorstands
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden

Ulrich Zinn
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Grünberg
Grünberg

Arnd Zinnhardt
Mitglied des Vorstands
Software AG
Darmstadt

Von den Bediensteten der Bank entsandt:

Thorsten Derlitzki
Bankangestellter
Frankfurt am Main
– Vierter stellvertretender Vorsitzender –

Frank Beck
Bankprokurist
Frankfurt am Main

Brigitte Berle
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Isolde Burhenne
Stellvertretende Abteilungsdirektorin
Frankfurt am Main

Wilfried Carl
Stellvertretender Abteilungsdirektor
Kassel
– bis 20. Februar 2013 –

Gabriele Fuchs
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Anke Glombik
Bankprokuristin
Erfurt
– bis 20. Februar 2013 –

Thorsten Kiwitz
Stellvertretender Abteilungsdirektor
Frankfurt am Main

Christiane Kutil-Bleibaum
Abteilungsdirektorin
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
Düsseldorf
– seit 21. Februar 2013 –

Annette Langner
Bankprokuristin
Frankfurt am Main

Susanne Lorra
Bankprokuristin
Düsseldorf
– seit 21. Februar 2013 –

Susanne Noll
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Hans Peschka
Stellvertretender Abteilungsdirektor
Frankfurt am Main

Erich Roth
Bankangestellter
Frankfurt am Main

Birgit Sahliger-Rasper
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Wolf-Dieter Tesch
Stellvertretender Bankdirektor
Frankfurt am Main

(82) Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning
Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– Stellvertretender Vorsitzender –

Thorsten Derlitzki
Bankangestellter
Landesbank Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main

Volker Goldmann
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bochum
Bochum

Claus Kaminsky
Oberbürgermeister
Stadt Hanau
Hanau
– bis 19. September 2013 –

Frank Lortz
Mitglied des Hessischen
Landtags
Wiesbaden

Hans Martz
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Essen
Essen

Gerhard Möller
Oberbürgermeister
Stadt Fulda
Fulda

Siegmar Müller
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Germersheim-Kandel
Kandel

Frank Nickel
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Honorargeneralkonsul Dirk Pfeil
Unternehmensberater
Frankfurt am Main

Clemens Reif
Mitglied des Hessischen
Landtags
Wiesbaden

Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis
Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied
Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e. V.
Berlin

Fritz Schröter
Mitglied des Thüringer Landtags
Erfurt

Wolfgang Schuster
Landrat
Lahn-Dill-Kreis
Wetzlar
– seit 1. Oktober 2013 –

Alfred Weber
Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt
Saalfeld

Ulrich Zinn
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Grünberg
Grünberg

(83) Prüfungsausschuss des Verwaltungsrats

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Stephan Ziegler
Vorsitzender des Vorstands
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden
– Erster stellvertretender
Vorsitzender –

Hans Peschka
Stellvertretender
Abteilungsdirektor
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –

Frank Beck
Bankprokurist
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main

Brigitte Berle
Bankangestellte
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main
– bis 30. November 2013 –

Dirk Diedrichs
Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt

Dr. Werner Henning
Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt

Christiane Kutil-Bleibaum
Abteilungsdirektorin
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Düsseldorf
– seit 1. Dezember 2013 –

Frank Nickel
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Dr. Thomas Schäfer
Staatsminister
Hessisches Ministerium der
Finanzen
Wiesbaden

Alexander Wüerst
Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Köln
Köln

Der Verwaltungsrat hat außerdem im Rahmen seiner Befugnisse Aufgaben an einen Personal- und Vergütungskontrollausschuss, Bauausschuss, Beteiligungsausschuss sowie Nominierungsausschuss übertragen.

(84) Mitglieder des Vorstands

Hans-Dieter Brenner
Vorsitzender

Jürgen Fenk

Klaus-Dieter Gröb
– bis 31. Juli 2013 –

Thomas Groß

Dr. Detlef Hosemann

Rainer Krick

Dr. Norbert Schraad

(85) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Mandate der Vorstandsmitglieder

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Hans-Dieter Brenner	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Präsident
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Jürgen Fenk	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Thomas Groß	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Detlef Hosemann	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Mitglied
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Erster stellvertretender Vorsitzender
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Rainer Krick	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender

Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Herbert Hans Grüntker	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Jörg Hartmann	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Holger Mai	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Dirk Mewesen	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Vorsitzender
Gottfried Milde	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Klaus-Jörg Mulfinger	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Vorsitzender
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Mitglied
Dr. Michael Reckhard	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied
Klaus Georg Schmidbauer	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied
Lothar Steinborn-Reetz	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Mitglied
Erich Vettiger	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Mitglied

(86) Anteilsbesitz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale gemäß § 315a i. V. m. § 313 Abs. 2 HGB

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	
1	1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH, Frankfurt am Main	100,00			7,1	0	1)
2	Aeskulap Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	0	2)
3	Airport Office One GmbH & Co. KG, Schönefeld	100,00			0,0	−5	2)
4	ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	0,00			−0,2	−2.298	3)
5	BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH, Kassel	100,00			0,0	0	1), 4)
6	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland-beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		8,0	798	2)
7	CAMPANULA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	0,00			−4,4	−675	3)
8	CORDELIA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	0,00			0,0	0	1), 3)
9	DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam	94,89			36,7	1.969	
10	EGERIA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	0,00			0,0	0	1) 3)
11	Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG, Kriftel	100,00			70,4	−10	2)
12	Fachmarktzentrum Fulda GmbH & Co. KG, Fulda	100,00			0,7	0	2)
13	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	100,00			9,8	−272	
14	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	100,00	100,00		99,9	3.073	
15	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	100,00	100,00		770,7	60.000	
16	FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,2	0	1)
17	GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH, Erfurt	100,00			0,3	0	1), 4)
18	GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0	1), 4)
19	Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR, Frankfurt am Main	100,00			0,1	39	
20	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	−14	
21	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG, Frankfurt am Main	100,00			0,3	312	2)
22	G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	100,00			23,4	0	1)
23	GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Frankfurt am Main	100,00			65,7	0	1)
24	GWH Bauprojekte GmbH, Frankfurt am Main	100,00			2,6	0	1)
25	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		949,9	0	1)
26	GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	100,00			363,9	55.402	
27	Hafenbogen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,8	−538	2)
28	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG, Pullach	43,10			16,8	312	3)

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß §16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	
29	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG, Pullach	63,10			17,8	230	3)
30	HANNOVER LEASING Private Invest Beteiligungs GmbH, Pullach	100,00			48,7	−703	3)
31	HANNOVER LEASING Private Invest II GmbH & Co. KG, Pullach	91,25			51,4	−72	3)
32	HANNOVER LEASING Wachstumswerte Asien 1 GmbH & Co. KG, Pullach	53,85			28,5	3.397	3)
33	Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	−89	2)
34	Haus am Zentralen Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,8	353	2)
35	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	100,00	100,00		158,5	10.255	
36	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	100,00	100,00		5,38	185	
37	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		13,0	0	1)
38	HeWiPPP II GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			2,5	9	2)
39	Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Mainz	95,00	95,00	24,00	11,0	1.655	3)
40	HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	6	
41	LB(Swiss) Investment AG, Zürich, Schweiz	100,00			8,7	1.185	
42	KADENZA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	0,00			−8,2	681	3)
43	LHT MSIP, LLC, Wilmington, USA	100,00			4,7	292	
44	LHT Power Three LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00		43,9	−453	
45	LHT TCW, LLC, Wilmington, USA	100,00			18,4	1.116	
46	LHT TPF II, LLC, Wilmington, USA	100,00			16,9	416	
47	Main Capital Funding LP, St. Helier, Jersey	0,00			−55,3	46	3)
48	Main Capital Funding II L.P., St. Helier, Jersey	0,00			−48,3	132	3)
49	MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	0	1)
50	MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH, Frankfurt am Main	99,99			4,8	325	
51	Merian GmbH Wohnungsunternehmen, Frankfurt am Main	90,70			19,6	1.058	
52	Montindu S.A./N.V., Brüssel, Belgien	100,00	99,97		4,5	−8	
53	MS „EAGLE STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	0,00			−0,8	−901	3)
54	MS „EMERALD STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	0,00			−1,4	−1.008	3)
55	MS „ENDEAVOUR STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	0,00			−1,0	−1.428	3)
56	MS „ESSEX STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	0,00			−4,0	−1.101	3)
57	Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			−0,1	−69	2)
58	OFB Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,00			5,3	463	
59	OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,1	0	1), 4)
60	OPUSALPHA FUNDING LTD, Dublin, Irland	0,00			0,0	0	3), 5)
61	OPUSALPHA PURCHASER LTD, Dublin, Irland	0,00			0,0	0	3), 5)
62	Palladium Praha s.r.o., Prag, Tschechien	83,00			−101,0	−739	3)
63	Palladium SC GmbH & Co. Beteiligungs KG, Pullach	0,00			−36,5	−7.716	3)
64	Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG, Kassel	100,00			−0,2	−357	2)

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	
65	Projektentwickungs-GmbH & Co. Schule an der Wascherde KG, Kassel	100,00			–0,1	124	2)
66	Projektgesellschaft Eichplatz Jena mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	–2	2)
67	PVG GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0	1), 4)
68	Schlossgalerie Eschwege GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,1	21	2)
69	STRATUS Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	94,80			–6,9	288	3)
70	TE Kronos GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	3	
71	VANESSA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	0,00			–15,3	–4.288	3)
72	Vermögensverwaltung „Emaillierwerk“ GmbH, Fulda	100,00			0,3	–47	
73	Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0	1)
74	Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	–51	2)
75	Verso Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	1	2)

Lfd. Nr.	Wertpapiersondervermögen nach KAGB	Kapitalanteil in % gesamt	davon unmittelbar		Fondsvolumen in Mio. €		
76	HI-LBS-FONDS I	100,00	100,00		28,2		3), 6)
77	HI-LBS 2-FONDS	100,00	100,00		28,4		3), 6)
78	HI-LBS 4-FONDS	100,00	100,00		28,8		3), 6)
79	HI-LBS 5-FONDS	100,00	100,00		29,7		3), 6)
80	HI-LBS 6-FONDS	100,00	100,00		30,1		3), 6)
81	HI-HTNW-FONDS	100,00	100,00		1.004,0		3), 6)
82	HI-RENTPLUS-FONDS	100,00	100,00		378,5		3), 6)
83	HI-TURBO-FONDS	100,00	100,00		770,6		3), 6)
84	HI-HT-KOMP-FONDS	100,00			10,7		3), 6)
85	HI-Balanced 40-FONDS	100,00			6,0		3), 7), 8)
86	HI A-FSP FONDS	100,00			137,0		3)
87	HI C-FSP FONDS	100,00			123,8		3)
88	HI FBI FONDS	100,00			131,4		3)
89	HI FBP FONDS	100,00			92,6		3)
90	HI FSP FONDS	100,00			162,4		3)
91	HI H-FSP FONDS	100,00			134,9		3)

Des Weiteren wurden folgende Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierte Unternehmen at Equity bewertet:

At Equity bewertete Gemeinschaftsunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß §16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €
92	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln	25,00			130,1	32.871
93	CP Campus Projekte GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,3	–108
94	Einkaufszentrum Wittenberg GmbH, Leipzig	50,00			–1,1	37
95	Erste ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	–65
96	G & O Alpha Hotelentwicklung GmbH, Eschborn	50,00			0,1	–192
97	G & O Alpha Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,0	1
98	G & O Baufeld Alpha 2. BA GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,4	–4
99	G & O Gateway Gardens Dritte GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,0	0
100	G & O Gateway Gardens Erste GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			1,0	311
101	gatelands Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Schönefeld	75,00			–0,6	–194
102	Galerie Lippe GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	78,00			–0,7	–766
103	GOB Dritte E & A Grundbesitz GmbH, Eschborn	47,00			–2,5	–296
104	GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Siebte Rhein-Main KG, Eschborn	8,80			0,6	137
105	GOB Werfthaus GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,1	0
106	Horus Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Pöcking	50,00			–2,4	–1.133
107	Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	–2
108	Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			–4,3	–1.111
109	Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	–2
110	Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	–2
111	Multi Park Mönchhof Dritte GmbH & Co. KG, Walldorf/Baden	50,00			0,0	76
112	Multi Park Mönchhof GmbH & Co. KG, Walldorf/Baden	50,00			0,0	–11
113	OFB & Procom Objekt Neu-Ulm GmbH & Co. KG, Neu-Ulm	50,00			–0,7	–729
114	OFB & Procom Rüdesheim GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	–3
115	sono west Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	70,00			9,4	–124
116	Stresemannquartier GmbH & Co. KG, Berlin	50,00			5,2	–221
117	Westhafen Haus GmbH & Co. Projektentwicklungs-KG, Frankfurt am Main	50,00			–0,2	–41
118	Westhafen-Gelände Frankfurt am Main GbR, Frankfurt am Main	0,00		33,33	0,1	–1
119	Zweite ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	–38

At Equity bewertete assoziierte Unternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	
120	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33			6,7	–121	
121	HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	49,34	49,34		22,8	0	
122	Sparkassen Markt Service GmbH, Darmstadt	50,00			5,0	154	
123	WoWi Media GmbH & Co. KG, Hamburg	23,72		19,24	6,8	6.511	

Nicht einbezogene Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	
124	AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	1	
125	AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	7	
126	BGT-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0	1)
127	BHT Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Bauhof Maintal KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	0,6	77	
128	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt GZH Gemeindezentrum Hünstetten KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,7	113	
129	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt MGK Marstall-Gebäude Kassel KG, Kassel	50,00	50,00	66,67	0,3	45	
130	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Sparkassenfiliale Seeheim-Jugenheim KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,3	158	
131	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt TFK II Tiefgarage Kassel 2. BA KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	1,2	198	
132	BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,0	670	
133	Brillant Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	100,00	100,00		0,0	0	
134	Bürogebäude Darmstädter Landstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	–3	
135	BWT Beteiligungsgesellschaft für den Wirtschaftsaufbau Thüringens mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,3	27	
136	CEREUS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co Vermietungs KG, Pullach	33,33			2,8	–477	
137	Div Deutsche Immobilienfonds Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,1	0	
138	Erste OFB Berlin Projekt GmbH & Co. KG, Berlin	100,00			k. A.	k. A.	

Nicht einbezogene Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß §16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	
139	FAM-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	8	
140	Fellnerstraße 5 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,1	–1	
141	FMZ Fulda Verwaltung GmbH, Fulda	100,00			0,0	92	
142	Franziskanerhof Bonn GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,1	81	
143	Franziskanerhof Bonn Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	0	
144	GIMPRO Beteiligungs- und Geschäftsführungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,2	3	
145	Helaba Gesellschaft für Immobilienbewertung mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	0	1)
146	Helaba Projektbeteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,1	2.195	
147	HT Finanzanlage Ltd, St. Helier, Jersey	0,00			–0,2	–79	9)
148	IHB Investitions- und Handels-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,0	–3	
149	IKT Westhafen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,1	68	
150	Innovationsfonds Hessen-Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	2	
151	Intelligent Crop Forecasting GmbH in Insolvenz, Darmstadt	27,67			k. A.	k. A.	
152	Kalypso Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	0	
153	KHR Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Kulturhalle Rödermark KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	1,9	342	
154	Königstor Verwaltungs-GmbH, Kassel	100,00			k. A.	k. A.	
155	LBS Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		2,2	253	
156	Nötzli, Mai & Partner Family Office AG, Zürich, Schweiz	100,00			0,3	0	
157	OFB Berlin Projekt GmbH, Berlin	100,00			k. A.	k. A.	
158	OFB Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	–1	
159	Office One Verwaltung GmbH, Schönefeld	100,00			0,0	3	
160	Projekt Feuerbachstraße Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	70,00			0,0	3	
161	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			k. A.	k. A.	
162	Projektentwicklung Lutherplatz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			k. A.	k. A.	
163	Projektgesellschaft Darmstadt Goethestraße 36 mbH & Co. Bauträger KG i.L., Frankfurt am Main	51,00			0,1	–11	
164	Projektgesellschaft Darmstadt Goethestraße 36 mbH i.L., Frankfurt am Main	51,00			0,0	1	
165	S-Beteiligungsgesellschaft Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,1	45	
166	SQO Stadt Quartier Offenburg GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	0	
167	TE Beta GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,3	106	
168	TE Gamma GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	7	

Nicht einbezogene Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €
169	TF H Technologie-Finanzierungsfonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TF H GmbH), Frankfurt am Main	66,67	66,67	66,66	2,4	566
170	TFK Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Tiefgarage Friedrichsplatz Kassel KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	1,4	139
171	Unterstützungseinrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0
172	Westhafenkontor GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	317
173	Zweite OFB Berlin Projekt GmbH & Co. KG, Berlin	100,00			k. A.	k. A.

Gemeinschaftsunternehmen, nicht at Equity bewertet

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €
174	AARON Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i. L., Oberursel	50,00	50,00		–2,1	–13
175	Arealogics GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
176	G & O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Eschborn	50,00			0,1	8
177	G & O Verwaltungsgesellschaft mbH, Eschborn	50,00			0,0	1
178	gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	75,00			0,0	3
179	GOB Projektentwicklungsgesellschaft E & A mbH, Eschborn	50,00			0,0	2
180	Helaba-Assekuranz-Vermittlungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,5	334
181	HELY Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,0	0
182	HELY Immobilien GmbH & Co. Grundstücksgesellschaft KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00		–0,6	15.232
183	Hessen Kapital I GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		34,7	75
184	Hessen Kapital II GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,2	306
185	Kornmarkt Arkaden Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	1
186	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,1	6
187	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH & Co. Bad Homburg v.d.H. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,3	48
188	Mittelhessenfonds GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		–2,3	–908
189	Multi Park Verwaltungs GmbH, Walldorf/Baden	50,00			0,0	–1
190	OFB & Procom Einzelhandelsentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
191	Rotunde – Besitz- und Betriebsgesellschaft der S-Finanzgruppe bR, Erfurt	60,00	60,00	33,00	0,3	89
192	SKYGARDEN Arnulfpark Verwaltungs GmbH, Grünwald	50,00			0,0	–1

Assoziierte Unternehmen, nicht at Equity bewertet

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß §16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €
193	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	21,25	21,25		14,9	1.263
194	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	31,50	31,50		21,2	1.762
195	Comtesse BTH Limited, London, Großbritannien	4,75	4,75	25,10	21,2	–2.359
196	CORPUS SIREO Holding GmbH, Köln	25,00			0,3	17
197	GbR VÖB-ImmobilienAnalyse, Bonn	0,00		20,00	k. A.	k. A.
198	HaemoSys GmbH, Jena	38,33			–4,8	–524
199	HANNOVER LEASING Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	49,34	49,34		0,1	3
200	Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel	37,11	37,11		52,6	1.202
201	Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs KG, Mainz	21,62			1,7	1.333
202	Logistikzentrum Rodgau GmbH, Schönefeld	25,00			–0,1	339
203	MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	32,52	32,52		8,2	999
204	MIG Immobiliengesellschaft mbH i.L., Mainz	22,73	22,73		0,0	–13
205	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	38,56	38,56		19,8	960
206	Riedemannweg 59–60 GbR, Berlin	32,00	32,00		–4,4	149
207	Vierte Airport Bureau-Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH & Co., Berlin	31,98	31,98		–2,4	–427

Kapitalanteil größer 20 %

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß §16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €
208	BIL Leasing GmbH & Co. Objekt Verwaltungsgebäude Halle KG, München	100,00		0,21	–0,4	3,0

[1] Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.
[2] Von § 264b HGB wird bezüglich des Jahresabschlusses der Gesellschaft Gebrauch gemacht.
[3] Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Zweckgesellschaft.
[4] Von § 264 Abs. 3 HGB wird bezüglich des Jahresabschlusses der Gesellschaft Gebrauch gemacht.
[5] Die Silo-Strukturen in der Gesellschaft sind bis auf die konsolidierte Transaktion Angelika Dritten zuzurechnen.
[6] Geschäftsjahresende 31. Januar.
[7] Es handelt sich um ein Publikumssondervermögen im Sinne des KAGB.
[8] Geschäftsjahresende 30. November.
[9] Die Silo-Strukturen in der Gesellschaft sind Dritten zuzurechnen.
k. A.: Es liegt kein festgestellter Abschluss vor.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.“

Frankfurt am Main/Erfurt, den 18. März 2014

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner	Fenk	Groß
Dr. Hosemann	Krick	Dr. Schraad

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den von der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, gesonderter Gewinn- und Verlustrechnung und Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 18. März 2014

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Markus Burghardt
Wirtschaftsprüfer

Wolfgang Weigel
Wirtschaftsprüfer

Glossar

Arranger
Der Arranger/Arrangeur/Arrangierer wird vom Kunden mandatiert, eine Finanzierung zu strukturieren und Kreditmittel bereitzustellen.

Backtesting
Verfahren zur Validierung eines Risikomodells. Beim Backtesting wird die prognostizierte Nettovermögensänderung (Risiko) mit der tatsächlich aufgetretenen Nettovermögensänderung innerhalb eines Handelstages verglichen. Als Maß für die Güte des Risikomodells wird die Zahl der Überschreitungen des Risikos durch die tatsächliche Wertänderung angesehen.

Basel III
Basel III ist ein Reformpaket für die Bankenregulierung des Basler Ausschusses an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, das Ende 2010 veröffentlicht wurde. Mit ihm sollen Schwächen des bestehenden Regelwerks, die durch die Finanzkrise ab dem Jahr 2007 zutage traten, beseitigt werden. Insbesondere geht es darum, Banken zu verpflichten, mehr hartes Eigenkapital zu bilden. Es existieren noch keine abschließenden Erläuterungen für einzelne Inhalte von Basel-III-Regelungen. Daher kann noch nicht beurteilt werden, wie sich diese Regelungen im Detail auf einzelne Bankgeschäfte auswirken.

CCP
Central Counterparty (zentrale Gegenpartei). Juristische Person, die zwischen die Gegenparteien der auf einem oder mehreren Märkten gehandelten Kontrakte tritt und somit als Käufer für jeden Verkäufer bzw. als Verkäufer für jeden Käufer fungiert.

CRD IV
Capital Requirements Directive (CRD) IV. Eigenkapitalrichtlinie für Banken in EU-Ländern.

International Financial Reporting Standards (IFRS)
Sammlung von Standards und Interpretationen, die von einem unabhängigen privaten Gremium, dem International Accounting Standards Board (IASB), als Standardsetter entwickelt werden. Darin werden Regeln zur externen Berichterstattung von Unternehmen aufgestellt. Die IFRS umfassen als Oberbegriff die IFRS, die IAS, die Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) und die Interpretationen des Vorgängers Standing Interpretations Committee (SIC).

Internes Modell
Alternativ zu den im Grundsatz I angegebenen Standardverfahren zur Risikomessung können Kreditinstitute eigene Risikomodelle verwenden. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und die Bundesbank prüfen diese Modelle und bestätigen deren Eignung. Die Qualität des Modells wird durch einen Zusatzfaktor ausgedrückt.

Konfidenzniveau
Gibt die Wahrscheinlichkeit an, mit der eine Verlustgrenze nicht überschritten wird. So bedeutet ein 99 %-Konfidenzniveau, dass der tatsächliche Wert in nur 1 % der Fälle den prognostizierten Verlust übersteigt.

Leverage Ratio
Die Leverage Ratio (Verschuldungsgrenze) stellt ein Alternativmaß für risikogewichtete Messgrößen dar. Sie setzt die weitgehend ungewichtete Bilanzsumme ins Verhältnis zum regulatorischen Eigenkapital. Sie soll den Bankensektor vor einer übermäßigen Verschuldung bewahren und somit das Risiko eines destabilisierenden Schuldenabbaus senken. Damit ergänzt die Leverage Ratio die Eigenkapitalstandards nach Säule 1.

Money-at-Risk (MaR)
Statistische Größe aus dem Risikocontrolling. Das MaR bezeichnet eine Verlustobergrenze, die während einer vorgegebenen Haltedauer mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit (vergleiche Konfidenzniveau) nicht überschritten wird. Es wird mit Hilfe von statistischen und mathematischen Methoden ermittelt.

Monte-Carlo-Simulation
Mathematisches Verfahren zur Risikoermittlung. Auf Basis der geschätzten Verteilung der Risikofaktoren werden Zufallsszenarien generiert. Für jedes Zufallsszenario wird die zugehörige Wertänderung ermittelt. Der Risikobetrag wird aus der so ermittelten Verteilung der Wertänderungen entsprechend dem gewünschten Konfidenzniveau bestimmt.

Repo-Geschäft
Repo steht für Repurchase Agreement und entspricht international einem allgemeinen Pensionsgeschäft.

Varianz-Kovarianz-Ansatz
Mathematisches Verfahren zur Risikoermittlung, das von einem linearen Zusammenhang zwischen Risikofaktor- und Portfoliowertänderung ausgeht. Unter der Annahme der Normalverteilung der Risikofaktoren wird das Money-at-Risk als ein Vielfaches der Standardabweichung ausgedrückt. Durch Multiplikation der Faktorsensitivitäten der Positionen mit den zugehörigen Volatilitäten ergeben sich die Einzelfaktorrisiken. Mit Hilfe von Korrelationen werden die Einzelfaktorrisiken eines Portfolios zum Gesamtrisiko verdichtet.

Verbundquote
Anteil des mit der Helaba und ihren Tochtergesellschaften getätigten Geschäfts am Gesamtbezug von Produkten und Dienstleistungen der jeweiligen Sparkasse.

Anhang AB

Finanzangaben der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale 2013

Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen

Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Grundlagen der Bank

Geschäftsmodell der Bank
Die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Helaba) weist in den letzten Jahren eine sehr stabile Geschäfts- und Ertragsentwicklung auf. Als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut verfügt die Helaba über das langfristig angelegte strategische Geschäftsmodell einer integrierten Universalbank mit starkem regionalem Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die Sparkassenorganisation. Neben diesem Geschäftsmodell sind die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba:

- ein konservatives Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement und einer soliden Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung,
- eine starke Verankerung im Kundengeschäft und eine enge Verzahnung mit der Realwirtschaft,
- ein langfristig angelegtes Liquiditätsmanagement sowie
- ein hoher Stellenwert des Sparkassenverbund- und des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts.

Von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell der Helaba sind ihre öffentlich-rechtliche Rechtsform, der hohe Trägeranteil der Sparkassenorganisation sowie die Beibehaltung und der Ausbau ihrer Aktivitäten im Verbund- und öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäft. Das strategische Geschäftsmodell der Helaba basiert auf den drei Unternehmenssparten Großkundengeschäft, Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft sowie öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft. Die Geschäftsaktivitäten erfolgen aus den beiden Bankzentralen in Frankfurt am Main und Erfurt sowie den Niederlassungen in Düsseldorf und Kassel sowie Paris, London und New York. Hinzu kommen Repräsentanzen und Vertriebsbüros sowie Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Aufbauorganisatorisch und in der Geschäftssteuerung gilt mit Ausnahme des Tochterinstituts Frankfurter Sparkasse das Prinzip der konzernweiten Divisionalisierung, das heißt, es erfolgt konzernweit eine einheitliche Steuerung aller Produkt-, Kunden- und Servicebereiche.

Die Helaba konzentriert ihre Geschäftsaktivitäten in der Unternehmenssparte Großkundengeschäft auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften, Global Markets, Asset Management und das Transaktionsgeschäft. Im Vertrieb verfolgt die Helaba zwei verschiedene Ansätze, zum einen gegenüber Produktkunden aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend durch Ausrichtung des Kundenvertriebs auf Zielkunden im Bereich von Großunternehmen und des gehobenen Mittelstands, institutionellen Kunden sowie inländischen öffentlichen Gebietskörperschaften und kommunalnahen Unternehmen.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba das strategische Ziel, ihre Position als führende Sparkassenverbundbank in Deutschland zu stärken. In Hessen-Thüringen bilden die Helaba und die Verbundsparkassen die Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen mit dem Geschäftsmodell der „wirtschaftlichen Einheit“ und einem gemeinsamen Verbund-Rating. In Nordrhein-Westfalen wurden mit den Sparkassen und ihren Verbänden im Sommer 2012 umfangreiche Kooperations- und Geschäftsvereinbarungen getroffen. Mit den Sparkassen in Brandenburg bestehen ebenfalls Kooperationsvereinbarungen zur vertrieblichen Zusammenarbeit. Die Kooperationsvereinbarungen mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und

Brandenburg ergänzen das Verbundkonzept der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen, das unverändert fortbesteht. Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) ist die Helaba in beiden Bundesländern einer der Marktführer im Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, eine 100 %ige und vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Helaba in öffentlicher Rechtsform, ist mit über 800.000 Kunden die führende Retail-Bank in der Region Frankfurt am Main und mit der 1822direkt im nationalen Direktbankgeschäft tätig. Durch die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und deren 100 %-Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG deckt die Helaba ihr Angebot für Sparkassen im Segment Private Banking, Wealth Management und Vermögensverwaltung ab.

In der Unternehmenssparte öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft ist die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) – als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba – mit der Verwaltung öffentlicher Förderprogramme des Landes Hessen betraut. Für die WIBank, die von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit ist, besteht in Übereinstimmung mit EU-Recht eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Die Helaba ist darüber hinaus an zahlreichen anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen, insbesondere an Bürgschaftsbanken und mittelständischen Beteiligungsgesellschaften, beteiligt. Der Thüringer Aufbaubank hat die Helaba ein Nachrangdarlehen in Höhe von 40 Mio. € gewährt.

Eigentümer, Kapitalausstattung und Organe der Bank

Seit Mitte 2012 sind neben dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT) und den beiden Ländern Hessen und Thüringen mit dem Rheinischen Sparkassen- und Giroverband, dem Sparkassenverband Westfalen-Lippe sowie zwei Treuhandgesellschaften der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen beziehungsweise der regionalen Sparkassenstützungsfonds der deutschen Sparkassen vier weitere Träger im Trägerkreis der Helaba. Das Stammkapital der Helaba in Höhe von 589 Mio. € wird mehrheitlich von Trägern aus der Sparkassenorganisation gehalten (88 %). Die beiden Bundesländer Hessen und Thüringen halten Anteile von zusammen 12 %.

Trägerstruktur der Helaba zum 31. Dezember 2013

Zusammensetzung Stammkapital	Betrag in Mio. €	Anteil in %
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT)	405	68,85
Land Hessen	48	8,10
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	28	4,75
Sparkassenverband Westfalen-Lippe	28	4,75
Fides Beta GmbH	28	4,75
Fides Alpha GmbH	28	4,75
Freistaat Thüringen	24	4,05
Gesamt	589	100,00

Die Helaba ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main und Erfurt. Die Organe der Bank sind neben dem Vorstand die Trägerversammlung, in der die Eigentümer vertreten sind, und der Verwaltungsrat, der die Aufsichtsfunktion ausübt.

Seitens der drei führenden Rating-Agenturen Moody's Investors Service (Moody's), Fitch Ratings (Fitch) und Standard & Poor's (S&P) verfügt die Helaba über folgende Ratings für nicht der Gewährträgerhaftung unterliegende Verbindlichkeiten (Stand: 11. Februar 2014):

	Moody's	Fitch	S&P
Langfristig (unbesichert)	A2	A+*	A*
Kurzfristig (unbesichert)	P–1	F1+*	A–1*
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa	AAA	–
Hypothekenpfandbriefe	–	AAA	–
Finanzkraft-/Viability-Rating	D+	a+*	–

* Gemeinsames Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Die für die Helaba und die Sparkassen in Hessen und Thüringen von Fitch und S&P vergebenen Verbund-Ratings basieren auf dem gemeinsamen Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen sowie den satzungsrechtlich verankerten institutionellen, haftungsmäßigen und wirtschaftlichen Regelungen. Die Helaba gehört im Marktvergleich bei den drei Rating-Agenturen unverändert zu den deutschen Kreditinstituten mit den höchsten Bonitätseinstufungen.

Die teilrechtsfähige, im öffentlichen Fördergeschäft tätige WIBank, für die gesetzlich die Gewährträgerhaftung des Landes Hessen gilt, verfügt bei S&P über ein „AA"-Rating für langfristige, unbesicherte Verbindlichkeiten.

Steuerungsinstrumentarium und nicht finanzielle Leistungsindikatoren
Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäfts- und Produktivitätssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung. Die Steuerung beinhaltet dabei sowohl die Steuerung der absoluten Erträge und Kosten, als auch die integrierte Steuerung der Deckungsbeiträge. Zielsetzung ist das Erreichen eines Kosten-Ertragsverhältnisses von 60 %. In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Bilanz- und GuV-Planung abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitragsschema werden regelmäßige Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt.

Eine wesentliche Kennzahl zur Steuerung der Bestände ist das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (größer ein Jahr). Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Das Eigenkapital wird über die Allokation regulatorischer und ökonomischer Limite sowie über die Eigenmittelquote gesteuert (bis 2013 Solvabilitätsverordnung (SolvV), ab 2014 Capital Requirements Regulation (CRR)). Die Rentabilitätsziele werden über die bilanzielle und regulatorische Eigenkapitalrentabilität gesteuert.

Die Geschäftsaktivitäten der Helaba sind auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtet. Die Bank ist Produkt- und Dienstleistungslieferant für ein breites Spektrum unterschiedlicher Kundengruppen. Die Geschäftsaktivitäten der Bank sind eng mit der Realwirtschaft verzahnt. Den Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft zeigt der Anteil der Kundengeschäfte an der Gesamtbilanz.

Bei ihrer Refinanzierung nutzt die Helaba unterschiedliche Refinanzierungsquellen und -produkte. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den sich durch die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund ergebenden Anker-Refinanzierungsquellen durch direktes und indirektes Sparkassengeschäft (Depot A und Depot B). Hinzu kommen die über die WIBank aufgenommenen Fördermittel sowie die Pfandbriefemissionen als kosteneffizienter Bestandteil der stabilen Funding-Basis.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba die Stoßrichtung, ihre Position als führende Verbundbank der deutschen Sparkassenorganisation weiter auszubauen. Mit den Sparkassen in Hessen-Thüringen ist die Helaba über das satzungsrechtlich verankerte Verbundkonzept verbunden. Mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen bestehen umfangreiche vertragliche Kooperationsvereinbarungen. Ziel beider Vereinbarungen ist insbesondere die Intensivierung der Zusammenarbeit der angeschlossenen Sparkassen mit der Helaba-Verbundbank. Angestrebt wird eine durchgängige Verbundquote im Zielkorridor von 60 %–80 %. Als Verbundquote wird dabei der Anteil des mit der Helaba und ihren Tochtergesellschaften getätigten Geschäfts am Gesamtbezug von Produkten und Dienstleistungen der jeweiligen Sparkassen angesehen.

Motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Helaba. Ein breites Spektrum von Maßnahmen zur Mitarbeiterförderung trägt wesentlich zur Attraktivität der Helaba als Arbeitgeber bei. Aufgrund eines qualifizierten Personalmanagementsystems werden Potenziale der Mitarbeiter erkannt sowie zielgerichtet entwickelt und gefördert. Individuelle Weiterbildungsmaßnahmen stellen sicher, dass die Mitarbeiter den sich wandelnden Herausforderungen gewachsen sind. Auch die Nachwuchsförderung trägt dazu bei, dass rund die Hälfte der offenen Stellen durch interne Mitarbeiter besetzt werden kann. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger Krankenstand bestätigen die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiter.

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie definieren die Handlungsspielräume für die Beschäftigten. Daran ausgerichtet ist das Vergütungssystem für die außertariflich Beschäftigten. Die Vergütungsstrategie berücksichtigt die Erfüllung der Zielvorgaben aus der operativen Planung bei der Zuordnung des Budgets für die variable Vergütung. Der Bezug zwischen Vergütungsstrategie und strategischen Zielen der Geschäftsbereiche ist somit sichergestellt. Bei den Corporate-Center-Bereichen orientiert sich die Zuordnung von Bereichsbudgets am Ergebnis der Gesamtbank und an der Erreichung qualitativer Ziele. Durch dieses Vorgehen wird ausgeschlossen, dass Anreize zum Eingehen unverhältnismäßig hoher Risiken bei einzelnen Beschäftigten entstehen. Die Festgehälter orientieren sich an den Markterfordernissen.

Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag übernimmt die Helaba – über ihre kreditwirtschaftlichen Aufgaben und Zielsetzungen hinaus – gesellschaftliche und ökologische Verantwortung. Diese Verantwortung hat die Helaba in verbindliche Vorgaben im Rahmen ihrer Geschäftsstrategie umgesetzt. Danach ist die Identifizierung von Umweltrisiken und sozialen Risiken Bestandteil der Risikobeurteilungs- und Risikomanagementprozesse. Die Helaba wird einen Regelprozess zur angemessenen Berücksichtigung entsprechender Risiken bei der

Kreditvergabeentscheidung installieren. Herstellung und Handel kontroverser Waffenarten werden von der Helaba nicht finanziert. Auf Spekulationsgeschäfte mit Agrarrohstoffen verzichtet die Helaba ebenso wie auf die Entwicklung von Investmentprodukten mit Bezug zu Agrarrohstoffen. Einen Beitrag zum Klimaschutz leistet die Helaba durch Maßnahmen zur betrieblichen Energieeinsparung. Dem MAIN TOWER, dem Hauptgebäude der Helaba am Standort Frankfurt am Main, wurde nach den Standards von „Leadership in Energy and Environmental Design (LEED)“ im Jahr 2011 die Auszeichnung „LEED Gold“ als umweltfreundliches, ressourcenschonendes und nachhaltiges Gebäude verliehen. Die Frankfurter Sparkasse verfügt über ein validiertes Umweltmanagementsystem gemäß Verordnung (EG) Nr. 76/2001 (EMAS II) und nach DIN EN ISO 14001. Ihr gemeinsames Engagement auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit bringen die Helaba und die Frankfurter Sparkasse durch den Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien zum Ausdruck. Durch die jährliche Ermittlung von Umweltkennzahlen und deren Veröffentlichung im Internet macht die Helaba wesentliche Elemente ihres ökologischen Profils transparent und schafft Anreize für die weitere Verringerung von Verbrauchs- und Emissionswerten. Die Helaba und die Frankfurter Sparkasse gehören zu den Unterzeichnern der „Charta der Vielfalt“, einer Selbstverpflichtungserklärung von Unternehmen zu einer vorurteils- und diskriminierungsfreien Unternehmenskultur. Die Helaba ist direkt beziehungsweise über die Frankfurter Sparkasse als Sponsor in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens engagiert und fördert zahlreiche Einrichtungen und Projekte in Kultur, Bildung, Umwelt, Sport und Sozialwesen.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen in Deutschland
Die deutsche Volkswirtschaft startete verhalten ins Jahr 2013. Im weiteren Jahresverlauf hat sich allerdings wieder Wachstum eingestellt. Aufgrund des schwachen ersten Quartals blieb das Wirtschaftswachstum für das Gesamtjahr aber mit real 0,5 % gering. Leicht negativ war der Wachstumsbeitrag des Außenhandels, da die Ausfuhren kaum zulegten und die Importe etwas schneller stiegen. Die Exporttätigkeit litt vor allem unter der schwierigen wirtschaftlichen Lage in den europäischen Krisenstaaten. Allerdings zeigten sich dort erste Besserungstendenzen. Dagegen legte der deutsche Konsum überdurchschnittlich zu. Die Verbraucher profitierten von steigenden Realeinkommen sowie einer günstigeren Beschäftigung und verringerten ihre Spartätigkeit. In der zweiten Jahreshälfte belebten sich auch die Ausrüstungsinvestitionen. Die Unternehmen haben nach dem Abklingen der europäischen Schuldenkrise wieder mehr Vertrauen in das Fortbestehen des Währungsraums. Niedrige Kapitalmarktzinsen und eine steigende Kapazitätsauslastung verbesserten zudem die Rahmenbedingungen für die Kapitalbildung. Der Wohnungsbau weist schon seit einiger Zeit eine Sonderkonjunktur auf, auch wenn der lange Winter die Aktivitäten in diesem Sektor gebremst hat. Die hohe Nachfrage nach Wohnraum in Großstädten, sehr niedrige Hypothekenzinsen, der Mangel an Anlagealternativen sowie mehr Investitionen in den Bestand ließen den Wohnungsbau expandieren.

Das Wettbewerbsumfeld der deutschen Kreditwirtschaft ist durch ein anhaltendes historisches Niedrigzinsniveau und ein sich weiterhin signifikant veränderndes regulatorisches Umfeld geprägt. Hinzu kommen die erforderlichen Harmonisierungs- und Anpassungsprozesse auf dem Weg zur europäischen Bankenunion. Während sich in einzelnen Geschäftsfeldern, insbesondere im Retail Banking sowie im Mittelstandsgeschäft, der Wettbewerbsdruck deutlich verschärft, haben sich

insbesondere im langfristigen Kredit- und Projektfinanzierungsgeschäft Wettbewerber, auch aus dem Ausland, zurückgezogen. Hierdurch ergeben sich für Kreditinstitute mit stabilen Refinanzierungsstrukturen und Fokussierung auf einzelne Kerngeschäftsfelder Möglichkeiten zur Stärkung und zum Ausbau von Marktpositionen. Die Veränderungen in den regulatorischen Rahmenbedingungen führen strukturell zu einer Absenkung der Rentabilität des gesamten Bankensektors und damit zur Rücknahme von Rentabilitätszielen.

Zu den wesentlichen Herausforderungen der Bankenregulierung gehören:

- Eigenkapital und Liquidität (Basel III/CRD IV/CRR)

Die seit 2010 vorliegenden Vorschläge des Baseler Ausschusses zu künftigen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III) wurden 2013 in der Europäischen Union (EU) durch ein Änderungspaket zur Banken- und Kapitaladäquanz-Richtlinie (Capital Requirements Directive IV – CRD IV) und eine entsprechende Verordnung (CRR) mit Inkrafttreten zum 1. Januar 2014 umgesetzt. Mit dem CRD-IV-Umsetzungsgesetz vom 28. August 2013 hat der Gesetzgeber die Vorgaben der EU-Richtlinie in deutsches Recht übertragen.

Inhaltlich verschärfen sich die Anforderungen an die zukünftige Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten qualitativ und quantitativ deutlich. Die neuen Eigenmittelquoten werden stufenweise bis zum Jahr 2019 eingeführt. Die Kapitalinstrumente Stammkapital (589 Mio. €), Kapitaleinlagen des Landes Hessen (1.920 Mio. €) und Rücklagen (3,1 Mrd. €) entsprechen den Anforderungen der CRR vollumfänglich. Insgesamt erfüllt die Helaba bereits heute die zukünftigen aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Für Kapitalinstrumente, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an „hartes“ Kernkapital (CET 1-Kapital) aber nicht mehr erfüllen, sieht die CRD IV eine Übergangsfrist bis Ende 2021 vor. Dies betrifft bei der Helaba stille Einlagen der Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen in Höhe von 395 Mio. €, stille Einlagen der Main Capital Funding in Höhe von 500 Mio. € und stille Einlagen von Lebensversicherungen in Höhe von 58 Mio. €. Inwieweit seitens der Aufsichtsbehörden in Deutschland zusätzliche Kapitalaufschläge für national systemrelevante Kreditinstitute sowie antizyklische Kapitalpuffer in den nächsten Jahren eingeführt werden, ist zurzeit noch offen.

Bereits im Jahr 2010 hat der Baseler Ausschuss die Einführung einer kurzfristigen Liquiditätskennziffer (Liquidity Coverage Ratio – LCR) ab 2015 beschlossen. Die Vorgaben wurden im Laufe des Jahrs konkretisiert. Die Kennziffer wird jetzt bis 2019 stufenweise eingeführt. Gleichzeitig wurde der Kreis der als Liquiditätspuffer ansetzbaren Vermögensgegenstände erweitert und die Bedingungen des anzunehmenden Krisenszenarios wurden modifiziert. Die Offenlegungsvorschriften zur LCR sind ab 2015 einzuhalten.

Für die zweite Liquiditätskennziffer (Net Stable Funding Ratio – NSFR), deren Einführung frühestens ab 2018 vorgesehen ist, wurde im Januar 2014 ein überarbeitetes Konsultationspapier veröffentlicht. Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf wurde die Zuordnung zu den verschiedenen Anrechnungskategorien verändert und die Möglichkeit geschaffen, auch Anleihen mit einer Laufzeit von unter zwölf Monaten in Anrechnung zu bringen. Beide Kennziffern werden grundsätzlich zu einer Erhöhung der Kosten für das Liquiditätsmanagement und damit zu Rentabilitätsbelastungen führen. Die Helaba hat sich frühzeitig auf die sich mit Basel III ändernden Anforderungen an das Liquiditätsmanagement eingestellt und sieht sich gut gerüstet, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechend zu erfüllen.

Vorgesehen ist ferner die aufsichtsrechtliche Einführung einer Höchstverschuldungsquote („Leverage Ratio“) im Sinne eines Mindestverhältnisses des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den nicht risikogewichteten bilanziellen und außerbilanziellen Positionen. Im Januar 2014 hat der Baseler Ausschuss Änderungen am Regelwerk vorgenommen, wonach bestimmte außerbilanzielle Geschäfte, zum Beispiel Handelsfinanzierungen nur noch zum Teil berücksichtigt werden müssen und im Derivategeschäft bestimmte Verrechnungen („Netting“) zugelassen werden. Frühestens 2018 soll die Leverage Ratio verbindlich gelten und vorerst als zusätzliches, nach dem Ermessen der Aufsichtsbehörde anzuwendendes Entscheidungsmerkmal eingeführt werden. Negative Auswirkungen dieses Instruments auf das mittel- und langfristige Kreditgeschäft sind nicht auszuschließen. Die Bank wird sich im Rahmen der weiteren Optimierung ihrer Geschäftsportfolios und ihrer Margenanforderungen frühzeitig auf die entsprechenden Marktveränderungen einstellen.

- Europäische Bankenaufsicht

Im November 2013 ist der Single Supervisory Mechanism (SSM) zur Errichtung einer Europäischen Bankaufsichtsbehörde in Kraft getreten. Danach wird die Europäische Zentralbank (EZB) die Aufsicht über die 128 größten Banken der Eurozone übernehmen. Betroffen sind Banken mit einer Bilanzsumme von mehr als 30 Mrd. € oder solche, deren Bilanzsumme 20 % des Bruttoinlandsprodukts des jeweiligen Landes übersteigt. Der Helaba-Konzern gehört aufgrund seiner Größe zu den von der EZB beaufsichtigten Instituten. Das neue Aufsichtsregime soll im vierten Quartal 2014 greifen.

Aktuell führt die EZB einen dreistufigen Überprüfungsprozess (Comprehensive Assessment) der zukünftig von ihr beaufsichtigten Banken durch. Der erste Schritt war eine Risikoanalyse. Darauf aufbauend folgt als zweiter Schritt die Bilanzprüfung ausgewählter Portfolios, die institutsspezifisch von der EZB festgelegt wurden. Nach Vorliegen der Ergebnisse der zweiten Stufe wird als drittes Element ein Stresstest angeschlossen, dessen Ergebnisse im Herbst 2014 vorliegen sollen.

- Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten

Im Juni 2013 wurde das Gesetz zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen verabschiedet („Trennbankengesetz“). Das Gesetz besteht aus vier Artikeln. Artikel 1 behandelt die Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten. Danach sollen Kreditinstitute, die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als potenziell systemgefährdend eingestuft werden, einen Sanierungsplan erstellen, der Maßnahmen festlegt, die das Kreditinstitut ergreifen kann, um im Falle einer signifikanten Verschlechterung seiner Finanzlage seine finanzielle Stabilität wiederherzustellen. Ergänzt wird das Gesetz durch die im Entwurf vorliegenden Mindestanforderungen an die Erstellung von Sanierungsplänen (MaSan). Die BaFin hat die Helaba bereits im November 2012 aufgefordert, bis zum Ende des Jahrs 2013 einen Sanierungsplan zu erstellen. Der im Laufe des Jahrs 2013 erarbeitete Sanierungsplan wurde im November 2013 bei der BaFin eingereicht.

In den USA hat die Helaba im Jahr 2013 einen Abwicklungsplan gemäß § 165 (d) Dodd Frank Act erstellt.

Auf europäischer Ebene hat die EU-Kommission bereits im Jahr 2012 in der Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD) ihre Pläne zur Sanierung und Abwicklung von Banken veröffentlicht. Die BRRD befindet sich aktuell in der Trilogabstimmung zwischen Europäischem Parlament, Europäischem Rat und EU-Kommission, die bis März 2014 abgeschlossen sein soll. Zur Umsetzung der BRRD bedarf es nationaler Umsetzungsgesetze. Im Juli 2013 hat die EU-Kommission einen Ver-

ordnungsvorschlag für einen EU-weit einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism – SRM) vorgelegt, wonach eine zentrale EU-Abwicklungsbehörde und ein einheitlicher Abwicklungsfonds eingeführt werden sollen. Bei Inkrafttreten erhält die Verordnung unmittelbare Wirkung in den EU-Ländern. Auch der SRM-Verordnungsentwurf wird im ersten Quartal 2014 Gegenstand der Trilogverhandlungen von EU-Kommission, Europäischem Rat und Europäischem Parlament sein.

- Abschirmung von Risiken: Trennbankensystem

Im Artikel 2 des Trennbankengesetzes werden deutschen Banken bestimmte Geschäfte, insbesondere Eigengeschäfte sowie Kredit- und Garantiegeschäfte mit Hedgefonds, verboten, soweit dabei bestimmte Schwellenwerte überschritten werden. Diese Geschäfte dürfen nur noch nach Überführung in rechtlich eigenständige Gesellschaften betrieben werden. Die Helaba überschreitet diese Schwellenwerte. Allerdings geht die Helaba davon aus, dass die Geschäfte, die die Bank betreibt, nicht als verboten einzustufen sind.

Die EU-Kommission hat Ende Januar 2014 den Entwurf einer EU-Trennbankenverordnung vorgelegt, der Gegenstand weiterer Verhandlungen auf EU-Ebene im laufenden Jahr sein wird. Es ist davon auszugehen, dass sich im Zuge dieser Verhandlungen noch Änderungen gegenüber der jetzt vorliegenden Entwurfsfassung ergeben werden.

- Sicherungseinrichtungen

Bei der seit Mitte 2010 auf EU-Ebene geführten Diskussion zur Einführung von europaweit einheitlichen Einlagensicherungssystemen zum Schutz von Kundeneinlagen konnten im Dezember 2013 die Trilogverhandlungen zwischen Europäischem Parlament, Europäischem Rat und EU-Kommission abgeschlossen werden, wobei die formelle Zustimmung durch Ministerrat und Europäisches Parlament noch aussteht. Demnach soll das Zielvolumen der Einlagensicherungssysteme EU-weit einheitlich 0,8 % der abgesicherten Einlagen betragen. Institutssichernde Systeme, wie zum Beispiel der bestehende Haftungsverbund in der deutschen Sparkassen- und Landesbankenorganisation, können auch in Zukunft als vollwertige Alternative zur Einlagensicherung fortbestehen. Das Dotierungsvolumen der Sicherungsreserve ist entsprechend den neuen Vorgaben anzupassen.

- Bankenabgabe in Deutschland

Seit 2011 ist die deutsche Kreditwirtschaft zur Finanzierung eines Fonds zur Restrukturierung von Kreditinstituten in wirtschaftlichen Schwierigkeiten („Bankenabgabe“) verpflichtet. Der von einem Kreditinstitut jährlich zu leistende Beitrag wird auf Grundlage dessen beitragserheblicher Passiva (Abzugsposten sind unter anderem Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Eigenkapital) und dessen beitragserheblicher Derivate ermittelt. Die Bankenabgabe belastet infolge ihrer Rentabilitätsauswirkungen die deutsche Kreditwirtschaft im Wettbewerb mit ausländischen Kreditinstituten, insbesondere in der EU. Die von der Helaba im Jahr 2013 geleistete Abgabezahlung betrug 47 Mio. €.

- Finanztransaktionssteuer in der EU

Am 14. Februar 2013 hat die EU-Kommission einen Richtlinienentwurf zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorgelegt. Die Umsetzung soll im Rahmen der „verstärkten Zusammenarbeit“ innerhalb der teilnehmenden elf Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, erfolgen. Wesentliche Details und der genauere Zeitplan über die Ausgestaltung der Finanztransaktionssteuer sind jedoch noch offen.

- European Marktet Infrastructure Regulation (EMIR)

Im Juli 2012 wurde eine EU-Verordnung zur stärkeren Regulierung des Derivatemarkts erlassen (nachfolgend EMIR-Verordnung). Im Wesentlichen fordert die EMIR-Verordnung die Clearing-Pflicht für OTC-Derivate für finanzielle und nicht finanzielle Gegenparteien, die Meldung aller Derivatgeschäfte an ein Transaktionsregister sowie die Einführung von Risikominimierungsverfahren für nicht dem Clearing unterliegende Derivate. Bereits 2012 wurde ein Projekt zur Umsetzung der notwendigen Maßnahmen in der Helaba aufgesetzt. Darüber hinaus hat die Helaba sowohl im Clearing als auch bei der Transaktionsregistermeldung Prozesse zur Übernahme der Verpflichtungen für ihre Kunden etabliert.

Geschäftsverlauf

Die Geschäfts- und Ertragslage der Helaba war im Geschäftsjahr 2013 geprägt von dem mit 0,5 % nur geringen realen Wirtschaftswachstum in Deutschland, der weiterhin anhaltenden Niedrigzinsphase und der sich fortsetzenden Stabilisierung der Finanzmärkte in der Eurozone.

In diesem wirtschaftlichen Umfeld hat sich das operative Geschäft der Helaba weiter positiv entwickelt. Im Kreditgeschäft mit Kunden konnte das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (größer ein Jahr) um 15 % auf 16,3 Mrd. € (2012: 14,1 Mrd. €) gesteigert werden. Trotz des Anstiegs des Abschlussvolumens gelang es, die durchschnittliche Neugeschäftsmarge gegenüber dem Vorjahr weiter zu erhöhen. Durch das hohe Neugeschäftsvolumen konnten Fälligkeiten und Sondertilgungen vollständig kompensiert werden. Die Forderungen an Kunden betragen wie im Vorjahr 81 Mrd. €. Hinzu kommen 11 Mrd. € Forderungen an angeschlossene Sparkassen. Die Fokussierung der Kreditvergabe auf Kerngeschäftsfelder und die Sparkassen als Verbundpartner entspricht der kundenorientierten Ausrichtung des Geschäftsmodells der Helaba. Der Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft, das heißt der Anteil der Kundengeschäfte an der Gesamtbilanz, konnte im Jahr 2013 auf 56,8 % (2012: 50,1 %) gesteigert werden. Ursächlich für die Erhöhung des Verzahnungsgrads war neben dem hohen Neugeschäftsvolumen auch der Rückgang der Bilanzsumme durch den konsequenten Abbau des nicht kundengetriebenen Geschäfts.

Aufgrund ihres hohen Markt-Standings konnte die Helaba zur fristenkongruenten Refinanzierung ihres Neugeschäftsvolumens an den Geld- und Rentenmärkten problemlos die erforderlichen Mittel beschaffen. Bei den mittel- und langfristigen Refinanzierungen sind die ungedeckten Bankschuldverschreibungen (3,9 Mrd. €) sowie die öffentlichen (2,5 Mrd. €) und die Hypothekenpfandbriefe (0,8 Mrd. €) sowie Schuldscheine und andere Darlehen (1,8 Mrd. €) die wesentlichen Mittel. Hinzu kommen Nachrangmittel (0,8 Mrd. €) und zweckgebundene Mittel der Förderinstitute. Neben in- und ausländischen institutionellen Investoren bilden die bundesweiten Sparkassen und ihre Kunden einen wesentlichen Bestandteil der Investorenbasis der Helaba.

Seit Mitte 2012 ist die Helaba Verbundbank für 166 Sparkassen in vier Bundesländern und damit für rund 40 % der bundesdeutschen Sparkassen. Die Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Sparkassen in Hessen und Thüringen konnte auf sehr hohem Niveau im Jahr 2013 weiter gesteigert werden und liegt aktuell am oberen Ende des Zielkorridors. Die Erhebung einheitlich ermittelter Verbundquoten für alle Regionen, in denen die Helaba die Funktion der Sparkassenzentralbank innehat, wird mit der Errichtung einer gemeinsamen Clearing-Stelle angestrebt.

Aufgrund diverser Projektarbeiten und Reorganisationen änderten sich im abgelaufenen Jahr 2013 die Aufgabenschwerpunkte und Stellenanforderungen vieler Mitarbeiter. Durch ein strukturiertes Weiterbildungsmanagement wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf diese neuen Aufgaben vorbereitet.

Die Geschäfts- und die Risikostrategie definieren den Handlungsspielraum für die Beschäftigten. Im Jahr 2013 hat die Helaba das Vergütungssystem für außertariflich Beschäftigte weiter geschärft und verfeinerte Leitplanken für die Zuordnung von Budgets für die variable Vergütung festgelegt.

Zur Umsetzung der in der Geschäftsstrategie festgelegten Vorgabe zur Identifizierung von Umweltrisiken und sozialen Risiken hat die Helaba konzeptionelle Überlegungen zur organisatorischen und inhaltlichen Ausgestaltung eines Regelprozesses zur angemessenen Berücksichtigung entsprechender Risiken bei der Kreditvergabeentscheidung angestellt.

Ihrer ebenfalls in der Geschäftsstrategie verankerten Verpflichtung zum Klimaschutz hat die Bank unter anderem durch Maßnahmen zur Emissionsverringerung ihrer Dienstfahrzeuge (Änderung der Dienstwagenverordnung, Anschaffung eines Elektrofahrzeugs) sowie durch weiterhin erfolgte Ermittlung ihrer Verbrauchs- und Emissionskennzahlen Rechnung getragen.

Auch im Geschäftsjahr 2013 erzielte die Helaba ein Ergebnis, das die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte sowie stiller Einlagen, die Dotierung einer Gewinnrücklage, und Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g Handelsgesetzbuch (HGB) sowie den Ausweis eines Bilanzgewinns erlaubt.

Mit einer Kernkapitalquote zum 31. Dezember 2013 von 13,19 % und einer gesamten Eigenmittelquote von 18,05 % (jeweils gemäß SolvV) verfügt die Helaba über eine komfortable Eigenmittelausstattung.

Das Kosten-Ertrags-Verhältnis liegt zum Stichtag 31. Dezember 2013 bei 57,1 % und damit innerhalb des Zielkorridors (< 60 %). Die Eigenkapitalrentabilität reduzierte sich auf 7,9 % (2012: 11,2 %).

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Wesentliche Daten zur Entwicklung 2013

	2013	2012	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Geschäftsvolumen	183.210	205.588	–22.378	–10,9
Bilanzsumme	161.823	182.647	–20.824	–11,4
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	684	703	–19	–2,7
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	–304	–279	–25	9,0
Jahresüberschuss	210	288	–78	–27,1

Die Bank berücksichtigt wie in den Vorjahren den Aufwand für die Bedienung ihrer stillen Einlagen in der Darstellung der Ertragslage nicht. Der Zinsüberschuss und damit auch das Betriebsergebnis sind in der Ertragslage daher um 65 Mio. € (2012: 65 Mio. €) höher ausgewiesen als in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Ertragslage

Im Jahr 2013 hat die übernommene NRW-Verbundbank erstmals für eine vollständige Jahresperiode zum Ergebnis beigetragen. Im Vorjahr war die Verbundbank nur für das zweite Halbjahr enthalten. Dieser Basiseffekt ist beim Vergleich fast aller Ergebnispositionen zu berücksichtigen.

Dem Anstieg des operativen Ergebnisses von 142 Mio. € stehen ebenfalls erhöhte Verwaltungsaufwendungen gegenüber. Im Saldo lag der Jahresüberschuss bei 210 Mio. €.

Ertragslage

	2013	2012	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Zinsüberschuss	1.167	1.034	133	12,9
Provisionsüberschuss	154	129	25	19,4
Nettoertrag des Handelsbestands	303	326	–23	–7,1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	–28	–35	7	–20,0
Operatives Ergebnis	1.596	1.454	142	9,8
Verwaltungsaufwendungen	–912	–751	–161	21,4
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	684	703	–19	–2,7
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	–304	–279	–25	9,0
Zuführung/Auflösung von Vorsorgereserven (§ 340f HGB)	–6	–5	–1	20,0
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	374	419	–45	–10,7
Außerordentliches Ergebnis	–13	–13	0	0,0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	–101	–118	17	–14,4
Zuführung Fonds für allgemeine Bankenrisiken (§ 340g HGB)	–50	0	–50	
Jahresüberschuss	210	288	–78	–27,1

Der Zinsüberschuss als wesentliche Erfolgskomponente für die Helaba liegt bei 1.167 Mio. € nach 1.034 Mio. € im Vorjahr. Zu dem Anstieg haben sowohl höhere laufende Erträge aus dem Bilanzgeschäft und aus Derivaten beigetragen als auch gestiegene Erträge aus Vorfälligkeiten. Der Ergebnisbeitrag zum Zinsüberschuss aus Fonds- und Beteiligungsausschüttungen ist ebenfalls gestiegen, im Wesentlichen aufgrund eines Einmaleffekts im Jahr 2013 in Höhe von 30 Mio. €.

Der Provisionsüberschuss (154 Mio. €) liegt mit einem Anstieg von 25 Mio. € um 19,4 % über dem Niveau des Vorjahrs. Die Steigerung des Provisionsüberschusses geht vor allem auf das übernommene Verbundbankgeschäft zurück, das im abgelaufenen Geschäftsjahr erstmals für die volle Periode beigetragen hat. Dabei haben sich insbesondere die Provisionen aus dem Zahlungsverkehr und dem Kartengeschäft positiv entwickelt.

Im Nettoertrag des Handelsbestands werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisbeiträge der Handelsgeschäfte ausgewiesen. Der erneut starke Nettoertrag von 303 Mio. € resultiert weitestgehend aus dem Zinshandel. In dem Ergebnis enthalten ist der Aufwand für eine weitere Dotierung des Sonderpostens nach § 340e HGB um 34 Mio. € auf einen Gesamtbestand von 119 Mio. €.

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen liegt bei – 28 Mio. € (2012: – 35 Mio. €). Während Erträge und Aufwendungen aus Gebäuden in der Berichtsperiode weitgehend konstant geblieben sind, haben sich die Aufwendungen für die Aufzinsung von Rückstellungen aufgrund des niedrigen Zinsniveaus weiter erhöht.

Die Verwaltungsaufwendungen sind um 161 Mio. € auf – 912 Mio. € angestiegen. Sie setzen sich aus Personalaufwendungen in Höhe von – 366 Mio. € (2012: – 346 Mio. €), Sachaufwendungen in Höhe von – 516 Mio. € (2012: – 391 Mio. €) sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Wirtschaftsgüter in Höhe von – 30 Mio. € (2012: – 14 Mio. €) zusammen. Der Anstieg der Personalaufwendungen entfällt einerseits auf die übergegangenen Verbundbankmitarbeiter, die im Vorjahr nur anteilig enthalten waren, der verbleibende Anstieg andererseits ist wesentlich auf eine Tarifanpassung im Jahr 2013 zurückzuführen. Zum Anstieg der Sachaufwendungen haben Beratungskosten im Zusammenhang mit dem Übernahme- und Integrationsprojekt sowie Umsetzungsprojekten aufsichtsrechtlicher Anforderungen beigetragen. Die Servicierungsgebühr für das noch auf der IT-Plattform der Portigon AG betriebene Verbundbank-Geschäft ist im Gesamtjahr 2013 um – 38 Mio. € auf – 69 Mio. € gestiegen. Die Bankenabgabe hat mit – 47 Mio. € (nach – 26 Mio. € im Jahr 2012) belastet. Die Aufwendungen für Verbandsumlagen und Reservefonds sind konstant geblieben. Am Jahresende waren 3.511 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2012: 3.495) beschäftigt. Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl erhöhte sich von 3.291 auf 3.511.

Das operative Ergebnis von 1.596 Mio. € und Verwaltungsaufwendungen von – 912 Mio. € führen zu einem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 684 Mio. €. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um – 19 Mio. € oder – 2,7 %.

Das Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2013	2012	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Ergebnis des Kreditgeschäfts	– 321	– 355	34	– 9,6
Ergebnis des Beteiligungsgeschäfts	– 23	– 80	57	– 71,3
Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve, des Anlagevermögens und der Bankbuchderivate	40	156	– 116	– 74,4
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	– 304	– 279	– 25	9,0

Der Aufwand für die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft ist im Jahr 2013 gesunken. Er beläuft sich im Saldo auf – 321 Mio. € und liegt damit deutlich unter dem Vorjahreswert. Zu dem Rückgang haben geringere Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen (im Saldo – 213 Mio. € nach – 257 Mio. € im Jahr 2012) ebenso beigetragen wie geringere Aufwendungen für pauschalierte Risikovorsorgen (Länderwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen).

Das Ergebnis des Beteiligungsgeschäfts liegt bei – 23 Mio. € gegenüber – 80 Mio. € im Vorjahr. Hierbei sind –10 Mio. € durch eine veräußerungsbedingte Teilwertabschreibung verursacht.

Das Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve ist der Saldo aus Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip, aus Veräußerungsgewinnen und -verlusten sowie handelsrechtlich nach § 253 Abs. 5 HGB gebotenen Zuschreibungen. Zusammen mit dem Einlösungsergebnis aus Wertpapieren des Anlagevermögens und dem Bewertungsergebnis aus Bankbuchderivaten resultiert ein Ergebnisbeitrag von 40 Mio. €. Der Rückgang um 116 Mio. € gegenüber dem Vorjahreswert von 156 Mio. € resultiert aus einem Basiseffekt im Vorjahr, bei dem erhebliche Spread-Einengungen während des Jahrs 2012 zu dem vergleichsweise hohen Bewertungsergebnis geführt hatten.

Den Vorsorgereserven nach § 340f HGB wurden 6 Mio. € zugeführt, so dass sich das Betriebsergebnis nach Bewertung auf insgesamt 374 Mio. € beläuft (2012: 419 Mio. €). Aus der Umstellung auf das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) resultiert für das Jahr 2013 wie in den Vorjahren ein außerordentlicher Aufwand von 13 Mio. € aufgrund des über mehrere Perioden gestreckten Anteils für die Umstellung der Dotierung der Pensionsrückstellungen auf das durch das BilMoG vorgegebene Bemessungsverfahren.

Mit einem Steueraufwand von – 101 Mio. € und einer Dotierung des Fonds für allgemeine Bankenrisiken nach § 340g HGB von 50 Mio. € ergibt sich ein Jahresüberschuss von 210 Mio. €, der neben einer Bedienung aller Nachrangmittel sowie der stillen Einlagen auch die Dotierung der Gewinnrücklagen zur Stärkung des Kernkapitals und den Ausweis eines Bilanzgewinns erlaubt.

Entwicklung der Aktiva

	2013	2012	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	24.360	34.088	–9.728	–28,5
Forderungen an Kunden	80.796	80.905	–109	–0,1
Schuldverschreibungen und Aktien	17.423	22.024	–4.601	–20,9
Handelsbestand (aktiv)	33.342	39.213	–5.871	–15,0
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	2.111	2.201	–90	–4,1
Übrige Aktivbestände	3.791	4.216	–425	–10,1
Bilanzsumme	161.823	182.647	–20.824	–11,4
Geschäftsvolumen	183.210	205.588	–22.378	–10,9

Die Bilanzsumme der Helaba ist im Geschäftsjahr 2013 von 182,6 Mrd. € auf 161,8 Mrd. € gesunken.

Die Forderungen an Kreditinstitute inklusive der Barreserve verringerten sich um 9,7 Mrd. € auf 24,4 Mrd. €. Der Rückgang ist vor allem auf den Abbau des hohen Liquiditätsüberschusses in der Barreserve (2013: 1,4 Mrd. €, 2012: 8,7 Mrd. €) zurückzuführen, die am Ende der vergangenen Berichtsperiode im Nachgang zu der Verbundbank-Transaktion stark angewachsen war. Die Refinanzierungsmittel, die den Sparkassen in Hessen und Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg zur Verfügung gestellt wurden, blieben nahezu unverändert.

Die Forderungen an Kunden sind im Saldo nahezu unverändert geblieben (2013: 80,8 Mrd. €, 2012: 80,9 Mrd. €). Während die Kommunaldarlehen um 2,3 Mrd. € sowie die Hypothekendarlehen um 0,4 Mrd. € gestiegen sind, gingen die anderen Forderungen um 2,6 Mrd. € zurück. Im Anstieg der Kommunaldarlehen spiegeln sich unter anderem die Auswirkungen im Rahmen des kommunalen Schutzschirm-Programms wider. Die Baudarlehen der Bausparkasse blieben nahezu konstant.

Das Volumen der Schuldverschreibungen und Aktien, die dem Anlage- und Liquiditätsbestand zugeordnet sind, hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um –4,6 Mrd. € auf 17,4 Mrd. € vermindert. Der Abbau ist im Wesentlichen durch Portfoliobereinigungen im Nachgang zu der Verbundbank-Transaktion bedingt. Den Schwerpunkt der Anlagen bilden mit 15,1 Mrd. € Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (2012: 20,7 Mrd. €). Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden mit 2,4 Mrd. € (2012: 1,4 Mrd. €) ausgewiesen. Der Anstieg entfällt auf Erweiterungen der Eigenmittelanlage.

Der Handelsbestand (aktiv) ist in der Berichtsperiode um –5,9 Mrd. € auf 33,3 Mrd. € zurückgegangen. Die Derivate im Handelsbestand (aktiv) sind mit 8,5 Mrd. € ausgewiesen (2012: 12,9 Mrd. €). Der Rückgang ist bei leicht rückläufigem Nominalvolumen im Wesentlichen auf Bewertungseffekte zurückzuführen. Den Schwerpunkt der Handelsaktiva bilden mit 21,3 Mrd. € Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (2012: 20,6 Mrd. €); Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind lediglich mit 0,2 Mrd. € (2012: 0,2 Mrd. €) enthalten. Forderungen des Handels liegen mit 3,3 Mrd. € unter dem Wert des Vorjahrs (5,4 Mrd. €).

Der Rückgang der Buchwerte der Beteiligungen und verbundenen Unternehmen ist im Wesentlichen auf eine Kapitalrückzahlung zurückzuführen.

Das Geschäftsvolumen, das zusätzlich zur Bilanzsumme das außerbilanzielle Geschäft umfasst, ging von 205,6 Mrd. € auf 183,2 Mrd. € zurück. Die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften, Gewährleistungen und Garantien verminderten sich von 6,0 Mrd. € auf 5,4 Mrd. €. Hier sind mit 0,7 Mrd. € (2012: 0,9 Mrd. €) wie Garantien behandelte Credit Default Swaps, die nicht dem Handelsbestand zuzuordnen sind, enthalten.

Die Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen verminderten sich um 0,9 Mrd. € auf 16,0 Mrd. €.

Entwicklung der Passiva

	2013	2012	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	36.136	42.785	–6.649	–15,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	27.749	30.844	–3.095	–10,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	48.618	58.520	–9.902	–16,9
Handelsbestand (passiv)	33.820	36.392	–2.572	–7,1
Eigene Mittel	11.117	10.204	913	8,9
Übrige Passivbestände	4.383	3.902	481	12,3
Bilanzsumme	161.823	182.647	–20.824	–11,4

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verminderten sich gegenüber dem Vorjahr auf 36,1 Mrd. € (2012: 42,8 Mrd. €). Der Rückgang entfällt sowohl auf Verbindlichkeiten gegenüber Banken (–3,3 Mrd. €) als auch gegenüber angeschlossenen Sparkassen (–3,0 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gingen um 3,1 Mrd. € auf 27,7 Mrd. € zurück. In den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind Bauspareinlagen in Höhe von 3,8 Mrd. € (2012: 3,6 Mrd. €) enthalten.

Die verbrieften Verbindlichkeiten reduzierten sich um 9,9 Mrd. € als Folge eines im Jahr 2013 verringerten Volumens an Neuemissionen. Auch diese Entwicklung stellt eine Normalisierung im Nachgang zu der Verbundbank-Transaktion dar. Der Bestand an begebenen Schuldverschreibungen betrug 47,2 Mrd. € (2012: 57,7 Mrd. €). Innerhalb der verbrieften Verbindlichkeiten beträgt die Position Andere verbriefte Verbindlichkeiten, die überwiegend die Emissionsprogramme kurzfristiger Geldmarktpapiere enthält, 1,4 Mrd. € (2012: 0,8 Mrd. €).

Der Handelsbestand (passiv) ist um 2,6 Mrd. € auf 33,8 Mrd. € zurückgegangen. Die Verbindlichkeiten des Handels sind mit 24,2 Mrd. € ausgewiesen (2012: 22,5 Mrd. €), Derivate im Handelsbestand (passiv) mit 9,6 Mrd. € (2012: 13,9 Mrd. €). Die Verbindlichkeiten gegenüber Sparkassen in Hessen und Thüringen im Handelsbestand sind auf 1,1 Mrd. € nach 1,9 Mrd. € im Vorjahr zurückgegangen.

Eigene Mittel
Die in der Bilanz ausgewiesenen eigenen Mittel (das heißt Eigenkapital ohne Bilanzgewinn einschließlich Fonds für allgemeine Bankrisiken, Genussrechtskapital und nachrangige Verbindlichkeiten) der Bank betragen zum 31. Dezember 2013 11,1 Mrd. €. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Emission von nachrangigen Verbindlichkeiten.

Aufsichtsrechtlich belaufen sich die Eigenmittel der Bank zum 31. Dezember 2013 – das heißt vor Feststellung des Jahresabschlusses und somit vor Berücksichtigung von Zuführungen zu den Gewinnrücklagen und inklusive –303 Mio. € aus dem Vergleich der Expected Losses zu den Wertberichtigungen des Jahresendes 2012 – auf 9,4 Mrd. €. Darin enthalten ist Kernkapital für Solvenzzwecke in Höhe von 6,9 Mrd. €. Die dem Kernkapital zuzurechnenden stillen Einlagen und Kapitaleinlagen betragen 2,9 Mrd. €.

Die Eigenkapitalanforderungen der Bank gemäß SolvV betrugen zum 31. Dezember 2013 4,2 Mrd. €. Daraus ergibt sich für die Helaba eine Gesamtkennziffer von 18,1 %; die Kernkapitalquote für Solvenzzwecke beträgt 13,2 %.

Die nach der SolvV geforderte Eigenmittelunterlegung der anrechnungspflichtigen Positionen wurde im Geschäftsjahr 2013 jederzeit eingehalten.

Mit der Zuführung zu den Gewinnrücklagen hat die Helaba ihr bilanzielles Eigenkapital sowie ihre aufsichtsrechtlichen Eigenmittel wie in den Vorjahren weiter gestärkt.

Ertragslage nach Geschäftsfeldern
Im Immobilienkreditgeschäft erhöhte sich das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr um rund 20 % auf 8,7 Mrd. €. Bei zufriedenstellenden Neugeschäftsmargen konnte die Zinsmarge im Bestand gegenüber dem Vorjahr leicht ausgeweitet werden. Bei

leicht gestiegenen Kundenforderungen konnten die Erträge insgesamt um rund 8 % gegenüber dem Vorjahr ausgeweitet werden. Damit lag die Entwicklung im Immobilienkreditgeschäft 2013 leicht über den Erwartungen.

Im Bereich Corporate Finance lag das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Neugeschäft mit 4,3 Mrd. € um rund 6 % über dem Vorjahresniveau. Die Kundenforderungen entwickelten sich gegenüber dem Vorjahresstichtag rückläufig. Der planmäßige Anstieg der Erträge um 7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum ist wesentlich auf die ganzjährige Einbeziehung der Forderungen gegenüber kommunalnahen Kunden und Firmenkunden aus der Übernahme der NRW-Verbundbank zurückzuführen, die im Vorjahr nur zeitanteilig enthalten waren.

Das inländische Kommunalkreditgeschäft verlief 2013 mit einem Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft in Höhe von 1,5 Mrd. € dynamisch. Mit ausländischen Finanzinstitutionen und Gebietskörperschaften wurden 2013 nur selektiv Neugeschäftsabschlüsse getätigt.

Im Kapitalmarktgeschäft wurden die Kundenerträge gegenüber dem Vorjahr um rund 25 % ausgebaut. Dazu trugen unter anderem die Primärmarktaktivitäten mit Firmenkunden und Kommunen bei. Auch 2013 trugen zusammenlaufende Spreads zum Ergebnis bei, so dass insgesamt die Erträge wieder das sehr hohe Vorjahresniveau erreichten.

Im Asset Management wurden bei leicht steigendem Geschäftsvolumen Erträge auf Vorjahresniveau erzielt.

Im Verbundgeschäft stiegen die Erträge gegenüber dem Vorjahr um rund 35 %. Im Vorjahr waren die Erträge aus der Übernahme von Geschäftsaktivitäten der NRW-Verbundbank nur zeitanteilig enthalten. Damit blieb die Ertragsentwicklung allerdings um rund 15 % hinter den Erwartungen zurück.

Das Neugeschäft der LBS entwickelte sich 2013 zufriedenstellend. Die Erträge blieben aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus in Verbindung mit einer geringen Nachfrage nach Finanzierungen leicht hinter den Erwartungen zurück.

Mit der WIBank nimmt die Helaba im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben wahr. Die Entwicklung im Jahr 2013 wurde neben der Abwicklung der verschiedenen Förderprogramme durch die planmäßige Abwicklung und Auszahlung des kommunalen Schutzschirms geprägt. Das Geschäftsvolumen stieg dadurch um rund 25 %. Die höhere Fördertätigkeit schlug sich in rund 10 % höheren Kosten nieder, deren Erstattung durch das Land Hessen entsprechend zu höheren Erträgen führte.

Im Cash Management schlagen sich 2013 ebenfalls die Effekte aus der Übernahme von Geschäftsaktivitäten der NRW-Verbundbank nieder. Die Erträge stiegen gegenüber dem Vorjahr durch die ganzjährige Einbeziehung um rund 55 %. Belastend wirkte sich das anhaltend niedrige Zinsniveau aus, so dass die Erträge insgesamt um rund 6 % unter der Planung lagen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahrs zum 31. Dezember 2013 nicht ergeben.

Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung einer mit der Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsmäßigen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken, die Ziele der Risikosteuerung und die Maßnahmen zur Zielerreichung in der Helaba sowie in den in das gruppenweite Risikomanagement eingebundenen Unternehmen fest. Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Die Geschäftsstrategie des Helaba-Konzerns ist eingebunden in die Geschäfts- und Risikostrategie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen und bildet den Rahmen für die Risikostrategie.

Im Mittelpunkt der Risikostrategie steht das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals bei gleichzeitiger Sicherstellung der Liquidität und eines konservativen Risikoprofils. Das Risikomanagementsystem ist daher ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausgereifte Instrumentarien und Rahmenbedingungen verfügt. Neben organisatorischen Regelungen, wie Kompetenzrichtlinien und Prozess- beziehungsweise Systemdokumentationen, wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung stetig weiterentwickelt.

Prinzipien

Verantwortung der Geschäftsleitung
Im Rahmen der Verantwortung der Geschäftsleitung trägt der Vorstand – unabhängig von der Geschäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der Einschätzung der damit verbundenen, im Rahmen der Risikoinventur festgelegten wesentlichen Risiken die Risikostrategie fest und trägt für deren Umsetzung Sorge. Gegenstand der Risikostrategie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba-Gruppe. Bei den Tochterunternehmen werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen ihrer gesellschaftsrechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert. Darüber hinaus werden die Konzern-Unternehmen unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und der gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten in das Controllinginstrumentarium der einzelnen Risikoarten eingebunden. Damit wird ein gruppenweites Risikocontrolling sichergestellt.

Vermögensschutz
Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Risikostrategie im Einklang mit der Erreichung der Unternehmensziele – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglichem Schutz des Vermögens der Helaba – eingegangen werden. Diesem Zweck dienen bestehende Risikolimitstrukturen sowie Anreizsysteme und die dafür notwendigen Kontrollmechanismen.

Reputationsschutz
Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße gegen gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften von existenzieller Bedeutung.

Klare Kompetenzen
Die Verantwortlichkeit dafür, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass das angemessene Verhältnis laufend überwacht und bei bestehenden beziehungsweise möglichen Diskrepanzen dem entsprechenden Kompetenzträger aufgezeigt wird.

Funktionstrennung
Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind überall dort zu implementieren, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen.

Transparenz
Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachgerechte Unterrichtung der Gremien durch den Vorstand möglich.

Kosteneffizienz
Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrolleinheiten, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber auch des Risikomanagements) anfallen, stehen unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Vorgaben in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

Risikotragfähigkeit
Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen
Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Regelungen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die regulatorische Kapitalunterlegung der Helaba sowie die Ermittlung des regulatorischen Kapitals erfolgt seit 2007 nach den Regelungen der SolvV. Ab 2014 wird die CRR für die regulatorische Kapitalunterlegung und Kapitalermittlung maßgeblich sein.

Risikobewusstes Verhalten
Die Erreichung der Ziele sowie die Einhaltung gesetzlicher Normen hängen von der Disziplin aller Beteiligten hinsichtlich Strategie, Prozessen, Kontrollen und Compliance ab.

Prüfung
Die interne Revision prüft grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die Beurteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

Risikoklassifizierung

Risikoarten
Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus der operativen Geschäftstätigkeit der Helaba. Im Rahmen der strukturierten Risikoinventur wird regelmäßig (und gegebenenfalls anlassbezogen) überprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertragslage oder die Liquiditätslage der Helaba-Gruppe wesentlich beeinträchtigen können. Folgende wesentliche Risikoarten wurden identifiziert:

- Das Adressenausfallrisiko beziehungsweise Kreditrisiko ist das ökonomische Verlustpotenzial aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern (klassisches Kreditgeschäft), Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Länderrisiko). Die Bestimmung des ökonomischen Verlustpotenzials erfolgt auf Basis interner oder externer Bonitätsbeurteilungen sowie von der Helaba selbst geschätzter beziehungsweise aufsichtsrechtlich vorgegebener Risikoparameter. Bonitätsrisiken, die im Marktpreisrisiko unter dem Credit-Spread-Risiko und dem inkrementellen Risiko abgebildet werden, sind nicht Bestandteil des Adressenausfallrisikos.
- Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko (Residualrisikoart) als ökonomisches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht auf Ebene der Einzelrisikoarten gesteuert wird. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteilswerts, zu ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.
- Das Marktpreisrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial, das aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen aufgrund von Änderungen der Zinssätze, der Devisenkurse, der Aktienkurse und der Rohwarenpreise sowie ihrer Volatilitäten resultiert. Dabei führen Veränderungen des Zinsniveaus eines Marktsegments zu allgemeinen Zinsänderungsrisiken, spezifische Zinssatzveränderungen (zum Beispiel eines Emittenten) zu Credit-Spread-Risiken und Preisveränderungen bonitätsbehafteter Wertpapiere aus Rating-Veränderungen (inklusive Default) zu inkrementellen Risiken.

- Das Liquiditätsrisiko wird in drei Kategorien unterteilt. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich aus einem unausgewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können. Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.
- Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Operationelle Risiken umfassen auch Rechtsrisiken, die wie folgt definiert sind: Risiken von Verlusten aufgrund der Verletzung geltender rechtlicher Bestimmungen sowie rechtlich nicht durchsetzbarer Ansprüche. Hierzu gehört auch das Risiko, aufgrund einer Änderung der Rechtslage (geänderte Rechtsprechung oder Gesetzesänderung) für in der Vergangenheit abgeschlossene Geschäfte Verluste zu erleiden.
- Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.
- Unter dem Immobilienrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst. Hierzu gehören nicht Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen können innerhalb einer und zwischen verschiedenen Risikoarten entstehen. Das Management der Risikokonzentrationen – das heißt die Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung – sowie die Berichterstattung über identifizierte Risikokonzentrationen erfolgen in der Helaba von den risikoüberwachenden Bereichen gemäß ihrer Zuständigkeiten für wesentliche Risikoarten, Risikotragfähigkeit und Stresstests.

Sowohl Konzentrationen innerhalb einer Risikoart (Intrakonzentrationen) als auch zwischen den Risikoarten (Interkonzentrationen) werden analysiert und sind in die Berichts- und Entscheidungsprozesse des Risikomanagements integriert. Für Risikokonzentrationen aus Adressenausfallrisiken wird, zusätzlich zur Limitsteuerung, in der Risikotragfähigkeitsrechnung ein Kapitalpuffer bereitgehalten. Zwischen den Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte in der Risikotragfähigkeitsrechnung angesetzt. Ferner werden durch die Ausgestaltung des risikoartenübergreifenden Stress-Szenarios der extremen Marktverwerfungen die für die Helaba wesentlichen Risikokonzentrationen zwischen den Risikoarten berücksichtigt.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinander folgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

1. Risikoidentifikation
Die Identifikation der für die Helaba beziehungsweise die in das Risikomanagement auf Gruppenebene eingebundenen Gesellschaften bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einführung von neuen Produkten und komplexen Geschäften sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Risikomesssysteme und die dazugehörigen Risikoüberwachungsprozesse wichtig.

2. Risikoquantifizierung
Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung für die einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfahren zum Einsatz.

3. Risikosteuerung
Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch die dezentralen Managementeinheiten. Diese umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting
Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

Risikomanagementstruktur

Gremien
Der Vorstand der Helaba trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand unter Beachtung der bestehenden bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenführung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfallrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der operationellen Risiken, der Geschäftsrisiken und der Immobilienrisiken. Zielsetzung sind die frühestmögliche Erkennung von Risiken in der Helaba-Gruppe, die Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanagement.

Zudem bewilligt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikoausmaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien.

Unterhalb des Risikoausschusses operieren der Dispositionsausschuss, der Kreditmanagementausschuss (KMA) und der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA). Dem Dispositionsausschuss obliegt die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Dem KMA obliegen die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Gesamtportfolios sowie die zentrale Koordinierungsfunktion im Syndizierungs-, Strukturierungs- und Platzierungsgeschäft. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlement-Risiken sowie für Länderrisiken.

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstands beziehungsweise des Verwaltungsrats oder eines seiner Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen größer 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

Risikomanagement der Konzern-Unternehmen der Helaba-Gruppe
Die Einbindung von gruppenangehörigen Unternehmen in das Risikomanagement auf Gruppenebene erfolgt unter Berücksichtigung der Risiken, die im Rahmen der jährlichen oder auch einer anlassbezogenen Risikoinventur ermittelt werden. Die Identifikation der Risiken im Rahmen der Risikoinventur findet dabei auf Ebene der direkten Beteiligungen der Helaba statt, das heißt, diese gruppenangehörigen Unternehmen bewerten das Risiko gesamthaft, also auch für die jeweils eigenen Beteiligungen. Der Ausgangspunkt zur Bestimmung des Einbeziehungskreises sind alle handelsrechtlichen direkten Beteiligungen des Einzelinstituts sowie Zweckgesellschaften und Sondervermögen. Der Einbeziehungskreis für die Durchführung der regelmäßigen Risikoinventur ergibt sich aus gruppenangehörigen Unternehmen, für die eine wirtschaftliche, juristische oder ökonomische Notwendigkeit zur Einbeziehung besteht. Die Festlegung des Einbeziehungskreises erfolgt hierbei anhand eines Kriterienkatalogs. Nicht in die Risikoinventur einbezogene gruppenangehörige Gesellschaften werden ins residuale Beteiligungsrisiko eingebunden.

Als Ergebnis der Wesentlichkeitsbewertung der Risikoinventur wird bestimmt, welche gruppenangehörigen Gesellschaften mit welchen Risikoarten in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden sind und welche gruppenangehörigen Gesellschaften über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden werden. Werden die Risikopotenziale einer gruppenangehörigen Gesellschaft als wesentlich eingestuft, ist die gruppenangehörige Gesellschaft entsprechend klaren und verbindlichen Standards und Vorgaben in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden.

Des Weiteren hat das gruppenangehörige Unternehmen für seine eigenen Risiken, die der Risikoart auf Gruppenebene zugeordnet sind, einen geeigneten Risikomanagementprozess einzurichten. Die Art und Weise der Einbindung wird durch die jeweiligen Risikoarten- und Methodenverantwortlichen festgelegt. Dabei gestaltet sich die Einbindung in die Methoden des Risikomanagementprozesses je nach Risikoart unterschiedlich.

Wesentliche Risikoüberwachungsbereiche
Während die Aufgabe der Risikosteuerung durch dezentrale Markteinheiten wahrgenommen wird, obliegen den zentralen Überwachungseinheiten die Identifikations-, Quantifizierungs- und Überwachungs-/Controllingfunktion, die die Reportingpflicht einschließen, sowie die jeweilige Methodenkompetenz. Die aufbauorganisatorische Trennung von Risikocontrolling und Risikosteuerung ist bis in die Vorstandsebene klar vollzogen.

Durch diese klare Aufgabenteilung und das enge Zusammenspiel zwischen den beteiligten Bereichen wird eine effiziente Umsetzung von risikopolitischen Steuerungsimpulsen erreicht.

Für die wesentlichen Risikoarten sind die in folgender Tabelle genannten Bereiche zentral für die Risikoüberwachung beziehungsweise das Risikocontrolling verantwortlich:

Risikoarten	Risikosteuernde Bereiche	Risikoüberwachende Bereiche
Adressenausfallrisiken inklusive Beteiligungsrisiken	Marktbereiche, Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Kreditrisikocontrolling (Portfolioebene), Credit Risk Management (Einzelengagementebene), Vorstandsstab und Konzernstrategie (residuales Beteiligungsrisiko)
Marktpreisrisiken	Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling Handel
Liquiditätsrisiken	Kapitalmärkte (Geldhandel), Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling Handel
Operationelle Risiken	Alle Bereiche	Kreditrisikocontrolling, Recht (rechtliche Risiken)
Geschäftsrisiken	Marktbereiche	Kreditrisikocontrolling, Risikocontrolling Handel
Immobilienrisiken	Immobilienmanagement, gruppenangehörige Unternehmen mit Immobilienrisiken	Kreditrisikocontrolling, Immobilienmanagement

Neben den in oben dargestellter Tabelle genannten Bereichen tragen weitere Einheiten zum Risikomanagement im Konzern bei.

Interne Revision
Die interne Revision prüft und beurteilt die Aktivitäten der Bank sowie von Tochtergesellschaften. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Prüfungstätigkeit der internen Revision erstreckt sich grundsätzlich auf alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Um-

fang und Risikogehalt der jeweiligen Betriebs- beziehungsweise Geschäftstätigkeit berücksichtigt werden. Die Beurteilung der Risikolage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sind besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung sind in Prüfungsdokumentationen festgehalten. Die zuständigen Vorstände sowie die Verantwortlichen für die geprüften Bereiche erhalten eine ausführliche Berichtsausfertigung. Sämtliche Vorstandsmitglieder werden grundsätzlich über das Gesamtergebnis einschließlich wesentlicher Feststellungen von Prüfungen durch einen Kurzbericht informiert. Der Vorstand berichtet dem Verwaltungsrat halbjährlich über wesentliche Feststellungen der internen Revision.

Kapitalmarkt-Compliance, Compliance Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung sowie Datenschutz
Die Bank hat die unabhängigen Funktionen der Compliance-Stelle Kapitalmarkt, der Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung und des Datenschutzes eingerichtet.

Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt berät die operativen Bereiche, überwacht und bewertet die Grundsätze, Prozesse und Verfahrensweisen insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG), der Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung (WpDVerOV) und der WpHG-Mitarbeiteranzeige-Verordnung (WpHGMaAnzV), auf Verlautbarungen der BaFin sowie einschlägige Verlautbarungen der European Securities and Markets Authority (ESMA). Darüber hinaus bewertet die Compliance-Stelle Kapitalmarkt inhärente Risiken und kontrolliert die Einhaltung der relevanten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt führt die Überwachungshandlungen regelmäßig und risikoorientiert auf Basis eines Überwachungsplans durch, der auf einer zuvor vorgenommenen Risikoanalyse basiert. Sie überwacht dabei insbesondere das Verbot von Insidergeschäften und identifiziert und regelt konzernweit Interessenkonflikte mit Risikopotenzialen.

Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung entwickelt interne Grundsätze, angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Als Grundlage für die zu ergreifenden organisatorischen Vorkehrungen dienen unter anderem die Gefährdungsanalyse des Konzerns (Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Betrugsbekämpfung) sowie die Group Policy, die die allgemeinen Rahmenbedingungen des Konzerns wiedergibt, die den nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen. Mit dem Einsatz modernster Monitoring- und Research-Software erfolgt eine kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehungen.

Die Datenschutzbeauftragte wirkt auf die Einhaltung und Umsetzung der Datenschutzgesetze hin und nimmt die Überwachungs-, Beratungs-, Koordinations-, Vorschlags- und Berichtsfunktion wahr.

Diese unabhängigen Funktionen sind unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass alle wesentlichen Risiken im Helaba-Konzern jederzeit durch Risikodeckungsmasse abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. 2013 wurden wesentliche Weiterentwicklungen der Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba vorgenommen.

In die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsrechnung fließen Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Geschäfts- sowie Immobilienrisiken ein. Dabei werden im Rahmen einer ökonomischen Betrachtung Risikopotenziale sowie der regulatorische Expected Loss (EL) und der regulatorische Kapitalbedarf unter Anwendung der regulatorischen Bewertungsvorschriften ermittelt. Ein Kapitalabzug aus dem regulatorischen EL-/Wertberichtigungsabgleich findet bei der Quantifizierung von Kern- und Gesamtkapital Berücksichtigung.

Neben der deckungsmassenbasierten Risikotragfähigkeit wird in Bezug auf die Marktpreisrisiken das Ergebnis des regulatorischen Zinsschocks sowie für die Liquiditätsrisiken der Liquiditätshorizont als weitere Ergebnisgröße ausgewiesen.

Die Darstellung der Risikotragfähigkeit basiert auf einem Zeithorizont von einem Jahr. Sowohl Risikopotenziale als auch die Risikodeckungsmassen sind für diesen Zeitraum konzipiert und quantifiziert.

Zusätzlich zu einem Basisszenario, das die Risikotragfähigkeit zum Berichtsstichtag abbildet, werden die Auswirkungen von historischen und hypothetischen Stress-Szenarien auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Dabei werden ein makroökonomisches Stress-Szenario und ein Szenario extremer Marktverwerfungen, dessen Basis beobachtete Marktverwerfungen im Rahmen einer globalen Finanzkrise bilden, betrachtet. Darüber hinaus werden inverse Stresstests durchgeführt.

In der Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba werden zwei unterschiedliche Steuerungskreise abgebildet, die der aufsichtsrechtlichen Unterscheidung in einen Fortführungsansatz (auch Going Concern-Ansatz genannt) und einen Liquidationsansatz (auch Gone Concern-Ansatz genannt) entsprechen.

Im Fortführungsansatz erfolgt der Nachweis, dass die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen auch bei schlagend werdenden erwarteten und unerwarteten Verlusten eingehalten werden können. Die Quantifizierung der Risikopotenziale erfolgt hier zu einem 95 %-Konfidenzniveau. Im Liquidationsansatz der Risikotragfähigkeit wird nachgewiesen, dass selbst im unwahrscheinlichen Fall schlagend werdender seltener und schwerer Verlustausprägungen (erwartete sowie unerwartete Verluste zu einem Konfidenzniveau von 99,9 %) das Kapital des Helaba-Konzerns ausreicht, um die Gläubiger in voller Höhe zu befriedigen.

Im Rahmen des Fortführungsansatzes werden die gesamten ökonomischen Risikopotenziale der Risikotragfähigkeitsrechnung einem nachhaltigen Ergebnis vor Risiken, dem Aufwand zur Bedienung der nicht gehärteten stillen Einlage sowie den regulatorisch nicht gebundenen Eigenmitteln (je nach Szenario abzüglich eines intern definierten Risikopuffers) gegenübergestellt. Zur Analyse der Auswirkungen auf die regulatorischen Kapitalquoten werden im Fortführungsansatz auch die Auswirkungen der Stress-Szenarien auf den regulatorischen Kapitalbedarf sowie auf die regulatorischen Eigenmittel quantifiziert.

Der Fortführungsansatz, der als Ergebnisgröße die regulatorischen Kapitalquoten betrachtet, ist eng mit der Kapitalallokation in der Helaba verzahnt. Die Allokation des regulatorischen Kapitals auf Unternehmensbereiche und Konzerneinheiten der Helaba erfolgt unter Berücksichtigung der damit verbundenen erwarteten Entwicklungen von Gesamt- und Kernkapitalquote. Hiermit wird die Konsistenz zwischen der Kapitalallokation bei Annahme einer Vollauslastung der Limite und der sich hieraus ergebenden Ergebnisgröße der Risikotragfähigkeitsrechnung sichergestellt. Zusätzlich erfolgt eine Limitierung der ökonomischen Risikopotenziale, so dass bei gleichzeitiger Auslastung der regulatorischen Allokation und auch der ökonomischen Risikopotenziale sichergestellt ist, dass die intern vorgegebenen Mindestkapitalanforderungen selbst bei schlagenden ökonomischen Risiken nicht unterschritten werden.

Im Liquidationsansatz wird eine auf dem IFRS-Rechnungslegungswerk basierende ökonomische Deckungsmasse zur Abdeckung des internen Kapitalbedarfs herangezogen. Komponenten sind das zum Berichtsstichtag aufgelaufene Konzernergebnis, das Eigenkapital sowie das Nachrangkapital nach IFRS. Zusätzlich erfolgt eine ökonomisch bedingte Korrektur von Deckungsmassenbestandteilen. Stille Reserven werden im Liquidationsansatz nicht als Deckungsmassenkomponente angesetzt.

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung für den Konzern weist zum Ende des Jahrs 2013 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale durch die bestehenden Risikodeckungsmassen aus und dokumentiert die konservative Risikoeinstellung der Helaba.

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen, nach Berücksichtigung eines internen Risikopuffers, ein Kapitalpuffer in Höhe von 3,2 Mrd. €. Im Liquidationsansatz besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen ein Kapitalpuffer in Höhe von 7,3 Mrd. € (2012: 6,8 Mrd. €).

Zum Stichtag 31. Dezember 2013 beträgt die regulatorische Gesamtkapitalquote im Helaba-Konzern 17,4 % (2012: 15,9 %) und die Kernkapitalquote 12,8 % (2012: 11,2 %). Auch bei einem simulierten Eintritt der Stress-Szenarien liegen die von der Helaba erreichten Kapitalquoten deutlich oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen.

Darüber hinaus führt die Helaba zwei inverse Stresstests durch, um zu untersuchen, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit des Instituts gefährden könnten. Dabei werden in den Szenarien „Unterschreitung der Mindestkapitalanforderungen“ sowie „Illiquidität“ die Auswirkungen von diversen wirtschaftlichen Ereignissen untersucht, die zur Nichteinhaltung der regulatorischen Gesamtkapitalquote beziehungsweise zum vollständigen Verbrauch der Liquiditätsreserven führen könnten. Derzeit bestehen keinerlei Anzeichen für einen Eintritt dieser Szenarien.

Weitere Sicherungsmechanismen
Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und ist somit einbezogen in den auf dem Prinzip der Institutssicherung basierenden bundesweiten Haftungsverbund zwischen der Sicherungsreserve, den regionalen Sparkassenstützungsfonds und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen. Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutssichernde Wirkung, das heißt der Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, insbesondere von deren Liquidität und Solvenz, ein Risikomonitoring-System zur Früherkennung

von besonderen Risikolagen und die risikoorientierte Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge. Auch die rechtlich unselbstständige LBS, die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, ein Tochterunternehmen der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, sind direkt an diesem Sicherungssystem beteiligt.

Im Dezember 2013 haben sich Europäisches Parlament, Europäischer Rat und EU-Kommission auf die Inhalte der künftigen EU-Einlagensicherungsrichtlinie geeinigt. Die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen sowie die weiteren institutssichernden Einrichtungen des bundesweiten Haftungsverbunds können, nach Durchführung erforderlicher Änderungen, auch unter der künftigen EU-Einlagensicherungsrichtlinie erhalten bleiben.

Darüber hinaus gehören satzungsrechtlich die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des SGVHT als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende Sicherung und räumt Gläubigern der angeschlossenen Institute (Helaba, Sparkassen) ein unmittelbares, betragsmäßig unbegrenztes Forderungsrecht ein. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5 ‰ der gemäß SolvV gewichteten aufsichtsrechtlichen Risikoaktiva der angeschlossenen Institute und beträgt Ende 2013 insgesamt 514 Mio. €. Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der SGVHT die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrags zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

Im Zuge ihrer Mitte 2012 erfolgten Beteiligung am Stammkapital der Helaba (jeweils 4,75 %) haben auch der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband (SVWL) jeweils einen zusätzlichen regionalen Reservefonds einseitig für die Helaba geschaffen.

Für das Förderinstitut WIBank, das als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba organisiert ist, besteht gesetzlich geregelt und in Übereinstimmung mit den EU-beihilferechtlichen Anforderungen eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen.

Adressenausfallrisiken

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfelds als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie, die in Anlehnung an die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) verbindlich festgelegt wurde. In der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich überprüft und mit dem weiteren Ausbau der aktiven Kreditportfoliosteuerung sukzessive weiterentwickelt.

Basel II/Basel III
Die Regelung zur angemessenen Eigenkapitalausstattung (Säule 1 von Basel II/CRD der EU), mit der weitreichende Bankregulierungsvorschriften eingeführt und mit der Solvabilitätsverordnung (SolvV) in Deutschland umgesetzt wurden, läuft mit Ende des Jahrs 2013 aus. Ab dem 1. Januar 2014 tritt die neue EU-Verordnung der CRR auf Basis von Basel III in Kraft. Die CRR regelt zukünftig die Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung und -unterlegung der Institute, die bislang durch die SolvV geregelt wurden. Mit der Einführung der CRR gehen ergänzende und verschärfte Regelungen bezüglich Eigenkapitalausstattung und -unterlegung einher.

Aktuell wendet die Helaba den Basisansatz für interne Ratings an. Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwertberichtigungen dient, sowie einem zentralen Risikodatenpool sind die entsprechenden aufsichtsrechtlichen Regelungen nach Basel II/SolvV beziehungsweise künftig Basel III/CRR in den Verfahren und Systemen der Helaba umgesetzt.

Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System
Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah sämtliche kontrahentenbezogenen Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch an der Risikotragfähigkeit der Bank.

Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlimite auf Konzernebene erfasst. Auf diese Gesamtlimite werden alle Arten von Krediten gemäß § 19 Abs. 1 Kreditwesengesetz (KWG), sowohl aus Handels- als auch Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Separat zu bewilligende Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften werden unabhängig von ihrer Zuordnung zum Handels- oder Bankbuch in voller Höhe auf Limite für Settlement-Risiken angerechnet.

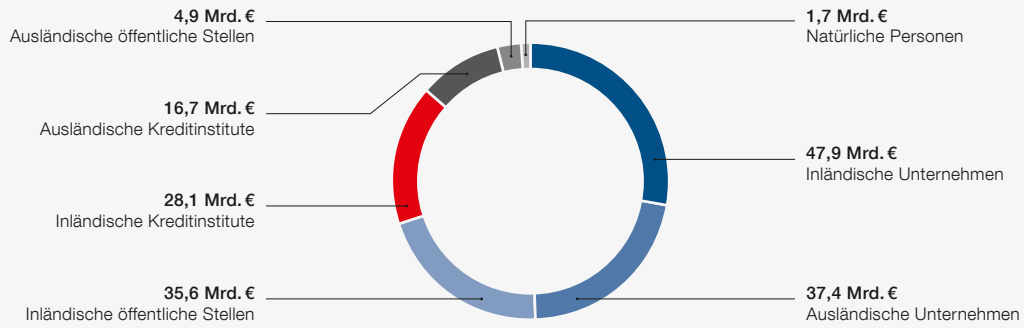
Die bewilligten Gesamtlimite werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Unternehmensbereiche allokiert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Gesamtlimit erfolgt mit den – gemäß der Groß- und Millionenkreditverordnung (GroMiKV) ermittelten – Kreditäquivalenzbeträgen. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (zum Beispiel Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

Ergänzend werden unter sonstige wirtschaftliche Risiken Sekundärrisiken, zum Beispiel aus Leasingengagements (Leasingnehmer) oder aus erhaltenen Bürgschaften und Garantien, beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

In Grafik 1 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2013, das sich aus Kreditinanspruchnahmen und nicht genutzten zugesagten Kreditlinien zusammensetzt, des Helaba-Einzelinstituts in Höhe von 172,3 Mrd. € (2012: 193,9 Mrd. €), aufgeteilt nach Kundengruppen, dargestellt. Der Rückgang des Gesamtkreditvolumens im Jahr 2013 resultiert vorwiegend aus der Reduktion von Überschussliquidität der Bank.

Gesamtkreditvolumen nach Kundengruppen (Helaba-Einzelinstitut)
(Grafik 1)



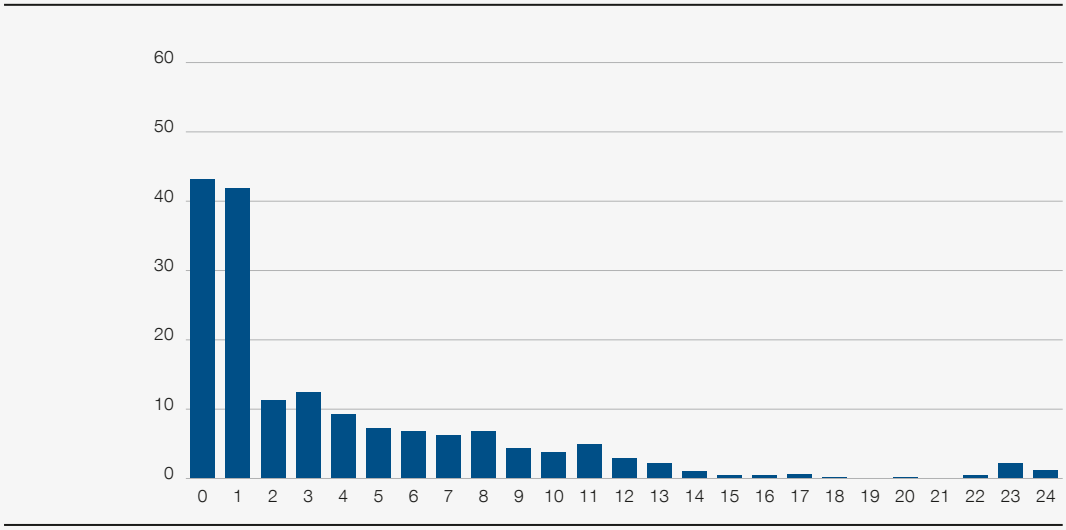
Entsprechend dem Geschäftsmodell liegt der Schwerpunkt der Kreditaktivitäten der Helaba zum 31. Dezember 2013 in den Branchen Kreditgewerbe, öffentliche Stellen sowie Grundstücks- und Wohnungswesen.

Bonitäts-/Risikobeurteilung
Die Bank verfügt über 15 in Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) beziehungsweise anderen Landesbanken entwickelte Rating-Verfahren sowie drei selbstentwickelte Rating-Verfahren. Diese Verfahren basieren auf statistischen Modellen und ordnen die Kreditengagements unabhängig von der Kunden- oder Objektgruppe kardinal über eine 25-stufige Ausfall-Rating-Skala einer festen Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default – PD) zu.

Da die Ermittlung der kunden- beziehungsweise transaktionsspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) allein noch keine Einschätzung der Verlustrisikopotenziale eines Geschäfts ermöglicht, werden danach weitere relevante risikomindernde beziehungsweise -erhöhende Faktoren des jeweiligen Kreditgeschäfts (insbesondere Restlaufzeit, Besicherung, Rangigkeit der Finanzierung) betrachtet. Die Helaba hat dafür ergänzend zum Ausfall-Rating ein Risiko-Rating entwickelt, mit dem segmentübergreifend ein Vergleich des Risikogehalts von Geschäften ermöglicht wird. Das Risiko-Rating bildet näherungsweise den erwarteten Verlust (EL) ab. Dazu werden ausgehend vom Ausfall-Rating die EL-relevanten Anpassungen zur Bestimmung des Risiko-Ratings vorgenommen.

In Grafik 2 ist das Gesamtkreditvolumen des Helaba-Einzelinstituts in Höhe von 172,3 Mrd. € nach dem Risiko-Rating aufgeteilt.

Gesamtkreditvolumen nach Risiko-Rating-Klassen
(Grafik 2) in Mrd. €



Sicherheiten
Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeine Risikominderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungstechniken nach Basel II/SolvV ausschöpfen zu können. Es genügt den umfangreichen und komplexen Anforderungen an die Nutzung, Abbildung und Anerkennung von „klassischen“ Kreditsicherheiten (insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften, Verpfändungen und Abtretungen von Forderungen und Wertpapierpositionen, Registerpfandrechte auf Schiffe und Flugzeuge), die im Basisansatz für interne Ratings gestellt werden. Das Sicherheitenverwaltungssystem stellt seinen Datenbestand dem zentralen Risikodatenpool bereit, der wiederum die Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen durchführt.

Länderrisiken
Das Länderrisiko besteht aus Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken (zum Beispiel Lieferrisiken). Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung, das heißt, dass das zunächst nach dem strengen Domizil-

prinzip dem Sitzland des Kreditnehmers zugeordnete Risiko unter bestimmten Voraussetzungen auf das Sitzland der Konzernmutter, des Leasingnehmers oder bei Cashflow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen wird.

Das Länderrisikosystem dient als zentrales Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Handelsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesellschaften Helaba Asset Services, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG einbezogen. Das gesamte Länderrisiko – ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals der Helaba-Institutsgruppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2013 belief sich auf weniger als das Dreifache des haftenden Eigenkapitals.

Länderlimite werden für alle Länder mit Ausnahme weniger Länder der Eurozone und weiterer insbesondere unter Transferrisikogesichtspunkten erstklassiger Länder (zurzeit Schweiz, Großbritannien, USA, Dänemark, Schweden, Norwegen, Kanada) festgelegt. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Unterlimite begrenzt.

Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich von der vorstandsunmittelbaren Abteilung Volkswirtschaft überprüft (Erstvotum). Veränderungen der politischen oder wirtschaftlichen Lage eines Landes aufgrund aktueller Ereignisse führen auch unterjährig zu einer außerplanmäßigen Überprüfung der Einstufung. Auf der Basis dieser Länder-Ratings werden dem Länderlimit-Ausschuss, dem mit dem Auslandsgeschäft befasste Leitungsfunktionsträger angehören, Vorschläge für Länderlimite unterbreitet. Der Länderlimit-Ausschuss führt diese vorwiegend volkswirtschaftlich fundierten Vorschläge mit bankspezifischen, geschäftspolitischen und risikomethodischen Überlegungen zu einem Gesamturteil zusammen, auf dessen Basis der Bereich Credit Risk Management das Zweitvotum als abschließenden Limitvorschlag für den VS-KA abgibt. Der VS-KA setzt – unter Berücksichtigung der Voten und der Risikogruppierung – Limite für die einzelnen Länder fest.

Die in den Länderrisikogruppen jeweils zulässigen Geschäftsarten sind in einer Matrix festgelegt. In Abhängigkeit von der jeweiligen Risikogruppe umfasst diese Matrix neben den Kredit- und Wertpapiergeschäften auch die verschiedenen Formen der Kapitalmarktfinanzierungen, Geld- und Devisenhandelsgeschäfte sowie den Handel mit Derivaten. Abgestuft nach der Risikogruppe nehmen die Geschäftsmöglichkeiten ab. Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Die Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken aus Ausleihungen des Helaba-Einzelinstituts an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland in Höhe von 41,1 Mrd. € (2012: 42,5 Mrd. €) konzentrieren sich regional vorwiegend auf Europa (83,0 %) und Nordamerika (14,3 %). Sie sind per 31. Dezember 2013 zu 91,6 % (2012: 92,8 %) den Länder-Rating-Klassen 0 und 1 zugeordnet. Weitere 6,8 % (2012: 5,7 %) werden in den Rating-Klassen 2–9 generiert. Lediglich 0,3 % (2012: 0,1 %) sind mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet.

Engagement in ausgewählten europäischen Staaten

Per 31. Dezember 2013 betrug das Nettoexposure der Helaba im engen Konzernkreis gegenüber Kreditnehmern in den GIIPS-Staaten 5,2 Mrd. € (2012: 6,7 Mrd. €). Dieses teilt sich wie folgt auf:

in Mio. €

	Land									
	Griechenland		Irland		Italien		Portugal		Spanien	
	31.12.12	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12	31.12.13
Länder-Rating intern (LCR)	23	23	8	8	9	11	14	14	9	11
Länder-Rating extern (S&P/Moody's)	SD/ C	B–/ Caa3	BBB+/ Ba1	BBB/ Ba1	BBB+/ Baa2	BBB/ Baa2	BB/ Ba3	BB/ Ba3	BBB–/ Baa3	BBB–/ Baa3
Sektor										
Staat	0	0	38	0	266	260	25	3	1.207	1.060
Banken	3	3	48	15	1.297	872	20	22	1.016	762
Sonstige Finanzunternehmen	0	0	19	0	23	14	0	0	894	545
Corporates	0	177	216	275	332	213	31	34	1.434	1.256
Sonstige (inkl. nat. Personen)	0	0	7	4	44	34	7	4	135	111
Direktes Bruttoexposure	**3**	**180**	**328**	**294**	**1.962**	**1.393**	**83**	**63**	**4.686**	**3.734**
Abzgl. Sicherheiten	0	–177	–120	–121	–160	–71	17	0	–93	–67
Direktes Nettoexposure	**3**	**3**	**208**	**173**	**1.802**	**1.322**	**100**	**63**	**4.593**	**3.667**

Gegenüber Kreditnehmern in den Staaten Malta, Slowakei, Slowenien und Zypern betrug das Nettoexposure per 31. Dezember 2013 insgesamt 0,2 Mrd. €, davon Slowakei 0,1 Mrd. € (2012: 0,2 Mrd. €, davon Slowakei 0,1 Mrd. €).

Genehmigungsverfahren

Das Genehmigungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen werden. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Verwaltungsrats beziehungsweise eines seiner Ausschüsse; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risikobeurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend dem MaRisk im so genannten risikorelevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Marktbereich sowie den zuständigen Credit-Risk-Management-Bereich.

Ergänzt wird das Verfahren durch aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleitete Konzentrationslimite, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klasse der wirtschaftlichen Kreditnehmereinheit die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem sind alle Kredite mindestens einmal innerhalb von zwölf Monaten zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch das Global-Limit-System gewährleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Kreditnehmereinheit zusammenführt.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken
Die Quantifizierung von erwarteten und unerwarteten Adressenausfallrisiken erfolgt über den zentralen Risikodatenpool. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form des EL einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung für regulatorische Zwecke erfolgt auf Basis der internen Rating-Verfahren und regulatorisch vorgegebener Loss-Given-Defaults (LGDs). Zur Abdeckung unerwarteter Verluste wird das gemäß SolvV (künftig: CRR) vorzuhaltende Eigenkapital ebenfalls einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung verwendet. Darüber hinaus erfolgt in der internen Steuerung eine verfeinerte Quantifizierung unerwarteter Verluste aus Adressenausfallrisiken durch Berücksichtigung intern geschätzter LGD-Parameter. Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden verschiedenen Szenariobetrachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stress-Situationen aufzuzeigen.

Adressenausfallrisiken sind per 31. Dezember 2013 im Fortführungsansatz (HGB) der Risikotragfähigkeitsrechnung mit einem ökonomischen Risikopotenzial von 806 Mio. € quantifiziert (2012: 948 Mio. €). Der Rückgang im Jahr 2013 ist Folge methodischer Anpassungen sowie des Abbaus des Portfoliovolumens.

Kreditrisikoprozesse und Organisation
Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäfts sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Überwachung und Steuerung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft hat der Vorstand in gesonderten Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft festgelegt.

Risikovorsorge
Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Erfassung und Fortschreibung der Einzelwertberichtigungen erfolgt in der Credit Loss Database, die als zentrale Datei für ausfallgefährdete Engagements dient.

Beteiligungsrisiken
Unter Beteiligungsrisiken werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden alle für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und gesellschaftsrechtlicher Möglichkeiten in das konzernweite Risikomanagement integriert, ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach SolvV der Forderungsklasse Beteiligungen zugeordnet werden.

Der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung wird im Hinblick auf die Werthaltigkeit anhand eines zweistufigen Kriterienkatalogs (Ampelverfahren) klassifiziert. Daneben erfolgt die Risikobeurteilung auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstands und den Verwaltungsrat-Risiko- und -Kreditausschuss (bis 31. Dezember 2013: Verwaltungsrat-Kreditausschuss) berichtet.

Der Gesamtbuchwert des Beteiligungsportfolios ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Beteiligungsrisiken sind per 31. Dezember 2013 im Fortführungsansatz der Risikotragfähigkeitsrechnung mit einem ökonomischen Risikopotenzial von 31 Mio. € quantifiziert (2012: 34 Mio. €).

Marktpreisrisiken

Risikosteuerung
Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für deren effektive Begrenzung und Steuerung. Auf Basis einer Risikoinventur werden in Abhängigkeit der Geschäftstätigkeit die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen. Schwerpunkte bilden die Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG sowie die Tochtergesellschaft Helaba Asset Services. Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt nach den Methoden der Helaba.

Der strategische Schwerpunkt der Handelsaktivitäten liegt auf dem kundengetriebenen Geschäft, das durch ein bedarfsorientiertes Produktangebot unterstützt wird. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuchs liegt in der Verantwortung des Bereichs Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung der Refinanzierung sowie das Management der Zins- und Liquiditätsrisiken des Bankbuchs. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung den Rückflussbestand eigener Emissionen. Diese Zuständigkeiten gelten analog für die Mitte des Jahrs 2012 übernommenen Geschäfte der früheren WestLB.

Limitierung von Marktpreisrisiken
Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Kreditausschuss des Verwaltungsrats eingebunden. Dieser genehmigt das Gesamtlimit für Marktpreisrisiken, das vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit der Bank vorgeschlagen wird. Die Vorbereitung dieser Entscheidung erfolgt durch den Risikoausschuss.

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits allokiert der Risikoausschuss über den Dispositionsausschuss Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und das Bankbuch. Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. Darüber hinaus werden in den Handelsbereichen eigenständig Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch der Bank und des Konzerns sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

Risikoüberwachung
Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereichs Risikocontrolling Handel. Hierzu gehören neben der Risikomessung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktkonformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme sowie eine intensive Datenpflege tragen wesentlich zur adäquaten Erfassung der Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Im Berichtsjahr wurde die Abbildung von Credit-Spread-Risiken weiter ausgebaut. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den „Ausschuss Neue Produkte“ verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines neuen Produkts setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung, Risikomessung sowie für das Rechnungswesen und Meldewesen voraus.

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchentlich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

Quantifizierung von Marktpreisrisiken
Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests, die Messung von Residualrisiken und Sensitivitätsanalysen für Credit-Spread-Risiken sowie durch die Betrachtung von inkrementellen Risiken für das Handelsbuch ergänzt wird. Das Money-at-Risk (MaR) gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle ermittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraums von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

Grafik 3 enthält eine Stichtagsbetrachtung der im Rahmen der Geschäftstätigkeit eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelationseffekten zwischen den Portfolios) zum Jahresultimo 2013 sowie eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungsrisiko. Hier wurde im Rahmen der kontinuierlichen Weiterentwicklung zum Jahresanfang 2013 die Anzahl der zur Bewertung eingesetzten rating- und sektorabhängigen Zinskurven erhöht. Für das Gesamtportfolio des engen Konzernkreises entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 83 % (2012: 84 %) auf Positionen in Euro und 11 % (2012: 9 %) auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte

Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, Schweizer Franken, Japanischen Yen und Britischen Pfund. Die Credit-Spread-Sensitivität im Handelsbuch beträgt 6 Mio. € (2012: 5 Mio. €), im Bankbuch 8 Mio. € (2012: 11 Mio. €). Das neu eingeführte Residualrisiko beläuft sich für den Konzern auf 27 Mio. €. Das inkrementelle Risiko im Handelsbuch beträgt bei einem Betrachtungshorizont von einem Jahr und einem 99,9 %-Konfidenzniveau 171 Mio. € (2012: 247 Mio. €). Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Marktpreisrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 350 Mio. € (2012: 286 Mio. €). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf Modelländerungen aufgrund aufsichtsrechtlicher Anforderungen zurückzuführen.

Konzern-MaR nach Risikoarten
(Grafik 3) in Mio. €

	Gesamtrisiko		Zinsänderungsrisiko		Währungsrisiko		Aktienrisiko	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Gesamt	83	62	65	47	2	2	16	13
Handelsbuch	28	16	26	13	0	2	1	1
Bankbuch	66	50	48	36	2	0	15	14

Für restliche Positionen, die im Rahmen der Übernahme der NRW-Verbundbank aktuell noch von der Portigon AG serviciert werden, kommen bis voraussichtlich zweites Quartal 2014 die Risikomesssysteme der Portigon AG zum Einsatz. Allen Risikomesssystemen liegen ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz oder eine Monte-Carlo-Simulation zugrunde. Letztere ist insbesondere für die Abbildung komplexer Produkte und Optionen vorteilhaft. Nicht lineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht.

Internes Modell gemäß SolvV
Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfs für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes internes Modell gemäß SolvV, das sich aus den Risikomesssystemen MaRC² (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt. Neben Swap- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich unterschiedliche ratingabhängige Government-, Financials- und Corporate-Zinskurven zur Bewertung innerhalb der linearen Risikomessung eingesetzt.

Marktpreisrisiken im Handelsbuch
Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangegangenen Handelstags und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 4 ist das MaR des Handelsbuchs (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Asset Services) für das Geschäftsjahr 2013 dargestellt. Im Gesamtjahr 2013 betrug das durchschnittliche MaR 33 Mio. € (2012: 17 Mio. €), der maximale Wert 44 Mio. € (2012: 22 Mio. €) und der minimale Wert 26 Mio. € (2012: 13 Mio. €). Der Risikoanstieg gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Erweiterung des Zinskurvenspektrums (Einführung zusätzlicher rating- und sektorabhängiger Risikofaktoren) in der Risikobemessung zum Jahresanfang 2013 zurückzuführen.

Tägliches MaR des Handelsbuchs im Geschäftsjahr 2013
(Grafik 4)

Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Tochtergesellschaft Helaba Asset Services, die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitgestellt. Dies ermöglicht neben der Risikomessung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikomessung in den Standorten.

Grafik 5 zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch (Helaba-Einzelinstitut zuzüglich Tochtergesellschaft Helaba Asset Services).

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2013
(Grafik 5)

ø MaR in Mio. €

	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamt	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Zinsänderungsrisiko	29	15	28	18	36	13	27	13	30	15
Währungsrisiko	1	1	2	1	1	2	0	2	1	2
Aktienrisiko	2	1	2	1	1	1	1	2	2	1
Gesamtrisiko	**32**	**16**	**32**	**19**	**38**	**16**	**28**	**16**	**33**	**17**

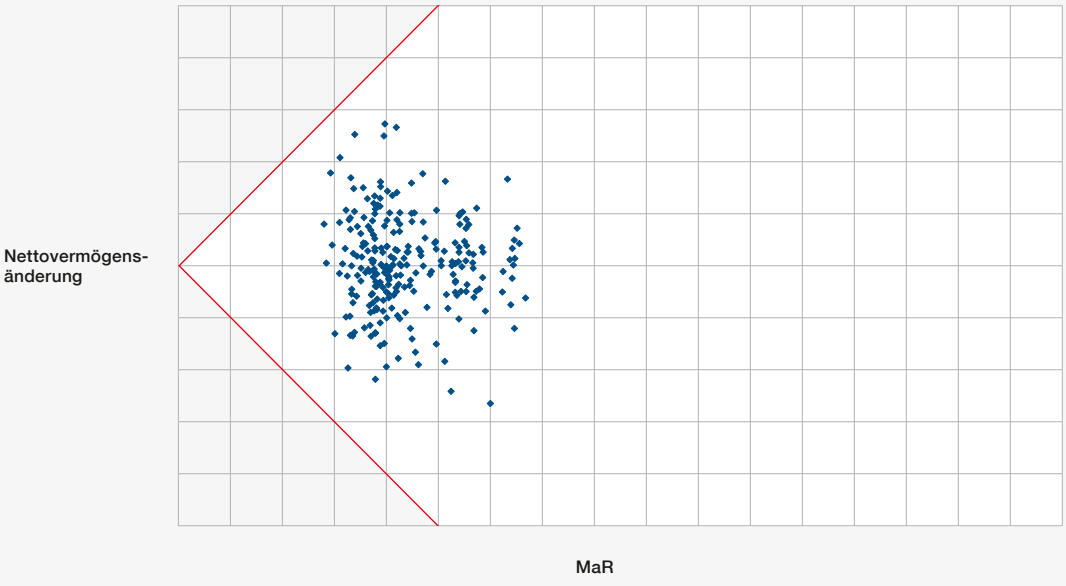
Anzahl der Handelstage: 249 (2012: 250)

Für die Frankfurter Sparkasse ergibt sich im Handelsbuch im Jahresdurchschnitt ein MaR von 0 Mio. € (2012: 0 Mio. €). Das durchschnittliche MaR des Handelsbuchs der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG beläuft sich auf 0 Mio. € (2012: 0 Mio. €).

Backtesting
Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Marktpreisrisikoarten ein Clean Backtesting durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Haltedauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99 %-Konfidenzniveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag wird der hypothetischen Nettovermögensänderung gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.

In Grafik 6 ist das Backtesting der Helaba-Risikomodelle für das Handelsbuch (Helaba-Einzelinstitut zuzüglich Tochtergesellschaft Helaba Asset Services) über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2013 dargestellt. Es traten keine negativen Ausreißer auf (2012: keine negativen Ausreißer).

Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2013
(Grafik 6)



Im internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko, das aus den Modellkomponenten MaRC² und ELLI besteht, traten im Jahr 2013 keine negativen Ausreißer auf (2012: keine negativen Ausreißer). Für das ebenfalls täglich durchgeführte Dirty Backtesting, bei dem der prognostizierte Risikobetrag der tatsächlichen Wertänderung gegenübergestellt wird, traten ebenso keine Ausreißer auf (2012: keine Ausreißer).

Stresstestprogramm
Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber realistischer Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikomessung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposures (Materialität) und etwaiger Risikokonzentrationen. Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limitallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter anderem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spread-Änderungen durch. Wie bereits in den Vorjahren beteiligte sich die Helaba an einer Erhebung der Deutschen Bundesbank zur Analyse von Auswirkungen extremer Marktwertänderungen auf das Handels- und Bankbuch. Diese Stresstests orientieren sich an den Szenarien des Financial Sector Assessment Program (FSAP) des Internationalen Währungsfonds (IWF). Risikoartenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba und inverse Stresstests ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiken im Bankbuch
Zur Abbildung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikozahlen werden durch täglich erstellte Fristenablaufbilanzen ergänzt, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionsnahmen erkennbar ist. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil regulatorischer Anforderungen. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks gefordert. Dabei werden gemäß den Festlegungen der Bankenaufsicht ein Zinsanstieg und eine Zinssenkung um 200 Basispunkte untersucht. Ein derartiger Zinsschock würde für den Helaba-Konzern zum Jahresultimo 2013 im ungünstigen Fall zu einer negativen Wertveränderung im Bankbuch von 252 Mio. € führen (2012: 96 Mio. €). Dabei entfallen auf die Heimatwährung 233 Mio. € (2012: 79 Mio. €) und auf Fremdwährungen 19 Mio. € (2012: 17 Mio. €). Die Untersuchungen eines Zinsschocks führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

Performance-Messung
Zur Beurteilung des Erfolgs einzelner Organisationseinheiten führt die Bank regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durch. Dabei wird die erzielte Performance zum durchschnittlichen MaR in Beziehung gesetzt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

Liquiditätsrisiken

Die Sicherung der Liquidität besitzt für die Helaba höchste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung, Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditätsrisiken haben sich auch in den vergangenen Jahren im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise und der daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2013 jederzeit vollumfänglich gesichert.

Im Helaba-Konzern existiert ein dezentrales Steuerungs- und Überwachungskonzept für Liquiditätsrisiken, das heißt, jede Gesellschaft ist selbst für die Sicherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit verantwortlich. Die Rahmenbedingungen hierfür werden mit der Helaba abgestimmt. Im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements berichten die Tochtergesellschaften des engen Konzernkreises regelmäßig ihre Liquiditätsrisiken an die Helaba. Die dabei angewandten Methoden sind an das Helaba-Verfahren angelehnt.

Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko
Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liquiditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Während der Geldhandel die tägliche Zahlungsfähigkeit steuert, ist der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung im Rahmen der strukturellen Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäfts unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur verantwortlich. Die zentrale Steuerung der liquiden Sicherheiten sowohl für die Zwecke des aufsichtsrechtlichen Liquiditätspuffers zur Erfüllung der LCR als auch für das Collateral Management erfolgt ebenfalls durch den Bereich Aktiv-/Passivsteuerung.

Der Bereich Risikocontrolling Handel berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktionsträger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stress-Szenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, keine Verfügbarkeit von Interbankenliquidität an den Finanzmärkten und die Auswirkung einer signifikanten Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stress-Szenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Zudem werden inverse Stresstests durchgeführt. Für extreme Marktsituationen sind Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko
Zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität unterhält die Helaba einen hochliquiden Bestand an Wertpapieren, der bei Bedarf zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt werden kann. Die aktuelle Liquiditätssituation wird anhand eines kurzfristigen Liquiditätsstatus gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität aus dem liquiden Wertpapierbestand gegenübergestellt. Die verfügbare Liquidität wird konservativ unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Wertpapiere, die zu Sicherungszwecken im Collateral Management verwendet werden und damit belegt sind, werden dem liquiden Wertpapierbestand nicht zugerechnet. Maßgebliche Währungen im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität sind für die Helaba in erster Linie der Euro, gefolgt vom US-Dollar.

Seit Februar 2011 verfügt die Helaba über die Zulassung für ein institutseigenes Liquiditätsrisikomess- und -steuerungsverfahren gemäß § 10 der Liquiditätsverordnung (LiqV) durch die BaFin. Damit darf die Helaba anstelle der monatlichen Meldung nach dem LiqV-Standardverfahren ihr eigenes Verfahren zur Ermittlung des kurzfristigen Liquiditätsstatus für die aufsichtsrechtliche Meldung verwenden. Für Restpositionen, die im Rahmen der Übernahme der NRW-Verbundbank aktuell noch von der Portigon AG serviciert werden, kommt bis zum Übergang auf die IT-Systeme der Helaba das Standardverfahren der LiqV, ergänzt um zusätzliche Stresstests, zum Einsatz. Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich der Liquidität hat die Helaba im Geschäftsjahr 2013 immer voll erfüllt.

Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist so gewählt, dass verschiedene Stress-Szenarien abgebildet werden. Dabei wird der kumulierte Liquiditätssaldo (Liquiditätsbedarf) der verfügbaren Liquidität gegenübergestellt. Je nach Szenario erfolgt die Limitierung von 30 Tagen bis hin zu einem Jahr. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling Handel. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz (Zahlungsfähigkeit) beträgt zum Bilanzstichtag 30 % (2012: 41 %). Bei Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse ergeben sich 37 % (2012: 50 %). Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2013 bei 41 % (2012: 16 %). Die Liquiditätsrisikokennziffer des NRW-Verbundbank-Portfolios beträgt zum 31. Dezember 2013 3,56 (2012: 8,53).

Die operative Gelddisposition zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Paper) und Fazilitäten bei der EZB.

Parallel zur internen Steuerung der Liquidität hat die Bank im Geschäftsjahr 2013 ein Projekt zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach Basel III beziehungsweise CRR an die Liquidität durchgeführt. Die Ermittlung der Kennzahlen (LCR und NSFR) erfolgt im Rahmen des Liquiditätsmanagements.

Die zentral in einer Datenbank erfassten außerbilanziellen Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht und in das Liquiditätsmanagement integriert. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. In Abhängigkeit von der internen Risikoklassifikation werden Liquiditätskosten berechnet und den verantwortlichen Fachbereichen zugewiesen. Die zu bevorratende Liquidität wird seit dem Jahr 2002 mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert. Backtesting-Untersuchungen haben gezeigt, dass während der letzten Jahre der Finanzmarktkrise jederzeit mehr Liquidität bevorratet hat, als tatsächlich gezogen wurde.

Für die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform waren zum Bilanzstichtag 1,9 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist ein Anstieg um 0,5 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr, der durch selektiv vergebene neue Liquiditätszusagen begründet ist. Im US-Public-Finance-Geschäft lag zum Bilanzstichtag (unverändert zum Jahresende 2012) kein Liquiditätsabruf aus Stand-by-Linien vor.

In Kreditverträgen, insbesondere von konsolidierten Immobilienobjektgesellschaften, können Kreditklauseln enthalten sein, die zu Ausschüttungsbeschränkungen bis hin zur Kündigung führen können. Selbst wenn in Einzelfällen eine solche Kündigung drohen sollte, besteht für den Konzern kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

Strukturelles Liquiditätsrisiko
Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das zentrale Dispositionssystem die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäfts der Helaba. Dieses umfasst im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsanlagebestands sowie die mittel- und langfristige Finanzierung. Die Steuerung erfolgt auf Basis Cashflow-orientierter Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätskongruenzen limitiert sind. Die Überwachung erfolgt durch den Bereich Risikocontrolling Handel. Zum Jahresende zeigt die Liquiditätsablaufbilanz über alle Währungen und Lokationen einen kumulierten Refinanzierungsbedarf von 0,9 Mrd. € bei einem Limit von 10 Mrd. € (2012: 2,6 Mrd. €). Wesentliches Ziel der Liquiditätsdisposition ist die Sicherung der kalkulierten betriebswirtschaftlichen Erfolge aus dem Aktivgeschäft.

Das Refinanzierungsmanagement (Mittelbeschaffung) verfolgt als wesentliche Zielsetzung die Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung von mittel- und langfristigen Passivmitteln sowie die Begrenzung der Abhängigkeit von kurzfristigen Refinanzierungsmitteln. Strukturelle Liquiditätsengpässe werden durch möglichst fristenkongruente Refinanzierungen sowie eine Diversifikation der Refinanzierungsquellen (Produkte, Märkte, Investoren) vermieden. Ergeben sich Liquiditätsunterdeckungen oder -überhänge werden diese temporär kurzfristig refinanziert beziehungsweise angelegt.

Marktliquiditätsrisiko
Die Messung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird bereits modellmäßig das Liquiditätsrisiko durch die Annahme einer Haltedauer von zehn Tagen konservativ berücksichtigt. Zusätzlich werden unter Variation der Haltedauer monatlich Szenariorechnungen für das Risiko unzureichender Marktliquidität durchgeführt. Das skalierte MaR impliziert zum 31. Dezember 2013 kein signifikantes Marktliquiditätsrisiko. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet.

Festlegung der Risikotoleranz
Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditätsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos, die Liquiditätsbevorratung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten.

Operationelle Risiken

Steuerungsgrundsätze
Im Einklang mit dem Baseler Ausschuss und den nationalen Eigenkapitalvorschriften wird in der Helaba das operationelle Risiko definiert als die „Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind nicht Teil des operationellen Risikos. Basierend auf den nationalen Anforderungen der Bankenaufsicht an die regulatorische Eigenkapitalunterlegung und auf den

MaRisk verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management von operationellen Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken auf Basis der Komponenten Schadensfälle und Risiken identifiziert, bewertet und gesteuert.

Das Management und das Controlling operationeller Risiken werden im Ansatz der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Bereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Das Controlling operationeller Risiken ist zentral im Bereich Kreditrisikocontrolling angesiedelt.

Zum Thema operationelle Risiken ist die Helaba in verschiedene Arbeitskreise des Bundesverbands öffentlicher Banken (VöB) eingebunden. Zielsetzung der Zusammenarbeit sind die Abstimmung in fachlichen Umsetzungsfragen und der Aufbau einer technischen Standardlösung. So wird das EDV-System zum Management operationeller Risiken regelmäßig mit Vertretern anderer Banken gemeinsam weiterentwickelt und um neue Funktionalitäten ergänzt. In einem weiteren Arbeitskreis wurde mit anderen Banken, im Wesentlichen Landesbanken, ein gemeinsames Datenkonsortium aufgebaut, über das seit 2006 Informationen über Schadensfälle aus operationellen Risiken ausgetauscht werden.

Instrumentarium
Seit 2007 wendet die Helaba den Standardansatz für die Eigenmittelunterlegung und das Risikomanagement von operationellen Risiken an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung von operationellen Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch ist ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten möglich.

Die systematische Klassifizierung von operationellen Risiken erfolgt auf Basis des Helaba-Risikomodells. Das Helaba-Risikomodell basiert ausschließlich auf den Baseler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird.

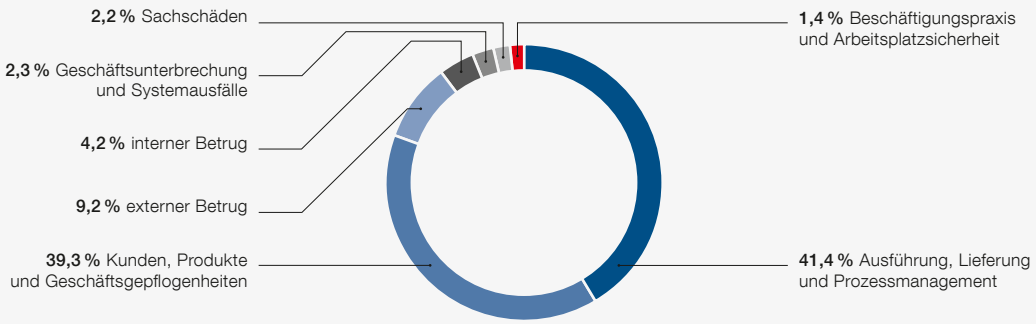
Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank. Diese Anwendung wird in regelmäßigen Abständen durch fachliche Vorgaben weiterentwickelt.

Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

Risikoüberwachung
In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Bereiche über die Risikosituation und eingetretene Schadensfälle informiert.

Die nachfolgende Grafik 7 enthält das Risikoprofil des engen Konzernkreises zuzüglich weiterer Tochtergesellschaften des Jahrs 2013:

Erwarteter Verlust per 31. Dezember 2013 nach Verlustereignissen
(Grafik 7)



Der erwartete Verlust betrug per 31. Dezember 2013 28 Mio. € (2012: 37 Mio. €). Risiken aus der Integration der NRW-Verbundbank sind darin enthalten.

Das Gesamtrisikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt. Die Integration der Verbundbank wurde sowohl hinsichtlich der Risiken aus der Übernahme des Geschäfts als auch hinsichtlich der Migrations- und Servicierungsrisiken untersucht. Im Rahmen der Steuerung operationeller Risiken sind Risikoszenarien bezüglich der Migration, der Servicierung durch die Portigon AG, des Bestandsgeschäfts und der Übernahme neuer Produkte gebildet worden. Die quantifizierten Risiken sind in die Risikotragfähigkeit per 31. Dezember 2013 und die Risikoberichterstattung eingeflossen.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Meldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VöB-Datenkonsortium ergänzt.

Quantifizierung
Für die interne Steuerung erfolgt eine Quantifizierung operationeller Risiken auf Basis der quantitativen Risikoeinschätzung der Bereiche. Neben der Schätzung erwarteter Verluste wird über die separate Modellierung von Eintrittshäufigkeit und Schadenshöhe eine Quantifizierung für die unerwarteten Verluste vorgenommen. Der unerwartete Verlust im Fortführungsansatz betrug per 31. Dezember 2013 138 Mio. € (2012: 137 Mio. €).

Dokumentationswesen
Das Dokumentationswesen der Helaba entspricht den nach MaRisk vorgeschriebenen Organisationsrichtlinien. Darin werden die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen Kontrollverfahren und Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung geregelt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Abteilung Bankorganisation unterstützt.

Recht
Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereichs Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Wesentliche Vorhaben werden unter rechtlichen Gesichtspunkten mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereichs Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls im Bereich Recht.

Im Rahmen seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank die Verträge, allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo rechtliche Texte von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt insbesondere für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen.

Die Berichterstattung des Bereichs Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch Vorstandsvorlagen, die Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

Auslagerungen
Risiken aus wesentlichen Auslagerungen leiten sich aus den für die Geschäftsbereiche geltenden Zielen ab und können in jedem Bereich, der eine Auslagerung vorgenommen hat, auftreten. Je nach Wesentlichkeit der Auslagerung ist zur Begrenzung der Risiken aus Auslagerungen die für die Auslagerung verantwortliche Stelle auf Basis von Reports für eine kontinuierliche Überwachung der Leistungserbringung des Auslagerungsunternehmens und Berichterstattung an den zuständigen Dezernenten verantwortlich. Der Bereich Vorstandsstab und Konzernstrategie hält als zentrale Stelle

ein Verzeichnis aller durchgeführten Ein- und Auslagerungen vor und führt im Rahmen einer jährlichen Qualitätssicherung die Veränderungen hinsichtlich bestehender Ein- und Auslagerungen zusammen.

Im Umkehrschluss dazu werden Risiken aus Einlagerungen, die im Rahmen einer Tätigkeitsübernahme durch die Helaba von einem Dritten entstehen, analog behandelt.

IT-Sicherheit und Business Continuity Management
Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der IT-Sicherheit sind die Basis für ein aufsichtsrechtlich angemessenes internes Kontrollverfahren und den sicheren Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Um das Niveau der IT-Sicherheit kontinuierlich zu verbessern, werden durch ein IT-Security-Audit rechtliche und interne Anforderungen zur IT-Sicherheit regelmäßig an ausgewählten Auditobjekten sowie bei Auslagerungsunternehmen überwacht.

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebs verbindlich einzuhaltende IT-Sicherheitskonzepte und IT-Standards haben zum Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominderung definiert und umgesetzt werden. Diese Konzepte und Standards werden kontinuierlich weiterentwickelt. Damit sind die vier Säulen der IT-Sicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Verbindlichkeit – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden.

Die Bereiche und Niederlassungen der Helaba haben für die kritischen Geschäftsprozesse im Rahmen der Notfallvorsorge Ausfall- und Geschäftsfortführungspläne erstellt. Diese Notfallvorsorge wird regelmäßig aktualisiert und weiterentwickelt sowie die Wirksamkeit mittels Tests und Übungen überprüft. Die Aufrechterhaltung des notwendigen und geordneten Geschäftsbetriebs bei Geschäftsunterbrechungen wird hierdurch sichergestellt.

Für die an externe Dienstleister (Finanz Informatik und Finanz Informatik Technologie Service für Anwendungs- und Rechenzentrumsbetrieb sowie HP für Desktop Services) ausgelagerten IT-Dienstleistungen bestehen Vereinbarungen in den Service Level Agreements zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung des Betriebs beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam mit Fachbereichen der Helaba getestet.

Rechnungslegungsprozess
Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Beteiligte am Rechnungslegungsprozess der Helaba sind einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt und lokale (Teil-)Abschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS sowie die WIBank. Eine zusätzliche Meldestelle besteht übergangsweise für die Bestände und den Buchungskreis des übernommenen Verbundbank-Portfolios. Diese wird durch einen externen Dienstleister serviciert. Die Bestände des Verbundbank-Portfolios werden sukzessive bis Mitte 2014 auf die Systeme der Helaba migriert.

Im Bereich Bilanzen und Steuern der Helaba wird aus den Teilabschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung der Einzelabschluss nach HGB erstellt. Hier werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind

- Kontrollumfeld,
- Risikoeinschätzung,
- Kontrollen und Abstimmungen,
- Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen,
- Verfahrensdokumentation und
- Ergebniskommunikation.

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess umfasst unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereichs Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine regelmäßige Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeitern die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden im Rahmen eines definierten Prozesses angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung von GoB/GoBS gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Helaba primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlussaussagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis etc.).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen im Rechnungslegungsprozess sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt wird, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Mit diesen werden unter anderem Nebenbuch-/Hauptbuchabstimmungen oder Konsistenzprüfungen HGB/IFRS durchgeführt. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich interne Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. Der Regelungsumfang von bereichsübergreifenden sowie bereichsspezifischen Arbeitsanweisungen umfasst neben den Vorschriften zu Ansatz, Bewertung, Ausweis und Angabepflichten auch organisatorische Aspekte und den Erstellungsprozess. Von den einzelnen Meldestellen werden in eigener Verantwortung und in abgestuftem

Detaillierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen bei der eigenen Erstellung der Abschlüsse in den einzelnen Prozessen und Teilprozessen gemacht. Bilanzierungshandbücher und Arbeitsanweisungen sind für die Mitarbeiter über das Intranet der Bank jederzeit verfügbar.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahrs auf Plausibilität geprüft. Darüber hinaus werden die Abschlusszahlen mit Planungen, Erwartungen sowie Hochrechnungen auf Basis des Geschäftsverlaufs abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Nach dieser Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

Geschäftsrisiken

Unter Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für verändertes Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.

Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäftsverhältnis oder in sonstigen Verhältnissen zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Helaba bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet. Die materiellen Auswirkungen von Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder, weshalb sie in diesen beiden Risikoarten berücksichtigt werden. Über das Geschäftsrisiko werden die notwendigen Kapitalbedarfe für die Risikotragfähigkeitsrechnung vorgehalten. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko berücksichtigt etwaige Liquiditätsengpässe aus Reputationsverlusten.

Die operative und strategische Risikosteuerung wird durch die Marktbereiche der Bank und die Geschäftsführung der jeweiligen Beteiligungen vorgenommen. Die Bereiche Kreditrisikocontrolling sowie Risikocontrolling Handel analysieren die Entwicklung der Geschäftsrisiken und übernehmen die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstands.

Zum Stichtag 31. Dezember 2013 haben sich die Geschäftsrisiken gegenüber dem Jahresende 2012 um 48 Mio. € auf 143 Mio. € erhöht. Die Erhöhung resultiert aus Modellanpassungen und der Einbindung von gruppenangehörigen Unternehmen (38 Mio. €) sowie dem Aufsatz auf der operativen Planung 2013 (10 Mio. €).

Steuern
Aufgaben im Zusammenhang mit der Besteuerung der Bank im Inland und ausgewählter Tochtergesellschaften werden von der dem Bereich Bilanzen und Steuern angehörenden Steuerabteilung wahrgenommen. Soweit Steuern in dezentralen Einheiten betreut werden, finden die wesentlichen steuerlichen Fragen und Entwicklungen Eingang in die Meldungen an die Steuerabteilung. Im Bedarfsfall sowie grundsätzlich für die Steuerdeklaration der ausländischen Einheiten werden externe Steuerberatungsleistungen in Anspruch genommen. Entwicklungen des Steuerrechts im In- und Ausland werden durch die Verantwortlichen laufend beobachtet und in ihrer Wirkung auf die Bank

und Tochtergesellschaften analysiert. Erforderliche Maßnahmen werden durch die Steuerabteilung beziehungsweise in Abstimmung mit der Steuerabteilung eingeleitet und steuerliche Risiken dadurch entweder vermieden oder bilanziell versorgt.

Immobilienrisiken

Unter den Immobilienrisiken werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst. Hierzu gehören nicht Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen.

Risiken aus Wertschwankungen des Marktwerts treten derzeit vorrangig bei den Bestandsimmobilien der GWH-Gruppe und den eigenen Immobilien der Helaba auf. Risiken aus dem Projektentwicklungsgeschäft ergeben sich aus Termin-, Qualitäts-, Kosten- und Vermarktungsrisiken und treten vorrangig in den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften der OFB-Gruppe (OFB Projektentwicklung GmbH) und der GWH-Gruppe (GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, im Rahmen des Bauträgergeschäfts) sowie in direkt oder mittelbar von der Helaba gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften auf.

Bei den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften obliegt die unmittelbare Steuerung der jeweiligen Geschäftsführung der Beteiligung. Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt hier auf zwei Stufen:

- **operativ** – dezentral in den jeweiligen Beteiligungen durch die Geschäftsführung
- **strategisch** – zentral durch die Aufsichtsgremien der Beteiligungsgesellschaften und den Bereich Immobilienmanagement

Bei den direkt oder mittelbar gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften liegt die Risikosteuerung im Bereich Immobilienmanagement. Darüber hinaus übernimmt der Bereich Immobilienmanagement die Risikosteuerung bankeigener Bestandsimmobilien. Die Risikoüberwachung wird durch die Bereiche Immobilienmanagement (für Tochtergesellschaften) und Kreditrisikocontrolling vorgenommen.

Als wesentliches Risikocontrollinginstrument für die Steuerung der Projektierungsrisiken dient die quartalsweise erstellte Chancen- und Risikoübersicht zur Identifikation und Verfolgung zukünftiger, nicht budgetierter Projektchancen und -risiken. Darin werden Chancen, Kosten-, Ertrags- und sonstige Vermögensrisiken in einem strukturierten Prozess ermittelt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Budget im Sinne einer Risikotragfähigkeitsanalyse und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit anhand bestimmter Eintrittsszenarien bewertet. Der Bereich Immobilienmanagement begleitet die Erstellung der Chancen- und Risikoübersicht und plausibilisiert die Angaben. Als wesentliches Risikocontrollinginstrument für die Steuerung der Risiken aus Bestandsimmobilien dienen regelmäßig in Auftrag gegebene Wertgutachten zu den Bestandsimmobilien sowie die laufende Beobachtung von Wertänderungsrenditen in den relevanten Märkten, abgegrenzt nach Regionen und Nutzungsarten.

Der Bereich Kreditrisikocontrolling analysiert die Entwicklung der Risiken aus dem Immobilienprojektierungsgeschäft und aus den Bestandsimmobilien und übernimmt die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstands. Parallel dazu wird die Risikolage im Rahmen der operativen Steuerung in den Sitzungen der Aufsichtsgremien der jeweiligen Beteiligung dargestellt.

Die Risiken aus Immobilienprojekten und Immobilienbeständen sind 2013 leicht auf 19 Mio. € (2012: 23 Mio. €) zurückgegangen. Die Risiken sind unverändert vollständig durch die erwarteten Erträge aus diesem Geschäft abgedeckt.

Zusammenfassung

Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden sowie Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

Prognose- und Chancenbericht

Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen
Der weltwirtschaftliche Aufschwung wird sich 2014 fortsetzen. Dabei werden die maßgeblichen Impulse von den Industrieländern ausgehen. Schrittmacher bleibt die US-Wirtschaft, die spürbar an Fahrt aufnimmt. Für die Schwellenländer zeichnet sich zwar eine leichte Belebung ab, jedoch ohne größere Wirkung auf das globale Wachstum. Im Euroraum ist die konjunkturelle Wende endlich geschafft, doch mehr als eine moderate Besserung ist nicht zu erwarten. Das weltweite Wirtschaftswachstum kann sich damit 2014 insgesamt gegenüber dem Vorjahr um etwa einen halben Prozentpunkt auf preisbereinigt mehr als 3 % verstärken.

Innerhalb des Euroraums bleibt Deutschland vorn. Hier sind die Rahmenbedingungen derzeit so gut, dass 2014 ein Wirtschaftswachstum von real rund 2 % möglich ist. Dazu sollte insbesondere die Binnennachfrage beitragen: Die Investitionen gewinnen an Schwung und der Wohnungsbau profitiert von nach wie vor hohen Genehmigungszahlen. Einkommen sowie Beschäftigung werden sich weiter positiv entwickeln, so dass der Konsum einen wesentlichen Wachstumsbeitrag leisten kann. Der Außenhandel dürfte vom lebhafteren Welthandel profitieren. Nachdem das Budgetdefizit bereits 2013 abgebaut wurde, ist auch für 2014 mindestens mit einem ausgeglichenen öffentlichen Haushalt zu rechnen. Die europäischen Problemstaaten wie Italien und Spanien sollten erstmals nach einer langen Rezession für das Gesamtjahr ein positives Wirtschaftswachstum aufweisen. Frankreich dürfte 2014 im Vergleich zur Eurozone nur unterdurchschnittlich wachsen, da die Wettbewerbsfähigkeit des Lands immer noch schwach ist.

Das moderate Wachstum bei geringen Inflationsrisiken ermöglicht es den führenden Notenbanken, an ihrer expansiven Geldpolitik festzuhalten und nur sehr vorsichtig umzusteuern. Die US-Notenbank hat Anfang 2014 begonnen, die Anleihekäufe zurückzufahren, und wird diese bis Jahresende einstellen. Eine erste Leitzinserhöhung ist aber erst für 2015 zu erwarten. Im Euroraum hingegen wird die EZB den Leitzins fixieren und mit zusätzlichen Liquiditätsspritzen versuchen, die Kreditversorgung in der Peripherie anzukurbeln. Damit bleiben die langfristigen Zinsen in Deutschland zwar niedrig, unter dem Einfluss des US-Rentenmarkts dürfte es aber trotzdem bis Jahresende zu einem leichten Anstieg kommen.

Chancenbericht
Die Helaba verfügt seit Jahren über ein stabiles und zukunftsfähiges strategisches Geschäftsmodell. Die Bank konnte deshalb in den letzten Jahren die Belastungen aus der Finanz- und Wirtschafts- sowie der staatlichen Schuldenkrise in der Eurozone aus eigener Kraft bewältigen und ihre Marktposition in den Kerngeschäftsfeldern festigen. Auf der Grundlage der erzielten positiven Betriebsergebnisse wurden durchgängig alle nachrangigen Verbindlichkeiten, Genussrechte und stillen Einlagen vollumfänglich bedient sowie regelmäßige Dividendenzahlungen vorgenommen. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba sind zum einen das konservative Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement, zum anderen das konzernweit geltende strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit eigenem Retail- und öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft, einer starken Verankerung in der Region, einem engen Verbund mit den Sparkassen sowie einer soliden Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung. Trotz der lang andauernden Niedrigzinsphase in Verbindung mit deutlich gestiegenen Bankstrukturkosten infolge national und international veränderter regulatorischer Rahmenbedingungen konnte die Helaba ihr operatives Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr steigern. Aufgrund gestiegener Verwaltungsaufwendungen liegt der Jahresüberschuss jedoch unter dem Niveau des Vorjahrs.

Von den Rating-Agenturen Fitch, S&P und Moody's wird die Helaba bei langfristigen, unbesicherten erstrangigen Verbindlichkeiten mit „A+“, „A“ und „A2“, bei den kurzfristigen Verbindlichkeiten mit „F–1+“, „A–1“ und „P–1“ eingestuft (jeweils mit stabilem Ausblick). Die Ratings von Fitch und S&P basieren auf einem gemeinsamen Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen. Die strategisch bedeutsamen Refinanzierungsinstrumente „öffentliche Pfandbriefe“ und „Hypothekenpfandbriefe“ weisen „AAA“-Ratings auf. Aufgrund ihres hohen Standings bei institutionellen und privaten Investoren und ihrer diversifizierten Produktpalette stand der Helaba auch in den letzten Jahren trotz krisenbedingter Belastungen an den Finanzmärkten der Zugang zu den Refinanzierungsmärkten unmittelbar offen. Die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund stärkt die nachhaltige Refinanzierungsfähigkeit der Helaba an den Geld- und Kapitalmärkten weiter.

Im Zentrum der Eigenkapitalstrategie steht bei der Helaba infolge der mit Basel III beziehungsweise CRD IV/CRR quantitativ und qualitativ deutlich zunehmenden Kapitalanforderungen die Stärkung der Ausstattung mit hartem Kernkapital („CET 1“). Die Helaba erfüllt bereits heute die zukünftigen aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen und ist insoweit gut aufgestellt, um sich bietende Geschäftschancen zu ergreifen.

Im deutschen Bankenmarkt führen bei wesentlichen Wettbewerbern die Anpassungsprozesse an EU-beihilferechtliche Auflagen und die sich ändernden regulatorischen Rahmenbedingungen zu einem Rückzug aus für die Helaba wesentlichen Geschäftsfeldern. Dies gilt insbesondere für das

Immobilienkredit- und Kommunalgeschäft, aber auch für das mittel- und langfristig angelegte Projektfinanzierungs- und Infrastrukturgeschäft. Hier sieht die Helaba unter Beibehaltung ihrer konservativen Risikostandards und in Anpassung an neue aufsichtsrechtliche Vorgaben grundsätzlich gute Chancen zur Stärkung ihres Geschäfts- und Ertragspotenzials.

Zugleich ermöglicht die Mitte 2012 vollzogene Übernahme des Verbundgeschäfts und des Zahlungsverkehrs der früheren WestLB eine deutliche Stärkung der Marktposition der Helaba in diesen Geschäftssegmenten. Im wachstumsstarken Geschäftsfeld Zahlungsverkehr ist die Helaba mittlerweile die Nummer zwei im deutschen Markt gemessen am abgewickelten Zahlungsverkehrsvolumen. Neben Skalenvorteilen auf der Kostenseite eröffnet diese Marktposition neue Ertragspotenziale bei Händlern und Netzbetreibern, aber auch internationalen Clearing-Häusern und Zahlungsdienstleistern. Infolge ihrer Trägerstruktur hat sich auch die institutionelle Verankerung der Bank in der deutschen Sparkassenorganisation weiter intensiviert. Dies ermöglicht es der Helaba, sich als eine der führenden Adressen in der Außenhandelsfinanzierung und im Auslandszahlungsverkehr in der Sparkassen-Finanzgruppe zu etablieren und das Geschäftsvolumen sowie die Erträge in diesem Segment zu steigern. Auch im Immobiliengeschäft, einem Kerngeschäftsfeld, in dem die Helaba entlang der gesamten Wertschöpfungskette hohe Expertise besitzt, ergeben sich weitere Chancen zur Steigerung der Zusammenarbeit mit den Sparkassen im gesamten Bundesgebiet.

Es ist davon auszugehen, dass sich in den nächsten Jahren der Konsolidierungsprozess im Landesbankensektor weiter fortsetzen wird. Die Helaba verfolgt strategisch das Ziel, ihre Stellung als führende Verbundbank der deutschen Sparkassen weiter auszubauen. Der durch den Wettbewerb im Retail Banking begründete und durch die Niedrigzinsphase verstärkte Rentabilitätsdruck wird zu einer weiteren Intensivierung der Arbeitsteilung im Verbund führen.

Die Helaba ist mit ihrem strategischen Geschäftsmodell für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des regionalen Privatkunden- und Mittelstandgeschäfts, des Verbundgeschäfts und des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft. Zielsetzung der Rentabilitätsstrategie der Helaba ist unter Berücksichtigung geänderter regulatorischer Rahmenbedingungen und merklich gestiegener Bankstrukturkosten die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft und die Mehrung des Unternehmenswerts unter konservativer Berücksichtigung ihrer Risikotragfähigkeit.

In ihrer mittelfristigen Geschäfts- und Ertragsplanung strebt die Helaba deshalb zur Schärfung und Fokussierung ihres strategischen Geschäftsmodells und zur Stabilisierung der Ertragsentwicklung in den nächsten Jahren Portfolioanpassungen in ihren Kerngeschäftsfeldern an. Diese sind ausgerichtet an den folgenden Zielen:

- einer noch stärkeren Ausrichtung auf das Kunden- und Verbundgeschäft und damit auf die realwirtschaftliche Verankerung,
- einer starken regionalen Fokussierung auf Deutschland und angrenzende europäische Kernländer bei Aufrechterhaltung der Niederlassungen in London, New York und Paris zur Absicherung der Leistungstiefe für das Kunden- und Verbundgeschäft und zur Sicherung des Zugangs zu den Refinanzierungsmärkten, insbesondere auch für die Währungen US-Dollar und Britisches Pfund,

- einer umfassenden Prozess- und Ressourcenoptimierung zur Kompensation der unter anderem durch gestiegene Bankstrukturkosten erhöhten Kostenposition. Hierzu hat die Helaba im Jahr 2013 ein internes Projekt aufgesetzt.
- einem moderaten geschäftsbedingten Anstieg der Risikoaktiva, der jedoch teilweise durch das planmäßige Abschmelzen von übernommenen Aktiva der NRW-Verbundbank kompensiert wird, unter Einhaltung der in der Eigenkapitalstrategie formulierten Zielkapitalquoten.

Zielsetzung der fortgeschriebenen Rentabilitätsstrategie sind unter Berücksichtigung veränderter aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft und die Mehrung des Unternehmenswerts unter Beachtung der risikostrategischen Vorgaben und Vermeidung von Risiko- und Ertragskonzentrationen.

Voraussichtliche Entwicklung der Bank
Die globale Konjunktur gewann nach einer Schwächephase Anfang 2013 in den beiden letzten Quartalen wieder an Schwung. Die Entwicklung im Euroraum und auch in Deutschland verlief vergleichbar. Für 2014 wird im Euroraum und insbesondere in Deutschland mit einer Fortsetzung dieser Belebung gerechnet. Die Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren für 2014 ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,8 % für Deutschland. Die volkswirtschaftlichen Analysen der Helaba gehen für 2014 ebenfalls von vergleichbaren Wachstumsraten für Deutschland (2,0 %) aus.

Unter diesen Rahmenbedingungen erwartet die Helaba auch 2014 aufgrund ihres bewährten und weiterentwickelten Geschäftsmodells eine Verstetigung der operativen Erträge auf dem Niveau der Vorjahre.

Im inländischen Immobilienkreditgeschäft erwartet die Helaba auch 2014 ein stabiles Marktumfeld begleitet von einem intensiven Wettbewerb. Im Ausland fokussiert sich die Helaba weiterhin auf liquide Märkte. Das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft wird 2014 mit 7,8 Mrd. € um rund 10 % unterhalb des Vorjahrs geplant. Bei leicht rückläufigen, aber zufriedenstellenden Margen im Neugeschäft werden die Erträge aufgrund einer Bestandsausweitung leicht oberhalb des Niveaus des Vorjahrs erwartet.

Im Corporate Finance wird trotz der konjunkturellen Belebung für 2014 mit einer verhaltenen Kreditnachfrage gerechnet. Das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft wird 2014 daher mit 4,3 Mrd. € auf dem Niveau des Jahrs 2013 geplant. Bei insgesamt leicht steigenden Beständen werden die Erträge leicht oberhalb des Vorjahrs geplant.

Das inländische Kommunalkreditgeschäft wird auch 2014 durch die Diskussion über die Verschuldung öffentlicher Haushalte geprägt. Das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft mit dieser Kundengruppe wird für 2014 mit 1,3 Mrd. € um rund 10 % unterhalb des Vorjahrs geplant. Das Geschäft mit ausländischen Finanzinstitutionen und Gebietskörperschaften wird 2014 weiterhin nur selektiv betrieben.

Im Kapitalmarktgeschäft wird für 2014 die Ausweitung der Marktanteile in allen Kundengruppen angestrebt. Im Primärmarktgeschäft ist eine Größenordnung von 13 Mrd. € angestrebt. Die Erträge im Kundengeschäft sollen 2014 um rund 15 % gesteigert werden. Zu dem hohen Ergebnis im Jahr 2013 haben auch die Erträge aus sich einengenden Credit Spreads beigetragen. Eine nachhaltige

Fortsetzung dieser Spread-Entwicklung wird 2014 nicht erwartet. Demzufolge wird ein gegenüber dem Vorjahr deutlich niedrigeres, aber nachhaltig erzielbares Ergebnis im Kapitalmarktgeschäft erwartet.

Im Asset Management wird eine moderate Steigerung der Erträge über die Ausweitung des volumengetriebenen Fondsmanagement- und Dienstleistungsgeschäfts erwartet.

In der Sparte Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft wird im Geschäftsfeld Verbundgeschäft die Zusammenarbeit mit den Sparkassen in den Kerngeschäftsgebieten Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg kontinuierlich fortgesetzt. Während die Verbundzusammenarbeit mit den Sparkassen in Hessen und Thüringen sich traditionell bereits auf einem sehr hohem Niveau befindet, wird für Nordrhein-Westfalen nach Abschluss der Integrationsaktivitäten für 2014 mit einem weiteren Ausbau der Verbundbankaktivitäten und der Erträge gerechnet. Basis hierfür soll auch die für 2014 im Verbundgeschäft beabsichtigte weitere Stärkung der Vertriebs- und Marktinitiativen sein. Dabei ist unter anderem die Intensivierung des Angebots im Auslandsgeschäft für die Sparkassen vorgesehen. Im Metakreditgeschäft mit den Sparkassen soll das bilanzielle und außerbilanzielle Neugeschäft auf Basis der im Vorjahr neu gestalteten Prozesse im Jahr 2014 deutlich erhöht werden. Die Vertriebsaktivitäten im Verbundgeschäft erfolgen unter Einbindung der Tochtergesellschaften Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH und der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG.

Im Bereich Cash Management steht 2014 die verschobene SEPA-Umstellung im Fokus. Während die Umstellung der Formate in den Anwendungssystemen weit fortgeschritten ist, steht im weiteren Verlauf des Jahrs die Begleitung der Umstellungsprojekte der Kunden im Mittelpunkt. Die Erträge im Cash Management werden sich 2014 insgesamt leicht erhöhen. Dabei werden die aufgrund des niedrigen Zinsniveaus geringeren Zinserträge durch höhere Provisionen kompensiert. Dem stehen leicht höhere IT-Projektkosten gegenüber.

In der Unternehmenssparte öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft nimmt die Helaba über die WIBank im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben, insbesondere in den Bereichen Wohnungs- und Städtebau, Infrastruktur, Wirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt, wahr. Die Entwicklung im Jahr 2014 wird geprägt durch die weitere Abwicklung und Auszahlung des kommunalen Schutzschirms sowie der neuen EU-Förderperiode 2014 bis 2020. Für das Neugeschäft im Jahr 2014 gehen wir von einer Größenordnung von 1,7 Mrd. € an Krediten nach 3,3 Mrd. € im Jahr 2013 aus. Die Erträge werden 2014 durch das steigende Geschäftsvolumen um rund 10 % wachsen. Die Ausdehnung der Förderprogramme induziert insbesondere einen erhöhten IT-Aufwand. Dieser resultiert schwerpunktmäßig aus der Optimierung bestehender und der Implementierung neuer Prozesse. Von großer Bedeutung im Jahr 2014 ist die Produktivsetzung der optimierten Landwirtschaftsförderung und die aus der neuen EU-Förderperiode resultierenden Anpassungen in den Förderprogrammen, die die WIBank für das Land Hessen betreut.

Das gesamte Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft wird für 2014 mit 15,4 Mrd. € um rund 5 % unterhalb des Vorjahrs geplant. Dies führt zu einem leichten Anstieg der Kundenforderungen und des Zinsüberschusses im Kreditgeschäft. Durch das niedrige Zinsniveau belasten geringe Zinserträge im Cash Management, der LBS und der Eigenmittelanlage, so dass das gesamte Zinsergebnis 2014 leicht unter dem Niveau von 2013 erwartet wird.

Der Provisionsüberschuss wird insbesondere aufgrund der Intensivierung des Kundengeschäfts gegenüber 2013 um rund 10 % höher geplant. Durch die im Jahr 2014 nicht mehr eingeplanten Ergebnisbeiträge aus zusammenlaufenden Spreads wird das Handelsergebnis gegenüber 2013 deutlich sinken. Im sonstigen betrieblichen Ergebnis schlagen sich auch 2014 Restrukturierungsaufwendungen aus dem laufenden Kostensenkungsprogramm „Helaba PRO“ nieder.

Das operative Ergebnis wird insbesondere durch das rückläufige Handelsergebnis leicht unterhalb des Niveaus von 2013 erwartet.

Im Personalbestand der Helaba wird für 2014 nur an wenigen Stellen Personalaufbau geplant. Durch die Umsetzung eines Effizienzsteigerungs- und Ressourcenoptimierungsprogramms werden im Personalbestand Transformationen stattfinden, die sich insgesamt in einem Rückgang des Personalbestands niederschlagen. Die Personalkosten entwickeln sich 2014 trotz tarifbedingter Steigerung leicht rückläufig.

Im Sachaufwand 2014 schlagen sich anhaltend hohe Bankstrukturkosten nieder. Dazu gehören Projektkosten zur Sicherstellung aufsichtsrechtlicher Anforderungen wie auch hohe Kosten für Bankenabgabe und Sicherungseinrichtungen.

Die planmäßig zur Jahresmitte 2014 abzuschließende Migration der Geschäftsbestände der NRW-Verbundbank wirkt durch die auslaufende Projekttätigkeit gegenüber 2013 entlastend. Ebenfalls entlastend wirken Umsetzungsmaßnahmen aus dem Effizienzsteigerungs- und Ressourcenoptimierungsprogramm. Insgesamt wird der Sachaufwand um rund 9 % unterhalb des Jahrs 2013 geplant.

Die Cost Income Ratio wird für 2014 bei 60 % erwartet.

Die Risikovorsorge 2013 wurde durch die Entwicklung in einigen Marktsegmenten beziehungsweise Einzelengagements geprägt (Schifffahrt, Immobilien). Für 2014 wird vor dem Hintergrund einer fortschreitenden konjunkturellen Erholung ein Rückgang des Risikovorsorgeaufwands um rund 30 % erwartet.

Insgesamt erwartet die Bank für das Jahr 2014 ein Ergebnis auf dem Niveau des Vorjahrs (unter Berücksichtigung der zur Substanzstärkung erfolgten Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB). Dabei wird ein rückläufiges Handelsergebnis von einer rückläufigen Risikovorsorge und einem niedrigeren Verwaltungsaufwand kompensiert.

Für 2015 wird eine kontinuierliche Entwicklung in den Geschäftsfeldern mit einem systematischen Ausbau der Kundenerträge angestrebt. Durch die Umsetzung des Kostensenkungsprogramms steht dem eine nachhaltige Kostenreduktion gegenüber. Insgesamt plant die Helaba mit einem mittelfristigen Anstieg des Ergebnisniveaus.

Risiken für die Ergebnisentwicklung der Bank resultieren aus der anhaltend hohen Verschuldung nationaler und internationaler Gebietskörperschaften. Trotz einer insgesamt robusten konjunkturellen Entwicklung sind Negativentwicklungen in einzelnen Marktsegmenten nicht auszuschließen. Auf der Aufwandsseite stellt die Umsetzung des Kostenmanagements zur Beherrschung der hohen Bankstrukturkosten die größte Herausforderung dar.

Gesamtaussage

Im Geschäftsjahr 2013 konnte die Helaba ihr operatives Ergebnis um über 10 % steigern. Aufgrund deutlich höherer Verwaltungsaufwendungen und einem deutlich gesunkenem Ergebnisbeitrag der Wertpapiere im Bankbuch liegt das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge leicht unter Vorjahresniveau. Infolge der vorgenommenen Dotierungen der Sonderposten nach § 340e HGB, der § -340f-Vorsorgereserven sowie des Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) liegt der Jahresüberschuss mit 210 Mio. € um 27 % unter dem Vorjahresniveau (2012: 288 Mio. €). Ursächlich für den Anstieg des operativen Ergebnisses sind höhere Kundenbeiträge bei anhaltend hohem Handelsergebnis. Die Entwicklung des Verwaltungsaufwands wird geprägt durch hohe Einmalaufwendungen im Zusammenhang mit der Integration der NRW-Verbundbank sowie zahlreichen regulatorischen Umsetzungsprojekten. Insgesamt zeichnete sich das Geschäftsjahr 2013 marktseitig durch einen weiteren Ausbau des Kundengeschäfts und der Festigung der Position als führende Verbundbank in der deutschen Sparkassenorganisation aus. Der Jahresabschluss 2013 steht unter dem Zeichen einer weiteren Substanzstärkung.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 25. Februar 2014

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner	Fenk	Groß
Dr. Hosemann	Krick	Dr. Schraad

Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen

Jahresbilanz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt,

zum 31. Dezember 2013

Aktivseite in Tsd. €

	siehe Anhang Ziffer				2013	2012
Barreserve						
a) Kassenbestand				8.025		7.478
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				1.421.549		8.701.743
					1.429.574	8.709.221
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		313.963				(8.233.337)
Forderungen an Kreditinstitute	(2), (32), (43)					
a) Hypothekendarlehen				2.064		–
b) Kommunalkredite				13.610.117		14.838.979
c) andere Forderungen				9.318.727		10.540.510
					22.930.908	25.379.489
darunter: täglich fällig		6.372.027				(5.835.913)
gegen Beleihung von Wertpapieren		–				
darunter: Baudarlehen der Bausparkasse: Bauspardarlehen		–				(1)
Forderungen an Kunden	(3), (32), (43)				**80.795.564**	80.904.988
a) Hypothekendarlehen				14.937.628		14.610.271
b) Kommunalkredite				25.416.404		23.139.727
c) andere Forderungen				39.569.921		42.236.463
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren		–				
d) Baudarlehen der Bausparkasse						
da) aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)			368.671			460.734
db) zur Vor- und Zwischenfinanzierung			497.979			452.105
dc) sonstige			4.962			5.688
				871.611		918.527
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert		554.863				(603.724)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	(4)					
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten			–			–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		–				–
ab) von anderen Emittenten			–	–		–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		–				–
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			6.003.695			10.342.267
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		5.917.174				(10.237.082)
bb) von anderen Emittenten			9.067.971			10.308.863
				15.071.666		20.651.130
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		8.474.170				(9.142.791)
c) eigene Schuldverschreibungen				–		–
					15.071.666	20.651.130
Nennbetrag		–				–
Übertrag:					**120.227.712**	135.644.828

Passivseite

in Tsd. €

	siehe Anhang Ziffer				2013	2012
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(15), (18), (43)					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				37.477		97.715
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				1.213.045		1.594.512
c) andere Verbindlichkeiten				34.862.157		41.068.865
darunter: täglich fällig		7.975.220				(8.053.995)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen						
an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		–				
öffentliche Namenspfandbriefe		–				
d) Bauspareinlagen				23.261		24.118
					36.135.940	42.785.210
darunter: auf zugeteilte Verträge		5.070				(4.969)
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(19), (43)					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				2.127.400		2.474.427
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				5.476.522		6.044.857
c) Einlagen aus dem Bauspargeschäft und Spareinlagen						
ca) Bauspareinlagen			3.837.737			3.594.532
darunter: auf gekündigte Verträge		30.582				(38.272)
auf zugeteilte Verträge		76.735				(79.987)
cb) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten			–			–
cc) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten			0			0
				3.837.737		3.594.532
d) andere Verbindlichkeiten				16.307.207		18.730.640
					27.748.866	30.844.456
darunter: täglich fällig		6.435.205				(6.725.419)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen						
an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		–				
öffentliche Namenspfandbriefe		–				
Verbriefte Verbindlichkeiten	(20), (31)					
a) begebene Schuldverschreibungen						
aa) Hypothekenpfandbriefe			3.389.409			3.130.157
ab) öffentliche Pfandbriefe			11.850.517			13.249.319
ac) sonstige Schuldverschreibungen			31.989.129			41.306.312
				47.229.056		57.685.788
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten				1.389.012		834.399
					48.618.068	58.520.187
darunter: Geldmarktpapiere		1.389.012				(834.399)
Handelsbestand	(21), (34), (43)				**33.819.529**	36.392.233
Übertrag:					**146.322.403**	168.542.086

Aktivseite

in Tsd. €

	siehe Anhang Ziffer				2013	2012
Übertrag:					**120.227.712**	135.644.828
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	(5)				**2.351.893**	1.373.490
Handelsbestand	(6), (14), (34), (43)				**33.342.342**	39.212.764
Beteiligungen	(7), (17), (43)				**237.878**	246.782
darunter:						
an Kreditinstituten		55.019				(55.019)
an Finanzdienstleistungsinstituten		16.215				(16.363)
Anteile an verbundenen Unternehmen	(8), (17), (43)				**1.872.572**	1.953.625
darunter:						
an Kreditinstituten		836.312				(959.952)
an Finanzdienstleistungsinstituten		–				–
Treuhandvermögen	(9)				**884.795**	901.654
darunter: Treuhandkredite		608.120				(617.386)
Immaterielle Anlagewerte	(10), (17)					
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte				–		
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				29.265		20.520
c) Geschäfts- oder Firmenwert				–		14.317
d) geleistete Anzahlungen				171		
					29.436	34.837
Sachanlagen	(11), (17)				**60.073**	52.427
Sonstige Vermögensgegenstände	(12)				**1.433.770**	1.694.905
Rechnungsabgrenzungsposten	(13)					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				1.353.726		1.489.156
b) andere				29.212		42.723
					1.382.938	1.531.880
Summe der Aktiva					**161.823.409**	**182.647.192**

Passivseite

in Tsd. €

	siehe Anhang Ziffer				2013	2012
Übertrag:					**146.322.403**	168.542.086
Treuhandverbindlichkeiten	(22)				**884.795**	901.654
darunter: Treuhandkredite		608.120				(617.386)
Sonstige Verbindlichkeiten	(23)				**671.602**	749.387
Rechnungsabgrenzungsposten	(24)					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				1.476.756		897.227
b) andere				154.887		114.792
					1.631.644	1.012.019
Rückstellungen	(25)					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				693.690		637.573
b) Steuerrückstellungen				65.572		142.674
c) andere Rückstellungen				328.020		358.264
					1.087.282	1.138.511
Fonds zur bauspartechnischen Absicherung					**9.020**	9.020
Nachrangige Verbindlichkeiten	(26)				**3.082.009**	2.298.741
Genussrechtskapital	(28)				**708.804**	708.804
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig		30.804				(–)
Fonds für allgemeine Bankrisiken	(28)				**593.925**	510.256
davon: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB		119.000				(85.000)
Eigenkapital	(28)					
a) gezeichnetes Kapital						
aa) Stammkapital			588.889			588.889
ab) Kapitaleinlage			1.920.000			1.920.000
ac) Einlagen stiller Gesellschafter			1.053.337			1.053.337
				3.562.226		3.562.226
b) Kapitalrücklage				1.546.412		1.546.412
c) Gewinnrücklagen				1.623.287		1.578.076
d) Bilanzgewinn				100.000		90.000
					6.831.925	6.776.714
Summe der Passiva					**161.823.409**	**182.647.192**
Eventualverbindlichkeiten	(29)					
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen					**5.382.105**	6.033.982
Andere Verpflichtungen	(30)					
a) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen				1.909.621		2.072.154
b) unwiderrufliche Kreditzusagen				14.095.588		14.834.997
					16.005.209	16.907.151

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt,

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

in Tsd. €

	siehe Anhang Ziffer					2013	2012
Zinserträge aus	(36)						
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften			3.229.521				3.499.465
darunter: Zinserträge der Bausparkasse							
aa) aus Bauspardarlehen		17.984					(23.235)
ab) aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten		19.579					(20.246)
ac) aus sonstigen Baudarlehen		218					(241)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen			253.729				317.343
				3.483.250			3.816.808
Zinsaufwendungen				2.569.341			3.012.818
darunter: für Bauspareinlagen		75.244					(71.535)
						913.909	803.990
Laufende Erträge aus	(36)						
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren				26.347			39.134
b) Beteiligungen				20.412			20.005
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen				76.374			47.130
						123.133	106.269
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen						**64.810**	58.757
Provisionserträge	(36), (37)			218.438			190.920
darunter: Provisionserträge der Bausparkasse							
a) aus Vertragsabschluss und -vermittlung		22.591					(25.147)
b) aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung		1.714					(1.101)
c) aus der Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten		2					(1)
Provisionsaufwendungen				63.810			61.844
darunter: für Vertragsabschluss und -vermittlung der Bausparkasse		31.038					(33.891)
						154.628	129.076
Nettoertrag des Handelsbestands	(36)					**303.035**	325.645
Sonstige betriebliche Erträge	(36), (38)					**92.051**	59.067
Übertrag:						**1.651.566**	1.376.535

in Tsd. €

	siehe Anhang Ziffer				2013	2012
Übertrag:					**1.651.566**	1.376.535
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen						
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			295.336			276.583
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			70.460			69.180
				365.796		345.763
darunter: für Altersversorgung		26.854				(30.419)
b) andere Verwaltungsaufwendungen				515.487		391.154
					881.283	736.917
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen					**30.447**	13.732
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(38)				**119.012**	92.708
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	(39)				**301.535**	212.574
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft					**–**	–
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere					**1.873**	71.768
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren						–
Aufwendungen aus Verlustübernahme					**6.851**	1
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken					**50.000**	–
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit					**260.565**	355.104
Außerordentliche Erträge				–		–
Außerordentliche Aufwendungen				13.429		13.423
Außerordentliches Ergebnis	(40)				**13.429**	13.423
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(41)			100.732		117.491
Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten Sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen				1.210		1.065
					101.942	118.556
Jahresüberschuss					**145.194**	223.125
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr					**17**	–
Einstellung in Gewinnrücklagen					**45.211**	133.125
Bilanzgewinn					**100.000**	90.000

Anhang der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale,

Frankfurt am Main/Erfurt, zum 31. Dezember 2013

Der Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Anstalt des öffentlichen Rechts, Frankfurt am Main/Erfurt (Helaba), wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und dem Pfandbriefgesetz (PfandBG) aufgestellt.

Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den Vorgaben der RechKredV gegliedert. Sie wurden um die für Pfandbriefbanken und für Bausparkassen vorgeschriebenen Posten ergänzt. Die im Anhang aufzunehmenden Angaben zum Bausparkassengeschäft sind in dem gesondert veröffentlichten Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) enthalten.

(1) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Vermögensgegenstände und Schulden werden nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der besonderen Regelungen für Kreditinstitute (§§ 340 ff. HGB) bewertet.

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 werden grundsätzlich die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Jahresabschluss des Vorjahrs angewendet. Änderungen werden jeweils nachfolgend erläutert, sollten sich diese ergeben haben.

Forderungen und Verbindlichkeiten
Forderungen sind mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Außerhalb des Handelsbestands und außerhalb der Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden Unterschiedsbeträge mit Zinscharakter zwischen Nennbetrag und Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und über die Laufzeit periodisiert aufgelöst. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten sowie auf abgezinster Basis erworbene Wertpapiere und Forderungen werden zum Barwert angesetzt.

Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen wurde sämtlichen erkennbaren Risiken Rechnung getragen. Für latente (Kredit-)Risiken bestehen – neben dem in der Bilanz ausgewiesenen Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB – Pauschalwertberichtigungen, länderrisikospezifische Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB.

Wertpapiere
Die in den Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere enthaltenen Bestände sind – mit Ausnahme von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB sowie des Anlagebestands – nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sie sind folglich mit dem beizulegenden Wert anzusetzen, sofern dieser unterhalb der (fortgeführten) Anschaffungskosten liegt. Der beizulegende Wert entspricht bei aktiven Märkten dem Börsen- oder Marktpreis am Abschlussstichtag. Bei der Analyse des Wertpapierbestands zum Bilanzierungsstichtag wurde ein weitestgehend aktiver Markt für alle Wertpapiere festgestellt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Wertaufholungen wurden vorgenommen.

Der Anlagebestand umfasst die 2008 umgewidmeten Wertpapierbestände, einzelne Restanten aus dem Anlagebestand der Tochtergesellschaft Helaba Dublin, die 2010 von der Bank übernommen wurden, sowie Wertpapierbestände, die durch die Übernahme der Verbundbank der ehemaligen WestLB im vorangegangenen Geschäftsjahr übernommen wurden. Diese werden regelmäßig auf dauerhafte Wertminderung überprüft.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Sofern die Gründe für eine Wertminderung in früheren Geschäftsjahren entfallen sind, erfolgen Zuschreibungen bis zur Höhe des Zeitwerts, maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Handelsbestand
Handelsbestände werden in der Bilanz in den Posten Handelsaktiva und -passiva ausgewiesen. Die Bewertung der Handelsgeschäfte erfolgt einzelgeschäftsbezogen. Finanzinstrumente des Handelsbestands werden gemäß § 340e Abs. 3 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags für Handelsaktiva und zuzüglich eines Risikoaufschlags für Handelspassiva bewertet. Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit zukünftiger Zahlungsströme, als Basis für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts, werden im Wesentlichen vom Zinsumfeld, von den Entwicklungen an den Aktien- und Rentenmärkten sowie von den Entwicklungen der Credit Spreads beeinflusst. Die Ermittlung der Risikozu- und -abschläge erfolgt unter Beachtung der Vorgaben der Bankaufsicht nach den Vorschriften des Kreditwesengesetzes (KWG) für sämtliche Handelsbestände. Die Methodik zur Ermittlung des Risikoabschlags orientiert sich an den aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie an den Vorgaben des § 315 Solvabilitätsverordnung (SolvV). Der Risikoabschlag wird dabei in Form eines Money-at-Risk (MaR) mit einem Konfidenzniveau von 99 %, einer Haltedauer von zehn Tagen sowie einem Beobachtungszeitraum von einem Jahr errechnet. Die Risikozu- und -abschläge werden für jede Risikokategorie vorgenommen.

Fremde Bonitätsrisiken aus der Erfüllung von OTC-Derivaten werden durch einen kontrahentenbezogenen Bewertungsabschlag (Credit Valuation Adjustment – CVA) berücksichtigt. Das eigene Bonitätsrisiko findet durch die Bildung eines Debit Valuation Adjustments (DVA) Berücksichtigung. CVA und DVA werden an jedem Bilanzstichtag durch die Bewertung des potenziellen Ausfallrisikos unter Berücksichtigung von gestellten beziehungsweise erhaltenen Sicherheiten und des Effekts von Nettingvereinbarungen ermittelt. Die Bank hat im Jahr 2013 die Methodik zur Ermittlung von bonitätsinduzierten Marktwertanpassungen für derivative Produkte weiterentwickelt. Zudem wurde im Jahr 2013 das eigene Kreditrisiko bei der Bewertung derivativer Produkte erstmals berücksichtigt (DVA). Insgesamt führten die Maßnahmen zu einem Umstellungseffekt von 25 Mio. €, der aufwandswirksam im Handelsergebnis erfasst wurde.

Wertänderungen, realisierte Gewinne und Verluste, Provisionen und laufende Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands sowie Zinsaufwendungen zur Refinanzierung der Handelsaktivitäten werden im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands ausgewiesen.

Gemäß § 340e Abs. 4 HGB wird zum Abschlussstichtag ein Betrag, der mindestens 10 % der Nettoerträge des Handelsbestands entspricht, dem gesonderten Bestand im Sonderposten für allgemeine Bankrisiken zugeführt. Die Zuführung erfolgt, bis der entsprechende Bestand 50 % des Durchschnitts der letzten fünf vor dem Berechnungstag erzielten jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands erreicht oder eine Auflösung zum Ausgleich von Nettoaufwendungen des Handelsbestands vorgenommen wird. Die Zuführung erfolgt zulasten der Nettoerträge des Handelsbestands.

Um den aktuellen Marktentwicklungen Rechnung zu tragen, wurde die Diskontierung von OTC-Derivaten auf die Overnight-Index-Swap-Kurve (OIS) umgestellt. Für die unbesicherten Derivate wurden zudem die Finanzierungskosten (Funding) in der Bewertung berücksichtigt. Hinsichtlich der Finanzierungskosten wurde dabei die Bewertungsdifferenz zwischen einer Diskontierung auf Basis der 3er-Interbanken-Swap-Kurve und der jeweiligen OIS-Kurve angesetzt. Die Modellanpassung schlägt sich in einem Ergebniseffekt von – 39,1 Mio. € im Nettoergebnis des Handelsbestands nieder sowie in einer Reduzierung der Handelsaktiva in gleicher Höhe.

Anlagevermögen und immaterielle Vermögensgegenstände
Gegenstände des Anlagevermögens und immaterielle Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich außerplanmäßiger Abschreibungen auf niedrigere Zeitwerte ausgewiesen. Planmäßige Abschreibungen werden auf die wirtschaftliche Nutzungsdauer verteilt vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben. Auf die Aktivierung von selbsterstellten immateriellen Vermögensgegenständen hat die Bank verzichtet. Der im Zusammenhang mit der von der WestLB übernommenen Verbundbank im Vorjahr bilanzierte Geschäfts- oder Firmenwert wurde im Berichtsjahr voll abgeschrieben.

Rückstellungen
Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen sind gemäß den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des Erfüllungsbetrags der ungewissen Verbindlichkeiten oder der drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften unter Berücksichtigung erwarteter Preis- und Kostensteigerungen zu bilden. Mittel- und langfristige Rückstellungen (Restlaufzeit > ein Jahr) werden mit den von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst. Bei der Ermittlung der Veränderung durch Aufzinsung wird unterstellt, dass eine Veränderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Effekte aus der Aufzinsung werden im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen.

Die Pensionsverpflichtungen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen (Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Heubeck) künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie der von der Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt werden.

Die angewandten Bewertungsparameter sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	31.12.2013	31.12.2012
Zinssatz	4,90 %	5,06 %
Gehaltstrend	2,25 %	2,00 %
Rententrend	1,00 – 2,25 %	1,00 – 2,00 %
Fluktuationsrate	3,00 %	3,00 %

Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögensgegenstände (Wertpapiere), die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen (Deckungsvermögen). Sie werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Der Verpflichtungsumfang ergibt sich durch Maximierung der garantierten Leistungszusage mit dem beizulegenden Wert der zugehörigen Wertpapiere zum Abschlussstichtag. Die Vermögensgegenstände und die korrespondierenden Pensionsverpflichtungen werden miteinander verrechnet.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen den Vorsorgeaufwand und den Zinsaufwand. Der Vorsorgeaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Der Zinsaufwand stellt die Barwerterhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die sich aus der Annäherung an den Erfüllungszeitpunkt und somit der Verkürzung der Abzinsungsperiode ergibt. Der Zinsaufwand wird mit den Erträgen aus dem Deckungsvermögen saldiert. Sowohl der Zinsaufwand als auch das Ergebnis aus dem Deckungsvermögen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Ermittlung von Zeitwerten
Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Fall einer Notabwicklung) getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Der beste Indikator für den beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten ist der Marktpreis. Bei Vorliegen eines aktiven Markts werden zur Bewertung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente beobachtbare Marktpreise herangezogen. Dies sind üblicherweise Börsenkurse oder auf dem Interbankenmarkt quotierte Marktpreise. Für den Fall, dass für ein Finanzinstrument kein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, erfolgt die Bewertung mittels anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, wobei alle zu berücksichtigenden Daten (zum Beispiel Zinskurven, Volatilitäten, Spreads) auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und aus externen Quellen entnommen werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Discounted-Cashflow-basierte Forward-Pricing- und Swap-Pricing-Modelle oder Optionspreismodelle (zum Beispiel Black-Scholes sowie Varianten davon). Üblicherweise werden diese Bewertungsmethoden bei OTC-Derivaten (einschließlich Kreditderivaten) und nicht an einem aktiven Markt gehandelten, zum beizulegenden Zeitwert angesetzten Finanzinstrumenten verwendet. In den Fällen, bei denen nicht alle zu berücksichtigenden Parameter direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Diese Bewertungsmethode ist insbesondere Grundlage für komplex strukturierte (derivative) Spread-Produkte,

bei denen nicht direkt am Markt beobachtbare Korrelationen einen wesentlichen Bewertungsfaktor darstellen. Soweit bei nicht derivativen Finanzinstrumenten keine Marktpreise verfügbar sind, werden so genannte Arranger-Preise herangezogen. Auch die Bewertung von zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten, nicht börsennotierten Beteiligungen beruht auf nicht beobachtbaren Parametern, insbesondere den aus der Unternehmensplanung abgeleiteten Ertragsüberschüssen.

Währungsumrechnung
Die Umrechnung der im Jahresabschluss enthaltenen Vermögensgegenstände und Schulden in fremder Währung sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte erfolgt gemäß den Grundsätzen in den §§ 256a HGB und 340h HGB und werden zum Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Bei auf Fremdwährung lautenden Termingeschäften des Handelsbestands erfolgt eine Abgrenzung der Swap-Stellen sowie eine Bewertung der Reststellen. Die Bank wendet den Grundsatz der besonderen Deckung gemäß § 340h HGB an. Alle Währungsergebnisse werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Derivate
Derivate (Termin- und Optionsgeschäfte im Zins-, Aktien-, Währungs-, Kredit- und Rohwarenbereich sowie Swap-Vereinbarungen) werden bei Geschäftsabschluss dem Handels- oder dem Nichthandelsbestand zugeordnet. Die Berücksichtigung derivativer Finanzinstrumente im Rahmen der handelsrechtlichen Bilanzierung erfolgt auf Basis der einschlägigen Stellungnahmen und Hinweise zur Rechnungslegung des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) und nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung. Bei strukturierten Finanzinstrumenten, deren derivative Nebenabreden ein anderes Risikoprofil als das Grundgeschäft aufweisen, werden diese Derivate abgespalten, dem Handelsbestand zugeordnet und getrennt bewertet.

Derivate außerhalb des Handelsbestands und des in Bewertungseinheiten befindlichen Bestands werden zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Bankbuch eingesetzt. Bei der Bewertung des Bankbuchs wird für das allgemeine Zinsrisiko nach den Grundsätzen des IDW BFA 3 eine Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen Aktiva und Passiva einschließlich der Zinsderivate durchgeführt. Dabei werden Forderungen, verzinsliche Wertpapiere, Verbindlichkeiten und Derivate des Bankbuchs nicht hinsichtlich Marktpreisrisiken einzeln imparitätisch bewertet, sondern in einem Refinanzierungsverbund gesehen. Die Notwendigkeit zur Bildung einer Drohverlustrückstellung aus dem Refinanzierungsverbund war – unter Anwendung einer periodischen (GuV-orientierten) Betrachtungsweise – im Berichtsjahr nicht gegeben.

Laufende Erträge aus Swap-Geschäften des Nichthandelsbestands werden zeitanteilig abgegrenzt und die Abgrenzung wird unter den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Bewertungseinheiten
Die Helaba hat im Bankbuch Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB gebildet, die sich aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve und den zugehörigen, zu Sicherungszwecken abgeschlossenen Zins-Swaps zusammensetzen („Asset Swaps“). Die Bewertungseinheiten bestehen aus Asset-Swap-Kombinationen in Form von Mikrobewertungseinheiten. Die Absicherung bezieht sich ausschließlich auf Zinsänderungsrisiken. Für die sich zwischen Grundgeschäft und Sicherungsinstrument ausgleichenden Wertänderungen wird die Einfrierungsmethode angewendet. Die Grundgeschäfte werden stets zu 100 % des Nominalvolumens für die gesamte Restlaufzeit abgesichert. Die prospektive

Wirksamkeit der Bewertungseinheiten ist aufgrund der Übereinstimmung wesentlicher wertbestimmender Faktoren gegeben. Die Ermittlung der prospektiven Effektivität erfolgt überwiegend unter Verwendung der Regressionsanalyse, in Einzelfällen kommt die Critical-Term-Match-Methode zur Anwendung. Die gegenläufigen Wert- und Zahlungsstromänderungen haben sich am Bilanzstichtag weitestgehend ausgeglichen und werden sich voraussichtlich auch weiterhin ausgleichen. Bis zum vorgesehenen Ende der Bewertungseinheiten (Zeitpunkt der Fälligkeit von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument) werden sich die Wertänderungen aus den abgesicherten Risiken vollständig ausgleichen.

Latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 274 HGB bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus temporären Differenzen aus steuerlich nicht nachvollzogenen Risikovorsorgen, aus Beteiligungen an Spezialfonds sowie aus sonstigen Rückstellungen und Pensionsrückstellungen. Bei der Bewertung der latenten Steuern wurden die unternehmensindividuellen Steuersätze herangezogen. Im Inland ergibt sich für die Bank bei einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von 451 % ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,6 %. Latente Steuern in den ausländischen Berichtseinheiten werden mit den dort geltenden statuarischen Steuersätzen bewertet.

(2) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	11.106	11.430
Forderungen an verbundene Unternehmen	6.138	5.431
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4	4
Der Unterposten Andere Forderungen enthält:		
nachrangige Forderungen	50	45
davon: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1	1
Täglich fällig	6.372	5.836
Restlaufzeiten:		
bis drei Monate	8.835	9.075
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.034	2.199
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.995	5.891
mehr als fünf Jahre	1.695	2.379
Als Deckung verwendet	3.499	5.654

(3) Forderungen an Kunden

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an verbundene Unternehmen	1.208	2.742
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.051	1.017
nachrangige Forderungen	610	840
davon: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	20	24
Restlaufzeiten:		
bis drei Monate	6.114	5.268
mehr als drei Monate bis ein Jahr	10.319	9.482
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	34.749	36.739
mehr als fünf Jahre	26.291	26.819
mit unbestimmter Laufzeit	3.323	2.596
Als Deckung verwendet	19.551	28.921

(4) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Verbriefte Forderungen		
an verbundene Unternehmen	–	–
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	687	745
Von den börsenfähigen Wertpapieren sind		
börsennotiert	14.794	20.244
nicht börsennotiert	334	438
Restlaufzeiten:		
im Folgejahr fällig werdende Beträge	3.381	5.835
Nachrangige Vermögensgegenstände	72	229
Im Rahmen von Offenmarktgeschäften sind in Pension gegeben	–	4.000
Buchwert der Wertpapiere im Anlagebestand	299	1.369
Beizulegender Wert der Wertpapiere im Anlagebestand	292	1.347
Vorübergehende Wertminderung der Wertpapiere im Anlagebestand	11	31

Die Bank schätzt die Wertminderung der Wertpapiere im Anlagebestand als nicht dauerhaft ein und rechnet daher mit einer vollständigen Rückzahlung der Wertpapiere bei Fälligkeit.

(5) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Von den börsenfähigen Wertpapieren sind		
börsennotiert	0	0
nicht börsennotiert	43	48

Der Posten beinhaltet Anteile an acht ausschließlich von der Helaba gehaltenen Wertpapiersondervermögen (Mischfonds beziehungsweise reine Rentenfonds) mit einem Buchwert von insgesamt 2,3 Mrd. €. Im Rahmen der langfristigen Investitionsabsicht der Helaba investieren diese Sondervermögen überwiegend in zinstragende Wertpapiere. Weitere Anteile entfallen auf 18 % eines Publikumsfonds (Buchwert 14,9 Mio. €) mit einer weltweit und an Aktienmärkten orientierten Anlagestrategie. Zum Bilanzstichtag erfolgte die Bewertung bei allen Anteilen zu einem eventuellen niedrigeren Marktwert. Es bestanden keine wesentlichen Kurswertreserven am Bilanzstichtag. Die Erträge aus erhaltenen Ausschüttungen im Jahr 2013 betragen insgesamt 26,0 Mio. €.

(6) Handelsbestand (aktiv)

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Derivative Finanzinstrumente	8.534	12.935
Forderungen	3.270	5.429
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	21.347	20.606
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	191	243
Nachrangige Vermögensgegenstände	–	12
Sonstige Vermögensgegenstände	–	0

(7) Beteiligungen

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Von den Wertpapieren sind		
börsenfähig	19	19
börsennotiert	–	–

(8) Anteile an verbundenen Unternehmen

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Von den Wertpapieren sind		
börsenfähig	111	112
börsennotiert	–	–

(9) Treuhandvermögen

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	89	62
Forderungen an Kunden	519	555
Beteiligungen	63	69
Anteilsbesitz an verbundenen Unternehmen	203	203
sonstige Vermögensgegenstände	11	13

(10) Immaterielle Anlagewerte

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Erworbene standardisierte Software	30	21
Geschäfts- oder Firmenwert	–	14

(11) Sachanlagen

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
In diesem Posten sind enthalten:		
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	17	15
Betriebs- und Geschäftsausstattung	37	30

(12) Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Wesentliche Posten sind:		
Zinsforderungen aus Swap-Vereinbarungen	835	1.110
Sonstige	599	585

(13) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €

Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	**31.12.2013**	**31.12.2012**
In diesem Posten sind enthalten:		
Agien aus Forderungen	394	15
Disagien aus Verbindlichkeiten und begebenen Schuldverschreibungen	960	1.474

(14) Echte Pensionsgeschäfte

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
In Pension gegebene Vermögensgegenstände des Handelsbestands	300	1
In Pension gegebene Vermögensgegenstände der Liquiditätsreserve	35	0

(15) Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Für nachfolgende Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände in angegebener Höhe übertragen:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.092[1)]	5.910[1)]
Handelspassiva	4.322[1)]	5.702[1)]

[1)] Einschließlich 18 Mio. € (2012: 0 Mio. €) entliehener Wertpapiere, die an Kreditinstitute im Zusammenhang mit echten Pensionsgeschäften weiter übertragen wurden.

(16) Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
	23.175	24.587

(17) Anlagenspiegel

in Mio. €

Anlagevermögen	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Gesamt
Anschaffungs-/ Herstellungskosten 1.1.2013	107	137	1.369	299	2.021	3.933
Zugänge	18	17	–	10	31	76
Abgänge	–	5	1.070	21	99	1.195
Wechselkursveränderungen	–	–1	–	–2	–3	–6
Kumulierte Abschreibungen	95	88	–	48	78	309
Bilanzwert am 31.12.2013	**30**	**60**	**299**	**238**	**1.872**	**2.499**
Bilanzwert Vorjahr	**35**	**53**	**1.369**	**247**	**1.953**	**3.657**
Abschreibungen 2013	23	7	–	1	10	41

(18) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	10.070	13.135
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	4.280	5.898
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9	9
Täglich fällig	7.975	8.054
Restlaufzeiten:		
bis drei Monate	1.771	2.002
mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.150	4.664
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	13.568	16.608
mehr als fünf Jahre	10.648	11.433

(19) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	889	666
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	36	58
Täglich fällig	6.435	6.725
Restlaufzeiten:		
bis drei Monate	1.266	2.337
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.034	1.788
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.678	4.994
mehr als fünf Jahre	10.497	11.403

(20) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	17
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Restlaufzeiten des Unterpostens Begebene Schuldverschreibungen:		
im Folgejahr fällig werdende Beträge	9.011	9.008
Restlaufzeiten des Unterpostens Andere verbriefte Verbindlichkeiten:		
bis drei Monate	1.124	678
mehr als drei Monate bis ein Jahr	265	156
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	–	–
mehr als fünf Jahre	–	–

(21) Handelsbestand (passiv)

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Derivative Finanzinstrumente	9.570	13.881
Verbindlichkeiten	24.222	22.486
Risikoaufschlag	28	25

(22) Treuhandverbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Die Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich in:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3	6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	808	817
sonstige Verbindlichkeiten	74	79

(23) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Wesentliche Posten sind:		
Zinsverpflichtungen aus Swap-Vereinbarungen des Nichthandelsbestands	464	583
Zinsen für Genussrechte und stille Einlagen	101	101
Ausgleichsposten aus der Devisenbewertung	9	2
erhaltene Optionsprämien des Nichthandelsbestands	6	6

(24) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €

Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	31.12.2013	31.12.2012
Der Posten enthält im Wesentlichen:		
Disagien aus dem Darlehensgeschäft	627	875
Agien aus Verbindlichkeiten	850	23

(25) Rückstellungen

Aufgrund der Anwendung von Artikel 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB ergibt sich zum Bilanzstichtag eine Unterdeckung der ausgewiesenen Pensionsrückstellungen in Höhe von 145 Mio. € (2012: 159 Mio. €).

Die Anschaffungskosten der gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit Rückstellungen verrechneten Vermögensgegenstände betragen 24 Mio. € (2012: 23 Mio. €), der beizulegende Zeitwert beträgt 25 Mio. € (2012: 24 Mio. €). Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beläuft sich auf 29 Mio. € (2012: 29 Mio. €). In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden Erträge aus diesen Vermögensgegenständen in Höhe von 1,5 Mio. € (2012: 1,1 Mio. €) mit Aufwendungen aus den korrespondierenden Schulden in Höhe von 1,4 Mio. € (2012: 1,5 Mio. €) verrechnet.

Die anderen Rückstellungen wurden im Wesentlichen für dem Personalbereich zuzuordnende Sachverhalte sowie für Bonitäts- und Länderrisiken im außerbilanziellen Kreditgeschäft gebildet. Weitere Rückstellungsbeträge entfallen auf diverse der Höhe oder dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten.

(26) Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Mittelaufnahmen, die jeweils 10 % der Gesamtposition übersteigen, sind wie folgt ausgestaltet:

Währungsbetrag in Mio.	Währung	Aktueller Zinssatz in %	Fällig in	Vorzeitige Rückzahlungs-verpflichtung
650	EUR	5,50	2015	–

Die Bedingungen der Nachrangigkeit dieser Mittel entsprechen den Anforderungen des KWG für die Anrechnung als haftendes Eigenkapital. Eine Umwandlung in Kapital oder andere Schuldformen ist weder vereinbart noch vorgesehen.

Im Ausweis sind anteilige Zinsen in Höhe von 19 Mio. € (2012: 9 Mio. €) enthalten. Für nachrangige Mittelaufnahmen betrug der Zinsaufwand im Geschäftsjahr 88 Mio. € (2012: 85 Mio. €).

(27) Von den Schulden lauten auf Fremdwährung

in Mio. €

31.12.2013	31.12.2012
8.980	13.103

(28) Eigene Mittel

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Gezeichnetes Kapital	3.562	3.562
a) Stammkapital	589	589
b) Kapitaleinlage	1.920	1.920
c) Einlagen stiller Gesellschafter	1.053	1.053
Kapitalrücklage	1.546	1.546
Gewinnrücklagen	1.623	1.578
Einschließlich des Genussrechtskapitals,	709	709
des Fonds für allgemeine Bankrisiken	594	510
sowie nachrangiger Verbindlichkeiten	3.082	2.299
beliefen sich die aus der Bilanz ersichtlichen haftenden Eigenmittel auf	11.117	10.204

Die Bestände der Gewinnrücklagen per 31. Dezember 2013 berücksichtigen eine Rücklagenzuführung in Höhe von 45 Mio. € aus dem Jahresüberschuss 2013.

Durch eine Zuführung von 50 Mio. € in den Fonds für allgemeine Bankrisiken wurden die eigenen Mittel zusätzlich gestärkt.

Der auf den Sonderposten nach § 340e HGB entfallende und damit einer faktischen Ausschüttungssperre unterliegende Anteil des Fonds für allgemeine Bankrisiken beträgt 119 Mio. €.

(29) Eventualverbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
In diesem Posten sind enthalten:		
Kreditbürgschaften	2.419	3.234
sonstige Bürgschaften und Gewährleistungen	2.963	2.800

Die Helaba schätzt das Risiko, dass die Kreditnehmer ihren Verpflichtungen nicht nachkommen und mit Inanspruchnahmen zu rechnen ist, als gering ein. Avalkredite unterliegen dem Risikovorsorgeprozess der Bank. In einzelnen Fällen, in denen ein Verlust aus der zu erwartenden Inanspruchnahme wahrscheinlich ist, hat die Helaba entsprechende Rückstellungen gebildet.

(30) Andere Verpflichtungen

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
In diesem Posten sind enthalten:		
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	1.910	2.072
unwiderrufliche Kreditzusagen für Buchkredite	14.096	14.835

Aufgrund der durchgeführten Bonitätsanalysen geht die Helaba davon aus, dass die Kreditnehmer ihren Verpflichtungen nachkommen und somit nicht mit Inanspruchnahmen zu rechnen ist. In einzelnen Fällen, in denen ein Verlust aus der zu erwartenden Inanspruchnahme wahrscheinlich ist, wurden Rückstellungen gebildet.

(31) Pfandbriefe und Deckungsrechnung

Gesamtübersicht gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG

in Mio. €

	Nennwert		Barwert	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Hypothekenpfandbriefe				
Deckungsmasse	9.179	8.726	9.730	9.316
Pfandbriefumlauf	5.493	5.624	5.815	6.120
Überdeckung	3.686	3.102	3.915	3.196
Risikobarwert gemäß Barwertverordnung	–	–	3.809	3.072
Öffentliche Pfandbriefe				
Deckungsmasse	24.996	26.945	26.848	29.612
Pfandbriefumlauf	18.821	20.454	20.424	22.785
Überdeckung	6.175	6.490	6.424	6.827
Risikobarwert gemäß Barwertverordnung	–	–	6.094	6.584

Zum Geschäftsjahresende befindet sich ein Derivat in Deckung.

Der Risikobarwert gemäß Barwertverordnung gibt den barwertigen Deckungssaldo nach Stresstest an. Für die Simulation von Zinsrisiken wurde das interne Modell MaRC² herangezogen; die Simulation von Währungsrisiken erfolgte auf Basis des dynamischen Verfahrens.

Aufgliederung der Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen und Aufgliederung der Pfandbriefe nach Restlaufzeiten gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG

in Mio. €

	Deckungsmasse		Pfandbrief	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Zinsbindungsfristen/Restlaufzeiten				
Hypothekenpfandbriefe				
bis 1 Jahr	**2.421**	2.777	**1.481**	933
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	**1.698**	1.386	**111**	1.486
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	**1.296**	1.442	**365**	111
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	**1.612**	796	**1.560**	365
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	**654**	1.189	**396**	760
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	**1.444**	1.074	**1.105**	1.493
über 10 Jahre	**54**	63	**475**	476
Öffentliche Pfandbriefe				
bis 1 Jahr	**4.057**	4.589	**1.853**	4.065
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	**5.353**	3.606	**2.373**	1.864
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	**2.621**	5.179	**4.127**	2.373
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	**1.960**	2.437	**1.982**	4.068
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	**2.233**	1.755	**2.075**	1.817
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	**5.784**	6.387	**3.770**	3.729
über 10 Jahre	**2.988**	2.992	**2.641**	2.539

Weitere Deckungswerte gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG

in Mio. €

	Weitere Deckung	
	31.12.2013	31.12.2012
Hypothekenpfandbriefe		
Deckungsmasse	**9.179**	8.726
davon: weitere Deckung	**534**	200
Öffentliche Pfandbriefe		
Deckungsmasse	**24.996**	26.945
davon: weitere Deckung	**127**	351

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekenpfandbriefe nach Nutzungsart

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Gewerblich	**7.001**	6.962
Wohnwirtschaftlich	**1.643**	1.564
Weitere Deckung	**534**	200

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekenpfandbriefe nach Nutzungsart und Land

Davon: Aufgliederung wohnwirtschaftlich genutzt:

	Wohnungen		Einfamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Bauplätze/ Rohbauten		Summe	
Land	**2013**	**2012**	**2013**	**2012**	**2013**	**2012**	**2013**	**2012**	**2013**	**2012**
Deutschland	**53**	62	**68**	78	**1.522**	1.424	**0**	0	**1.643**	1.564

Davon: Aufgliederung gewerblich genutzt:

	Bürogebäude		Handelsgebäude		Industriegebäude		Sonstige Gebäude		Bauplätze/ Rohbauten		Summe	
Land	**2013**	**2012**	**2013**	**2012**	**2013**	**2012**	**2013**	**2012**	**2013**	**2012**	**2013**	**2012**
Deutschland	**2.923**	3.232	**2.436**	2.376	**201**	185	**275**	299	**13**	13	**5.848**	6.105
Frankreich	**419**	129	**108**	–	**–**	–	**–**	–	**–**	–	**527**	129
Luxemburg	**73**	73	**–**	–	**–**	–	**–**	–	**–**	–	**73**	73
Schweden	**–**	58	**44**	–	**–**	–	**–**	7	**–**	–	**44**	65
Niederlande	**217**	190	**9**	9	**–**	–	**–**	–	**–**	–	**226**	199
Polen	**–**	–	**31**	–	**–**	–	**–**	–	**–**	–	**31**	–
Großbritannien	**69**	18	**–**	182	**–**	–	**–**	–	**–**	–	**69**	200
USA	**183**	191	**–**	–	**–**	–	**–**	–	**–**	–	**183**	191
Gesamt	**3.884**	3.891	**2.628**	2.567	**201**	185	**275**	306	**13**	13	**7.001**	6.962

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekenpfandbriefe nach Größenklassen

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Bis 0,3 Mio. €	**245**	236
Bis 5 Mio. €	**1.137**	1.243
Größer 5 Mio. €	**7.263**	7.047
Weitere Deckung	**534**	200

Der Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen betrug 0,0 Mio. € (2012: 0,1 Mio. €) und betraf inländische Schuldner. Im Geschäftsjahr traten weder Zwangsversteigerungs- noch Zwangsverwaltungsfälle auf noch mussten Grundstücke zur Vermeidung von Verlusten übernommen werden.

Zinsrückstände aus dem Hypothekengeschäft

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Gewerblich	**0**	0
Wohnwirtschaftlich	**0**	0
Gesamtbetrag	**0**	0

Aufgliederung der Deckungswerte für öffentliche Pfandbriefe nach Schuldner

	Staat		Regionale Gebietskörperschaft		Örtliche Gebietskörperschaft		Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute/Sonstige		Summe	
Land	**2013**	**2012**	**2013**	**2012**	**2013**	**2012**	**2013**	**2012**	**2013**	**2012**
Deutschland	**763**	753	**3.183**	4.073	**11.584**	12.609	**7.972**	7.500	**23.502**	24.935
Frankreich inkl. Monaco	**–**	–	**103**	60	**–**	23	**–**	24	**103**	107
Großbritannien/ Nordirland	**321**	241	**–**	–	**–**	–	**–**	–	**321**	241
Luxemburg	**8**	–	**–**	–	**–**	–	**–**	–	**8**	–
Niederlande	**–**	–	**–**	–	**–**	10	**–**	–	**–**	10
Spanien	**–**	–	**821**	1.005	**–**	–	**–**	–	**821**	1.005
Österreich	**–**	1	**–**	50	**–**	23	**–**	165	**–**	239
Schweiz	**–**	–	**–**	366	**–**	41	**241**	–	**241**	407
Gesamt	**1.092**	995	**4.107**	5.554	**11.584**	12.706	**8.213**	7.689	**24.996**	26.944

Die mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen beliefen sich bei den öffentlichen Pfandbriefen auf einen Gesamtbetrag von 0 Tsd. € (2012: 0 Tsd. €).

(32) Derivative Finanzinstrumente des Nichthandelsbestands

Die Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten werden getrennt nach Handels- und Nichthandelsbeständen vorgenommen.

Die Darstellung des Geschäfts mit derivativen Produkten des Nichthandelsbestands erfolgt entsprechend den Publizitätsanforderungen gemäß § 285 Nr. 19 HGB in Verbindung mit § 36 RechKredV. Derivative Finanzinstrumente im Nichthandelsbestand werden zur Absicherung beziehungsweise zur Steuerung von Risiken von Bankbuchgeschäften abgeschlossen (Aktiv-/Passivsteuerung).

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte des Nichthandelsbestands hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 % erhöht.

Derivative Geschäfte des Nichthandelsbestands – Darstellung der Volumina –

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2013
Zinsrisiken				
Zins-Swaps	103.902	111.333	4.392	2.572
Forward Rate Agreements	–	–	–	–
Zinsoptionen	8.259	9.986	11	753
Käufe	358	1.103	11	0
Verkäufe	7.901	8.883	0	753
Caps, Floors	11.365	3.872	242	18
Börsenkontrakte	11.696	4.455	4	0
Sonstige Zinstermingeschäfte	–	–	–	–
Zinsrisiken – insgesamt –	**135.222**	**129.646**	**4.649**	**3.343**
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	2.915	6.691	7	9
Währungs-Swaps/Zins-Währungs-Swaps	12.563	11.022	206	158
Devisenoptionen	–	4	–	–
Käufe	–	3	–	–
Verkäufe	–	1	–	–
Währungsrisiken – insgesamt –	**15.478**	**17.717**	**213**	**167**
Aktien- und sonstige Preisrisiken				
Aktienoptionen	–	–	–	–
Käufe	–	–	–	–
Verkäufe	–	–	–	–
Börsenkontrakte	–	–	–	–
Aktien- und sonstige Preisrisiken – insgesamt –	**–**	**–**	**–**	**–**
Kreditderivate				
Käufe	246	118	0	1
Verkäufe	702	878	0	11
Kreditderivate – insgesamt –	948	996	0	12
Gesamtsumme	**151.648**	**148.359**	**4.862**	**3.522**

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateral-Vereinbarungen finden hier keine Berücksichtigung.

Positive Markt-/Barwerte, die als Indikator für die mit diesen Geschäften verbundenen potenziellen Adressenausfallrisiken dienen können, betragen 3,2 % des Nominalwerts (2012: 4,9 %). Die Marktwerte sind aufgrund des Absicherungscharakters der Geschäfte stets im Zusammenhang mit den zugrunde liegenden Geschäften zu sehen.

Den Marktwerten stehen zum Teil noch nicht vereinnahmte Prämien- und Sonderzahlungsflüsse sowie Zinsabgrenzungen aus Derivaten gegenüber, die in der Bilanz unter den sonstigen Vermögensgegenständen/Verbindlichkeiten sowie aktiven/passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen sind. Dabei beläuft sich der Betrag der insgesamt im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Aktiva auf 1.647 Mio. €, der im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Passiva auf 996 Mio. €.

Derivative Geschäfte des Nichthandelsbestands – Fristengliederung –

in Mio. €

	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Kreditderivate		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
Nominalwerte	**31.12.2013**	**31.12.2012**	**31.12.2013**	**31.12.2012**	**31.12.2013**	**31.12.2012**	**31.12.2013**	**31.12.2012**
Restlaufzeiten:								
bis drei Monate	12.027	11.943	3.347	6.932	–	57	–	–
bis ein Jahr	17.182	16.938	1.218	2.880	215	53	–	–
bis fünf Jahre	66.546	65.728	8.688	6.382	733	886	–	–
über fünf Jahre	39.467	35.037	2.225	1.523	–	–	–	–
Summe	**135.222**	**129.646**	**15.478**	**17.717**	**948**	**996**	**–**	**–**

Bei den Zinsgeschäften ist das Volumen in allen Laufzeitbereichen bedingt durch die Übernahme der Verbundbank der ehemaligen WestLB angestiegen. Beim Zinsgeschäft beträgt der Anteil des kurzfristigen Laufzeitbereichs (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 21,6 % (2012: 22,3 %). Die moderate Volumenerhöhung bei den währungsrisikobehafteten Geschäften betrifft den kurzfristigen Laufzeitbereich.

Derivative Geschäfte des Nichthandelsbestands – Kontrahentengliederung –

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2013
Banken in der OECD	95.122	98.943	3.448	2.999
Banken außerhalb der OECD	17	19	0	3
Öffentliche Stellen in der OECD	31.578	36.944	1.253	395
Sonstige Kontrahenten	24.931	12.453	161	125
Summe	**151.648**	**148.359**	**4.862**	**3.522**

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken. Die Helaba schließt derivative Geschäfte vorwiegend mit OECD-Banken ab.

Der überwiegende Anteil der positiven Marktwerte und damit der Wiedereindeckungsrisiken konzentriert sich wie schon in den Vorjahren auf OECD-Banken.

Ein wesentlicher Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte sowie OTC-Transaktionen über zentrale Clearing-Stellen; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt der Anteil 95,9 %.

(33) Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands

Die Darstellung des Geschäfts mit derivativen Produkten erfolgt entsprechend den Publizitätsanforderungen gemäß § 285 Nr. 20 HGB in Verbindung mit § 36 RechKredV.

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte des Handels hat sich gegenüber dem Vorjahr um 5,1 % vermindert. Der Rückgang beruht größtenteils auf der Fälligkeit von börsengehandelten Zinstermin- und -optionskontrakten sowie Devisentermingeschäften. Das Volumen der aktienbezogenen Transaktionen hat sich durch die Übernahme des NRW-Verbundbank-Geschäfts weiter erhöht, das Volumen der Kreditderivate wurde leicht zurückgeführt.

Derivative Geschäfte des Handelsbestands – Darstellung der Volumina –

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2013
Zinsrisiken				
Zins-Swaps	261.131	255.022	6.571	7.735
Forward Rate Agreements	27.107	12.875	4	2
Zinsoptionen	23.907	21.551	835	712
Käufe	12.000	10.836	832	4
Verkäufe	11.907	10.715	3	708
Caps, Floors	17.825	23.207	122	87
Börsenkontrakte	28.932	59.755	10	3
Sonstige Zinstermingeschäfte	282	5	14	0
Zinsrisiken – insgesamt –	**359.184**	**372.415**	**7.556**	**8.539**
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	21.943	30.029	327	442
Währungs-Swaps/Zins-Währungs-Swaps	10.716	10.843	458	417
Devisenoptionen	775	1.718	26	26
Käufe	385	853	26	0
Verkäufe	390	865	0	26
Währungsrisiken – insgesamt –	**33.434**	**42.590**	**811**	**885**
Aktien- und sonstige Preisrisiken				
Aktienoptionen	2.104	1.311	96	73
Käufe	1.220	969	96	0
Verkäufe	884	342	0	73
Börsenkontrakte	867	705	20	25
Aktien- und sonstige Preisrisiken – insgesamt –	**2.971**	**2.016**	**116**	**98**
Kreditderivate				
Käufe	2.575	2.699	2	39
Verkäufe	2.548	2.754	41	1
Kreditderivate – insgesamt –	**5.123**	**5.453**	**43**	**40**
Rohwarenrisiken				
Rohwaren-Swaps	233	137	6	6
Rohwarenoptionen	182	142	2	2
Rohwarenrisiken – insgesamt –	415	279	8	8
Gesamtsumme	**401.127**	**422.753**	**8.534**	**9.570**

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateral-Vereinbarungen finden hier keine Berücksichtigung.

Positive Markt-/Barwerte, die als Indikator für die mit diesen Geschäften verbundenen potenziellen Adressenausfallrisiken dienen können, betragen 2,1 % des Nominalwerts (2012: 3,1 %).

Derivative Geschäfte des Handelsbestands – Fristengliederung –

in Mio. €

	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Kreditderivate		Rohwarenderivate	
Nominalwerte	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Restlaufzeiten:										
bis drei Monate	60.562	77.733	11.935	18.330	422	242	200	718	53	75
bis ein Jahr	70.276	68.495	9.526	10.383	767	709	408	1.172	172	82
bis fünf Jahre	119.225	121.467	9.424	11.259	1.663	1.052	4.460	3.436	125	96
über fünf Jahre	109.121	104.720	2.549	2.618	119	13	55	127	65	26
Summe	**359.184**	**372.415**	**33.434**	**42.590**	**2.971**	**2.016**	**5.123**	**5.453**	**415**	**279**

Bei Zinsgeschäften ist das Volumen im kurzfristigen Laufzeitbereich durch Fälligkeiten zurückgegangen, im mittel- und langfristigen Laufzeitbereich moderat gestiegen. Beim Zinsgeschäft beträgt der Anteil des kurzfristigen Laufzeitbereichs (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 36,4 % (2012: 39,3 %). Bei den aktienbezogenen Geschäften wurde das Volumen im kurz- und mittelfristigen Laufzeitbereich erhöht.

Derivative Geschäfte des Handelsbestands – Kontrahentengliederung –

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2013
Banken in der OECD	182.814	256.959	4.397	6.656
Banken außerhalb der OECD	–	–	–	–
Öffentliche Stellen in der OECD	38.579	40.840	1.718	1.667
Sonstige Kontrahenten	179.734	124.954	2.419	1.247
Summe	**401.127**	**422.753**	**8.534**	**9.570**

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken.

Der überwiegende Anteil der positiven Marktwerte und damit der Wiedereindeckungsrisiken konzentriert sich wie schon in den Vorjahren auf OECD-Banken.

Ein wesentlicher Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte sowie auf OTC-Transaktionen über zentrale Clearingstellen; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt der Anteil 70,0 %.

Der Anteil der Derivate des Handelsbestands am gesamten Derivatevolumen ist gegenüber dem Vorjahr mit 72,6 % leicht zurückgegangen (2012: 74,0 %).

Wie in den vergangenen Jahren bilden Zinskontrakte den Schwerpunkt der Handelstätigkeit. Hier entfallen 72,6 % des Gesamtbestands auf den Handelsbestand (2012: 74,2 %). Bei den Währungsrisiken betreffen 68,4 %, bei den Kreditderivaten 84,4 % der Kontrakte den Handelsbestand.

(34) Handelsprodukte

in Mio. €

	Aktiv		Passiv		Nettoertrag des Handelsbestands	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Derivative Finanzinstrumente						
Zinshandel	7.556	11.718	8.539	12.937	81	–276
Aktienhandel	116	209	98	86	18	–36
Devisenhandel	811	960	885	815	30	25
Kreditderivate	43	39	40	36	–6	27
Rohwaren	8	9	8	7	9	2
Forderungen/Verbindlichkeiten						
Schuldscheindarlehen	1.897	2.185	–	–	2	92
Tages- und Termingelder	779	2.296	20.905	17.488	–37	–191
Repos/Reverse Repos/Wertpapierleihe	396	752	254	1	0	0
begebene Geldmarktpapiere/ verbriefte Verbindlichkeiten	–	–	2.764	4.600	–12	–38
Sonstiges	198	196	105	166	–4	–5
Schuldverschreibungen, unter anderem festverzinsliche Wertpapiere	21.347	20.606	222	256	294	775
Aktien, unter anderem nicht festverzinsliche Wertpapiere	191	243	–	–	–5	45
Sonstiges						
Provisionen					–33	–29
Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e HGB					–34	–65
Summe	**33.342**	**39.213**	**33.820**	**36.392**	**303**	**326**

(35) Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB

Per 31. Dezember 2013 beträgt der Buchwert der in Bewertungseinheiten einbezogenen Wertpapiere 7.193 Mio. €.

Für nicht vollständig ausgeglichene Bewertungseffekte aus dem abgesicherten Risiko wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, für bonitätsinduzierte Wertminderungen der Grundgeschäfte wird eine Abschreibung vorgenommen. Im Berichtsjahr wurden keine Abschreibungen vorgenommen, es erfolgten Zuschreibungen.

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Bonitätsinduzierte Abschreibungen auf Wertpapiere	15	85
Drohverlustrückstellung für nicht vollständig ausgeglichene zinsinduzierte Bewertungseffekte	–1	–5

(36) Gliederung nach geographischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Posten Zinserträge, Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, Provisionserträge, Nettoertrag des Handelsbestands sowie Sonstige betriebliche Erträge verteilt sich auf die folgenden Märkte:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Inland	3.698	4.032
Europäische Union ohne Deutschland	360	255
Übriges Ausland	163	209

(37) Provisionserträge

Diese Position enthält im Wesentlichen Provisionserträge aus Bürgschaften und Garantien. Weitere Komponenten bilden Provisionserträge aus Dienstleistungen, die gegenüber Dritten für die Verwaltung und Vermittlung von Wertpapiergeschäften und sonstigen Bankdienstleistungen erbracht wurden.

(38) Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

In der Position Sonstige betriebliche Erträge werden in der Bank im Berichtsjahr unter anderem Erträge aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von 30 Mio. € (2012: 26 Mio. €), Erstattung von 24 Mio. € (2012: 0 Mio. €) sowie Kostenerstattungen aus Auftragsarbeiten für Dritte in Höhe von 13 Mio. € (2012: 14 Mio. €) ausgewiesen.

Der Aufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen beträgt 64 Mio. € (2012: 52 Mio. €). Die Aufwendungen für nicht eigengenutzte Gebäude belaufen sich im Berichtsjahr auf 10 Mio. € (2012: 7 Mio. €).

Der Posten enthält periodenfremde Erträge sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 42 Mio. € und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 1 Mio. €.

(39) Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorgen im Kreditgeschäft werden in dieser Position ausgewiesen. Beim Ausweis der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft haben wir von der Möglichkeit der Überkreuzkompensation gemäß § 340f HGB Gebrauch gemacht.

(40) Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis resultiert ausschließlich aus Rückstellungszuführungen, analog dem Vorjahr, in Höhe von 13 Mio. €. Die Bank macht von dem Wahlrecht Gebrauch, im Jahr 2013 für die Rückstellung für laufende Pensionen oder Anwartschaften auf Pensionen 1/15 des Unterschiedsbetrags aus der geänderten Rückstellungsbewertung aufgrund der erstmaligen Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) zuzuführen.

(41) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Ertragsteuern entfallen im Wesentlichen auf die Besteuerung der in Deutschland sowie in den USA (Niederlassung New York) steuerpflichtigen Ergebnisse.

(42) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen der Bank auf das gezeichnete Kapital bei 19 Gesellschaften in Höhe von insgesamt 37 Mio. €. Hiervon entfallen 8 Mio. € auf verbundene Unternehmen. Für drei Unternehmen besteht eine vertragliche Nachschusspflicht der Bank in Höhe von maximal 40 Mio. €.

Die Bank ist als unbeschränkt haftender Gesellschafter an der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main, und der Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Mainz, beteiligt.

Aus der Anwachsung der Tochterunternehmen hat die Bank als Rechtsnachfolgerin die Verpflichtungen der Tochterunternehmen übernommen.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. angehörender Gesellschafter. Für den Fall der Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandsschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich verpflichtet.

Den Sicherungseinrichtungen der deutschen Sparkassenorganisation ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Diese Sicherungseinrichtung hat institutssichernde Wirkung, das heißt, sie ist darauf angelegt, die angeschlossenen Institute selbst in ihrem Bestand zu schützen. Im Fall des Eintritts von Stützungsfällen besteht eine Nachschussverpflichtung.

Des Weiteren ist die Helaba dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen (SGVHT) angeschlossen. Er gewährleistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Helaba und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5 ‰ der Bemessungsgrundlage (anrechnungspflichtige Positionen gemäß der SolvV) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der SGVHT die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrags.

Bezüglich der Helaba Asset Services (vormals: Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International) sowie der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, trägt die Helaba dafür Sorge, dass die jeweilige Gesellschaft, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen kann.

Zur Abwicklung von Clearing-Geschäften sowie für außerbilanzielle Ziehungsrisiken waren Wertpapiere im Wert von 3,7 Mrd. € hinterlegt. Der Kurswert der Papiere für das besicherte Geldhandelsgeschäft betrug 0,3 Mrd. €. Nach ausländischen Bestimmungen waren Wertpapiere mit einem Kurswert von umgerechnet 1,5 Mrd. € als Sicherheitsleistung gebunden.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Falle der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH beziehungsweise der OFB Projektentwicklung GmbH (beides verbundene Unternehmen) deren Ausgleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Für den Fall, dass Kapitaleinlagen zurückgezahlt werden, können Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 205 Mio. € entstehen.

Weitere Verpflichtungen im Sinne des § 285 Nr. 3 HGB bestehen insbesondere aus langfristigen Immobilienmiet- und Leasingverträgen bankbetrieblich genutzter Immobilien. Für die von der Helaba mit Vertrags- beziehungsweise Kündigungsfristen von 2,5 bis zu 13,5 Jahren genutzten Immobilien sind für 2014 Zahlungsverpflichtungen für Miet- und Leasingraten in Höhe von 44,4 Mio. € zu erwarten. Sonstige finanzielle Verpflichtungen entstehen im geschäftsüblichen Rahmen zudem aus diversen Miet-, Nutzungs- und Serviceverträgen sowie aus Beratungsvereinbarungen.

Über das von der Helaba initiierte Asset-Backed-Commercial-Paper-Programm OPUSALPHA werden Forderungen aus der Geschäftstätigkeit von und für Kunden verbrieft. Neben den Kundentransaktionen befindet sich in OPUSALPHA ein ABS-Portfolio (verbriefte Forderungen mit einem beizulegenden Zeitwert von 71 Mio. € (2012: 90 Mio. €), das nach IAS 27/SIC 12 im Konzernabschluss konsolidiert wird, weil die Chancen und Risiken mehrheitlich der Helaba zustehen. Die für OPUSALPHA bereitgestellte Liquiditätslinie beträgt 2,4 Mrd. € (2012: 1,9 Mrd. €), davon sind am 31. Dezember 2013 2,0 Mrd. € (31. Dezember 2012: 1,4 Mrd. €) in Anspruch genommen.

Die Bank hat sich gegenüber mehreren Tochtergesellschaften mittels Freistellungserklärungen verpflichtet, diese aus Risiken aus bestimmten Rechtsgeschäften freizustellen.

Bei einem ausländischen Pensionsfonds für Pensionszusagen einer ausländischen Niederlassung besteht zum 31. Dezember 2013 nach lokalen Bewertungsmodalitäten eine Unterdeckung in Höhe von 7 Mio. €, die ab 2015 durch Einzahlungen in das korrespondierende Planvermögen zu begleichen ist. Dabei erfolgt ein regelmäßiger Abgleich zwischen den Planvermögenswerten nach Einzahlungen und den Auswirkungen aufgrund der Anpassung der lokalen Bewertungsparameter. Nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften beläuft sich der Verpflichtungsumfang der mittelbaren Pensionsverpflichtung (vor Berücksichtigung des bestehenden Planvermögens) auf 41 Mio. €.

Zum Bilanzstichtag bestehen Verpflichtungen aus bedingten und unbedingten Termingeschäften

- im Währungsbereich (Devisentermin- und -optionsgeschäfte, Währungs- und Zins-Währungs-Swaps),
- im Zinsbereich (Termin- und Optionsgeschäfte mit festverzinslichen Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, Forward Rate Agreements, Finanz-Swaps und Optionen darauf, Zins-Futures einschließlich Optionen auf diese Geschäfte sowie Zinsbegrenzungsvereinbarungen),
- im Bereich sonstiger Preisrisiken (Aktien- und Aktienindex-Terminkontrakte/-Optionen),
- im Bereich von Bonitätsrisiken (Kreditderivate),
- im Bereich von Rohwarenrisiken (Commodity Swaps und Optionen).

Unter Risikogesichtspunkten werden im Handelsbestand überwiegend geschlossene Positionen geführt, die sich aus verschiedenen Geschäftsarten zusammensetzen. Sofern derivative Instrumente im Nichthandelsbuch gehalten werden, dienen die Geschäfte im Wesentlichen der Absicherung von Marktrisiken auf der Zins- beziehungsweise Währungsseite.

(43) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Helaba werden Geschäfte mit nach § 285 Nr. 21 HGB als nahestehend anzusehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen. Ergänzend zu dem nach § 285 Nr. 21 HGB geforderten Mindestumfang berichten wir umfassend über die Geschäftsbeziehungen. Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns, dem SGVHT, dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen als Gesellschaftern sowie den Tochterunternehmen des SGVHT. Ebenso sind die Angaben zu den nach § 285 Nr. 21 HGB definierten Personen in Schlüsselpositionen der Helaba und des SGVHT einschließlich derer nahen Familienangehöriger sowie von diesen Personen beherrschter Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2013 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute	**2.081**	**2.668**
verbundene Unternehmen	1.997	2.624
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	4	4
Gesellschafter der Helaba	80	40
sonstige nahestehende Personen		
Forderungen an Kunden	**3.024**	**4.858**
verbundene Unternehmen	1.176	2.727
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	619	673
Gesellschafter der Helaba	1.140	1.458
sonstige nahestehende Personen	89	232
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	**2.545**	**1.818**
verbundene Unternehmen	2.294	1.299
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	2	–
Gesellschafter der Helaba	249	519
sonstige nahestehende Personen	–	–
Handelsaktiva	**977**	**814**
verbundene Unternehmen	0	0
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	–	20
Gesellschafter der Helaba	977	794
sonstige nahestehende Personen		
Beteiligungen	**31**	**38**
verbundene Unternehmen	–	–
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	31	38
Gesellschafter der Helaba	–	–
sonstige nahestehende Personen	–	–
Anteile an verbundenen Unternehmen	**1.832**	**1.954**
verbundene Unternehmen	1.832	1.954
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	–	–
Gesellschafter der Helaba	–	–
sonstige nahestehende Personen	–	–
Sonstige Aktivposten	**2**	**2**
verbundene Unternehmen	0	2
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	2	–
Gesellschafter der Helaba	–	–
sonstige nahestehende Personen	–	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**4.522**	**6.098**
verbundene Unternehmen	4.278	5.899
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	0	0
Gesellschafter der Helaba	244	199
sonstige nahestehende Personen	–	

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	**1.938**	**1.479**
verbundene Unternehmen	917	674
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	287	50
Gesellschafter der Helaba	730	751
sonstige nahestehende Personen	4	4
Handelspassiva	**3**	**31**
verbundene Unternehmen	0	6
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	3	6
Gesellschafter der Helaba	–	19
sonstige nahestehende Personen	–	
Sonstige Passivposten	**1**	**4**
verbundene Unternehmen	1	4
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	–	
Gesellschafter der Helaba	–	
sonstige nahestehende Personen	–	
Eventualverbindlichkeiten	**383**	**193**
verbundene Unternehmen	78	90
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	199	65
Gesellschafter der Helaba	37	38
sonstige nahestehende Personen	69	172

Auf Forderungen an Tochtergesellschaften und Gemeinschaftsunternehmen bestehen Wertberichtigungen in Höhe von 60 Mio. € (2012: 67 Mio. €).

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder in Höhe von 0,1 Mio. € (2012: 0,1 Mio. €) und Kredite an Verwaltungsratsmitglieder in Höhe von 1,5 Mio. € (2012: 1,7 Mio. €).

Die von der Bank gezahlten Gesamtbezüge des Vorstands beliefen sich auf 4,6 Mio. € (2012: 4,4 Mio. €). Dem Verwaltungsrat wurden 0,9 Mio. € (2012: 0,6 Mio. €) und den Beiräten wie im vorangegangenen Jahr 0,1 Mio. € vergütet. Darüber hinaus werden an die Mitglieder des Verwaltungsrats als Arbeitnehmer Bezüge in Höhe von insgesamt 2,6 Mio. € (2012: 2,0 Mio. €) gezahlt. An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden 3,0 Mio. € (2012: 3,0 Mio. €) gezahlt. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis waren 47,7 Mio. € (2012: 43,9 Mio. €) zurückgestellt.

(44) Beschäftigte im Jahresdurchschnitt

	Weiblich	Männlich	Gesamt
Bank	1.164	1.636	2.800
Landesbausparkasse	167	128	295
WIBank – Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen	241	175	416
Gesamtbank	1.572	1.939	3.511

(45) Organe der Bank

Verwaltungsrat

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning
Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– Erster stellvertretender
Vorsitzender –

Dr. Thomas Schäfer
Staatsminister
Hessisches Ministerium der
Finanzen
Wiesbaden
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –

Hans Martz
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Essen
Essen
– Dritter stellvertretender
Vorsitzender –

Franz Josef Schumann
Präsident
Sparkassenverband Saar
Saarbrücken
– Fünfter stellvertretender
Vorsitzender –
– bis 31. Dezember 2013 –

Prof. Dr. h. c. Ludwig G. Braun
Vorsitzender des Aufsichtsrats
B. Braun Melsungen AG
Melsungen

Ingo Buchholz
Vorsitzender des Vorstands
Kasseler Sparkasse
Kassel

Dirk Diedrichs
Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt

Georg Fahrenschon
Präsident
Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e. V.
Berlin

Peter Feldmann
Oberbürgermeister
Stadt Frankfurt am Main
Frankfurt am Main
– seit 13. März 2013 –

Robert Fischbach
Landrat
Kreis Marburg-Biedenkopf
Marburg

Volker Goldmann
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bochum
Bochum

Ulrich Heilmann
Vorsitzender des Vorstands
Kyffhäusersparkasse
Artern-Sondershausen
Sondershausen
– seit 13. März 2013 –

Bertram Hilgen
Oberbürgermeister
Stadt Kassel
Kassel
– seit 1. Juli 2013 –

Stefan Lauer
Idstein

Christoph Matschie
Minister
Thüringer Minister für Bildung,
Wissenschaft und Kultur
Erfurt

Gerhard Möller
Oberbürgermeister
Stadt Fulda
Fulda

Frank Nickel
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Clemens Reif
Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Stefan Reuß
Landrat
Werra-Meißner-Kreis
Eschwege

Thorsten Schäfer-Gümbel
Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Wolfgang Schuster
Landrat
Lahn-Dill-Kreis
Wetzlar

Dr. Eric Tjarks
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bensheim
Bensheim

Egon Vaupel
Oberbürgermeister
Stadt Marburg
Marburg
– bis 30. Juni 2013 –

Thomas Wagner
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Altenburger Land
Altenburg
– bis 28. Februar 2013 –

Alfred Weber
Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Saalfeld-
Rudolstadt
Saalfeld

Stephan Ziegler
Vorsitzender des Vorstands
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden

Ulrich Zinn
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Grünberg
Grünberg

Arnd Zinnhardt
Mitglied des Vorstands
Software AG
Darmstadt

Von der Belegschaft entsandt

Thorsten Derlitzki
Bankangestellter
Frankfurt am Main
– Vierter stellvertretender Vorsitzender –

Frank Beck
Bankprokurist
Frankfurt am Main

Brigitte Berle
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Isolde Burhenne
Stellvertretende Abteilungsdirektorin
Frankfurt am Main

Wilfried Carl
Stellvertretender Abteilungsdirektor
Kassel
– bis 20. Februar 2013 –

Gabriele Fuchs
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Anke Glombik
Bankprokuristin
Erfurt
– bis 20. Februar 2013 –

Thorsten Kiwitz
Stellvertretender Abteilungsdirektor
Frankfurt am Main

Christiane Kutil-Bleibaum
Abteilungsdirektorin
Düsseldorf
– seit 21. Februar 2013 –

Annette Langner
Bankprokuristin
Frankfurt am Main

Susanne Lorra
Bankprokuristin
Düsseldorf
– seit 21. Februar 2013 –

Susanne Noll
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Hans Peschka
Stellvertretender Abteilungsdirektor
Frankfurt am Main

Erich Roth
Bankangestellter
Frankfurt am Main

Birgit Sahliger-Rasper
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Wolf-Dieter Tesch
Stellvertretender Bankdirektor
Frankfurt am Main

Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats (bis 30. November 2013 Kreditausschuss)

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning
Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– Stellvertretender Vorsitzender –

Thorsten Derlitzki
Bankangestellter
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main

Volker Goldmann
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bochum
Bochum

Claus Kaminsky
Oberbürgermeister
Stadt Hanau
Hanau
– bis 19. September 2013 –

Frank Lortz
Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Hans Martz
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Essen
Essen

Gerhard Möller
Oberbürgermeister
Stadt Fulda
Fulda

Siegmar Müller
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Germersheim-Kandel
Kandel

Frank Nickel
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Honorargeneralkonsul
Dirk Pfeil
Unternehmensberater
Frankfurt am Main

Clemens Reif
Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis
Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied
Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e. V.
Berlin

Fritz Schröter
Mitglied des Thüringer
Landtages
Erfurt

Wolfgang Schuster
Landrat
Lahn-Dill-Kreis
Wetzlar
– seit 1. Oktober 2013 –

Alfred Weber
Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Saalfeld-
Rudolstadt
Saalfeld

Ulrich Zinn
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Grünberg
Grünberg

Prüfungsausschuss des Verwaltungsrats
(bis 30. November 2013 Bilanzprüfungsausschuss des Verwaltungsrats)

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Stephan Ziegler
Vorsitzender des Vorstands
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden
– Erster stellvertretender
Vorsitzender –

Hans Peschka
Stellvertretender
Abteilungsdirektor
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –

Frank Beck
Bankprokurist
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main

Brigitte Berle
Bankangestellte
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main
– bis 30. November 2013 –

Dirk Diedrichs
Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt

Dr. Werner Henning
Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt

Christiane Kutil-Bleibaum
Abteilungsdirektorin
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Düsseldorf
– seit 1. Dezember 2013 –

Frank Nickel
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Dr. Thomas Schäfer
Staatsminister
Hessisches Ministerium der
Finanzen
Wiesbaden

Alexander Wüerst
Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Köln
Köln

Der Verwaltungsrat hat außerdem im Rahmen seiner Befugnisse Aufgaben an einen Personal- und Vergütungskontrollausschuss, Bauausschuss, Beteiligungsausschuss sowie Nominierungsausschuss übertragen.

Vorstand

Hans-Dieter Brenner
– Vorsitzender –

Jürgen Fenk

Thomas Groß

Dr. Detlef Hosemann

Rainer Krick

Dr. Norbert Schraad

(46) Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 285 Nr. 11 und § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB.

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte %	Eigenkapital Tsd. €	Ergebnis Tsd. €	
1	1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH, Frankfurt am Main	100,00			7.100	0	1)
2	AARON Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i. L., Oberursel	50,00	50,00		–2.064	–13	
3	Aeskulap Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			31	–56	1)
4	AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			24	1	
5	AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Frankfurt am Main	100,00			–18	7	
6	Airport Office One GmbH & Co. KG, Schönefeld	100,00			14	–5	
7	Arealogics GmbH, Frankfurt am Main	50,00			13	0	
8	BGT-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		26	0	1)
9	BHT Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland-beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Bauhof Maintal KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	625	77	
10	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland-beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		7.980	798	
11	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland-beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt GZH Gemeindezentrum Hünstetten KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		744	113	
12	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland-beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt MGK Marstall-Gebäude Kassel KG, Kassel	50,00	50,00	66,67	331	45	
13	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbe-schaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Sparkassenfiliale Seeheim-Jugenheim KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1.262	158	
14	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland-beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt TFK II Tiefgarage Kassel 2. BA KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	1.190	198	
15	BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH, Kassel	100,00			46	0	1)
16	BIL Leasing GmbH & Co. Objekt Verwaltungsgebäude Halle KG, München	100,00		0,21	–441	3	
17	BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1.017	670	
18	Brillant Verwaltungsgesellschaft mbH i. L., Düsseldorf	100,00	100,00		24	0	
19	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	21,25	21,25		14.863	1.263	
20	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	31,50	31,50		21.239	1.762	
21	Bürogebäude Darmstädter Landstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		161	–3	
22	BWT Beteiligungsgesellschaft für den Wirtschaftsaufbau Thüringens mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5.276	27	
23	CAMPANULA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	33,33			–4.406	–675	

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß §16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte %	Eigenkapital Tsd. €	Ergebnis Tsd. €	
24	CEREUS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co Vermietungs KG, Pullach	33,33			2.796	–477	
25	CORDELIA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	90,00			25	0	1)
26	CORPUS SIREO Holding GmbH, Köln	25,00			271	17	
27	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln	25,00			130.050	32.871	
28	CP Campus Projekte GmbH, Frankfurt am Main	50,00			327	–108	
29	Div Deutsche Immobilienfonds Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			52	0	
30	DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam	94,89			36.746	1.969	
31	EGERIA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	90,00			25	0	1)
32	Einkaufszentrum Wittenberg GmbH, Leipzig	50,00			–1.120	37	
33	Erste ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			–40	–65	
34	Erste OFB Berlin Projekt GmbH & Co. KG, Berlin	100,00			k. A.	k. A.	
35	Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG, Kriftel	100,00			70.406	–10	
36	Fachmarktzentrum Fulda GmbH & Co. KG, Fulda	100,00			722	664	1)
37	FAM-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		158	8	
38	Fellnerstraße 5 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			85	–1	
39	FMZ Fulda Verwaltung GmbH, Fulda	100,00			25	92	
40	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	100,00			9.848	47	
41	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	100,00	100,00		99.878	3.073	
42	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	100,00	100,00		770.744	60.000	
43	Franziskanerhof Bonn GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			108	81	
44	Franziskanerhof Bonn Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			27	0	
45	FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			210	0	1)
46	G & O Alpha Hotelentwicklung GmbH, Eschborn	50,00			89	–192	
47	G & O Alpha Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			37	1	
48	G & O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Eschborn	50,00			77	8	
49	G & O Baufeld Alpha 2. BA GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			376	–4	
50	G & O Gateway Gardens Dritte GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			13	0	
51	G & O Gateway Gardens Erste GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			955	311	
52	G & O Verwaltungsgesellschaft mbH, Eschborn	50,00			22	1	
53	G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	100,00			23.417	0	1)
54	Galerie Lippe GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	78,00			–729	–766	
55	gatelands Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Schönefeld, OT Waltersdorf	75,00			–555	–194	
56	gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	75,00			34	3	
57	GbR VÖB-ImmobilienAnalyse, Bonn	0,00		20,00	k. A.	k. A.	
58	GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH, Erfurt	100,00			256	0	1)
59	GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00			282	0	1)

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß §16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte %	Eigenkapital Tsd. €	Ergebnis Tsd. €	
60	GIMPRO Beteiligungs- und Geschäftsführungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			184	3	
61	GOB Dritte E & A Grundbesitz GmbH, Eschborn	47,00			–2.527	–296	
62	GOB Projektentwicklungsgesellschaft E & A mbH, Eschborn	50,00			31	2	
63	GOB Werfthaus GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			105	0	
64	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33			6.683	–121	
65	Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR, Frankfurt am Main	100,00			71	39	
66	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH, Frankfurt am Main	100,00			47	–14	
67	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG, Frankfurt am Main	100,00			277	312	
68	GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Frankfurt am Main	100,00	5,10		65.673	4.819	1)
69	GWH Bauprojekte GmbH, Frankfurt am Main	100,00			2.638	0	1)
70	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		949.854	0	1)
71	GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	100,00			363.888	55.402	
72	HaemoSys GmbH, Jena	38,33			–4.841	–524	
73	Hafenbogen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1.824	–538	
74	HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	49,34	49,34		22.829	0	
75	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG, Pullach	39,69			16.768	312	
76	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG, Pullach	57,97			17.820	230	
77	HANNOVER LEASING Private Invest Beteiligungs GmbH, Pullach	100,00			48.659	–703	
78	HANNOVER LEASING Private Invest II GmbH & Co. KG, Pullach	91,25			51.432	–72	
79	HANNOVER LEASING Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	49,34	49,34		52	3	
80	HANNOVER LEASING Wachstumswerte Asien 1 GmbH & Co. KG, Pullach	53,85			28.510	3.397	
81	Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			30	–89	
82	Haus am Zentralen Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5.838	353	
83	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	100,00	100,00		158.527	10.255	
84	Helaba Gesellschaft für Immobilienbewertung mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		225	0	1)
85	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	100,00	100,00		5.375	185	
86	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		13.000	0	1)
87	Helaba Projektbeteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3.083	2.195	
88	Helaba-Assekuranz-Vermittlungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		466	334	
89	HELY Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		27	0	
90	HELY Immobilien GmbH & Co. Grundstücksgesellschaft KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00		–552	15.232	

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß §16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte %	Eigenkapital Tsd. €	Ergebnis Tsd. €	
91	Hessen Kapital I GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		34.719	75	
92	Hessen Kapital II GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5.224	306	
93	Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel	37,11	37,11		52.605	1.202	
94	HeWiPPP II GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			2.462	9	
95	Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Mainz	95,00	95,00	24,00	11.036	1.655	
96	Horus Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Pöcking	50,00			–2.397	–1.133	
97	HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		108	6	
98	IHB Investitions- und Handels-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main	100,00	100,00		2.978	–3	
99	IKT Westhafen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			132	68	
100	Innovationsfonds Hessen-Verwaltungsgesellschaft mbH i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		84	2	
101	Intelligent Crop Forecasting GmbH i. I., Darmstadt	27,67			k. A.	k. A.	
102	Kalypso Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			25	0	
103	KHR Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Kulturhalle Rödermark KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	1.856	342	
104	Königstor Verwaltungs-GmbH, Kassel	100,00			k. A.	k. A.	
105	Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			23	–2	
106	Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			–4.291	–1.111	
107	Kornmarkt Arkaden Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			27	1	
108	Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			23	–2	
109	Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			23	–2	
110	LB(Swiss) Investment AG, Zürich, Schweiz	100,00			8.749	1.185	
111	LBS Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		2.218	253	
112	LHT MSIP, LLC, Wilmington, USA	100,00			4.740	292	
113	LHT Power Three LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00		43.916	–453	
114	LHT TCW, LLC, Wilmington, USA	100,00			18.413	1.116	
115	LHT TPF II, LLC, Wilmington, USA	100,00			16.947	416	
116	Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs KG, Mainz	21,62			1.710	1.333	
117	Logistikzentrum Rodgau GmbH, Schönefeld	25,00			–112	339	
118	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			95	6	
119	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH & Co. Bad Homburg v. d. H. KG, Frankfurt am Main	50,00			342	48	
120	MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			25	0	1)
121	MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH, Frankfurt am Main	99,99			4.758	325	
122	MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	32,52	32,52		8.191	999	
123	Merian GmbH Wohnungsunternehmen, Frankfurt am Main	90,70			19.648	1.058	

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß §16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte %	Eigenkapital Tsd. €	Ergebnis Tsd. €	
124	MIG Immobiliengesellschaft mbH i. L., Mainz	22,73	22,73		20	–13	
125	Mittelhessenfonds GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		–2.311	–908	
126	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	38,56	38,56		19.795	960	
127	Montindu S.A./N.V., Brüssel, Belgien	100,00	99,97		4.500	–8	
128	Multi Park Mönchhof Dritte GmbH & Co. KG, Walldorf/Baden	50,00			31	76	
129	Multi Park Mönchhof GmbH & Co. KG, Walldorf/Baden	50,00			29	–11	
130	Multi Park Verwaltungs GmbH, Walldorf/Baden	50,00			27	–1	
131	Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			–70	–69	
132	Nötzli, Mai & Partner Family Office AG, Zürich, Schweiz	100,00			328	0	
133	OFB & Procom Einzelhandelsentwickung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			24	0	
134	OFB & Procom Objekt Neu-Ulm GmbH & Co. KG, Neu-Ulm	50,00			–704	–729	
135	OFB & Procom Rüdesheim GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			–9	–3	
136	OFB Berlin Projekt GmbH, Berlin	100,00			k. A.	k. A.	
137	OFB Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,00			5.341	463	
138	OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1.080	0	1)
139	OFB Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00			24	–1	
140	Office One Verwaltung GmbH, Schönefeld	100,00			27	3	
141	Palladium Praha s.r.o., Praha 1, Tschechien	83,00			–101.031	–739	
142	Projekt Feuerbachstraße Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	70,00			27	3	
143	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			k. A.	k. A.	
144	Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG, Kassel	100,00			–188	–357	
145	Projektentwicklung Lutherplatz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			k. A.	k. A.	
146	Projektentwickungs-GmbH & Co. Schule an der Wascherde KG, Kassel	100,00			–62	124	
147	Projektgesellschaft Darmstadt Goethestraße 36 mbH & Co. Bauträger KG i. L., Frankfurt am Main	51,00			53	–11	
148	Projektgesellschaft Darmstadt Goethestraße 36 mbH i. L., Frankfurt am Main	51,00			28	1	
149	Projektgesellschaft Eichplatz Jena mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			10	–2	
150	PVG GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		25	0	1)
151	Riedemannweg 59–60 GbR, Berlin	32,00	32,00		–4.382	149	
152	Rotunde – Besitz- und Betriebsgesellschaft der S-Finanzgruppe bR, Erfurt	60,00	60,00	33,00	345	89	
153	S-Beteiligungsgesellschaft Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6.106	45	
154	Schlossgalerie Eschwege GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			144	21	
155	SKYGARDEN Arnulfpark Verwaltungs GmbH, Grünwald	50,00			14	–1	
156	sono west Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	70,00			9.422	–124	

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß §16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte %	Eigenkapital Tsd. €	Ergebnis Tsd. €	
157	Sparkassen Markt Service GmbH, Darmstadt	50,00			5.042	154	
158	SQO Stadt Quartier Offenburg GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			25	0	
159	STRATUS Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	94,80			–6.947	288	
160	Stresemannquartier GmbH & Co. KG, Berlin	50,00			5.192	–221	
161	TE Beta GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		325	106	
162	TE Gamma GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		26	7	
163	TE Kronos GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		42	3	
164	TF H Technologie-Finanzierungsfonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TF H GmbH), Frankfurt am Main	66,67	66,67	66,66	2.353	566	
165	TFK Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Tiefgarage Friedrichsplatz Kassel KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	1.411	139	
166	Unterstützungseinrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		26	0	1)
167	Vermögensverwaltung „Emaillierwerk“ GmbH, Fulda	100,00			269	–47	
168	Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH, Frankfurt am Main	100,00			260	0	1)
169	Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			–27	–51	
170	Verso Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			21	1	
171	Vierte Airport Bureau-Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH & Co., Berlin	31,98	31,98		–2.354	–427	
172	Westhafen Haus GmbH & Co. Projektentwicklungs-KG, Frankfurt am Main	50,00			–192	–41	
173	Westhafen-Gelände Frankfurt am Main GbR, Frankfurt am Main	0,00		33,33	61	–1	
174	Westhafenkontor GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			–2	317	
175	WoWi Media GmbH & Co. KG, Hamburg	23,72		19,24	6.758	6.511	
176	Zweite ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			–13	–38	
177	Zweite OFB Berlin Projekt GmbH & Co. KG, Berlin	100,00			k. A.	k. A.	

1) Die Gesellschaft führt ihr Jahresergebnis aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags ab.
k. A.: Es liegt kein festgestellter Jahresabschluss vor.

(47) Liste der Mandate in Aufsichtsgremien gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Mandate der Vorstandsmitglieder

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Hans-Dieter Brenner	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Präsident
	Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Jürgen Fenk	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Thomas Groß	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Detlef Hosemann	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Erster stellvertretender Vorsitzender
	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Mitglied
Rainer Krick	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender

Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Jörg Hartmann	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dirk Mewesen	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Vorsitzender
Gottfried Milde	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungs-gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Klaus-Jörg Mulfinger	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Vorsitzender
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Mitglied
Dr. Michael Reckhard	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied
Klaus Georg Schmidbauer	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied
Lothar Steinborn-Reetz	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Mitglied

Frankfurt am Main/Erfurt, den 25. Februar 2014

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner Fenk Groß

Dr. Hosemann Krick Dr. Schraad

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale beschrieben sind."

Frankfurt am Main/Erfurt, den 25. Februar 2014

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner	Fenk	Groß
Dr. Hosemann	Krick	Dr. Schraad

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 25. Februar 2014

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Markus Burghardt
Wirtschaftsprüfer

Wolfgang Weigel
Wirtschaftsprüfer

Anhang B

Finanzangaben der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale 2012 auf Konzernebene

Konzernlagebericht

86 Geschäfts- und Rahmenbedingungen
94 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
103 Chancen- und Risikobericht
138 Nachtragsbericht
138 Prognosebericht

Konzernlagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Geschäftstätigkeit des Konzerns
Die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) weist in den letzten Jahren trotz der Belastungen aus der Finanz- und staatlichen Schuldenkrise in der Eurozone eine stabile Geschäfts- und Ertragsentwicklung auf. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren hierfür sind:

- das konzernweit angelegte strategische Geschäftsmodell einer integrierten Universalbank mit starkem regionalen Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die Sparkassenorganisation,
- ein konservatives Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement und einer soliden Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung,
- eine starke Verankerung im Kundengeschäft und eine enge Verzahnung mit der Realwirtschaft,
- ein langfristig angelegtes Liquiditätsmanagement sowie
- ein hoher Stellenwert des Sparkassenverbund- und des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts.

Von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell der Helaba sind ihre öffentlich-rechtliche Rechtsform, der hohe Trägeranteil der Sparkassenorganisation sowie die Beibehaltung und der Ausbau ihrer Aktivitäten im Verbund- und öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäft. Das strategische Geschäftsmodell der Helaba basiert auf den drei Unternehmenssparten Großkundengeschäft, Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft sowie öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft. Die Geschäftsaktivitäten erfolgen zum einen unmittelbar aus den beiden Bankzentralen in Frankfurt am Main und Erfurt sowie den in- und ausländischen Niederlassungen, Repräsentanzen und Vertriebsbüros, zum anderen über Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Zum 1. Juli 2012 hat die Helaba mit der Übernahme der aus der WestLB abgespaltenen NRW-Verbundbank zur Betreuung der Verbund- und Zielkunden in Nordrhein-Westfalen am Standort Düsseldorf eine Niederlassung errichtet. Aufbauorganisatorisch und in der Geschäftssteuerung gilt mit Ausnahme des Tochterinstituts Frankfurter Sparkasse das Prinzip der konzernweiten Divisionalisierung.

Die Helaba konzentriert ihre Geschäftsaktivitäten in der Unternehmenssparte Großkundengeschäft auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften, Global Markets, Asset Management und das Transaktionsgeschäft. Vertriebsseitig verfolgt die Helaba eine Doppelstrategie zum einen gegenüber Produktkunden aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend durch Ausrichtung des Kundenvertriebs auf Zielkunden im Bereich von Großunternehmen und des gehobenen Mittelstandes, institutionellen Kunden sowie inländischen öffentlichen Gebietskörperschaften und kommunalnahen Unternehmen. Hinzu kommt die unmittelbare Marktpräsenz über Niederlassungen in London, Paris und New York sowie über Auslandsrepräsentanzen in Madrid, Moskau und Shanghai.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba das strategische Ziel, ihre Position als eine führende Sparkassenverbundbank für Deutschland zu stärken. In Hessen-Thüringen bilden die Helaba und die Verbundsparkassen die Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen mit dem Geschäftsmodell der „wirtschaftlichen Einheit“ und einem gemeinsamen Verbund-Rating. In Nordrhein-Westfalen wurden mit den Sparkassen und ihren Verbänden im Sommer 2012 umfangreiche Kooperations- und Geschäftsvereinbarungen getroffen. Mit den Sparkassen in Brandenburg bestehen ebenfalls Kooperationsvereinbarungen zur vertrieblichen Zusammenarbeit. Die Kooperationsvereinbarungen mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg ergänzen das Verbundkonzept der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen, das unverändert fortbesteht. Im Zusammenhang mit der Übernahme der NRW-Verbundbank im Sommer 2012 wurde der Helaba durch die beiden Finanzministerien die Sparkassenzentralbankfunktion für die Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und in Brandenburg übertragen. Die Helaba ist nunmehr Verbundbank für 166 Sparkassen in vier Bundesländern und damit rund 40 % aller Sparkassen in Deutschland. Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen ist die Helaba in beiden Bundesländern Marktführer im Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, eine 100 %ige und vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Helaba in öffentlicher Rechtsform, ist mit über 800.000 Kunden die führende Retailbank in der Region Frankfurt am Main und mit der 1822direkt im nationalen Direktbankgeschäft tätig. Durch die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und deren 100 %-Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG deckt die Helaba ihr Angebot für Sparkassen im Segment Private Banking, Wealth Management und Vermögensverwaltung ab.

In der Unternehmenssparte öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft ist die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) – als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba – mit der Verwaltung öffentlicher Förderprogramme des Landes Hessen betraut. Für die WIBank, die von der Körperschafts- und Gewerbesteuer befreit ist, besteht in Übereinstimmung mit EU-Recht eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Die Helaba ist darüber hinaus an zahlreichen anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen, insbesondere an Bürgschaftsbanken und mittelständischen Beteiligungsgesellschaften, beteiligt. Der Thüringer Aufbaubank hat die Helaba ein Nachrangdarlehen in Höhe von 40 Mio. € gewährt.

Eigentümer, Kapitalausstattung und Organe der Bank

Im Zuge der Übernahme der NRW-Verbundbank hat die Helaba zum 4. Juli 2012 mit dem Rheinischen Sparkassen- und Giroverband, dem Sparkassenverband Westfalen-Lippe sowie zwei Treuhandgesellschaften der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen beziehungsweise der regionalen Sparkassenstützungsfonds der deutschen Sparkassen vier neue Träger aufgenommen. Die neuen Träger haben sich mit einer Bareinlage in Höhe von 1 Mrd. € an der Helaba beteiligt. Das bisherige Stammkapital der Helaba wurde dabei von 477 Mio. € auf 589 Mio. € erhöht. Die Kapitalrücklagen wurden im Rahmen dieser Einzahlung um 888 Mio. € gestärkt. Damit hat sich der Trägeranteil der Sparkassenorganisation an der Helaba auf 88 % (vorher: 85 %) erhöht. Die beiden Bundesländer Hessen (8 %) und Thüringen (4 %) halten Anteile von zusammen 12 %.

Trägerstruktur der Helaba zum 31. Dezember 2012

Zusammensetzung Stammkapital	Betrag in Mio. €	Anteil in %
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	405	68,85
Land Hessen	48	8,10
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	28	4,75
Sparkassenverband Westfalen-Lippe	28	4,75
Fides Beta GmbH	28	4,75
Fides Alpha GmbH	28	4,75
Freistaat Thüringen	24	4,05
Gesamt	**589**	**100,00**

Die Helaba ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main und Erfurt. Die Organe der Bank sind neben dem Vorstand die Trägerversammlung, in der die Eigentümer vertreten sind, und der Verwaltungsrat, der die Aufsichtsfunktion ausübt.

Seitens der drei führenden Rating-Agenturen Moody's Investors Service (Moody's), FitchRatings (Fitch) und Standard & Poor's (S&P) verfügt die Helaba über folgende Ratings für nicht der Gewährträgerhaftung unterliegende Verbindlichkeiten (Stand: 20. März 2013):

	Moody's	Fitch	S&P
Langfristig (unbesichert)	A2	A+*	A*
Kurzfristig (unbesichert)	P–1	F1+*	A–1*
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa	AAA	–
Hypothekenpfandbriefe	–	AAA	–
Finanzkraft-/Viability-Rating	D+	a+*	–

* Gemeinsames Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Alle drei Rating-Agenturen haben die Ratings der Helaba nach der Mitte 2012 erfolgten Übernahme der NRW-Verbundbank bestätigt. Die für die Helaba und die Sparkassen in Hessen und Thüringen von Fitch und S&P vergebenen Verbund-Ratings basieren auf dem gemeinsamen Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen sowie den satzungsrechtlich verankerten institutionellen, haftungsmäßigen und wirtschaftlichen Regelungen. Das S&P-Rating für öffentliche Pfandbriefe wurde am 4. Dezember 2012 mit „AAA" bestätigt. Im Zuge einer generellen Überprüfung der Rating-Kosten hat die Helaba das S&P-Rating für öffentliche Pfandbriefe gekündigt. Die Helaba gehört im Marktvergleich bei den drei Rating-Agenturen unverändert zu den deutschen Kreditinstituten mit den höchsten Bonitätseinstufungen.

Die teilrechtsfähige, im öffentlichen Fördergeschäft tätige WIBank, für die gesetzlich die Gewährträgerhaftung des Landes Hessen gilt, verfügt seit November 2012 bei S&P über ein „AA"-Rating für langfristige, unbesicherte Verbindlichkeiten.

Steuerungsinstrumentarium und nicht finanzielle Leistungsindikatoren
Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäfts- und Produktivitätssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung, mit der sowohl Neugeschäfte barwertig bewertet werden als auch das Ergebnis des Bestandes periodengerecht abgebildet wird. Die einzelgeschäftliche Steuerung wird dabei für definierte Kernportfolios des Konzerns angewendet und durch weitere Steuerungskreise komplettiert. In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Bilanz- und GuV-Planung abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitragsschema werden für die verschiedenen Ergebniskomponenten Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt. Zur Überwachung der Budgetkompetenzen werden den Geschäftseinheiten zeitnah detaillierte Berichte zur Budgetauslastung zur Verfügung gestellt. Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Helaba. Ein breites Spektrum von Maßnahmen zur Mitarbeiterförderung trägt wesentlich zur Attraktivität der Helaba als Arbeitgeber bei. Aufgrund eines qualifizierten Personalmanagementsystems werden Potenziale der Mitarbeiter erkannt sowie zielgerichtet entwickelt und gefördert. Individuelle Weiterbildungsmaßnahmen stellen sicher, dass die Mitarbeiter den sich wandelnden Herausforderungen gewachsen sind. Auch die Nachwuchsförderung trägt dazu bei, dass rund die Hälfte der offenen Stellen durch interne Mitarbeiter besetzt werden kann. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger Krankenstand bestätigen die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiter.

Das Vergütungssystem der Helaba steht im Einklang mit den Strategien der Helaba. Es ist so ausgestaltet, dass keine Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken bestehen und Interessenkonflikte ausgeschlossen sind. Anhand von Planwerten und auf der Grundlage des Gesamtbankergebnisses legt der Vorstand unter Berücksichtigung von Liquiditätserfordernissen und eventuell erforderlicher Eigenkapitaldotierung das Gesamtbankbudget für die variable Vergütung fest. Dieses wird bei den Produkt- und Vertriebsbereichen im Mehrjahresvergleich anhand von Ergebnissen der Deckungsbeitragsrechnung und der Planerreichung zugeordnet, bei den Corporate Center-Bereichen in Abhängigkeit vom Ergebnis der Gesamtbank. Die Festgehälter orientieren sich an den Markterfordernissen. Das Vergütungssystem der Helaba entspricht damit den europäischen Richtlinien sowie der Instituts-Vergütungsverordnung und geht konform mit der Risikostruktur der Bank.

Als regional verankertes Kreditinstitut mit öffentlich-rechtlicher Rechtsform übernimmt die Helaba – über ihre kreditwirtschaftlichen Aufgaben und Zielsetzungen hinaus – gesellschaftliche Verantwortung, insbesondere in den Bundesländern Hessen und Thüringen. Die Bank ist direkt beziehungsweise über ihr Tochterinstitut Frankfurter Sparkasse als Sponsor in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens engagiert und fördert herausragende Projekte in Kultur, Bildung, Umwelt, Sport und Sozialwesen. Die Helaba und die Frankfurter Sparkasse gehören zu den Gründungsmitgliedern des von führenden Finanzunternehmen getragenen Vereins „Frankfurt Main Finance e. V.“, dessen Ziel in der Förderung des internationalen Standortmarketings des Finanzplatzes Frankfurt am Main besteht.
In ihrer Geschäftsstrategie hat sich die Helaba zur nachhaltigen Ausrichtung ihrer Geschäftstätigkeit und zur Stärkung ihres Nachhaltigkeitsprofils verpflichtet, unter anderem verzichtet sie explizit

auf Spekulationsgeschäfte mit Agrarrohstoffen und auf die Entwicklung von Investmentprodukten mit Bezug zu solchen Rohstoffen. Dem MAIN TOWER, dem Hauptgebäude der Helaba am Standort Frankfurt am Main, wurde nach den Standards von „Leadership in Energy and Environmental Design (LEED)“ im Jahr 2011 die Auszeichnung „LEED Gold“ als umweltfreundliches, ressourcenschonendes und nachhaltiges Gebäude verliehen. Die Frankfurter Sparkasse verfügt über ein validiertes Umweltmanagementsystem gemäß Verordnung (EG) Nr. 76/2001 (EMAS II) und nach DIN EN ISO 14001. Ihr gemeinsames Engagement auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit bringen Helaba und Frankfurter Sparkasse durch den Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien zum Ausdruck. Beide Institute gehören auch zu den Unterzeichnern der „Charta der Vielfalt“, einer Selbstverpflichtungserklärung von Unternehmen zu einer vorurteils- und diskriminierungsfreien Unternehmenskultur.

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen
Die deutsche Wirtschaft startete lebhaft in das Jahr 2012. Im Jahresverlauf kam es allerdings aufgrund der Abschwächung in den Schwellenländern und der europäischen Verschuldungskrise zu einer spürbaren Verlangsamung der Wirtschaftsdynamik. Im Schlussquartal schrumpfte die Wirtschaftsleistung dann sogar. Mit einem Wachstum von preis- und kalenderbereinigt knapp 1 % konnte sich Deutschland 2012 aber deutlich von der Eurozone absetzen, deren Bruttoinlandsprodukt zurückging. Den stärksten Wachstumsbeitrag lieferte in Deutschland der Außenhandel, da die Importe schrumpften und die Exporte moderat gestiegen sind. Der Konsum zog etwa im Tempo der gesamtwirtschaftlichen Leistung an, während sowohl von den Ausrüstungs- als auch von den Bauinvestitionen negative Impulse kamen. In den Peripheriestaaten der Eurozone setzten sich die Anpassungsprozesse fort. Notwendige Sparprogramme und Wirtschaftsreformen führten dort zum Teil zu einer deutlich sinkenden Wirtschaftsleistung. Die US-Wirtschaft erreichte trotz eines schwachen Schlussquartals und der Unsicherheit über den fiskalpolitischen Kurs ein Wirtschaftswachstum von mehr als 2 %.

Das Wettbewerbsumfeld der deutschen Kreditwirtschaft ist durch ein anhaltendes historisches Niedrigzinsniveau, ein sich deutlich veränderndes regulatorisches Umfeld, den Marktaustritt einzelner Banken sowie strukturelle Anpassungsprozesse in den Geschäftsmodellen zahlreicher Kreditinstitute geprägt. Hinzu kommen Herabstufungen in den externen Ratings für zahlreiche Marktteilnehmer. Während sich in einzelnen Geschäftsfeldern, insbesondere im Retail Banking sowie im Mittelstandsgeschäft, der Wettbewerbsdruck deutlich verschärft, haben sich insbesondere im langfristigen Kredit- und Projektfinanzierungsgeschäft Wettbewerber, auch aus dem Ausland, zurückgezogen. Hierdurch ergeben sich für Kreditinstitute mit stabilen Refinanzierungsstrukturen und Fokussierung auf einzelne Kerngeschäftsfelder Möglichkeiten zur Stärkung und zum Ausbau von Marktpositionen. Die Veränderungen in den regulatorischen Rahmenbedingungen führen strukturell zu einer Absenkung der Rentabilität des gesamten Bankensektors und damit der Rücknahme von Rentabilitätszielen.

Zu den wesentlichen Herausforderungen der Bankenregulierung gehören:

- Eigenkapital und Liquidität (Basel III/CRD IV)

Bereits im Dezember 2010 hat der Baseler Ausschuss der Notenbankgouverneure und Leiter der Aufsichtsbehörden die Vorschläge der künftigen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen („Basel III“) veröffentlicht. Innerhalb der EU sollen die neuen Anforderungen durch ein Änderungspaket zur Banken- und Kapitaladäquanz-Richtlinie („CRD IV“) und entsprechende Verordnungen

(„CRR“) umgesetzt werden. Die EU-internen Verhandlungen zwischen dem Rat, der Kommission und dem Parlament zur konkreten Ausgestaltung („Trilog-Verhandlungen“) werden im ersten Quartal 2013 fortgesetzt. Das Inkrafttreten der CRD IV/CRR erfolgt frühestens Mitte 2013, wahrscheinlich aber erst Anfang 2014.

Inhaltlich verschärfen sich die Anforderungen an die zukünftige Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten qualitativ und quantitativ deutlich. Neben einer stufenweisen Einführung der neuen Eigenmittelquoten bis zum Jahr 2019 sieht die CRD IV eine Übergangsfrist bis Ende 2022 für Kapitalinstrumente vor, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an „hartes“ Kernkapital (CET 1-Kapital) aber nicht mehr erfüllen. Dies betrifft bei der Helaba stille Einlagen der Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen in Höhe von 395 Mio. €, stille Einlagen der Main Capital Funding in Höhe von 500 Mio. € und stille Einlagen von Lebensversicherungen in Höhe von 158 Mio. €. Mit der Ende 2011 erfolgten Wandlung der stillen Einlagen des Landes Hessen in Höhe von 1,92 Mrd. € in Kapitaleinlagen, die den Anforderungen an CET 1-Kapital nach Basel III/CRD IV vollständig entsprechen, erfüllt die Helaba die aktuell bekannten zukünftigen aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Inwieweit seitens der Aufsichtsbehörden in Deutschland zusätzliche Kapitalaufschläge für national systemrelevante Kreditinstitute sowie antizyklische Kapitalpuffer in den nächsten Jahren eingeführt werden, ist zurzeit noch offen.

Im Januar 2013 hat der Baseler Ausschuss gegenüber früheren Entwürfen Veränderungen bei den zukünftig einzuhaltenden Liquiditätskennziffern beschlossen. Die Kennziffer für die kurzfristige Zahlungsfähigkeit (**Liquidity Coverage Ratio – LCR**) ist nun erst im Jahr 2019 und nicht bereits im Jahr 2015 zu 100 % zu erfüllen. Gleichzeitig wurde der Kreis der als Liquiditätspuffer ansetzbaren Vermögensgegenstände erweitert und die Bedingungen des anzunehmenden Krisenszenarios modifiziert. Die Detailanforderungen für die zweite Liquiditätskennziffer (Net Stable Funding Ratio – NSFR), deren Einführung für 2018 vorgesehen ist, will der Baseler Ausschuss in den nächsten zwei Jahren überarbeiten. Beide Kennziffern werden grundsätzlich zu einer Erhöhung der Kosten für das Liquiditätsmanagement und damit zu Rentabilitätsbelastungen führen. Die Helaba hat sich frühzeitig auf die sich mit Basel III ändernden Anforderungen an das Liquiditätsmanagement eingestellt und sieht sich gut gerüstet, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechend zu erfüllen.

Siehe Glossar S. 277

Vorgesehen ist ferner die aufsichtsrechtliche Einführung einer Höchstverschuldungsquote (**„Leverage Ratio“**) im Sinne eines Mindestverhältnisses des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den nicht risikogewichteten bilanziellen und außerbilanziellen Positionen. Vorgesehen ist, dieses nicht nach Risikogehalt von Geschäften differenzierende Instrument frühestens 2018 zum verbindlichen Kriterium zu machen und es vorerst als zusätzliches, nach dem Ermessen der Aufsichtsbehörde anzuwendendes Entscheidungsmerkmal einzuführen. Negative Auswirkungen dieses Instruments auf das mittel- und langfristige Kreditgeschäft sind nicht auszuschließen. Die Bank wird sich im Rahmen der weiteren Optimierung ihrer Geschäftsportfolios und ihrer Margenanforderungen frühzeitig auf die entsprechenden Marktveränderungen anpassen.

Siehe Glossar S. 277

- Europäische Bankenaufsicht

Im Dezember 2012 wurde von den EU-Finanzministern (ECOFIN-Rat) ein Konzept für eine gemeinsame europäische Bankenaufsicht verabschiedet. Zentraler Baustein ist die Übernahme der Aufsicht über die mehr als 6.000 Kreditinstitute der Eurozone durch die Europäische Zentralbank (EZB). Banken mit einer Bilanzsumme von mehr als 30 Mrd. € oder Banken, deren Bilanzsumme mehr als 20 % des Bruttoinlandproduktes des jeweiligen Landes übersteigt, sollen zukünftig direkt von

der EZB beaufsichtigt werden. In allen anderen Fällen soll die EZB ihre Aufsichtsfunktion in Kooperation mit den nationalen Aufsichtsbehörden ausüben. Die Helaba wird aufgrund ihrer Größe voraussichtlich zu den Instituten gehören, die der direkten Aufsicht der EZB unterstehen werden. Das neue Aufsichtsregime soll frühestens ab März 2014 greifen. Bisher noch offen ist die zukünftige Aufgabenabgrenzung zwischen der EZB und der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA).

- Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten

Die EU-Kommission hat Mitte 2012 den Entwurf einer Richtlinie über Krisenmanagement von Kreditinstituten in der EU vorgelegt, der bis Anfang 2015 in nationales Recht umgesetzt werden soll. Zentrales Element dieser Richtlinie ist die Verpflichtung der Kreditinstitute zur Erstellung von Sanierungsplänen. Diese werden ergänzt durch Abwicklungspläne, die von der Bankenaufsicht erstellt werden. Anfang Februar 2013 hat die deutsche Bundesregierung einen Gesetzesentwurf zur Aufnahme von Regelungen zur Sanierungs- und Abwicklungsplanung in das Kreditwesengesetz vorgelegt. Danach sollen global und national systemrelevante Institute verpflichtet werden, einen Sanierungsplan zu erstellen, der Maßnahmen festlegt, die das Kreditinstitut ergreifen kann, um im Falle einer signifikanten Verschlechterung seiner Finanzlage seine finanzielle Stabilität aus eigener Kraft wieder herzustellen. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass die BaFin für diese Kreditinstitute in Deutschland Abwicklungspläne für den Fall zu erstellen hat, dass Sanierungsbemühungen nicht erfolgreich sind. Bereits im November 2012 hat die BaFin zahlreiche deutsche Kreditinstitute, darunter auch die Helaba, aufgefordert, bis Ende 2013 präventive Sanierungspläne zu entwickeln und zu implementieren.

- Sicherungseinrichtungen

Bei der seit Mitte 2010 auf EU-Ebene geführten Diskussion zur Einführung von europaweit einheitlichen Einlagensicherungssystemen zum Schutz von Kundeneinlagen zeichnet sich ab, dass auch zukünftig national bestehende institutssichernde Systeme, wie zum Beispiel der bestehende Haftungsverbund in der deutschen Sparkassen- und Landesbankenorganisation, als vollwertige Alternative zur Einlagensicherung fortbestehen können. Unter der irischen Ratspräsidentschaft werden die Trilog-Verhandlungen fortgesetzt. Es wird erwartet, dass im Laufe des Jahres 2013 ein Richtlinienentwurf zur EU-Einlagensicherung vorgelegt wird.

- Bankenabgabe in Deutschland

Seit 2011 ist die deutsche Kreditwirtschaft zur Finanzierung eines Fonds zur Restrukturierung von Kreditinstituten in wirtschaftlichen Schwierigkeiten („Bankenabgabe“) verpflichtet. Der von einem Kreditinstitut jährlich zu leistende Beitrag wird auf Grundlage dessen beitragserheblicher Passiva (Abzugsposten sind unter anderem Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Eigenkapital) und dessen beitragserheblicher Derivate ermittelt. Die Bankenabgabe belastet infolge ihrer Rentabilitätsauswirkungen die deutsche Kreditwirtschaft im Wettbewerb mit ausländischen Kreditinstituten, insbesondere in der EU. Die vom Helaba-Konzern im Jahr 2012 geleistete Abgabezahlung betrug 27 Mio. €.

- Finanztransaktionssteuer in der EU

Die EU-Kommission hatte in 2011 einen Entwurf zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorgelegt, der innerhalb der EU nicht die erforderliche Zustimmung fand. Am 22. Januar 2013 haben elf EU-Mitgliedstaaten (darunter Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien) beschlossen, die

Umsetzung der Finanztransaktionssteuer im Rahmen einer so genannten „verstärkten Zusammenarbeit“ innerhalb der teilnehmenden Mitgliedstaaten voranzutreiben. Im nächsten Schritt hat die EU-Kommission am 14. Februar 2013 einen formellen Richtlinienentwurf veröffentlicht, der eine Einführung der Steuer in den teilnehmenden Mitgliedstaaten ab 1. Januar 2014 vorsieht.

Wesentliche Details und der genauere Zeitplan über die Ausgestaltung der Finanztransaktionssteuer im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit sind unter den Mitgliedstaaten noch nicht verhandelt und müssen deshalb als offen gelten. Der Umfang der sich aus der Einführung der Finanztransaktionssteuer ergebenden Rentabilitätsbelastungen für die Kreditwirtschaft könnte jedoch sehr erheblich sein, insbesondere wenn Transaktionen der Wertschöpfungskette innerhalb von Verbundorganisationen besteuert würden. Die Einführung der Finanztransaktionssteuer bereits für das Jahr 2014 erscheint nach Einschätzung der Verbände als nicht realistisch.

- Diskussion zum „Trennbankensystem“ auf EU-Ebene

Die im Oktober 2012 veröffentlichten Vorschläge einer von der EU-Kommission eingesetzten Expertengruppe („Liikanen-Gruppe“) enthalten Empfehlungen für teils tiefgreifende strukturelle Reformen des Bankensektors in der EU. So sollen Banken mit signifikanten Handelsaktivitäten (gemessen am Anteil der Handelsaktivitäten an der Gesamtbilanzsumme oder an der absoluten Höhe des Handelsvolumens) ihre Handelsaktivitäten konzernintern vom restlichen Bankgeschäft abgrenzen und separat mit Kapital unterlegen (so genanntes „Trennbankensystem“). Die EU-Kommission plant für das dritte Quartal 2013 eine Vorlage mit Vorschlägen zur zukünftigen Bankenstruktur in der EU. Anfang Februar 2013 hat die deutsche Bundesregierung den Entwurf eines Artikelgesetzes zur „Abschirmung von Risiken und zur Planung und Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten“ vorgelegt. Dieser Gesetzesentwurf sieht unter bestimmten Kriterien die rechtliche Abtrennung von Handelsgeschäften von den übrigen Geschäftsbereichen auf eigene Tochtergesellschaften vor. Welche Auswirkungen sich hieraus auf die Geschäftsmodelle von regional fokussierten und kunden- und verbundorientierten Universalbanken ergeben, lässt sich gegenwärtig nicht abschließend beurteilen. Die Helaba geht aus heutiger Sicht davon aus, dass die für eine zwingende Geschäftsabspaltung vorgesehenen Schwellenwerte unterschritten werden und damit keine Änderungen an ihrem Geschäftsmodell erforderlich werden.

Beurteilung der Geschäftsentwicklung

Die Geschäfts- und Ertragslage der Helaba war im Geschäftsjahr 2012 geprägt von der guten, sich im Jahresverlauf etwas abschwächenden konjunkturellen Entwicklung in Deutschland, einer anhaltenden Niedrigzinsphase und der deutlichen Stabilisierung der Finanzmärkte in der Eurozone. In diesem wirtschaftlichen Umfeld hat sich das operative Geschäft der Helaba weiter positiv entwickelt. Im Kreditgeschäft mit Kunden wurde im mittel- und langfristigen Neugeschäft der Helaba ein Abschlussvolumen von 15,0 Mrd. € (2011: 14,4 Mrd. €) erreicht. Die Forderungen an Kunden nahmen im Helaba-Konzern, auch bedingt durch die zur Jahresmitte erfolgte Übernahme der NRW-Verbundbank, um 6,8 Mrd. € beziehungsweise 8,1 % auf 90,8 Mrd. € zu. Vom mittel- und langfristigen Neugeschäft entfielen 7,1 Mrd. € auf Immobilienkredite, 4,0 Mrd. € auf das Corporate Finance-Geschäft, 2,5 Mrd. € auf das Kommunal- und Verbundgeschäft sowie 0,9 Mrd. € auf die Frankfurter Sparkasse. Diese Fokussierung der Kreditvergabe auf Kerngeschäftsfelder entspricht der Ausrichtung des strategischen Geschäftsmodells der Helaba und verdeutlicht die enge Verknüpfung mit der Realwirtschaft. Aufgrund ihres hohen Marktstandings konnte die Helaba zur fristenkongruenten

Refinanzierung des Neugeschäftsvolumens an den Geld- und Rentenmärkten problemlos die erforderlichen Mittel beschaffen. Bei mittel- und langfristigen Refinanzierungen sind ungedeckte Bankschuldverschreibungen sowie öffentliche und Hypothekenpfandbriefe die wesentlichen Refinanzierungsinstrumente.

Auch im Geschäftsjahr 2012 erzielte die Helaba ein Ergebnis, das die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte sowie stiller Einlagen, die Dotierung der Gewinnrücklagen zur Stärkung des Kernkapitals und den Ausweis eines Bilanzgewinns erlaubt. Mit einer Kernkapitalquote zum 31. Dezember 2012 von 11,2 % und einer gesamten Eigenmittelquote von 15,9 % (jeweils gemäß aktuell gültiger SolvV) verfügt der Helaba-Konzern über eine komfortable Eigenmittelausstattung. Auf dieser Grundlage wird die Helaba auch nach Inkrafttreten von Basel III beziehungsweise CRD IV (zeitgleich mit Umstellung der Berechnungsbasis auf **IFRS**) die neuen Eigenkapitalanforderungen erfüllen.

Siehe Glossar S. 276

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Veränderung des Konsolidierungskreises
Durch die Einbeziehung der NRW-Verbundbank zum 1. Juli 2012 hat sich die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Helaba-Konzerns deutlich verändert. Die übernommenen Bestände der ehemaligen WestLB beliefen sich auf rund 43 Mrd. €, die im Laufe des zweiten Halbjahres 2012 durch Tilgungen und Endfälligkeiten auf circa 38 Mrd. € reduziert wurden. Aufgrund dieser Transaktion ist eine Vergleichbarkeit zum Geschäftsjahr 2011 nur eingeschränkt gegeben. Deshalb wird in der Folge auf die durch die NRW-Verbundbank bedingten Veränderungen gesondert hingewiesen.

Erstmals wurden auch sechs Gesellschaften einer Konstruktion zur Platzierung angekaufter Kapitallebensversicherungsansprüche sowie vier Schiffsobjektgesellschaften konsolidiert.

Die übrigen Veränderungen des Konsolidierungskreises im Geschäftsjahr 2012 hatten keinen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage. Sie betreffen überwiegend Objektgesellschaften aus der Immobilienprojektentwicklung.

Gewinn- und Verlustrechnung
Die Helaba konnte ihr hohes Vorjahresergebnis noch einmal leicht übertreffen. Bedingt durch die stabile Verfassung der deutschen Wirtschaft fiel der Risikovorsorgebedarf geringer aus als im Vorjahr und bewegte sich innerhalb der Planwerte. Das operative Geschäft, das sich insbesondere im Zins- und Provisionsüberschuss niederschlägt, verlief sehr stabil mit steigender Tendenz. Das Handelsergebnis konnte gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert werden. Ursächlich hierfür waren eine Beruhigung der Staatsschuldenkrise mit den damit verbundenen rückläufigen Credit Spreads sowie der Ausbau des kundeninduzierten Geschäfts. Das Ergebnis vor Steuern beträgt 512 Mio. € (2011: 492 Mio. €). Hierzu trug die NRW-Verbundbank mit 4 Mio. € bei. Nach Steuern wird ein Konzernjahresergebnis von 318 Mio. € (2011: 397 Mio. €) ausgewiesen. Die einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung entwickelten sich wie folgt:

Der Zinsüberschuss liegt mit 1.145 Mio. € um 7 % über dem Vorjahresergebnis (2011: 1.067 Mio. €). Sowohl eine Erhöhung der Zinsmarge bei Neugeschäftsabschlüssen als auch ein Volumenanstieg aus dem Kundengeschäft sowie günstige Refinanzierungsmöglichkeiten führten zu diesem deutlichen Anstieg des Zinsüberschusses. Die NRW-Verbundbank trug mit 32 Mio. € zum Zinsüberschuss bei. Über ein Viertel des Zinsüberschusses entfällt auf das Retail-Geschäft der Frankfurter Sparkasse.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft beträgt –238 Mio. € (2011: –273 Mio. €). Hiervon betreffen –12 Mio. € das Geschäft der NRW-Verbundbank. Auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen entfiel eine Nettozuführung von –241 Mio. € (2011: –179 Mio. €). Die für nicht akut ausfallgefährdete Kreditengagements gebildete Portfoliowertberichtigung wurde gegenüber dem Vorjahr um 29 Mio. € aufgelöst (2011: Nettozuführung von –78 Mio. €). Der Saldo aus Direktabschreibungen, Zuführungen zu Rückstellungen für Risiken aus dem außerbilanziellen Kreditgeschäft und Eingängen aus abgeschriebenen Forderungen beträgt –26 Mio. € (2011: –16 Mio. €). Nach Risikovorsorge ist der Zinsüberschuss von 794 Mio. € auf 907 Mio. € gestiegen.

Der Provisionsüberschuss konnte mit 263 Mio. € (2011: 254 Mio. €) leicht gesteigert werden. Der Provisionsüberschuss wird im Wesentlichen von der Helaba, der Frankfurter Sparkasse, der Helaba Invest und der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG generiert. Dabei entwickelten sich insbesondere die Provisionen aus der Vermögensverwaltung der Helaba Invest positiv. Die Beiträge aus den anderen Konzerneinheiten bewegten sich leicht unter Vorjahresniveau. Die NRW-Verbundbank trug mit 16 Mio. € zum Provisionsüberschuss bei. Bei dem Provisionsüberschuss der NRW-Verbundbank handelt es sich im Wesentlichen um Provisionen aus dem Zahlungsverkehr.

Das Handelsergebnis beläuft sich auf 411 Mio. € (2011: –44 Mio. €). Dieses sehr gute Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg des zinsbezogenen Geschäftes auf 375 Mio. € (2011: –4 Mio. €). Aufgrund einer Beruhigung der europäischen Staatsschuldenkrise in der zweiten Jahreshälfte engten sich die Credit Spreads insbesondere bei südeuropäischen Staatsanleihen ein. Hierdurch kam es zu deutlichen Wertaufholungen, die das Ergebnis aus dem zinsbezogenen Geschäft positiv beeinflusst haben. Die Handelsaktivitäten wurden im Wesentlichen vom Einzelinstitut getätigt. Die NRW-Verbundbank trug mit 16 Mio. € zum Handelsergebnis bei.

Das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option ist von 280 Mio. € im Vorjahr auf –114 Mio. € im Geschäftsjahr 2012 gesunken. Auf die NRW-Verbundbank entfallen hiervon –5 Mio. €. Eine wesentliche Ursache für das negative Ergebnis ist der Umkehreffekt aus der Berücksichtigung der Liquiditätskomponente von Fremdwährungen (Cross Currency Basis Spread) im Rahmen der Derivatebewertung. Negativ ausgewirkt haben sich auch die Spread-Veränderung der Helaba-Kurven aufgrund der Bonitätsverbesserung (–39 Mio. €) und der erstmals im Berichtsjahr berücksichtigte Briefaufschlag auf Emissionen der Helaba in der Fair Value-Option (–28 Mio. €). Dagegen konnten das Ergebnis aus der Bewertung der Kreditderivate des Bankbuchs zum beizulegenden Zeitwert (39 Mio. €; 2011: 16 Mio. €) und das Ergebnis aus der Bewertung von konsolidierten Fondsanteilen (56 Mio. €; 2011: 0 Mio. €) gesteigert werden. Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, in dem der ineffektive Teil von Mikro-Hedges ausgewiesen wird, beträgt 3 Mio. € (2011: 12 Mio. €).

Das Ergebnis aus Finanzanlagen hat sich auf –1 Mio. € (2011: – 23 Mio. €) verbessert. Die realisierten Veräußerungsgewinne und -verluste aus Finanzinstrumenten der Kategorie Available for Sale liegen bei 20 Mio. € (2011: 63 Mio. €) und wurden überwiegend durch den Verkauf von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren erzielt. Im Gegensatz zum Vorjahr, in dem der Abgang von Beteiligungen mit 34 Mio. € zum Ergebnis aus Finanzanlagen beitrug, wurde im Berichtszeitraum nur ein Abgangsergebnis aus Beteiligungen von 1 Mio. € erzielt. Der Saldo aus Abschreibungen und Zuschreibungen beträgt – 21 Mio. € (2011: – 86 Mio. €). Die Abschreibungen auf Finanzanlagen betreffen mit –15 Mio. € (2011: – 21 Mio. €) die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG für die Landesbank Berlin Holding AG und mit – 6 Mio. € (2011: – 58 Mio. €) griechische Staatsanleihen. Aus assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die at Equity bewertet werden, resultiert ein Ergebnisbeitrag von –12 Mio. € (2011: 7 Mio. €).

Das sonstige betriebliche Ergebnis hat sich von 209 Mio. € auf 236 Mio. € verbessert. Dies ist im Wesentlichen auf das Ergebnis aus dem Abgang einer selbst genutzten Immobilie zurückzuführen. Das ebenfalls im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesene Ergebnis aus Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten werden, wird überwiegend von der GWH-Gruppe erwirtschaftet und beträgt 142 Mio. € (2011: 138 Mio. €). Es setzt sich zusammen aus dem Saldo aus Mieterträgen, Abgangsergebnissen, Betriebskosten und Abschreibungen.

Der Verwaltungsaufwand ist um –184 Mio. € auf –1.181 Mio. € angestiegen. Dieser setzt sich aus dem Personalaufwand von – 563 Mio. € (2011: – 513 Mio. €), anderen Sachaufwendungen von – 531 Mio. € (2011: – 449 Mio. €) sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte von – 87 Mio. € (2011: – 35 Mio. €) zusammen. Der Anstieg der Personalaufwendungen entfällt mit einem Anteil von – 22 Mio. € auf Aufwendungen für die übergegangenen Verbundbankmitarbeiter, der verbleibende Anstieg ist wesentlich auf eine Tarifanpassung im Jahr 2012 zurückzuführen. Im Jahresdurchschnitt wurden im Konzern 6.075 Mitarbeiter beschäftigt, gegenüber 5.888 im Vorjahr. Ohne den Effekt der NRW-Verbundbank hätte die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter 5.894 betragen. Zum Anstieg der Sachaufwendungen hat das übernommene Verbundbankgeschäft mit – 34 Mio. € für den Bankbetrieb sowie mit – 25 Mio. € für Beratungskosten im Zusammenhang mit dem Übernahme- und Integrationsprojekt beigetragen. Die Beiträge zum Restrukturierungsfonds („Bankenabgabe“) haben mit – 27 Mio. € (nach – 31 Mio. € in 2011) belastet. Die Aufwendungen für Verbandsumlagen und Reservefonds sind gestiegen. Ursächlich für den Anstieg der Abschreibungen ist die außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von – 51 Mio. € auf vier Schiffsobjekte, die im Rahmen von Operating-Leasing-Verhältnissen vermietet werden.

Den Verwaltungsaufwendungen stehen operative Erträge in Höhe von 1.931 Mio. € (2011: 1.762 Mio. €) gegenüber, so dass sich eine Cost Income Ratio von 61,2 % (2011: 56,6 %) ergibt. In die operativen Erträge sind der Zinsüberschuss vor Risikovorsorge, der Provisionsüberschuss, das Handelsergebnis, das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option, das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, die Ergebnisse aus Finanzanlagen und at Equity bewerteten Unternehmen sowie das sonstige betriebliche Ergebnis einbezogen. Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern hat sich von 9,2 % auf 8,4 % vermindert.

Der Ertragsteueraufwand beträgt –194 Mio. € (2011: –95 Mio. €). Der deutlich gestiegene Steueraufwand ist im Wesentlichen auf eine aufwandswirksame Auflösung von im Vorjahr aktivierten latenten Steuern auf Verlustvorträge der Helaba im Inland und geringere steuerfreie Erträge gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen. Das Ergebnis nach Steuern beziehungsweise das Konzernjahresergebnis ist deshalb – trotz eines höheren Konzernergebnisses vor Steuern – um 20 % auf 318 Mio. € gesunken.

Von dem Konzernjahresergebnis entfällt auf konzernfremde Anteilseigner von konsolidierten Tochtergesellschaften 1 Mio. € (2011: 0 Mio. €), so dass den Gesellschaftern des Mutterunternehmens 317 Mio. € (2011: 397 Mio. €) zuzurechnen sind. Hiervon sind ein Betrag von 32 Mio. € zur Bedienung der im Eigenkapital ausgewiesenen Kapitaleinlagen des Landes Hessen und ein Betrag von 58 Mio. € zur Ausschüttung vorgesehen.

Das Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 2012 hat sich von 358 Mio. € auf 374 Mio. € erhöht. Neben dem Konzernjahresergebnis, wie es in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen wird, gehen hier als sonstiges Ergebnis erfolgsneutral im Eigenkapital erfasste Ergebnisse der Periode ein. Das sonstige Ergebnis beträgt 56 Mio. € (2011: –39 Mio. €). Belastet haben wie im Vorjahr und bedingt durch die Reduzierung des Diskontierungszinssatzes versicherungsmathematische Verluste aus Pensionsverpflichtungen mit –266 Mio. € vor Steuern (2011: –54 Mio. €). Zur Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurde im Inland ein Zinssatz von überwiegend 3,5 % (2011: 5,0 %) zugrunde gelegt. Aus Finanzinstrumenten der Kategorie AfS wurde in 2012 ein erfolgsneutrales Periodenergebnis von 369 Mio. € vor Steuern erzielt (2011: –9 Mio. €), das die Belastung aus den Pensionsverpflichtungen überkompensierte.

Bilanz

Die Konzernbilanzsumme der Helaba stieg im Geschäftsjahr 2012 um 21,5 % beziehungsweise 35,3 Mrd. € auf 199,3 Mrd. €. Dieser Anstieg resultiert aus dem Zugang der zum 1. Juli 2012 übernommenen NRW-Verbundbank. Das Geschäftsvolumen, in das zusätzlich zu den Aktiva auch außerbilanzielle Verpflichtungen aus dem Bankgeschäft und Treuhandgeschäfte eingehen, stieg um 19,2 % auf 222,7 Mrd. € (2011: 186,9 Mrd. €).

Die Forderungen an Kreditinstitute sind um 51,9 % auf 23,2 Mrd. € (2011: 15,3 Mrd. €) gestiegen, was insbesondere auf den Anstieg der Tages- und Termingelder um 5,1 Mrd. € auf 5,3 Mrd. € zurückzuführen ist. Von den Forderungen an Kreditinstitute entfallen 11,4 Mrd. € (2011: 6,7 Mrd. €) auf Refinanzierungsmittel, die den Sparkassen in Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg zur Verfügung gestellt wurden. Die Barreserve, bei der es sich im Wesentlichen um Guthaben bei der Deutschen Bundesbank handelt, beträgt zum Bilanzstichtag 8,9 Mrd. € (2011: 0,4 Mrd. €).

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich auf 90,8 Mrd. € (2011: 84,0 Mrd. €). Von den Forderungen an Kunden betreffen 0,7 Mrd. € (2011: 1,1 Mrd. €) Wertpapiere, deren Ausweis im Zuge der Umkategorisierung im Geschäftsjahr 2008 geändert wurde (siehe hierzu Anhangangabe (66)). Die NRW-Verbundbank hat mit 7,2 Mrd. € zum Anstieg der Forderungen an Kunden beigetragen.

Der Bestand an Wertberichtigungen auf Forderungen ist von 1,3 Mrd. € auf 1,2 Mrd. € gesunken. Von diesem Betrag entfallen 292 Mio. € (2011: 326 Mio. €) auf Portfoliowertberichtigungen, die auf nicht akut ausfallgefährdete Kreditengagements gebildet wurden.

Die zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Handelsaktiva in Höhe von 38,0 Mrd. € sind gegenüber dem Vorjahr unverändert. Ohne die Einbeziehung der NRW-Verbundbank wären sie um 2,3 Mrd. € gesunken. Dieser Rückgang ist – wie bereits in den Vorjahren – auf den gezielten Abbau der Handelsaktiva zurückzuführen. Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die den Schwerpunkt der Handelsaktiva bilden, beträgt 19,6 Mrd. € (2011: 21,8 Mrd. €). Auch die Forderungen des Handelsbestandes haben sich um 1,5 Mrd. € auf 5,4 Mrd. € verringert. Die positiven Marktwerte der zu Handelszwecken gehaltenen Derivate sind hingegen auf 12,9 Mrd. € (2011: 9,1 Mrd. €) gestiegen.

Die Finanzanlagen, die zu 97 % aus Schuldverschreibungen bestehen, wurden um 9,2 Mrd. € auf 27,9 Mrd. € erhöht. Dieser Anstieg resultiert überwiegend aus den von der NRW-Verbundbank übernommenen Schuldverschreibungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind um 7,7 Mrd. € auf 39,3 Mrd. € gestiegen. Der Anstieg beruht ausschließlich auf der Einbeziehung der NRW-Verbundbank. Auf Verbindlichkeiten gegenüber Sparkassen in Hessen und Thüringen sowie Nordrhein-Westfalen und Brandenburg entfallen 8,4 Mrd. € (2011: 2,6 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden werden mit 47,6 Mrd. € (2011: 41,9 Mrd. €) ausgewiesen. Hier haben sich insbesondere die Einlagen von Kunden und die begebenen Namensschuldverschreibungen erhöht. Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen 14,5 Mrd. € (2011: 13,8 Mrd. €) auf die Frankfurter Sparkasse. Die Bauspareinlagen betragen 3,6 Mrd. € (2011: 3,3 Mrd. €). Die NRW-Verbundbank hat mit 5,6 Mrd. € zum Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden beigetragen.

Die verbrieften Verbindlichkeiten haben sich von 37,2 Mrd. € auf 57,2 Mrd. € erhöht. Die Steigerung betrifft insbesondere ungedeckte Schuldverschreibungen (39,9 Mrd. €; 2011: 25,9 Mrd. €) und öffentliche Pfandbriefe (13,3 Mrd. €; 2011: 7,7 Mrd. €), während die emittierten Hypothekenpfandbriefe nur geringfügig angestiegen sind (3,1 Mrd. €; 2011: 2,8 Mrd. €). Die NRW-Verbundbank hat mit 21,7 Mrd. € zum Anstieg der verbrieften Verbindlichkeiten beigetragen, wovon 17,1 Mrd. € auf ungedeckte Schuldverschreibungen und 4,6 Mrd. € auf öffentliche Pfandbriefe entfallen.

Die Handelspassiva wurden von 37,2 Mrd. € im Vorjahr auf 36,1 Mrd. € aufgrund des gesunkenen Refinanzierungsbedarfs zurückgeführt. Dabei wurde der Anstieg durch die NRW-Verbundbank (2,3 Mrd. €) überkompensiert.

Das Nachrangkapital beträgt 4,4 Mrd. € (2011: 4,5 Mrd. €).

Eigenkapital
Zum 31. Dezember 2012 beträgt das Eigenkapital des Konzerns 6,8 Mrd. € (2011: 5,5 Mrd. €). Die Helaba hat durch die Bareinlage der neuen Träger dem Stammkapital 112 Mio. € und den Kapitalrücklagen 888 Mio. € zugeführt. Das Gesamtergebnis hat mit 374 Mio. € (2011: 358 Mio. €) das Eigenkapital des Konzerns erhöht. In den Gewinnrücklagen sind kumulierte erfolgsneutral erfasste versicherungsmathematische Verluste aus Pensionsverpflichtungen nach latenten Steuern in Höhe von –169 Mio. € (2011: versicherungsmathematische Gewinne in Höhe von 19 Mio. €) enthalten. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die Reduzierung des Diskontierungszinssatzes zurückzuführen. Die erfolgsneutrale Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern veränderte sich von –88 Mio. € auf 162 Mio. €. Zur Erhöhung der Neubewertungsrücklage haben im Wesentlichen Bewertungsgewinne beigetragen. Die Rücklage aus der Währungsumrechnung trägt mit 4 Mio. € (2011: 5 Mio. €) und die Rücklage aus Cashflow Hedges mit –23 Mio. € (2011: –19 Mio. €) zum Eigenkapital bei.

Engagement des Konzerns in anderen ausgewählten europäischen Staaten
In den nachfolgenden Tabellen ist das Engagement des Helaba-Konzerns gegenüber staatlichen Emittenten ausgewählter europäischer Staaten abgebildet, sofern diese nach IFRS zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bilanziert werden.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten die unter den Handelsaktiva (Handelsbuch) sowie unter den Finanzanlagen (Bankbuch) ausgewiesenen Anleihen:

in Mio. €

	Griechenland		Italien		Irland	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Bankbuch						
Nominalbetrag gesamt	–	86	153	161	–	–
bis drei Monate	–	–	5	3	–	–
mehr als drei Monate bis ein Jahr	–	37	–	5	–	–
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	–	19	148	153	–	–
mehr als fünf Jahre	–	30	–	–	–	–
Fair Value	–	25	158	156	–	–
Handelsbuch						
Nominalbetrag gesamt	–	–	82	115	–	–
mehr als drei Monate bis ein Jahr	–	–	25	–	–	–
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	–	–	50	107	–	–
mehr als fünf Jahre	–	–	7	8	–	–
Fair Value	–	–	83	111	–	–

in Mio. €

	Portugal		Spanien		Gesamt	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Bankbuch						
Nominalbetrag gesamt	–	10	37	30	190	287
bis drei Monate	–	–	–	–	5	3
mehr als drei Monate bis ein Jahr	–	–	–	–	–	42
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	–	10	37	30	185	212
mehr als fünf Jahre	–	–	–	–	–	30
Fair Value	–	9	40	31	198	221
Handelsbuch						
Nominalbetrag gesamt	3	56	146	401	231	572
bis drei Monate	–	–	46	–	46	–
mehr als drei Monate bis ein Jahr	–	53	21	238	46	291
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3	3	–	84	53	194
mehr als fünf Jahre	–	–	79	79	86	87
Fair Value	3	50	123	387	209	548

Die nachfolgenden Tabellen enthalten die unter den Handelsaktiva (Handelsbuch) sowie die unter den positiven oder negativen Marktwerten aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten (Bankbuch) ausgewiesenen Kreditderivate:

in Mio. €

	Griechenland		Italien		Irland	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Bankbuch						
Nominalbetrag	–	–	38	39	–	–
Fair Value	–	–	–2	–6	–	–
Handelsbuch						
Nominalbetrag	–	–	–	–	38	39
Fair Value	–	–	–	–	–	–5

in Mio. €

	Portugal		Spanien		Gesamt	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Bankbuch						
Nominalbetrag	4	4	19	58	61	101
Fair Value	1	1	–7	–14	–8	–19
Handelsbuch						
Nominalbetrag	–	–	–	–	38	39
Fair Value	–	–	–	–	–	–5

Darüber hinaus werden unter den Forderungen an Kunden Kreditengagements mit Spanien (Staat, öffentliche Gebietskörperschaften und staatliche Förderbanken) über 1.019 Mio. € (2011: 1.209 Mio. €) ausgewiesen. Davon sind 1.019 Mio. € (2011: 1.175 Mio. €) zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Die Helaba hat zum 31. Dezember 2012 keine griechischen Staatsanleihen mehr im Bestand. Der Jahresanfangsbestand mit einem Nominalvolumen von 86 Mio. € und einem beizulegenden Zeitwert von 25 Mio. € wurde im Rahmen der im März erfolgten Umschuldung gegen

- vier Anleihen des EFSF mit einem Nominalvolumen von 13 Mio. € und einem Anschaffungswert von 13 Mio. €,
- 40 griechische Anleihen mit einem Nominalvolumen von 27 Mio. € und einem Anschaffungswert von 6 Mio. €,
- zwei Zerobonds, die den bisher aufgelaufenen Zinsanspruch der gewandelten Anleihen verbriefen, mit einem Nominalvolumen von 2 Mio. € sowie
- zwei Besserungsscheinen gewandelt.

Die gewandelten Papiere sind per 31. Dezember 2012 nicht mehr im Bestand.

Bei griechischen Banken besteht darüber hinaus eine zum Stichtag nicht in Anspruch genommene Kreditlinie von 3 Mio. € (2011: 6 Mio. €).

Ein indirektes Griechenland-Risiko besteht durch eine Anleihe von einer britischen Tochtergesellschaft einer griechischen Bank, von der sich nominal 5 Mio. € mit einem beizulegenden Zeitwert von 4 Mio. € im Bestand befinden. Der Bestand wird aufgrund der Zuordnung zum Handel erfolgswirksam bewertet.

Verbriefungstransaktionen

In Anlehnung an die Empfehlungen des Financial Stability Forum wird im Folgenden über das Engagement der Helaba im Verbriefungsgeschäft berichtet. Über das von der Helaba initiierte Asset-Backed-Commercial-Paper-Programm OPUSALPHA werden Forderungen aus der Geschäftstätigkeit von und für Kunden verbrieft. Neben den Kundentransaktionen befindet sich in OPUSALPHA ein

Siehe Glossar S. 276

ABS-Portfolio, das nach IAS 27/SIC-12 konsolidiert wird, weil die Chancen und Risiken mehrheitlich der Helaba zustehen. Darüber hinaus haben die Helaba und Tochtergesellschaften der Helaba auch direkt in ABS-Wertpapiere investiert.

Zum 31. Dezember 2012 gliedert sich das gesamte Engagement in ABS-Wertpapieren des Konzerns nach Produktarten und Rating-Klassen wie folgt:

		Volumina nach Rating-Klassen				
31.12.2012	Buchwert in Mio. €	AAA	AA	A	BBB	BB und geringer
RMBS	274	4,2 %	21,1 %	53,5 %	17,9 %	3,3 %
CMBS	241	–	–	70,2 %	29,8 %	–
CDO/CLO	177	10,2 %	31,1 %	5,7 %	28,1 %	24,9 %
Sonstige ABS	961	95,5 %	1,1 %	1,9 %	0,9 %	0,6 %
ABS gesamt	**1.653**	**57,3 %**	**7,5 %**	**20,8 %**	**10,9 %**	**3,5 %**

Nachfolgend die entsprechende Gliederung zum 31. Dezember 2011:

		Volumina nach Rating-Klassen				
31.12.2011	Buchwert in Mio. €	AAA	AA	A	BBB	BB und geringer
RMBS	403	31,8 %	34,1 %	29,1 %	2,5 %	2,5 %
CMBS	288	–	49,4 %	30,8 %	19,8 %	–
CDO/CLO	345	10,0 %	23,4 %	40,1 %	13,2 %	13,3 %
Sonstige ABS	62	36,2 %	11,4 %	34,9 %	7,1 %	10,4 %
ABS gesamt	**1.098**	**16,9 %**	**33,5 %**	**33,3 %**	**10,6 %**	**5,7 %**

Die NRW-Verbundbank trug mit 915 Mio. € zum Buchwert der ABS-Wertpapiere bei. Die übrigen ABS-Wertpapiere des Helaba-Konzerns waren bis zum 30. Juni 2008 zum beizulegenden Zeitwert bewertet und unter den Handelsaktiva beziehungsweise den Finanzanlagen ausgewiesen. Anschließend wurden diese Wertpapiere weitgehend umgegliedert und sind zum Bilanzstichtag unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Nähere Erläuterungen sind in Anhangangabe (66) enthalten.

Im Rahmen von Verbriefungstransaktionen werden Liquiditätslinien ausgereicht, die zum Teil in Anspruch genommen sind. Zum 31. Dezember 2012 bestehen für fremde Verbriefungsplattformen Liquiditätslinien in Höhe von 0,1 Mrd. € (2011: 0,1 Mrd. €), die am 31. Dezember 2012 nicht (2011: 0,1 Mrd. €) in Anspruch genommen wurden. Die für OPUSALPHA bereitgestellte Liquiditätslinie beträgt 1,8 Mrd. € (2011: 1,4 Mrd. €), davon sind am 31. Dezember 2012 1,3 Mrd. € (2011: 1,2 Mrd. €) in Anspruch genommen.

Chancen- und Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung einer mit der Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsmäßigen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken, die Ziele der Risikosteuerung und die Maßnahmen zur Zielerreichung in der Helaba und den in das gruppenweite Risikomanagement eingebundenen Konzernunternehmen fest. Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Die Geschäftsstrategie des Helaba-Konzerns bildet den Rahmen für die Risikostrategie des Helaba-Konzerns. Die Geschäftsstrategie des Helaba-Konzerns ist eingebunden in die Geschäfts- und Risikostrategie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen und bildet gleichzeitig den Rahmen für die Risikostrategie.

Im Mittelpunkt der Risikostrategie steht das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals bei gleichzeitiger Sicherstellung der Liquidität und eines konservativen Risikoprofils. Das Risikomanagementsystem ist daher ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausgereifte Instrumentarien und Rahmenbedingungen verfügt. Neben organisatorischen Regelungen, wie Kompetenzrichtlinien und Prozess- beziehungsweise Systemdokumentationen, wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung stetig weiterentwickelt.

Prinzipien

Verantwortung der Geschäftsleitung
Im Rahmen der Verantwortung der Geschäftsleitung trägt der Vorstand – unabhängig von der Geschäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der Einschätzung der damit verbundenen Risiken die Risikostrategie fest und trägt für deren Umsetzung Sorge. Gegenstand der Risikostrategie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba-Gruppe. Bei den Tochtergesellschaften werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen ihrer gesellschaftsrechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert. Darüber hinaus werden die Konzerngesellschaften unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und der gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten in das Controllinginstrumentarium der einzelnen Risikoarten eingebunden. Damit wird ein konzernweites Risikocontrolling sichergestellt.

Vermögensschutz
Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Risikostrategie im Einklang mit der Erreichung der Unternehmensziele – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglichem Schutz des Vermögens der Helaba – eingegangen werden. Diesem Zweck dienen bestehende Risikolimitstrukturen sowie Anreizsysteme und die dafür notwendigen Kontrollmechanismen.

Reputationsschutz
Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße gegen gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften (Compliance, Datenschutz) von existenzieller Bedeutung.

Klare Kompetenzen
Die Verantwortlichkeit, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass dies eingehalten und bei bestehenden beziehungsweise möglichen Diskrepanzen dem entsprechenden Kompetenzträger aufgezeigt wird.

Funktionstrennung
Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind überall dort zu implementieren, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen.

Transparenz
Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachgerechte Unterrichtung der Gremien durch den Vorstand möglich.

Kosteneffizienz
Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrolleinheiten, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber auch des Risikomanagements) anfallen, stehen in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

Risikotragfähigkeit
Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen
Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Auflagen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die Helaba meldet das regulatorische Kapital seit 2007 nach den Regelungen des Foundation-**IRB-Ansatzes**.

Siehe Glossar S. 276

Risikobewusstes Verhalten
Die Erreichung der Ziele sowie die Einhaltung gesetzlicher Normen hängen von der Disziplin aller Beteiligten hinsichtlich Strategie, Prozessen, Kontrollen und Compliance ab.

Prüfung
Die interne Revision prüft grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die Beurteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

Risikoklassifizierung

Risikoarten
Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus der operativen Geschäftstätigkeit der Helaba. Im Rahmen der strukturierten Risikoinventur wird überprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertragslage oder die Liquiditätslage der Helaba-Gruppe wesentlich beeinträchtigen können. Folgende wesentliche Risikoarten wurden identifiziert:

- Das Adressenausfallrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern (klassisches Kreditgeschäft), Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Waren und Dienstleistungen). Bonitätsrisiken, die im Marktpreisrisiko unter dem Credit-Spread-Risiko und dem inkrementellen Risiko abgebildet werden, sind nicht Bestandteil des Adressenausfallrisikos.
- Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko (Residualrisikoart) als wirtschaftliches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht auf Ebene der Einzelrisikoarten gesteuert wird. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteilswertes, ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.
- Das Marktpreisrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial, das aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen aufgrund von Änderungen der Zinssätze, der Devisenkurse, der Aktienkurse und der Rohwarenpreise sowie ihrer Volatilitäten resultiert. Dabei führen Veränderungen des Zinsniveaus eines Marktsegments zu allgemeinen Zinsänderungsrisiken, spezifische Zinssatzveränderungen (zum Beispiel eines Emittenten) zu Credit-Spread-Risiken und Preisveränderungen bonitätsbehafteter Wertpapiere aus Rating-Veränderungen (inklusive Default) zu inkrementellen Risiken.
- Das Liquiditätsrisiko wird in drei Kategorien unterteilt. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich aus einem unausgewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können. Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.

- Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken und Auslagerungsrisiken ein.
- Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann.
- Unter dem Immobilienrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst. Hierzu gehören nicht Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen können innerhalb einer und zwischen verschiedenen Risikoarten entstehen. Das Management der Risikokonzentrationen – das heißt die Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung – sowie die Berichterstattung über identifizierte Risikokonzentrationen erfolgen in der Helaba von den risikoüberwachenden Bereichen gemäß ihrer Zuständigkeiten für wesentliche Risikoarten, Risikotragfähigkeit und Stresstests.

Sowohl Konzentrationen innerhalb einer Risikoart (Intra-Konzentrationen) als auch zwischen den Risikoarten (Inter-Konzentrationen) werden analysiert und sind in die Berichts- und Entscheidungsprozesse des Risikomanagements integriert. Für Risikokonzentrationen aus Adressenausfallrisiken wird, zusätzlich zur Limitsteuerung, in der Risikotragfähigkeitsrechnung ein Kapitalpuffer bereitgehalten. Zwischen den Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte in der Risikotragfähigkeitsrechnung angesetzt. Ferner werden durch die Ausgestaltung des risikoartenübergreifenden Stress-Szenarios der extremen Marktverwerfungen die für die Helaba wesentlichen Risikokonzentrationen zwischen den Risikoarten berücksichtigt.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinander folgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

1. Risikoidentifikation
Die Identifikation der für die Helaba beziehungsweise die in das Risikomanagement auf Gruppenebene eingebundenen Gesellschaften bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einführung von neuen Produkten und komplexen Geschäften sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Risikomesssysteme und die dazugehörigen Risikoüberwachungsprozesse wichtig.

2. Risikoquantifizierung
Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung für die einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfahren zum Einsatz.

3. Risikosteuerung
Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch die dezentralen Managementeinheiten. Diese umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting
Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

Risikomanagementstruktur

Gremien
Der Vorstand der Helaba trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand unter Beachtung der bestehenden bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenführung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfallrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der operationellen Risiken, der Geschäftsrisiken und der Immobilienrisiken. Zielsetzung sind die frühestmögliche Erkennung von Risiken im Helaba-Konzern, die Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanagement. Zudem bewilligt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikoausmaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien.

Unterhalb des Risikoausschusses operieren der Dispositionsausschuss, der Kreditmanagementausschuss (KMA) und der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA). Dem Dispositionsausschuss obliegt die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Dem KMA obliegen die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Gesamtportfolios sowie die zentrale Koordinierungsfunktion im **Syndizierungs**-, Strukturierungs- und Platzierungsgeschäft. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlement-Risiken sowie für Länderrisiken.

Siehe Glossar S. 277

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstandes beziehungsweise des Verwaltungsrates oder eines seiner Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen größer 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

Risikomanagement der Konzern-Unternehmen der Helaba-Gruppe
Die Einbeziehung von gruppenangehörigen Gesellschaften in das Risikomanagement auf Gruppenebene erfolgt unter dem Gesichtspunkt der Risiken, die im Rahmen der jährlichen oder auch einer anlassbezogenen Risikoinventur ermittelt werden. Die Identifikation der Risiken im Rahmen der Risikoinventur findet dabei auf Ebene der direkten Beteiligungen der Helaba statt, das heißt, diese gruppenangehörigen Gesellschaften bewerten das Risiko gesamthaft, also auch für die jeweils eigenen Beteiligungen. Der Ausgangspunkt zur Bestimmung des Einbeziehungskreises sind alle handelsrechtlichen direkten Beteiligungen des Einzelinstituts sowie Zweckgesellschaften und Sondervermögen. Der Einbeziehungskreis für die Durchführung der regelmäßigen Risikoinventur ergibt sich aus gruppenangehörigen Gesellschaften, für die eine wirtschaftliche, juristische oder ökonomische Notwendigkeit zur Einbeziehung besteht. Die Festlegung des Einbeziehungskreises erfolgt hierbei anhand eines Kriterienkataloges. Nicht in die Risikoinventur einbezogene gruppenangehörige Gesellschaften werden im residualen Beteiligungsrisiko eingebunden.

Als Ergebnis der Wesentlichkeitsbewertung der Risikoinventur wird bestimmt, welche gruppenangehörigen Gesellschaften mit welchen Risikoarten in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden sind und welche gruppenangehörigen Gesellschaften über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden werden. Werden die Risikopotenziale einer gruppenangehörigen Gesellschaft als wesentlich eingestuft, ist die gruppenangehörige Gesellschaft entsprechend klaren und verbindlichen Standards und Vorgaben in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden.

Des Weiteren hat die gruppenangehörige Gesellschaft für ihre eigenen Risiken, die der Risikoart auf Gruppenebene zugeordnet sind, einen geeigneten Risikomanagementprozess einzurichten. Die Art und Weise der Einbindung wird durch die jeweiligen Risikoarten- und Methodenverantwortlichen festgelegt. Dabei gestaltet sich die Einbindung in die Methoden des Risikomanagementprozesses je nach Risikoart unterschiedlich.

Wesentliche Risikoüberwachungsbereiche
Während die Aufgabe der Risikosteuerung durch dezentrale Markteinheiten wahrgenommen wird, obliegen den zentralen Überwachungseinheiten die Identifikations-, Quantifizierungs- und Überwachungs-/Controllingfunktion, die die Reportingpflicht einschließen sowie die jeweilige Methodenkompetenz. Die aufbauorganisatorische Trennung von Risikocontrolling und -steuerung einschließlich Marktfolge Kredit ist bis in die Vorstandsebene klar vollzogen.

Durch diese klare Aufgabenteilung und das enge Zusammenspiel zwischen den beteiligten Bereichen wird eine effiziente Umsetzung von risikopolitischen Steuerungsimpulsen erreicht.

Für die wesentlichen Risikoarten sind die in folgender Tabelle genannten Bereiche zentral für die Risikoüberwachung beziehungsweise das Risikocontrolling verantwortlich:

Risikoarten	Risikosteuernde Bereiche	Risikoüberwachende Bereiche
Adressenausfallrisiken	Marktbereiche, Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Kreditrisikocontrolling (Portfolioebene), Marktfolge Kredit (Einzelengagementebene), Vorstandsstab und Konzernstrategie (residuales Beteiligungsrisiko)
Marktpreisrisiken	Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling Handel
Liquiditätsrisiken	Kapitalmärkte (Geldhandel), Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling Handel
Operationelle Risiken	Alle Bereiche	Kreditrisikocontrolling, Recht (rechtliche Risiken)
Geschäftsrisiken	Marktbereiche	Kreditrisikocontrolling, Risikocontrolling Handel
Immobilienrisiken	Immobilienmanagement, Tochtergesellschaften	Kreditrisikocontrolling, Immobilienmanagement

Neben den in oben dargestellter Tabelle genannten Bereichen tragen weitere Einheiten zum Risikomanagement im Konzern bei:

Interne Revision
Die interne Revision prüft und beurteilt die Aktivitäten der Bank sowie von Tochtergesellschaften. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Prüfungstätigkeit der internen Revision erstreckt sich grundsätzlich auf alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Umfang und Risikogehalt der jeweiligen Betriebs- beziehungsweise Geschäftstätigkeit berücksichtigt werden. Die Beurteilung der Risikolage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sind besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung sind in Prüfungsdokumentationen festgehalten. Die zuständigen Vorstände sowie die Verantwortlichen für die geprüften Bereiche erhalten eine ausführliche Berichtsausfertigung. Sämtliche Vorstandsmitglieder werden grundsätzlich über das Gesamtergebnis einschließlich wesentlicher Feststellungen von Prüfungen durch einen Kurzbericht informiert. Der Vorstand berichtet dem Verwaltungsrat halbjährlich über wesentliche Feststellungen der internen Revision.

Kapitalmarkt-Compliance, Compliance Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung sowie Datenschutz
Die Bank hat die unabhängigen Funktionen der Compliance-Stelle Kapitalmarkt, des Datenschutzes und der Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung eingerichtet.

Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt ist zuständig für die Bewertung der Risiken aus der Verletzung von aufsichtsrechtlichen Marktschutz- und Wohlverhaltensregeln (Compliance-Risiko). Dabei

- überwacht sie insbesondere Insiderinformationen und Wohlverhaltensregeln,
- identifiziert und regelt sie konzernweit Interessenkonflikte mit Risikopotenzialen insbesondere nach dem Wertpapierhandelsgesetz und Investmentgesetz,
- bewertet sie die Compliance-Risiken der kapitalmarktrelevanten Geschäftsprozesse und
- unterstützt sie die Fachbereiche durch dauerhafte und zeitnahe Beratung bei der Minimierung dieser Risiken.

Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung entwickelt interne Grundsätze, angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Als Grundlage für die zu ergreifenden organisatorischen Vorkehrungen dienen unter anderem die Gefährdungsanalyse des Konzerns (Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Betrugsbekämpfung) sowie die Group Policy, die die allgemeinen Rahmenbedingungen des Konzerns wiedergibt, die den nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen. Mit dem Einsatz modernster Monitoring- und Research-Software erfolgt eine kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehungen.

Die Datenschutzbeauftragte wirkt auf die Einhaltung und Umsetzung der Datenschutzgesetze hin und nimmt die Überwachungs-, Beratungs-, Koordinations-, Vorschlags- und Berichtsfunktion wahr.

Diese unabhängigen Funktionen sind unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken, insbesondere auch der Reputationsrisiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass alle wesentlichen Risiken im Helaba-Konzern jederzeit durch Risikodeckungsmasse abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

In die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsrechnung fließen Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Immobilien- sowie Geschäftsrisiken ein. Dabei werden für die Risikoarten mittlere Verlustrisiken und ein interner Kapitalbedarf im Rahmen einer ökonomischen Betrachtung quantifiziert sowie der regulatorische Expected Loss (EL) und der regulatorische Kapitalbedarf unter Anwendung der regulatorischen Bewertungsvorschriften ermittelt. Ein Kapitalabzug aus dem regulatorischen EL-/Wertberichtigungsabgleich findet bei der Quantifizierung von Kern- und Gesamtkapital Berücksichtigung.

Neben der deckungsmassenbasierten Risikotragfähigkeit werden in Bezug auf die Marktpreisrisiken das Ergebnis des regulatorischen Zinsschocks sowie für die Liquiditätsrisiken der Liquiditätshorizont als Ergebnisgröße ausgewiesen.

Zusätzlich zu einem Basisszenario, das die Risikotragfähigkeit zum Berichtsstichtag abbildet, werden die Auswirkungen von historischen und hypothetischen Stress-Szenarien auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Dabei werden ein makroökonomisches Stress-Szenario und ein Szenario extremer Marktverwerfungen, dessen Basis beobachtete Marktverwerfungen im Rahmen einer globalen Finanzkrise bilden, betrachtet. Darüber hinaus werden inverse Stresstests durchgeführt.

In der Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba werden zwei unterschiedliche Steuerungskreise abgebildet, die der aufsichtsrechtlichen Unterscheidung in einen Fortführungsansatz (auch going-concern-Ansatz genannt) und einen Liquidationsansatz (auch gone-concern-Ansatz genannt) entsprechen.

Im Fortführungsansatz erfolgt der Nachweis, dass die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen auch bei schlagend werdenden, erwarteten Verlusten eingehalten werden können. Im Liquidationsansatz der Risikotragfähigkeit wird nachgewiesen, dass selbst im unwahrscheinlichen Fall schlagend werdender, unerwarteter Verluste das Kapital des Helaba-Konzerns ausreicht, um die Gläubiger in voller Höhe zu befriedigen.

Im Rahmen des Fortführungsansatzes werden den mittleren Verlustrisiken der Risikotragfähigkeitsrechnung unterschiedliche Deckungsmassen in einem zweistufigen Schema gegenübergestellt. Die Risikodeckungsmasse I geht von einem nachhaltigen Ergebnis vor Risiken bezogen auf einen Zeitraum von einem Jahr aus. Die Risikodeckungsmasse II besteht aus dem Aufwand zur Bedienung der nicht gehärteten stillen Einlagen sowie aus Reserven mit Vorsorgecharakter. Dabei werden auch unterjährige Veränderungen der Risikovorsorge berücksichtigt. Die mittleren Verlustrisiken des Basisszenarios werden dem nachhaltigen Ergebnis vor Risiken (Risikodeckungsmasse I) gegenübergestellt. In den Stressbetrachtungen wird zusätzlich die Risikodeckungsmasse II zur Abdeckung der Risiken herangezogen. Zur Analyse der Auswirkungen auf die regulatorischen Kapitalquoten werden im Fortführungsansatz auch die Auswirkungen der Stress-Szenarien auf den regulatorischen Kapitalbedarf sowie auf die regulatorischen Eigenmittel quantifiziert.

Zusätzlich werden im Rahmen des Fortführungsansatzes zur Plausibilisierung der bestehenden Kapitalpuffer die gesamten regulatorisch nicht gebundenen Eigenmittel (je nach Szenario abzüglich eines intern definierten Risikopuffers) den gesamten ökonomischen Risikopotenzialen (erwartete Verluste zuzüglich unerwarteter Verluste) gegenübergestellt und so der Nachweis erbracht, dass auch in diesem Szenario die regulatorischen Mindestkapitalquoten eingehalten werden.

Der Fortführungsansatz, der als Ergebnisgröße die regulatorischen Kapitalquoten betrachtet, ist eng mit der Kapitalallokation in der Helaba verzahnt. Die Allokation des regulatorischen Kapitals auf Unternehmensbereiche und Konzerneinheiten der Helaba erfolgt unter Berücksichtigung der damit verbundenen erwarteten Entwicklungen von Gesamt- und Kernkapitalquote. Hiermit wird die Konsistenz zwischen der Kapitalallokation bei Annahme einer Vollauslastung der Limite und der sich hieraus ergebenden Ergebnisgröße der Risikotragfähigkeitsrechnung sichergestellt.

Siehe Glossar S. 276

Im Liquidationsansatz wird eine auf dem **IFRS**-Rechnungslegungswerk basierende ökonomische Deckungsmasse zur Abdeckung des internen Kapitalbedarfs herangezogen. Komponenten sind das zum Berichtsstichtag aufgelaufene Konzernergebnis, das Eigenkapital sowie das Nachrangkapital nach IFRS. Zusätzlich erfolgt eine ökonomisch bedingte Korrektur von Deckungsmassenbestandteilen. Stille Reserven werden im Liquidationsansatz nicht als Deckungsmassenkomponente angesetzt.

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung für den Konzern (ab Juli 2012 einschließlich der übernommenen Bestände der NRW-Verbundbank) weist zum Ende des Jahres 2012 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale durch die bestehenden Risikodeckungsmassen aus und dokumentiert die konservative Risikoeinstellung der Helaba.

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes kann die Abdeckung der mittleren Verlustrisiken komplett durch das nachhaltige Betriebsergebnis erfolgen, es besteht ein zusätzlicher Puffer in Höhe von 0,3 Mrd. € (2011: 0,3 Mrd. €). Im Liquidationsansatz besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen ein Kapitalpuffer in Höhe von 6,8 Mrd. € (2011: 6,0 Mrd. €).

Zum Stichtag 31. Dezember 2012 beträgt die regulatorische Gesamtkapitalquote 15,9 % (2011: 15,3 %) und die Kernkapitalquote 11,2 % (2011: 10,1 %) im Helaba-Konzern. Auch bei einem simulierten Eintritt der Stress-Szenarien liegen die von der Helaba erreichten Kapitalquoten deutlich oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen.

Im Rahmen des Fortführungsansatzes führte die Kapitalzuführung im Rahmen der Integration des Verbundbankportfolios zu einem Anstieg der regulatorischen Eigenmittel in der Helaba-Gruppe von 1,0 Mrd. €, im Liquidationsansatz sind die ökonomischen Deckungsmassen ebenfalls um 1,0 Mrd. € angestiegen. Diesen Anstiegen stehen in beiden Ansätzen der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung entsprechende Risikopotenziale aus regulatorischen und ökonomischen Risiken gegenüber.

Weitere Sicherungsmechanismen

Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und ist somit einbezogen in den auf dem Prinzip der Institutssicherung basierenden bundesweiten Haftungsverbund zwischen der Sicherungsreserve, den regionalen Sparkassenstützungsfonds und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen. Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutssichernde Wirkung, das heißt Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, insbesondere von deren Liquidität und Solvenz, ein Risikomonitoring-System zur Früherkennung von besonderen Risikolagen und die risikoorientierte Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge. Auch die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, ein Tochterunternehmen der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, sind direkt an diesem Sicherungssystem beteiligt.

Darüber hinaus gehören satzungsrechtlich die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende

Sicherung und räumt Gläubigern der angeschlossenen Institute (Helaba, Sparkassen) ein unmittelbares, betragsmäßig unbegrenztes Forderungsrecht ein. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5 ‰ der gemäß SolvV gewichteten aufsichtsrechtlichen Risikoaktiva der angeschlossenen Institute und beträgt Ende 2012 546 Mio. €. Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrags zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

Im Zuge ihrer Mitte 2012 erfolgten Beteiligung am Stammkapital der Helaba (jeweils 4,75 %) haben auch der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband (SVWL) jeweils einen zusätzlichen regionalen Reservefonds einseitig für die Helaba geschaffen.

Für das Förderinstitut WIBank, das als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Landesbank Hessen-Thüringen organisiert ist, besteht gesetzlich geregelt und in Übereinstimmung mit den EU-beihilferechtlichen Anforderungen eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen.

Adressenausfallrisiken

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfeldes als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie, die in Anlehnung an die **MaRisk** verbindlich festgelegt wurde. In der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich überprüft und mit dem weiteren Ausbau der aktiven Kreditportfolio-Steuerung sukzessive weiterentwickelt. Darüber hinaus wird der Umgang mit Adressenausfallrisiken durch detaillierte portfoliospezifische Lending Policies und unterjährige Risikobegrenzungsstrategien geregelt.

Siehe Glossar S. 277

Basel II
Mit der Regelung der angemessenen Eigenkapitalausstattung (Säule 1 von Basel II/EU-Capital Requirements Directive) wurden im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht und parallel in der EU weitreichende Bankregulierungsvorschriften eingeführt, die mit der SolvV in Deutschland umgesetzt sind. Im Rahmen der geplanten Umsetzung von Basel III (CRD IV) sind neue regulatorische Anforderungen zu erfüllen. Die neuen Anforderungen werden erstmals in einer EU-Verordnung (Capital Requirements Regulation) umgesetzt. Aktuell wendet die Helaba den Basisansatz für interne Ratings gemäß Basel II/SolvV an. Es ist beabsichtigt, mittelfristig auf den fortgeschrittenen Ansatz für interne Ratings zu wechseln.

Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwertberichtigungen dient, sowie einem zentralen Risikodatenpool sind die Regelungen nach Basel II/SolvV in den Verfahren und Systemen der Helaba integriert.

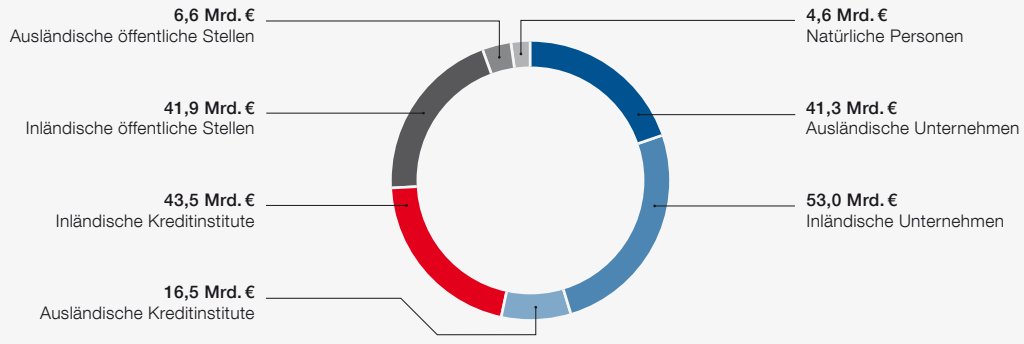
Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System
Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah sämtliche kontrahentenbezogenen Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch an der Risikotragfähigkeit der Bank.

Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlimite auf Konzernebene erfasst. Auf diese Gesamtlimite werden alle Arten von Krediten gemäß § 19 Abs. 1 KWG, sowohl aus Handels- als auch Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Separat zu bewilligende Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften werden unabhängig von ihrer Zuordnung zum Handels- oder Bankbuch in voller Höhe auf Limite für Settlement-Risiken angerechnet.

Die bewilligten Gesamtlimite werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Unternehmensbereiche alloziert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

In Grafik 1 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2012, das sich aus Kreditinanspruchnahmen und nicht genutzten zugesagten Kreditlinien zusammensetzt, des engen Konzernkreises (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaften Helaba Dublin, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG) in Höhe von 207,4 Mrd. € (2011: 174,9 Mrd. €), aufgeteilt nach Kundengruppen, dargestellt. Der Anstieg des Gesamtkreditvolumens in 2012 resultiert vorwiegend aus dem zum 1. Juli 2012 übernommenen Portfolio der NRW-Verbundbank.

Gesamtkreditvolumen nach Kundengruppen (enger Konzernkreis)
(Grafik 1)



Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Gesamtlimit erfolgt mit den – gemäß der Groß- und Millionenkreditverordnung (GroMiKV) ermittelten – Kreditäquivalenzbeträgen. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (zum Beispiel Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

Ergänzend werden unter sonstige wirtschaftliche Risiken Sekundärrisiken, zum Beispiel aus Leasingengagements (Leasingnehmer) oder aus erhaltenen Bürgschaften und Garantien, beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

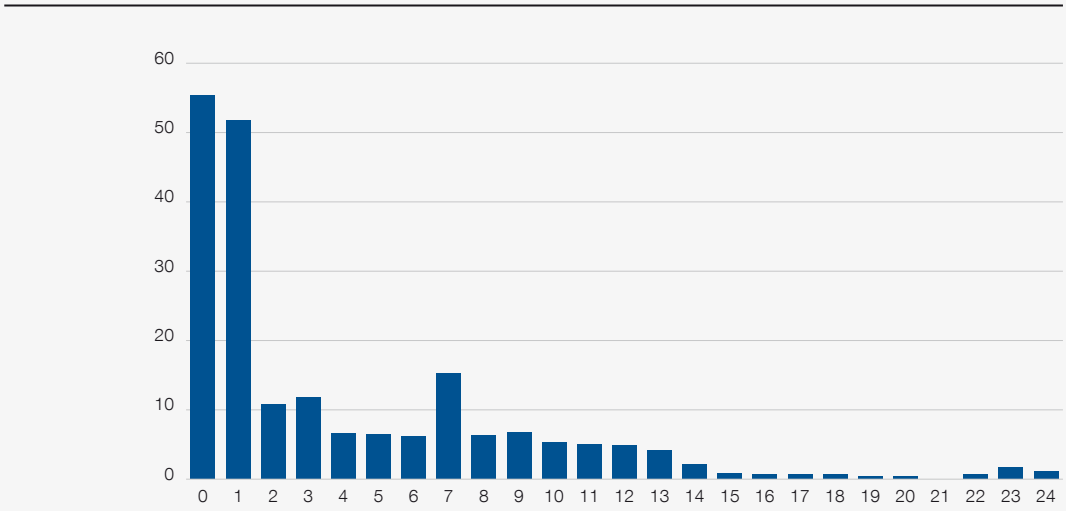
Entsprechend dem Geschäftsmodell liegt der Schwerpunkt der Kreditaktivitäten der Helaba zum 31. Dezember 2012 in den Branchen Kreditgewerbe, öffentliche Stellen sowie Grundstücks- und Wohnungswesen.

Bonitäts-/Risikobeurteilung
Die Helaba verfügt über gemeinsam mit dem DSGV (nationale Immobilienfinanzierungen und Firmenkunden) beziehungsweise anderen Landesbanken (internationale Immobilienfinanzierungen, Projekt-, Schiffs- und Flugzeugfinanzierungen, Leveraged-Finance-Transaktionen, Leasingfinanzierungen, Banken, Versicherungen, Corporates, Länder- und Transferrisiken, Fondsfinanzierungen sowie internationale Gebietskörperschaften) entwickelte interne Rating-Systeme. Daneben wurden für Verbriefungen von Darlehens- und Handelsforderungen, Finanzierungen von kommunalnahen Unternehmen in den USA sowie für Commodity-Trade-Transaktionen eigene Verfahren entwickelt. In allen Rating-Verfahren werden die Kreditnehmer beziehungsweise Transaktionen einer Rating-Klasse zugeordnet, der über eine einheitliche 25-stufige Skala eine Einjahres-Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) zugewiesen wird (Ausfall-Rating).

Da die Ermittlung der kunden- beziehungsweise transaktionsspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) allein noch keine Einschätzung der Verlustrisikopotenziale eines Geschäftes ermöglicht, werden danach weitere relevante risikomindernde beziehungsweise -erhöhende Faktoren des jeweiligen Kreditgeschäftes (insbesondere Restlaufzeit, Besicherung, Rangigkeit der Finanzierung) betrachtet. Die Helaba hat dafür ergänzend zum Ausfall-Rating ein Risiko-Rating entwickelt, mit dem segmentübergreifend ein Vergleich des Risikogehaltes von Geschäften ermöglicht wird. Das Risiko-Rating bildet näherungsweise den erwarteten Verlust (Expected Loss, EL) ab. Dazu werden ausgehend vom Ausfall-Rating die EL-relevanten Anpassungen zur Bestimmung des Risiko-Ratings vorgenommen.

Im engen Konzernkreis (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaften Helaba Dublin, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG) teilt sich das Gesamtkreditvolumen in Höhe von 207,4 Mrd. € nach Risiko-Rating-Klassen wie in Grafik 2 dargestellt auf.

Gesamtkreditvolumen nach Risiko-Rating-Klassen (enger Konzernkreis)
(Grafik 2)



Sicherheiten
Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeine Risikominderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungstechniken nach Basel II/SolvV ausschöpfen zu können. Es genügt den umfangreichen und komplexen Anforderungen an die Nutzung, Abbildung und Anerkennung von „klassischen“ Kreditsicherheiten (insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften, Verpfändungen und Abtretungen von Forderungen und Wertpapierpositionen, Registerpfandrechte auf Schiffe und Flugzeuge), die im Basisansatz für interne Ratings gestellt werden. Das Sicherheitenverwaltungssystem stellt seinen Datenbestand dem zentralen Risikodatenpool bereit, der wiederum die Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen durchführt.

Länderrisiken
Das Länderrisiko besteht aus Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken (zum Beispiel Lieferrisiken). Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung. Das Länderrisikosystem dient als zentrales

Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Handelsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesellschaften Helaba Dublin, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG einbezogen. Das gesamte Länderrisiko – ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals der Helaba-Institutsgruppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2012 belief sich auf weniger als das Dreifache der haftenden Eigenmittel.

Länderlimite werden für alle Länder mit Ausnahme der Länder der Eurozone (bis auf Griechenland, Malta, Portugal, Irland, Spanien, Zypern, Slowenien, Estland und Slowakei) und weiterer insbesondere unter Transferrisikogesichtspunkten erstklassiger Länder (zurzeit Schweiz, Großbritannien, USA, Dänemark, Schweden, Norwegen, Kanada) festgelegt. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Unterlimite begrenzt.

Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich von der Abteilung Volkswirtschaft/Research im Bereich Vorstandsstab und Konzernstrategie überprüft (Erstvotum). Veränderungen der politischen oder wirtschaftlichen Lage eines Landes aufgrund aktueller Ereignisse führen auch unterjährig zu einer außerplanmäßigen Überprüfung der Einstufung. Auf der Basis dieser Länder-Ratings werden dem Länderlimit-Ausschuss, dem mit dem Auslandsgeschäft befasste Leitungsfunktionsträger angehören, Vorschläge für Länderlimite unterbreitet. Der Länderlimit-Ausschuss führt diese vorwiegend volkswirtschaftlich fundierten Vorschläge mit bankspezifischen, geschäftspolitischen und risikomethodischen Überlegungen zu einem Gesamturteil zusammen, auf dessen Basis der Bereich Marktfolge Kredit das Zweitvotum als abschließenden Limitvorschlag für den Vorstand abgibt. Der Vorstand setzt – unter Berücksichtigung der Voten und der Risikogruppierung – Limite für die einzelnen Länder fest.

Die in den Länderrisikogruppen jeweils zulässigen Geschäftsarten sind in einer Matrix festgelegt. In Abhängigkeit von der jeweiligen Risikogruppe umfasst diese Matrix neben den Kredit- und Wertpapiergeschäften auch die verschiedenen Formen der Kapitalmarktfinanzierungen, Geld- und Devisenhandelsgeschäfte sowie den Handel mit Derivaten. Abgestuft nach der Risikogruppe nehmen die Geschäftsmöglichkeiten ab. Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Das Länderrisiko im engen Konzernkreis in Höhe von 44,4 Mrd. € (2011: 48,3 Mrd. €) konzentriert sich regional vorwiegend auf Europa (83,3 %) und Nordamerika (14,1 %). Es ist per 31. Dezember 2012 zu 92,8 % (2011: 92,4 %) den Länder-Rating-Klassen 0 und 1 zugeordnet. Weitere 5,7 % (2011: 6,4 %) werden in den Rating-Klassen 2–9 generiert. Lediglich 0,1 % (2011: 0,1 %) ist mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet.

Die Zuordnung der einzelnen Länderrisikoposition erfolgt grundsätzlich nach dem Domizilprinzip. Allerdings wird dieses Prinzip, das auf das Sitzland des Kreditnehmers abstellt, aus wirtschaftlichen Gründen modifiziert. Unter bestimmten Voraussetzungen wird das Risiko auf das Sitzland der Konzernmutter, des Leasingnehmers oder bei Cashflow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen.

Per 31. Dezember 2012 betrug das Exposure in den peripheren Eurostaaten nach der Methode, die im Rahmen der EBA-Rekapitalisierungsanfrage zum 30. September 2011 zum Einsatz kam, 1,39 Mrd. €. Dabei entfallen auf Spanien 1,15 Mrd. €, Italien 0,23 Mrd. € sowie auf Portugal 0,01 Mrd. €.

Bewilligungsverfahren
Das Bewilligungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen werden. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Verwaltungsrates beziehungsweise eines seiner Ausschüsse; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risikobeurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend der MaRisk im so genannten risikorelevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Marktbereich sowie den Bereich Marktfolge Kredit.

Ergänzt wird das Verfahren durch aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleitete Konzentrationslimite, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klasse der wirtschaftlichen Kreditnehmereinheit die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem sind alle Kredite mindestens einmal innerhalb von zwölf Monaten zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch das Global-Limit-System gewährleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Kreditnehmereinheit zusammenführt.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken
Die Quantifizierung von erwarteten und unerwarteten Adressenausfallrisiken erfolgt über den zentralen Risikodatenpool. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form des Expected Loss einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung für regulatorische Zwecke erfolgt auf Basis der internen Rating-Verfahren und regulatorisch vorgegebener LGDs. Zur Abdeckung unerwarteter Verluste wird das gemäß SolvV vorzuhaltende Eigenkapital ebenfalls einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung verwendet. Darüber hinaus erfolgt in der internen Steuerung eine verfeinerte Quantifizierung unerwarteter Verluste aus Adressenausfallrisiken durch Berücksichtigung intern geschätzter LGD-Parameter. Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden verschiedenen Szenariobetrachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stresssituationen aufzuzeigen.

Kreditrisikoprozesse und Organisation
Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäftes sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Überwachung und Steuerung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft hat der Vorstand in gesonderten Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft festgelegt.

Risikovorsorge
Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Erfassung und Fortschreibung der Einzelwertberichtigungen erfolgt in der Credit Loss Database, die als zentrale Datei für ausfallgefährdete Engagements dient.

Beteiligungsrisiken
Unter Beteiligungsrisiken werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden alle für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und gesellschaftsrechtlicher Möglichkeiten in das konzernweite Risikomanagement integriert, ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach SolvV der Forderungsklasse Beteiligungen zugeordnet werden.

Der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung wird im Hinblick auf die Werthaltigkeit anhand eines zweistufigen Kriterienkatalogs (Ampelverfahren) klassifiziert. Daneben erfolgt die Risikobeurteilung auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstands und den Verwaltungsrat-Kreditausschuss berichtet.

Der Gesamtbuchwert des Beteiligungsportfolios ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Die turnusmäßige Werthaltigkeitsprüfung des Beteiligungsportfolios führte teilweise zur Anpassung des Beteiligungsbuchwerts.

Die Risikosituation wird durch die Integration der NRW-Verbundbank nicht beeinflusst, da keine Beteiligungen beziehungsweise sonstigen Finanzinstrumente übernommen wurden.

Marktpreisrisiken

Risikosteuerung
Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für deren effektive Begrenzung und Steuerung. Auf Basis einer Risikoinventur werden in Abhängigkeit der Geschäftstätigkeit die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen. Schwerpunkte bilden die Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG sowie die Tochtergesellschaft Helaba Dublin. Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt nach den Methoden der Helaba.

Die Bank betreibt im Rahmen ihrer Handelstätigkeit als wesentliche Handelsform Kundenhandel und in geringem Maße Eigenhandel. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuches (Helaba-Einzelinstitut sowie Tochtergesellschaft Helaba Dublin) liegt in der Verantwortung des Bereiches Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung des Bankbuches, das sich in erster Linie aus Positionen der Aktiv-/Passivsteuerung sowie strategischen Positionsnahmen und dem Überhang der unverzinslichen Mittel zusammensetzt. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung den Rückflussbestand eigener Emissionen. Diese Zuständigkeiten gelten analog für die Mitte des Jahres 2012 übernommenen Geschäfte der früheren WestLB.

Limitierung von Marktpreisrisiken
Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Kreditausschuss des Verwaltungsrates eingebunden. Dieser genehmigt das Gesamtlimit für Marktpreisrisiken, das vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit der Bank vorgeschlagen wird. Die Vorbereitung dieser Entscheidung erfolgt durch den Risikoausschuss.

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits alloziert der Vorstand über den Dispositionsausschuss Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und das Bankbuch. Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. Darüber hinaus werden in den Handelsbereichen eigenständig Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch der Bank und des Konzerns sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

Risikoüberwachung
Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereiches Risikocontrolling Handel. Hierzu gehören neben der Risikomessung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktkonformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

Die kontinuierliche Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme trägt wesentlich zur adäquaten Erfassung der Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den „Ausschuss Neue Produkte“ verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines neuen Produktes setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung, Risikomessung sowie für das Rechnungswesen und Meldewesen voraus.

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchentlich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

Quantifizierung von Marktpreisrisiken
Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests und Sensitivitätsanalysen für Credit-Spread-Risiken und durch die Betrachtung von inkrementellen Risiken für das Handelsbuch ergänzt wird. Das **Money-at-Risk** (**MaR**) gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (**Konfidenzniveau**) nicht überschritten wird.

Siehe Glossar S. 277

Siehe Glossar S. 276

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle ermittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraums von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

Grafik 3 enthält eine Stichtagsbetrachtung der im Rahmen der Geschäftstätigkeit eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelationseffekten zwischen den Portfolios) zum Jahresultimo 2012 sowie eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungsrisiko. Für das Gesamtportfolio des engen Konzernkreises entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 84 % (2011: 78 %) auf Positionen in Euro und 9 % (2011: 16 %) auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, Schweizer Franken, Japanischen Yen und Britischen Pfund. Die Credit-Spread-Sensitivität im Handelsbuch beträgt 5,2 Mio. €, im Bankbuch 10,8 Mio. €. Das inkrementelle Risiko im Handelsbuch beläuft sich bei einem Betrachtungshorizont von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 99,9 % auf 247,1 Mio. €.

Konzern-MaR nach Risikoarten
(Grafik 3)
(in Klammern Anteil des NRW-Verbundbank-Portfolios) in Mio. €

	Gesamtrisiko		Zinsänderungsrisiko		Währungsrisiko		Aktienrisiko	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Gesamt	**61,6 (15,1)**	**65,6**	**46,7**	**57,2**	**2,0**	**1,2**	**12,9**	**7,2**
Handelsbuch	16,0 (2,2)	19,4	12,8	17,9	1,8	1,2	1,4	0,3
Bankbuch	50,0 (12,9)	57,6	36,1	50,2	0,4	0,2	13,5	7,2

Für Positionen, die im Rahmen der Übernahme der NRW-Verbundbank aktuell von der Portigon AG serviciert werden, kommen bis zum Übergang auf die IT-Systeme der Helaba die Risikomesssysteme der Portigon AG zum Einsatz. In Frankfurt abgeschlossene Hedges für das NRW-Verbundbank-Portfolio werden diesem zugerechnet. Die dominierende Risikoart im NRW-Verbundbank-Portfolio ist das Zinsänderungsrisiko. Allen Risikomesssystemen liegen ein modifizierter **Varianz-Kovarianz-Ansatz** oder eine **Monte-Carlo-Simulation** zugrunde. Letztere ist insbesondere für die Abbildung komplexer Produkte und Optionen vorteilhaft. Nichtlineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht.

Siehe Glossar S. 277
Siehe Glossar S. 277

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der Risikomesssysteme sowie der zugehörigen Schnittstellen gewährleistet eine permanent hohe Qualität der Risikomessung. Auch eine intensive Marktdatenpflege sowie die regelmäßige Überprüfung der Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen leisten hierzu einen wesentlichen Beitrag.

Internes Modell gemäß Solvabilitätsverordnung

Siehe Glossar S. 276

Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfs für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes **internes Modell** gemäß SolvV, das sich aus den Risikomesssystemen MaRC² (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt. Neben Swap-, Government- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich ratingabhängige Zinskurven zur Bewertung innerhalb der linearen Risikomessung eingesetzt.

Marktpreisrisiken im Handelsbuch

Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangegangenen Handelstages und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 4 ist das MaR des Handelsbuches (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Dublin) für das Geschäftsjahr 2012 dargestellt. Im Gesamtjahr 2012 betrug das durchschnittliche MaR 17,0 Mio. € (2011: 20,2 Mio. €), der maximale Wert 22,2 Mio. € (2011: 26,5 Mio. €) und der minimale Wert 13,2 Mio. € (2011: 15,9 Mio. €). Davon entfielen im zweiten Halbjahr 2012 durchschnittlich 2,4 Mio. € auf das Handelsbuch der NRW-Verbundbank. Das Maximum des Verbundbankportfolios betrug 3,1 Mio. €, das Minimum 1,7 Mio. €.

Tägliches MaR des Handelsbuches im Geschäftsjahr 2012
(Grafik 4)

Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Tochtergesellschaft in Dublin, die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitgestellt. Dies ermöglicht neben der Risikomessung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikomessung in den Standorten.

Grafik 5 zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Dublin).

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2012
(Grafik 5)

ø MaR in Mio. €

	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Zinsänderungsrisiko	14,9	18,7	17,6	18,9	12,9	18,3	12,8	19,2	14,5	18,8
Währungsrisiko	0,7	1,2	1,0	1,0	2,1	0,6	2,0	0,8	1,5	0,9
Aktienrisiko	0,7	0,4	0,7	0,7	1,2	0,7	1,5	0,5	1,0	0,6
Gesamtrisiko	**16,3**	**20,3**	**19,4**	**20,6**	**16,3**	**19,6**	**16,4**	**20,5**	**17,0**	**20,2**

Anzahl der Handelstage: 250 (2011: 253)

Für die Frankfurter Sparkasse ergibt sich im Handelsbuch im Jahresdurchschnitt ein MaR von 0,0 Mio. € (2011: 0,1 Mio. €). Das durchschnittliche MaR des Handelsbuches der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG beläuft sich auf 0,2 Mio. € (2011: 0,9 Mio. €).

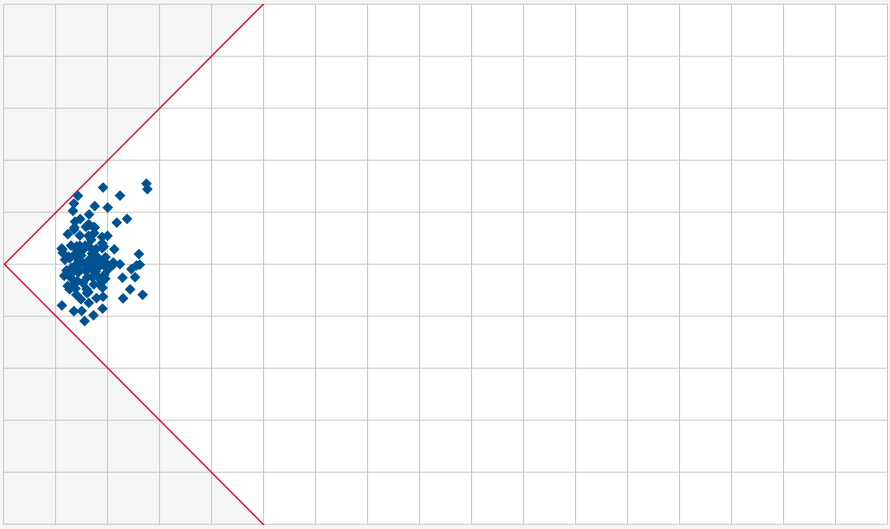
Backtesting

Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Risikoarten ein Clean **Backtesting** durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Haltedauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99 %-Konfidenzniveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag wird der hypothetischen Nettovermögensänderung gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.

Siehe Glossar S. 276

In Grafik 6 ist das Backtesting der Helaba-Risikomodelle für das Handelsbuch (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Dublin) über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2012 dargestellt. Es traten keine negativen Ausreißer auf.

Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2012
(Grafik 6)



Im internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko, das aus den Modellkomponenten MaRC² und ELLI besteht, traten im Jahr 2012 keine negativen Ausreißer auf. Für das ebenfalls täglich durchgeführte Dirty Backtesting, bei dem der prognostizierte Risikobetrag der tatsächlichen Wertänderung gegenüber gestellt wird, traten ebenso keine Ausreißer auf.

Stresstestprogramm
Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber realistischer Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikomessung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposures (Materialität) und etwaiger Risikokonzentrationen. Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limitallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter anderem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spread-Änderungen durch. Wie bereits in den Vorjahren betei-

ligte sich die Helaba an einer Erhebung der Deutschen Bundesbank zur Analyse von Auswirkungen extremer Marktwertänderungen auf das Handels- und Bankbuch. Diese Stresstests orientieren sich an den Szenarien des FSAP (Financial Sector Assessment Program) des Internationalen Währungsfonds (IWF). Risikoartenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba und inverse Stresstests ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiken im Bankbuch
Zur Abbildung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikozahlen werden durch täglich erstellte Fristenablaufbilanzen ergänzt, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionsnahmen erkennbar ist. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil regulatorischer Anforderungen. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks gefordert. Dabei werden gemäß den Festlegungen der Bankenaufsicht ein Zinsanstieg und eine Zinssenkung um 200 Basispunkte untersucht. Ein derartiger Zinsschock würde für den Helaba-Konzern zum Jahresultimo 2012 im ungünstigen Fall zu einer negativen Wertveränderung im Bankbuch von 95,9 Mio. € führen (2011: 240,5 Mio. €). Dabei entfallen auf die Heimatwährung 79,3 Mio. € (2011: 227,9 Mio. €) und auf Fremdwährungen 16,6 Mio. € (2011: 12,6 Mio. €). Die Untersuchungen eines Zinsschocks führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

Performance-Messung
Zur Beurteilung des Erfolgs einzelner Organisationseinheiten führt die Bank regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durch. Dabei wird die erzielte Performance zum durchschnittlichen MaR in Beziehung gesetzt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

Liquiditätsrisiken

Die Sicherung der Liquidität besitzt für die Helaba höchste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung, Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditätsrisiken haben sich auch in den vergangenen Jahren im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise und der daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2012 jederzeit vollumfänglich gesichert.

2012 wurde die Ausrichtung des Liquiditätsmanagements in Bezug auf die Erfüllung der neuen aufsichtsrechtlichen Vorgaben aus Basel III/CRR fortgesetzt. Hierfür wurde der Aufbau des für die Erfüllung der kurzfristigen Liquiditätsanforderungen nach Basel III/CRR notwendigen hochliquiden Wertpapierbestandes (Liquiditätspuffer) weitergeführt.

Im Helaba-Konzern existiert ein dezentrales Steuerungs- und Überwachungskonzept für Liquiditätsrisiken, das heißt, jede Gesellschaft ist selbst für die Sicherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit verantwortlich. Die Rahmenbedingungen hierfür werden mit der Helaba abgestimmt. Im Rahmen des

gruppenweiten Risikomanagements berichten die Tochtergesellschaften des engen Konzernkreises regelmäßig ihre Liquiditätsrisiken an die Helaba. Die dabei angewandten Methoden sind an das Helaba-Verfahren angelehnt.

Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liquiditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Während der Geldhandel die tägliche Zahlungsfähigkeit steuert, ist der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung im Rahmen der strukturellen Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäftes unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur verantwortlich. Die zentrale Steuerung der liquiden Sicherheiten sowohl für die Zwecke des aufsichtsrechtlichen Liquiditätspuffers zur Erfüllung der **Liquidity Coverage Ratio (LCR)** als auch für das Collateral Management erfolgt ebenfalls durch die Aktiv-/Passivsteuerung.

Siehe Glossar S. 277

Der Bereich Risikocontrolling Handel berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktionsträger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stress-Szenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, keine Verfügbarkeit von Interbankenliquidität an den Finanzmärkten und die Auswirkung einer signifikanten Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stress-Szenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Zudem werden inverse Stresstests durchgeführt. Für extreme Marktsituationen sind Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität unterhält die Helaba einen hochliquiden Bestand an Wertpapieren, der bei Bedarf zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt werden kann. Die aktuelle Liquiditätssituation wird anhand eines kurzfristigen Liquiditätsstatus gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität aus dem liquiden Wertpapierbestand gegenübergestellt. Die verfügbare Liquidität wird konservativ unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Wertpapiere, die zu Sicherungszwecken im Collateral Management verwendet werden und damit belegt sind, werden dem liquiden Wertpapierbestand nicht zugerechnet. Maßgebliche Währungen im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität sind für die Helaba in erster Linie Euro, gefolgt von US-Dollar.

Als zweites Institut in Deutschland hat die Helaba im Februar 2011 die Zulassung für ein institutseigenes Liquiditätsrisikomess- und -steuerungsverfahren gemäß § 10 der Liquiditätsverordnung (LiqV) durch die BaFin erhalten. Damit darf die Helaba anstelle der monatlichen Meldung nach dem LiqV-Standardverfahren ihr eigenes Verfahren zur Ermittlung des kurzfristigen Liquiditätsstatus für die aufsichtsrechtliche Meldung verwenden. Für Positionen, die im Rahmen der Übernahme der NRW-Verbundbank aktuell von der Portigon AG serviciert werden, kommen bis zum Übergang auf die IT-Systeme der Helaba das Standardverfahren der Liquiditätsverordnung, ergänzt um zusätzliche Stresstests, zum Einsatz. Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich der Liquidität hat die Helaba im Geschäftsjahr 2012 immer voll erfüllt.

Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist so gewählt, dass verschiedene Stress-Szenarien abgebildet werden. Dabei wird der kumulierte Liquiditätssaldo (Liquiditätsbedarf) der verfügbaren Liquidität gegenübergestellt. Je nach Szenario erfolgt die Limitierung von 30 Tagen bis hin zu einem Jahr. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling Handel. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz (Zahlungsfähigkeit) beträgt zum Bilanzstichtag 41 % (2011: 20 %). Bei Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse ergeben sich 50 % (2011: 33 %). Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2012 bei 16 % (2011: 32 %). Die Liquiditätsrisikokennziffer des NRW-Verbundbank-Portfolios beträgt 8,53 zum 31. Dezember 2012.

Die operative Gelddisposition zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Paper) und Lombardfazilitäten bei der Europäischen Zentralbank (EZB).

Parallel zur internen Steuerung der kurzfristigen Liquidität hat die Bank ein Projekt zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach Basel III/CRD IV an die kurzfristige Liquidität aufgesetzt. Angestrebt wird eine automatisierte Ermittlung der LCR im Rahmen des kurzfristigen Liquiditätsmanagements.

Die zentral in einer Datenbank erfassten außerbilanziellen Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht und in das Liquiditätsmanagement integriert. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. In Abhängigkeit von der internen Risikoklassifikation werden Liquiditätskosten berechnet und den verantwortlichen Fachbereichen zugewiesen. Die zu bevorratende Liquidität wird seit dem Jahr 2002 mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert. Backtesting-Untersuchungen haben gezeigt, dass während der letzten Jahre der Finanzmarktkrise jederzeit mehr Liquidität bevorratet als tatsächlich gezogen wurde.

Für die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform waren zum Bilanzstichtag 1,3 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist ein Anstieg um 0,1 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr, der durch selektiv vergebene neue Liquiditätszusagen begründet ist. Im US-Public-Finance-Geschäft lag zum Bilanzstichtag (unverändert zum Jahresende 2011) kein Liquiditätsabruf aus Stand-by-Linien vor.

In Kreditverträgen, insbesondere von konsolidierten Immobilienobjektgesellschaften, können Kreditklauseln enthalten sein, die zu Ausschüttungsbeschränkungen bis hin zur Kündigung führen können. Selbst wenn in Einzelfällen eine solche Kündigung drohen sollte, besteht für den Konzern kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

Strukturelles Liquiditätsrisiko

Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das zentrale Dispositionssystem die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäftes der Helaba. Dieses umfasst im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsanlagebestandes sowie die mittel- und langfristige Finanzierung. Die Steuerung erfolgt auf Basis Cashflow-orientierter Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätskongruenzen limitiert sind. Die Überwachung erfolgt durch den Bereich Risikocontrolling Handel. Wesentliches Ziel der Liquiditätsdisposition ist die Sicherung der kalkulierten betriebswirtschaftlichen Erfolge aus dem Aktivgeschäft.

Das Refinanzierungsmanagement (Mittelbeschaffung) verfolgt als wesentliche Zielsetzung die Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung von mittel- und langfristigen Passivmitteln sowie die Begrenzung der Abhängigkeit von kurzfristigen Refinanzierungsmitteln. Strukturelle Liquiditätsengpässe werden durch möglichst fristenkongruente Refinanzierungen sowie eine Diversifikation der Refinanzierungsquellen (Produkte, Märkte, Investoren) vermieden. Schnittstellen zum Geldhandel ergeben sich, wenn Liquiditätsunterdeckungen oder -überhänge kurzfristig refinanziert beziehungsweise angelegt werden.

Marktliquiditätsrisiko
Die Messung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird bereits modellmäßig das Liquiditätsrisiko durch die Annahme einer Haltedauer von zehn Tagen konservativ berücksichtigt. Zusätzlich werden unter Variation der Haltedauer monatlich Szenariorechnungen für das Risiko unzureichender Marktliquidität durchgeführt. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet.

Festlegung der Risikotoleranz
Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditätsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos, die Liquiditätsbevorratung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten.

Operationelle Risiken

Steuerungsgrundsätze
Im Einklang mit dem Baseler Ausschuss und den nationalen Eigenkapitalvorschriften wird in der Helaba das operationelle Risiko definiert als die „Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge von externen Einflüssen eintreten“. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind nicht Teil des operationellen Risikos. Basierend auf den nationalen Anforderungen der Bankenaufsicht an die regulatorische Eigenkapitalunterlegung und auf den MaRisk verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management von operationellen Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken auf Basis der Komponenten Schadensfälle und Risiken identifiziert, bewertet und gesteuert.

Das Management und das Controlling operationeller Risiken werden im Ansatz der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Bereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Das Controlling operationeller Risiken ist zentral im Bereich Kreditrisikocontrolling angesiedelt.

Zum Thema operationelle Risiken ist die Helaba in verschiedene Arbeitskreise des Bundesverbandes öffentlicher Banken (VÖB) eingebunden. Zielsetzung der Zusammenarbeit sind die Abstimmung in fachlichen Umsetzungsfragen und der Aufbau einer technischen Standardlösung. So wird das EDV-System zum Management operationeller Risiken regelmäßig mit Vertretern anderer Banken gemeinsam weiterentwickelt und um neue Funktionalitäten ergänzt. In einem weiteren Arbeitskreis

wurde mit anderen Banken, im Wesentlichen Landesbanken, ein gemeinsames Datenkonsortium aufgebaut, über das seit 2006 Informationen über Schadensfälle aus operationellen Risiken ausgetauscht werden.

Instrumentarium
Seit 2007 wendet die Helaba den Standardansatz für die Eigenmittelunterlegung und das Risikomanagement von operationellen Risiken an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung von operationellen Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch ist ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten möglich.

Die systematische Klassifizierung von operationellen Risiken erfolgt auf Basis des Helaba-Risikomodells. Das Helaba-Risikomodell basiert ausschließlich auf den Baseler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird.

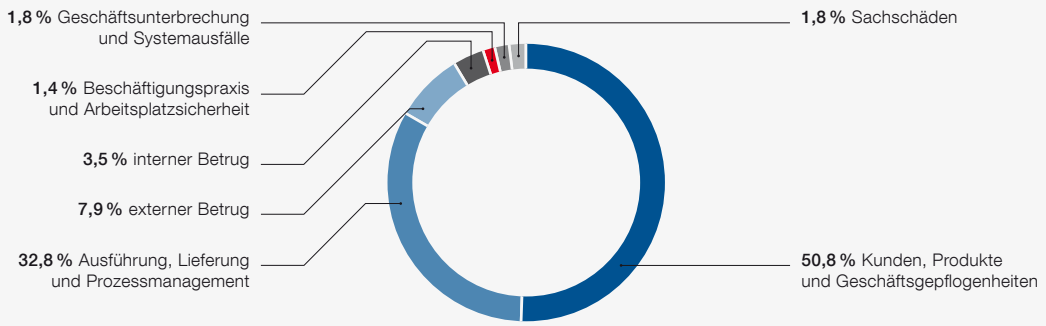
Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank, die seit Juli 2012 auch für die NRW-Verbundbank zum Einsatz kommt. Diese Anwendung wird in regelmäßigen Abständen durch fachliche Vorgaben weiterentwickelt.

Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

Risikoüberwachung
In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Bereiche über die Risikosituation und eingetretene Schadensfälle informiert.

Die nachfolgende Grafik 7 enthält das Risikoprofil des engen Konzernkreises zuzüglich weiterer Tochtergesellschaften des Jahres 2012:

Erwarteter Verlust per 31. Dezember 2012 nach Verlustereignissen
(Grafik 7)



Der erwartete Verlust betrug per 31. Dezember 2012 36,9 Mio. € (2011: 27,2 Mio. €). Risiken aus der Integration der NRW-Verbundbank sind darin enthalten.

Das Gesamtrisikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt. Die Integration der Verbundbank wurde sowohl hinsichtlich der Risiken aus der Übernahme des Geschäfts als auch hinsichtlich der Migrations- und Servicierungsrisiken untersucht. Im Rahmen der Steuerung operationeller Risiken sind Risikoszenarien bezüglich der Migration, der Servicierung durch die Portigon AG, des Bestandsgeschäftes und der Übernahme neuer Produkte gebildet worden. Die quantifizierten Risiken sind in der Risikotragfähigkeit per 31. Dezember 2012 und die Risikoberichterstattung eingeflossen.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Zumeldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VÖB-Datenkonsortium ergänzt.

Quantifizierung
Die Quantifizierung von operationellen Risiken für die aufsichtsrechtliche Eigenmittelunterlegung gemäß der SolvV erfolgt nach dem Standardansatz. Für die interne Steuerung erfolgt eine Quantifizierung auf Basis der erhobenen Schadensfalldaten sowie der quantitativen Risikoeinschätzung der Bereiche. Neben der Schätzung erwarteter Verluste wird über die separate Modellierung von Eintrittshäufigkeit und Schadenshöhe eine Quantifizierung für die unerwarteten Verluste vorgenommen.

Dokumentationswesen
Das Dokumentationswesen der Helaba entspricht den nach MaRisk vorgeschriebenen Organisationsrichtlinien. Darin werden die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen Kontrollverfahren und Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung geregelt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Bankorganisation unterstützt.

Recht
Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereiches Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Wesentliche Vorhaben werden unter rechtlichen Gesichtspunkten mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereiches Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls im Bereich Recht.

In seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank die Verträge, allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo rechtliche Texte von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt insbesondere für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen.

Die Berichterstattung des Bereiches Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch Vorstandsvorlagen, die Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie durch institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

Auslagerungsrisiken
Risiken aus wesentlichen Auslagerungen leiten sich aus den für die Geschäftsbereiche geltenden Zielen ab und können in jedem Bereich, der eine Auslagerung vorgenommen hat, auftreten. Je nach Wesentlichkeit der Auslagerung ist zur Begrenzung der Auslagerungsrisiken die für die Auslagerung verantwortliche Stelle auf Basis von Reports für eine kontinuierliche Überwachung der Leistungserbringung des Auslagerungsunternehmens und Berichterstattung an den zuständigen Dezernenten verantwortlich. Der Bereich Vorstandsstab und Konzernstrategie hält als zentrale Stelle ein

Verzeichnis aller durchgeführten Ein- und Auslagerungen vor und führt im Rahmen einer jährlichen Qualitätssicherung die Veränderungen hinsichtlich bestehender Ein- und Auslagerungen zusammen.

Im Umkehrschluss dazu werden Risiken aus Einlagerungen, die im Rahmen einer Tätigkeitsübernahme durch die Helaba von einem Dritten entstehen, analog behandelt.

IT-Sicherheit und Business Continuity Management
Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der IT-Sicherheit sind die Basis für ein aufsichtsrechtlich angemessenes internes Kontrollverfahren und den sicheren Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Um das Niveau der IT-Sicherheit kontinuierlich zu verbessern, werden durch ein IT-Security-Audit rechtliche und interne Anforderungen zur IT-Sicherheit regelmäßig an ausgewählten Auditobjekten sowie bei Auslagerungsunternehmen überwacht.

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebs verbindlich einzuhaltende IT-Sicherheitskonzepte und IT-Standards haben das Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominderung definiert und umgesetzt werden. Diese Konzepte und Standards werden kontinuierlich weiterentwickelt. Damit sind die vier Säulen der IT-Sicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Verbindlichkeit – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden.

Die Bereiche und Niederlassungen der Helaba haben für die kritischen Geschäftsprozesse im Rahmen der Notfallvorsorge Ausfall- und Geschäftsfortführungspläne erstellt. Diese Notfallvorsorge wird regelmäßig aktualisiert und weiterentwickelt sowie die Wirksamkeit mittels Tests und Übungen überprüft. Die Aufrechterhaltung des notwendigen und geordneten Geschäftsbetriebs bei Geschäftsunterbrechungen wird hierdurch sichergestellt.

Für den an die Finanz Informatik Technologie Service ausgelagerten Rechenzentrumsbetrieb bestehen – auch dezentrale Systeme betreffende – Vereinbarungen in den Service Level Agreements zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung des Betriebes beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam mit Fachbereichen der Helaba und der Finanz Informatik Technologie Service getestet.

Rechnungslegungsprozess
Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Beteiligte am Rechnungslegungsprozess des Helaba-Konzerns sind einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt werden und lokale (Teil-)Abschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS, die WIBank sowie alle konsolidierten und at Equity bewerteten Gesellschaften oder Teilkonzerne. Eine zusätzliche Meldestelle besteht übergangsweise für die Bestände und den Buchungskreis des übernommenen Verbundbankportfolios. Diese wird durch einen externen Dienstleister serviciert. Die Bestände des Verbundbankportfolios werden bis 2014 auf die Systeme der Helaba migriert.

Im Bereich Bilanzen und Steuern der Helaba wird aus den Teilabschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung der Konzernabschluss nach IFRS erstellt. Hier werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind

- Kontrollumfeld,
- Risikoeinschätzung,
- Kontrollen und Abstimmungen,
- Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen,
- Verfahrensdokumentation und
- Ergebniskommunikation.

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess umfasst unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereiches Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine regelmäßige Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeitern die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden im Rahmen eines definierten Prozesses angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung von GOB/GOBS gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Helaba primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlussaussagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis etc.).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen im Rechnungslegungsprozess sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt wird, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Mit diesen werden unter anderem Nebenbuch-/Hauptbuchabstimmungen oder Konsistenzprüfungen HGB/IFRS durchgeführt. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich interne Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren, sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. Auch konzernrechnungslegungsbezogene Vorgaben, die insbesondere von der Konzernmutter und den einbezogenen Teilkonzernen zu beachten sind, sind hier geregelt. Der Regelungsumfang umfasst neben den konzerneinheitlichen Vorschriften zu Ansatz, Bewertung, Ausweis und Angabepflichten auch organisatorische Aspekte und den Erstellungsprozess. Von den einzelnen Meldestellen werden in eigener Verantwortung und in

abgestuftem Detaillierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen bei der eigenen Erstellung der Abschlüsse in den einzelnen Prozessen und Teilprozessen gemacht. Bilanzierungshandbücher und Arbeitsanweisungen sind für die Mitarbeiter über das Intranet der Bank jederzeit verfügbar.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahres auf Plausibilität geprüft. Darüber hinaus werden die Abschlusszahlen mit Planungen, Erwartungen sowie Hochrechnungen auf Basis des Geschäftsverlaufs abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Hierzu sind für jede Meldestelle und für jede Notes-Angabe auf Konzernebene Verantwortliche und deren Stellvertreter festgelegt. Nach dieser Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

Geschäftsrisiko

Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann.

Die operative und strategische Risikosteuerung wird durch die Marktbereiche der Bank und die Geschäftsführung der jeweiligen Beteiligungen vorgenommen. Die Bereiche Kreditrisikocontrolling sowie Risikocontrolling Handel analysieren die Entwicklung der Geschäftsrisiken und übernehmen die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstandes.

Steuern
Aufgaben im Zusammenhang mit der Besteuerung der Bank im Inland und ausgewählter Tochtergesellschaften werden von der dem Bereich Bilanzen und Steuern angehörenden Steuerabteilung wahrgenommen. Soweit Steuern in dezentralen Einheiten betreut werden, finden die wesentlichen steuerlichen Fragen und Entwicklungen Eingang in die Meldungen an die Steuerabteilung. Im Bedarfsfall sowie grundsätzlich für die Steuerdeklaration der ausländischen Einheiten werden externe Steuerberatungsleistungen in Anspruch genommen. Entwicklungen des Steuerrechts im In- und Ausland werden durch die Verantwortlichen laufend beobachtet und in ihrer Wirkung auf die Bank und Tochtergesellschaften analysiert. Erforderliche Maßnahmen werden durch die Steuerabteilung beziehungsweise in Abstimmung mit der Steuerabteilung eingeleitet und steuerliche Risiken dadurch entweder vermieden oder bilanziell versorgt.

Immobilienrisiken

Unter den Immobilienrisiken werden die Immobilienprojektierungsrisiken und die Immobilienbestandsrisiken zusammengefasst.

Unter das Immobilienprojektierungsrisiko werden die Risiken aus Projektentwicklungen von Immobilien gefasst, die sich aus Termin-, Qualitäts-, Kosten- und Vermarktungsrisiken ergeben. Immobilienprojektierungsrisiken treten in den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften der

OFB-Gruppe (OFB Projektentwicklung GmbH) und der GWH-Gruppe (GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, im Rahmen des Bauträgergeschäfts) sowie in direkt oder mittelbar von der Helaba gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften auf.

Unter dem Immobilienbestandsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien erfasst. Risiken aus dem Projektgeschäft sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen fallen nicht unter das Immobilienbestandsrisiko.

Immobilienbestandsrisiken treten vorrangig in bankeigenen Immobilien der Helaba, in der GWH-Gruppe sowie in anderen Konzerngesellschaften auf. Hierbei wird der bilanzielle Konsolidierungskreis betrachtet.

Bei den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften obliegt die unmittelbare Steuerung der jeweiligen Geschäftsführung der Beteiligung. Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt hier auf zwei Stufen:

- operativ – dezentral in den jeweiligen Beteiligungen durch die Geschäftsführung,
- strategisch – zentral durch die Aufsichtsgremien der Beteiligungsgesellschaften und den Bereich Immobilienmanagement.

Bei den direkt oder mittelbar gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften liegt die Risikosteuerung im Bereich Immobilienmanagement. Darüber hinaus übernimmt der Bereich Immobilienmanagement die Risikosteuerung bankeigener Bestandsimmobilien. Die Risikoüberwachung wird durch die Bereiche Immobilienmanagement (für Tochtergesellschaften) und Kreditrisikocontrolling vorgenommen.

Als wesentliches Risikocontrolling-Instrument für die Steuerung der Projektierungsrisiken dient die quartalsweise erstellte Chancen- und Risikoübersicht zur Identifikation und Verfolgung zukünftiger, nicht budgetierter Projektchancen und -risiken. Darin werden Chancen, Kosten-, Ertrags- und sonstige Vermögensrisiken in einem strukturierten Prozess ermittelt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Budget im Sinne einer Risikotragfähigkeitsanalyse und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit anhand bestimmter Eintrittsszenarien bewertet. Der Bereich Immobilienmanagement begleitet die Erstellung der Chancen- und Risikoübersicht und plausibilisiert die Angaben. Als wesentliches Risikocontrolling-Instrument für die Steuerung der Risiken aus Bestandsimmobilien dienen regelmäßig in Auftrag gegebene Wertgutachten zu den Bestandsimmobilien sowie die laufende Beobachtung von Wertänderungsrenditen in den relevanten Märkten, abgegrenzt nach Regionen und Nutzungsarten.

Der Bereich Kreditrisikocontrolling analysiert die Entwicklung der Risiken aus dem Immobilienprojektierungsgeschäft und aus den Bestandsimmobilien und übernimmt die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstandes. Parallel dazu wird die Risikolage im Rahmen der operativen Steuerung in den Sitzungen der Aufsichtsgremien der jeweiligen Beteiligung dargestellt.

Die Risiken aus Immobilienprojekten und Immobilienbeständen sind in 2012 zurückgegangen. Die Risiken sind unverändert vollständig durch die erwarteten Erträge aus diesem Geschäft abgedeckt.

Die Risikosituation wird durch die Integration der NRW-Verbundbank nicht beeinflusst, da keine Immobilien beziehungsweise Immobilienprojekte übernommen wurden.

Chancen eines veränderten Marktumfelds

Die Helaba verfügt seit Jahren über ein stabiles und zukunftsfähiges strategisches Geschäftsmodell. Die Bank konnte deshalb in den letzten Jahren die Belastungen aus der Finanz- und Wirtschafts- sowie der staatlichen Schuldenkrise in der Eurozone aus eigener Kraft bewältigen und ihre Marktposition in den Kerngeschäftsfeldern festigen. Auf der Grundlage der erzielten positiven Betriebsergebnisse wurden durchgängig alle nachrangigen Verbindlichkeiten, Genussrechte und stillen Einlagen vollumfänglich bedient sowie eine angemessene Dividendenzahlung auf das Stammkapital vorgenommen. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba sind zum einen das konservative Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement, zum anderen das konzernweit geltende strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit eigenem Retail- und öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft, einer starken Verankerung in der Region, einem engen Verbund mit den Sparkassen sowie einer soliden Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung. Trotz deutlich steigender Bankstrukturkosten infolge national und international veränderter regulatorischer Rahmenbedingungen konnte die Helaba ihr Vorjahresergebnis vor Steuern steigern. Dazu beigetragen haben auch die eingetretene Stabilisierung der Finanzmärkte in der Eurozone und die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland.

Von den Rating-Agenturen FitchRatings, Standard & Poor's und Moody's Investors Service wird die Helaba bei langfristigen, unbesicherten erstrangigen Verbindlichkeiten mit „A+", „A" und „A2", bei den kurzfristigen Verbindlichkeiten mit „F–1+", „A–1" und „P–1" eingestuft (jeweils mit stabilem Ausblick). Die Ratings von Fitch und Standard & Poor's basieren auf einem gemeinsamen Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen. Die strategisch bedeutsamen Refinanzierungsinstrumente „öffentliche Pfandbriefe" und „Hypothekenpfandbriefe" weisen „AAA"-Ratings auf. Aufgrund ihres hohen Standings bei institutionellen und privaten Investoren und ihrer diversifizierten Produktpalette stand der Helaba auch in den letzten Jahren trotz krisenbedingter Belastungen an den Finanzmärkten der Zugang zu den Refinanzierungsmärkten unmittelbar offen. Die Funktion als Sparkassenzentralbank für knapp 170 Sparkassen in vier Bundesländern sowie die führende Marktposition im deutschen Zahlungsverkehrsmarkt verstärken die hohe Kundenverankerung der Helaba in der Refinanzierung.

Im Zentrum der Eigenkapitalstrategie steht bei der Helaba infolge der mit Basel III/CRD IV quantitativ und qualitativ deutlich zunehmenden Kapitalanforderungen die Stärkung der Ausstattung mit hartem Kernkapital („Common Equity Tier One/CET 1"). Mit der Ende 2011 erfolgten Wandlung der stillen Einlagen des Landes Hessen im Volumen von 1,92 Mrd. € in CET 1-Kapitaleinlagen und der Mitte 2012 erfolgten Kapitalerhöhung um 1 Mrd. € wurde das harte Kernkapital weiter gestärkt. Es bleibt abzuwarten, inwieweit für national systemrelevante Kreditinstitute in Deutschland zusätzliche, über Basel III/CRD IV hinausgehende Anforderungen an die Ausstattung mit CET 1-Kapital gestellt werden.

Im deutschen Bankenmarkt führen bei wesentlichen Wettbewerbern die Anpassungsprozesse an EU-beihilferechtliche Auflagen und die sich ändernden regulatorischen Rahmenbedingungen zu einem Rückzug aus für die Helaba wesentlichen Geschäftsfeldern. Dies gilt insbesondere für das

Immobilienkredit- und Kommunalgeschäft, aber auch für das mittel- und langfristig angelegte Projektfinanzierungs- und Infrastrukturgeschäft. Hier sieht die Helaba unter Beibehaltung ihrer konservativen Risikostandards und in Anpassung an neue aufsichtsrechtliche Vorgaben grundsätzlich gute Chancen zur Stärkung ihres Geschäfts- und Ertragspotenzials. Zugleich ermöglicht die Mitte 2012 vollzogene Übernahme des Verbundgeschäftes und des Zahlungsverkehres der früheren WestLB eine deutliche Stärkung der Marktposition der Helaba in diesen Geschäftssegmenten. Infolge ihrer Trägerstruktur hat sich auch die institutionelle Verankerung der Bank in der deutschen Sparkassenorganisation weiter intensiviert. Es ist davon auszugehen, dass sich auch in den nächsten Jahren der Konsolidierungsprozess im Landesbankensektor weiter fortsetzen wird. Die Helaba verfolgt strategisch das Ziel, ihre Stellung als eine führende Verbundbank der deutschen Sparkassen weiter auszubauen. Der durch den Wettbewerb im Retail Banking begründete und durch die Niedrigzinsphase verstärkte Rentabilitätsdruck erfordert eine weitere Intensivierung der Arbeitsteilung innerhalb des Verbundes.

Anfang Februar 2013 hat die deutsche Bundesregierung den Entwurf eines Artikelgesetzes zur „Abschirmung von Risiken und zur Planung und Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten“ vorgelegt. Dieser Gesetzesentwurf sieht unter bestimmten Kriterien die rechtliche Abtrennung von Handelsgeschäften von den übrigen Geschäftsbereichen auf eigene Tochtergesellschaften vor. Welche Auswirkungen sich hieraus möglicherweise auf das Geschäftsmodell der Helaba als regional fokussierter und kunden- und verbundorientierter Universalbank ergeben, lässt sich gegenwärtig nicht abschließend beurteilen. Die Helaba geht aus heutiger Sicht davon aus, dass die für eine zwingende Geschäftsaufspaltung vorgesehenen Schwellenwerte unterschritten werden und damit keine Änderungen am Geschäftsmodell erforderlich werden. Nicht auszuschließen ist, dass im Sinne der Schärfung der Kerngeschäftsaktivitäten Anpassungen an der Struktur einzelner Geschäftsportfolios erforderlich werden können.

Als national systemrelevantes Haus gehört die Helaba zu den Instituten, die bis Ende 2013 infolge der Anforderungen des deutschen Gesetzgebers in Vorbereitung auf einen potenziellen Krisenfall präventiv einen Sanierungsplan zu entwickeln und zu implementieren haben.

Trotz der neuen regulatorischen Anforderungen ist die Helaba mit ihrem strategischen Geschäftsmodell für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des regionalen Privatkunden- und Mittelstandgeschäftes, des Verbundgeschäftes, des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäftes sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft. Zielsetzung der Rentabilitätsstrategie der Helaba ist unter Berücksichtigung regulatorisch merklich ansteigender Bankstrukturkosten die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft und die Mehrung des Unternehmenswertes unter konservativer Berücksichtigung ihrer Risikotragfähigkeit.

Zusammenfassung

Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausge-

staltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden und Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

Nachtragsbericht

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2012 nicht ergeben.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen
Das weltweite Wirtschaftswachstum dürfte 2013 mit über 3 % etwas über der Vorjahresrate liegen. Insbesondere China und Brasilien sollten dank expansiver Geld- und Fiskalpolitik die Rolle der globalen Wachstumslokomotive einnehmen. In der Eurozone werden 2013 Konsolidierung und Strukturreformen fortgesetzt, so dass die Budgetdefizite weiter sinken können. Im internationalen Vergleich ist der Euroraum damit im Konsolidierungsprozess weiter fortgeschritten als beispielsweise die USA. Dort dürfte – je nach Einigung im Haushaltsstreit – das Vorjahreswachstum leicht unterschritten werden. In den großen Euroländern Italien und Spanien wird die Rezession vorerst anhalten. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sollte allerdings dazu beitragen, dass die Wachstumskräfte auch hier ab Mitte des Jahres allmählich wieder die Oberhand gewinnen. Die französische Wirtschaft wird bestenfalls ein geringes Wachstum erzielen. In Deutschland ist die konjunkturelle Situation dagegen deutlich besser. Wichtige Frühindikatoren signalisieren bereits eine Trendwende. Die wettbewerbsfähige deutsche Industrie wird im Jahresverlauf vom Aufschwung in den Schwellenländern profitieren. Unterstützen dürfte auch der Lagerzyklus. Damit ist hierzulande 2013 ein Wachstum von rund 1 % möglich. Impulse dürften nach einer Schwächephase von den Ausrüstungs- und Bauinvestitionen ausgehen. Dank zunehmender Exporte sollte auch der Außenhandel wieder zum Wachstum beitragen. Vom privaten Konsum ist zumindest eine durchschnittliche Dynamik zu erwarten. Die öffentlichen Haushalte dürften erneut mit einem leichten Budgetüberschuss abschließen.

Das Zinsniveau wird 2013 weiterhin von den Notenbanken vorgegeben. Die Europäische Zentralbank dürfte den Leitzins bei 0,75 % fixieren, und auch die US-Notenbank wird keine Zinserhöhung durchführen. Die wichtigsten Zentralbanken in den Industrieländern werden ihre unkonventionellen Maßnahmen weitestgehend fortsetzen. Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Belebung und der erwarteten weiteren Beruhigung der europäischen Staatsschuldenkrise dürfte es zu einem Anstieg der Kapitalmarktzinsen in Deutschland kommen. Die Notenbanken werden aber auch mittelfristig das Zinsniveau tendenziell niedrig halten, um den Entschuldungsprozess der Staaten zu unterstützen.

Für das Jahr 2014 zeichnet sich sowohl für die Eurozone als auch in den USA eine Wachstumsbeschleunigung ab. Insgesamt ist daher im kommenden Jahr ein weiterer Anstieg des globalen Wirtschaftswachstums zu erwarten.

Weiterentwicklung des strategischen Geschäftsmodells
Infolge der Finanzmarktkrise und der Entwicklung in der Eurozone haben sich die wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen für die Kreditwirtschaft und die Finanzmärkte deutlich verändert. Dies gilt insbesondere für die mit Basel III/CRD IV deutlich zunehmenden quantitativen und qualitativen Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung und Liquidität, die strukturelle Anpassungsprozesse erfordern. Zudem führen die steigenden Bankstrukturkosten in Verbindung mit der anhaltenden Niedrigzinsphase zu einer Absenkung der Rentabilität des Bankensektors insgesamt. In ihrer mittelfristigen Geschäfts- und Ertragsplanung strebt die Helaba deshalb zur Schärfung und Fokussierung ihres strategischen Geschäftsmodells und zur Stabilisierung der Ertragsentwicklung in den nächsten Jahren Portfolioanpassungen in ihren Kerngeschäftsfeldern an. Diese sind ausgerichtet an den Zielen

- einer noch stärkeren Ausrichtung auf das Kunden- und Verbundgeschäft und damit auf die realwirtschaftliche Verankerung,
- einer noch stärkeren regionalen Fokussierung auf Deutschland und angrenzende europäische Kernländer bei Aufrechterhaltung der Niederlassungen in London, New York und Paris zur Absicherung der Leistungstiefe für das Kunden- und Verbundgeschäft und zur Sicherung des Zugangs zu den Refinanzierungsmärkten, insbesondere auch für die Währungen US-Dollar und Britisches Pfund,
- einer weiteren Optimierung der Kostenentwicklung und
- einem moderaten geschäftsbedingten Anstieg der Risikoaktiva unter Einhaltung der in der Eigenkapitalstrategie formulierten Ziel-Kapitalquoten.

Zielsetzung der fortgeschriebenen Rentabilitätsstrategie sind unter Berücksichtigung veränderter aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft und die Mehrung des Unternehmenswertes unter konservativer Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit.

Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns
Im konjunkturellen Umfeld wird für 2013 eine freundliche Entwicklung erwartet, die sich positiv auf das Kundengeschäft auswirken wird. An den Geld- und Kapitalmärkten ist im Jahr 2012 eine deutliche Beruhigung eingetreten. Aber auch in 2013 werden die Märkte von der Entwicklung bei den Konsolidierungsbemühungen der Staatshaushalte geprägt sein. Das Zinsniveau wird auf dem aktuellen niedrigen Niveau verharren. Für die EUR-USD-Relation erwarten wir eine Stabilisierung auf dem aktuellen Niveau. In 2013 werden zahlreiche Regulierungsvorhaben auf nationaler und internationaler Ebene konkretisiert und damit werden sich die branchenspezifischen Rahmenbedingungen deutlich verändern. Die Kapitalunterlegung, insbesondere mit hartem Kernkapital, und die operativen Kosten der Regulatorik werden weiter steigen. Gleichzeitig nimmt der Wettbewerb in den für uns relevanten Märkten zu: einerseits durch die zunehmende Fokussierung der Kreditinstitute auf ihre Heimatmärkte und andererseits durch den verstärkten Wettbewerb von Nichtbanken. Insgesamt wird dadurch die Rentabilität im Bankensektor sinken.

Unter diesen Rahmenbedingungen erwartet die Helaba aufgrund ihres bewährten und weiterentwickelten Geschäftsmodells in 2013 eine Verstetigung der operativen Erträge auf dem Niveau der Vorjahre. Der Zinsüberschuss wird mit 1,1 Mrd. € leicht unterhalb des Vorjahres erwartet.

Das mittel- und langfristige Neugeschäft wird mit 16,8 Mrd. € rund 10 % oberhalb des Niveaus der Vorjahre erwartet. Der Anstieg ergibt sich im Wesentlichen aus dem integrationsbedingt gewachsenen Potenzial der Verbundbank und der Zielkunden in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg. Die größten Ergebnisbeiträge aus dem Neugeschäft werden in den Geschäftsfeldern Immobilien und Corporate Finance erwirtschaftet. Der regionale Fokus im Neugeschäft liegt dabei auf Deutschland und angrenzenden europäischen Kernländern.

Im Immobilienkreditgeschäft und in Corporate Finance werden leichte Bestandsvolumenzuwächse geplant. Im Immobilienkreditgeschäft ist dies auf eine in 2013 nochmals gesteigerte erwartete Nachfrage zurückzuführen. Die Finanzierung unserer Zielkunden sowie von Infrastrukturprojekten wird auch in 2013 im Mittelpunkt des Geschäftsfelds Corporate Finance stehen. Trotz des niedrigen Zinsniveaus und eines stärkeren Wettbewerbs werden die Margen gegenüber dem Vorjahr auf unverändertem Niveau erwartet.

Im Kapitalmarktgeschäft werden in 2013 die kundeninduzierten Ergebnisse durch die verbreiterte Kundenbasis – insbesondere auch durch die Sparkassen und deren Kunden in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg – steigen. Das Handelsergebnis wird in 2013 allerdings unterhalb des außerordentlich guten Ergebnisses 2012 zurückbleiben, da nur noch in begrenztem Maße von Spread-Einengungen ausgegangen wird. Die Bestände des Handelsbuches werden sich seitwärts entwickeln.

Im Asset Management wird von einer Konsolidierung der Volumens- und Ertragsentwicklung auf dem aktuellen Niveau ausgegangen.

In der Sparte Privatkunden und Mittelstandsgeschäft betreut die Helaba im Geschäftsfeld Verbundgeschäft nach der Übernahme der NRW-Verbundbank als Sparkassenzentralbank jetzt bundesweit 166 Institute in Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg. Nach Anbindung der Systeme in 2012 stehen in 2013 die Übernahme der Bestände und die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg im Mittelpunkt, um das hohe Niveau in den bisherigen Kerngebieten Hessen und Thüringen zu erreichen.

In der Unternehmenssparte öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft nimmt die Helaba über die WIBank im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben, insbesondere in den Bereichen Wohnungs- und Städtebau, Infrastruktur, Wirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt, wahr. In 2013 wird die Geschäftstätigkeit durch die Übernahme weiterer Fördertätigkeiten sowie den Aufbau des kommunalen Schutzschirmes in Zusammenarbeit mit dem Land Hessen ausgedehnt. Der Auftritt an den Refinanzierungsmärkten unter dem eigenen Namen bei gleichzeitig enger Servicierung durch Einheiten innerhalb der Helaba wird die Wirksamkeit der WIBank weiter erhöhen.

Für den Personalbestand der Helaba ist für 2013 keine wesentliche Veränderung gegenüber 2012 vorgesehen. Durch die ganzjährige Einbeziehung der Mitarbeiter am Standort Düsseldorf sowie tarifbedingt steigt der Personalaufwand in 2013 um rund 5 % an. Mittelfristig geht die Helaba von einer Reduzierung des Personalbestands im Rahmen des kommunizierten Stellenabbaus aus. Der Sachaufwand inklusive Abschreibungen steigt in 2013 um rund 6 %. Dies resultiert aus der ganzjährigen Einbeziehung des Sachaufwandes am Standort Düsseldorf und zusätzlichen Projektkosten für die Migration der übernommenen NRW-Geschäftsbestände. Zusätzlich steigen insbesondere Aufwandspositionen wie die Bankenabgabe, Verbandsumlagen und Beiträge für Sicherungseinrichtungen deutlich an. Gegenläufig ist mit geringeren Abschreibungen zu rechnen.

Gegenüber der durch Sondereffekte geprägten Risikovorsorge in 2012 wird in 2013 insgesamt ein Rückgang auf den langjähren Mittelwert geplant. Für 2013 wird innerhalb der Schiffsfinanzierungen mit einem weiterhin angespannten Marktumfeld gerechnet, dem weitere Verbesserungen der Bonitätsstruktur in anderen Kundensegmenten gegenüberstehen.

Für das Jahr 2013 rechnet die Helaba damit, dass durch ein niedrigeres Handelsergebnis sowie einen durch die Integration der NRW-Verbundbank geprägten Anstieg des Verwaltungsaufwandes das Konzernergebnis vor Steuern um rund 18 % hinter dem sehr guten Vorjahresergebnis zurückbleiben wird.

Für 2014 wird eine kontinuierliche Entwicklung in den Geschäftsfeldern erwartet mit einer insgesamt stabilen Ertragsentwicklung. Durch einen Rückgang der projektbedingten Integrationskosten sowie der Verstärkung des Kostenmanagements wird für den Verwaltungsaufwand in 2014 eine Reduktion erwartet, so dass sich ein steigendes Ergebnis vor Steuern ergibt.

Risiken für die Ergebnisentwicklung der Bank bestehen indirekt durch die Unsicherheiten bezüglich der Entwicklung der Staatsschuldenkrise. Bei einer insgesamt robusten konjunkturellen Entwicklung sind Negativentwicklungen in einzelnen Marktsegmenten nicht auszuschließen.

Gesamtaussage
Im Geschäftsjahr 2012 konnte die Helaba ihr hohes Vorjahresergebnis vor Steuern nochmals steigern.

Hierzu beigetragen haben neben der geschäfts- und risikopolitischen Ausrichtung der Bank auch die eingetretene Stabilisierung der Finanzmärkte in der Eurozone und die gute konjunkturelle Entwicklung in Deutschland. Mit der Übernahme der NRW-Verbundbank und der damit verbundenen Sparkassenzentralbankfunktion für nunmehr 40 % aller deutschen Sparkassen hat die Helaba ihre institutionelle Verankerung in der deutschen Sparkassenorganisation weiter ausgebaut und zugleich ihre Marktposition in wesentlichen Geschäftsfeldern gestärkt.

Trotz der neuen regulatorischen Anforderungen ist die Helaba mit ihrem strategischen, an den Anforderungen der Realwirtschaft ausgerichteten Geschäftsmodell für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des Verbund- und Kundengeschäftes sowie des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäftes. Zielsetzung der Rentabilitätsstrategie der Helaba sind unter Berücksichtigung der regulatorisch steigenden Bankstrukturkosten die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft und die Mehrung des Unternehmenswertes unter konservativer Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 27. März 2013

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner	Fenk	Gröb	Groß
Dr. Hosemann	Krick	Dr. Schraad	

Konzernabschluss

144 Gewinn- und Verlustrechnung

145 Gesamtergebnisrechnung

146 Bilanz

148 Eigenkapitalveränderungsrechnung

149 Kapitalflussrechnung

Anhang (Notes)

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

151 (1) Allgemeine Angaben

154 (2) Konsolidierungskreis

158 (3) Konsolidierungsgrundsätze

159 (4) Finanzinstrumente

162 (5) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen

164 (6) Strukturierte Produkte

164 (7) Finanzgarantien

164 (8) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

166 (9) Bilanzierung von Leasingverhältnissen

166 (10) Währungsumrechnung

167 (11) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

168 (12) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

169 (13) Sachanlagen

170 (14) Immaterielle Vermögenswerte

171 (15) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

171 (16) Sonstige Aktiva und sonstige Passiva

172 (17) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

173 (18) Andere Rückstellungen

173 (19) Ertragsteuern

174 (20) Nachrangkapital

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

175 (21) Zinsüberschuss

176 (22) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

177 (23) Provisionsüberschuss

177 (24) Handelsergebnis

178 (25) Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option

178 (26) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

179 (27) Ergebnis aus Finanzanlagen

179 (28) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

180 (29) Sonstiges betriebliches Ergebnis

181 (30) Verwaltungsaufwand

181 (31) Ertragsteuern

184 (32) Segmentberichterstattung

Erläuterungen zur Bilanz

189 (33) Barreserve

189 (34) Forderungen an Kreditinstitute

190 (35) Forderungen an Kunden

191 (36) Risikovorsorge

192 (37) Handelsaktiva

193 (38) Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

193 (39) Finanzanlagen

196 (40) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

197 (41) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

199 (42) Sachanlagen

200 (43) Immaterielle Vermögenswerte

202 (44) Ertragsteueransprüche

203 (45) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

203 (46) Sonstige Aktiva

203 (47) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

204 (48) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

205 (49) Verbriefte Verbindlichkeiten

205 (50) Handelspassiva

205 (51) Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

206 (52) Rückstellungen

210 (53) Ertragsteuerverpflichtungen

211 (54) Sonstige Passiva

212 (55) Nachrangkapital

212 (56) Eigenkapital

Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten

213 (57) Sicherheitsleistungen

215 (58) Übertragung finanzieller Vermögenswerte ohne Ausbuchung

216 (59) Übertragung finanzieller Vermögenswerte mit Ausbuchung

216 (60) Nachrangige Vermögenswerte

217 (61) Fremdwährungsvolumina

217 (62) Restlaufzeitengliederung

218 (63) Derivative Geschäfte

220 (64) Buchwerte und Ergebnisse nach Bewertungskategorien

223 (65) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

227 (66) Umkategorisierung von finanziellen Vermögenswerten

228 (67) Angaben zu Verbindlichkeiten der Fair Value-Option

229 (68) Angaben zur Emissionstätigkeit

229 (69) Angaben zum Risikomanagement

230 (70) Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten

Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen

232 (71) Eventualverpflichtungen und andere nicht bilanzierte Verpflichtungen

233 (72) Patronatserklärungen

234 (73) Volumen der verwalteten Fonds

234 (74) Treuhandgeschäfte

Sonstige Angaben

235 (75) Angaben zum Leasinggeschäft

237 (76) Angaben zum Eigenkapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennzahlen

238 (77) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

240 (78) Honorare des Abschlussprüfers

241 (79) Angaben zu Arbeitnehmern

242 (80) Mitglieder des Verwaltungsrates

244 (81) Kreditausschuss des Verwaltungsrates

245 (82) Bilanzprüfungsausschuss des Verwaltungsrates

245 (83) Mitglieder des Vorstandes

246 (84) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

248 (85) Anteilsbesitz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale gemäß § 315a i. V. m. § 313 Abs. 2 HGB

256 **Versicherung der gesetzlichen Vertreter**

257 **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	Notes	2012 in Mio. €	2011 in Mio. €	Veränderungen in Mio. €	Veränderungen in %
Zinserträge		5.496	5.140	356	6,9
Zinsaufwendungen		–4.351	–4.073	–278	–6,8
Zinsüberschuss	(4), (21)	**1.145**	**1.067**	**78**	**7,3**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(11), (22)	–238	–273	35	12,8
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		**907**	**794**	**113**	**14,2**
Provisionserträge		434	409	25	6,1
Provisionsaufwendungen		–171	–155	–16	–10,3
Provisionsüberschuss	(23)	**263**	**254**	**9**	**3,5**
Handelsergebnis	(4), (24)	411	–44	455	>100,0
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option	(4), (5), (25)	–114	280	–394	>–100,0
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	(5), (26)	3	12	–9	–75,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	(4), (27)	–1	–23	22	95,7
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	(3), (28)	–12	7	–19	>–100,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(12), (29)	236	209	27	12,9
Verwaltungsaufwand	(30)	–1.181	–997	–184	–18,5
Ergebnis vor Steuern		**512**	**492**	**20**	**4,1**
Ertragsteuern	(19), (31)	–194	–95	–99	>–100,0
Konzernjahresergebnis		**318**	**397**	**–79**	**–19,9**
davon: konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis		1	–	1	–
davon: den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis		317	397	–80	–20,2

Gesamtergebnisrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	Notes	2012 in Mio. €	2011 in Mio. €	Veränderungen in Mio. €	Veränderungen in %
Konzernjahresergebnis gemäß Gewinn- und Verlustrechnung		**318**	**397**	**–79**	**–19,9**
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:					
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/ Verluste (–) aus Pensionsverpflichtungen	(52)	**–266**	**–54**	**–212**	**>–100,0**
Ertragsteuern auf nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umzugliedernde Posten		**78**	**15**	**63**	**>100,0**
Zwischensumme		**–188**	**–39**	**–149**	**>–100,0**
Posten, die anschließend in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:					
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten					
Bewertungsgewinne (+)/-verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten		375	2	373	>100,0
bei Abgang oder Wertminderung in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste (+)		–6	–11	5	45,5
Veränderung aus der Währungsumrechnung					
Gewinne (+)/Verluste (–) aus der Währungsumrechnung ausländischer Geschäftsbetriebe		–1	5	–6	>–100,0
Gewinne und Verluste aus der Absicherung von Cashflows					
Bewertungsgewinne (+)/-verluste (–) aus Sicherungsinstrumenten in Cashflow Hedges		–7	–10	3	30,0
Ertragsteuern auf in die Gewinn- und Verlustrechnung umzugliedernde Posten	(31)	**–117**	**14**	**–131**	**>–100,0**
Zwischensumme		**244**	**–**	**244**	**–**
Sonstiges Ergebnis nach Steuern		**56**	**–39**	**95**	**>100,0**
Gesamtergebnis der Berichtsperiode		**374**	**358**	**16**	**4,5**
davon: konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis		–	–2	2	100,0
davon: den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis		374	360	14	3,9

Bilanz

zum 31. Dezember 2012

Aktiva

		31.12.2012	31.12.2011	Veränderungen	
	Notes	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Barreserve	(33)	8.925	351	8.574	>100,0
Forderungen an Kreditinstitute	(4), (34)	23.236	15.295	7.941	51,9
Forderungen an Kunden	(4), (35)	90.821	84.041	6.780	8,1
Wertberichtigungen auf Forderungen	(11), (36)	–1.205	–1.256	51	4,1
Handelsaktiva	(4), (37)	37.954	37.960	–6	–
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	(4), (5), (38)	6.992	4.285	2.707	63,2
Finanzanlagen	(4), (39)	27.937	18.755	9.182	49,0
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	(3), (40)	66	50	16	32,0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(12), (41)	2.423	2.436	–13	–0,5
Sachanlagen	(13), (42)	266	315	–49	–15,6
Immaterielle Vermögenswerte	(14), (43)	193	167	26	15,6
Ertragsteueransprüche	(19), (44)	753	636	117	18,4
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	(15), (45)	–	8	–8	–100,0
Sonstige Aktiva	(16), (46)	940	942	–2	–0,2
Summe Aktiva		**199.301**	**163.985**	**35.316**	**21,5**

Passiva

	Notes	31.12.2012 in Mio. €	31.12.2011 in Mio. €	Veränderungen in Mio. €	Veränderungen in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(4), (47)	39.275	31.533	7.742	24,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(4), (48)	47.611	41.907	5.704	13,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	(4), (49)	57.168	37.243	19.925	53,5
Handelspassiva	(4), (50)	36.148	37.198	–1.050	–2,8
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	(4), (5), (51)	4.982	3.916	1.066	27,2
Rückstellungen	(17), (18), (52)	1.644	1.279	365	28,5
Ertragsteuerverpflichtungen	(19), (53)	637	357	280	78,4
Sonstige Passiva	(16), (54)	656	592	64	10,8
Nachrangkapital	(20), (55)	4.363	4.466	–103	–2,3
Eigenkapital	(56)	6.817	5.494	1.323	24,1
gezeichnetes Kapital		2.509	2.397	112	4,7
Kapitalrücklage		1.546	658	888	>100,0
Gewinnrücklagen		2.642	2.554	88	3,4
Neubewertungsrücklage		162	–88	250	>100,0
Rücklage aus der Währungsumrechnung		4	5	–1	–20,0
Rücklage aus Cashflow Hedges		–23	–19	–4	–21,1
auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital		–23	–13	–10	–76,9
Summe Passiva		**199.301**	**163.985**	**35.316**	**21,5**

Eigenkapitalveränderungsrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

in Mio. €

	Den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Eigenkapital								Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital	Summe Eigenkapital
	Gezeichnetes Kapital	Stille Einlagen	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklage	Rücklage aus der Währungsumrechnung	Rücklage für Bewertungsergebnisse aus Cashflow Hedges	Zwischensumme		
Eigenkapital zum 1.1.2011	**477**	**1.920**	**658**	**2.263**	**–91**	**–**	**–13**	**5.214**	**–11**	**5.203**
Veränderungen im Konsolidierungskreis				–1				–1		–1
Dividendenzahlung				–38				–38		–38
Bedienung stille Einlagen				–28				–28		–28
Umbuchung	1.920	–1.920						–		–
Gesamtergebnis der Berichtsperiode	–	–	–	358	3	5	–6	360	–2	358
Eigenkapital zum 1.1.2012	**2.397**	**–**	**658**	**2.554**	**–88**	**5**	**–19**	**5.507**	**–13**	**5.494**
Veränderungen im Konsolidierungskreis				–3				–3	–10	–13
Kapitalerhöhung	112		888					1.000		1.000
Dividendenzahlung				–38				–38		–38
Gesamtergebnis der Berichtsperiode				129	250	–1	–4	374	–	374
Eigenkapital zum 31.12.2012	**2.509**	**–**	**1.546**	**2.642**	**162**	**4**	**–23**	**6.840**	**–23**	**6.817**

Kapitalflussrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

in Mio. €

	2012	2011
Jahresüberschuss	**318**	**397**
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen und Anlagevermögen	302	269
Zuführung/Auflösung von Rückstellungen	244	221
andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	–303	77
Ergebnis aus der Veräußerung von Anlagevermögen	–74	–75
sonstige Anpassungen	–979	–955
Zwischensumme	**–492**	**–66**
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:		
Forderungen an Kreditinstitute	–4.076	–874
Forderungen an Kunden	13.660	3.728
Handelsaktiva/-passiva	2.008	–276
andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	303	–33
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–733	–146
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–164	1.044
verbriefte Verbindlichkeiten	–4.523	–3.266
andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	–30	–78
erhaltene Zinsen und Dividenden	5.477	5.160
gezahlte Zinsen	–5.630	–4.094
Ertragsteuerzahlungen	–69	–132
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	**5.731**	**967**
Einzahlungen aus der Veräußerung von:		
Finanzanlagen	6.459	4.567
Sachanlagevermögen	142	–
als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	44	42
immaterielle Vermögenswerte	–	1
Auszahlungen für den Erwerb von:		
Finanzanlagen	–4.554	–5.469
Sachanlagevermögen	–14	–23
als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	–63	–90
immateriellen Vermögenswerten	–25	–17
Effekte aus Veränderungen des Konsolidierungskreises:		
Auszahlungen aus dem Erwerb von Tochter- und assoziierten Unternehmen	–18	–1
Einzahlungen aus dem Verkauf von Tochter- und assoziierten Unternehmen	3	49
Cashflow aus Investitionstätigkeit	**1.974**	**–941**

in Mio. €

	2012	2011
Einzahlungen aus Kapitalerhöhung	1.000	–
Dividendenzahlungen	–38	–38
Bedienung stille Einlagen	–28	–28
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Nachrangkapital)	–84	–46
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	**850**	**–112**
Zahlungsmittelbestand zum 1.1.	**351**	**436**
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	5.731	967
Cashflow aus Investitionstätigkeit	1.974	–941
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	850	–112
Effekte aus Wechselkursänderungen, Bewertungsänderungen und Änderungen des Konsolidierungskreises	19	1
Zahlungsmittelbestand zum 31.12.	**8.925**	**351**
davon:		
Kassenbestand	78	59
Guthaben bei Zentralnotenbanken	8.847	292

Die Kapitalflussrechnung zeigt Zusammensetzung und Veränderungen des Zahlungsmittelbestandes des Geschäftsjahres. Die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes ergibt sich aus der operativen Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit umfasst Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen, Verbindlichkeiten, Handelsaktiva/-passiva und anderen Aktiva beziehungsweise Passiva. Die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen werden separat ausgewiesen. Die sonstigen Anpassungen umfassen den Zinsüberschuss und den Steueraufwand vom Einkommen und Ertrag ohne latente Steuern.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge für Finanzanlagen, Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und immaterielle Vermögenswerte sowie Ein- und Auszahlungen für den Verkauf beziehungsweise Erwerb von Tochter- und assoziierten Unternehmen. Weitere Angaben zu den konsolidierten erworbenen oder verkauften Unternehmen sind der Anhangangabe (2) zu entnehmen.

Als Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen für Nachrangkapital ausgewiesen. Die im Geschäftsjahr ausgeschütteten Dividenden und die Bedienung der im Eigenkapital ausgewiesenen stillen Einlagen werden ebenfalls hier gezeigt.

Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve, die sich aus Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

Anhang (Notes)

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Allgemeine Angaben

Grundlagen der Konzernrechnungslegung
Der Konzernabschluss der Helaba zum 31. Dezember 2012 wurde gemäß § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den **International Financial Reporting Standards (IFRS)**, wie sie vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlicht und durch die Europäische Union (EU) in europäisches Recht übernommen wurden, aufgestellt.

Siehe Glossar S. 276

Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung, die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung und den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt innerhalb des Anhangs. Der Lagebericht des Konzerns gemäß § 315 HGB enthält einen separaten Bericht über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Chancen- und Risikobericht), in dem auch das Risikomanagement erläutert wird.

Die Berichtswährung des Konzernabschlusses ist Euro (€). Die Beträge sind in der Regel auf volle Mio. € gerundet.

Die zum 31. Dezember 2012 gültigen Standards und Interpretationen wurden vollumfänglich angewendet. Zusätzlich sind die nach § 315a HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften berücksichtigt.

Im Geschäftsjahr 2012 waren erstmals die Änderungen an IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben" – Übertragung finanzieller Vermögenswerte –, die von der EU übernommen worden sind, verpflichtend anzuwenden. Der IASB hat zusätzliche Angabepflichten in IFRS 7 aufgenommen. Zielsetzung dieser Änderungen ist die Erhöhung der Transparenz für den Abschlussleser bezüglich der Risiken aus Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten, in denen die übertragende Partei ein anhaltendes Engagement zurückbehält. Die überarbeitete Fassung von IFRS 7 trat für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Juli 2011 begannen. Zur Anwendung des überarbeiteten IFRS 7 siehe Anhangangaben (59) und (60).

Folgende Standards wären nach den Vorschriften des Standardsetzers ebenfalls erstmals im Geschäftsjahr 2012 anzuwenden gewesen; die EU hat jedoch im Rahmen der Übernahme die verpflichtende Erstanwendung auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen, verschoben. Die Helaba hat diese Standards im Geschäftsjahr 2012 nicht angewendet.

- Änderungen an IAS 12 „Ertragsteuern": Latente Steuern – Realisierung zugrundeliegender Vermögenswerte,
- Änderungen an IFRS 1 „Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards" – Ausgeprägte Hochinflation und Beseitigung der festen Zeitpunkte für Erstanwender.

Die Änderungen an IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“ – Darstellung der Posten des sonstigen Ergebnisses –, die erst für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2012 beginnen, verpflichtend anzuwenden sind und die von der EU bereits übernommen worden sind, wurden von der Helaba vorzeitig angewendet. Gemäß den Änderungen müssen Unternehmen die im sonstigen Ergebnis ausgewiesenen Posten künftig gesondert nach Posten, die in Folgeperioden in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden (so genanntes Recycling), und solche, die nicht „recyclet“ werden, unterteilen.

Die übrigen vom IASB beziehungsweise IFRIC verabschiedeten Standards und Interpretationen, die erst zum Teil von der EU übernommen worden sind und erst in späteren Geschäftsjahren verpflichtend anzuwenden sind, wurden nicht vorzeitig angewendet. Eine vorzeitige Anwendung ist auch nicht beabsichtigt. Sie werden mit Ausnahme von IFRS 9, Finanzinstrumente, und IFRS 10, Konzernabschlüsse, voraussichtlich keine oder nur unwesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben. Dies gilt auch für neue oder geänderte Standards und Interpretationen, die erstmals 2013 anzuwenden sind.

Das IASB hat am 12. November 2009 einen neuen International Financial Reporting Standard (IFRS 9) zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten herausgegeben und diesen am 28. Oktober 2010 um Vorschriften zur Bilanzierung finanzieller Verbindlichkeiten ergänzt. Die Veröffentlichung stellt den Abschluss des ersten Teils eines dreiphasigen Projektes zur Ersetzung von IAS 39 Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung durch einen neuen Standard dar. Mit IFRS 9 werden neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten eingeführt. Die Vorschriften sind nach derzeitigem Stand vorbehaltlich einer Übernahme in europäisches Recht erstmals anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2015 beginnen. Das IASB beabsichtigt, IFRS 9 um neue Vorschriften für Wertminderungen (Phase 2) und die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (Phase 3) zu ergänzen. Zusätzlich sind begrenzte Änderungen der Vorschriften zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten (Phase 1) geplant.

Das IASB hat am 12. Mai 2011 IFRS 10, Konzernabschlüsse, IFRS 11, Gemeinschaftliche Vereinbarungen, und IFRS 12, Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen, herausgegeben. IFRS 10, Konzernabschlüsse, ist das Ergebnis des Konsolidierungsprojektes des IASB und ersetzt die Konsolidierungsleitlinien im bisherigen IAS 27, Konzern- und Einzelabschlüsse, und SIC-12, Konsolidierung – Zweckgesellschaften. Die neuen Standards sind nach den Vorschriften des Standardsetzers erstmals für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen, anzuwenden. Die EU hat jedoch im Rahmen der Übernahme die verpflichtende Erstanwendung auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen, verschoben. Eine frühere Anwendung der Standards ist zulässig, soweit dies im Anhang angegeben wird und IFRS 11 und 12 sowie die Neuregelungen zu IAS 27 und 28 ebenfalls vorzeitig angewendet werden, aber bei der Helaba nicht vorgesehen. Die Untersuchung der konkreten Auswirkungen auf den Konzernabschluss ist noch nicht abgeschlossen. Bei der Erstanwendung können für ausschließlich nach dem derzeitigen SIC-12 konsolidierungspflichtige Gesellschaften Konsolidierungspflichten entfallen.

Änderungen nach IAS 8
Im Zusammenhang mit den Angaben nach IAS 24 (siehe Anhangangabe (78)) werden erstmals Angaben zu in den Bilanzposten Nachrangkapital und Finanzanlagen enthaltenen Geschäften mit nahestehenden Personen vorgenommen. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend ergänzt.

In den Angaben zur Restlaufzeitengliederung (siehe Anhangangabe (63)), zu Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten (siehe Anhangangabe (71)) und zu Eventualverpflichtungen und anderen nicht bilanzierten Verpflichtungen (siehe Anhangangabe (72)) wurden im Vorjahr die unwiderruflichen Kreditzusagen nicht richtig erfasst. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend korrigiert.

In den Angaben zu Sicherheitsleistungen (siehe Anhangangabe (58)) wurden im Vorjahr die als Sicherheit übertragenen Vermögenswerte nicht richtig erfasst. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend korrigiert.

In den Angaben zum Leasinggeschäft (siehe Anhangangabe (76)) wurden im Vorjahr bei einer Tochtergesellschaft die Angaben zu Operating Leasing (Leasinggeber) nicht richtig erfasst. Die Vorjahreszahl wurde entsprechend korrigiert.

In den Anhangangaben (23), (30), (35) und (47) sind Umgliederungen innerhalb der Anhangangabe bei den Vorjahreszahlen vorgenommen worden. Zu den Details siehe die entsprechende Anhangangabe.

Aus den oben genannten Anpassungen von Vorjahreszahlen ergaben sich keine Auswirkungen auf das Konzernjahresergebnis und auf das Eigenkapital.

Im ersten Halbjahr 2012 wurde anhand konkreter Ausfälle die Parametrisierung des Bewertungsmodells zur Ermittlung von Credit Value Adjustments (CVA) überprüft. Durch den CVA wird das Kontrahentenrisiko bei der Bewertung von **OTC-Derivaten** berücksichtigt. Infolge dessen wurden bei der CVA-Berechnung für unbesicherte Derivate mit Objektgesellschaften die Recovery Rates reduziert. Bei dieser Anpassung des Bewertungsmodells handelt es sich um eine Schätzungsänderung nach IAS 8.32 ff., die zu keiner Anpassung der Vorjahreszahlen führte. Die Modellanpassung führte zu einer Erhöhung des CVA-Abschlages um 33 Mio. €, die aufwandswirksam im Handelsergebnis berücksichtigt wurde.

Siehe Glossar S. 277

Aufgrund veränderter Volumina und Markteinschätzungen hat die Bank die Bewertung von Finanzinstrumenten der Passivseite in der Fair Value-Option adjustiert. Diese Schätzungsänderung schlägt sich in einem Ergebniseffekt von 28 Mio. € im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option nieder.

Bei der Festlegung des Zinssatzes zur Bewertung von Pensionsrückstellungen orientiert sich die Helaba im Wesentlichen an der Zinsempfehlung von Mercer. Aufgrund veränderter Rating-Einstufungen diverser Emittenten insbesondere in 2012 hat Mercer für die Ermittlung der Zinssätze ab 2012 die Basis der betrachteten Anleihen erweitert, um eine bestmögliche Abbildung des Marktes zu geben und eine Stabilität des Modells zu gewährleisten. Die Methode zur Herleitung ihrer Zinsstrukturkurve selbst wurde nicht verändert, entsprechend wird die Erweiterung der Datenbasis als Schätzungsänderung nach IAS 8 behandelt. Die erweiterte Datenbasis hätte nach Angaben von Mercer zum 31. Dezember 2011 für einen gemischten Personenbestand zu einem Zinssatz von 4,70 % geführt (ohne Erweiterung: 4,90 %). Bei Anwendung dieses Zinssatzes hätten sich zum 31. Dezember 2011 schätzungsweise um rund 44 Mio. € höhere Pensionsrückstellungen beziehungsweise versicherungsmathematische Verluste ergeben. Im Geschäftsjahr 2012 wären die versicherungsmathematischen Verluste entsprechend geringer, und der Zinsaufwand wäre um schätzungsweise 1 Mio. € niedriger ausgefallen.

Grundlagen der Bilanzierung und Bewertung
Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going Concern). Die im Rahmen der Vollkonsolidierung und Equity-Bewertung einbezogenen Unternehmen haben grundsätzlich ebenso wie die Helaba ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2012 aufgestellt. Auch in den überwiegend Investmentvermögen betreffenden Ausnahmen erfolgte eine Einbeziehung mit den Werten vom 31. Dezember 2012. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden konzerneinheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewendet, sofern nichts anderes angegeben ist. Die Ausübung von Wahlrechten wird in den folgenden Anhangangaben erläutert.

Ein Vermögenswert wird in der Bilanz angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass der künftige wirtschaftliche Nutzen dem Unternehmen zufließen wird und wenn eine verlässliche Bewertung möglich ist. Eine Schuld wird angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass eine gegenwärtige Verpflichtung künftig zu einem Abfluss von wirtschaftlichen Ressourcen führt, und wenn der Erfüllungsbetrag verlässlich bewertet werden kann. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten, sofern nicht ein anderer Wert vorgeschrieben ist. Erträge und Aufwendungen werden abgegrenzt und somit der Periode zugerechnet, der sie wirtschaftlich zuzuordnen sind.

Die im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, wie Planungen, Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich insbesondere im Zusammenhang mit der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Wertminderungen von Vermögenswerten inklusive Geschäfts- oder Firmenwerten und sonstigen immateriellen Vermögenswerten, der Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, dem Ansatz von aktiven latenten Steuern sowie den Rückstellungen und sonstigen Verpflichtungen. Diese Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden im Folgenden dargestellt.

(2) Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis des Helaba-Konzerns umfasst neben der Helaba als Mutterunternehmen insgesamt 118 (2011: 110) Unternehmen. Es werden 91 (2011: 85) Gesellschaften durch Vollkonsolidierung und 27 (2011: 25) Gesellschaften im Wege der Equity-Bewertung in den Konzern einbezogen. Bei den vollkonsolidierten Gesellschaften handelt es sich um Tochterunternehmen und Zweckgesellschaften, darunter auch Investmentvermögen.

Bei 48 Tochterunternehmen, 14 gemeinschaftlich geleiteten und 22 assoziierten Unternehmen, die für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Helaba-Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind, wird auf eine Einbeziehung in den Konzernabschluss verzichtet. Die Anteile an diesen Unternehmen werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen sind in Anhangangabe (86) aufgeführt. Diese Aufstellung enthält auch Erläuterungen hinsichtlich einer im Vergleich zu einer von den Stimmrechten indizierten abweichenden Klassifizierung als Tochter-, Gemeinschafts- beziehungsweise assoziiertes Unternehmen.

Die Veränderungen im Konsolidierungskreis während des Geschäftsjahres resultieren überwiegend aus neuen Tochtergesellschaften der Bank.

Veränderungen im Kreis der vollkonsolidierten Unternehmen

Zugänge	
ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach CORDELIA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach EGERIA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG, Pullach HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG, Pullach KADENZA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	Erstkonsolidierung aufgrund des Übergangs der überwiegenden Chancen und Risiken
MS "EAGLE STRAIT" GmbH & Co. KG, Hamburg MS "EMERALD STRAIT" GmbH & Co. KG, Hamburg MS "ENDEAVOUR STRAIT" GmbH & Co. KG, Hamburg MS "ESSEX STRAIT" GmbH & Co. KG, Hamburg	Erstkonsolidierung aufgrund des Übergangs der überwiegenden Chancen und Risiken

Zugänge zum Konsolidierungskreis resultierten in den erstgenannten sechs Fällen aus dem Übergang der überwiegenden Chancen und Risiken am Jahresende von zwei Konstruktionen geschlossener Fonds, die Ansprüche aus Kapitallebensversicherungen erworben haben. Hierbei entstand ein passiver Unterschiedsbetrag in Höhe von 1 Mio. €, der erfolgswirksam vereinnahmt wurde. Die Erstkonsolidierung führte zu einem Zugang von Forderungen aus Kapitallebensversicherungsverträgen in Höhe von 194 Mio. €, die unter den Finanzanlagen gezeigt werden.

Bei den vier „STRAIT"-Schiffsobjektgesellschaften handelt es sich nach dem Ausfall des ursprünglichen Charterers und aktueller Marktentwicklungen aufgrund des Tragens der überwiegenden Risiken durch die Helaba um Tochtergesellschaften im Sinne des IAS 27 in Verbindung mit SIC-12. Die Erstkonsolidierung führte zu Beginn des Jahres 2012 zu einem Zugang von Leasinggegenständen in Höhe von 116 Mio. €.

Abgänge	
Dritte Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG, Kassel	Anteilsveräußerung im März 2012
IHB Investitions- und Handels-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main	Entkonsolidierung wegen eingetretener Unwesentlichkeit ab Januar 2012
Magnolia GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Anteilsveräußerung im Dezember 2012
Projektgesellschaft Andreasstraße mbH, Erfurt	Anteilsveräußerung im Dezember 2012

Aus der Entkonsolidierung der IHB Investitions- und Handels-Aktiengesellschaft ergab sich ein negatives Entkonsolidierungsergebnis in Höhe von 1 Mio. €. Die Entkonsolidierungen der Dritte Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG, der Magnolia GmbH & Co. KG sowie der Projektgesellschaft Andreasstraße mbH führten jeweils zu einem positiven Ergebnis von 1 Mio. €.

Veränderungen im Kreis der at Equity bewerteten Unternehmen

Zugänge	
Horus Projektentwicklungsgesellschaft mbH, München	Erwerb der Anteile im Mai 2012
Projekt Feuerbachstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Erwerb der Anteile im Februar 2012
WoWi Media GmbH & Co. KG, Hamburg	Erwerb weiterer Anteile im Dezember 2012

Das Ergebnis aus der Neubewertung der Altanteile an der WoWi Media GmbH & Co. KG und die Vereinnahmung eines passiven Unterschiedsbetrages von insgesamt 2 Mio. € werden im Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen.

Abgänge	
G & O Gateway Gardens Zweite GmbH & Co. KG, Eschborn	Veräußerung der Anteile im Juli 2012

Der Abgangserfolg aus der Veräußerung der G & O Gateway Gardens Zweite GmbH & Co. KG, Eschborn beträgt 0,3 Mio. € und wird im Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen.

Durch das Ausscheiden eines Mitgesellschafters veränderte sich der Einfluss der Frankfurter Sparkasse auf die CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG von einem maßgeblichen zu einer gemeinschaftlichen Leitung. Die Höhe des Anteils an der CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG blieb unverändert. Die Bewertung at Equity bleibt hiervon unberührt.

Erwerb des Verbundgeschäftes der Portigon AG (vormals WestLB AG)
Die Helaba hat zum 1. Juli 2012 das Verbundbankgeschäft der Portigon AG, der früheren WestLB AG, mit Sparkassen und Kunden in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg übernommen. Als Verbundbank betreut sie damit nicht nur wie bisher die 50 Sparkassen in Hessen und Thüringen, sondern auch 106 Institute in Nordrhein-Westfalen und elf Institute in Brandenburg. Die Eintragung der Transaktion in das Handelsregister erfolgte im September 2012. Erst zu diesem Zeitpunkt gingen das Zahlungsverkehrs- und das Depotbankgeschäft auf die Helaba über. Alle anderen Geschäftsaktivitäten des Verbundbankgeschäftes sind bereits zum 1. Juli 2012 wirtschaftlich übergegangen.

Der Übergang der Verbundbankaktivitäten steht im Zusammenhang mit der Abwicklung der WestLB entsprechend den Vorgaben der EU-Kommission. Mit der Übernahme des Verbundbankgeschäftes war die Übernahme von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten mit einer Bilanzsumme von 43 Mrd. € am Stichtag und 410 Mitarbeitern verbunden.

Die Helaba konnte durch die Übernahme der Verbundbankaktivitäten ihre Wettbewerbsfähigkeit, Marktpräsenz und ihr Produktangebot für Sparkassen weiter verstärken. Gleichzeitig wurde parallel zu dieser Transaktion die Trägerbasis durch Aufnahme weiterer Mitträger verbreitert. Von diesen Vorteilen können alle betreuten Sparkassen in Hessen und Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg profitieren.

Das Verbundbankgeschäft wurde zum ökonomischen Wert „Null“ an die Helaba übertragen. Die Unternehmensbewertung basiert auf Unternehmenswertgutachten und Zeitwertermittlungen von Gutachtern. Im Rahmen der vorläufigen Kaufpreisallokation nach IFRS 3 sind die zugehenden identifizierten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zum Zeitwert anzusetzen. Auf Basis dieser Zeitwerte ergibt sich folgende zusammengefasste Struktur der Zugänge per 1. Juli 2012:

	in Mrd. €
Zugänge Vermögenswerte	
Forderungen an Kreditinstitute	3,9
Forderungen an Kunden	20,7
Finanzanlagen	10,4
Handelsaktiva und positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	7,1
Sonstige Aktiva	1,2
Summe Aktiva	**43,3**
Zugänge Verbindlichkeiten	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	24,7
Handelspassiva und negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	2,9
Summe Passiva	**43,3**

Nach Ansatz der bilanzierungsfähigen Vermögenswerte und Schulden zum Zeitwert verbleibt ein aktiver Unterschiedsbetrag in Höhe von 16 Mio. €, der als Geschäfts- oder Firmenwert ausgewiesen wird. Dieser entspricht auch dem ertragsteuerlich berücksichtigungsfähigen Firmenwert.

Bei Erwerb des Verbundbankgeschäftes wurde ein Wertausgleichsmechanismus für Wertänderungen zwischen einem Wertermittlungsstichtag und den Werten des Portfolios am 30. Juni 2012 vereinbart. Zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung waren die diesbezüglichen Abstimmungen zwischen den Vertragsparteien noch nicht abgeschlossen.

Die erworbenen Forderungen wurden bei Zugang mit dem Zeitwert angesetzt. Notwendige Wertberichtigungen wurden in der Zeitwertermittlung berücksichtigt. Bei den übernommenen Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 2,9 Mrd. € waren keine nicht marktgerechten Entgelte festzustellen.

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Die Bilanzierung und Bewertung im Konzernabschluss der Helaba erfolgt bei allen einbezogenen Unternehmen nach konzerneinheitlichen Vorgaben. In den Konzernabschluss sind alle wesentlichen Tochterunternehmen und sonstigen Unternehmen, die von der Helaba mittel- oder unmittelbar beherrscht werden oder bei denen nach den Vorschriften des IAS 27 und SIC-12 eine Zurechnung zum Helaba-Konzern vorzunehmen war, im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen. Für die wesentlichen Gemeinschaftsunternehmen und die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen erfolgt eine Bewertung at Equity gemäß IAS 28. In Einzelfällen, die einzeln und insgesamt betrachtet im Vergleich zu den wirtschaftlichen Verhältnissen des Konzerns von nur untergeordneter Bedeutung sind, wurde von einer Konsolidierung beziehungsweise Bewertung at Equity abgesehen. In diesen Fällen erfolgt der Ausweis der Anteile unter den Finanzanlagen.

Die Jahresabschlüsse der konsolidierten beziehungsweise at Equity bewerteten Unternehmen werden grundsätzlich auf den Stichtag des Jahres- und Konzernabschlusses der Helaba aufgestellt. Nur in wenigen unbedeutenden Ausnahmefällen, die Investmentvermögen betreffen, liegen abweichende Abschlussstichtage vor. Auch in diesen Fällen erfolgte die Berücksichtigung mit Werten zum 31. Dezember 2012.

Die Erstkonsolidierungen erfolgen nach der Erwerbsmethode auf den Stichtag des Anteilserwerbs. Die Bewertung der Vermögenswerte und Schulden erfolgt mit den beizulegenden Zeitwerten auf diesen Erstkonsolidierungszeitpunkt. Verbleibende positive Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung werden als Geschäfts- oder Firmenwert in der Konzernbilanz unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen und mindestens jährlich einem Werthaltigkeitstest unterzogen (siehe Anhangangabe (14)). Aus der Erstkonsolidierung resultierende negative Unterschiedsbeträge sind nach Überprüfung der beizulegenden Zeitwerte erfolgswirksam zu vereinnahmen.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals und der Gewinn- und Verlustrechnung als auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital beziehungsweise konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis ausgewiesen. Anteile anderer Gesellschafter werden bei Zugang auf Grundlage der Zeitwerte der ihnen zugeordneten Vermögenswerte und Schulden ermittelt.

Im Fall eines sukzessiven Anteilserwerbs wird die Gesellschaft ab dem Zeitpunkt der Erlangung der Beherrschung vollkonsolidiert. Die Anteile, die vor Erlangung der Beherrschung erworben wurden (Altanteile), werden zum Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und der Kapitalkonsolidierung zugrunde gelegt. Die Differenz zwischen dem Buchwert der Altanteile und des beizulegenden Zeitwertes ist, gegebenenfalls nach Recycling erfolgsneutraler Buchwertbestandteile aus der Fortschreibung eines Equity-Wertes oder der bisher erfolgsneutralen Bewertung aufgrund der Zuordnung zur Bewertungskategorie AfS, erfolgswirksam zu erfassen.

Entfällt eine Einbeziehungspflicht für bislang konsolidierte beziehungsweise at Equity bewertete Unternehmen, so erfolgt auf den Stichtag, an dem die konsolidierungspflichtigen Anteile abgehen beziehungsweise der Beherrschungstatbestand entfällt, eine erfolgswirksame Entkonsolidierung. Der Ansatz der verbliebenen Anteile nach IAS 39 oder im Rahmen einer Bewertung at Equity erfolgt dabei zum beizulegenden Zeitwert.

Sind Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- oder assoziierten Unternehmen zum kurzfristigen Verkauf bestimmt und liegen die sonstigen Voraussetzungen vor, so erfolgt eine Bewertung nach IFRS 5 und der Ausweis der Vermögenswerte, Schulden und Erfolgsbeiträge in separaten Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.

Zwischen konsolidierten Unternehmen bestehende konzerninterne Salden sowie entstandene Erträge und Aufwendungen werden im Wege der Schulden- beziehungsweise Erfolgskonsolidierung eliminiert. Zwischenerfolge aus Transaktionen zwischen einbezogenen Unternehmen werden ebenfalls eliminiert.

Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen werden vom Zeitpunkt der Erlangung eines maßgeblichen Einflusses beziehungsweise bei Vorliegen der gemeinschaftlichen Führung zu den Anschaffungskosten des Konzerns in der Konzernbilanz angesetzt. Der bilanzierte Equity-Wert wird in den Folgejahren unter Berücksichtigung der Amortisierung von identifizierten stillen Reserven und Lasten um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen fortgeschrieben. Das anteilige Jahresergebnis des Beteiligungsunternehmens wird als Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Liegt der erzielbare Betrag der Anteile an einem at Equity bewerteten Unternehmen unter dem bisherigen Bilanzansatz, werden diese abgeschrieben. Wertaufholungen erfolgen bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung durch Zuschreibungen bis maximal zur Höhe des fortgeführten Equity-Wertes (ohne Geschäfts- oder Firmenwert). Wertminderungen und Wertaufholungen werden erfolgswirksam im Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen erfasst.

(4) Finanzinstrumente

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente in der Bilanz anzusetzen. Die Erstbewertung erfolgt zu Anschaffungskosten, die dem Gegenwert der hingegebenen beziehungsweise erhaltenen Vermögenswerte zum Zeitpunkt des Erwerbs entsprechen. Transaktionskosten werden grundsätzlich als Anschaffungsnebenkosten berücksichtigt. Der Ansatz erfolgt bei Kassageschäften von nicht derivativen Finanzinstrumenten zum Erfüllungstag und bei derivativen Finanzinstrumenten zum Handelstag. Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte aus dem Vermögenswert erloschen sind oder in der Weise übertragen wurden, dass die Chancen und Risiken im Wesentlichen übergegangen sind, beziehungsweise wenn die Kontrolle oder Verfügungsmacht übertragen wurde. Finanzielle Verpflichtungen werden bei erfolgter Tilgung ausgebucht.

Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen richtet sich danach, welchen Kategorien nach IAS 39 sie zum Zeitpunkt ihres Erwerbs zugeordnet wurden:

Kredite und Forderungen (LaR)
Als Kredite und Forderungen (LaR) werden alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte kategorisiert, die mit festen oder bestimmbaren Zahlungen ausgestattet und die nicht an einem aktiven Markt notiert sind, es sei denn, sie werden bei Zugang in die Kategorie finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (aFV), designiert. Auch Wertpapiere mit festen oder bestimmbaren Zahlungen, für die kein aktiver Markt besteht, können als LaR kategorisiert werden.

Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Bestehende Agien beziehungsweise Disagien werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit verteilt (Amortisation) und erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst. Die Buchwerte von Finanzinstrumenten der Kategorie LaR werden in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden unter den sonstigen Aktiva gezeigt.

Im Rahmen des Hedge Accounting werden die Buchwerte von Forderungen, die Grundgeschäfte von Mikro Fair Value Hedges sind, um die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte angepasst.

Bezüglich der Berücksichtigung von Risiken aus dem Kreditgeschäft wird auf Anhangangabe (11) verwiesen.

Finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (aFV)
Innerhalb dieser Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder zu Handelszwecken gehalten werden (HfT) oder für die im Zugangszeitpunkt unwiderruflich von der Fair Value-Option (FVO) Gebrauch gemacht wird. Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Transaktionskosten werden sofort erfolgswirksam erfasst. Derivative Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente designiert werden, sind immer der Bewertungskategorie HfT zugeordnet.

Bei den zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten besteht die Absicht, Gewinne aus kurzfristigen Schwankungen des Preises oder aus der Händlermarge zu erzielen. Sie werden unter den Handelsaktiva oder Handelspassiva ausgewiesen. Die Aufwendungen und Erträge aus zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten werden vollständig im Handelsergebnis ausgewiesen. Nicht zu Handelszwecken gehaltene derivative Finanzinstrumente werden als positive oder negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten ausgewiesen.

Die FVO wird überwiegend für wirtschaftliche Sicherungsbeziehungen von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Rahmen der Hedge-Management-Strategie angewendet, für die keine Mikro-Hedge-Beziehung gemäß IAS 39 dokumentiert ist. Die FVO wird auch für Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen, eingebetteten Derivaten genutzt. Darüber hinaus designiert die Helaba finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die als Einheit (Portfolio) im Rahmen einer dokumentierten Risikomanagement-Strategie zum beizulegenden Zeitwert gesteuert werden. Der Ausweis nicht derivativer Finanzinstrumente, für die die FVO ausgeübt wird, erfolgt in dem jeweiligen Bilanzposten, der auch ohne Designation genutzt worden wäre. Zinsen (inklusive amortisierter Agien beziehungsweise Disagien) und Dividenden der designierten Finanzinstrumente sind

im Zinsüberschuss enthalten. Das Bewertungs- und das Veräußerungsergebnis werden im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option ausgewiesen.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte (HtM)
Eine Einstufung in die Kategorie HtM erfordert feste oder bestimmbare Zahlungen sowie eine feste Laufzeit der nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte. Des Weiteren müssen diese Finanzinstrumente mit der Absicht und der Fähigkeit erworben werden, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Im Helaba-Konzern sind keine Finanzinstrumente dieser Kategorie zugeordnet.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS)
Die Kategorie AfS beinhaltet alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die nicht bereits einer der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Bei der Helaba handelt es sich insbesondere um Schuldverschreibungen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie um Beteiligungen. Finanzinstrumente der Kategorie AfS werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert. Sofern dieser bei Eigenkapitalinstrumenten nicht verlässlich ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen. Dies ist dann der Fall, wenn weder Preise von aktiven Märkten vorliegen, noch die für Bewertungsmodelle relevanten Faktoren zuverlässig bestimmbar sind. Bei angekauften Ansprüchen aus Kapitallebensversicherungsverträgen erfolgt eine Bewertung auf der Basis des von der Versicherungsgesellschaft mitgeteilten Rückkaufswertes, der um Einzahlungen und andere Wertänderungen bis zum Bilanzstichtag fortgeschrieben wird.

Das Ergebnis aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert wird – nach Berücksichtigung latenter Steuern – erfolgsneutral in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Neubewertungsrücklage) ausgewiesen. Bei Anwendung von Hedge Accounting wird der Teil des Bewertungsergebnisses, der auf das abgesicherte Risiko entfällt, im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Bei bonitätsinduzierten Wertminderungen (Impairment), die dazu führen, dass der beizulegende Zeitwert voraussichtlich dauerhaft unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegen wird, wird die Neubewertungsrücklage um den Wertminderungsbetrag angepasst und im Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden erfolgswirksam, Wertaufholungen bei zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten hingegen erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Zuschreibungen auf zu Anschaffungskosten bewertete Eigenkapitalinstrumente werden nicht vorgenommen. Die Kriterien für das Vorliegen einer Wertminderung bestehen aus einer Zeit- und Wertveränderungskomponente.

Die Zinserträge aus Wertpapieren, einschließlich amortisierter Agien und Disagien, sowie Dividendenerträge aus Aktien oder Beteiligungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Bei einer Veräußerung eines finanziellen Vermögenswertes wird das in der Neubewertungsrücklage bilanzierte kumulierte Bewertungsergebnis aufgelöst und im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

Finanzielle Verbindlichkeiten (OL)
Diese Kategorie beinhaltet finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht der Kategorie aFV zugeordnet sind. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien beziehungsweise Disagien werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit verteilt (Amortisation) und erfolgswirksam im Zinsergebnis berücksichtigt. Der Ausweis der Buchwerte erfolgt in den Bilanzposten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, verbriefte Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden unter den sonstigen Passiva ausgewiesen.

Im Rahmen des Hedge Accounting werden die Buchwerte von Verbindlichkeiten, die Grundgeschäfte von Mikro Fair Value Hedges sind, um die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte angepasst.

(5) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen

IAS 39 beinhaltet umfassende Regelungen für die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen, das heißt der Bilanzierung von Sicherungsinstrumenten (insbesondere Derivaten) und den durch sie abgesicherten Grundgeschäften.

Der Helaba-Konzern schließt Derivate sowohl zu Handelszwecken als auch zu Sicherungszwecken ab. Werden Derivate nachweislich zur Absicherung von Risiken aus Nichthandelsgeschäften, die nicht der Kategorie aFV zugeordnet sind, eingesetzt, lässt IAS 39 unter bestimmten Voraussetzungen die Anwendung spezieller Regelungen zur Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) zu.

Zu Beginn der Sicherungsbeziehung sind sowohl die Sicherungsbeziehung als auch die Risikomanagementziele und -strategien des Konzerns sowie die Methode zur prospektiven und retrospektiven Effektivitätsmessung im Hinblick auf die Sicherungsbeziehung zu dokumentieren. Insbesondere sind das abzusichernde Grundgeschäft, das abzusichernde Risiko und das Sicherungsinstrument eindeutig zu benennen.

Darüber hinaus verlangt IAS 39 einen effektiven Sicherungszusammenhang. Hierzu wird die Effektivität der Sicherungsbeziehungen regelmäßig überwacht. Eine Sicherungsbeziehung wird als effektiv betrachtet, wenn sowohl im Zeitpunkt der Designation als auch während der Laufzeit der Sicherungsbeziehung die Wertänderungen des Grundgeschäftes durch die des Sicherungsinstrumentes in hohem Maße kompensiert werden (prospektiver Effektivitätstest oder Effektivitätsvermutung) und sich die aktuellen Bewertungsergebnisse in einer Spannbreite zwischen 80 % und 125 % bewegen (retrospektiver Effektivitätstest). Ist eine Sicherungsbeziehung nicht mehr effektiv, wird sie aufgelöst. Verbleibt nach Beendigung einer Sicherungsbeziehung das Grundgeschäft in der Bilanz, erfolgt eine Amortisation der während der Sicherung vorgenommenen Buchwertanpassungen des zinstragenden Grundgeschäftes über dessen verbleibende Restlaufzeit im Zinsergebnis.

Der Helaba-Konzern nutzt das Mikro Fair Value Hedge Accounting, um zinsinduzierte Marktpreisänderungen der gesicherten Grundgeschäfte durch Wertänderungen aus Sicherungsderivaten auszugleichen. Einem solchen zinsinduzierten Marktpreisrisiko unterliegen insbesondere die Emissions-

und Kreditgeschäfte des Konzerns und die Wertpapiere des Liquiditätsanlageportfolios, sofern es sich um festverzinsliche Titel handelt. Als Sicherungsinstrumente werden ausschließlich Zinsswaps und Zinswährungsswaps genutzt, die den Anforderungen des Hedge Accounting genügen.

Gemäß den Regelungen des Fair Value Hedge Accounting werden die zur Absicherung eingesetzten derivativen Finanzinstrumente zum beizulegenden Zeitwert bilanziert und unter den Bilanzposten positive beziehungsweise negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten ausgewiesen. Bei Grundgeschäften, die ohne Hedge Accounting zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden, führen die Wertänderungen des Grundgeschäftes, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, zu einer entsprechenden Buchwertanpassung. Diese auf das gesicherte Risiko entfallende Änderung des beizulegenden Zeitwertes des Grundgeschäftes wird zusammen mit der gegenläufigen Änderung des Sicherungsinstrumentes erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Cashflow Hedges werden nur von einer vollkonsolidierten Zweckgesellschaft und einem assoziierten Unternehmen genutzt, die beide im Immobiliensektor tätig sind. Durch den Einsatz von Zinsswaps erfolgt die Absicherung gegen Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme, die aus der Zinsanpassung von Verbindlichkeiten resultieren können. Der effektive Teil der Fair-Value-Änderung des Sicherungsinstrumentes wird dabei erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst; der ineffektive Teil wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Die Absicherung von Fremdwährungsrisiken erfolgt mittels nicht derivativer Finanzinstrumente für Beteiligungen der Kategorie AfS und für eine Nettoinvestition in eine ausländische Teileinheit. Der Gewinn beziehungsweise Verlust aus der Währungsumrechnung des Sicherungsgeschäftes wird erfolgsneutral behandelt und in der Rücklage aus der Währungsumrechnung ausgewiesen.

Positive und negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten
Unter diesem Posten werden im Helaba-Konzern Derivate ausgewiesen, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden. Hierunter fallen auch Derivate, die als Sicherungsinstrumente für einen Mikro Fair Value Hedge designiert sind. Darüber hinaus werden in diesem Posten derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nach IAS 39 nicht dokumentiert ist (ökonomische Hedges). Positive Marktwerte werden auf der Aktivseite und negative Marktwerte werden auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Die Bewertungsergebnisse der Derivate, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden, werden in Abhängigkeit von ihrer Verwendung im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) oder im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option erfasst. Die laufenden Erträge und Aufwendungen aus diesen Derivaten werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

(6) Strukturierte Produkte

Als strukturierte Produkte werden Verträge bezeichnet, die sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen. Ein eingebettetes Derivat ist integraler Bestandteil des strukturierten Produktes und kann nicht separat gehandelt werden.

IAS 39 sieht unter bestimmten Voraussetzungen vor, eingebettete Derivate für Bilanzierungszwecke aus den zugehörigen Basisverträgen herauszulösen und als freistehende Derivate zu behandeln, soweit nicht das gesamte strukturierte Produkt erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird.

Im Helaba-Konzern werden trennungspflichtige Finanzinstrumente, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, jeweils separat bilanziert, oder es wird die FVO für das strukturierte Produkt genutzt.

(7) Finanzgarantien

Eine Finanzgarantie ist ein Vertrag, bei dem der Garantiegeber zur Leistung einer bestimmten Zahlung verpflichtet ist, die den Garantienehmer für einen Verlust entschädigt, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seine vertraglichen Zahlungsverpflichtungen eines Schuldinstrumentes nicht vertragsgemäß erfüllt. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses wird die Verpflichtung aus einer Finanzgarantie erfasst. Dabei erfolgt der Ansatz einer Finanzgarantie bei der Helaba (Garantiegeber) zum beizulegenden Zeitwert, der bei Ausgeglichenheit der zu erwartenden Leistungen (Verpflichtungsbarwert) und Gegenleistungen in Form von ratierlichen, nachschüssigen und marktgerechten Prämienzahlungen (Prämienbarwert) dem Wert Null entspricht. Im Rahmen der Folgebewertung wird für drohende Verluste aus einer Inanspruchnahme aus der Finanzgarantie eine Rückstellung gebildet.

Darüber hinaus werden Finanzgarantien, für die im Zugangszeitpunkt die FVO ausgeübt wurde, sowohl im Rahmen der Zugangsbewertung als auch im Rahmen der Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Die Bewertungsergebnisse werden im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO ausgewiesen.

(8) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

Siehe Glossar S. 277

Der Helaba-Konzern tritt im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften sowohl als Pensionsgeber (**Repo-Geschäfte**) als auch als Pensionsnehmer (Reverse-Repo-Geschäfte) auf.

Repo-Geschäfte sind Verträge, bei denen ein Pensionsgeber ihm gehörende Wertpapiere an einen Pensionsnehmer gegen Zahlung eines bestimmten Betrages überträgt. Gleichzeitig wird vereinbart, dass der Pensionsnehmer die an ihn übertragenen oder gleichartige Wertpapiere zu einem festgelegten späteren Zeitpunkt gegen Zahlung eines im Voraus vereinbarten Entgeltes an den Pensionsgeber zurückübertragen muss.

Aufgrund der unbedingten Verpflichtung zur Rückübertragung der Wertpapiere durch den Pensionsnehmer kommt es zu keinem bilanziellen Abgang der Wertpapiere beim Pensionsgeber und die Wertpapiere werden weiterhin in der Konzernbilanz entsprechend ihrer Bewertungskategorie gemäß IAS 39 bewertet und unter den Handelsaktiva oder innerhalb des Finanzanlagebestandes ausgewiesen. Entsprechend werden die im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften vom Helaba-Konzern in Pension genommenen Wertpapiere nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen, da es wirtschaftlich zu keinem Zugang kommt.

Sofern Repo-Geschäfte zu Handelszwecken abgeschlossen werden, wird die zufließende Liquidität als Verbindlichkeit unter den Handelspassiva ausgewiesen und zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Dabei wird der Unterschiedsbetrag zwischen erhaltener Zahlung und Rückzahlungsverpflichtung als Bestandteil des Bewertungsergebnisses im Handelsergebnis erfasst. Offenmarktgeschäfte, bei denen die Liquiditätssteuerung im Vordergrund steht, werden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bilanziert. Die vereinbarten Zinszahlungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Im umgekehrten Fall werden Liquiditätsabflüsse aus Reverse-Repo-Geschäften, sofern sie mit Handelsabsicht getätigt werden, als Forderungen innerhalb der Handelsaktiva bilanziert und entsprechend bewertet. Die Bewertungsergebnisse werden, wie bei den Repo-Geschäften, entsprechend der Zweckbestimmung im Handelsergebnis erfasst.

Von den echten Wertpapierpensionsgeschäften sind Wertpapierleihegeschäfte abzugrenzen, bei denen der Helaba-Konzern sowohl als Verleiher als auch als Entleiher von Wertpapieren auftritt.

Hierbei werden Wertpapiere für einen begrenzten Zeitraum verliehen, wobei sich der Entleiher verpflichtet, mit Fristablauf Wertpapiere gleicher Art, Güte und Menge an den Verleiher zurück zu übertragen. Es handelt sich mithin um ein Sachdarlehen gemäß § 607 BGB. Während verliehene Wertpapiere beim Verleiher weiterhin im Wertpapierbestand (Handelsaktiva, Finanzanlagen) ausgewiesen und gemäß der zugeordneten Bewertungskategorie bewertet werden, erfolgt keine Bilanzierung und Bewertung von entliehenen Wertpapieren beim Entleiher.

Für Wertpapierleihegeschäfte gestellte Barsicherheiten werden unter den Forderungen, erhaltene Barsicherheiten unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen. Vom Helaba-Konzern gestellte Wertpapiersicherheiten werden weiterhin nach der ursprünglich gewählten Bilanzierungsmethode bilanziert.

Erträge und Aufwendungen aus Wertpapierleihegeschäften werden, sofern sie zu Handelszwecken abgeschlossen werden, im Handelsergebnis ausgewiesen. Ansonsten erfolgt der Ausweis im Zinsergebnis.

Aus Leerverkäufen von entliehenen Wertpapieren resultierende Verbindlichkeiten werden unter den Handelspassiva zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen.

(9) Bilanzierung von Leasingverhältnissen

Ein Leasinggeschäft wird als Operating-Leasingverhältnis klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand bei dem Leasinggeber liegen. Demgegenüber sind solche Leasinggeschäfte, bei denen im Wesentlichen alle Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer übertragen werden, als Finanzierungsleasing einzustufen.

Der Konzern als Leasinggeber
Soweit im Helaba-Konzern Operating-Leasinggeschäfte betrieben werden, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen und, im Fall von Grundstücken und Gebäuden, unter den als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt nach den dort beschriebenen Grundsätzen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Wenn der Leasingvertrag als Finanzierungsleasing klassifiziert ist, wird eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswertes zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gegenüber dem Leasingnehmer unter den Posten Forderungen an Kunden oder Forderungen gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgespalten. Der Zinsanteil wird im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Der Konzern als Leasingnehmer
Die gezahlten Leasingraten aus Operating-Leasingverhältnissen werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Vertragliche Vereinbarungen, die als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind, bestanden im Geschäftsjahr nicht.

(10) Währungsumrechnung

Die Umrechnung von Fremdwährungsgeschäften in den Abschlüssen der einbezogenen Unternehmen sowie die Umrechnung der Abschlüsse von ausländischen Geschäftsbetrieben mit einer von der Berichtswährung abweichenden funktionalen Währung erfolgen nach den Regelungen des IAS 21.

Sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie zum beizulegenden Zeitwert bewertete Eigenkapitalinstrumente (Aktien, Beteiligungen) in Fremdwährung werden zum Stichtagskurs umgerechnet. Nicht monetäre, zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Posten (zum Beispiel Sachanlagen) werden mit dem Kurs zum Zugangszeitpunkt umgerechnet. Währungsumrechnungsdifferenzen werden, mit Ausnahme der aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten resultierenden Differenzen, in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Zur Umrechnung von in Fremdwährung aufgestellten Abschlüssen einbezogener Geschäftsbetriebe (Tochterunternehmen, Niederlassungen) wird zunächst mittels der Zeitbezugsmethode von der Fremdwährung in die funktionale Währung umgerechnet, sofern diese Währungen voneinander abweichen. Anschließend erfolgt die Umrechnung in die Berichtswährung (Euro) gemäß der modifizierten Stichtagskursmethode. Hierbei werden sämtliche monetäre und nicht monetäre Vermögenswerte und Schulden unter Verwendung des EZB-Referenzkurses des Bilanzstichtages in die

Berichtswährung umgerechnet. Erträge und Aufwendungen der Berichtsperiode werden zum Periodendurchschnittskurs umgerechnet. Alle sich hieraus ergebenden Währungsumrechnungsdifferenzen werden bis zum Abgang oder der Einstellung des ausländischen Geschäftsbetriebes in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Rücklage aus der Währungsumrechnung) ausgewiesen.

(11) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft wird durch Bildung von Einzelwertberichtigungen, pauschalierten Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen.

Im Helaba-Konzern wird zu jedem Bilanzstichtag eine Überprüfung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten der Kategorie LaR, die unter den Forderungen ausgewiesen werden, vorgenommen. Dabei unterliegen alle signifikanten Forderungen einer Einzelfallbetrachtung. Liegt ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vor, erfolgt eine Ermittlung des Wertberichtigungsbedarfs.

Wesentliche Hinweise für das Vorliegen einer Wertminderung sind beispielsweise:

- Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen,
- ungeregelte Überziehung für mehr als 90 Tage,
- bonitätsbedingte Restrukturierung,
- Zwangsvollstreckungsmaßnahmen,
- Vorliegen der Voraussetzung auf Antrag oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens,
- Vorliegen von Stundungsmaßnahmen.

Die Bildung einer Wertberichtigung ist erforderlich, wenn es wahrscheinlich ist, dass nicht alle vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungsleistungen erbracht werden können. Die Höhe der Einzelwertberichtigung ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem erzielbaren Betrag der Forderung. Der erzielbare Betrag entspricht dem Barwert der erwarteten Cashflows, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der Verwertung von Sicherheiten. Zur Diskontierung der erwarteten Cashflows wird der ursprüngliche Effektivzinssatz der Forderung herangezogen; bei Forderungen mit variablen Zinssätzen wird der aktuelle Zinssatz verwendet.

Bei unveränderten Zahlungserwartungen ergibt sich durch Zeitablauf eine Barwertänderung (Unwinding). Das Unwinding ist Bestandteil des Zinsertrages. Eine Zuführung oder Auflösung einer Einzelwertberichtigung wird als Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Diese resultiert aus seit dem letzten Bilanzstichtag eingetretenen Cashflows, die in ihrer Höhe von den erwarteten Beträgen abweichen, veränderten Erwartungen über zukünftige Cashflows sowie der Änderung von variablen Zinssätzen. Wechselkursveränderungen werden ebenfalls erfolgswirksam berücksichtigt.

Nicht signifikante Forderungen mit Hinweis auf eine Wertminderung werden in eng abgegrenzten Portfolios mit ähnlichen Risikostrukturen zusammengeführt und nach einheitlicher Methodik bewertet. In die Berechnung der pauschalierten Einzelwertberichtigungen gehen Daten aus der Kreditrisikomessung ein, insbesondere die ausfallgefährdeten Beträge, Sicherheiten und historische

Ausfallwahrscheinlichkeiten. Länderrisiken sind dabei implizit berücksichtigt. Auf Basis dieser Methodik werden auch Portfoliowertberichtigungen gebildet. Diese werden gebildet für Forderungen, bei denen keine objektiven Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen oder bei denen im Rahmen der Einzelermittlung kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wurde. Die Portfoliowertberichtigung dient der Abdeckung eingetretener, aber noch nicht identifizierter Wertminderungen. Hierzu werden erwartete Verluste mit Faktoren multipliziert, die den Zeitraum zwischen Eintritt und Identifizierung einer Wertminderung widerspiegeln.

Die Risikovorsorge für bilanzielle Forderungen wird offen von den Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden abgesetzt. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft (Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen) wird als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen. Die Ermittlung der Rückstellungshöhe entspricht weitgehend den Verfahren für das bilanzielle Kreditgeschäft. Zusätzlich wird jedoch die Ziehungswahrscheinlichkeit berücksichtigt.

Uneinbringliche Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigungen gebildet wurden, werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

(12) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien sind Immobilien, die der langfristigen Erzielung von Mieterträgen beziehungsweise Wertsteigerungen dienen.

Bei der Zuordnung von gemischt genutzten Immobilien, das heißt Immobilien, die zum Teil vermietet und zum Teil selbst genutzt werden, wird zunächst geprüft, ob die einzelnen Teile gesondert veräußert oder vermietet werden können beziehungsweise ob ein aktiver Markt für die Immobilienteile vorhanden ist. Für den Fall, dass eine Aufteilung der Immobilie nicht möglich ist, wird eine Klassifizierung als als Finanzinvestition gehaltene Immobilie nur dann vorgenommen, wenn der Anteil der Eigennutzung am Gesamtobjekt unwesentlich ist. Immobilien, deren selbst genutzter Anteil aus Konzernsicht wesentlich ist, werden gemäß IAS 16 bilanziert und unter den Sachanlagen ausgewiesen.

Die als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien sind zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur aktiviert, wenn daraus ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen entsteht. Kosten für die Erhaltung werden hingegen sofort aufwandswirksam erfasst. Fremdkapitalkosten werden unter den Bedingungen des IAS 23 als Bestandteil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Die Gebäude werden planmäßig linear über ihre geschätzte wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Der Komponentenansatz kommt zur Anwendung, wenn sich wesentliche Bestandteile deutlich in ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer unterscheiden.

Die Bandbreiten der zugrundegelegten Nutzungsdauern bewegen sich in Abhängigkeit von der jeweiligen Nutzungsart der Immobilie in folgendem Rahmen:

- Wohn- und Geschäftshäuser 60–80 Jahre
- Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser 40–60 Jahre
- Spezialimmobilien 20–60 Jahre

Darüber hinaus gehende Wertminderungen werden durch außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Zuschreibungen werden vorgenommen, wenn der Grund für die außerplanmäßige Abschreibung weggefallen ist.

Der Ausweis von Mieterträgen, Veräußerungsgewinnen und -verlusten sowie Abschreibungen und sonstigen direkt den als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien zurechenbaren Aufwendungen erfolgt im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Für die in Anhangangabe (41) angegebenen Marktwerte der Immobilien besteht hinsichtlich der Ermittlung eine je nach Objektgröße differenzierte Vorgehensweise. Bei mittleren und großen Immobilien erfolgt mindestens alle drei bis fünf Jahre eine Bewertung durch externe Gutachter, die in der Zwischenzeit jährlich durch interne Sachverständige überprüft und angepasst wird. Die jährliche Bewertung kleinerer Objekte wird grundsätzlich intern vorgenommen.

Die Bewertung der Immobilien erfolgt nach dem Ertragswertverfahren.

(13) Sachanlagen

Unter den Sachanlagen sind selbst genutzte Grundstücke und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien im Bau (sofern sie nicht für die zukünftige Nutzung als Finanzinvestition erstellt oder entwickelt werden) sowie Leasinggegenstände, die im Rahmen von Operating-Leasinggeschäften vermietet werden, ausgewiesen.

Sachanlagen werden zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Diese umfassen den Kaufpreis sowie alle direkt zurechenbaren Kosten, die anfallen, um den Vermögenswert in betriebsbereiten Zustand zu versetzen. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur aktiviert, wenn daraus ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen entsteht. Kosten für die Erhaltung von Sachanlagen werden hingegen sofort aufwandswirksam erfasst.

Abnutzbare Vermögenswerte des Sachanlagevermögens werden planmäßig linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer unter Berücksichtigung rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen abgeschrieben. Eine Ausnahme bilden geringwertige Wirtschaftsgüter, die bereits im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben werden.

Die Bandbreite der erwarteten Nutzungsdauern stellt sich wie folgt dar:

- Gebäude 40–60 Jahre
- Betriebs- und Geschäftsausstattung 2–25 Jahre
- Leasinggegenstände 5–25 Jahre

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen und der Buchwert einer Sachanlage den höheren Wert aus Nettoveräußerungspreis und Nutzungswert überschreitet. Fallen die Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung in Folgejahren weg, erfolgt eine Zuschreibung höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen sind im Verwaltungsaufwand, Gewinne und Verluste aus Anlageabgängen sind in dem sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

(14) Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten sind im Wesentlichen Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung, Software sowie im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Geschäfts- oder Firmenwerte werden mindestens jährlich und anlassbezogen bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Wertminderung auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft. Der Werthaltigkeitstest erfolgt für jede zahlungsmittelgenerierende Einheit, der ein Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet wurde. Die Zuordnung erfolgt zu den jeweils identifizierbaren Gruppen von Mittelzuflüssen erzeugenden Vermögenswerten, die weitgehend unabhängig von Mittelzuflüssen aus anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten sind und die aus den Synergien des Zusammenschlusses Nutzen ziehen sollen. Bei der Ermittlung, ob ein Vermögenswert oder eine Gruppe von Vermögenswerten größtenteils von anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten unabhängige Mittelzuflüsse erzeugt, fließen diverse Faktoren ein, einschließlich der Art der Steuerung der Unternehmenstätigkeit durch das Management. Beim Werthaltigkeitstest wird der so genannte erzielbare Betrag mit dem Nettobuchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit inklusive Buchwerte der zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerte verglichen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Wert von Nutzungswert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten. Sofern keine zeitnahen vergleichbaren Transaktionen oder beobachtbaren Marktpreise vorliegen, erfolgt im Regelfall eine Wertermittlung nach einem ertragswertorientierten Modell, das die erwarteten künftigen Ertragsüberschüsse barwertig bewertet. Die Ertragserwartungen werden aus Planungsrechnungen und individuellen Annahmen über Wachstumstrends von Erlösen und Kosten abgeleitet. Die Barwertberechnung erfolgt durch den Ansatz aktueller langfristiger lokaler Marktzinsen und der Berücksichtigung eines Risikozuschlags, der sich aus einer Marktrisikoprämie und einem Beta-Faktor ergibt. Sofern der Geschäfts- oder Firmenwert aus einer Objektgesellschaft resultiert, kann eine Zeitwertermittlung auch objektbezogen erfolgen. Eine Wertminderung liegt vor,

wenn der Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit den erzielbaren Betrag übersteigt. Dann wird eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe der Differenz vorgenommen, die im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen wird.

Software wird zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und planmäßig über einen Zeitraum von überwiegend drei Jahren abgeschrieben. Die Abschreibung der erworbenen Auftragsbestände erfolgt entsprechend ihrer vertraglichen Laufzeit. Abschreibungen auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte sind im Verwaltungsaufwand enthalten. Abgangsergebnisse werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis gezeigt.

(15) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Langfristige Vermögenswerte, die zur Veräußerung gehalten werden, sowie bereits mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Tochterunternehmen werden ebenso wie Abgangsgruppen nach IFRS 5 und die mit diesen Vermögenswerten in Zusammenhang stehenden Verbindlichkeiten in gesonderten Bilanzposten ausgewiesen. In der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt für mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Tochterunternehmen ein Ausweis der Erträge und Aufwendungen einschließlich der Veränderungen latenter Steuern im Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen.

Voraussetzung für die Bilanzierung nach IFRS 5 ist eine hohe Wahrscheinlichkeit für eine tatsächliche Veräußerung innerhalb von zwölf Monaten. Das Fortbestehen dieser Wahrscheinlichkeit und die Überprüfung des Nettoveräußerungswertes erfolgen zu jedem Abschlussstichtag.

Bis zum Vorliegen der Voraussetzungen werden die Vermögenswerte nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften bewertet. Sobald die Voraussetzungen nach IFRS 5 erfüllt sind, erfolgt ab diesem Zeitpunkt eine Bewertung mit dem niedrigeren Wert aus dem Vergleich des Buchwertes und des erzielbaren Nettoveräußerungswertes.

(16) Sonstige Aktiva und sonstige Passiva

Die sonstigen Aktiva enthalten Immobilien des Vorratsvermögens, die im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zum Verkauf bestimmt sind. Diese umfassen sowohl fertiggestellte Immobilien als auch im Bau befindliche Objekte, die selbst entwickelt und vermarktet werden. Die Bewertung der Immobilien erfolgt zum niedrigeren Wert aus Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten und dem Nettoveräußerungswert, das heißt dem geschätzten erzielbaren Verkaufserlös abzüglich der noch erwarteten Kosten für die Fertigstellung und den Verkauf. Fremdkapitalzinsen werden aktiviert, sofern die Bedingungen dafür erfüllt sind. Erträge und Aufwendungen aus Immobilien des Vorratsvermögens werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

In den sonstigen Aktiva beziehungsweise Passiva werden ferner Vermögenswerte beziehungsweise Schulden ausgewiesen, die für sich betrachtet von untergeordneter Bedeutung sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können.

(17) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die betriebliche Altersversorgung im Helaba-Konzern umfasst verschiedene Arten von Versorgungsplänen. Es bestehen sowohl Beitragszusagen (Defined Contribution Plans) als auch Leistungszusagen (Defined Benefit Plans).

Für Beitragszusagen werden festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger entrichtet. Da für den Konzern keine weiteren Zahlungsverpflichtungen bestehen, werden für diese Zusagen grundsätzlich keine Rückstellungen gebildet. Eine Ausnahme stellt eine im Rahmen eines Unternehmenserwerbs bei der Kaufpreisallokation als Schuld identifizierte und als Rückstellung angesetzte Zusage dar. Die laufenden Beiträge für Beitragszusagen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Im Rahmen der Leistungszusagen bestehen sowohl Gesamtversorgungszusagen als auch Endgehaltspläne und Rentenbausteinsysteme. Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögenswerte, die gemäß IAS 19 Planvermögen darstellen und mit den Pensionsverpflichtungen verrechnet werden.

Die Pensionsverpflichtungen aus Leistungszusagen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen (Richttafeln 2005 von Prof. Dr. Heubeck) künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie ein aktueller Marktzins zugrunde gelegt werden. Dieser Zinssatz orientiert sich an der Verzinsung erstklassiger Industrieanleihen mit einer der gewichteten durchschnittlichen Laufzeit der Zahlungsverpflichtungen entsprechenden Fristigkeit. Die erwartete Rendite des Planvermögens wird gesondert für jeden Plan und entsprechend seiner Struktur auf Basis der erwarteten Renditen der Assetklassen und unter Berücksichtigung historischer Kapitalmarktentwicklungen durch die verantwortlichen Asset-Manager bestimmt.

Die in Deutschland angewandten Bewertungsparameter sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

in %

	31.12.2012	31.12.2011
Zinssatz	3,00–4,00	4,50–5,00
Gehaltstrend	2,00–2,50	2,00
Rententrend	1,00–2,00	1,00–2,00
Fluktuationsrate	0,00–3,00	0,00–3,00
Erwartete Rendite des Planvermögens	3,25–5,72	3,25–5,95

Die Bandbreiten resultieren aus unterschiedlichen Versorgungsplänen. Dabei werden nur die wesentlichen Versorgungspläne berücksichtigt, damit die Bandbreite möglichst eng und aussagekräftig ist.

Gemäß IAS 19 wird der in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassende Pensionsaufwand für Leistungszusagen bereits zu Beginn eines Geschäftsjahres bestimmt. Abweichungen zwischen den früheren versicherungsmathematischen Annahmen und der tatsächlichen Entwicklung während des Geschäftsjahres sowie die Aktualisierung der Bewertungsparameter zum Geschäftsjahresende führen zu versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten. Diese werden in Ausübung des Wahlrechtes des IAS 19.93A erfolgsneutral im Eigenkapital ausgewiesen.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen den Dienstzeitaufwand und den Zinsaufwand. Der Dienstzeitaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Der Zinsaufwand stellt die Barwerterhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, der sich aus dem Näherrücken des Erfüllungszeitpunktes und somit der Verkürzung der Abzinsungsperiode ergibt. Der Pensionsaufwand wird um die erwarteten Erträge aus dem Planvermögen vermindert. Sowohl der Zinsaufwand als auch die erwarteten Erträge aus dem Planvermögen sind im Zinsüberschuss enthalten.

(18) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, sofern dem Helaba-Konzern aus einem vergangenen Ereignis eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung erwachsen ist, die wahrscheinlich zu einem Ressourcenabfluss führen wird und zuverlässig geschätzt werden kann. Die betragliche Höhe beziehungsweise der Fälligkeitstermin der Verpflichtung sind dabei ungewiss. Der als Rückstellung angesetzte Betrag entspricht der bestmöglichen Schätzung der Ausgabe, die zur Begleichung der Verpflichtung am Bilanzstichtag erforderlich ist. Langfristige Rückstellungen werden mit dem Barwert ausgewiesen, sofern der Effekt der Abzinsung wesentlich ist. Die Abzinsung erfolgt mit einem marktüblichen und risikoadäquaten Zinssatz.

In den anderen Rückstellungen sind darüber hinaus Rückstellungen für den Personalbereich enthalten, die nach IAS 19 bewertet werden.

(19) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Laufende Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen werden mit den aktuellen Steuersätzen berechnet, die zum Zeitpunkt der Entstehung der jeweiligen Steuer zur Anwendung kommen.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden grundsätzlich auf Basis des bilanzorientierten Ansatzes auf temporäre Differenzen zwischen den Buchwerten von Vermögenswerten und Verpflichtungen in der Bilanz nach IFRS und dem entsprechenden Steuerwert gebildet. Sie werden mit den Steuersätzen bewertet, die zum Berichtsstichtag beschlossen und für den Zeitpunkt der Realisierung der latenten Steuern maßgeblich sind. Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern angesetzt. Sind bei Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten und ist deren Nutzbarkeit wahrscheinlich, erfolgt der Ansatz aktiver latenter Steuern. Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern nur dann angesetzt, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit von einer zukünftigen

Nutzung ausgegangen werden kann. Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden unter der Voraussetzung gleicher Steuerart, Steuerbehörde und Fristigkeit saldiert. Eine Abzinsung erfolgt nicht. Latente Steuern auf erfolgsneutral entstandene temporäre Differenzen werden erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst. Die tatsächlichen und latenten Steueransprüche und -verpflichtungen werden in den Anhangangaben zu den Posten Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen gesondert ausgewiesen.

(20) Nachrangkapital

Als Nachrangkapital werden Genussrechtsemissionen, verbriefte und unverbriefte nachrangige Verbindlichkeiten sowie stille Einlagen, die aufgrund in IAS 32 definierter Abgrenzungskriterien als Fremdkapital klassifiziert werden müssen, ausgewiesen.

Die unter dem Nachrangkapital ausgewiesenen Finanzinstrumente sind grundsätzlich der Kategorie finanzielle Verbindlichkeiten (OL) zugeordnet und zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Zur Vermeidung von Bewertungsinkongruenzen werden für Teile des Nachrangkapitals Mikro Fair Value Hedges oder die FVO genutzt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(21) Zinsüberschuss

in Mio. €

	2012	2011
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	3.486	3.509
festverzinslichen Wertpapieren	381	394
Sicherungsderivaten des Hedge Accounting	409	353
nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	1.084	727
Finanzinstrumenten der FVO	61	65
Bauspargeschäft	44	49
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	4	12
Anteilen an verbundenen Unternehmen	12	2
Beteiligungen	15	29
Zinserträge	**5.496**	**5.140**
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	–1.796	–1.870
verbrieften Verbindlichkeiten	–638	–866
Nachrangkapital	–145	–170
Sicherungsderivaten des Hedge Accounting	–434	–233
nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	–866	–577
Finanzinstrumenten der FVO	–337	–225
Bauspargeschäft	–72	–72
Rückstellungen	–63	–60
Zinsaufwendungen	**–4.351**	**–4.073**
Gesamt	**1.145**	**1.067**

Der Anteil der Zinserträge und Zinsaufwendungen aus nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten beläuft sich auf 3.928 Mio. € (2011: 3.983 Mio. €) beziehungsweise 2.651 Mio. € (2011: 2.977 Mio. €).

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften enthalten Zinsen in Höhe von 15 Mio. € (2011: 27 Mio. €) aus in die Kategorie LaR umkategorisierten finanziellen Vermögenswerten.

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind so genannte Unwinding-Effekte, die sich aus der Aufzinsung von wertgeminderten Forderungen bei sonst unveränderten Zahlungserwartungen ergeben, in gleicher Höhe wie im Vorjahr von 40 Mio. € enthalten.

Die Zinserträge aus dem Bauspargeschäft resultieren aus Baudarlehen, die von der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS Hessen-Thüringen) vergeben wurden. Die Aufwendungen der LBS Hessen-Thüringen für Bauspareinlagen finden sich entsprechend unter den Zinsaufwendungen.

In den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind Dividenden und Ausschüttungen aus Finanzinstrumenten der Fair Value-Option in Höhe von 3 Mio. € (2011: 4 Mio. €) enthalten.

In den laufenden Erträgen aus Anteilen an verbunden Unternehmen sind neben Dividenden auch Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen ausgewiesen.

Unter den Zinsaufwendungen aus Rückstellungen sind Aufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsverpflichtungen in Höhe von 57 Mio. € (2011: 55 Mio. €) enthalten. Entsprechend sind die erwarteten Erträge aus Planvermögen in Höhe von 10 Mio. € (2011: 9 Mio. €) in den Zinserträgen enthalten.

(22) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in Mio. €

	2012	2011
Zuführungen	**–352**	**–417**
Wertberichtigungen auf Forderungen	–321	–383
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	–31	–34
Auflösungen	**132**	**146**
Wertberichtigungen auf Forderungen	109	126
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	23	20
Direktabschreibungen auf Forderungen	**–28**	**–11**
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	**10**	**9**
Gesamt	**–238**	**–273**

Im aktuellen Geschäftsjahr sind in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft für im Jahr 2008 in die Bewertungskategorie LaR umkategorisierte finanzielle Vermögenswerte Direktabschreibungen von 1 Mio. € (2011: 0 Mio. €) enthalten.

(23) Provisionsüberschuss

in Mio. €

	2012	2011[1)]
Kredit- und Avalgeschäft	26	29
Zahlungsverkehr und Außenhandelsgeschäft	86	74
Vermögensverwaltung und Fondskonzeption	58	56
Wertpapier- und Depotgeschäft	38	37
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	20	19
Verwaltung öffentlicher Zuschuss- und Förderprogramme	30	29
Bauspargeschäft	–10	–8
Treuhandgeschäft	4	4
Sonstiges	11	14
Gesamt	**263**	**254**

[1)] Vorjahreszahlen angepasst: Umgliederung vom sonstigen Provisionsüberschuss in Außenhandelsgeschäft in Höhe von 8 Mio. €.

Die Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen enthalten im Wesentlichen Provisionen aus der Platzierung kurzfristiger Geldmarktpapiere.

Provisionen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften werden innerhalb des Handelsergebnisses ausgewiesen.

(24) Handelsergebnis

in Mio. €

	2012	2011
Kursbezogenes Geschäft	**4**	**1**
Aktien	–12	118
Aktienderivate	16	–117
Zinsbezogenes Geschäft	**375**	**–4**
originäres zinsbezogenes Geschäft	640	326
Zinsderivate	–265	–330
Währungsbezogenes Geschäft	**32**	**–17**
Devisen	122	–129
FX-Derivate	–90	112
Ergebnis aus Kreditderivaten	**27**	**–**
Warenbezogenes Geschäft	**2**	**–**
Provisionsergebnis	**–29**	**–24**
Gesamt	**411**	**–44**

Das Handelsergebnis umfasst neben Veräußerungs- und Bewertungsergebnissen aus mit Handelsabsicht gehaltenen derivativen und nicht derivativen Finanzinstrumenten auch die aus Handelsbeständen resultierenden laufenden Zinsen und Dividenden sowie Provisionen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften.

Das Ergebnis aus dem originären zinsbezogenen Geschäft setzt sich vor allem aus den Ergebnisbeiträgen von festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Geldhandelsgeschäften sowie begebenen Geldmarktpapieren zusammen.

Das Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft enthält unter anderem Fremdwährungsumrechnungsdifferenzen.

Das Ergebnis aus dem warenbezogenen Geschäft resultiert aus bei der Bank gebuchten Absicherungsgeschäften für die Edelmetallbestände der Verbundbank.

(25) Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option

in Mio. €

	2012	2011
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	145	423
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der FVO	–259	–143
Gesamt	**–114**	**280**

Dieser Posten enthält die Ergebnisse aus ökonomischen Hedges (Grundgeschäfte und Derivate). Darüber hinaus werden hier die realisierten und unrealisierten Ergebnisse weiterer freiwillig zum beizulegenden Zeitwert designierten Finanzinstrumente erfasst. Zins- und Dividendenerträge aus Finanzinstrumenten der FVO sind im Zinsüberschuss erfasst. Von dem Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten entfallen 39 Mio. € (2011: 16 Mio. €) auf Kreditderivate. Der Ergebnisanteil aus durch konsolidierte Spezial- und Publikumsfonds gehaltenen Finanzinstrumenten der FVO und Nichthandelsderivaten beläuft sich auf 56 Mio. € (2011: – 0,4 Mio. €).

(26) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen enthält die Bewertungsergebnisse der abgesicherten Grundgeschäfte und der Sicherungsinstrumente des Hedge Accounting.

in Mio. €

	2012	2011
Bewertungsergebnis aus Sicherungsinstrumenten	210	28
Bewertungsergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	–207	–16
Gesamt	**3**	**12**

(27) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden die Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Finanzanlagen der Kategorie AfS ausgewiesen.

in Mio. €

	2012	2011
Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS	**20**	**63**
Beteiligungen	1	34
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	18	29
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1	–
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS	**–21**	**–86**
Wertminderungen	–23	–86
Zuschreibungen	2	–
Gesamt	**–1**	**–23**

Die Wertminderungen entfallen mit 6 Mio. € (2011: 59 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und mit 17 Mio. € (2011: 27 Mio. €) auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen.

(28) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen umfasst sämtliche ergebniswirksam erfassten Erfolgsbeiträge aus Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

in Mio. €

	2012	2011
Ergebnis aus at Equity bewerteten Gemeinschaftsunternehmen	9	–
Ergebnis aus at Equity bewerteten assoziierten Unternehmen	–24	–5
Veräußerungsgewinne aus at Equity bewerteten Gemeinschaftsunternehmen	–	12
Veräußerungsgewinne aus at Equity bewerteten assoziierten Unternehmen	3	–
Gesamt	**–12**	**7**

Neben den anteiligen Periodenergebnissen werden auch die Ergebnisbeiträge, die aus der Fortschreibung der im Rahmen der Kaufpreisallokation aufgedeckten stillen Reserven und Lasten resultieren, in diesem Posten erfasst.

Erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen bei at Equity bewerteten Unternehmen werden erfolgsneutral im Konzerneigenkapital erfasst.

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Gemeinschaftsunternehmen resultiert aus der im Vorjahr als assoziiertes Unternehmen klassifizierten CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG (siehe auch Anhangangabe (2)).

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen enthält im aktuellen Geschäftsjahr wie im Vorjahr keine Wertminderungsaufwendungen.

(29) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. €

	2012	2011
Sonstige betriebliche Erträge	**503**	**479**
Miet- und Leasingerträge (Operating Lease)	358	349
Erträge aus dem Abgang von nicht finanziellen Vermögenswerten	62	41
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	8	16
Erträge aus nicht bankgeschäftlichen Dienstleistungen	31	28
Erträge aus der Vereinnahmung passivischer Unterschiedsbeträge	1	–
Erträge aus der Entkonsolidierung von Tochterunternehmen	3	–
übrige sonstige betriebliche Erträge	40	45
Sonstige betriebliche Aufwendungen	**–267**	**–270**
Betriebskosten von nicht selbst genutzten Immobilien	–148	–149
Aufwendungen aus dem Abgang von nicht finanziellen Vermögenswerten	–1	–
Abschreibungen auf nicht finanzielle Vermögenswerte	–44	–41
Aufwendungen aus der Entkonsolidierung von Tochterunternehmen	–1	–
übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	–73	–80
Gesamt	**236**	**209**

Die wesentlichen Komponenten des sonstigen betrieblichen Ergebnisses sind Erträge und Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sowie Leasingerträge.

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen entfallen folgende Beträge auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien:

in Mio. €

	2012	2011
Erträge aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	**332**	**326**
Mieterträge	317	314
Erträge aus dem Abgang	15	12
Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	**–190**	**–188**
Betriebskosten von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	–146	–147
davon: aus vermieteten Immobilien	–146	–147
Abschreibungen	–44	–40
übrige Aufwendungen	–	–1
Gesamt	**142**	**138**

Auf Vorratsimmobilien wurden wie im Vorjahr Abschreibungen in Höhe von 1 Mio. € vorgenommen.

(30) Verwaltungsaufwand

in Mio. €

	2012	2011[1)]
Personalaufwand	**–563**	**–513**
Löhne und Gehälter	–462	–423
soziale Abgaben	–64	–60
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	–37	–30
Andere Verwaltungsaufwendungen	**–531**	**–449**
Gebäude- und Raumaufwendungen	–80	–75
IT-Aufwendungen	–134	–128
Pflichtbeiträge, Prüfungs- und Beratungsaufwendungen	–170	–138
Aufwendungen für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	–39	–37
Aufwendungen des Geschäftsbetriebes	–108	–71
Abschreibungen und Wertberichtigungen	**–87**	**–35**
auf Sachanlagen	–73	–24
auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte	–14	–11
Gesamt	**–1.181**	**–997**

[1)] Vorjahreszahlen angepasst: Umgliederung von Beratungsaufwendungen in die Aufwendungen des Geschäftsbetriebes in Höhe von 6 Mio. €.

Die Pflichtbeiträge enthalten die Beiträge zum Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute in Höhe von 27 Mio. € (2011: 31 Mio. €).

Der Anstieg bei den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen resultiert im Wesentlichen aus außerplanmäßigen Abschreibungen auf Schiffsleasingobjekte der seit Beginn des Geschäftsjahres vollkonsolidierten vier Schiffsobjektgesellschaften.

Die weiteren Anstiege sind im Wesentlichen auf die seit dem 1. Juli 2012 enthaltene NRW-Verbundbank zurückzuführen.

(31) Ertragsteuern

in Mio. €

	2012	2011
Tatsächliche Steuern	–166	–111
Latente Steuern	–28	16
Gesamt	**–194**	**–95**

Der im Berichtsjahr angefallene tatsächliche Steueraufwand resultiert im Wesentlichen aus der Frankfurter Sparkasse (55 Mio. €), der Bank Inland (49 Mio. €) und der Niederlassung New York (45 Mio. €). Er beinhaltet Erträge für Vorjahre von 14 Mio. € (2011: Aufwendungen von 5 Mio. €).

Der tatsächliche Steueraufwand des Berichtsjahres wurde aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste um 15 Mio. € (2011: 33 Mio. €) gemindert.

Der latente Steueraufwand des Berichtsjahres resultiert im Wesentlichen aus der Entstehung beziehungsweise Realisierung von temporären Differenzen (Steuerertrag 23 Mio. €) sowie aus der Nutzung beziehungsweise Entstehung steuerlicher Verlustvorträge (Steueraufwand saldiert 50 Mio. €). Aus Steuersatzänderungen ergaben sich im Berichtsjahr Steueraufwendungen von 1 Mio. €.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Überleitung der erwarteten zu den ausgewiesenen Ertragsteuern. Der erwartete Steueraufwand errechnet sich aus dem Ergebnis vor Ertragsteuern multipliziert mit dem anzuwendenden Konzernertragsteuersatz von unverändert 30 %. Dieser setzt sich aus Körperschaftsteuer (15,0 %) zuzüglich Solidaritätszuschlag (5,5 % der Körperschaftsteuer) sowie einem durchschnittlichen Gewerbesteuersatz zusammen.

in Mio. €

	2012	2011
Ergebnis vor Steuern	**512**	**492**
Anzuwendender Konzernertragsteuersatz in %	30	30
Erwarteter Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr	**–154**	**–148**
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze	–19	–15
Auswirkungen von Steuersatzänderungen	–1	4
Im Geschäftsjahr erfasste Steuern aus Vorjahren	6	–5
Steuerfreie Erträge	9	36
Nicht abziehbare Betriebsausgaben	–15	–19
Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen/Kürzungen	4	–1
Wertberichtigungen und Ansatzkorrekturen	–17	55
Sonstige Auswirkungen	–7	–2
Ertragsteueraufwand	**–194**	**–95**

Neben den erfolgswirksam erfassten Ertragsteuern werden weitere latente Steuern auf die einzelnen Bestandteile des sonstigen Ergebnisses gebildet. Die nachfolgende Tabelle enthält eine Aufgliederung der erfolgsneutral erfassten Gewinne und Verluste und der auf sie entfallenden latenten Steuern.

in Mio. €

	Vor Steuern		Steuern		Nach Steuern	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:						
versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus Pensionsverpflichtungen	–266	–54	78	15	–188	–39
Posten, die anschließend in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:						
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	369	–9	–119	12	250	3
Veränderung aus der Währungsumrechnung	–1	5	–	–	–1	5
Gewinne und Verluste aus der Absicherung von Cashflows	–7	–10	2	2	–5	–8
Gesamt	**95**	**–68**	**–39**	**29**	**56**	**–39**

(32) Segmentberichterstattung

in Mio. €

	Immobilien		Corporate Finance		Financial Markets		Asset Management	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Zinsüberschuss	348	329	279	261	75	107	24	37
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–93	–110	–108	–38	–6	2	–	–10
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	**255**	**219**	**171**	**223**	**69**	**109**	**24**	**27**
Provisionsüberschuss	18	18	19	18	29	30	59	53
Handelsergebnis	–	–	1	–2	394	–59	–	4
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	–5	–8	7	–3	–179	93	2	–1
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	–	–	–	–	3	–1	–	–
Ergebnis aus Finanzanlagen	–	–4	–2	–	9	–31	–	29
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	5	12	–23	–12	–	–	–	–
Sonstiges betriebliches Ergebnis	226	206	31	13	–	3	3	5
Summe Erträge	**499**	**443**	**204**	**237**	**325**	**144**	**88**	**117**
Verwaltungsaufwand	–187	–188	–143	–87	–135	–124	–69	–65
Ergebnis vor Steuern	**312**	**255**	**61**	**150**	**190**	**20**	**19**	**52**
Vermögen (Mrd. €)	31,6	34,0	28,7	25,4	85,9	74,5	1,4	1,5
Verbindlichkeiten (Mrd. €)	2,7	2,9	5,5	5,6	125,4	105,7	1,5	1,4
Risikogewichtete Aktiva (Mrd. €)	19,0	21,6	16,6	13,7	11,6	10,4	0,7	0,8
Alloziertes Kapital (Mio. €)	1.966	2.057	1.674	1.275	1.100	909	63	73
Rentabilität des allozierten Kapitals (%)	15,9	12,4	3,6	11,7	17,2	2,1	30,2	70,6
Aufwand-Ertrag-Relation vor Kreditrisikovorsorge (%)	31,7	34,0	45,8	31,7	41,0	87,3	78,1	51,6

in Mio. €

	Verbundgeschäft		Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft		Frankfurter Sparkasse		Sonstige/ Überleitung		Konzern	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Zinsüberschuss	102	89	43	40	303	297	–29	–93	1.145	1.067
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–5	–8	–	–	–	12	–26	–121	–238	–273
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	**97**	**81**	**43**	**40**	**303**	**309**	**–55**	**–214**	**907**	**794**
Provisionsüberschuss	18	18	32	32	68	72	20	13	263	254
Handelsergebnis	16	13	–	–	–	–	–	–	411	–44
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	1	–1	–	–	21	–4	39	204	–114	280
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	–	–	–	–	–	–	–	13	3	12
Ergebnis aus Finanzanlagen	–	–	–	–	–8	–44	–	27	–1	–23
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	–	–	–	–	6	7	–	–	–12	7
Sonstiges betriebliches Ergebnis	2	2	–	–6	12	15	–38	–29	236	209
Summe Erträge	**134**	**113**	**75**	**66**	**402**	**355**	**–34**	**14**	**1.693**	**1.489**
Verwaltungsaufwand	–125	–118	–58	–57	–247	–244	–217	–114	–1.181	–997
Ergebnis vor Steuern	**9**	**–5**	**17**	**9**	**155**	**111**	**–251**	**–100**	**512**	**492**
Vermögen (Mrd. €)	15,6	13,3	10,0	9,2	18,8	18,3	7,3	–12,3	199,3	164,0
Verbindlichkeiten (Mrd. €)	23,5	23,6	10,0	9,2	18,8	18,3	11,9	–2,7	199,3	164,0
Risikogewichtete Aktiva (Mrd. €)	1,8	1,0	1,1	1,0	4,0	4,0	6,0	4,8	60,8	57,3
Alloziertes Kapital (Mio. €)	167	87	102	85	382	354	619	518	6.073	5.358
Rentabilität des allozierten Kapitals (%)	5,2	–	16,4	11,2	40,6	31,3	–	–	8,4	9,2
Aufwand-Ertrag-Relation vor Kreditrisikovorsorge (%)	89,9	97,4	77,6	85,7	61,4	71,3	–	84,2	61,2	56,6

Die Basis für die Erstellung des Segmentberichtes stellt IFRS 8 dar. Die Geschäftssegmentdefinition orientiert sich, dem Management Approach folgend, an der internen Geschäftsfeldstruktur der Bank. Beteiligungen sind den Segmenten entsprechend ihrer Geschäftsausrichtung zugeordnet.

Der Segmentbericht ist in die sieben nachstehend erläuterten Geschäftssegmente gegliedert:

- Im Geschäftssegment Immobilien werden die Unternehmensbereiche Immobilienkreditgeschäft und Immobilienmanagement abgebildet. Damit sind die Leistungen der Helaba für Immobilienkunden in einem Geschäftssegment zusammengefasst. Die Produktpalette erstreckt sich von klassischen Immobilienfinanzierungen im In- und Ausland über wohnwirtschaftliche Beteiligungen, die Planung und Betreuung von eigenen und fremden Immobilien- sowie Private-Public-Partnership-Projekten bis hin zum Facility Management. Diesem Geschäftssegment sind die OFB-Gruppe sowie die GWH-Gruppe zugeordnet.
- Das Geschäftssegment Corporate Finance enthält den Unternehmensbereich Corporate Finance. Im Segment sind speziell auf Unternehmen abgestimmte Finanzierungslösungen zusammengefasst. Dazu gehören strukturierte Finanzierungen, Anlagefinanzierungen, **Asset Backed Securities**, Leasingfinanzierungen sowie Strukturierung und Vertrieb von Fondskonzepten. Die Ergebnisbeiträge der Gruppe HANNOVER LEASING sind diesem Geschäftssegment auf Basis der At-Equity-Bilanzierung zugeordnet.

Siehe Glossar S. 276

- Das Geschäftssegment Financial Markets stellt die Ergebnisse der Unternehmensbereiche Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung, Sales Öffentliche Hand, Financial Institutions and Public Finance sowie diverse Zweckgesellschaften dar. In diesem Segment werden die Treasury- sowie die Handels- und Sales-Aktivitäten der Bank abgebildet. Im Produktportfolio befinden sich klassische Kapitalmarktprodukte, Finanzinstrumente zur Zins-, Währungs-, Kreditrisiko- und Liquiditätssteuerung sowie auf Bedürfnisse von Finanzinstituten, Unternehmen und der öffentlichen Hand zugeschnittene Finanzierungslösungen.
- Unter dem Geschäftssegment Asset Management sind die Beteiligungen Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH sowie die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG abgebildet. Im Produktportfolio des Segmentes finden sich damit Leistungen zur klassischen Vermögensbetreuung und -verwaltung, des Private Banking sowie das Management von Spezial- und Publikumsfonds für institutionelle Anleger und die Betreuung von **Master-KAG**-Mandaten und von **Direktbeständen**.

Siehe Glossar S. 277
Siehe Glossar S. 276

- In dem Geschäftssegment Verbundgeschäft werden die Verbundbank und die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen erfasst. Im Fokus dieses Geschäftssegmentes steht die Betreuung der Sparkassen und deren Kunden, für die Produkte entwickelt und bereitgestellt werden.
- Im Geschäftssegment öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft wird im Wesentlichen der Geschäftsbereich Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen dargestellt. In diesem Segment werden somit die Ergebnisse aus Tätigkeiten der Helaba in Zusammenhang mit Förder- und Infrastrukturmaßnahmen in den Bereichen Wohnungswesen, Kommunal- und Städtebau, Landwirtschaft sowie Schutz der Umwelt zusammengefasst.
- Das Geschäftssegment Frankfurter Sparkasse bildet die Ergebnisse des gleichnamigen Kreditinstitutes als Teilkonzern einschließlich der zugehörigen konsolidierten Tochtergesellschaften ab. Das Produktportfolio umfasst neben den klassischen Produkten einer Retail-Bank im Aktiv-, Passiv- und Dienstleistungsgeschäft die Kapitalmarktprodukte zur Eigenmittelanlage, Refinanzierung und Liquiditätssteuerung.

Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Das Zinsergebnis im Kreditgeschäft wird in der internen Steuerung mittels der Marktzinsmethode aus der Differenz zwischen dem Kundenzinssatz und dem Marktzinssatz eines strukturkongruenten Alternativgeschäftes berechnet. Ergebnisse aus Fristentransformation werden als Zinsergebnis in der Aktiv-/Passivsteuerung abgebildet.

Die Ergebnisse aus Handelsgeschäften, aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option, aus Sicherungszusammenhängen, aus Finanzanlagen sowie aus at Equity bewerteten Unternehmen werden entsprechend dem externen Rechnungswesen nach IFRS ermittelt.

Die direkt zurechenbaren Kosten zuzüglich der im Rahmen der internen Leistungsrechnung auf Basis von marktorientierten Preisvereinbarungen und verursachungsgerechten Mengentreibern sowie der auf dem Verursachungsprinzip basierenden Kostenumlage der Corporate-Center-Kosten gehen in den Verwaltungsaufwand ein.

Unter dem Vermögen werden die bilanziellen Aktiva, unter den Verbindlichkeiten die bilanziellen Passiva einschließlich des Eigenkapitals bei den jeweils zuständigen Einheiten ausgewiesen. Die Zurechnung auf die Geschäftssegmente erfolgt auf Basis der Deckungsbeitragsrechnung. Die Risikoposition beinhaltet die Risikoposition des Anlage- und Handelsbuches einschließlich der Marktpreisrisikoposition gemäß Solvabilitätsverordnung. Das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital wird nach Risikopositionen und für die immobilienwirtschaftlichen und sonstigen bankfremden Aktivitäten entsprechend den bilanziellen Aktiva verteilt.

Das Ergebnis vor Risikovorsorge wird auf das allozierte Kapital bezogen, um die Rentabilitätskennziffern zu berechnen. Die Aufwand-Ertrag-Relation ergibt sich aus dem Verhältnis des Verwaltungsaufwandes zu den Erträgen.

In der Spalte Sonstige/Überleitung sind die nicht den Geschäftssegmenten zurechenbaren Ergebnisbeiträge und Aufwendungen abgebildet. Insbesondere umfasst diese Spalte die Ergebnisse aus dem Transaktionsgeschäft sowie die Kosten der zentralen Bereiche, die nicht über das Verursachungsprinzip den einzelnen Segmenten zugeordnet werden können. Darüber hinaus werden die Erfolge aus der zentralen Anlage der Eigenmittel sowie aus strategischen Dispositionsentscheidungen abgebildet. Konsolidierungsbeträge, die zwischen den Segmenten bestehen, werden ebenfalls an dieser Stelle ausgewiesen.

Überleitungseffekte zwischen den Segmentergebnissen und der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns ergeben sich insbesondere bezüglich des Zinsergebnisses. Da die Deckungsbeitragsrechnung das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ausweist, resultieren Differenzen unter anderem aus Einmalerträgen und periodenfremden Zinsergebnissen.

Die Erträge nach Risikovorsorge verteilen sich auf Produkte und Dienstleistungen wie folgt:

in Mio. €

	Erträge nach Risikovorsorge	
	2012	**2011**
Immobilienkredite	301	274
Immobilienbewirtschaftung	15	22
Immobilienwirtschaftliche Dienstleistungen	183	147
Unternehmensfinanzierung	204	237
Treasury-Produkte	–117	107
Handelsprodukte	393	–27
Finanzierungen für Finanzinstitutionen	49	64
Fondsmanagement/Vermögensverwaltung	88	117
Bauspargeschäft	63	60
Sparkassenverbundgeschäft	71	53
Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft	75	66
Retail-Geschäft	402	355
Sonstige Produkte/Überleitung	–34	14
Konzern	**1.693**	**1.489**

Nach Regionen ergibt sich folgende Verteilung:

in Mio. €

	Erträge nach Risikovorsorge	
	2012	**2011**
Deutschland	1.533	1.440
Europa (ohne Deutschland)	164	67
Welt (ohne Europa)	135	141
Sonstige	–139	–159
Konzern	**1.693**	**1.489**

Erläuterungen zur Bilanz

(33) Barreserve

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Kassenbestand	78	59
Guthaben bei Zentralnotenbanken	8.847	292
Gesamt	**8.925**	**351**

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 8.353 Mio. € (2011: 273 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

(34) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Angeschlossene Sparkassen	11.432	6.740
Girozentralen	405	428
Banken	11.399	8.127
Gesamt	**23.236**	**15.295**
davon:		
inländische Kreditinstitute	17.829	10.669
ausländische Kreditinstitute	5.407	4.626

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Täglich fällige Forderungen	9.163	4.966
Andere Forderungen	14.073	10.329
Gesamt	**23.236**	**15.295**
darunter:		
Tages- und Termingelder	5.294	165
gestellte Barsicherheiten	5.374	4.721
Weiterleitungsdarlehen	4.792	4.565
Schuldscheindarlehen	1.041	351

(35) Forderungen an Kunden

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Firmenkunden	65.200	62.310
Privatkunden	5.978	6.418
Öffentliche Stellen	19.643	15.313
Gesamt	**90.821**	**84.041**
davon:		
inländische Kunden	59.158	51.921
ausländische Kunden	31.663	32.120

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011[1)]
Täglich fällige Forderungen	1.826	1.540
Andere Forderungen	88.995	82.501
Gesamt	**90.821**	**84.041**
darunter:		
gewerbliche Immobilienkredite	30.691	32.094
private Baufinanzierungen	3.567	3.497
Baudarlehen der Bausparkasse	945	1.053
Weiterleitungsdarlehen	2.565	2.756
Infrastrukturkredite	4.029	3.656
Konsumentenkredite	126	212
Schuldscheindarlehen	4.341	531
finanzielle Vermögenswerte aus Kreditersatzgeschäften	1.627	1.075
Forderungen aus dem Finanzierungsleasinggeschäft	7	8
vor Fälligkeit angekaufte Forderungen	50	68

[1)] Vorjahreszahlen angepasst: Umgliederung von Konsumentenkrediten zu gewerblichen Immobilienkrediten in Höhe von 128 Mio. €.

Bei den übrigen Forderungen an Kunden in Höhe von 42.873 Mio. € (2011: 39.091 Mio. €) handelt es sich überwiegend um Tilgungs- und Rollover-Kredite im Corporate Finance-Geschäft.

(36) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft verteilt sich zum Abschlussstichtag wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kreditinstitute	**16**	**91**
Einzelwertberichtigungen	1	–
pauschalierte Einzelwertberichtigungen	–	1
Portfoliowertberichtigungen	15	90
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden	**1.189**	**1.165**
Einzelwertberichtigungen	803	839
pauschalierte Einzelwertberichtigungen	109	90
Portfoliowertberichtigungen	277	236
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	**89**	**71**
Gesamt	**1.294**	**1.327**

Die Wertberichtigungen auf Forderungen sind auf der Aktivseite separat ausgewiesen. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft ist als Rückstellung berücksichtigt und dort erläutert. Die Wertberichtigungen auf Forderungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Einzelwert-berichtigungen		Pauschalierte Einzelwert-berichtigungen		Portfoliowert-berichtigungen		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Stand zum 1.1.	**839**	**900**	**91**	**105**	**326**	**248**	**1.256**	**1.253**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	32	–	–	–	8	–	40	–
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–2	8	–	–	–	–	–2	8
Verbrauch	–240	–218	–23	–11	–	–	–263	–229
Auflösungen	–79	–123	–1	–3	–29	–	–109	–126
Umbuchungen	2	7	13	–	–13	–	2	7
Unwinding	–40	–40	–	–	–	–	–40	–40
Zuführungen	292	305	29	–	–	78	321	383
Stand zum 31.12.	**804**	**839**	**109**	**91**	**292**	**326**	**1.205**	**1.256**

Der Bestand der Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden gliedert sich nach Kundengruppen wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Öffentliche Stellen	4	1
Finanzunternehmen	23	8
Grundstücks- und Wohnungswesen	551	631
Energie- und Wasserversorgung	41	30
Produzierendes Gewerbe	210	184
Sonstige Dienstleistungen	179	136
Natürliche Personen	104	119
Versicherungsgewerbe	4	1
Beteiligungsgesellschaften	35	12
Sonstige	38	43
Gesamt	**1.189**	**1.165**

(37) Handelsaktiva

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**19.573**	**21.844**
Geldmarktpapiere	1.079	619
von anderen Emittenten	1.079	619
Anleihen und Schuldverschreibungen	18.494	21.225
von öffentlichen Emittenten	5.168	3.891
von anderen Emittenten	13.326	17.334
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	**79**	**115**
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	**12.873**	**9.052**
kursbezogene Derivate	209	61
zinsbezogene Derivate	11.657	7.839
währungsbezogene Derivate	959	1.034
Kreditderivate	39	113
warenbezogene Derivate	9	5
Forderungen des Handelsbestandes	**5.429**	**6.949**
Gesamt	**37.954**	**37.960**

Die Finanzinstrumente des Postens Handelsaktiva sind ausschließlich der Kategorie aFV (Unterkategorie HfT) zugeordnet und werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Forderungen des Handelsbestandes umfassen im Wesentlichen Schuldscheindarlehen sowie Wertpapierpensions- und Geldhandelsgeschäfte.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind 18.676 Mio. € (2011: 20.267 Mio. €) börsennotiert.

(38) Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Sicherungsderivate des Hedge Accounting	2.203	1.448
Andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate	4.789	2.837
Gesamt	**6.992**	**4.285**

Die Sicherungsderivate des Hedge Accounting werden im Rahmen von gemäß IAS 39 qualifizierenden Mikro Fair Value Hedges eingesetzt. Als andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate werden hier derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nicht gemäß IAS 39 dokumentiert ist (ökonomische Hedges).

(39) Finanzanlagen

Der Posten Finanzanlagen umfasst Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Kategorie AfS und der FVO. Darüber hinaus umfasst der Posten seit 31. Dezember 2012 die durch Vollkonsolidierung einer Zweckgesellschaft einbezogenen angekauften Ansprüche aus Kapitallebensversicherungen. Anteile an nicht konsolidierten, verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden entsprechend ihrer Zuordnung zur Kategorie AfS erfolgsneutral oder zur Kategorie FVO erfolgswirksam grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Für den Fall, dass der Zeitwert nicht zuverlässig ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen.

Die Finanzanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**27.154**	**18.182**
von öffentlichen Emittenten	13.522	4.462
von anderen Emittenten	13.632	13.720
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	**134**	**111**
Aktien	51	34
andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	83	77
Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	**35**	**28**
bewertet zum beizulegenden Zeitwert	27	20
bewertet zu Anschaffungskosten	8	8
Beteiligungen	**420**	**434**
bewertet zum beizulegenden Zeitwert	395	408
bewertet zu Anschaffungskosten	25	26
Ankauf von Forderungen aus Kapitallebensversicherungen	**194**	**–**
bewertet zum beizulegenden Zeitwert	194	–
Gesamt	**27.937**	**18.755**

Die anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere beinhalten im Wesentlichen Anteile an Investmentvermögen.

Der Buchwert der börsennotierten Finanzanlagen beläuft sich auf:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	26.177	17.322
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	59	43
Gesamt	**26.236**	**17.365**

Unter den Beteiligungen sind auch Anteile an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen ausgewiesen, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht at Equity bewertet werden. Nachfolgende Übersicht enthält zusammengefasste finanzielle Informationen dieser Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Gesamt		
Summe der Vermögenswerte	818	694
Summe der Verpflichtungen	588	547
Erträge	114	106
Jahresergebnis	17	17
Anteilig		
Summe der Vermögenswerte	340	271
Summe der Verpflichtungen	226	199
Erträge	42	39
Jahresergebnis	6	6

Die Entwicklung der Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen ist folgender Übersicht zu entnehmen:

in Mio. €

	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen		Beteiligungen		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Anschaffungskosten						
Stand 1.1.	**42**	**47**	**471**	**783**	**513**	**830**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	3	–	–1	–	2	–
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	–3	5	–3	5
Zugänge	1	–	31	58	32	58
Umbuchungen	–	–	–	–	–	–
Abgänge	–2	–5	–40	–375	–42	–380
Stand 31.12.	**44**	**42**	**458**	**471**	**502**	**513**
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen						
Stand 1.1.	**6**	**5**	**41**	**37**	**47**	**42**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	–
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	–1	1	–1	1
Erfolgsneutrale Wertänderungen aus der Bewertung (AfS)	5	1	11	31	16	32
Abgänge	–	–	2	–28	2	–28
Stand 31.12.	**11**	**6**	**53**	**41**	**64**	**47**
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen						
Stand 1.1.	**–20**	**–19**	**–78**	**–117**	**–98**	**–136**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	–
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	–	–1	–	–1
Wertminderungen	–	–1	–17	–26	–17	–27
Erfolgswirksame Wertänderungen aus der Bewertung (FVO)	–	–	–	2	–	2
Abgänge	–	–	4	64	4	64
Stand 31.12.	**–20**	**–20**	**–91**	**–78**	**–111**	**–98**
Buchwerte zum 31.12.	**35**	**28**	**420**	**434**	**455**	**462**

Die in den kumulierten Ab- und Zuschreibungen dargestellten erfolgswirksamen Wertänderungen resultieren im Wesentlichen aus der Wertberichtigung der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG.

Die Abgänge bei den Beteiligungen sind überwiegend auf Abgänge im Bereich der Private-Equity-Fonds zurückzuführen.

Bei den folgenden Gesellschaften bestehen am Bilanzstichtag durch vertragliche beziehungsweise satzungsmäßige Regelungen Beschränkungen bezüglich laufender Ausschüttungen:

- Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt,
- Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden,
- Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel,
- Hessenkapital I GmbH, Frankfurt am Main,
- Hessenkapital II GmbH, Frankfurt am Main,
- Mittelhessenfonds GmbH, Frankfurt am Main,
- Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt,
- Palladium Praha s.r.o., Prag, Tschechien.

(40) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

In der Berichtsperiode werden insgesamt 23 (2011: 21) Gemeinschaftsunternehmen und wie im Vorjahr vier assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bewertet.

Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile gliedern sich wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen	50	12
Anteile an assoziierten Unternehmen	16	38
Gesamt	**66**	**50**

Unter den at Equity bewerteten Unternehmen befinden sich keine börsennotierten Gesellschaften. Die Anteile an der CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG in Höhe von 38 Mio. € (2011: 33 Mio. €) sind in 2012 aufgrund gemeinschaftlicher Leitung als Gemeinschaftsunternehmen zu klassifizieren.

Die nachfolgende Tabelle enthält die zusammengefassten finanziellen Informationen der at Equity bewerteten Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen auf Basis der Einzel- beziehungsweise Konzernabschlüsse der at Equity bewerteten Unternehmen und bezogen auf den Kapitalanteil des Helaba-Konzerns an den Vermögenswerten, Verpflichtungen, Erträgen und Jahresergebnissen.

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen – gesamt		
Summe der Vermögenswerte	837	146
Summe der Verpflichtungen	668	129
Erträge	147	30
Jahresergebnis	12	–2
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen – anteilig		
Summe der Vermögenswerte	262	78
Summe der Verpflichtungen	212	66
Erträge	52	15
Jahresergebnis	4	–1

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Anteile an assoziierten Unternehmen – gesamt		
Summe der Vermögenswerte	1.175	2.033
Summe der Verpflichtungen	1.158	1.886
Erträge	188	348
Jahresergebnis	–20	–5
Anteile an assoziierten Unternehmen – anteilig		
Summe der Vermögenswerte	563	718
Summe der Verpflichtungen	559	678
Erträge	90	129
Jahresergebnis	–11	–4

(41) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Vermietete Grundstücke und Gebäude	2.346	2.350
Unbebaute Grundstücke	50	57
Leerstehende Gebäude	4	4
Immobilien im Bau	23	25
Gesamt	**2.423**	**2.436**

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien entfallen mit 1.794 Mio. € (2011: 1.804 Mio. €) auf Wohnimmobilien der Unternehmensgruppe GWH.

Die Entwicklung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zeigt die folgende Tabelle:

in Mio. €

	2012	2011
Anschaffungskosten/Herstellungskosten		
Stand zum 1.1.	**2.705**	**2.697**
Zugänge	63	90
Übertragungen in das Vorratsvermögen	–3	–1
Übertragungen in die zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	–	–44
Abgänge	–36	–37
Stand 31.12.	**2.729**	**2.705**
Kumulierte Abschreibungen		
Stand zum 1.1.	**–269**	**–256**
planmäßige Abschreibungen	–39	–39
außerplanmäßige Abschreibungen	–5	–1
Übertragungen in die zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	–	20
Abgänge	7	7
Stand zum 31.12.	**–306**	**–269**
Buchwerte zum 31.12.	**2.423**	**2.436**

Die beizulegenden Zeitwerte der Immobilien betragen zum Bilanzstichtag insgesamt 3.047 Mio. € (2011: 3.019 Mio. €).

Es besteht eine vertragliche Verpflichtung in Höhe von 12 Mio. € (2011: 7 Mio. €) zum Erwerb, zur Erstellung oder zur Entwicklung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien.

(42) Sachanlagen

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude	151	254
Betriebs- und Geschäftsausstattung	58	61
Leasinggegenstände	57	–
Gesamt	**266**	**315**

Die Sachanlagen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Leasinggegenstände		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Anschaffungskosten/ Herstellungskosten								
Stand 1.1.	**368**	**364**	**213**	**229**	**–**	**–**	**581**	**593**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–2	115	–	115	–2
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	–	–	–2	–	–2	–
Zugänge	–	4	14	19	–	–	14	23
Abgänge	–142	–	–23	–33	–	–	–165	–33
Stand 31.12.	**226**	**368**	**204**	**213**	**113**	**–**	**543**	**581**
Kumulierte Abschreibungen								
Stand 1.1.	**–114**	**–101**	**–152**	**–175**	**–**	**–**	**–266**	**–276**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	1	–	–	–	1
planmäßige Abschreibungen	–5	–5	–12	–11	–5	–	–22	–16
außerplanmäßige Abschreibungen	–	–8	–	–	–51	–	–51	–8
Abgänge	44	–	18	33	–	–	62	33
Stand 31.12.	**–75**	**–114**	**–146**	**–152**	**–56**	**–**	**–277**	**–266**
Buchwerte 31.12.	**151**	**254**	**58**	**61**	**57**	**–**	**266**	**315**

Der Abgang bei den selbst genutzten Grundstücken und Gebäuden betrifft eine Büroimmobilie in Frankfurt.

Die Veränderung des Konsolidierungskreises bei Leasinggegenständen betrifft Schiffsobjekte, die im Rahmen von Operating-Leasingverhältnissen vermietet werden. Sie sind aufgrund der erstmaligen Konsolidierung von Zweckgesellschaften zugegangen. Aufgrund der aktuellen Vermietungssituation und Marktlage wurde eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 51 Mio. € vorgenommen. Wir verweisen auf Anhangangabe (2).

(43) Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Geschäfts- oder Firmenwerte	152	136
Gekaufte Software	41	31
Gesamt	**193**	**167**

Die immateriellen Vermögenswerte des Helaba-Konzerns haben – mit Ausnahme der Geschäfts- oder Firmenwerte – begrenzte Nutzungsdauern und werden planmäßig abgeschrieben.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte resultieren im Wesentlichen aus dem Erwerb der Frankfurter Sparkasse im Jahr 2005, der Übernahme der NRW-Verbundbank im laufenden Geschäftsjahr und einer seit 2009 konsolidierten ausländischen Immobiliengesellschaft.

Die immateriellen Vermögenswerte haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Geschäfts- oder Firmenwerte		Gekaufte Software		Sonstige immaterielle Vermögenswerte		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Anschaffungskosten/ Herstellungskosten								
Stand 1.1.	**250**	**252**	**129**	**121**	**1**	**2**	**380**	**375**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	16	–2	–	–2	–	–	16	–4
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	–	1	–	–	–	1
Zugänge	–	–	25	17	–	–	25	17
Abgänge	–	–	–1	–8	–	–1	–1	–9
Stand 31.12.	**266**	**250**	**153**	**129**	**1**	**1**	**420**	**380**
Kumulierte Abschreibungen								
Stand 1.1.	**–114**	**–114**	**–98**	**–96**	**–1**	**–1**	**–213**	**–211**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	1	–	–	–	1
planmäßige Abschreibungen			–14	–11	–	–	–14	–11
Abgänge	–	–	–	8	–	–	–	8
Stand 31.12.	**–114**	**–114**	**–112**	**–98**	**–1**	**–1**	**–227**	**–213**
Buchwerte 31.12.	**152**	**136**	**41**	**31**	**–**	**–**	**193**	**167**

Es besteht wie im Vorjahr keine vertragliche Verpflichtung zum Erwerb von immateriellen Vermögenswerten.

Der Werthaltigkeitstest für den Firmenwert (99 Mio. €) aus dem Erwerb der Frankfurter Sparkasse erfolgt auf Basis einer Ertragswertschätzung für die aus einer aktuellen Unternehmensplanung der Sparkasse abgeleiteten Cashflows. Für besondere Vermögenswerte (Anteilsbesitz) werden gesonderte Werte berücksichtigt. Die Barwertermittlung erfolgt auf Basis des aktuellen Marktzinses von 2,5 % zuzüglich einer Marktrisikoprämie von 6,0 %. Zudem wird ein Wachstumsabschlag ab dem Ende der Detailplanungsphase von 1 % berücksichtigt. Zum 31. Dezember 2012 ergibt sich hiernach ein über dem Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit liegender beizulegender Wert.

Bei der ausländischen Immobiliengesellschaft basiert der Werthaltigkeitstest des Firmenwertes (37 Mio. €) im Wesentlichen auf einer Bewertung der Immobilie in der gesellschaftsrechtlichen Struktur und den lokalen steuerlichen Verhältnissen. Der Immobilienwert wird für Zwecke des Werthaltigkeitstests auf Basis erwarteter Mieterlöse und Kosten sowie eines den lokalen Verhältnissen entsprechenden Zinssatzes ermittelt. Der sich hieraus ergebende aktuelle Wert liegt oberhalb des Buchwertes im Konzern.

(44) Ertragsteueransprüche

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	40	91
Latente Ertragsteueransprüche	713	545
Gesamt	**753**	**636**

Die latenten Ertragsteueransprüche verteilen sich auf folgende Posten:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	75	44
Handelsaktiva/-passiva und Derivate	1.728	1.210
Finanzanlagen	66	143
Sonstige Aktiva	70	61
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	671	171
Pensionsrückstellungen	203	133
Sonstige Rückstellungen	38	48
Sonstige Passiva	55	69
Steuerliche Verlustvorträge	15	65
Latente Ertragsteueransprüche brutto	**2.921**	**1.944**
Saldierung mit latenten Ertragsteuerverpflichtungen	–2.208	–1.399
Gesamt	**713**	**545**
davon: langfristig	686	495

Für die Ermittlung der latenten Ertragsteueransprüche der in- und ausländischen Berichtseinheiten wurden die individuellen Steuersätze zugrunde gelegt. Im Inland ergibt sich für die Bank ab 2012 bei einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von derzeit 451 % (2011: 450 %) ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,6 % (2011: 31,6 %).

Latente Steuern auf Verlustvorträge werden nur insoweit aktiviert, als deren Realisierbarkeit hinreichend sicher ist. Die Realisierbarkeit setzt voraus, dass in einem überschaubaren zukünftigen Zeitraum ausreichende zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, um die steuerlichen Verlustvorträge zu verrechnen. Zum Bilanzstichtag wurden latente Steuern in Höhe von 15 Mio. € (2011: 65 Mio. €) auf Verlustvorträge gebildet, die unbegrenzt vortragsfähig sind.

Insgesamt wurden auf körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 60 Mio. € (2011: 63 Mio. €) und auf gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 74 Mio. € (2011: 132 Mio. €) keine latenten Ertragsteueransprüche angesetzt, da in absehbarer Zukunft keine steuerlichen Ergebnisse mit einer ausreichenden Wahrscheinlichkeit erwartet werden.

Die latenten Ertragsteueransprüche, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, betragen zum Bilanzstichtag 78 Mio. € (2011: 84 Mio. €).

(45) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Die zum 31. Dezember 2011 zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte in Höhe von 8 Mio. € sind im 1. Halbjahr 2012 abgegangen.

(46) Sonstige Aktiva

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Immobilien des Vorratsvermögens	88	158
fertiggestellte Immobilien	46	121
Immobilien im Bau	42	37
Geleistete Vorauszahlungen und Anzahlungen	75	40
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	38	55
Steueransprüche aus sonstigen Steuern (außer Ertragsteuern)	3	13
Sonstige Vermögenswerte	736	676
Gesamt	**940**	**942**

(47) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Angeschlossene Sparkassen	8.382	2.640
Girozentralen	1.873	2.268
Banken	29.020	26.625
Gesamt	**39.275**	**31.533**
davon:		
inländische Kreditinstitute	34.720	25.400
ausländische Kreditinstitute	4.555	6.133

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011[1)]
Täglich fällige Verbindlichkeiten	7.829	1.939
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	31.446	29.594
Gesamt	**39.275**	**31.533**
darunter:		
aufgenommene Schuldscheindarlehen	9.761	9.660
Weiterleitungsdarlehen	7.570	7.543
begebene Namensschuldverschreibungen	2.824	2.754
Tages- und Termingelder	5.659	3.974
Laufende Konten (Girokonten)	5.482	1.464

[1)] Vorjahreszahlen angepasst: Erhöhung der Tages- und Termingelder um 300 Mio. €.

(48) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Firmenkunden	27.118	22.423
Privatkunden	15.714	15.258
Öffentliche Stellen	4.779	4.226
Gesamt	**47.611**	**41.907**
davon:		
inländische Kunden	44.311	38.424
ausländische Kunden	3.300	3.483

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Täglich fällige Verbindlichkeiten	18.672	13.378
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	28.939	28.529
Gesamt	**47.611**	**41.907**
darunter:		
Kundeneinlagen auf Girokonten	9.325	5.064
Tages- und Termingelder	13.571	14.660
Spareinlagen	2.368	2.588
Bauspareinlagen	3.595	3.333
begebene Namensschuldverschreibungen	11.598	9.092
aufgenommene Schuldscheindarlehen	6.281	6.607

(49) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Begebene Schuldverschreibungen	**56.334**	**36.406**
Hypothekenpfandbriefe	3.139	2.802
öffentliche Pfandbriefe	13.318	7.692
sonstige Schuldverschreibungen	39.877	25.912
Andere verbriefte Verbindlichkeiten	**834**	**837**
Gesamt	**57.168**	**37.243**

Die anderen verbrieften Verbindlichkeiten betreffen wie im Vorjahr ausschließlich Geldmarktpapiere. Für detaillierte Angaben zur Emissionstätigkeit siehe Anhangangabe (69).

(50) Handelspassiva

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	**13.845**	**10.093**
kursbezogene Derivate	90	50
zinsbezogene Derivate	12.897	8.886
währungsbezogene Derivate	815	1.005
Kreditderivate	36	147
warenbezogene Derivate	7	5
Begebene Geldmarktpapiere	**4.230**	**2.500**
Verbindlichkeiten des Handelsbestandes	**18.073**	**24.605**
Gesamt	**36.148**	**37.198**

Der Posten Handelspassiva enthält ausschließlich der Kategorie aFV (Unterkategorie HfT) zugeordnete Finanzinstrumente. Die Verbindlichkeiten des Handelsbestandes umfassen im Wesentlichen Geldhandelsgeschäfte.

(51) Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Sicherungsderivate des Hedge Accounting	1.230	871
Andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate	3.752	3.045
Gesamt	**4.982**	**3.916**

Die Sicherungsderivate des Hedge Accounting werden im Rahmen von gemäß IAS 39 qualifizierenden Mikro Fair Value Hedges eingesetzt. Als andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate werden hier derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nicht gemäß IAS 39 dokumentiert ist (ökonomische Hedges).

(52) Rückstellungen

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	**1.268**	**937**
Andere Rückstellungen	**376**	**342**
Rückstellungen für den Personalbereich	101	93
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	89	71
Restrukturierungsrückstellungen	–	2
sonstige Rückstellungen	186	176
Gesamt	**1.644**	**1.279**

Zur Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurde im Inland ein Zinssatz von überwiegend 3,5 % (2011: 5 %) zugrunde gelegt. Der Zinssatz orientiert sich an der Verzinsung erstklassiger Industrieanleihen. Dabei wird ein Referenzzinssatz verwendet, der eine breite Anzahl von AA-eingestuften Anleihen berücksichtigt und um statistische Ausreißer bereinigt ist. Bei der Festlegung des Zinssatzes orientiert sich die Helaba im Wesentlichen an der Zinsempfehlung von Mercer. Zur Herleitung des Zinssatzes durch Mercer wurde im Jahr 2012 die Datenbasis erweitert, siehe hierzu Anhangangabe (1).

Von dem Barwert der Pensionsverpflichtungen entfallen 70 % (2011: 69 %) auf die Landesbank Hessen-Thüringen und 23 % (2011: 23 %) auf die Frankfurter Sparkasse.

Bei der Landesbank Hessen-Thüringen bestehen im Wesentlichen die folgenden Leistungszusagen:

Für pensionsberechtigte Mitarbeiter, die bis zum 31. Dezember 1985 in die Dienste der Bank eingetreten sind, gilt eine endgehaltsabhängige Gesamtversorgungszusage, bei der sich die Versorgungsleistung als dienstjahresabhängiger Prozentsatz der zuletzt gezahlten ruhegehaltfähigen Bezüge ergibt.

Die in den Jahren 1986 bis 1998 geltende Versorgungsordnung stellt einen Endgehaltsplan dar, bei dem die Gehaltsteile oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte (BBG) anders gewichtet werden als die Gehaltsteile bis zur BBG.

Bei der seit 1999 geltenden Versorgungszusage ergibt sich die Altersrente aus der Summe von so genannten Rentenbausteinen, die während der versorgungsfähigen Dienstzeit angesammelt werden. Die Rentenbausteine ermitteln sich anhand der mit einem altersabhängigen Faktor multiplizierten ruhegehaltfähigen Bezüge des jeweiligen Kalenderjahres.

Daneben bestehen im Wesentlichen Einzelzusagen für Vorstandsmitglieder sowie mitarbeiterfinanzierte Versorgungszusagen und Zusagen für Beihilfeleistungen.

Bei der Frankfurter Sparkasse haben grundsätzlich alle Mitarbeiter einen Anspruch auf eine Rente der Pensionskasse. Für Mitarbeiter der ehemaligen Stadtsparkasse Frankfurt besteht dieser Anspruch gegenüber der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt (ZVK). Rentenanwartschaften, die über die Höchstrente der Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse hinausgehen, werden durch eine Aufstockungszusage abgedeckt. Des Weiteren besteht eine mitarbeiterfinanzierte Versorgungszusage.

Mit der Übernahme des Verbundbankgeschäftes sind im Rahmen des Teilbetriebsüberganges gemäß § 613a BGB auch die Pensionsverpflichtungen der Portigon AG gegenüber den neuen Mitarbeitern auf die Helaba übergegangen.

Mitarbeiter, die im Zusammenhang mit der Aufspaltung der Westdeutschen Landesbank Girozentrale in die öffentlich-rechtliche Landesbank NRW (heutige NRW.Bank) und in die privatrechtliche WestLB AG (heutige Portigon AG) im Jahr 2002 der NRW.Bank zugeordnet wurden, wurden beurlaubt, um mit der Portigon AG ein zweites Arbeitsverhältnis zu begründen. Diese Pensionszusagen werden unverändert durch die NRW.Bank weitergeführt. Wirtschaftlich belastet wird jedoch der Arbeitgeber Portigon AG beziehungsweise die Helaba als Rechtsnachfolgerin, da die von der NRW.Bank zu leistenden Versorgungszahlungen zu erstatten sind.

Für die Versorgungsanwartschaften der übrigen Mitarbeiter wird zum Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs ein Besitzstand ermittelt, der auf die Helaba übergeht. Die extern finanzierten Versorgungsanwartschaften gegenüber der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin, werden zum Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs beitragsfrei gestellt. Seit dem Zeitpunkt des Teilbetriebsüberganges sind die Mitarbeiter zur betrieblichen Altersversorgung der Helaba bei der seit 1999 geltenden Dienstvereinbarung angemeldet.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ermitteln sich wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
Barwert der Pensionsverpflichtung (DBO)	1.538	1.156	1.077	950	927
davon: vollständig fondsfinanziert	278	226	208	169	161
davon: nicht fondsfinanziert	1.260	930	869	781	766
Marktwert des Planvermögens	–304	–271	–247	–227	–186
Aufgrund IAS 19.58 b) nicht als Vermögenswert angesetzter Betrag	25	45	44	59	24
Nettobetrag der Pensionsverpflichtungen	**1.259**	**930**	**874**	**782**	**765**
Aktivüberhang aus Pensionsverpflichtungen	9	7	8	7	7
Ausgewiesene Pensionsrückstellungen	**1.268**	**937**	**882**	**789**	**772**

Von den ausgewiesenen Pensionsrückstellungen entfallen 84 Mio. € (2011: 69 Mio. €) auf eine im Rahmen eines Unternehmenserwerbes bei der Kaufpreisallokation als Schuld identifizierte Beitragszusage.

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen (DBO) hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	2012	2011
Pensionsverpflichtungen zum 1.1.	**1.156**	**1.077**
laufender Dienstzeitaufwand	23	19
Zinsaufwand	57	55
Arbeitnehmerbeiträge	4	3
gezahlte Versorgungsleistungen	–52	–51
versicherungsmathematische Gewinne (–)/Verluste (+)	306	52
Veränderungen des Konsolidierungskreises	43	–
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	1	2
nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	–	–1
Pensionsverpflichtungen zum 31.12.	**1.538**	**1.156**

Das Planvermögen hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	2012	2011
Marktwert des Planvermögens zum 1.1.	**271**	**247**
erwartete Erträge aus dem Planvermögen	10	9
Arbeitgeberbeiträge	7	19
Arbeitnehmerbeiträge	4	3
gezahlte Versorgungsleistungen	–9	–8
versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (–)	20	–1
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	1	2
Marktwert des Planvermögens zum 31.12.	**304**	**271**

Das Planvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Eigenkapitalinstrumente	25	23
Fremdkapitalinstrumente	215	187
Andere Vermögenswerte	64	61
Marktwert des Planvermögens	**304**	**271**

Von dem Planvermögen entfallen 14 Mio. € (2011: 12 Mio. €) auf konzerneigene Finanzinstrumente, in selbst genutzte Immobilien und andere Vermögenswerte wurde wie im Vorjahr nicht investiert.

Für das folgende Geschäftsjahr werden Einzahlungen der Helaba in das Planvermögen in Höhe von 7 Mio. € erwartet.

Die versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste aus Pensionsverpflichtungen in den einzelnen Geschäftsjahren setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (–) aus Pensionsverpflichtungen (DBO)	–17	16	–4	19	–4
Annahmeänderungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (–) aus Pensionsverpflichtungen (DBO)	–289	–68	–88	12	72
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (–) aus Planvermögen	20	–1	–3	2	–4
Veränderung des aufgrund IAS 19.58 b) nicht als Vermögenswert angesetzten Betrages	20	–1	15	–35	–14
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (–) aus Pensionsverpflichtungen	**–266**	**–54**	**–80**	**–2**	**50**

Die kumulierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus Pensionsverpflichtungen betragen zum Bilanzstichtag –237 Mio. € (2011: 29 Mio. €), nach Abzug latenter Steuern –169 Mio. € (2011: 19 Mio. €).

Die im Zusammenhang mit Pensionsverpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Aufwendungen und Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Laufender Dienstzeitaufwand	23	19
Zinsaufwand	57	55
Erwartete Erträge aus Planvermögen	–10	–9
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	–	–1
Gesamte Aufwendungen und Erträge	**70**	**64**

Die tatsächlichen Erträge aus Planvermögen betragen 30 Mio. € (2011: 8 Mio. €).

Für beitragsorientierte Versorgungszusagen wurden im Berichtsjahr 4 Mio. € (2011: 4 Mio. €) aufgewendet.

Die anderen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Rückstellungen für den Personalbereich		Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft		Restrukturierungs-rückstellungen		Sonstige Rückstellungen		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Stand zum 1.1.	**93**	**97**	**71**	**66**	**2**	**4**	**176**	**141**	**342**	**308**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	1	–	12	–	–	–	11	–	24	–
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	–	–	–	–	–	1	–	1
Verbrauch	–62	–61	–	–2	–	–	–102	–58	–164	–121
Auflösungen	–1	–2	–23	–20	–	–	–7	–14	–31	–36
Umbuchungen	2	2	–2	–7	–2	–2	–	–	–2	–7
Aufzinsung	2	1	–	–	–	–	4	4	6	5
Zuführung	66	56	31	34	–	–	104	102	201	192
Stand zum 31.12.	**101**	**93**	**89**	**71**	**–**	**2**	**186**	**176**	**376**	**342**

Die Rückstellungen für den Personalbereich beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Altersteilzeit und Vorruhestandsvereinbarungen, Dienstjubiläen sowie Sonderzahlungen an Mitarbeiter. Die sonstigen Rückstellungen betreffen hauptsächlich Verpflichtungen aus Immobilienprojektierungen und Mietverhältnissen sowie Prozessrisiken.

Die Zuführungen beziehungsweise Auflösungen der Rückstellungen für den Personalbereich werden in der Regel im Personalaufwand, die der Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft in der Risikovorsorge und die der Restrukturierungsrückstellungen sowie der sonstigen Rückstellungen im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Aufzinsungsbeträge sind im Zinsüberschuss enthalten.

Von den anderen Rückstellungen sind 249 Mio. € kurzfristig (2011: 155 Mio. €).

(53) Ertragsteuerverpflichtungen

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	151	104
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	486	253
Gesamt	**637**	**357**

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen verteilen sich auf folgende Positionen:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	300	181
Handelsaktiva/-passiva und Derivate	2.041	1.252
Finanzanlagen	244	136
Sonstige Aktiva	85	55
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	1	1
Pensionsrückstellungen	1	16
Sonstige Rückstellungen	12	6
Sonstige Passiva	10	5
Latente Ertragsteuerverpflichtungen brutto	**2.694**	**1.652**
Saldierung mit latenten Ertragsteueransprüchen	–2.208	–1.399
Gesamt	**486**	**253**
davon: langfristig	45	31

Für die Bewertung der temporären Differenzen, die zu latenten Ertragsteuerverpflichtungen führen, verweisen wir auf unsere Erläuterungen zu den latenten Ertragsteueransprüchen (siehe Anhangangabe (44)).

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, betrugen zum Bilanzstichtag 64 Mio. € (2011: 31 Mio. €).

(54) Sonstige Passiva

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	178	131
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern	23	23
Erhaltene Vorauszahlungen und Anzahlungen	251	212
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern (außer Ertragsteuern)	71	103
Sonstige Verbindlichkeiten	133	123
Gesamt	**656**	**592**

(55) Nachrangkapital

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.445	2.524
darunter: anteilige Zinsen	10	11
Genussrechtskapital	798	821
darunter: anteilige Zinsen	37	38
Stille Einlagen	1.120	1.121
darunter: anteilige Zinsen	50	50
Gesamt	**4.363**	**4.466**
darunter:		
verbrieftes Nachrangkapital	3.067	3.139

Die hier ausgewiesenen stillen Einlagen erfüllen nicht die Eigenkapitalkriterien des IAS 32.

(56) Eigenkapital

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Gezeichnetes Kapital	2.509	2.397
Kapitalrücklage	1.546	658
Gewinnrücklagen	2.642	2.554
Neubewertungsrücklage	162	–88
Rücklage aus der Währungsumrechnung	4	5
Rücklage aus Cashflow Hedges	–23	–19
Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital	–23	–13
Gesamt	**6.817**	**5.494**

In 2012 hat die Helaba ihre Kapitalbasis durch die Aufnahme neuer Mitträger und die Aufnahme von 1.000 Mio. € hartem Kernkapital gestärkt. Nach der Kapitalerhöhung bleibt der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen mit 68,85 % größter Mitträger der Helaba. Auf das Land Hessen entfallen 8,1 % des Stammkapitals und auf den Freistaat Thüringen 4,05 %. Als neue Mitträger mit jeweils 4,75 % wurden der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, der Sparkassenverband Westfalen-Lippe sowie die Fides Alpha GmbH und die Fides Beta GmbH aufgenommen.

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 2.509 Mio. € (2011: 2.397 Mio. €) umfasst neben dem nach der Satzung eingezahlten Stammkapital von 477 Mio. € und der vom Land Hessen erbrachten stillen Einlagen mit Kapitalcharakter von 1.920 Mio. € nun auch das in 2012 erbrachte Stammkapital der neuen Mitträger von 112 Mio. €.

Die Kapitalrücklage enthält die Agiobeträge aus der Ausgabe von Stammkapital an die Träger. Von den neuen Mitträgern wurden im Berichtsjahr 888 Mio. € der Kapitalrücklage zugeführt.

Die Gewinnrücklagen umfassen neben den Gewinnthesaurierungen des Mutterunternehmens und der einbezogenen Tochterunternehmen auch Beträge aus den fortgeschriebenen Ergebnissen der Kapitalkonsolidierung und sonstigen Konsolidierungsmaßnahmen. Darüber hinaus sind in den Gewinnrücklagen erfolgsneutral zu behandelnde versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen unter Berücksichtigung der darauf entfallenden latenten Steuern enthalten.

Die Neubewertungsrücklage enthält die erfolgsneutralen Bewertungseffekte aus Finanzinstrumenten der Kategorie AfS nach Verrechnung latenter Steuern. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder abgeschrieben wird.

In der Rücklage aus der Währungsumrechnung sind die erfolgsneutral zu erfassenden Währungsumrechnungsdifferenzen aus der Umrechnung der Abschlüsse von wirtschaftlich selbstständigen ausländischen Geschäftsbetrieben (Tochterunternehmen; Niederlassungen) in die Konzernwährung bis zu deren Abgang enthalten (siehe Anhangangabe (10)). Darüber hinaus ist das Ergebnis aus der Währungsumrechnung des Sicherungsgeschäftes einer Nettoinvestition in eine ausländische Teileinheit gemäß Anhangangabe (5) in der Rücklage aus der Währungsumrechnung erfasst.

Die Rücklage aus Cashflow Hedges enthält gemäß Anhangangabe (5) den effektiven Teil der Fair-Value-Änderung aus Sicherungsinstrumenten von Cashflow-Hedge-Beziehungen.

Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten

(57) Sicherheitsleistungen

Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte
Die Sicherheitsleistungen erfolgen unter Bedingungen, die für die betreffenden Pensions-, Wertpapier- und Finanzierungsgeschäfte handelsüblich sind. Nachstehende Vermögenswerte sind zum Bilanzstichtag als Sicherheit für eigene Verbindlichkeiten verpfändet oder übertragen (Buchwerte):

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011[1)]
Handelsaktiva	4.112	3.521
Forderungen an Kreditinstitute	5.391	4.779
Forderungen an Kunden	399	278
Finanzanlagen	3.347	2.308
Sonstige Aktiva	4	8
Finanzielle Vermögenswerte	**13.253**	**10.894**
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	168	164
Sachanlagen	–	45
Nicht finanzielle Vermögenswerte	**168**	**209**
Gesamt	**13.421**	**11.103**

[1)] Vorjahreszahlen angepasst: Verringerung der Handelsaktiva um 4.300 Mio. €, Erhöhung der Forderungen an Kreditinstitute um 36 Mio. €, Erhöhung der Forderungen an Kunden um 2 Mio. €, Verringerung der Finanzanlagen um 19 Mio. €.

Die Stellung von finanziellen Sicherheiten erfolgt dabei für nachstehende Geschäfte.

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Sicherheiten für Refinanzierungsgeschäfte mit Zentralnotenbanken	4.551	1.015
Sicherheiten für Geschäfte an Börsen und Clearinghäusern	1.047	1.460
Im Rahmen von Repo-Geschäften übertragene Wertpapiere	1	1.653
Gestellte Barsicherheiten	5.780	5.051
Sonstige gestellte Sicherheiten	1.874	1.715
Gesamt	**13.253**	**10.894**

Barsicherheiten werden im Wesentlichen als liquide Sicherheitsleistungen im Rahmen von OTC-Derivategeschäften und Geschäften an Terminbörsen beziehungsweise mit zentralen Kontrahenten gestellt. Die sonstigen gestellten Sicherheiten dienen im Wesentlichen der Besicherung von Geschäften mit der Europäischen Investitionsbank.

Ferner führt die Bank grundpfandrechtlich besicherte Forderungen und Kommunalforderungen sowie weitere Deckungswerte im Deckungsstock nach §§ 12 beziehungsweise 30 PfandBG. Zum 31. Dezember 2012 belief sich die Deckungsmasse auf 35.671 Mio. € (2011: 29.086 Mio. €) bei einem Umlauf an Hypotheken- und öffentlichen Pfandbriefen in Höhe von 26.078 Mio. € (2011: 20.078 Mio. €). Diese umfassen auch Namenspapiere, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen werden.

Als Sicherheit hereingenommene Vermögenswerte
Die Hereinnahme von Sicherheiten erfolgt unter Bedingungen, die für die betreffenden Pensions-, Wertpapier- und Finanzierungsgeschäfte handelsüblich sind.

Der beizulegende Zeitwert der im Rahmen von echten Pensionsgeschäften hereingenommenen Sicherheiten, bei denen es der Helaba gestattet ist, diese ohne Ausfall des Sicherungsgebers zu verwerten oder weiterzuverpfänden, beträgt 398 Mio. € (2011: 514 Mio. €). Derartige Sicherheiten mit einem beizulegenden Zeitwert von 254 Mio. € (2011: 193 Mio. €) wurden weiterverkauft beziehungsweise weiterverpfändet.

Zur Besicherung von OTC-Geschäften wurden liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 974 Mio. € (2011: 692 Mio. €) hereingenommen, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausgewiesen sind.

Bezüglich der Angaben zu erhaltenen Sicherheiten im Rahmen des klassischen Kreditgeschäftes verweisen wir auf Anhangangabe (71).

(58) Übertragung finanzieller Vermögenswerte ohne Ausbuchung

Der Helaba-Konzern überträgt im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihegeschäften finanzielle Vermögenswerte, bei denen jedoch die mit dem Eigentum dieser Vermögenswerte verbundenen wesentlichen Bonitäts-, Zinsänderungs- und Währungsrisiken sowie Chancen auf Wertsteigerungen beim Helaba-Konzern verbleiben. Somit sind die Voraussetzungen für eine Ausbuchung gemäß IAS 39 nicht erfüllt und die finanziellen Vermögenswerte werden weiterhin in der Konzernbilanz ausgewiesen und gemäß der zugeordneten Bewertungskategorie bewertet.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Buchwerte der übertragenen Vermögenswerte, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, getrennt nach den zugrundeliegenden Transaktionen, sowie die hierzu korrespondierenden Verbindlichkeiten.

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Buchwert der im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften übertragenen, nicht ausgebuchten finanziellen Vermögenswerte	**1**	**1.653**
Handelsaktiva	1	1.518
Finanzanlagen	–	135
Buchwert der Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften	**1**	**1.634**
Buchwert der im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften übertragenen, nicht ausgebuchten finanziellen Vermögenswerte	**255**	**410**
Handelsaktiva	20	–
Finanzanlagen	235	410
Buchwert der erhaltenen Barsicherheiten aus Wertpapierleihegeschäften	**–**	**–**

Es handelt sich bei den oben aufgeführten finanziellen Vermögenswerten ausschließlich um Wertpapiere aus dem Eigenbestand des Helaba-Konzerns. Darüber hinaus werden im Rahmen von Pensions- und Leihegeschäften auch von Dritten in Pension genommene oder entliehene Wertpapiere, die nicht in der Konzernbilanz angesetzt werden dürfen übertragen. Die übertragenen Wertpapiere können vom Pensionsnehmer beziehungsweise Entleiher jederzeit weiterveräußert oder verpfändet werden. Die vertraglichen Zahlungsströme aus den Wertpapieren stehen in der Regel jedoch weiterhin dem Helaba-Konzern zu.

Die Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften resultieren aus dem vom Pensionsnehmer für die übertragenen Wertpapiere gezahlten Betrag. Dieser entspricht bei Geschäftsabschluss dem beizulegenden Zeitwert der übertragenen Wertpapiere abzüglich eines Sicherheitsabschlags. Bei Rückübertragung der Wertpapiere zum Ende der Laufzeit des Wertpapierpensionsgeschäfts ist dieser Betrag zuzüglich der vereinbarten Zinsen an den Pensionsnehmer zurückzuzahlen. Die Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften werden unter den Handelspassiva oder den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden ausgewiesen.

Im Zusammenhang mit Wertpapierleihegeschäften ergeben sich die korrespondierenden Verbindlichkeiten aus der Verpflichtung zur Rückzahlung erhaltener Barsicherheiten. Kontrahenten der vom Helaba-Konzern abgeschlossenen Wertpapierleihegeschäfte sind im Wesentlichen angeschlossene und gebietsfremde Sparkassen. Zusätzliche Barsicherheiten werden in der Regel nur von Kontrahenten außerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe verlangt.

Aufgrund ihrer Zuordnung zur Bewertungskategorie HfT beziehungsweise AfS entspricht der Buchwert der übertragenen Wertpapiere ihrem beizulegenden Zeitwert. Der beizulegende Zeitwert der korrespondierenden Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften beläuft sich auf 1 Mio. € (2011: 1.634 Mio. €) und entspricht damit dem beizulegenden Zeitwert der Wertpapiere. Zum 31. Dezember 2011 lag der beizulegende Zeitwert der korrespondierenden Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften um 19 Mio. € unter dem beizulegenden Zeitwert der Wertpapiere. Der beizulegende Zeitwert der erhaltenen Barsicherheiten aus Wertpapierleihegeschäften entspricht grundsätzlich dem Buchwert. Allerdings wurden nur unbesicherte Wertpapierleihegeschäfte durchgeführt.

(59) Übertragung finanzieller Vermögenswerte mit Ausbuchung

Verträge zur Veräußerung und zum Erwerb von Anteilen an Unternehmen (Beteiligungsgeschäft) beinhalten transaktionsübliche Zusicherungen insbesondere zu den steuerlichen und rechtlichen Verhältnissen. Hierfür wurden Rückstellungen in Höhe von 7 Mio. € gebildet.

(60) Nachrangige Vermögenswerte

Folgende Bilanzposten enthalten nachrangige Vermögenswerte:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kreditinstitute	**72**	**71**
davon:		
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1	1
Forderungen an Kunden	**962**	**1.293**
davon:		
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	24	23
Handelsaktiva	**12**	**13**
Finanzanlagen	**42**	**48**
Gesamt	**1.088**	**1.425**

Vermögenswerte werden als nachrangig ausgewiesen, wenn sie im Fall der Liquidation oder Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

(61) Fremdwährungsvolumina

in Mio. €

	Fremdwährungsaktiva		Fremdwährungspassiva	
	31.12.2012	**31.12.2011**	**31.12.2012**	**31.12.2011**
USD	15.878	18.707	9.239	9.964
GBP	6.673	6.606	2.416	1.600
CHF	2.924	3.077	776	2.071
JPY	1.105	1.482	1.166	1.498
Andere Währungen	1.141	1.410	411	305
Gesamt	**27.721**	**31.282**	**14.008**	**15.438**

Die hier dargestellten Fremdwährungsaktiva und -passiva beziehen sich auf nicht derivative Finanzinstrumente. Daraus entstehende offene Fremdwährungspositionen sind weitgehend durch den Einsatz von Derivaten geschlossen.

(62) Restlaufzeitengliederung

in Mio. €

	Täglich fällig	Bis drei Monate	Drei Monate bis ein Jahr	Ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	**28.412**	**24.371**	**29.872**	**69.833**	**34.288**
Handelspassiva	1.343	9.314	10.953	512	181
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.215	4.918	3.933	18.296	10.502
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	18.755	3.527	6.184	9.858	16.233
verbriefte Verbindlichkeiten	99	6.590	8.340	37.349	6.759
Nachrangkapital	–	22	462	3.818	613
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	**11.831**	**291**	**850**	**3.509**	**2.422**
Handelspassiva	11.830	12	48	714	1.241
negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	1	279	802	2.795	1.181
Unwiderrufliche Kreditzusagen	**2.262**	**572**	**1.858**	**8.414**	**2.259**
Gesamt	**42.505**	**25.234**	**32.580**	**81.756**	**38.969**

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2011:

in Mio. €

	Täglich fällig	Bis drei Monate	Drei Monate bis ein Jahr	Ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	**18.549**	**26.029**	**28.667**	**52.868**	**27.937**
Handelspassiva	3.041	13.215	10.349	500	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.943	2.440	4.689	15.526	10.437
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.565	5.318	5.759	10.598	12.359
verbriefte Verbindlichkeiten	–	5.030	7.339	22.633	3.862
Nachrangkapital	–	26	531	3.611	1.279
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	**10.093**	**317**	**615**	**2.262**	**938**
Handelspassiva	10.093	–	–	–	–
negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	–	317	615	2.262	938
Unwiderrufliche Kreditzusagen[1)]	**722**	**789**	**2.520**	**9.456**	**2.279**
Gesamt	**29.364**	**27.135**	**31.802**	**64.586**	**31.154**

[1)] Vorjahreszahlen angepasst: Umgliederung zwischen den Laufzeiten sowie Erhöhung um 250 Mio. € im Laufzeitband von drei Monaten bis zu einem Jahr.

Für die Restlaufzeitengliederung der finanziellen Verbindlichkeiten wurden die undiskontierten Cashflows gemäß den vertraglich vereinbarten Fälligkeitsterminen auf die einzelnen Laufzeitbänder verteilt. Falls keine feste vertragliche Vereinbarung für den Rückzahlungszeitpunkt bestand, ist der frühestmögliche Zeitpunkt beziehungsweise die Kündigungsmöglichkeit herangezogen worden. Dies gilt insbesondere für aufgenommene Tagesgelder und Sichteinlagen sowie für Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist.

Die unter den Handelspassiva ausgewiesenen nicht derivativen finanziellen Verbindlichkeiten wurden mit Buchwerten und die unwiderruflichen Kreditzusagen mit dem Nominalwert in die Restlaufzeitengliederung einbezogen. Derivate des Handelsbestandes werden mit ihrem Buchwert dem kürzesten Laufzeitband zugeordnet, die unwiderruflichen Kreditzusagen dem Band, zu dem die Inanspruchnahme frühestens möglich ist. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen gemäß Anhangangabe (72) können bis zum Garantiehöchstbetrag grundsätzlich jederzeit in Anspruch genommen werden.

(63) Derivative Geschäfte

Der Helaba-Konzern setzt derivative Finanzinstrumente sowohl für Handels- als auch für Sicherungsgeschäfte ein.

Derivate können als standardisierte Kontrakte an der Börse oder individuell ausgehandelt als OTC-Derivate außerbörslich abgeschlossen werden.

Die Nominalwerte entsprechen dem Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe. Dieser Wert dient als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, es handelt sich jedoch nicht um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Nominal- und Marktwerte derivativer Geschäfte ergeben sich zu den Stichtagen wie folgt:

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	**2.101**	**962**	**209**	**62**	**90**	**52**
OTC-Produkte	**1.310**	**228**	**190**	**30**	**69**	**11**
Aktienoptionen	1.298	228	189	30	68	11
Käufe	956	150	189	30	–	–
Verkäufe	342	78	–	–	68	11
sonstige Geschäfte	12	–	1	–	1	–
börsengehandelte Produkte	**791**	**734**	**19**	**32**	**21**	**41**
Aktien-/Index-Futures	153	144	–	–	1	2
Aktien-/Index-Optionen	638	590	19	32	20	39
Zinsbezogene Geschäfte	**495.672**	**511.223**	**18.365**	**12.000**	**17.617**	**12.154**
OTC-Produkte	**431.177**	**406.990**	**18.358**	**11.976**	**17.606**	**12.122**
Forward Rate Agreements	12.875	19.493	–	3	1	5
Zinsswaps	360.103	333.357	17.142	10.745	15.566	10.316
Zinsoptionen	58.194	54.031	1.216	1.228	2.039	1.801
Käufe	25.399	24.447	1.212	1.222	–	–
Verkäufe	32.795	29.584	4	6	2.039	1.801
sonstige Zinskontrakte	5	109	–	–	–	–
börsengehandelte Produkte	**64.495**	**104.233**	**7**	**24**	**11**	**32**
Zinsfutures	29.159	36.346	6	13	10	21
Zinsoptionen	35.336	67.887	1	11	1	11
Währungsbezogene Geschäfte	**60.513**	**59.289**	**1.238**	**1.145**	**1.040**	**1.569**
OTC-Produkte	**60.513**	**59.289**	**1.238**	**1.145**	**1.040**	**1.569**
Devisenkassa- und -termingeschäfte	36.926	37.638	417	627	378	747
Zins-/Währungsswaps	21.865	19.409	803	499	644	799
Devisenoptionen	1.722	2.242	18	19	18	23
Käufe	856	1.131	18	19	–	–
Verkäufe	866	1.111	–	–	18	23
Kreditderivate	**6.446**	**9.030**	**44**	**125**	**73**	**229**
OTC-Produkte	**6.446**	**9.030**	**44**	**125**	**73**	**229**
Warenbezogene Geschäfte	**280**	**88**	**9**	**5**	**7**	**5**
OTC-Produkte	**195**	**88**	**9**	**5**	**7**	**5**
Commodity-Swaps	137	85	5	5	5	5
Commodity-Optionen	58	3	4	–	2	–
Gesamt	**565.012**	**580.592**	**19.865**	**13.337**	**18.827**	**14.009**

Nominalwerte nach Restlaufzeiten:

in Mio. €

	Aktien-/Indexbezogene Geschäfte		Zinsbezogenes Geschäft		Währungsbezogenes Geschäft	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Bis drei Monate	299	199	89.233	129.535	25.363	27.417
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	739	145	84.694	114.951	13.369	10.464
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.051	618	184.274	156.173	17.640	17.948
Mehr als fünf Jahre	12	–	137.471	110.564	4.141	3.460
Gesamt	**2.101**	**962**	**495.672**	**511.223**	**60.513**	**59.289**

in Mio. €

	Kreditderivate		Warenbezogenes Geschäft		Gesamt	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Bis drei Monate	775	276	75	12	115.745	157.439
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.225	2.275	82	30	100.109	127.865
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.319	5.297	97	46	207.381	180.082
Mehr als fünf Jahre	127	1.182	26	–	141.777	115.206
Gesamt	**6.446**	**9.030**	**280**	**88**	**565.012**	**580.592**

Die derivativen Geschäfte bestehen mit folgenden Kontrahenten:

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
OECD-Banken	350.212	387.598	11.763	8.746	14.481	12.083
Banken außerhalb der OECD	19	–	–	–	4	–
Sonstige Kontrahenten (inklusive Börsen)	137.026	169.615	3.638	3.020	1.591	1.404
Öffentliche Stellen in der OECD	77.755	23.379	4.464	1.571	2.751	522
Gesamt	**565.012**	**580.592**	**19.865**	**13.337**	**18.827**	**14.009**

(64) Buchwerte und Ergebnisse nach Bewertungskategorien

In der folgenden Tabelle sind die Buchwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten per 31. Dezember 2012 nach den Bewertungskategorien des IAS 39 gegliedert dargestellt. Ersichtlich ist auch der Ausweis in der Bilanz.

in Mio. €

	LaR/OL	AfS	HfT	FVO	Gesamt
Aktiva					
Barreserve	8.925				8.925
Forderungen an Kreditinstitute	22.941			295	23.236
Forderungen an Kunden	90.103			718	90.821
Handelsaktiva			37.954		37.954
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			6.992		6.992
Finanzanlagen		25.632		2.305	27.937
Gesamt	**121.969**	**25.632**	**44.946**	**3.318**	**195.865**
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	38.580			695	39.275
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	44.652			2.959	47.611
Verbriefte Verbindlichkeiten	45.799			11.369	57.168
Handelspassiva			36.148		36.148
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			4.982		4.982
Nachrangkapital	3.840			523	4.363
Gesamt	**132.871**		**41.130**	**15.546**	**189.547**

Die unter den sonstigen Aktiva beziehungsweise sonstigen Passiva ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind wie im Vorjahr der Kategorie LaR beziehungsweise OL zugeordnet.

Nachfolgend die entsprechenden Buchwerte per 31. Dezember 2011:

in Mio. €

	LaR/OL	AfS	HfT	FVO	Gesamt
Aktiva					
Barreserve	351				351
Forderungen an Kreditinstitute	15.265			30	15.295
Forderungen an Kunden	83.899			142	84.041
Handelsaktiva			37.960		37.960
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			4.285		4.285
Finanzanlagen		16.497		2.258	18.755
Gesamt	**99.515**	**16.497**	**42.245**	**2.430**	**160.687**
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.076			457	31.533
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	39.748			2.159	41.907
Verbriefte Verbindlichkeiten	33.143			4.100	37.243
Handelspassiva			37.198		37.198
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			3.916		3.916
Nachrangkapital	3.951			515	4.466
Gesamt	**107.918**		**41.114**	**7.231**	**156.263**

In der folgenden Tabelle sind pro Bewertungskategorie die erfassten Ergebnisbeiträge aus Finanzinstrumenten für das Geschäftsjahr 2012 dargestellt:

in Mio. €

	LaR	OL	AfS	HfT	FVO	Derivate Nicht-handel	Gesamt
Zinsüberschuss	3.519	–2.651	409		–272	193	1.198
Risikovorsorge	–238						–238
Handelsergebnis				411			411
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					–259	145	–114
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	–48	–159				210	3
Ergebnis aus Finanzanlagen			–1				–1
Erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge			369				369
Gesamt	**3.233**	**–2.810**	**777**	**411**	**–531**	**548**	**1.628**

Für das Jahr 2011 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	LaR	OL	AfS	HfT	FVO	Derivate Nicht-handel	Gesamt
Zinsüberschuss	3.550	–2.977	433		–157	269	1.118
Risikovorsorge	–273						–273
Handelsergebnis				–44			–44
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					–143	423	280
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	–4	–12				28	12
Ergebnis aus Finanzanlagen			–23				–23
Erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge			–9				–9
Gesamt	**3.273**	**–2.989**	**401**	**–44**	**–300**	**720**	**1.061**

Der Zinsüberschuss gemäß Gewinn- und Verlustrechnung enthält neben Zinsen aus Finanzinstrumenten Zinsaufwendungen aus Pensionsverpflichtungen und anderen langfristigen Rückstellungen, erwartete Erträge aus Planvermögen und den Zinsüberschuss aus dem Finanzierungsleasinggeschäft.

(65) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Nachfolgende Übersicht enthält eine Gegenüberstellung der beizulegenden Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten mit ihren jeweiligen Buchwerten. Darüber hinaus sind unter den sonstigen Aktiva beziehungsweise sonstigen Passiva weitere finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ausgewiesen, deren beizulegender Zeitwert dem Buchwert entspricht.

in Mio. €

	Fair Value		Buchwert		Differenz	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Aktiva						
Barreserve	8.925	351	8.925	351	–	–
Forderungen an Kreditinstitute[1)]	23.483	15.627	23.220	15.204	263	423
Forderungen an Kunden[1)]	95.504	86.546	89.632	82.876	5.872	3.670
Handelsaktiva	37.954	37.960	37.954	37.960	–	–
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	6.992	4.285	6.992	4.285	–	–
Finanzanlagen	27.937	18.755	27.937	18.755	–	–
Gesamt	**200.795**	**163.524**	**194.660**	**159.431**	**6.135**	**4.093**
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	39.583	32.303	39.275	31.533	308	770
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	49.626	43.565	47.611	41.907	2.015	1.658
Verbriefte Verbindlichkeiten	57.651	37.213	57.168	37.243	483	–30
Handelspassiva	36.148	37.198	36.148	37.198	–	–
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	4.982	3.916	4.982	3.916	–	–
Nachrangkapital	4.401	4.317	4.363	4.466	38	–149
Gesamt	**192.391**	**158.512**	**189.547**	**156.263**	**2.844**	**2.249**

[1)] Nettobuchwert nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Fall einer Notabwicklung) getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Der beste Indikator für den beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten ist der Marktpreis. Bei Vorliegen eines aktiven Marktes werden zur Bewertung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente beobachtbare Marktpreise herangezogen. Dies sind üblicherweise Börsenkurse oder auf dem Interbankenmarkt quotierte Marktpreise (Level 1).

Für den Fall, dass für ein Finanzinstrument kein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, erfolgt die Bewertung mittels anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, wobei alle Inputdaten (zum Beispiel Zinskurven, Volatilitäten, Spreads) auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und aus externen Quellen entnommen werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Discounted-Cashflow-basierte Forward-Pricing- und Swap-Pricing-Modelle oder Optionspreismodelle (zum Beispiel Black-Scholes sowie Varianten davon). Üblicherweise werden diese Bewertungsmethoden bei OTC-Derivaten (einschließlich Kreditderivaten) und nicht an einem aktiven Markt gehandelten, zum beizulegenden Zeitwert angesetzten Finanzinstrumenten verwendet (Level 2).

In den Fällen, bei denen nicht alle Inputparameter direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Diese Bewertungsmethode ist insbesondere Grundlage für komplex strukturierte (derivative) Spread-Produkte, bei denen nicht direkt am Markt beobachtbare Korrelationen einen wesentlichen Bewertungsfaktor darstellen. Soweit bei nicht derivativen Finanzinstrumenten keine Marktpreise verfügbar sind, werden Arrangerpreise herangezogen. Auch die Bewertung von zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten nicht börsennotierten Beteiligungen beruht auf nicht beobachtbaren Inputparametern, insbesondere den aus der Unternehmensplanung abgeleiteten Ertragsüberschüssen (Level 3).

Der Anstieg der dem Level 2 zugeordneten Finanzanlagen betrifft mit der NRW-Verbundbank übernomme Anleihen. Diese Anleihen werden vollständig von der Helaba gehalten; deshalb wurde der am Markt notierte Preis um einen Abschlag korrigiert. Die anderen Anstiege im Level 2 sind im Wesentlichen auch auf die NRW-Verbundbank zurückzuführen. Größere Verschiebungen zwischen Level 1 und Level 2 gab es nicht.

Die Aufteilung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente nach der Hierarchie der verwendeten Inputdaten ergibt sich auf der Aktivseite wie folgt:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Nicht derivative Finanzinstrumente	**39.874**	**40.486**	**13.299**	**6.660**	**825**	**655**	**53.998**	**47.801**
Forderungen an Kreditinstitute	–	–	295	30	–	–	295	30
Forderungen an Kunden	–	–	718	142	–	–	718	142
Handelsaktiva	18.867	22.494	6.184	6.383	30	31	25.081	28.908
Finanzanlagen	21.007	17.992	6.102	105	795	624	27.904	18.721
Derivate	**26**	**56**	**19.799**	**13.278**	**40**	**3**	**19.865**	**13.337**
positive Marktwerte des Handelsbestandes	25	54	12.810	8.995	38	3	12.873	9.052
positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	1	2	6.989	4.283	2	–	6.992	4.285
Gesamt	**39.900**	**40.542**	**33.098**	**19.938**	**865**	**658**	**73.863**	**61.138**

Auf der Passivseite ergibt sich folgende Aufteilung:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Nicht derivative Finanzinstrumente	**1.372**	**2.181**	**36.401**	**32.091**	**76**	**64**	**37.849**	**34.336**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	–	695	457	–	–	695	457
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–	–	2.940	2.141	19	18	2.959	2.159
Verbriefte Verbindlichkeiten	28	–	11.297	4.054	44	46	11.369	4.100
Handelspassiva	1.344	2.181	20.946	24.924	13	–	22.303	27.105
Nachrangkapital	–	–	523	515	–	–	523	515
Derivate	**32**	**73**	**18.781**	**13.927**	**14**	**9**	**18.827**	**14.009**
negative Marktwerte des Handelsbestandes	26	66	13.809	10.024	10	3	13.845	10.093
negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	6	7	4.972	3.903	4	6	4.982	3.916
Gesamt	**1.404**	**2.254**	**55.182**	**46.018**	**90**	**73**	**56.676**	**48.345**

Die Aktivbestände der nicht derivativen Finanzinstrumente in Level 3 verteilen sich wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**156**	**182**
Schuldverschreibungen, Anleihen	42	53
Schuldscheine	26	27
Asset Backed Securities	88	102
Nicht börsennotierte Unternehmensanteile	**424**	**429**
Investmentanteile	**51**	**44**
Ankauf von Forderungen aus Kapitallebensversicherungen	**194**	**–**
Gesamt	**825**	**655**

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere in Level 3 verteilt sich auf die Rating-Stufen wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
AAA	1	14
AA	15	13
A	50	91
BBB und schlechter	55	19
Ohne externes Rating	35	45
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**156**	**182**

Bei der Modellbewertung der Bestände, die Level 3 zugeordnet sind, wurden Parameter verwendet, durch die ein Preis ermittelt wird, den rational handelnde Marktteilnehmer zugrunde legen würden. Für einzelne Inputfaktoren könnten alternativ günstigere oder nachteiligere Faktoren angesetzt werden. Dies betrifft im Wesentlichen die Einschätzung und Festlegung von Credit Spreads. Für die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere wurden hierbei Preise ermittelt, die um bis zu 2 Mio. € (2011: 2 Mio. €) niedriger oder höher liegen können.

Für nicht börsennotierte Unternehmensanteile wurden Simulationen der Ertragswertberechnungen vorgenommen. Auf Basis der dabei ermittelten Unternehmenswerte wurden alternativ verwendbare Werte ermittelt, die um bis zu 34 Mio. € (2011: 35 Mio. €) niedriger beziehungsweise um bis zu 32 Mio. € (2011: 32 Mio. €) höher lagen.

Die sonstigen dem Level 3 zugeordneten Bestände weisen keine wesentlichen Sensitivitäten aus.

In den folgenden Tabellen werden die Entwicklung des Bestandes an zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten, die dem Level 3 zugeordnet sind, sowie das Bewertungsergebnis der zum 31. Dezember noch im Bestand befindlichen Finanzinstrumente ausgewiesen:

in Mio. €

	Handelsaktiva		Finanzanlagen		Positive Marktwerte des Handelsbestandes		Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	
Aktiva	**2012**	**2011**	**2012**	**2011**	**2012**	**2011**	**2012**	**2011**
Buchwert zum 1.1.	**31**	**74**	**624**	**968**	**3**	**2**	**–**	**–**
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste								
Handelsergebnis	–	2			1	1		
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO			8	6			2	–
Ergebnis aus Finanzanlagen			–16	–19				
Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne oder Verluste			31	8				
Zugänge	–	–	43	65	–	–	–	–
Abgänge/Abwicklungen	–1	–45	–85	–389	2	–	–	–
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	197	–	32	–	–	–
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	–7	5	–	–	–	–
Übertragungen aus Level 1 oder 2	–	–	–	1	–	–	–	–
Übertragungen in Level 1 oder 2	–	–	–	–21	–	–	–	–
Buchwert zum 31.12.	**30**	**31**	**795**	**624**	**38**	**3**	**2**	**–**
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus finanziellen Vermögenswerten im Bestand	–	2	–2	–11	1	1	2	2

in Mio. €

	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		Verbriefte Verbindlichkeiten		Handelspassiva		Negative Marktwerte des Handelsbestandes		Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	
Passiva	**2012**	**2011**	**2012**	**2011**	**2012**	**2011**	**2012**	**2011**	**2012**	**2011**
Buchwert zum 1.1.	**18**	**–**	**46**	**48**	**–**	**–**	**3**	**2**	**6**	**6**
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste										
Zinsergebnis	–1	–	–	–					–	–
Handelsergebnis					–	–	1	1		
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	2	3	2	–2					–2	2
Abgänge/Abwicklungen	–	–	–311	–	–134	–	–6	–	–	–2
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	307	–	147	–	12	–	–	–
Übertragungen in Level 1 oder 2	–	15	–	–	–	–	–	–	–	–
Buchwert zum 31.12.	**19**	**18**	**44**	**46**	**13**	**–**	**10**	**3**	**4**	**6**
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus Verbindlichkeiten im Bestand	–	–	–	–	–	–	–1	–1	3	–2

(66) Umkategorisierung von finanziellen Vermögenswerten

In Einklang mit den Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, Reclassification of Financial Assets, hat der Helaba-Konzern im zweiten Halbjahr 2008 bestimmte Handelsaktiva und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die Bewertungskategorie LaR umkategorisiert. Hierbei wurden Vermögenswerte umkategorisiert, bei denen am 1. Juli 2008 eindeutig keine kurzfristige Verkaufs- oder Handelsabsicht mehr bestand, sondern die stattdessen auf absehbare Zeit im Bestand gehalten werden sollten. Gemäß dem geänderten IAS 39 erfolgte die Umkategorisierung mit Wirkung zum 1. Juli 2008 zu dem an diesem Stichtag ermittelten beizulegenden Zeitwert. Seitdem wurden keine weiteren Umkategorisierungen vorgenommen.

Mit der Umkategorisierung wurde auch der Bilanzausweis geändert (Umgliederung). Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte und die beizulegenden Zeitwerte der umgegliederten Vermögenswerte.

in Mio. €

	31.12.2012 Buchwert	31.12.2012 Zeitwert	31.12.2011 Buchwert	1.7.2008 Buchwert
Handelsaktiva, umgegliedert zu Forderungen an Kunden	173	172	256	437
Finanzanlagen, umgegliedert zu Forderungen an Kunden	538	560	819	1.722
Gesamt	**711**	**732**	**1.075**	**2.159**

Zum Zeitpunkt der Umkategorisierung lagen die Effektivzinssätze der umgegliederten Handelsaktiva zwischen 4,5 % und 6,5 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 452 Mio. €. Die Effektivzinssätze der umgegliederten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte lagen zwischen 3,2 % und 9,3 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 1.794 Mio. €.

Wären die Umkategorisierungen nicht vorgenommen worden, wären in 2012 für Handelsaktiva in der Gewinn- und Verlustrechnung zusätzliche unrealisierte Bewertungsgewinne von 8 Mio. € (2011: Bewertungsverluste von –10 Mio. €) und für Finanzanlagen im Eigenkapital zusätzliche unrealisierte Bewertungsgewinne von 50 Mio. € (2011: 11 Mio. €) entstanden.

Nach der Umgliederung trugen die Vermögenswerte 2012 wie folgt zu der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns (vor Steuern) bei:

in Mio. €

	2012	2011
Zinsüberschuss	11	10
Amortisierung und realisiertes Ergebnis aus Tilgung und Abgang	4	4
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–1	–
Ergebnis vor Steuern aus umgegliederten Vermögenswerten	**14**	**14**

(67) Angaben zu Verbindlichkeiten der Fair Value-Option

Für Verbindlichkeiten, die der FVO zugeordnet sind, betragen die bonitätsinduzierten Änderungen der beizulegenden Zeitwerte in der Berichtsperiode 39 Mio. € (2011: 9 Mio. €). Die kumulative bonitätsinduzierte Änderung der beizulegenden Zeitwerte für die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen Verbindlichkeiten beträgt 35 Mio. € (2011: 1 Mio. €). Den Buchwerten von 15.546 Mio. € stehen Rückzahlungsbeträge von 16.234 Mio. € gegenüber.

(68) Angaben zur Emissionstätigkeit

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der verbrieften Refinanzierungsmittel des Helaba-Konzerns im Berichtszeitraum:

in Mio. €

	Begebene Geldmarktpapiere des Handels		Verbriefte Verbindlichkeiten		Verbrieftes Nachrangkapital		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Stand zum 1.1.	**2.500**	**8.383**	**37.243**	**40.389**	**3.139**	**3.158**	**42.882**	**51.930**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	24.753	–	–	–	24.753	–
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–15	261	–24	112	–9	6	–48	379
Zugänge aus Emissionen	18.621	23.421	15.456	15.139	–	–	34.077	38.560
Abgänge durch Rückzahlung	–16.705	–28.598	–19.216	–17.043	–50	–40	–35.971	–45.681
Abgänge durch Rückkäufe	–171	–955	–708	–1.363	–	–	–879	–2.318
Veränderung der abgegrenzten Zinsen	–1	–2	34	–37	–1	–2	32	–41
Erfolgswirksame Wertänderungen	1	–10	–370	46	–12	17	–381	53
Stand zum 31.12.	**4.230**	**2.500**	**57.168**	**37.243**	**3.067**	**3.139**	**64.465**	**42.882**

Im Rahmen der Emissionstätigkeit des Helaba-Konzerns werden sowohl kurzfristige Geldmarktpapiere als auch mittel- und langfristige Schuldverschreibungen und Nachrangmittel am Geld- und Kapitalmarkt platziert.

Die Zugänge aus Emissionen und Abgänge durch Rückzahlungen umfassen auch das Platzierungsvolumen von kurzfristigen Geldmarktpapieren, die zum Ende des Geschäftsjahres bereits wieder getilgt sein können. Die erfolgswirksamen Wertänderungen resultieren aus Bewertungseffekten von zum Abschlussstichtag im Bestand befindlichen finanziellen Verbindlichkeiten, die als gesicherte Grundgeschäfte in das Hedge Accounting einbezogen oder der FVO zugeordnet sind.

(69) Angaben zum Risikomanagement

Das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals steht im Mittelpunkt der Konzernrisikostrategie. Zur Risikosteuerung werden die identifizierten Risiken laufend gemessen und überwacht. Hierzu werden die Methoden stetig weiterentwickelt. Zur Organisation des Risikomanagements, den einzelnen Risikoarten sowie Risikokonzentrationen verweisen wir auf den Chancen- und Risikobericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

(70) Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten

Für zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Forderungen mit einem Buchwert von 298 Mio. € (2011: 504 Mio. €), die zum Bilanzstichtag überfällig waren, wurden keine Wertminderungen gebildet, da nach Einschätzung der Helaba keine wesentliche Veränderung in der Bonität der Schuldner vorliegt und mit einer Tilgung der ausstehenden Beträge gerechnet wird.

Ein finanzieller Vermögenswert wird als überfällig eingestuft, wenn der Vertragspartner den vertraglich vereinbarten Zahlungen aus dem Finanzinstrument nicht fristgerecht nachgekommen ist und deshalb ein maschinelles Mahnverfahren eingeleitet wurde. Es ist dabei schon ausreichend, wenn bestimmte vertraglich vereinbarte Teilzahlungen (Zinsen oder Teilrückzahlungen) in Verzug sind.

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufgliederung der zum Bilanzstichtag überfälligen, nicht wertgeminderten Forderungen nach der Dauer des Zahlungsverzugs:

in Mio. €

	Verzug bis zu einem Monat	Verzug über einen Monat bis zu drei Monaten	Verzug über drei Monaten bis zu einem Jahr	Verzug über einem Jahr	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	15	–	–	–	15
Forderungen an Kunden (LaR)	66	78	49	87	280
Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen (LaR)	1	1	1	–	3
Gesamt	**82**	**79**	**50**	**87**	**298**

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2011:

in Mio. €

	Verzug bis zu einem Monat	Verzug über einen Monat bis zu drei Monaten	Verzug über drei Monaten bis zu einem Jahr	Verzug über einem Jahr	Gesamt
Forderungen an Kunden (LaR)	85	170	78	166	499
Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen (LaR)	1	2	1	1	5
Gesamt	**86**	**172**	**79**	**167**	**504**

Die Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen, die im Bilanzposten Sonstige Aktiva ausgewiesen werden, resultieren überwiegend aus dem Immobilienprojektierungs- und Wohnungsbaugeschäft.

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte von Forderungen der Kategorie LaR, die durch die Bildung von Einzel- beziehungsweise pauschalierten Einzelwertberichtigungen wertgemindert wurden. Darüber hinaus sind hier auch die Bruttobuchwerte vor Wertminderung von Finanzanlagen der Kategorie AfS aufgeführt.

in Mio. €

	Buchwert vor Wertberichtigung		Höhe der Wertberichtigung		Buchwert nach Wertberichtigung	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	8	1	1	1	7	–
Forderungen an Kunden (LaR)	2.551	2.021	912	929	1.639	1.092
Finanzanlagen (AfS)	246	306	121	166	125	140
Gesamt	**2.805**	**2.328**	**1.034**	**1.096**	**1.771**	**1.232**

Das maximale Kreditrisiko gemäß IFRS 7.36 (a) zum Abschlussstichtag entspricht mit Ausnahme der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte wie unter Anhangangabe (65) dargestellt, zuzüglich der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen gemäß Anhangangabe (72). Für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden entspricht das maximale Kreditrisiko dem Buchwert abzüglich der Wertberichtigungen auf Forderungen (siehe Anhangangabe (36)). Es handelt sich hierbei um Beträge ohne Abzug von Sicherheiten oder sonstiger risikomindernder Vereinbarungen.

Der Helaba-Konzern hält zur Besicherung seiner Kreditforderungen insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften sowie Wertpapiere. Zudem kommen andere branchenübliche Sicherungsvereinbarungen zur Anwendung. Die Schätzwerte für die beizulegenden Zeitwerte der Sicherheiten basieren auf der Bewertung der Sicherheiten, die abhängig von Kreditart und -volumen gemäß den Kreditrichtlinien einer laufenden Überwachung und Fortschreibung unterliegen.

Die folgende Tabelle zeigt die Schätzwerte für die beizulegenden Zeitwerte der im Rahmen des klassischen Kreditgeschäftes gehaltenen Sicherheiten zum Bilanzstichtag:

in Mio. €

	Buchwert		Fair Value der Sicherheiten	
	31.12.2012	31.12.2011[1)]	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kreditinstitute	23.236	15.295	122	124
Forderungen an Kunden	90.821	84.041	35.080	34.921
Eventualverbindlichkeiten	4.951	3.582	290	267
Unwiderrufliche Kreditzusagen	15.365	15.766	995	1.013
Gesamt	**134.373**	**118.684**	**36.487**	**36.325**

[1)] Vorjahreszahlen angepasst: Erhöhung des Buchwertes der unwiderruflichen Kreditzusagen um 250 Mio. €.

Nach Abschluss der Sicherheitenverwertung einer Immobilienfinanzierung besteht zum 31. Dezember 2012 nur noch ein geringer Anteil an einer Objektgesellschaft.

Für weitere Angaben zu Kreditrisiken verweisen wir auf den Chancen- und Risikobericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen

(71) Eventualverpflichtungen und andere nicht bilanzierte Verpflichtungen

Bei den Eventual- und anderen Verpflichtungen des Helaba-Konzerns handelt es sich im Wesentlichen um potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten des Konzerns, die sowohl aus den gestellten Bürgschaften als auch aus den Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen Kreditlinien erwachsen. Die Betragsangaben spiegeln mögliche Verpflichtungen bei vollständiger Ausnutzung eingeräumter Kreditlinien beziehungsweise bei Inanspruchnahme der Avale wider. Die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen wurden von den Beträgen gekürzt.

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011[1)]
Eventualverbindlichkeiten	**4.951**	**3.582**
Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	4.951	3.582
Andere Verpflichtungen	**17.601**	**18.269**
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	2.072	2.319
unwiderrufliche Kreditzusagen	15.365	15.766
Nachschussverpflichtungen	39	41
Einzahlungsverpflichtungen	67	98
vertragliche Verpflichtungen für den Erwerb von Sachanlagen, immateriellen und sonstigen Vermögenswerten	12	33
vertragliche Verpflichtungen in Verbindung mit als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	12	7
sonstige Verpflichtungen	34	5
Gesamt	**22.552**	**21.851**

[1)] Vorjahreszahlen angepasst: Erhöhung der unwiderruflichen Kreditzusagen um 250 Mio. €.

Am Bilanzstichtag entfielen von den Einzahlungsverpflichtungen auf 25 Personenhandelsgesellschaften 57 Mio. € und auf zwei Kapitalgesellschaften 10 Mio. €. Einzahlungsverpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden nicht.

Aus der Anwachsung eines Tochterunternehmens hat die Bank als Rechtsnachfolgerin die Verpflichtungen des Tochterunternehmens übernommen. Aus dessen Teilnahme an einer Spaltungsmaßnahme resultieren zeitlich befristete Haftungen nach dem UmwG. Eine tatsächliche Belastung ist derzeit nicht zu erwarten.

An der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main, ist die Bank als unbeschränkt haftender Gesellschafter beteiligt.

Für den Fall der Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandsschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich verpflichtet.

Den Sicherungseinrichtungen der deutschen Sparkassenorganisation ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Die Frankfurter Sparkasse ist Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen. Diese Sicherungseinrichtungen haben institutssichernde Wirkung, das heißt, sie sind darauf angelegt, die angeschlossenen Institute selbst in ihrem Bestand zu schützen. Im Fall des Eintritts von Stützungsfällen bestehen Nachschussverpflichtungen.

Des Weiteren sind die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen angeschlossen. Er gewährleistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Landesbank Hessen-Thüringen und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5 ‰ der Bemessungsgrundlage (Risikoaktiva der Institute) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrages.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. angehörender Mitglieder.

Darüber hinaus haften einzelne konzernangehörige Institute als Mitglieder von Einlagensicherungseinrichtungen im Rahmen der hierfür geltenden Bestimmungen.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Falle der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH beziehungsweise der OFB Projektentwicklung GmbH deren Ausgleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Für den Fall, dass Kapitaleinlagen zurückgezahlt werden, können Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 205 Mio. € entstehen.

(72) Patronatserklärungen

Firma	Sitz
Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	Frankfurt am Main
Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH	Frankfurt am Main
Grundstückgesellschaft Westhafen GmbH	Frankfurt am Main

(73) Volumen der verwalteten Fonds

Die von der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH und der LB(Swiss) Investment AG verwalteten Investmentvermögen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Publikumfonds 72 (2011: 74)	4.015	3.587
Spezialfonds 226 (2011: 220)	79.582	69.265
Gesamt	**83.597**	**72.852**

(74) Treuhandgeschäfte

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Treuhandvermögen	**1.060**	**1.222**
Forderungen an Kreditinstitute	216	317
Forderungen an Kunden	560	623
Beteiligungen	272	269
sonstige Vermögensgegenstände	12	13
Treuhandverbindlichkeiten	**1.060**	**1.222**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4	6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	738	901
sonstige Verbindlichkeiten	318	315

Die Treuhandgeschäfte betreffen im Wesentlichen als Treuhandkredite gewährte Fördermittel des Bundes, des Landes Hessen und der KfW, bei anderen Kreditinstituten angelegte Treuhandgelder sowie für Privatanleger verwalteten Anteilsbesitz.

Sonstige Angaben

(75) Angaben zum Leasinggeschäft

Der Helaba-Konzern als Leasinggeber
In der folgenden Tabelle werden die Angaben zum Finanzierungsleasing dargestellt:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Bruttoinvestitionswert	**9**	**10**
bis ein Jahr	1	1
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5	4
mehr als fünf Jahre	3	5
Unrealisierter Finanzertrag	**–2**	**–2**
Nettoinvestitionswert	**7**	**8**
bis ein Jahr	1	1
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3	3
mehr als fünf Jahre	3	4

Der Bruttoinvestitionswert entspricht der Summe der Mindestleasingzahlungen aus dem Finanzierungsleasing und dem Leasinggeber zustehender nicht garantierter Restwerte. In den Mindestleasingzahlungen sind vom Leasingnehmer zu leistende garantierte Restwerte enthalten. Der unrealisierte Finanzertrag entspricht der Differenz zwischen dem Bruttoinvestitionswert und dem Nettoinvestitionswert.

Wie im Vorjahr bestehen keine kumulierten Wertberichtigungen bei Finanzierungsleasinggeschäften. Im Berichtsjahr wurden aus Finanzierungsleasingverhältnissen wie im Vorjahr keine bedingten Mietzahlungen als Ertrag erfasst.

In den kommenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu erwarten:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011[1)]
Bis ein Jahr	109	94
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	115	147
Mehr als fünf Jahre	29	50
Gesamt	**253**	**291**

[1)] Verringerung der Mindestleasingzahlungen im Vorjahr um 43 Mio. €.

Die Operating-Leasingverhältnisse betreffen insbesondere Untermietverträge für angemietete Gebäudeflächen sowie Mietverträge aus der Vermietung eigener Grundstücke und Gebäude. Im Berichtsjahr wurden aus Operating-Leasingverhältnissen bedingte Mietzahlungen in Höhe von 6 Mio. € (2011: 1 Mio. €) als Ertrag erfasst.

Der Helaba-Konzern als Leasingnehmer
Im Verwaltungsaufwand sind in Höhe von 49 Mio. € (2011: 38 Mio. €) Zahlungen für Operating-Leasingverhältnisse enthalten, bei denen die Helaba Leasingnehmer ist. Dies betrifft überwiegend Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Bei den angemieteten Objekten handelt es sich im Wesentlichen um im Bankbetrieb genutzte Bürogebäude, soweit sie nicht im Rahmen von Untermietverhältnissen einer anderen kommerziellen Nutzung unterliegen. Die Mietverträge haben feste Laufzeiten mit gegenwärtigen Restlaufzeiten bis zu 15 Jahren. Preisanpassungsklauseln bestehen in verschiedenen Varianten; bedingte Mietzahlungen sind nicht vereinbart.

In den kommenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu leisten:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Bis ein Jahr	56	49
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	182	167
Mehr als fünf Jahre	160	171
Gesamt	**398**	**387**

Aus unkündbaren Untermietverhältnissen werden zum Bilanzstichtag künftige Mindestmietzahlungen in Höhe von 51 Mio. € (2011: 51 Mio. €) erwartet. Im Berichtsjahr wurden aus Untermietverhältnissen 15 Mio. € (2011: 13 Mio. €) vereinnahmt, die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst sind.

Finanzierungsleasinggeschäfte mit dem Helaba-Konzern als Leasingnehmer bestanden im Geschäftsjahr nicht.

(76) Angaben zum Eigenkapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennzahlen

Das Eigenkapitalmanagement des Helaba-Konzerns umfasst die Planung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel im Rahmen des Planungsprozesses, die Allokation von Eigenmitteln, die Überwachung der Entwicklung der Risikopositionen und die Einhaltung der Kapitallimite, die Überwachung und Plausibilisierung des verbleibenden Kapitalpuffers sowie die Berücksichtigung eines kalkulatorischen Eigenkapitalkostensatzes im Rahmen der Deckungsbeitragsrechnung. Ziel des Eigenkapitalmanagements ist die Allokation der Ressource Eigenkapital unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten auf die Bereiche des Konzerns unter der Nebenbedingung der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften zur Kapitalausstattung.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Helaba-Institutsgruppe werden gemäß der §§ 10 und 10a KWG ermittelt. Danach muss die Helaba-Institutsgruppe im Interesse der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern Eigenmittel in angemessener Höhe halten.

Die Solvabilitätsverordnung verpflichtet Institute, ihre Adressenausfallrisiken, ihre Marktrisiken und das operationelle Risiko zu quantifizieren und mit Eigenmitteln zu unterlegen.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Helaba-Institutsgruppe gemäß Solvabilitätsverordnung setzen sich aus dem Kern- und Ergänzungskapital sowie den Drittrangmitteln zusammen und gliedern sich zum Meldestichtag 31. Dezember 2012 wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Stammkapital	589	477
anderes Kapital	1.920	1.920
sonstiges Kapital	1.053	1.053
offene Rücklagen und Konsolidierungseffekte	2.954	1.996
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB	479	448
Abzugsposten nach § 10 Abs. 2a KWG	–40	–36
Kernkapital	**6.955**	**5.858**
Kapital gemäß § 10 Abs. 5 KWG	707	724
längerfristige nachrangige Verbindlichkeiten	2.290	2.314
übrige Bestandteile und Konsolidierungseffekte	4	4
Ergänzungskapital	**3.001**	**3.042**
Abzugsposten gemäß § 10 Abs. 6 und 6a KWG	–273	–121
Haftendes Eigenkapital	**9.683**	**8.779**
genutzte, verfügbare Drittrangmittel	–	–
Eigenmittel gesamt	**9.683**	**8.779**

Mit Feststellung der Jahresabschlüsse 2012 werden die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel durch Zuführung zur Vorsorge für Bankrisiken nach § 340f HGB, zum Sonderposten nach § 340g HGB, Bildung von Wertberichtigungen und die Dotierung der Rücklagen gestärkt.

Zum Bilanzstichtag ergaben sich folgende Kapitalanforderungen und Kennziffern:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Adressenausfallrisiken	4.158	3.908
Marktrisiken	422	407
Operationelle Risiken	284	268
Kapitalanforderungen	**4.864**	**4.583**
Kernkapitalquote	11,2 %	10,1 %
Gesamtkennziffer	15,9 %	15,3 %

Kern- und Eigenkapitalquoten erfüllen die von der Helaba im Rahmen der Eigenkapitalplanung formulierten Zielquoten. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Kapitalausstattung sind eingehalten.

(77) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Helaba-Konzerns werden Geschäfte mit nach IAS 24 als nahestehend anzusehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen. Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu den nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen, den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns einschließlich deren nachgeordneter Tochterunternehmen.

Bezüglich des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, des Landes Hessen sowie des Freistaates Thüringen als Gesellschafter und Träger sind die Voraussetzungen für eine Befreiung von der Berichterstattung zu nahestehenden Unternehmen als öffentliche Stellen gegeben; von der entsprechenden Regelung wird grundsätzlich Gebrauch gemacht, sofern es sich nicht um wesentliche Geschäftsvolumina handelt. Geschäftsbeziehungen zu unseren Gesellschaftern und deren nachgeordneten Tochterunternehmen nach IAS 24 bestehen aus normalen bankgeschäftlichen Dienstleistungen. Der Umfang der Geschäftsbeziehungen zu den Gesellschaftern und wesentlichen nachgeordneten Unternehmen im Berichtsjahr wird aus den nachfolgend angegebenen Salden zum Geschäftsjahresende erkennbar. Ebenso sind die Angaben zu den nach IAS 24 definierten Personen in Schlüsselpositionen des Helaba-Konzerns einschließlich deren nahe Familienangehörige sowie von diesen Personen beherrschte Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2012 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011[1)]
Forderungen an Kreditinstitute	**44**	**45**
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	4	5
Gesellschafter der Helaba	40	40
Forderungen an Kunden	**2.418**	**2.709**
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	6	8
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	598	758
Gesellschafter der Helaba	1.589	1.865
sonstige nahestehende Personen	225	78
Handelsaktiva	**884**	**420**
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	20	11
Gesellschafter der Helaba	864	409
Finanzanlagen	**580**	**65**
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	22	21
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	38	44
Gesellschafter der Helaba	520	–
Sonstige Aktiva	**170**	**1**
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	–	1
Gesellschafter der Helaba	170	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**311**	**193**
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	1	3
Gesellschafter der Helaba	310	190
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	**889**	**854**
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	22	59
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	82	69
Gesellschafter der Helaba	772	708
sonstige nahestehende Personen	13	18
Handelspassiva	**65**	**417**
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	5	12
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	6	12
Gesellschafter der Helaba	54	393
Nachrangkapital	**84**	**84**
Gesellschafter der Helaba	84	84
Sonstige Passiva	**49**	**38**
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	47	38
Gesellschafter der Helaba	2	–
Eventualverbindlichkeiten	**307**	**261**
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	67	65
Gesellschafter der Helaba	68	21
sonstige nahestehende Personen	172	175

[1)] Vorjahreszahlen angepasst, siehe Anhangangabe (1).

Wertberichtigungen für bilanzierte Forderungen an nahestehende Unternehmen und Personen bestehen in Höhe von 4 Mio. €. Forderungsverzichte erfolgten in Höhe von 9 Mio. € bei einem Gemeinschaftsunternehmen. Forderungsausbuchungen sind in 2012, ebenso wie in 2011, nicht angefallen.

Die nicht bilanziell als Forderungen beziehungsweise Einlagen oder Verbindlichkeiten ausgewiesenen Geschäfte mit nahestehenden Personen betreffen im Wesentlichen den An- und Verkauf von Wertpapieren und Investmentfondsanteilen sowie das von einer Tochterunternehmung betriebene Geschäft der Platzierung von geschlossenen Fonds. Die hieraus entstandenen Erträge beziehungsweise Aufwendungen sind von nur untergeordneter Bedeutung (insgesamt kleiner 1 Mio. €).

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder in Höhe von 1 Mio. € (2011: 1 Mio. €) und Kredite an Verwaltungsratsmitglieder in Höhe von 3 Mio. € (2011: 2 Mio. €).

Die Bezüge des Vorstandes der Helaba setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Kurzfristige Leistungen	4	5
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–
Andere langfristige Leistungen	3	1
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–

Darüber hinaus wurden für Mitglieder des Vorstandes den Pensionsrückstellungen 0,6 Mio. € (2011: 0,4 Mio. €) zugeführt (Dienstzeitaufwand).

Dem Verwaltungsrat wurden wie im vorangegangenen Jahr 0,6 Mio. € und den Beiräten unverändert 0,1 Mio. € vergütet. Darüber hinaus wurden an die Mitglieder des Verwaltungsrates als Arbeitnehmer Bezüge in Höhe von insgesamt 2 Mio. € gezahlt. An frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden unverändert 3 Mio. € geleistet. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis sind 44 Mio. € (2011: 39 Mio. €) zurückgestellt.

(78) Honorare des Abschlussprüfers

Für das Geschäftsjahr wurden folgende Entgelte für Leistungen berechnet, die von Konzernunternehmen der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erbracht wurden:

in Mio. €

	31.12.2012	31.12.2011
Abschlussprüfung	4	3
Sonstige Leistungen	3	4
Gesamt	**7**	**7**

(79) Angaben zu Arbeitnehmern

Beschäftigte im Jahresdurchschnitt

	Weiblich		Männlich		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Bank	1.051	965	1.513	1.430	2.564	2.395
WIBank	244	236	174	175	418	411
LBS	179	175	130	134	309	309
Gesamtbank	**1.474**	**1.376**	**1.817**	**1.739**	**3.291**	**3.115**
Konzerntochtergesellschaften	1.415	1.432	1.369	1.341	2.784	2.773
Konzern	**2.889**	**2.808**	**3.186**	**3.080**	**6.075**	**5.888**

(80) Mitglieder des Verwaltungsrates

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning
Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– Erster stellvertretender
Vorsitzender –

Dr. Thomas Schäfer
Staatsminister
Hessisches Ministerium
der Finanzen
Wiesbaden
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –

Hans Martz
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Essen
Essen
– seit 17. September 2012 –
– Dritter stellvertretender
Vorsitzender –
– seit 1. Dezember 2012 –

Franz Josef Schumann
Präsident
Sparkassenverband Saar
Saarbrücken
– seit 17. September 2012 –
– Fünfter stellvertretender
Vorsitzender –
– seit 24. September 2012 –

Prof. Dr. h. c. Ludwig G. Braun
Vorsitzender des Aufsichtsrates
B. Braun Melsungen AG
Melsungen

Ingo Buchholz
Vorsitzender des Vorstandes
Kasseler Sparkasse
Kassel

Dirk Diedrichs
Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt

Georg Fahrenschon
Präsident
Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e. V.
Berlin
– seit 17. September 2012 –

Robert Fischbach
Landrat
Kreis Marburg-Biedenkopf
Marburg

Martin Fischer
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Jena-Saale-Holzland
Jena
– bis 30. Juni 2012 –

Volker Goldmann
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Bochum
Bochum
– seit 20. September 2012 –

Stefan Lauer
Mitglied des Vorstandes
Deutsche Lufthansa AG
Frankfurt am Main

Christoph Matschie
Minister
Thüringer Minister für Bildung,
Wissenschaft und Kultur
Erfurt

Gerhard Möller
Oberbürgermeister
Stadt Fulda
Fulda

Frank Nickel
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Clemens Reif
Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Stefan Reuß
Landrat
Werra-Meißner-Kreis
Eschwege

Dr. h. c. Petra Roth
Oberbürgermeisterin
Stadt Frankfurt am Main
Frankfurt am Main
– bis 30. Juni 2012 –

Thorsten Schäfer-Gümbel
Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Wolfgang Schuster
Landrat
Lahn-Dill-Kreis
Wetzlar

Dr. Eric Tjarks
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Bensheim
Bensheim
– seit 1. Januar 2012 –

Egon Vaupel
Oberbürgermeister
Stadt Marburg
Marburg
– seit 1. Januar 2012 –

Dr. Norbert Vornehm
Oberbürgermeister
Stadt Gera
Gera
– bis 30. Juni 2012 –

Thomas Wagner
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Altenburger Land
Altenburg
– seit 1. Juli 2012 –

Alfred Weber
Vorsitzender des Vorstandes
Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt
Saalfeld

Stephan Ziegler
Vorsitzender des Vorstandes
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden

Ulrich Zinn
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Grünberg
Grünberg

Arnd Zinnhardt
Mitglied des Vorstandes
Software AG
Darmstadt

Von der Belegschaft entsandt:

Wilfried Abt
Abteilungsdirektor
Frankfurt am Main
– Vierter stellvertretender Vorsitzender –
– bis 30. Juni 2012 –

Thorsten Derlitzki
Bankangestellter
Frankfurt am Main
– Vierter stellvertretender Vorsitzender –
– seit 1. Juli 2012 –

Frank Beck
Bankprokurist
Frankfurt am Main

Ursula Bergermann
Stellvertretende Bankdirektorin
Erfurt
– bis 30. September 2012 –

Brigitte Berle
Bankangestellte
Frankfurt am Main
– seit 1. Juli 2012 –

Isolde Burhenne
Stellvertretende Abteilungsdirektorin
Frankfurt am Main

Wilfried Carl
Stellvertretender Abteilungsdirektor
Kassel
– seit 1. Oktober 2012 –

Gabriele Fuchs
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Anke Glombik
Bankprokuristin
Erfurt
– seit 1. September 2012 –

Thorsten Kiwitz
Stellvertretender Abteilungsdirektor
Frankfurt am Main

Annette Langner
Bankangestellte
Frankfurt am Main
– seit 1. September 2012 –

Susanne Noll
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Hans Peschka
Stellvertretender Abteilungsdirektor
Frankfurt am Main

Erich Roth
Bankangestellter
Frankfurt am Main

Birgit Sahliger-Rasper
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Wolf-Dieter Tesch
Stellvertretender Bankdirektor
Frankfurt am Main

(81) Kreditausschuss des Verwaltungsrates

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning
Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– Stellvertretender Vorsitzender –

Wilfried Abt
Abteilungsdirektor
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main
– bis 30. Juni 2012 –

Thorsten Derlitzki
Bankangestellter
Landesbank Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main
– seit 1. Juli 2012 –

Martin Fischer
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Jena-Saale-Holzland
Jena
– bis 30. Juni 2012 –

Volker Goldmann
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Bochum
Bochum
– seit 1. Dezember 2012 –

Claus Kaminsky
Oberbürgermeister
Stadt Hanau
Hanau

Frank Lortz
Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Hans Martz
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Essen
Essen
– seit 1. Oktober 2012 –

Gerhard Möller
Oberbürgermeister
Stadt Fulda
Fulda

Siegmar Müller
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Germersheim-Kandel
Kandel
– seit 1. Oktober 2012 –

Frank Nickel
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege
– seit 1. April 2012 –

Honorargeneralkonsul Dirk Pfeil
Unternehmensberater
Frankfurt am Main

Clemens Reif
Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis
Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied
Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e. V.
Berlin
– seit 1. Oktober 2012 –

Fritz Schröter
Mitglied des Thüringer Landtages
Erfurt

Alfred Weber
Vorsitzender des Vorstandes
Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt
Saalfeld
– seit 1. September 2012 –

Ulrich Zinn
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Grünberg
Grünberg

(82) Bilanzprüfungsausschuss des Verwaltungsrates

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Stephan Ziegler
Vorsitzender des Vorstandes
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden
– Erster stellvertretender
Vorsitzender –

Hans Peschka
Stellvertretender
Abteilungsdirektor
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –

Frank Beck
Bankprokurist
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main

Ursula Bergermann
Stellvertretende Bankdirektorin
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Erfurt
– bis 30. September 2012 –

Brigitte Berle
Bankangestellte
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main
– seit 1. Oktober 2012 –

Dirk Diedrichs
Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt

Dr. Werner Henning
Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt

Frank Nickel
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Dr. Thomas Schäfer
Staatsminister
Hessisches Ministerium
der Finanzen
Wiesbaden

Alexander Wüerst
Vorsitzender des Vorstandes
Kreissparkasse Köln
Köln
– seit 1. Dezember 2012 –

Der Verwaltungsrat hat außerdem im Rahmen seiner Befugnisse Aufgaben an einen Personalausschuss, Bauausschuss sowie Beteiligungsausschuss übertragen.

(83) Mitglieder des Vorstandes

Hans-Dieter Brenner
Vorsitzender

Johann Berger
Stellvertretender Vorsitzender
– bis 30. September 2012 –

Jürgen Fenk
– seit 1. Oktober 2012 –

Klaus-Dieter Gröb

Thomas Groß
– seit 15. Oktober 2012 –

Dr. Detlef Hosemann

Rainer Krick

Gerrit Raupach
– bis 30. September 2012 –

Dr. Norbert Schraad

(84) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Mandate der Vorstandsmitglieder

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Hans-Dieter Brenner	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG Zürich, Schweiz	Präsident
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Jürgen Fenk	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Klaus-Dieter Gröb	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Erster stellvertretender Vorsitzender
	Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied
Thomas Groß	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Detlef Hosemann	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Mitglied
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Rainer Krick	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG Zürich, Schweiz	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender

Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Herbert Hans Grüntker	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Jörg Hartmann	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Ulrich Kirchhoff	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Claudio Miguel Lagemann	Pirelli Deutschland GmbH, Höchst	Mitglied
Holger Mai	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Dirk Mewesen	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland	Mitglied
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Vorsitzender
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland	Vorsitzender
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Mitglied
Dr. Michael Reckhard	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied
Klaus Georg Schmidbauer	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied
Lothar Steinborn-Reetz	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland	Mitglied
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Mitglied
Erich Vettiger	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Mitglied

(85) Anteilsbesitz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale gemäß § 315a i. V. m. § 313 Abs. 2 HGB

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte %	Eigenkapital Mio. €	Ergebnis Tsd. €	
1	1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH, Frankfurt am Main	100,00			7,1	0	1)
2	AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Frankfurt am Main	89,80			0,0	7	2)
3	Airport Office One GmbH & Co. KG, Schönefeld	100,00			0,0	−6	2)
4	Arosa Finance Limited, Dublin, Irland	0,00			0,0	−79	3)
5	ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	0,00			−3,1	−3.136	3)
6	BGT Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG für Citybauten, Frankfurt am Main	100,00	100,00		116,9	29.945	2)
7	BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH, Kassel	100,00			0,0	0	1), 4)
8	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland-beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		7,2	821	2)
9	CAMPANULA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	33,00			−4,4	−675	3)
10	CORDELIA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	90,00	90,00		0,0	0	1), 3)
11	DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam	94,89			36,7	1.677	
12	Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG, Kriftel	100,00			70,4	−10	2)
13	EGERIA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	90,00	90,00		−0,2	0	1), 3)
14	Fachmarktzentrum Fulda GmbH & Co. KG, Fulda	100,00			0,2	1.845	2)
15	Fellnerstraße 5 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,1	−1	2)
16	FMZ Fulda Verwaltung GmbH, Fulda	100,00			0,0	92	
17	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	100,00			9,8	−272	
18	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	100,00	100,00		101,6	3.612	
19	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	100,00	100,00		770,7	60.000	
20	FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,2	0	1)
21	GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH, Erfurt	100,00			0,3	0	1), 4)
22	GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0	1), 4)
23	Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR, Frankfurt am Main	100,00			0,0	−168	
24	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	−128	2)
25	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,1	−23	
26	G+S Bauen und Wohnen GmbH, Frankfurt am Main	100,00			2,6	3	
27	G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	100,00			23,4	0	1)
28	GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Frankfurt am Main	100,00	5,10		60,9	4.719	

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß §16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte %	Eigenkapital Mio. €	Ergebnis Tsd. €	
29	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		949,9	0	1)
30	GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	100,00			357,5	46.489	
31	Hafenbogen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		2,4	–3.156	2)
32	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG, Pullach	39,69	39,69		16,5	43	3)
33	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG, Pullach	57,97	57,97		18,2	623	3)
34	HANNOVER LEASING Private Invest Beteiligungs GmbH, Pullach	100,00			48,7	–703	3)
35	HANNOVER LEASING Private Invest II GmbH & Co. KG, Pullach	91,25			51,4	–71	3)
36	HANNOVER LEASING Wachstumswerte Asien 1 GmbH & Co. KG, Pullach	54,51			28,5	3.396	3)
37	Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	–100	2)
38	Haus am Zentralen Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,5	14	2)
39	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland	100,00	100,00		151,3	3.005	
40	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	100,00	100,00		5,4	185	
41	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		13,0	0	1)
42	HeWiPPP II GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			2,5	–17	2)
43	Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Mainz	95,00	95,00	24,00	–12,7	1.667	3)
44	IKT Westhafen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,1	68	2)
45	KADENZA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	0,00			6,6	20	
46	LB(Swiss) Investment AG, Zürich, Schweiz	100,00			8,9	1.204	
47	LHT MSIP, LLC, Wilmington, USA	100,00			5,0	305	
48	LHT Power Three LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00		43,4	1.811	
49	LHT TCW, LLC, Wilmington, USA	100,00			19,2	1.167	
50	LHT TPF II, LLC, Wilmington, USA	100,00			17,7	435	
51	Main Capital Funding II Limited Partnership, St. Helier, Jersey	0,00			0,9	157	3)
52	Main Capital Funding Limited Partnership, St. Helier, Jersey	0,00			0,2	33	3)
53	MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	0	1)
54	MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH, Frankfurt am Main	99,99			4,4	702	
55	Merian GmbH Wohnungsunternehmen, Frankfurt am Main	90,70			18,6	1.181	
56	MS "EAGLE STRAIT" GmbH & Co. KG, Hamburg	0,00			0,1	–334	3)
57	MS "EMERALD STRAIT" GmbH & Co. KG, Hamburg	0,00			–0,4	566	3)
58	MS "ENDEAVOUR STRAIT" GmbH & Co. KG, Hamburg	0,00			0,4	–39	3)
59	MS "ESSEX STRAIT" GmbH & Co. KG, Hamburg	0,00			–2,9	–204	3)
60	OFB Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,00			4,9	524	
61	OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,1	0	1), 4)
62	OPUSALPHA FUNDING LTD, Dublin, Irland	0,00			0,0	0	3)
63	OPUSALPHA PURCHASER LTD, Dublin, Irland	0,00			0,0	0	3)
64	Palladium Praha s.r.o., Praha, Tschechien	83,00			–106,4	–12.510	3)

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte %	Eigenkapital Mio. €	Ergebnis Tsd. €	
65	Palladium SC GmbH & Co. Beteiligungs KG, Pullach	0,00			–36,5	–7.715	3)
66	Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schule an der Wascherde KG, Kassel	100,00			0,0	–41	2)
67	Projektgesellschaft Gesundheitszentrum Frauengasse – Jena mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	–2	2)
68	PVG GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	53	
69	Schlossgalerie Eschwege GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,1	842	2)
70	STRATUS Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	94,80			–6,9	–288	3)
71	TE Kronos GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	196	
72	VANESSA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	0,00			–15,3	–4.252	3)
73	Vermögensverwaltung "Emaillierwerk" GmbH, Fulda	100,00			0,4	1.533	
74	Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0	1)
75	Westhafen Tower GmbH & Co. Projektentwicklungs-KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	0	2)
76	Westhafenkontor GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	317	2)

Lfd. Nr.	Wertpapiersondervermögen nach InvG	Kapitalanteil in % gesamt	davon unmittelbar		Fondsvolumen Mio. €		
77	HI-LBS-FONDS I	100,00	100,00		28,0		3), 7)
78	HI-LBS 2-FONDS	100,00	100,00		28,1		3), 7)
79	HI-LBS 4-FONDS	100,00	100,00		28,3		3), 7)
80	HI-LBS 5-FONDS	100,00	100,00		28,5		3), 7)
81	HI-LBS 6-FONDS	100,00	100,00		28,6		3), 7)
82	HI-RENTPLUS-FONDS	100,00	100,00		376,6		3), 7)
83	HI-TURBO-FONDS	100,00	100,00		768,9		3), 7)
84	HI-HT-KOMP-Fonds	100,00			8,5		3), 7)
85	HI-Balanced 40	100,00			5,2		3),5),6)
86	HI A-FSP Fonds	100,00			141,1		3)
87	HI C-FSP Fonds	100,00			126,5		3)
88	HI FBI Fonds	100,00			133,0		3)
89	HI FBP Fonds	100,00			94,4		3)
90	HI FSP Fonds	100,00			162,0		3)
91	HI H-FSP Fonds	100,00			137,8		3)

Des Weiteren wurden folgende Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierte Unternehmen at Equity bewertet:

At Equity bewertete Gemeinschaftsunternehmen

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß §16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte %	Eigenkapital Mio. €	Ergebnis Tsd. €
92	BS Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	1
93	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln	25,00			130,1	34.888
94	CP Campus Projekte GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,4	–294
95	Einkaufszentrum Wittenberg GmbH, Leipzig	50,00			0,0	–487
96	G & O Alpha Hotelentwicklung GmbH, Eschborn	50,00			0,1	–221
97	G & O Alpha Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,0	–97
98	G & O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Eschborn	50,00			0,1	8
99	G & O Baufeld Alpha 2. BA GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,4	–4
100	G & O Gateway Gardens Dritte GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,0	–2
101	G & O Gateway Gardens Erste GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,4	6.564
102	gatelands Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Schönefeld	75,00			0,0	848
103	gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	75,00			0,0	2
104	GOB Dritte E & A Grundbesitz GmbH, Eschborn	47,00			0,0	–3
105	GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Vierte Rhein-Main KG, Eschborn	50,00			0,0	–11
106	GOB Werfthaus GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,1	0
107	Horus Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Pöcking	50,00			0,0	–2.301
108	Multi Park Mönchhof Dritte GmbH & Co. KG, Walldorf/Baden	50,00			0,1	960
109	Multi Park Mönchhof GmbH & Co. KG, Walldorf/Baden	50,00			0,1	113
110	OFB & Procom Rüdesheim GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	–3
111	Projektentwicklung BS GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	–1.183
112	Projekt Feuerbachstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	70,00			0,6	–115
113	Westhafen Haus GmbH & Co. Projektentwicklungs-KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	35
114	Westhafen-Gelände Frankfurt am Main GbR, Frankfurt am Main	0,00		33,33	0,1	899

At Equity bewertete assoziierte Unternehmen

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß §16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte %	Eigenkapital Mio. €	Ergebnis Tsd. €
115	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33			6,8	653
116	HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	49,34	49,34		23,0	0
117	Sparkassen Markt Service GmbH, Darmstadt	50,00			5,3	425
118	WoWi Media GmbH & Co. KG, Hamburg	23,72		19,24	6,5	5.517

Nicht einbezogene Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte %	Eigenkapital Mio. €	Ergebnis Tsd. €	
119	Aeskulap Projekt GmbH & Co. KG i. Gr., Frankfurt am Main	100,00			k. A.	k. A.	
120	AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	2	
121	BGT-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0	1)
122	BHT Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland-beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Bauhof Maintal KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	0,5	68	
123	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland-beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt GZH Gemeindezentrum Hünstetten KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,6	97	
124	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland-beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt MGK Marstall-Gebäude Kassel KG, Kassel	50,00	50,00	66,67	0,3	40	
125	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland-beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Sparkassenfiliale Seeheim-Jugenheim KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,1	139	
126	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland-beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt TFK II Tiefgarage Kassel 2. BA KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	1,0	173	
127	BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,8	523	
128	Brillant Verwaltungsgesellschaft mbH i. L., Düsseldorf	100,00	100,00		k. A.	k. A.	
129	Bürogebäude Darmstädter Landstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	–1	
130	Büroquartier GSR Wiesbaden GmbH & Co. KG i. Gr., Frankfurt am Main	100,00			k. A.	k. A.	
131	BWT Beteiligungsgesellschaft für den Wirtschaftsaufbau Thüringens mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,4	31	
132	CEREUS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	33,33			2,8	–477	
133	Div Deutsche Immobilienfonds Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,1	0	
134	Dritte Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH, Kassel	100,00			0,0	3	
135	FAM-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	10	
136	Franziskanerhof Bonn GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,3	37	
137	Franziskanerhof Bonn Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	1	
138	GIMPRO Beteiligungs- und Geschäftsführungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,2	4	
139	Helaba Gesellschaft für Immobilienbewertung mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,6	0	1)
140	Helaba Projektbeteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,9	36	
141	HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	15	

Nicht einbezogene Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß §16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte %	Eigenkapital Mio. €	Ergebnis Tsd. €
142	IHB Investitions- und Handels-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,5	491
143	Innovationsfonds Hessen Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG i. L., Frankfurt am Main	86,66	86,66		–0,2	11
144	Innovationsfonds Hessen-Verwaltungsgesellschaft mbH i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	1
145	Kalypso Projekt GmbH & Co. KG i. Gr., Frankfurt am Main	100,00			k. A.	k. A.
146	KHR Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Kulturhalle Rödermark KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	1,5	291
147	LBS Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		2,0	89
148	Neunte P Projektgesellschaft mbH & Co. KG, Heiligenroth	100,00			k. A.	k. A.
149	NIBU Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,0	477
150	Norman Berry Drive, LLC, Norcross, Georgia, USA	100,00	100,00		k. A.	k. A.
151	Nötzli, Mai & Partner Family Office AG, Zürich, Schweiz	100,00			k. A.	k. A.
152	OFB Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	0
153	Office One Verwaltung GmbH, Schönefeld	100,00			0,0	0
154	Projekt Feuerbachstraße Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	70,00			0,0	0
155	Projektentwicklung Taunusstein GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	–1
156	Projektgesellschaft Darmstadt Goethestraße 36 mbH & Co. Bauträger KG i. L., Frankfurt am Main	51,00			0,1	26
157	Projektgesellschaft Darmstadt Goethestraße 36 mbH i. L., Frankfurt am Main	51,00			0,0	1
158	S-Beteiligungsgesellschaft Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,1	55
159	Second Millennium GmbH i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	–1
160	SQO Stadt Quartier Offenburg GmbH & Co. KG i.Gr., Frankfurt am Main	100,00			k. A.	k. A.
161	TE Atlas GmbH i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	2
162	TE Beta GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,3	86
163	TE Gamma GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	–5
164	TF H Technologie-Finanzierungsfonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TF H GmbH), Frankfurt am Main	66,67	66,67	66,66	2,1	508
165	TFK Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Tiefgarage Friedrichsplatz Kassel KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	1,2	158
166	Unterstützungseinrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0

Gemeinschaftsunternehmen, nicht at Equity bewertet

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte %	Eigenkapital Mio. €	Ergebnis Tsd. €
167	AARON Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Oberursel	50,00	50,00		–2,1	–1.351
168	G & O Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
169	GOB Projektentwicklungsgesellschaft E & A mbH, Eschborn	50,00			0,0	2
170	HELY Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,0	0
171	HELY Immobilien GmbH & Co. Grundstücksgesellschaft KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00		–15,8	–78
172	Hessen Kapital I GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		34,6	–585
173	Hessen Kapital II GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,8	292
174	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,1	6
175	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH & Co. Bad Homburg v.d.H. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,3	48
176	Mittelhessenfonds GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		–1,4	–262
177	Multi Park Verwaltungs GmbH, Walldorf/Baden	50,00			0,0	1
178	OFB & Procom Einzelhandelsentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	–2
179	Rotunde – Besitz- und Betriebsgesellschaft der S-Finanzgruppe bR, Erfurt	60,00	60,00	33,00	0,3	17
180	SKYGARDEN Arnulfpark Verwaltungs GmbH, Grünwald	50,00			0,0	0

Assoziierte Unternehmen, nicht at Equity bewertet

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß §16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte %	Eigenkapital Mio. €	Ergebnis Tsd. €
181	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	21,25	21,25		13,4	831
182	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	31,50	31,50		19,5	1529
183	Comtesse BTH Limited, London, Großbritannien	5,44	5,44	25,10	26,8	1477
184	CORPUS SIREO Holding GmbH, Köln	25,00			0,3	172
185	CPC Cellular Process Chemistry GmbH, Frankfurt am Main	33,33			0,0	–782
186	Francilienne Investments I S.à.r.l., Luxembourg, Luxemburg	23,41			0,2	–10
187	GbR VÖB-ImmobilienAnalyse, Bonn	0,00		20,00	k. A.	k. A.
188	HaemoSys GmbH, Jena	38,33			–4,8	–524
189	HANNOVER LEASING Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	49,34	49,34		0,0	4
190	Helaba-Assekuranz-Vermittlungsgesellschaft mbH, Wiesbaden	50,00	50,00		0,5	317
191	Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel	37,11	37,11		51,4	6721
192	Intelligent Crop Forecasting GmbH in Insolvenz, Darmstadt	27,67			k. A.	k. A.
193	Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs KG, Mainz	21,62			0,4	1267
194	Logistikzentrum Rodgau GmbH, Schönefeld	25,00			–0,5	251
195	MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	32,53	32,53		7,2	476
196	MIG Immobiliengesellschaft mbH i. L., Mainz	22,73	22,73		0,1	6754
197	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	38,56	38,56		18,8	1308
198	Riedemannweg 59–60 GbR, Berlin	32,00	32,00		–4,4	149
199	sys-T-matic Automations AG in Insolvenz, Schaafheim	30,00			k. A.	k. A.
200	Uknow GmbH, Heidenrod	25,09			–0,4	13
201	Vierte Airport Bureau-Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH & Co., Berlin	31,98	31,98		–2,4	–427
202	Vision Verpackungstechnik GmbH, Grünberg	25,14			–0,8	–483

Kapitalanteil größer 20 %

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß §16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte %	Eigenkapital Mio. €	Ergebnis Tsd. €
203	BIL Leasing GmbH & Co. Objekt Verwaltungsgebäude Halle KG, München	100,00		0,21	–0,4	3

[1] Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.
[2] Von §264b HGB wird bezüglich des Jahresabschlusses der Gesellschaft Gebrauch gemacht.
[3] Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Zweckgesellschaft.
[4] Von §264 Abs. 3 HGB wird bezüglich des Jahresabschlusses der Gesellschaft Gebrauch gemacht.
[5] Es handelt sich um ein Publikumssondervermögen im Sinne des InvG.
[6] Geschäftsjahresende 30. November.
[7] Geschäftsjahresende 31. Januar.
k. A.: Es liegt kein festgestellter Abschluss vor.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.“

Frankfurt am Main/Erfurt, den 27. März 2013

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner	Fenk	Gröb	Groß
Dr. Hosemann	Krick	Dr. Schraad	

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den von der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, gesonderter Gewinn- und Verlustrechnung und Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 27. März 2013

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Markus Burghardt
Wirtschaftsprüfer

Wolfgang Weigel
Wirtschaftsprüfer

Glossar

Arranger
Der Arranger/Arrangeur/Arrangierer wird vom Kunden mandatiert, eine Finanzierung zu strukturieren und Kreditmittel bereitzustellen.

Asset Backed Securities (ABS)
Asset Backed Securities sind Wertpapiere oder Schuldscheine, deren Zahlungsansprüche durch einen Bestand gleichartiger – häufig unverbriefter – Forderungen (Assets) gedeckt werden.

Backtesting
Verfahren zur Validierung eines Risikomodells. Beim Backtesting wird die prognostizierte Nettovermögensänderung (Risiko) mit der tatsächlich aufgetretenen Nettovermögensänderung innerhalb eines Handelstages verglichen. Als Maß für die Güte des Risikomodells wird die Zahl der Überschreitungen des Risikos durch die tatsächliche Wertänderung angesehen.

CCP
Central Counterparty (zentrale Gegenpartei), juristische Person, die zwischen die Gegenparteien der auf einem oder mehreren Märkten gehandelten Kontrakte tritt und somit als Käufer für jeden Verkäufer bzw. als Verkäufer für jeden Käufer fungiert.

CORE1-Lastschrift
Bei der CORE1-Lastschrift handelt es sich um eine Option der SEPA-Basislastschrift, die eine einheitliche und verkürzte Vorlagefrist von einem TARGET-Tag aufweist.

Covered Bonds
Schuldverschreibungen, die durch eine Forderung gedeckt beziehungsweise besichert sind. Auf den Sicherungspool, der meist aus Hypotheken oder Anleihen der öffentlichen Hand besteht, haben die Inhaber dieser Schuldverschreibungen einen bevorrechtigten Zugriff. Anders als bei Verbriefungen verbleibt das Kreditrisiko des Sicherungspools in der Bilanz des Emittenten.

Direktbestände
Direktbestände sind alle Vermögensgegenstände der Kapitalanlage eines Unternehmens, die das Unternehmen direkt hält, ohne die Zwischenschaltung eines Fonds oder eines anderen Anlagevehikels.

DTA
Datenträgeraustauschverfahren, bezeichnet den derzeit gültigen Standard für die elektronische Verarbeitung von Zahlungsaufträgen im deutschen Inlandszahlungsverkehr.

Duration
Bindungsdauer des in einem festverzinslichen Wertpapier oder Wertpapierportfolio angelegten Kapitals. Die Duration ist kürzer als die Restlaufzeit bzw. die durchschnittliche Restlaufzeit, da sich durch zwischenzeitliche Zinszahlungen auf das angelegte Kapital die Amortisationsdauer verkürzt. Sie ist das Maß der Zinssensitivität der Anleihen. Bei Null-Kupon-Anleihen (Zerobonds) entspricht die Duration der Laufzeit. Sie sind daher besonders zinssensibel.

ECA
Export Credit Agencies, staatliche Exportversicherungsunternehmen.

EMIR
Als Reaktion auf die Finanzmarktkrise wurde im Jahr 2009 im Rahmen des G20-Gipfels in Pittsburgh die Regulierung des OTC-Derivatehandels beschlossen. Die wesentlichen Elemente dieser Entscheidung wurden durch eine entsprechende Verordnung (EMIR – European Market Infrastructure Regulation) umgesetzt. Diese ist bereits seit 16. August 2012 in Kraft. Die Verordnung regelt neben der zentralen Abwicklung von OTC-Derivaten über zentrale Gegenparteien (CCP) die Pflicht zur Anwendung von Risikominderungstechniken sowie die Meldung von allen Derivaten an ein Transaktionsregister.

Forfaitierung
Unter Forfaitierung (vendre à forfait, im Paket verkaufen) versteht man den Ankauf von Forderungen unter Verzicht auf einen Rückgriff gegen den Verkäufer bei Zahlungsausfall des Schuldners.

Gruppen-CTA/
Gruppen-Contractual-Trust-Arrangement
Im Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge praktiziertes Modell, bei dem ein unabhängiger Treuhänder, zum Beispiel in der Rechtsform eines eingetragenen Vereines, die ihm von mehreren Unternehmen übertragenen und für die Altersversorgung der Beschäftigten zweckgebundenen Vermögenswerte verwaltet und gegen die Insolvenz des Unternehmens abschirmt.

Internal Ratings-Based Approach/IRB-Ansatz
Ansatz zur Berechnung der Eigenmittelunterlegung von Kreditrisiken.

International Financial Reporting Standards (IFRS)
Sammlung von Standards und Interpretationen, die von einem unabhängigen privaten Gremium, dem International Accounting Standards Board (IASB), als Standardsetter entwickelt werden. Darin werden Regeln zur externen Berichterstattung von Unternehmen aufgestellt. Die IFRS umfassen als Oberbegriff die IFRS, die IAS, die Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) und die Interpretationen des Vorgängers Standing Interpretations Committee (SIC).

Internes Modell
Alternativ zu den im Grundsatz I angegebenen Standardverfahren zur Risikomessung können Kreditinstitute eigene Risikomodelle verwenden. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und die Bundesbank prüfen diese Modelle und bestätigen deren Eignung. Die Qualität des Modells wird durch einen Zusatzfaktor ausgedrückt.

Investmentgrade/Non-Investmentgrade
In der Finanzbranche werden Ratings in die beiden Gruppen Investmentgrade und Non-Investmentgrade aufgeteilt. Hierbei gelten die Ratings AAA bis BBB (inklusive Baa3 bzw. BBB–) als Investmentgrade. Anleihen mit einem Rating von BB oder schlechter gelten als Non-Investmentgrade.

Konfidenzniveau
Gibt die Wahrscheinlichkeit an, mit der eine Verlustgrenze nicht überschritten wird. So bedeutet ein 99 %-Konfidenzniveau, dass der tatsächliche Wert in nur 1 % der Fälle den prognostizierten Verlust übersteigt.

Leverage Ratio
Die Leverage Ratio (Verschuldungsgrenze) stellt ein Alternativmaß für risikogewichtete Messgrößen dar. Sie stellt die weitgehend ungewichtete Bilanzsumme ins Verhältnis zum regulatorischen Eigenkapital. Sie soll den Bankensektor vor einer übermäßigen Verschuldung bewahren und somit das Risiko eines destabilisierenden Schuldenabbaus senken. Damit ergänzt die Leverage Ratio die Eigenkapitalstandards nach Säule 1.

Liquidity Coverage Ratio (LCR)
Sie beschreibt das Verhältnis der hochliquiden Aktiva („Liquidity Buffers") zu den Nettoliquiditätsabflüssen über einen Zeitraum von 30 Tagen.

Master-Kapitalanlagegesellschaft (Master-KAG)
Unter dem Master-KAG-Konzept wird die Zusammenführung der Fondsadministration von mehreren Spezialsondervermögen eines Anlegers bei einer Kapitalanlagegesellschaft, der so genannten Master-KAG, verstanden. Institutionelle Investoren, die über mehrere Sondervermögen verfügen, gewinnen so einen aggregierten Überblick über die Entwicklung ihres Gesamtvermögens.

Money-at-Risk (MaR)
Statistische Größe aus dem Risikocontrolling. Das MaR bezeichnet eine Verlustobergrenze, die während einer vorgegebenen Haltedauer mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit (vergleiche Konfidenzniveau) nicht überschritten wird. Es wird mit Hilfe von statistischen und mathematischen Methoden ermittelt.

Monte-Carlo-Simulation
Mathematisches Verfahren zur Risikoermittlung. Auf Basis der geschätzten Verteilung der Risikofaktoren werden Zufallsszenarien generiert. Für jedes Zufallsszenario wird die zugehörige Wertänderung ermittelt. Der Risikobetrag wird aus der so ermittelten Verteilung der Wertänderungen entsprechend dem gewünschten Konfidenzniveau bestimmt.

Onboarding
Prozess der Integration einer Entität (eines Unternehmens) in ein System (an Bord nehmen). In diesem Zusammenhang: Service der Helaba, Kunden im Client Clearing Plus an Prozesse und Systeme heranzuführen und diese gemeinsam mit den Kunden zu etablieren.

OTC-Derivate
Derivate, deren Ausführung nicht auf einem geregelten Markt (in der Regel an einer Börse) erfolgt, sondern die direkt (over the counter) gehandelt werden und nicht standardisiert sind.

Overlay Management
Das Overlay Management dient der Steuerung der Asset-Allokation auf Gesamtfondsebene. Ziel des Overlay Management kann beispielsweise das Erreichen eines Absolute Return durch Steuerung von Marktrisiken (Absolute Return Overlay) oder die Generierung von Zusatzerträgen durch eine taktische Asset-Allokation (taktisches Overlay) sein.

Public Private Partnership (PPP)
Als Public-Private-Partnership-(PPP-)Modell, also öffentlich-private Partnerschaft, wird die Mobilisierung privaten Kapitals und Know-hows zur Erfüllung staatlicher Aufgaben bezeichnet.

Repo-Geschäft
Repo steht für Repurchase Agreement und entspricht international einem allgemeinen Pensionsgeschäft.

Senior-Anleihen
Senior-Anleihen sind Unternehmensanleihen, die im Konkursfall im ersten Rang bedient werden. Die Anleihe ist gegenüber nachrangigen Forderungen bessergestellt (senior).

Single Euro Payments Area (SEPA)
Vereinheitlichung des Zahlungsverkehrs im Raum der Europäischen Union.

Syndizierung/Syndizierter Kredit
Ein durch eine Gruppe von Banken (Konsortium) gemeinsam vergebener Kredit (Konsortialkredit). Die Syndizierung ist eine Möglichkeit, das Gesamtrisiko eines Kredites auf mehrere Adressen zu verteilen.

V PAY-Debitkarte
Die V PAY-Debitkarte ist das Debitkartenprodukt von VISA.

Varianz-Kovarianz-Ansatz
Mathematisches Verfahren zur Risikoermittlung, das von einem linearen Zusammenhang zwischen Risikofaktor- und Portfoliowertänderung ausgeht. Unter der Annahme der Normalverteilung der Risikofaktoren wird das Money-at-Risk als ein Vielfaches der Standardabweichung ausgedrückt. Durch Multiplikation der Faktorsensitivitäten der Positionen mit den zugehörigen Volatilitäten ergeben sich die Einzelfaktorrisiken. Mit Hilfe von Korrelationen werden die Einzelfaktorrisiken eines Portfolios zum Gesamtrisiko verdichtet.

Unterzeichner für die
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale:

Frankfurt am Main / Erfurt, den 13. Mai 2014

Gez. Henning Wellmann gez. Isabelle Peter